

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

von

Hans Delbrück.

Zweihundfünfzigster Band.



CANCELLED

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1892.

327.08

5775

v.52



57750

FIR
7872 (v.52)

Inhaltsverzeichnis.

Die Neufundländer Fischereifrage.

1884.	Juni	12.	Grossbritannien. Kolonialamt an den Gouverneur von Neufundland, betr. ein englisch-französisches Abkommen über die Fischereifrage	10086.
„	Juli	16.	— Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt. Vorschläge des neufundländer Ministeriums zu Abänderungen des Abkommens	10087.
„	Aug.	9.	— Kolonialamt an den Gouverneur von Neufundland. Die englische Regierung will Abänderungen versuchen	10088.
1885.	Jan.	31.	— Kolonialamt an den Gouverneur. Verlangen nach Sicherheit, dass die Koloniallegislatur einem modifizierten Abkommen zustimmen wird	10089.
1886.	März	30.	— Auswärtiges Amt an die neufundländer Regierung. Die französische Regierung will bei Verwerfung des Abkommens durch die neufundländer Legislatur strikt auf ihren vertragsmässigen Rechten bestehen . . .	10090.
„	Sept.	20.	— Protest der französischen Regierung gegen die Errichtung britischer Hummerfaktoreien an der Vertragsküste und gegen ein die Fischerei einschränkendes neufundländer Gesetz	10091.
„	„	20.	— Franz. Botschaft an das engl. auswärtige Amt. Mittheilung, dass die französischen Seeoffiziere ihren neuen Instruktionen gemäss Fischfanggerät confiscirt haben	10092.
„	Oct.	27.	— Gouverneur von Neufundland an die engl. Regierung. Mittheilung, dass ein besonderer Abgesandter nach England abgeht, um die Sanktion für den „Köder-Gesetzentwurf“ zu erlangen, die für Neufundland eine Lebensfrage sei	10093.
1887.	Febr.	2.	— Marquis Salisbury an Viscount Lyons. Bericht über eine Unterredung mit dem französischen Botschafter. Die englische Regierung will das „Ködergesetz“ für die nächste Saison nicht in Kraft treten lassen . .	10094.
„	„	3.	— Englische Regierung an den Gouverneur von Neufundland. Gründe für Nichtsanktionierung des Gesetzentwurfs	10095.
„	April	20.	— Franz. Botschaft an das engl. auswärtige Amt. Der Gebrauch von Fischfallen seitens franz. Fischer durch die franz. Regierung verboten. Ansinnen, dass die engl. Regierung hinsichtlich ihrer Unterthanen ein Gleiches thue. Behauptung, dass an der Vertragsküste ausschliesslich franz. Fischereirechte beständen	10096.
„	„	29.	— Antwort auf das vorige. Die Fischfallenfrage soll in Erwägung gezogen werden. Protest gegen den Anspruch auf ausschliesslich franz. Fischereirechte . .	10097.

1887.	Mai	19.	Grossbritannien, Engl. auswärtiges Amt an die franz. Botschaft. Das Abkommen von 1885 wurde unter der ausdrücklichen Voraussetzung der Zustimmung der neufundländer Legislatur unterzeichnet	10098.
..	..	19.	— Kolonialamt an das auswärtige Amt. Die neufundländer Regierung soll veranlasst werden, gegen Zustimmung der Königin zu dem „Ködergesetz“ einen Gesetzentwurf zur Verhinderung der Fischfallen an der Vertragsküste durchzusetzen	10099.
..	..	23.	— Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Britische Hummerfactoreien an der Vertragsküste werden von der engl. Regierung als Zuwiderhandlung nicht gegen den Utrechter Vertrag, sondern gegen die Deklaration von Versailles von 1783 angesehen	10100.
..	..	23.	— Engl. Regierung an die neufundländer. Die Königin sanktionirt das „Ködergesetz“; doch tritt es erst nach Ende der Fischereisaison in Kraft	10101.
..	Juli	5.	— Auswärtiges Amt an die franz. Botschaft. Das neufundländer Fischereigesetz bezieht sich nicht auf französische Fischer	10102.
..	..	27.	— Kolonialamt an das auswärtige Amt. Verwerfung des Abkommens von 1885 durch die neufundländer Legislatur	10103.
..	Dec.	23.	— Kolonialamt an den Gouverneur von Neufundland. Verlangen nach einem Kolonialgesetze über die Fischfallen	10104.
1888.	Febr.	7.	— Antwort auf das vorige. Der Gesetzentwurf soll eingebracht werden. Doch ist der Erfolg ungewiss	10105.
..	April	7.	— Gouverneur von Neufundland an die engl. Regierung. Gesetzentwurf vom neufundländer Unterhause angenommen, Inkrafttreten aber erst nach zwei Jahren	10106.
..	Mai	17.	— Derselbe an dieselbe. Gesetzentwurf angenommen	10107.
..	Juli	24.	— Kolonialamt an Lord Lytton. Vertragswidrige Errichtung einer Hummerfaktorei an der Vertragsküste durch franz. Fischer	10108.
..	Sept.	4.	— Englischer Protest gegen die Errichtung fester Hummerfaktoreien in Neufundland durch die Franzosen	10109.
..	Okt.	30.	— Antwort auf das vorige. Die franz. Niederlassungen haben keinen dauernden Charakter	10110.
..	Dec.	7.	— Franz. Botschafter an das auswärtige Amt. Verneinung eines concurrirenden englischen Fischereirechtes an der Vertragsküste	10111.
..	..	15.	— Französ. Botschafter an das engl. auswärtige Amt. Protest gegen die Errichtung einer englischen Hummerfischerei an der Vertragsküste, da Hummern zu den Fischen gehören, auf deren Fang ein ausschliessliches französisches Recht bestehe	10112.
1889.	Febr.	16.	— Französ. Minister des Auswärtigen an den engl. Botschafter. Die Faktoreien sind nicht temporär. Die franz. Fischer sind auch zum Hummerfang berechtigt und zwar mit Ausschliessung der Engländer	10113.
..	März	28.	— Kolonialamt an den Gouverneur von Neufundland. Die beste Lösung wäre, wenn die Faktoreien jedes der beiden Länder da geduldet würden, wo sie die des anderen nicht behindern	10114.
..	Mai	10.	— Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Vorschlag, die auftauchenden Fragen über die Hummerfischerei einem Schiedsspruche zu unterbreiten	10115.
..	..	28.	— Antwort auf das vorige. Zustimmung. Doch ist eine Verständigung mit Frankreich vor einer solchen mit der Kolonie wünschenswerth	10116.
..	Juni	22.	— Auswärtiges Amt an den franz. Botschafter. Die Zurückziehung der englischen Hummerfaktoreien zu Gunsten der französischen verweigert. Protest gegen Errichtung neuer französischer Faktoreien	10117.

1889.	Juli	9.	Grossbritannien. Auswärtiges Amt an den franz. Botschafter. Geschichte und Wesen der franz. Rechte an der Vertragsküste. Widerlegung des franz. Anspruchs auf ein ausschliessliches Fischereirecht	10118.
„	Aug.	13.	— Auswärtiges Amt an Lord Lytton. Mittheilung, dass die franz. Regierung sich mit dem Vorschlage eines Schiedsspruches einverstanden erklärt hat	10119.
„	Okt.	30.	— Kolonialamt an das auswärtige Amt. Die neufundländer Regierung lehnt den Vorschlag des Kolonialamts vom 28. März 1889 ab. Vertagung der Verhandlungen mit Frankreich über ein Schiedsgericht wünschenswerth	10120.
1890.	Jan.	22.	— Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Mittheilung eines franz. Vorschlages, betr. einen Modus vivendi.	10121.
„	„	23.	— Korrespondenz des Kolonialamts mit dem Gouverneur von Neufundland über den Modus vivendi	10122.
„	März	10.	— Nach längeren Verhandlungen mit dem Gouverneur von Neufundland schlägt das englische auswärtige Amt dem franz. Botschafter den folgenden Modus vivendi vor	10123.
„	„	11.	— Franz. Botschafter an das engl. auswärtige Amt. Annahme des Modus vivendi	10124.
„	„	14.	— Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt. Protest des Ministeriums und des Parlaments von Neufundland gegen den Modus vivendi	10125.
„	„	18.	— Antwort auf das vorige. Besorgnisse unbegründet	10126.
„	April	1.	— Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt. Ein Parlamentsmitglied hat den Antrag auf Aufhebung des Fischfallengesetzes gestellt	10127.
„	„	2.	— Antwort auf das vorige	10128.
„	„	2.	— Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt. Die Legislatur will trotz ihres Protestes zur Ausführung des Modus vivendi mitwirken	10129.
„	„	29.	— Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt. Die öffentliche Meinung ist gegen ein Schiedsgericht	10130.
„	Mai	9.	— Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Weitere Schritte, betr. das Schiedsgericht, sollen vorläufig nicht geschehen	10131.

Der Robbenfang im Behringsmeere.

1886.	Aug.	24.	Grossbritannien. Contre-Admiral Seymour an die Admiralität. Ergreifung englischer Robbenfangschiffe durch einen amerikanischen Kreuzer	10132.
„	Sept.	22.	— Bericht der kanadischen Regierung über den Vorfall	10133.
„	„	22.	— Amerikanische Warnung an die Robbenfänger	10134.
„	„	21.	— Gesandter in Washington an den Staatssekretär des Auswärtigen. Geschichte der Alaska-Handelskompagnie	10135.
„	„	21.	— Anlage zum vorigen	10136.
„	Okt.	20.	— Auswärtiges Amt an den Gesandten in Washington. Auftrag, gegen das Vorgehen der amerikanischen Regierung zu protestiren	10137.
„	„	21.	— Englischer Gesandter an den amerikanischen Staatssekretär des Auswärtigen. Protest	10138.
„	Nov.	27.	— Der Generalgouverneur von Kanada an das Kolonialamt. Bericht über das Sach- und Rechtsverhältnis	10139.
„	„	27.	— Anlage zum vorigen. Bericht des Ausschusses des Privy Council von Kanada, genehmigt vom Generalgouverneur	10140.
1887.	Jan.	9.	— Englischer Gesandter in Washington an den amerikanischen Staatssekretär des Auswärtigen. Drängen auf Antwort	10141.
„	Mai	29.	— Artikel der New York „Times“ vom 29. Mai 1887, wonach Nordamerika stets die russischen Herrschaftsansprüche auf die Behringssee bekämpft hat	10142.

1887.	Aug.	10.	Grossbritannien, Englisches auswärtiges Amt an den Gesandten in Washington. Neue Beschlagnahme von Schiffen. Verhaltungsmassregeln	10143.
„	„	13.	— Amerikanischer Staatssekretär an den englischen Gesandten. Antwort auf den Protest	10144.
„	Sept.	10.	— Englisches auswärtiges Amt an den Gesandten in Washington. Klarlegung des englischen Standpunktes	10145.
„	Okt.	5.	— Anfrage der deutschen Regierung vom 5. Okt. 1887 bei der englischen über ihre Ansicht, betreffend den amerikan. Vorschlag einer internationalen Konvention zum Robbenschutze	10146.
„	„	10.	— Anfrage des amerikanischen Gesandten in Stockholm, betreffend die Geneigtheit Schwedens zum Beitritte zu einer Robbenschutzkonvention	10147.
„	„	11.	— Englisches auswärtiges Amt an die schwedische Regierung. England hat keine der vorigen entsprechende Einladung von Nordamerika erhalten	10148.
„	„	11.	— Gleiche Antwort an die deutsche Regierung	10149.
„	„	12.	— Note des englischen Gesandten in Washington, betreffend die neuen Beschlagnahmen von Schiffen	10150.
„	Nov.	28.	— Englisches auswärtiges Amt an die engl. Bevollmächtigten zur Fischereikonferenz. Die englische Regierung, obgleich sie von der amerikanischen keine Einladung dazu erhalten, ist zu einer Unterhandlung über den Robbenschutz, losgelöst von der Frage des Fischerrechtes, bereit	10151.
„	„	28.	— Mr. J. Chamberlain, M. P., an das engl. auswärtige Amt. Die Frage des Robbenschutzes soll international geregelt werden	10152.
1888.	Febr.	7.	— Amerikanisches auswärtiges Amt an den Gesandten in London. — Vorschläge für eine internationale Regelung der Frage	10153.
„	„	22.	— Englisches auswärtiges Amt an den Gesandten in Washington. — Bereitwilligkeit zu einem Abkommen mit Nordamerika und Russland über den Robbenschutz	10154.
„	März	15.	— Schwedische Regierung an den amerikanischen Gesandten in Stockholm. — Schweden hat kein Interesse an dem Robbenschutz und wird sich an den Verhandlungen nicht betheiligen, wünscht denselben aber guten Erfolg	10155.
„	„	28.	— Kolonialamt an das auswärtige Amt. Möglichkeit eines bewaffneten Widerstandes gegen die amerikanischen Uebergriffe	10156.
„	April	16.	— Englisches auswärtiges Amt an den Botschafter in St. Petersburg. — Basis der Unterhandlungen über den Robbenschutz	10157.
„	„	17.	— Englisches auswärtiges Amt an den Gesandten in Washington. — Vorschlag einer gemischten Kommission zur Entscheidung der Entschädigungsansprüche	10158.
„	Juli	25.	— Auszug aus einem russischen Memorandum über den Robbenfang	10159.
„	„	28.	— Amerik. Gesandter in London an das engl. auswärtige Amt. Drängen auf internationale Regelung des Robbenschutzes	10160.
1889.	März	23.	— Auszug aus der „Washington Post“ vom 23. März 1889. Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten gegen fremde Robbenfänger in der Behringssee	10161.
„	„	30.	— Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Schritte gegenüber der Proklamation sollen verschoben werden bis nach Empfang der Fischereischutzakte, welche von Washington unterwegs ist	10162.
„	„	30.	— In Amerika dem Kongress mitgetheilte ältere Schriftstücke über die Robbenfangfrage	10163.
„	Sept.	13.	— Kolonialamt an das auswärtige Amt. Neue Beschlagnahmen	10164.

1889.	Okt.	2.	Grossbritannien. Auswärtiges Amt an die Gesandtschaft in Washington. Protest gegen die Beschlagnahmen in Washington.	10165.
„	Nov.	1.	— Der englische Vertreter in Washington an das auswärtige Amt in London. Bericht über eine Unterredung mit dem Staatssekretär Blaine. Dieser vertritt nicht die Theorie des Mare clausum und ist für Unterhandlungen, betreffend Einführung einer Schonzeit	10166.
„	Dec.	6.	— Die internationale Schiedsgerichts- und Friedensassociation an den Marquis of Salisbury. Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Streitfrage	10167.
„	„	7.	— Auswärtiges Amt an den englischen Vertreter in Washington. — Vorschläge als Basis der Verhandlung	10168.
„	„	12.	— Antwort auf das vorige. Die Vorschläge erscheinen nicht als geeignete Basis	10169.
1890.	Jan.	22.	— Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen an den englischen Vertreter in Washington. — Antwort auf den englischen Protest	10170.
„	„	28.	— Englisches auswärtiges Amt an den Vertreter in Washington. — Basis für eine neue Unterhandlung	10171.
„	„	30.	— Antwort auf das vorige	10172.
„	Febr.	7.	— Englischer Vertreter in Washington an das englische auswärtige Amt. — Bericht über eine Unterredung mit Mr. Blaine über die Entschädigungsansprüche und die Frage des Schiedsspruchs	10173.
„	„	9.	— Russischer Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in St. Petersburg. Russland will sich an den Verhandlungen betheiligen	10175.
„	„	10.	— Englisches auswärtiges Amt an den Vertreter in Washington. — Zunächst soll nur über die Schonzeit verhandelt werden, erst später über die Entschädigungen	10174.
„	„	22.	— Englischer Vertreter in Washington an das englische auswärtige Amt. — Bericht über die erste vorbereitende Verhandlung	10176.
„	„	11.	— Derselbe an dasselbe. — Ansichten des amerikanischen Staatssekretärs über die Entschädigungsfrage	10177.
„	Mai	22.	— Englisches auswärtiges Amt an den Vertreter in Washington. — Antwort auf die amerikanische Rechtfertigung der Beschlagnahmen	10178.
„	„	21.	— Extract aus der „Morning Post“ vom 23. Mai 1890. — Die amerikanischen Kreuzer haben Befehl, die englischen Robbenfänger zu beschlagnahmen	10179.
„	„	23.	— Englisches auswärtiges Amt an den Vertreter in Washington. — Gegen etwaige Beschlagnahmen wird formeller Protest erhoben werden	10180.
„	„	30.	— Englischer Vertreter in Washington an das englische auswärtige Amt. Unterhandlungen über die Schonzeit. Die amerikanische Regierung hofft, dass die britische Regierung selbst den Eintritt britischer Schiffe in die Behringsee verhütet	10181.
„	„	31.	— Ablehnung des vorstehenden amerikanischen Antrages	10182.
„	„	29.	— Englischer Vertreter in Washington an das englische auswärtige Amt. Die amerikanische Regierung hat von dem englischen Proteste Kenntniss genommen	10183.
„	„	29.	— Englischer Staatssekretär des Auswärtigen an den englischen Vertreter in Washington. Russlands und der Vereinigten Staaten Stellung zu der Konvention	10184.
„	Juni	11.	— Englischer Vertreter in Washington an das englische auswärtige Amt. — Will die englische Regierung die Frage der Berechtigung der Vereinigten Staaten zum Ausschlusse britischer Robbenfänger einem Schiedsspruche unterbreiten?	10185.
„	„	12.	— Antwort auf das vorige	10186.

1890.	Juni	30.	Grossbritannien, Amerikanischer Staatssekretär des Auswärtigen an den englischen Vertreter in Washington. — Erörterung der auf die Vereinigten Staaten übergegangenen russischen Rechte	10187.
„	Aug.	2.	— Antwort auf das vorige	10188.

Thronwechsel und Regentschaft in Bayern (1886).

1886	Juni	10.	Bayern, Regentschaftsproklamation des Prinzen Luitpold vom 10. Juni 1886	10189.
„	„	10.	— Armeebefehl des Regenten vom 10. Juni 1886	10190.
„	„	14.	— Proklamation des Prinzregenten nach dem Tode König Ludwigs	10191.
„	„	17.	— Kammer der Abgeordneten. Aus der Sitzung vom 17. Juni 1886	10192.
„	„	20.	Deutsches Reich. Schreiben des Prinzregenten an den deutschen Kaiser	10193.

Feier des 70. Geburtstages des Prinzregenten Luitpold von Bayern.

1891.	März	12.	Bayern, Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten	10194.
„	„	12.	— Antwort	10195.
„	„	12.	— Adresse des Staatsministeriums an den Prinzregenten	10196.
„	„	12.	— Antwort	10197.
„	„	12.	— Allerhöchstes Handschreiben an den Erzbischof von München-Freising	10198.
„	„	12.	— Allerhöchstes Dankschreiben an den Oberconsistorialpräsidenten Dr. von Stählin	10199.
„	„	12.	— Rede des Thronfolgers Prinzen Ludwig bei dem Festmahle im Rathhause	10200.

Handels-Verträge.

1891.	Dec.	6.	Deutsches Reich und Oesterreich-Ungarn, Handels- und Zollvertrag zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn	10201.
„	„	6.	— Viehseuchen-Uebereinkommen zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn	10202.
„	„	6.	Deutsches Reich und Italien, Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrag	10203.
„	„	6.	Deutsches Reich und Belgien, Handels- und Zollvertrag Deutsches Reich, Aus der dem deutschen Reichstage bei der Einbringung der vorstehenden Verträge vorgelegten Denkschrift	10205.



Die Neufundländer Fischereifrage*).

Nr. 10086. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an den Gouverneur von Neufundland, betr. ein englisch-französisches Abkommen über die Fischereifrage.

Downing Street, June 12, 1884.

Sir, || In my despatch of the 18th December last I informed the Officer administering the Government of Newfoundland of the appointment of Mr. Clare Ford, C. B., C. M. G., and Mr. E. B. Pennell as British Commissioners on the Commission to meet in Paris in connection with the Newfoundland Fisheries question. || These gentlemen, representing Her Majesty's Government, and M. Jagerschmidt and Captain Bigrel, acting on behalf of the Government of the French Republic, met in Paris on the 23rd January last, and the labours of the Commission were concluded at a meeting held on the 26th April, when an Arrangement was signed by the Commissioners. || I have now the honour to transmit to you a copy of that Arrangement, together with two inclosures accompanying it, which consist of a statement and Map referred to in Article II. || You will observe, that the Arrangement has been entered into subject to the approval of the Governments of Great Britain and France; and Her Majesty's Government will not intimate their approval until the Colonial Government and Legislature have had an opportunity of studying its provisions, and of considering the great advantages which it affords for a settlement of the long outstanding and difficult question of the fisheries. || Before proceeding to explain the details of the present Arrangement, it may be convenient to recapitulate the provisions of the Treaties bearing upon the question.

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

They are as follows: — || By Article XIII of the Treaty of Utrecht, 1713, it was agreed, that "The island called Newfoundland, with the adjacent islands, shall, from this time forward, belong of right wholly to Britain, and to that end the town and fortress of Placentia, and whatever other places in the said island are in the possession of the French, shall be yielded and given up within seven months from the exchange of the ratifications of this Treaty, or sooner if possible, by the Most Christian King to those who have a commission from the Queen of Great Britain for that purpose. Nor shall the Most Christian King, his heirs and successors, or any of their subjects, at any time hereafter lay claim to any right to the said island and islands,

*) Die nachfolgenden Dokumente sind entnommen aus dem englischen Blaubuche „New Foundland Fisheries 1884—1890“. Juni 1890.

Nr. 10086. or to any part of it or them. Moreover, it shall not be lawful for the
 Gress- subjects of France to fortify any place in the said Island of Newfound-
 britannien. land, or to erect any buildings there, besides stages made of boards, and huts
 12. Juni 1854. necessary and usual for drying of fish, or to resort to the said island beyond
 the time necessary for fishing and drying of fish. But it shall be allowed to
 the subjects of France to catch fish, and to dry them on land in that part
 only, and in no other besides that, of the said Island of Newfoundland, which
 stretches from the place called Cape Bonavista to the northern point of the
 said island, and from thence running down by the western side, reaches as
 far as the place called Point Riche. But the island called Cape Breton, as
 also all others, both in the mouth of the River St. Lawrence and in the gulf
 of the same name, shall hereafter belong of right to the French, and the
 Most Christian King shall have all manner of liberty to fortify any place or
 places there)*. || And by Article V of the Treaty of Paris, 1763, that "The
 subjects of France shall have the liberty of fishing and drying, on a part of
 the coasts of the Island of Newfoundland, such as it is specified in Article XIII

*) "XIII. Insula, Terra-Nova dicta, una cum Insulis adjacentibus, Juris Britannici ex nunc in posterum omnino erit; eumque in finem Placentia Urbs et Fortalitium, et si quae alia Loca in dicta Insula per Gallos possessa sint, per Regem Christianissimum, Commissionem ea in parte a Regina Magnae Britanniae habentibus, intra septem menses a commutatis hujus Tractatus Ratihabitionum Tabulis, aut citius si fieri potest, cedentur et tradentur; neque aliquid Juris ad dictam Insulam et Insulas ullamve illius aut earundem partem Rex Christianissimus, Haeredes ejus et Successores, aut Subditi aliqui, ullo de hinc tempore in posterum sibi vindicabunt. Quinetiam nec Locum aliquem in dicta Insula de Terra-Nova munire, nec ulla ibidem Aedificia, praeter Contabulationes, & Tuguriola, Piscibus siccandis necessaria et consueta construere, neque dictam Insulam, ultra tempus Piscationibus et Piscibus siccandis necessarium, frequentare subditis Gallicis licitum erit. In ea autem tantummodo, nec ulla alia dictae Insulae de Terra-Nova parte, quae a Loco, Cap Bonavista nuncupato, usque ad extremitatem ejusdem Insulae septentrionalem protenditur, indeque ad Latus Occidentale recurrendo usque ad Locum, Pointe Riche appellatum, procedit, Subditis Gallicis Piscaturam exercere, et Pisces in Terra exsiccare permissum erit. Insula vero, Cap Breton dicta, ut & aliae quaevis, tam in Ostio Fluvii Sancti Laurentii, quam in Sinu ejusdem nominis sitae, Gallici Juris in posterum erunt; ibique Locum aliquem, seu Loca, muniendi facultatem omnimodam habebit Rex Christianissimus." || "L'Île de Terre-Neuve, avec les îles adjacentes, appartiendra désormais et absolument à la Grande-Bretagne, et à cette fin le Roi Très Chrétien fera remettre à ceux qui se trouveront à ce commis en ce pays là, dans l'espace de sept mois à compter du jour de l'échange des ratifications de ce Traité, ou plutôt si faire se peut, la Ville et le Fort de Plaisance, et autres lieux que les François pourroient encore posséder dans la dite île, sans que le dit Roi Très Chrétien, ses Héritiers et Successeurs, ou quelques-uns de ses sujets puissent désormais prétendre quoique ce soit, et en quelque tems que ce soit, sur la dite île et les îles adjacentes en tout ou en partie. Il ne leur sera pas permis non plus d'y fortifier aucun lieu, ni d'y établir aucune habitation en façon quelconque, si ce n'est des échafauds et cabanes nécessaires et usités pour sécher le poisson, ni aborder dans la dite île dans d'autres tems, que celui qui est propre pour pêcher, et nécessaire pour sécher le poisson. || Dans la dite île il ne sera pas permis aux dits sujets de la France de pêcher et de sécher le poisson en aucune autre partie, que depuis le lieu appelé

of the Treaty of Utrecht, which Article is renewed and confirmed by the present Treaty (except what relates to the Island of Cape Breton, as well as to the other islands and coasts in the mouth and in the Gulf of St. Lawrence); and His Britannic Majesty consents to leave to the subjects of the Most Christian King the liberty of fishing in the Gulf of St. Lawrence on condition that the subjects of France do not exercise the said fishery but at the distance of 3 leagues from all the coasts belonging to Great Britain, as well those of the continent as those of the islands situated in the said Gulf of St. Lawrence. And as to what relates to the fishery on the coast of the Island of Cape Breton, out of the said gulf, the subjects of the Most Christian King shall not be permitted to exercise the said fishery but at the distance of 15 leagues from the coast of the Island of Cape Breton; and the fishery on the coast of Nova Scotia or Acadia, and everywhere else out of the said gulf, shall remain on the foot of former Treaties." || And by Article VI of the same Treaty, "The King of Great Britain cedes the Islands of St. Pierre and Miquelon in full right to His Most Christian Majesty, to serve as a shelter to the French fishermen; and His said Most Christian Majesty engages not to fortify the said islands; to erect no buildings upon them but merely for the convenience of the fishery; and to keep upon them a guard of fifty men only for the police." || And by Article IV of the Treaty of Versailles, 1783, that "His Majesty the King of Great Britain is maintained in his right to the Island of Newfoundland and to the adjacent islands, as the whole were assured to him by the XIIIth Article of the Treaty of Utrecht, excepting the Islands of St. Pierre and Miquelon, which are ceded in full right by the present Treaty to His Most Christian Majesty." || And by Article V of the said last-named Treaty, that "His Majesty the Most Christian King, in order to prevent the quarrels which have hitherto arisen between the two nations of England and France, consents to renounce the right of fishing, which belongs to him in virtue of the aforesaid Article of the Treaty of Utrecht, from Cape Bonavista to Cape St. John, situated on the eastern coast of Newfoundland, in 50° north latitude; and His Majesty the King of Great Britain consents, on his part, that the fishery assigned to the subjects of His Most Christian Majesty, beginning at the said Cape St. John, passing to the north and descending by the western coast of the Island of Newfoundland, shall extend to the place called Cape Ray, situated in 47° 50' latitude. The French fishermen shall enjoy the fishery which is assigned to them by the Treaty of Utrecht." || And by Article VI of the said last-named Treaty, that, "With regard to the fishery in the Gulf of St. Lawrence, the French shall

Nr. 10086.
Gross-
britannion.
12. Juni 1884.

Cap de Bonavista, jusqu'à l'extrémité septentrionale de la dite île, et de là en suivant la partie occidentale, jusqu'au lieu appelé Pointe-Riche. Mais l'île dit Cap Breton et toutes les autres quelconques, situées dans l'embouchure et dans le Golphe de Saint-Laurent, demeureront à l'avenir à la France, avec l'entière faculté au Roi Très Chrétien d'y fortifier une ou plusieurs places."

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Jnni 1884.

continue to exercise it conformably to the Vth Article of the Treaty of Paris." || And by a Declaration of His Britannic Majesty, dated the 3rd day of September, 1783 *), it was declared that "The King, having entirely agreed with His Most Christian Majesty upon the Articles of the Definitive Treaty, will seek every means which shall not only insure the execution thereof, with his accustomed good faith and punctuality, but will besides give, on his part, all possible efficacy to the principles which shall prevent even the least foundation of dispute for the future. || To this end, and in order that the fishermen of the two nations may not give cause for daily quarrels, His Britannic Majesty will take the most positive measures for preventing his subjects from interrupting in any manner, by their competition, the fishery of the French during the temporary exercise of it which is granted to them upon the coasts of the Island of Newfoundland; and he will, for this purpose, cause the fixed settlements which shall be formed there to be removed. His Britannic Majesty will give orders that the French fishermen be not incommoded in cutting the wood necessary for the repair of their scaffolds, huts, and fishing-vessels. || "The XIIIth Article of the Treaty of Utrecht, and the method of carrying on the fishery, which has at all times been acknowledged, shall be the plan upon which the fishery shall be carried on there; it shall not be deviated from by either party; the French fishermen building only their scaffolds, confining themselves to the repair of their fishingvessels, and not wintering there; the subjects of His Britannic Majesty, on their part, not molesting in any manner the French fishermen during their fishing nor injuring

*) "Le Roi étant entièrement d'accord avec Sa Majesté Très Chrétienne sur les Articles du Traité Définitif, cherchera tous les moyens qui pourront non seulement en assurer l'exécution, avec la bonne foi et la ponctualité qui lui sont connues, mais de plus donnera, de son côté, toute l'efficace possible aux principes qui empêcheront jusqu'au moindre germe de dispute à l'avenir. || A cette fin, et pour que les pêcheurs des deux nations ne fassent point naître des querelles journalières, Sa Majesté Britannique prendra les mesures les plus positives pour prévenir que ses sujets ne troublent, en aucune manière, par leur concurrence, la pêche des François, pendant l'exercice temporaire qui leur est accordé, sur les côtes de l'Île de Terre-Neuve; et elle fera retirer, à cet effet, les établissemens sédentaires qui y seront formés. Sa Majesté Britannique donnera des ordres pour que les pêcheurs François ne soient pas gênés dans la coupe de bois nécessaire pour la réparation de leurs échaffaudages, cabanes, et bâtimens de pêche. || L'Article XIII du Traité d'Utrecht, et la méthode de faire la pêche qui a été de tout tems reconnue, sera le modèle sur lequel la pêche s'y fera. On n'y contreviendra pas, ni d'une part ni de l'autre; les pêcheurs François ne bâtissant rien que leurs échaffaudages, se bornant à réparer leurs bâtimens de pêche, et n'y hivernant point; les sujets de Sa Majesté Britannique, de leur part, ne molestant aucunement les pêcheurs François durant leurs pêches, ni ne dérangeant leurs échaffaudages durant leur absence. || Le Roi de la Grande-Bretagne, en cédant les Îles de Saint-Pierre et de Miquelon à la France, les regarde comme cédées à fin de servir réellement d'abri aux pêcheurs François, et dans la confiance entière que ces possessions ne deviendront point un objet de jalousie entre les deux nations; et que la pêche entre les dites îles, et celle de Terre-Neuve sera bornée à mi-canal."

their scaffolds during their absence. || The King of Great Britain, in ceding the Islands of St. Pierre and Miquelon to France, regards them as ceded for the purpose of serving as a real shelter to the French fishermen, and in full confidence that these possessions will not become an object of jealousy between the two nations, and that the fishery between the said islands, and that of Newfoundland shall be limited to the middle of the channel." || And by a Counter-Declaration of His Most Gracious Majesty the King of France, dated the 3rd day of September, 1783*), it was declared, that "The principles which have guided the King in the whole course of the negotiations which preceded the re-establishment of peace must have convinced the King of Great Britain that His Majesty has had no other design than to render it solid and lasting, by preventing as much as possible, in the four quarters of the world, every subject of discussion and quarrel. || The King of Great Britain undoubtedly places too much confidence in the uprightness of His Majesty's intentions not to rely upon his constant attention to prevent the Islands of St. Pierre and Miquelon from becoming an object of jealousy between the two nations. || "As to the fishery on the coasts of Newfoundland, which has been the object of the new arrangements settled by the two Sovereigns upon this matter, it is sufficiently ascertained by the Vth Article of the Treaty of Peace signed this day, and by the Declaration likewise delivered to-day by His Britannic Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary; and His Majesty declares that he is fully satisfied on this head. || In regard to the fishery between the Island of Newfoundland and those of St. Pierre and Miquelon, it is not to be carried on by either party but to the middle of the channel; and His Majesty will give the most positive orders, that the French fishermen shall not go beyond this line. His Majesty is firmly persuaded, that the King of Great Britain will give like orders to the English fishermen." || And by

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

*) "Les principes qui ont dirigé le Roi, dans tout le cours des négociations qui ont précédé le rétablissement de la Paix, ont dû convaincre le Roi de la Grande-Bretagne, que Sa Majesté n'a eu d'autre but que de la rendre solide et durable, en prévenant, autant qu'il est possible, dans les quatre parties du monde, tout sujet de discussion et de querelle. Le Roi de la Grande-Bretagne met indubitablement trop de confiance dans la droiture des intentions de Sa Majesté, pour ne point se reposer sur l'attention constante qu'elle aura d'empêcher que les Iles St. Pierre et Miquelon ne deviennent un objet de jalousie entre les deux nations. || Quant à la pêche sur les côtes de Terre-Neuve, qui a été l'objet des nouveaux arrangements dont les deux Souverains sont convenus sur cette matière, elle est suffisamment exprimée par l'Article V du Traité de Paix signé ce jourd'hui, et par la Déclaration remise également aujourd'hui par l'Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique; et Sa Majesté déclare qu'elle est pleinement satisfaite à cet égard. || Pour ce qui est de la pêche entre l'Ile de Terre-Neuve et celles de St. Pierre et Miquelon, elle ne pourra se faire, de part et d'autre, que jusqu'à mi-canal, et Sa Majesté donnera les ordres le plus précis, pour que les pêcheurs François n'outrepassent point cette ligne. Sa Majesté est dans la ferme confiance que le Roi de la Grande-Bretagne donnera de pareils ordres aux pêcheurs Anglois."

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

further Treaties between the said Great Contracting Parties, viz., by Article VIII of the Treaty of Paris, 1814, it was agreed, that "His Britannic Majesty, stipulating for himself and his allies, engages to restore to His Most Christian Majesty, within the term which shall be hereafter fixed, the Colonies, fisheries, factories, and establishments of every kind which were possessed by France on the 1st January, 1792, in the seas, on the Continents of America, Africa and Asia, with exception, however, of the Islands of Tobago and St. Lucia, and the Isle of France and its dependencies, especially Rodrigues and the Seychelles, which several Colonies and possessions His Most Christian Majesty cedes in full right and sovereignty to His Britannic Majesty, and also the portion of St. Domingo ceded to France by the Treaty of Basle, and which His Most Christian Majesty restores in full right and sovereignty to His Catholic Majesty." And by Article XIII of the said last-named Treaty, that "The French right of fishery upon the Great Bank of Newfoundland upon the coasts of the island of that name, and of the adjacent islands in the Gulf of St. Lawrence, shall be replaced upon the footing in which it stood in 1792." And by Article XI of the Treaty of Paris, 1815, that „the Treaty of Paris of the 30th May, 1814, and the Final Act of the Congress of Vienna of the 9th June, 1815, are confirmed, and shall be maintained in all such of their enactments which shall not have been modified by the Articles of the present Treaty." || Under the provisions of these Treaties the French have hitherto maintained that they enjoy— || 1. An exclusive right of fishery on that portion of the coast of Newfoundland between Cape St. John and Cape Ray, passing round by the north of the island. || 2. That all British fixed settlements, of whatever nature, on that portion of the coast are contrary to Treaty. || The British Government, on the other hand, have maintained— || 1. That British subjects have a right to fish concurrently with the French, so long as they do not interrupt the latter. || 2. That the undertaking in the Declaration of 1783, to cause the removal of fixed settlements, referred only to fixed fishing settlements, and that fixed settlements of any other kind are not contrary to the Declaration. || French fishermen have, moreover, been in the habit of fishing the rivers, and of barring them with nets or weirs, interrupting the free circulation of salmon, and thereby causing great injury to the salmon fishery. || The British Government, however, have always maintained, that the French have no right to the fisheries in rivers. || The Government of France each year during the fishing season employ ships of war to superintend the fishery exercised by their countrymen, and in consequence of the divergent views entertained by the two Governments respectively as to the interpretation to be placed upon the Treaties, questions of jurisdiction, which might at any moment have become serious, have repeatedly arisen. || Such being the provisions of the Treaties, and the construction placed upon them by the Governments and subjects of the two countries, practical difficulties have naturally occurred, and it has become of urgent importance that

they should be removed. || The colonists have for some years past been desirous of developing the resources of their country as regards mines, agriculture and other industries, but have constantly been met with the objections of the French Government to their doing so, and the development of the Colony on that part of the coast of Newfoundland where the French enjoy Treaty rights has been practically at a standstill, although rich mines are known to exist there, and the agricultural capabilities of the Colony are undoubtedly most valuable. || Your Government are aware, that the present Commission is the eighth which has been appointed since the year 1846 for a settlement of the Newfoundland Fishery question, and it may be useful here to recapitulate briefly the various terms which have been proposed in the previous negotiations as a basis of settlement, in order to show distinctly how much more favourable to the Colony is the present arrangement as compared with the terms proposed on any previous occasion. || In the year 1844 the French Government proposed negotiations to be held in London, and previous to opening them it was determined to appoint a British and French Commissioner in Newfoundland to report upon the question. || Captain Fabvre, Commander of the French Naval Station, and Mr. Thomas, President of the Chamber of Commerce at Newfoundland, were, in consequence, appointed by their respective Governments. || On the 30th July, 1844, Mr. Thomas made his Report to the Governor. In this Report he suggested, with regard to the French claim of "exclusive rights," that the respective fishermen of both nations should be kept separate and distinct in their fishing places. He also suggested the extension of the French fishery limits to Belle Isle North, and made suggestions with regard to the sale of bait to French fishermen. || This Report resulted in negotiations being held in Paris in the month of March 1846.

The British Commissioner, Sir A. Perrier, was authorized to offer, in exchange for the French cession of all rights between Cape Ray and Bonne Bay, the following concessions:— || Admission of exclusive right of fishery from Bonne Bay to Cape St. John, going round by the north. || Exclusive right of French fishery, drying and curing at Belle Isle North. || Permission for English fishermen to sell bait at St. Pierre. || At preliminary Conferences held in Newfoundland these measures had nearly been agreed to by Mr. Thomas and Captain Fabvre; but Captain Fabvre was desirous of retaining for France, in addition to the exclusive rights above mentioned, her rights of fishing, curing fish, &c., at Cod Roy, Red Island, Port-à-Port, and Lark Harbour, and to acquire for the French a "concurrent" right of fishery on the coast of Labrador. || The instructions, however, to the French Commissioner did not admit of his negotiating on the above-mentioned principles, and as no new propositions were brought forward by the French Government up to the month of May 1847, the negotiations fell through. || On the application of the French Government in 1851 negotiations were renewed, Sir A. Perrier being again directed to proceed to Paris to act as British Commissioner, M. de Bon being

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1854.

appointed on the part of France. || The British Commissioner was instructed to invite proposals from the French Commissioner such as might form a starting-point in the negotiations. || M. de Bon accordingly proposed, on the part of France, to admit the right of British subjects to inhabit the Bay of St. George, or, in other terms, to give up the exclusive right of fishery in that bay, to which they considered themselves entitled by the Treaty of 1783. In return for this concession he demanded— || 1. The right to purchase and fish for bait (herring and capelin) on the south coast of Newfoundland, without restriction. || 2. The right to fish during two months of the year (without curing or drying on shore) on that part of the coast of Labrador situated between the Isles Vertes and the Isles St. Modeste, both included; and || 3. The right of fishery at Belle Isle North, in the Straits, which the French Commissioner asserted was enjoyed by the French up to 1841, without any demur on the part of Great Britain. || The concessions demanded by the French negotiator were not considered admissible, and the British Commissioner, in order to overcome the difficulties arising out of the claim of Great Britain to a concurrent right of fishery, suggested that the question would be best settled if the rights of the fishermen of the two nations were kept separate and distinct. In order to carry out this suggestion, he proposed that the French rights should be made exclusive as against British subjects from Cape St. John to some point on the western coast, such as Cape Verte (Green Point, to the north of Bonne Bay); the French, on the other hand, to renounce their right altogether on the remainder of the coast, which would be that part where the British had been in the habit of carrying on the herring fishery and other fisheries incidental to the requirements of a fixed population. || The French negotiator offered no objection to the plan of recognizing the French "exclusive right" on a diminished extent of coast; but he contended for the retention of a "concurrent right" on that portion of the coast on which their exclusive claim might be renounced, and for other advantages as well, such as admission, concurrently with British fishermen, to the fisheries of Labrador and North Belle Isle, and to the "bait fishery" on the southern coast, all of which, he maintained, were necessary, as an equivalent for admitting British subjects to a free "concurrent right" on the lower portion of the western coast. || The British Commissioner was disposed to accept the demands of the French so far as to extend the French fishery to North Belle Isle, and also to remove all restrictions on the purchase of "bait," on condition that the French should entirely renounce their rights between Cape Verte and Cape Ray; and in June 1855 he forwarded to the Foreign Office the above suggestions in the form of a counter-proposal to those which had been made by France. || Mr. Labouchere, Her Majesty's Secretary of State for the Colonies, concurred in the adoption of the British negotiator's project of a "compromise" as the basis of negotiation to be offered to the French Government. It corresponded, he believed, with the views of the Colonial authorities; deprived

neither nation of any advantage of real value; and there would only be a reciprocal abandonment of barren rights and useless or nominal restrictions; and he prepared a draft Treaty which might be substituted for the whole of the existing engagements on the Newfoundland Fisheries question. || The negotiations were continued in the year 1856 by Captain Pigeur, who arrived in London in the month of July of that year, and by Mr. Merivale, the Under-Secretary of State for the Colonies. The basis of these negotiations was founded upon the counter-proposals made by Sir A. Perrier, and also upon the draft of the Treaty proposed by Mr. Labouchere. The negotiations finally terminated by the signature of a Convention in London on the 14th January, 1857. || According to the stipulations of this Convention*), a printed copy of which is annexed, an exclusive right of fishery and the use of the strand for fishery purposes was conceded to the French from Cape St. John, on the east coast of Newfoundland, to the Quirpon Islands, and from the Quirpon Islands, on the north coast, to Cape Norman, on the west coast, in and upon the following five fishery harbours, namely, Port-au-Choix, Small Harbour, Port-à-Port, Red Island and Cod Roy Island, to extend, as regarded these five harbours, to a radius of 3 marine miles in all directions from the centre of each such harbour. On other parts of the west coast (the five harbours excepted) British subjects were to enjoy a "concurrent" right of fishing with French subjects; but French subjects were to have the exclusive use of the strand for fishery purposes from Cape Norman to Rock Point, in the Bay of Islands, north of the River Humber, in addition to the strand of the reserved harbours. || A "concurrent" right of fishing was also granted to French subjects on the coast of Labrador, from Blanc Sablon to Cape Charles, and of North Belle Isle. || With regard to the question of fixed establishments, the Convention of 1857 stipulated, that no British buildings or inclosures should be erected or maintained on the strand reserved for French exclusive use. It was provided, however, that buildings which had stood for five successive seasons previous to the date of the Convention, without objection on the part of the French Government, should not be liable to removal without equitable compensation to the owner from the French Government. By the Convention a limited right of jurisdiction was conceded to the French, and French naval officers were to have the power to enforce the French exclusive rights of fishing by the expulsion of vessels or boats attempting concurrent fishing, in the case of there being no British cruising vessel in sight or made known to be present within a distance of 5 marine miles. French naval officers were likewise entitled to take such measures as occasion might require to put French fishermen in possession of any portion of the strand of which their exclusive use for fishery purposes was recognized by the Convention. || It will thus be seen that, according to the terms of the Convention of 1857, France would have obtained an exclusive right of fishery on the northern extremity and north-eastern coast of Newfoundland, and also on five

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

*) Convention of 1857.

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1854.

points on the western coast of the island. || This Convention did not come into force owing to the objections raised by the Government of Newfoundland. || In the year 1859 a Mixed Commission, composed, on the part of Great Britain, of Captain Dunlop and Mr. Kent (Colonial Secretary in Newfoundland), and, on the part of France, of M. de Montaignac de Chauvance and M. de Gobineau, was appointed to verify facts connected with the infraction of the Treaties; and at the close of that year the Commissioners furnished their Report, accompanied by recommendations which led to the reopening of negotiations in 1860. || The terms of a Convention, and of Joint Instructions to be given to the British and French naval officers on the Newfoundland Station, were then agreed on, and are inclosed (Inclosure 3)*); but the negotiations fell through, mainly in consequence of the wording of Articles 4 and 15 of the Joint Instructions. || The 4th Article related to the punishment of offenders in fishery disputes, and the 15th Article had reference to the removal of such buildings on the French Shore as might interfere with the French fishery with regard to which it was found impossible to reconcile the conflicting views. || It may be useful to quote in extenso the latter Article, as the use of one word in it contributed more than anything else to the failure of the negotiations. || It was to the following effect in the French version:— || “Toute construction qui sera élevée à l’avenir sans le consentement de la Commission des Pêcheries sera enlevée par l’ordre du Commissaire Britannique et sans indemnité, dans un délai de six mois de la modification qui en sera faite, si la place occupée par la dite construction est requise pour les besoins de la pêche Française.” || It was proposed to substitute the words: “faite par la Commission que la place occupée par la dite construction est nécessaire pour les besoins de la pêche Française.” || This alteration was proposed by the British Government in order to make the erections removable, not on a requisition from the French Government or its officer, but on notice from a Commission of which a British officer was a member. To this alteration the French Government objected on grounds with which it was difficult to deal, because they proceeded from an acknowledged difference of view between the two Governments. The British Government would, however, have been willing subsequently to waive their objections with regard to the wording of the 4th and 15th Articles of the stipulations which were framed in 1860, and to accept the arrangement with some trifling modifications; but on the matter being referred to the French Government the proposal was rejected, nor did the French Government give any reasons for their refusal to accept it. || In the month of October 1874 negotiations were again renewed with the French Government, Captain (afterwards Admiral) Miller being appointed on the part of Her Majesty’s Government, and Captain de Boissoudy on that of France, and were continued, with various interruptions, during the course of the years 1875 and 1876, and, as you are aware, were not productive of any settlement. || In the course of these nego-

*) Proposed Convention of 1860, with Joint Instructions.

tations Her Majesty's Government received the assistance of Sir F. Carter, Premier of Newfoundland, who was in England at the time. || The arrangement which was originally contemplated on this occasion was founded on Resolutions, dated the 23rd April, 1874, adopted by the Newfoundland House of Assembly, and concurred in by the Legislative Council, and it embraced the following stipulations:— || 1. The establishment of a Joint Naval Commission to take cognizance only of such matters as related to the fisheries; and in case of disagreement, reference to be made to the respective Governments; all other questions to be dealt with by competent authorities. || 2. That the existing British settlements in St. George's Bay, Cod Roy, and Bay of Islands, Bonne Bay, and White Bay should remain undisturbed, and no interruption to be made by the French to fishing by the British in those bays, nor interference with their buildings and inclosures there, nor with any erections or buildings on any part of the coast where the French enjoy a temporary right of fishery which did not actually interfere with the fishery privileges of the French, as should be determined by the Commissioners; nor were British subjects to be molested in fishing on any part where they did not actually interrupt the French by their competition. || 3. That no building or inclosure which had been erected for five years should be removed as interfering with the French fishery privileges without compensation to be determined on by the Commissioners; but no compensation to be payable for any such building or inclosure hereafter erected without the consent of the Commissioners. || 4. That the Commissioners should determine the limit or boundary-line to which the French might prosecute their fishery, the British having the exclusive right of salmon and all other fishing in rivers. || 5. That the breadth of strand of which the French should have the right of temporary use for fishery purposes should be defined; thus removing objections to grants of land for all purposes beyond the boundary so to be defined, and within the same for mining purposes; right being reserved to the British Government to erect on such strand works of a military or other public character, and to the British subjects for wharves and buildings necessary for mining, trading and other purposes apart from the fishery in places selected with permission of Commissioners. || It was further recommended, that the Colonial Legislature should state to Her Majesty's Government that they were not prepared to agree to any concessions to the Government of France which would convey to the French rights of fishery which they did not at present possess under existing Treaties; but that they would recommend the Legislature to consent that the valuable and important right to purchase bait, both herring and capelin, on the southern coast, should be conceded to the French at such times as British subjects might lawfully take the same upon terms which were to be agreed upon. || During the course of the negotiations which took place certain modifications of the above terms were introduced, which it is unnecessary to dwell upon here, inasmuch as the negotiations came to no result; but the above extracts have been quoted in

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

Nr. 10056.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

order to show the nature of the arrangement which at that time was considered by the Government of Newfoundland as offering a satisfactory settlement of the Fisheries question; and it is obvious that had an arrangement been entered into at that period on the above-quoted bases, it would have been far less advantageous to the interests of the Colony than the one which has not been signed by the British and French Commissioners in Paris. || A period of five years now elapsed before fresh negotiations, by means of a Joint Commission, took place. In the year 1881 a Commission was appointed, Admiral Miller being again the British Commissioner, and Admiral Pierre being named on the part of France. || During the negotiations Sir William Whiteway was in London, and was constantly consulted by Her Majesty's Government as the negotiations proceeded. || Draft Articles were drawn up by the British Commissioner, with the concurrence of Sir William Whiteway, which it was hoped would offer to the French Government a satisfactory basis for discussion, and lead to an agreement being arrived at between the Commissioners of the two respective countries for a settlement of the question. || The basis of this Arrangement consisted in the appointment of a Commission, to be called a Commission of Demarcation, whose duty it would be to define and allot certain parts of the strand on which the French might exercise the rights conceded to them by Treaty, and the remainder of the coast to be released from Treaty stipulations; and it was contemplated to allot not more than one-half of any one harbour for the purpose of French use, and the amount of the strand inland was not to extend to a greater distance than one-third of a mile from high-water mark. || Moreover, in the allotments for French use there was to be reserved in each case to the British Government a sufficient space for the erection of wharves, &c., and other public works or buildings, which, however, were not to be erected without previous consent on the part of the French Government. || It was further contemplated, that all establishments or settlements existing at the time, British or French, were, under certain provisos, to remain undisturbed. || In addition to the appointment of a Commission of Demarcation, a Mixed Commission was to be appointed, which was to be named the Fishery Commission, and was to act in conformity with Joint Instructions based on the Articles of the Agreement. || The duty of the Fishery Commission was to see that neither British nor French fishermen were interrupted in their fishing operations. || The Fishery Commission was to have power to punish any person contravening its orders or decisions, either by means of fines or seizure of property. || The French were to be allowed to leave their boats, &c., during the winter months, and to erect dwelling-houses for their guardians, who might be either French or British. || The French were to be allowed to purchase bait, both herring and capelin, on shore or at sea, on the southern coast of Newfoundland, at such times as British subjects might lawfully take the same, free from all duty or restriction not equally imposed on British subjects. || The French Commissioner,

on being made acquainted with the substance of the draft Articles, reported at a meeting of the Commission that the French Government were unable to accept the arrangement embodied in them, stating that the principle of British and French occupying the same harbours and fishing-grounds could never be entertained. || It is not necessary to enter further on these negotiations, as they did not result in any agreement being come to. || On comparing the provisions of the various proposals enumerated above with those embodied in the present Arrangement, the advantages to the Colony offered by the latter will at once be seen. || The result under its provisions will be — || .1. That fixed settlements of every description will be allowed on the very extended portions of the coast which are tinted in red on the Map, with the exception of fishing establishments which Her Majesty's Government have never contended do be permissible under the Treaties. || 2. That the claim of the French to an exclusive right of fishery will be withdrawn, as the Arrangement recognizes the concurrent right of British fishermen to fish everywhere on the coast between Cape St. John and Cape Ray, under the condition of not interfering with or molesting French fishermen when in the exercise of their fishing industry. || 3. That the claim of the French to the right of fishing in rivers, except at the mouths, as far as the water remains salt, is withdrawn, and the practice of barring the rivers is prohibited. || 4. That all fixed settlements, fishery or otherwise, at present existing within the limits of that portion of the coast over which the French enjoy Treaty rights, will not be disturbed. || In previous negotiations the subject of fixed establishments received the earnest consideration of the British negotiators, and it was, on more than one occasion, contemplated to appoint Mixed Commissions to assess the amount of compensation which should be paid to the owners of property whose buildings were to be removed. || However desirable such a course might have been, great difficulty would probably have been experienced in carrying it into effect, and it might have given rise to many vexatious and complicated questions. || No such inconvenience can result under very satisfactory provision of the present Arrangement dealing with this branch of the subject. || In return for the advantages to the Colony above enumerated, Her Majesty's Government would, under the present Arrangement, recognize little more than the de facto state of things existing as regards the acts of authority exercised every fishing season by the French cruizers in the waters over which the French Treaty rights extend, and the exercise of these acts on the part of French cruizers would only take place in cases of infraction of the very reasonable provisions of this Arrangement, and then only in the absence of any of Her Majesty's cruizers. || I may here observe that a Convention*), a copy of which is inclosed, was signed in 1881 at the Hague by the Representatives of certain Maritime Powers for the regulation of the fisheries in the North Sea. This Convention contains very useful provisions for the orderly prosecution of the fisheries in common by fishermen

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

*) Convention (1881) relating to Regulation of North Sea Fisheries.

Nr. 10056.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

of different nationalities, and some of its provisions have been considered applicable to the case of the Newfoundland fisheries. || The stipulations of the North Sea Convention no doubt apply to waters which are not territorial, still the peculiar fisheries rights granted by Treaties to the French in Newfoundland invest those waters during the months of the year when fishing is carried on in them both by English and French fishermen with a character somewhat analogous to that of a common sea for the purposes of fishery. It could not be expected, that the French would give up in favour of the development of the Colony the interpretation they place on the Treaties, without obtaining in return some equivalent by which they will in the future be better able to secure for their fishermen the full enjoyment of their fishing industry, and it appears to Her Majesty's Government that little inconvenience is likely to result from the exercise of the limited right accorded to French cruisers by the present Arrangement. || The French Government have invariably maintained, that the establishment of a fixed population on any portions of the coast on which they enjoy Treaty rights must result in their ultimate exclusion from those spots, through French fishermen being virtually debarred from enjoying the free and uninterrupted exercise of the fishery rights accorded to them; and they instance the cases of the Bay of St. George on the west coast and of Conche on the east coast, where such a condition of affairs has arisen. || In agreeing, therefore, to the opening of all those extensive portions of the coast tinted red on the Map to a fixed population, the French Government naturally, and, in the opinion of Her Majesty's Government, not unreasonably, ask in return that they may be enabled to exercise, in cases where none of Her Majesty's cruisers may actually be present, such an amount of supervision as may insure an uninterrupted enjoyment of the fisheries by their countrymen in these waters. || Any inconvenience which might possibly be entailed by this arrangement would be obviated, if necessary, by a closer supervision being exercised on the part of Her Majesty's cruisers of those portions of the coast where the cruisers of the French navy may be stationed, and, indeed, it is contemplated, that two of Her Majesty's cruisers should in future cruize more especially off the northern portion of the coast, where the French are in the habit of carrying on their principal fisheries. || It will be further observed, that the fishery rights of the British are not in any way curtailed, but are, on the contrary, strengthened, their right of concurrent fishery being, as already pointed out, now recognized by the French. || In conclusion, I have to inform you, that Her Majesty's Government have thought it desirable that the British Commissioners who attended the Commission in Paris should proceed to Newfoundland, in order to offer any explanations of the present Arrangement which your Government may desire to receive; and Her Majesty's Government confidently trust, that your Ministers will view the Arrangement in the same light as that in which it is regarded by Her Majesty's Government, namely, as being most an advantageous one to the interests of

the Colony, and as affording a means of avoiding the recurrence of those irritating questions which have so constantly arisen in connection with the Newfoundland Fisheries question, and, moreover, as greatly diminishing the risk of any conflicts between the fishermen of the two nations. || The British Commissioners will sail for Newfoundland on the 17th instant, and will present this despatch to you on their arrival. || Her Majesty's Government would be gratified if your Ministers should find it in their power to convene a special meeting of the Legislature as soon as may be possible, in order that the necessary Acts may be passed to give effect to those portions of the Arrangement which require legislative action, so that its provisions may be brought into operation at as early a date as possible. || I have, &c. Derby.

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

Anlage zum vorigen.

Arrangement signed at Paris, April 26, 1884, relating to the Newfoundland Fisheries Question.

(Cancelled and superseded by "Arrangement" signed November 14, 1885.)

The undersigned Commissioners, who have been appointed by the Governments of Great Britain and France in order to find means, without touching the Treaties at present in force, which it is not their duty either to modify or interpret, of preventing and regulating disputes relative to the exercise of the fishery on the coast of Newfoundland, have framed in concert the following Regulations, subject to the approval of their respective Governments:—

Article I.

The Government of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland engages to comply with the following Regulations for securing to French fishermen, in execution of the Treaties in force, and particularly of the Declaration of 1783, the free exercise of their industry on the coasts of Newfoundland without any interference or obstruction whatever on the part of British subjects.

Article II.

The Government of the French Republic engages, on its part, in exchange for the security accorded to French fishermen by the application of the Regulations contained in the present Arrangement, not to raise any objection against the formation of establishments necessary for the development of every industry other than that of the fisheries on those portions of the coasts of Newfoundland comprised between Cape St. John and Cape Raye which are tinted in red on the Map*) hereto annexed and which do not appear in the Statement*) also annexed describing the portions of the coast to which the present paragraph does not apply.

*) The Map and Statement here referred to are identical with those annexed to the subsequent Arrangement of November 14, 1885. See Inclosures 2 and 3 in No. 10, pp. 27—29.

Nr. 10086. It engages equally not to disturb the resident British subjects in respect
 Gross- of the establishments actually existing on those parts of the coast comprised
 britannien. between Cape St. John and Cape Raye passing by the north, but no new ones
 12. Juni 1884. will be established on those parts of the coast described in the statement
 mentioned in the preceding paragraph.

Article III.

It is understood, that French citizens shall retain in full on all those parts of the coast, comprised between Cape St. John and Cape Raye, the right as it is defined by Treaty of fishing, of drying and curing their fish, &c., as well as of cutting wood, in all parts, except on inclosed property, necessary for fishing stages, huts and fishing boats.

Article IV.

The superintendence and the police of the fisheries shall be exercised by the ships of war of the two countries, in accordance with the conditions hereafter set forth, the Commanders of these ships having sole authority and competency under these conditions in all matters relating to the fisheries and the operations which result therefrom.

Article V.

French and English fishing ships or boats shall be registered in accordance with the administrative Regulations of the country to which they respectively belong, and shall bear distinctive marks in a visible manner, which will allow of their being easily recognized at a distance. The captains, masters, or persons in charge must have with them documents establishing the nationality of their ships or boats.

Article VI.

The Commanders of cruizers of each nation shall notify mutually to one another any infractions which may be committed by the ships or boats of the other nation of the Regulations set forth in the preceding Article.

Article VII.

The cruizers of the two countries shall have authority to record all infractions of the Treaties actually in force, and especially of the Declaration of 1783, according to the terms of which British subjects are not to "interrupt in any manner the fishery of the French by their competition during the temporary exercise of it which is granted to them upon the coasts of Newfoundland."

Article VIII.

On a complaint being made by French fishermen or on a demand being made by them with a view to their being enabled to exercise their right of fishing, the Commanders of the English cruizers shall oppose, and, in case of no English cruizer being in sight, the Commanders of

the French cruizers may oppose, every fishing operation of British subjects which may interrupt the industry of such French fishermen; they shall remove the boats or ships causing the obstruction to such industry. || With this object the Commanders of French cruizers may address to the offending parties the necessary warnings, and, in case of resistance, take their fishing imple-ments in order to place them on shore or to give them up into the hands of the Commanders of Her Britannic Majesty's cruizers. || In cases in which no interruption shall result to French fishermen, and in which neither a complaint nor a demand has been made to enable them to exercise without difficulty their right of fishing, the Commanders of French cruizers shall not oppose the fishing operations of British subjects.

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

Article IX.

In cases in which residents on shore may interfere with or disturb by their acts the drying and the preparation of fish, and in general the various operations which are a consequence of the exercise of the French fishery on the coast of Newfoundland, a report verifying the damage caused shall be drawn up by the Commanders of the cruizers of Her Britannic Majesty, and, in their absence, by the Commanders of the French cruizers. || In the latter case the report shall be admitted in evidence in the judicial proceedings to be taken thereon by the Commanders of Her Majesty's cruizers in the exercise of their functions as Justices of the Peace.

Article X.

If an offence is committed or damage caused, the Commanders of cruizers of the nationality to which the offender belongs, and in their absence, the Commanders of the cruizers of the nationality to which the plaintiff belongs, shall estimate the gravity of the facts brought to their knowledge, and shall record the damage sustained by the plaintiff. || They shall draw up, should occasion require it, in accordance with the forms in use in the countries of the two nations respectively, a Report as to the verification of the facts such as it may result as well from the declarations of the interested parties as from the evidence taken in the matter. This Report shall be admitted in evidence in the judicial proceedings to be taken thereon so far as their powers extend by the Commanders of the cruizers of the nationality to which the offending party belongs. || Should the matter appear to be of sufficient gravity to justify such a step, the Commander of the cruizers of the nationality to which the plaintiff belongs, shall have the right if no cruizer of the nationality to which the offender belongs be in sight, to secure either the person of the offender or his boat, in order to give them up into the hands of the Commanders of the cruizers of the nationality to which they belong.

Article XI.

The Commanders of British and French cruizers shall administer immediate justice within the limits of their powers, with regard to the complaints

Nr. 10086. brought to their notice either by the interested parties directly, or through
Gross- the Commanders of the cruisers of the other nation.
britannien.
12. Juni 1884.

Article XII.

Resistance to the directions or injunctions of Commanders of cruisers charged with the police of the fisheries, or of those who act under their orders, shall, without taking into account the nationality of the cruiser, be considered as resistance to the competent authority for repressing the act complained of.

Article XIII.

When the act alleged is not of a serious character, but has, nevertheless, caused damage, the Commanders of cruisers shall be at liberty, should the parties concerned agree to it, to arbitrate between them, and to fix the compensation to be paid.

Article XIV.

The French Government abandons for its subjects the salmon fisheries in rivers, and only reserves a right to the salmon fishery in the sea and at the mouths of rivers up to the point where the water remains salt; but it is forbidden to place fixed barriers capable of impeding interior navigation or the circulation of the fish.

Article XV.

French fishermen shall be exempt from the payment of any duties on the importation into that part of the Island of Newfoundland comprised between Cape St. John and Cape Raye, passing by the north, of all articles, goods, provisions, &c., which are necessary for the prosecution of their fishing industry, for their subsistence, and for their temporary establishment on the coast of this British possession. || They shall also be exempt on the same part of the coast from the payment of all light and port dues and other shipping dues.

Article XVI.

French fishermen shall have the right to purchase bait, both herring and capelin, on shore or at sea, on the shores of Newfoundland, free from all duty or restriction, subsequent to the 5th April in each year, and up to the close of the fishing season.

Article XVII.

The employment of French subjects in the proportion of one family to each establishment is authorized for the guardianship of the French establishments out of the fishing season.

Article XVIII.

All fishing-boats, all their small boats, all rigging, gear, nets, lines, buoys, and other fishing implements whatsoever, found or picked up, shall, as soon

as possible, be delivered to the competent authorities of the nation of the salvor. || The articles saved shall be restored to the owners thereof or to their representatives by means of the above-mentioned competent authorities, the interest of the salvors being previously guaranteed. || The indemnity to be paid to the salvors shall be fixed in accordance with the law of the respective countries in such matters.

Nr. 10086.
Gross-
britannien.
12. Juni 1884.

Article XIX.

The provisions of the present Arrangement, with the exception of those contained in Articles 1 and 2, shall be applicable solely for the time during which the Treaties accord to the French the right of fishing and drying their fish. || In faith of which the undersigned Commissioners have drawn up the present Arrangement, subject to the approval of their respective Governments, and have signed the same. || Done at Paris, in duplicate, the 26th April, 1884.

Francis Clare Ford.

Edmund Burke Pennell.

Nr. 10087. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt. Vorschläge des neufundländer Ministeriums zu Abänderungen des Abkommens. Eingegangen 24. Juli.

Nr. 10087.
Gross-
britannien.
16. Juli 1884.

Government House, St. John's, Newfoundland, July 16, 1884.

My Lord, || At a Council held this morning I had laid before me the accompanying Minute upon which my Ministers have agreed in regard to the Convention signed at Paris on the 26th April, 1884, by the English and French Commissioners. || 2. Your Lordship will observe, that my Ministers desire two modifications in the proposed scheme, namely, facilities for the export of minerals from harbours not tinted red on the Map, and that the French guardians should be limited to one family in each harbour. || I have, &c.

John H. Glover.

Anlage zum Vorigen.

Extract from Minutes of Council, July 15, 1884.

The Council have had under consideration the Arrangement agreed to by Messrs. Ford and Pennell, Commissioners appointed by Her Majesty's Government, and by M. Jagerschmidt and Captain Bigrel, on the part of the Government of France, with regard to the Newfoundland Fisheries question, together with a despatch, dated the 12th June, 1884, of the Right Honourable Secretary of State for the Colonies to his Excellency the Governor on this subject. || The Council appreciate the endeavours of Her Majesty's Government to effect

Nr. 10087.
Gross-
britannien.
16. Juli 1884.

an arrangement for the prevention of the difficulties periodically recurring between the fishermen of both nations. || It is to be regretted, that Her Majesty's Government have not been enabled to secure to British subjects to the full extent those rights for which the Government of Newfoundland have contended, and which are set forth in the Resolutions adopted by the Local Legislature, dated the 23rd April, 1874, to the principles of which Resolutions the Council still adhere. || Reciprocating the solicitude of Her Majesty's Government for the attainment of the object in view, the Council confide in the assurance of the Right Honourable Lord Derby, in his despatch above quoted, that under the proposed Arrangement the claim of the French to an exclusive right of fishery is withdrawn, and the concurrent right of British fishermen recognized to fish everywhere on the coast between Cape St. John and Cape Ray, provided they do not actually interfere with or molest French fishermen in the exercise of their fishing industry. || With regard to complaints and offences, the adjudication of which would rest solely with the Commanders of French cruizers, the Council must rely upon an equitable construction being applied to the terms of the Treaties; and they trust, that a vigilant exercise by the British cruizers of the powers conferred on them, sustained by Her Majesty's Government, will insure to British subjects the full enjoyment of those privileges contemplated by the proposed Arrangement. In a word, the Council feel assured, that the whole proposition will be carried out in the spirit of equity and mutual consideration essential to its success. || With these views the Council would respectfully urge, that the following modifications may be effected, in such manner as Her Majesty's Government may deem best adapted to the attainment of the ends desired. || An erroneous estimate appears to have obtained of the value of that portion of the coast tinted red on the Map accompanying the present proposals. Although this extent of coast is apparently open to British occupation, yet that portion between Bonne Bay and Cat's Arm in White Bay is impossible of settlement, inasmuch as the harbours and landing-places within these limits are practically reserved for the use of the French. It is believed, that in the vicinity of some of these harbours there are valuable mineral deposits, and unless means of ingress and egress are afforded, such deposits cannot be worked. The present Arrangement should therefore contain a provision allowing of the erection of wharves and buildings necessary for working and shipping purposes in these harbours. Such erections could not interfere with or incommode the fishing operations of the French. The sites to be determined by the British and French Commanders of cruizers on the coast. || Article XVII appears to be objectionable on the ground, that it would operate as a basis for the formation of the permanent settlement of a French population on the coast. The guardians indicated should be limited to one French guardian and his family for each harbour, for the purpose of taking care of French property during that period of the year when the French, by Treaty, are to be absent from the coast. ||

The Council are convinced, that the Legislature, as well as the Executive, in entering upon this important question, will be animated by a desire to meet as far as possible the views of Her Majesty's Government regarding a satisfactory settlement, and they believe that the acceptance of the modifications above suggested would tend materially to commend the arrangement to the favourable consideration of both Houses. || The Council regret, that under present circumstances the holding of a Session of the Legislature before the usual period of the year would be attended with such difficulties and inconveniences that they are obliged to deem it inexpedient, and feel unable to meet the desire of Her Majesty's Government in relation to this matter.

E. D. Shea, Clerk,
Executive Council.

Nr. 10087.
Gross-
britannien.
16. Juli 1884.

Nr. 10088. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an den Gouverneur von Neufundland. Die englische Regierung will Abänderungen versuchen.

Downing Street, August, 9, 1884.

Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your despatch of the 16th July, inclosing a Minute of Council respecting the Arrangement for the settlement of the Newfoundland Fishery question. || I have read the Minute with satisfaction, and Her Majesty's Government will use their best endeavours to procure the acceptance by the French Government of the modifications in the Convention which are suggested. || I have, &c.

Derby.

Nr. 10088.
Gross-
britannien.
9. Aug. 1884.

Nr. 10089. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an den Gouverneur. Verlangen nach Sicherheit, dass die Koloniallegislatur einem modifizierten Abkommen zustimmen wird.

Downing Street, January 31, 1885.

Fishery question. || There is every prospect of obtaining modification in respect of guardians in accordance with text suggested by Colonial Government, and modification in respect of wharves as worded in following draft Article to follow Article II: — || "As often as and notwithstanding the prohibition stipulated at the end of the second paragraph of the preceding Article, and in the case in which a mine shall be discovered in the vicinity of any one of the parts of the coast comprised in the Statement annexed to the present Arrangement, the Government of the French Republic engages not to raise any objection against the persons interested enjoying for the working of such mine facilities compatible with the free exercise of the French fishery. With this object, a wharf may be constructed on a point of the coast to be

Nr. 10089.
Gross-
britannien.
31. Jan. 1885.

Nr. 10089.
Gross-
britannien.
31. Jan. 1885.

specified by common agreement between the Commanders of the cruizers of the two nations; all the buildings necessary for the working of the mine, of whatever description they may be, storehouses, magazines, workmen's houses, &c., shall be erected on that part of the territory situated beyond the limits specified in the annexed Statement. They may be connected to the wharf by one single railroad of one or two lines, no construction other than that of a wharf and the railroad above mentioned shall, in conformity with the last stipulation of the second paragraph of the preceding Article, be erected on that part of the coast set aside for the fishing within the limits fixed in the annexed Statement." End of proposed Article; Statement referred to accompanies Article II. || It is hoped, that if buildings are placed beyond distances defined in Statement, but are connected by rail with the wharves, the requirements of Colonial Government will be practically met. It is of great importance, that Her Majesty's Government should receive assurance from Colonial Government that the Legislature will probably agree to Arrangement of the 26th April with modifications as above indicated. Her Majesty's Government would highly appreciate friendly co-operation of Newfoundland Government and Legislature in bringing to a settlement and thus concluding this question affecting their relations with France. || Die neufundländer Kolonialregierung vermochte diesem Verlangen nicht stattzugeben, erhob vielmehr neue Einwendungen gegen das Abkommen. Gleichwohl wurde ein solches am 14. November 1885 zu Paris zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten Englands und Frankreichs abgeschlossen.

Nr. 10090. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an die neufundländer Regierung. Die französische Regierung will bei Verwerfung des Abkommens durch die neufundländer Legislatur strikt auf ihren vertragsmässigen Rechten bestehen.

Foreign Office, March 30, 1886.

Nr. 10090.
Gross-
britannien.
30. März 1886.

Sir, || The French Ambassador called on me to-day, and stated that the object of his visit concerned the question of the Newfoundland fisheries. || His Excellency observed, that he understood that whilst the opponents of the recent Arrangement in the Colonial Legislature did not intend to offer any direct opposition to it, they meant this very day to move the rejection of the clause relating to the purchase of bait. His Excellency had also heard that the people of Newfoundland were under an impression that the French were not much in earnest on this question, but he was instructed by his Government to use the strongest language on that point. The French Government had exhausted every concession in the matter; they had asked the people of Newfoundland: "Is that your very last word on the subject?" and they had

received an affirmative reply. On that assurance being given they had agreed to the present proposal. If this were rejected nothing more could be done. The French Government, his Excellency added, would insist in that case on the strict observance of their Treaty rights. || His Excellency concluded his observations with the remark, that he was about to seek an interview with Lord Granville, in order that he might make a similar representation to his Lordship upon this subject. || I am, &c. Nr. 10090.
Gross-
britannien.
30. März 1886.

Rosebery.

Gleichwohl dauert der allgemeine Widerstand der Regierung und Legislatur von Neufundland gegen das Abkommen fort. Die neufundländer Legislatur nimmt vielmehr am 18. Mai 1886 einen Gesetzentwurf an, der den Kauf von Ködern durch die Franzosen verbietet. Der Gouverneur erteilt demselben jedoch seine Sanktion nicht, sondern behält sie der Königin vor.

Nr. 10091. GROSSBRITANNIEN. — Protest der französischen Regierung gegen die Errichtung britischer Hummerfaktoreien an der Vertragsküste und gegen ein die Fischerei einschränkendes neufundländer Gesetz.

Londres, le 20 Septembre, 1886.

M. le Comte, || Notre Vice-Consul à Terre-Neuve vient d'informer le Gouvernement de la République que sept usines à homard seraient actuellement exploitées par des résidents Anglais sur le "French Shore". || Je suis chargé par M. de Freycinet de signaler ces nouveaux faits à Votre Seigneurie, auprès de laquelle M. Waddington a déjà protesté le 25 Août dernier contre des infractions analogues émanant des résidents Anglais sur ce territoire, aux droits qui sont conférés à la France par les Traités. || Veuillez, &c. Nr. 10091.
Gross-
britannien.
20. Sept. 1886.

L. d'Aubigny.

Londres, le 20 Septembre, 1886.

M. le Comte, || Un Décret du Gouvernement de Terre-Neuve en date du 9 Août dernier a suspendu la pêche du homard pendant trois années, à compter du 30 Septembre prochain, dans le Havre des Roches (Bonne Baie, "French Shore"). || Je suis chargé d'annoncer à votre Excellence qu'en présence du droit de pêche que les Traités confèrent à la France dans la région de l'île à laquelle s'applique le Décret, droit qui ne peut évidemment être limité dans son exercice, il est impossible à mon Gouvernement de reconnaître aucune validité à la mesure prise par les autorités de Terre-Neuve. || Veuillez, &c.

L. d'Aubigny.

Nr. 10092. GROSSBRITANNIEN. — Franz. Botschaft an das engl. auswärtige Amt. Mitteilung, dass die französischen Seeoffiziere ihren neuen Instruktionen gemäss Fischfanggerät confisziert haben.

Londres, le 20 Septembre, 1886.

Nr. 10092.
Gross-
britannien.
20. Sept. 1886.

M. le Comte, || Le Commandant de notre station navale à Terre-Neuve, pour garantir aux pêcheurs Français l'exercice des droits dont la jouissance leur est assurée par les Traités, avait été contraint de confisquer les engins de pêche d'un certain nombre de résidents Anglais qui s'étaient refusés à se conformer aux injonctions de nos croiseurs. || Les Départements de la Marine et des Affaires Étrangères, désireux de fournir un nouveau témoignage des dispositions conciliantes qui les animent, et convaincus que la saisie des trappes des pêcheurs Anglais avaient suffisamment affirmé en principe l'exercice complet et rigoureux de nos droits, donnèrent au Commandant Le Clerc l'ordre de remettre les filets saisis au premier croiseur Anglais qu'il rencontrerait. Cet officier devait faire observer du reste qu'une semblable disposition ne pourrait plus s'appliquer désormais, dans le cas où nous nous trouverions de nouveau contraints d'user de rigueur vis-à-vis des pêcheurs Anglais. || Ces instructions lui étaient déjà parvenues, lorsque le Commandant de notre station navale de Terre-Neuve a fait savoir au Ministre de la Marine qu'il venait de recevoir du chef de la Station Anglaise une protestation contre la saisie des engins de pêche, dont la remise était en même temps réclamée. M. Le Clerc répondit immédiatement que son gouvernement, mu par des considérations bienveillantes, venait de lui donner des ordres dans ce sens et qu'il priaît en conséquence le Commandant Anglais de retirer sa demande par écrit. Cette satisfaction ayant été pleinement donnée, les engins furent remis. || En portant ces détails à la connaissance de Votre Seigneurie, mon Gouvernement me charge d'insister auprès d'Elle sur ce fait que nous avons déjà pris spontanément l'initiative de faire remettre aux pêcheurs Anglais, par l'intermédiaire de leurs croiseurs, les filets confisqués, et que des ordres précis avaient été envoyés dans ce sens au Commandant de notre station navale avant que la réclamation du chef de la division Anglaise se produisît. || Veuillez, &c.

L. D'aubigny.

Nr. 10093. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an die engl. Regierung, Mitteilung, dass ein besonderer Abgesandter nach England abgeht, um die Sanktion für den „Köder-Gesetzentwurf“ zu erlangen, die für Neufundland eine Lebensfrage sei.

Government House, Newfoundland, October 27, 1886.

Nr. 10093.
Gross-
britannien.
27. Okt. 1886.

(Auszug.)

I had the honour to inform you on Saturday last, by cable, that Sir A. Shea is about to proceed to England, having been appointed Commis-

sioner on behalf of this Colony for the purpose of more fully impressing upon Her Majesty's Government the views of this Government with reference to the Bill for regulating the sale of bait-fishes lately reserved by me for the signification of Her Majesty's pleasure. || 2. As I have already informed you on more than one occasion, my Government regard the sanction of the Bill referred to as of vital importance to the interests of this Colony, and they now appoint a Commissioner to represent them on this subject in order to signify emphatically the continuance of this feeling, and with a view to secure, as far as possible, against failure in their object by the supply of the fullest information on all points which may be material to the consideration of the question by Her Majesty's Government.

Nr. 10093.
Gross-
britannien.
27. Okt. 1886.

Nr. 10094. **GROSSBRITANNIEN.** — Marquis Salisbury an Viscount Lyons. Bericht über eine Unterredung mit dem französischen Botschafter. Die englische Regierung will das „Ködergesetz“ für die nächste Saison nicht in Kraft treten lassen.

Foreign Office, February 2, 1887.

My Lord, || The French Ambassador called upon me to-day by appointment, in order to ascertain what the intentions of Her Majesty's Government were with respect to a Bill that has been passed in the Legislature of Newfoundland for prohibiting the sale of bait to foreigners. His Excellency had, on a previous occasion, expressed considerable solicitude upon this subject, both in respect to the reversal of our practice, which had been pursued by the Government of this country without question for many years, and also on account of the unexpected and sudden character of the impediment which the approval of such a Bill would oppose to the prosecution by French citizens of an industry in which large investments had been made. || I pointed out to M. Waddington, that, under the verbal arrangement which was come to at the Foreign Office last autumn in respect to the lapsed or suspended Convention of 1885, all existing rights were reserved on either side, and that, therefore, if Her Majesty's Government were to allow this Bill of the Newfoundland Legislature to come into operation, they would be acting entirely within their rights. At the same time, I said, that we recognized the claim arising out of the change of previous practice, and the want of a sufficient opportunity for the requisite preparation. || While reserving for further discussion the policy which Her Majesty's Government might think right to adopt in respect to these or any other questions in dispute touching the fisheries of Newfoundland, we thought that it would be inequitable to bring the measure into operation without giving to the French fishermen and traders a longer notice of the

Nr. 10094.
Gross-
britannien.
2. Febr. 1887.

Nr. 10094. course that was about to be taken; and, therefore, I had to inform his Ex-
 .Gross- cellency that for the present year no change would be made, but that this
 britannien, assurance was given to him without prejudice to our liberty of action in
 2. Febr. 1887. future years. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 10095. **GROSSBRITANNIEN.** — Englische Regierung an den
 Gouverneur von Neufundland. Gründe für Nicht-
 sanktionirung des Gesetzentwurfs.

Downing Street, February 3, 1887.

Nr. 10095. Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your despatch
 .Gross- of the 14th January last upon the subject of the Bill passed by the Legis-
 britannien, lative Council and Assembly of Newfoundland during the last Session, and
 3. Febr. 1887. reserved by you for the signification of Her Majesty's pleasure, entitled "An
 Act to regulate the Exportation and Sale of Herring, Capelin, Squid and
 other Bait Fishes," a transcript of which accompanied your despatch of the
 26th May last. || Her Majesty's Government have carefully considered your
 despatch now under acknowledgment, together with your previous despatches
 on the subject, as well as the Attorney-General's Report, and the Petition
 which accompanied your despatch of the 19th June last, addressed to the
 Secretary of State by both Houses of the Legislature praying that the Bill
 may not be disallowed. || The representations made by the Attorney-General
 and by Sir Ambrose Shea, with whom Her Majesty's Government had the
 advantage of repeatedly conferring during their visits to this country, have
 also received full attention. || Owing to the change of the Government here,
 there has unfortunately been some unavoidable delay in dealing with this
 question, but I have made it the first subject of my consideration, and have
 not lost any time in bringing it under the notice of Her Majesty's Govern-
 ment, who recognize the great importance of maintaining and developing by
 all legitimate means that industry on which the greater part of the population
 of Newfoundland is directly or indirectly dependent. The representations of
 the French Government, on the other hand, have also necessarily received
 careful attention. || Her Majesty's Government are aware that, when the Con-
 vention of 1857 was under consideration, a clause relating to bait formed one
 of the grounds for the rejection of that Convention by the Government of
 Newfoundland; but it is to be remembered that the clause in question con-
 ferred on the French not only the right to purchase bait, but to take it for
 themselves on the south coast in a certain contingency, and was for this reason
 much more unfavourable to colonial interests than that inserted in the Arrange-
 ment of 1885. || In the negotiations which have taken place since 1857 a pro-
 vision for the sale of bait to French fishermen has invariably been contem-
 plated, and has been agreed to by Representatives of the Colony an more than

one occasion. Moreover, in Resolutions adopted in 1867, and again in 1874, the Legislative Council and House of Assembly of Newfoundland agreed to a clause allowing the French to purchase bait at such times as British subjects might lawfully take the same. || More recently again, when the Arrangement of 1884, in its first stage, was communicated to the Colonial Government, the Article providing for the sale of bait to French fishermen was not objected to by them, although other modifications of the details of the Arrangement were pressed by the Colony. It was only at so recent a date as the spring of last year, when the Arrangement, as revised in 1885 in accordance with the wishes of the Colonial Government, was presented for the final approval of the Legislature of Newfoundland, that exception was taken to the provision for the sale of bait to the French fishermen, and this objection was followed up by the passing of an Act to give effect to it. || I recapitulate these facts in order to explain how it is that Her Majesty's Government, while fully recognizing the serious character of the representations now placed before them as to the actual condition and prospects of the colonial fishing trade, feel constrained to admit that there are special difficulties in the way of an entire departure, at the present moment, from the policy which has been so long adhered to. The time is now close at hand at which the French fishermen prepare to sail for the fisheries, and large expenditure has been incurred for the season, and the French Government, having received no formal intimation that the practice hitherto uniformly maintained will be departed from, has been entitled to assume that there will be no alteration in the arrangements for the current year. Her Majesty's Government would consequently not be justified in disregarding the strong protest of the French Government against the introduction at this late period of restrictions calculated to inflict grave loss upon the French fishermen; and as for this reason they are unable to advise the Queen to allow the Bill to come into operation in respect of the approaching fishing season, it will not at present be submitted for Her Majesty's confirmation. || I do not desire now to raise the question how far the objection to the sale of bait to the French should, if well founded, have been pressed at an earlier date. The papers before me make it clear, that it has but very recently been discovered that the operation of the French bounties has so lowered the price of fish in the markets of Europe as to make the fishing no longer profitable to the colonists, who are not aided by bounties. In the 19th paragraph of your despatch you state that on the Continent of Europe Frenchcaught fish is sold for 12s. 6d. per quintal, while that caught by British fishermen, being better prepared, fetches 14s. per quintal. As the French fishermen receive, in addition, a bounty which, you state, amounts to some 8s. 6d. per quintal, it is sufficiently obvious that the British fishermen lie under a grave disadvantage; but I do not perceive that it has yet been shown in detail that although there is a great difference between the present price of 14s. per quintal and the former price of 15s. to 20s., which, as stated in a Memo-

Nr. 10095.
Gross-
britannien.
3. Febr. 1887.

Nr. 10095.
Gross-
britannien.
3. Febr. 1887.

randum furnished to Her Majesty's Government, was obtained for Newfoundland fish until about two years ago, the colonial fishery has actually ceased to be remunerative, and to what extent. It is desirable, that the case for the allowance of the Bill should be supported by full evidence on this point, and during the current year it will be possible to ascertain accurately the full effect of the French bounties and the exact position of the British fishing trade. Until these facts have been established, it is not possible for Her Majesty's Government to decide with confidence whether the proposed legislation will prove to be the best mode of applying a remedy for the depressed state of the colonial fishery, or whether, after further communication with the French Government upon a more precise statement of the facts, such remedy may be found in some other direction. || I have, &c. H. Holland.

Nr. 10096. **GROSSBRITANNIEN.** — Franz. Botschaft an das engl. auswärtige Amt. Der Gebrauch von Fischfallen seitens franz. Fischer durch die franz. Regierung verboten. Ansinnen, dass die engl. Regierung hinsichtlich ihrer Unterthanen ein Gleiches thue. Behauptung, dass an der Vertragsküste ausschliesslich franz. Fischereirechte beständen.

Londres, le 20. Avril, 1887.

Nr. 10096.
Gross-
britannien.
20. April 1887.

M. le Marquis, || Le Gouvernement de la République, sur le vœu unanime des armateurs Français, vient de rapporter, en ce qui concerne ses nationaux, la décision qui autorisait l'usage des trappes à Terre-Neuve. Il a été constaté, en effet, par la pratique de ces dernières années, que l'emploi des trappes pour la pêche constitue une gêne évidente, et compromet gravement pour l'avenir le succès de la pêche de la morue. || Je suis chargé de notifier à votre Seigneurie l'adoption par les autorités Françaises de cette prohibition, qui devra être mise en vigueur dès la saison de pêche, qui s'ouvre en ce moment. || Mon Gouvernement veut croire que la présente notification suffira pour que les autorités Britanniques adoptent sans retard, vis-à-vis de leurs nationaux, des dispositions analogues. Il a toujours considéré les Traités comme assurant aux Français un droit exclusif de pêche dans les eaux de Terre-Neuve qui leur sont réservées. S'il n'en invoque pas toujours la stricte exécution, c'est à la condition du moins que les pêcheurs Anglais n'en entraveront pas l'exercice par leur intervention. Or, les trappes constituent de véritables barrages, arrêtant la morue à l'entrée des havres et l'empêchant de pénétrer dans les baies. C'est pour ce motif que le Commandant de la Division Navale Française de Terre-Neuve s'était vu forcé de confisquer l'année dernière les trappes de certains pêcheurs Anglais. Si plus tard ces engins ont été rendus aux auto-

rités navales de la Grande-Bretagne, cette démarche, ainsi que j'ai eu l'honneur de l'exposer au prédécesseur de votre Excellence, avait un caractère purement gracieux. Mais mon Gouvernement est convaincu que le débat sur ce point est inutile dans les circonstances actuelles, et que le Gouvernement de la Reine, en présence de l'interdiction prononcée vis-à-vis des pêcheurs Français, s'empressera d'en édicter une semblable pour ses nationaux dans l'étendue des eaux de Terre-Neuve réservées aux pêcheurs Français. || Je serai reconnaissant à votre Seigneurie de vouloir bien me répondre à cet égard le plus tôt possible. ||

Veillez &c. L. d'Aubigny.

Nr. 10096.
Gross-
britannien.
20. April 1887.

Nr. 10097. **GROSSBRITANNIEN.** — Antwort auf das vorige. Die Fischfallenfrage soll in Erwägung gezogen werden. Protest gegen den Anspruch auf ausschliesslich franz. Fischereirechte.

Foreign Office, April 29, 1887.

M. le Chargé d'Affaires, || I have the honour to acknowledge the receipt of your note of the 20th instant, in which you acquainted me that your Government have forbidden the use of cod-traps by French fishermen in Newfoundland waters. You further state, that this prohibition will be enforced during the fishery season which has just opened, and you express the hope of your Government that in view of the step thus taken Her Majesty's Government will adopt similar measures as respects the use of such traps by British subjects within the waters of Newfoundland "reserved to French fishermen." || I beg to inform you, in reply, that your letter will be duly considered by the authorities of this country and of Newfoundland. But I feel bound at the same time to add, that Her Majesty's Government have never assented to, and cannot admit as justified by the proper interpretation of the Treaties between France and this country, the view which you state is held by your Government, that the French fishermen are entitled "to the exclusive right of fishing in the waters of Newfoundland which are reserved to them." || On that point I beg to refer you more particularly to the note to his Excellency M. Waddington of the 24th July last, in which it is pointed out, that it is stipulated by the Declaration of Versailles that the old methods of fishery "shall not be deviated from by either party," a provision quite inconsistent with the alleged right of exclusive fishery. || I have, &c.

Salisbury.

Nr. 10097.
Gross-
britannien.
29. April 1887.

Nr. 10098. **GROSSBRITANNIEN.** — Engl. auswärtiges Amt an die franz. Botschaft. Das Abkommen von 1885 wurde unter der ausdrücklichen Voraussetzung der Zustimmung der neufundländer Legislatur unterzeichnet.

(Anszug.)

Foreign Office, May 19, 1887.

Nr. 10098.
Gross-
britannien.
19. Mai 1887.

The Arrangement signed at Paris on the 14th November, 1885, was signed subject to the approval of the British and French Governments, and it was fully understood, that the final approval of Her Majesty's Government could only be given on the acceptance of the Arrangement by the Legislature of Newfoundland.

Nr. 10099. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an das auswärtige Amt. Die neufundländer Regierung soll veranlasst werden, gegen Zustimmung der Königin zu dem „Ködergesetze“ einen Gesetzentwurf zur Verhinderung der Fischfallen an der Vertragsküste durchzusetzen.

Downing Street, May 19, 1887.

Nr. 10099.
Gross-
britannien.
19. Mai 1887.

Sir, || I am directed by Secretary Sir Henry Holland to acknowledge the receipt of a copy of a note from the French Chargé d'Affaires, requesting that, in view of a decision which has been come to by the French Government to prohibit the use of cod-traps by French citizens in Newfoundland waters, and which will be enforced during the season just opened, Her Majesty's Government will adopt similar measures as regards the employment of such traps by British subjects in the waters of Newfoundland reserved to French fishermen. From the despatch from the Governor of Newfoundland, of which a copy accompanied the letter from this Department of the 6th instant, Lord Salisbury will have learnt the course which the Newfoundland Government propose to take with regard to the use of cod-traps by British fishermen. Sir H. Holland is, however, of opinion, that now that Her Majesty's Government have announced that Her Majesty will not be advised to disallow the Bait Bill, they are fairly entitled to press for the discontinuance of cod-traps by British subjects in the waters where French fishermen have a right to fish, without interruption on the part of the British, upon the French taking a like step. || Should Lord Salisbury concur, Sir Henry Holland will press the adoption of this course upon the Colonial Government, pointing out that every effort should now be made to avoid disputes with the French in the waters in question. || I am, &c.

John Bramston.

Nr. 10100. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Britische Hummerfactoreien an der Vertragsküste werden von der engl. Regierung als Zuwiderhandlung nicht gegen den Utrechter Vertrag, sondern gegen die Deklaration von Versailles von 1783 angesehen.

Foreign Office, May 23, 1887.

Sir, || I am directed by the Marquis of Salisbury to acknowledge the receipt of your letter of the 6th instant, inclosing copy of a despatch from the Governor of Newfoundland, reporting the course that his Government have decided to adopt in regard to the lobster factories, and the use of cod-traps on that part of the coast of the Colony where the French have fishery rights. || I am to request you to state to Secretary Sir H. Holland that his Lordship concurs in the proposal to point out to the Officer administering the Government of Newfoundland that British lobster factories are not regarded by Her Majesty's Government as a contravention of the Treaty of Utrecht, but of the Declaration attached to the Treaty of Versailles of 1783. || I am, &c.

Nr. 10100.
Gross-
britannien.
23. Mai 1887.

Julian Pauncefote.

Nr. 10101. GROSSBRITANNIEN. — Engl. Regierung an die neufundländer. Die Königin sanktionirt das „Ködergesetz“; doch tritt es erst nach Ende der Fischereisaison in Kraft.

Downing Street, May 23, 1887.

Sir, || Her Majesty's Government have had under their careful consideration your despatch of the 21st February, forwarding copies of a Bill entitled "An Act to regulate the Exportation and Sale of Herring, Capelin, Squid and other Bait Fishes," which was passed by both Houses of the Legislature on the commencement of the present Session. || 2. They have also had before them the Address from the House of Assembly on the subject of this Bill, which was duly presented to me by Sir R. Thorburn and Sir A. Shea, who were delegated by the House of Assembly to make representations to Her Majesty's Government on this matter. || 3. In my despatch of the 3rd February I fully explained to you the reasons for which Her Majesty's Government had felt it necessary to refrain from submitting the Bill for Her Majesty's confirmation. I regret to observe, however, that the main reason appears to have been misapprehended by the House of Assembly, though I was careful to make it clear that the special loss which the introduction of new restrictions, without due notice and on the eve of the fishing season, would cause to French fishermen, was the consideration which principally precluded Her Majesty's Government from consenting to the imposition of these restrictions at the

Nr. 10101.
Gross-
britannien.
23. Mai 1887.

Nr. 10101. present time. || 4. In suggesting that further communication with the French
 Gross- Government might lead to the discovery of a remedy for the present depression
 britannien. in the Newfoundland fishery trade in some other direction than in that of the
 23. Mai 1887. prohibition of the sale of bait, Her Majesty's Government had in fact followed
 a suggestion made by the Colonial Legislature, which had itself referred to
 another solution (the modification of the French bounties) as likely to remove
 all need for restriction on the sale of bait. || 5. I may also point out, that,
 although the damage to the colonial fisheries is stated to have been going on
 for some period "within three years," the Bait Clause in the Arrangement
 of 1884 was not objected to by the Government of Newfoundland when stati-
 ng the modifications which they desired to be made in the Arrangement in
 the Minute of Council of the 15th July in that year. || 6. But although the
 Address of the House of Assembly has appeared to Her Majesty's Government
 to require the foregoing observations, they have not failed to give their best
 attention to the strong representations contained in it, and to the further
 important facts which have since been brought before them as to the operation
 of the French bounties, and they have felt it their duty to give effect to the
 reiterated expression of the wishes of the Legislature and Government of
 Newfoundland. They have accordingly advised Her Majesty to sanction the
 Act, and an Order in Council for the purpose will be forwarded to you by an
 early opportunity. || 7. I have, however, desired you, by telegraph, not to issue
 any Proclamation under section 12 for bringing the Act into force until after
 the close of the present fishing season. || 8. You will be so good as to apprise
 the Members of the Legislature of the decision which has been arrived at in
 reply to their Address. || I have, &c. H. T. Holland.

Nr. 10102. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an die franz.
 Botschaft. Das neufundländer Fischereigesetz be-
 zieht sich nicht auf französische Fischer.

Foreign Office, July 5, 1887.

Nr. 10102. M. l'Ambassadeur, || With reference to Count d'Aubigny's letter of the
 Gross- 20th September last, in regard to the prohibition by the Newfoundland Go-
 britannien. vernment of fishing for lobsters in Bonne Bay, I have the honour to acquaint
 5. Juli 1887. your Excellency, that a despatch has been received from the Governor of that
 Colony in which he states that his Government have given a formal assurance
 that the prohibition will not be enforced against French citizens to whom
 there had not been any intention of applying it. || I have, &c.

Salisbury.

M. Waddington to the Marquis of Salisbury. — (Received July 6.)

Nr. 10102.
Gross-
britannien.
5. Juli 1887.

Londres, le 5. Juillet, 1887.

M. le Marquis, || Par une note en date du 20 Avril dernier j'ai eu l'honneur de porter à votre connaissance la décision prise par le Gouvernement de la République interdisant l'usage des trappes aux pêcheurs Français sur les côtes de Terre-Neuve, et en même temps je vous demandais que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique adoptât vis-à-vis de ses nationaux des dispositions analogues. || Le 29 Avril votre Seigneurie m'a répondu que ma demande allait être examinée par les autorités compétentes; mais vous ne m'avez pas encore fait connaître le résultat de cet examen. || Cependant, la pêche de la morue est aujourd'hui en pleine activité, et il importe beaucoup à nous pêcheurs de savoir si le Gouvernement de Sa Majesté a l'intention d'interdire définitivement, comme nous l'avons fait nous-mêmes, ces engins destructeurs, qui empêchent toute pêche normale et régulière. || J'espère donc que votre Seigneurie sera bientôt en mesure de me communiquer la décision à laquelle se sera arrêté le Gouvernement de Sa Majesté Britannique. || En même temps, je suis chargé par M. Flourens de saisir votre Seigneurie d'une demande d'indemnités formulée par MM. Besnier et Dupuis-Robial, armateurs Français, contre le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, à raison du tort que leur ont causé, pendant la dernière campagne de pêche, les pratiques des pêcheurs Anglais et l'insuffisance des mesures prises par les autorités Anglaises pour les prémunir contre cette concurrence. || En fait, le préjudice grave causé aux armateurs Français résulte principalement de l'emploi des trappes par les pêcheurs Anglais, emploi que les croiseurs Anglais, malgré leur activité et leur bonne volonté, sont impuissants à arrêter. || En droit, la responsabilité du Gouvernement de Sa Majesté est engagée par la Déclaration du Roi George III, en date du 3 Septembre, 1783, portant que:— || "Sa Majesté Britannique prendra les mesures les plus positives pour empêcher que ses sujets ne troublent en aucune manière par leur concurrence la pêche des Français pendant l'exercice temporaire qui leur est accordé sur les côtes de l'Île de Terre-Neuve." || Pour que votre Seigneurie puisse s'éclairer complètement sur les faits allégués par les armateurs Français, et sur la responsabilité qui incombe au Gouvernement de Sa Majesté, j'ai l'honneur de lui transmettre les conclusions de M. le Capitaine de Vaisseau le Clerc, Commissaire-Enquêteur. || Veuillez, &c.

Waddington.

Nr. 10103. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das auswärtige Amt. Verwerfung des Abkommens von 1885 durch die neufundländer Legislatur.

Downing Street, July 27, 1887.

Sir, || I am directed by Secretary Sir Henry Holland to transmit to you, to be laid before the Marquis of Salisbury, a copy of a despatch from the

Nr. 10103.
Gross-
britannien.
27. Juli 1887.

Nr. 10103.
Gross-
britannien.
27. Juli 1887.

Governor of Newfoundland, inclosing Resolutions passed by the two Houses of the local Legislature with reference to the proposed Arrangement with France for the regulation of Newfoundland fisheries. || I am also to inclose a copy of a despatch which, with the concurrence of his Lordship, Sir Henry Holland proposes to address to the Officer administering the Government in reply. || I am to add, that the Officer administering the Government will be asked to obtain from the Premier explanations as to the delay in communicating these Resolutions to the Governor. || I am, &c.

John Bramston.

Inclosure 1 in No. 66.

Governor Sir G. des Voeux to Sir H. Holland.

Government House, Newfoundland, June 22, 1887.

Sir, || I have the honour to forward to you Resolutions recently passed by the two Houses of the local Legislature with reference to the proposed Arrangement with France in connection with the fishery on that portion of the coast of Newfoundland where the French have fishing rights. || Though passed on the 4th May last, these Resolutions have only just been received by me. || I have, &c.

G. William des Voeux.

Inclosure 2 in No. 66.

Resolutions passed the Legislative Council and House of Assembly of Newfoundland.

Whereas Her Majesty's Government have recognized, in the most solemn manner, the jurisdiction of the Government of this Colony over the coastal fisheries and territory of Newfoundland and its dependencies, and have acknowledged that the said fisheries and territory cannot be alienated, except with the consent of the local Legislature, and have, by the despatch accompanying the Arrangement of 1885, made between France and Great Britain, concerning that part of our coasts whereon the French have certain fishery privileges, further recognized, as essential to the validity of the said Arrangement, its ratification by our local Legislature; || And whereas the Arrangement would place the French in possession of the principal harbours on the coast between Cape Ray and Cape John, to the practical exclusion of British fishermen from any of the fishing privileges of that coast; || And whereas the said Arrangement gives jurisdiction to Commanders of French cruisers in matters criminal as well as civil, to the disregarding of those principles and procedures to which, as British subjects, we are accustomed entitled in Tribunals of Justice: || And whereas the French fisheries on our coasts are sustained

and stimulated by an enormous bounty from the French Government to French fishermen, and our people are in consequence unduly burdened in their competition in foreign markets, to the almost complete exclusion of their fish products from the said markets; || And whereas this proposed Arrangement seeks to assert, perpetuate and legalize a claim to the purchasing of bait by the French in all the parts of this Colony, without any reservation of power on the part of the Colony to restrict them by local legislation; || And whereas the great decline of late years of the inshore fishery of this Colony has necessitated the turning of our attention to the Bank fishery, and the economizing of the supply of bait fishes, in which ample proof of a marked decadence has been shown within the past few years; || And whereas the power of restricting the supply of bait on our coasts to nations competing with our people in an industry which is the staple support of the Colony is vital to the commercial existence of this country, which relies principally on its fisheries for the maintenance of its population; || And whereas no acceptable equivalent is ceded to this Colony for those large and important concessions proposed to be made by us to the French by this Arrangement: || Be it therefore resolved, that, for the reasons hereinbefore set forth, and by virtue of that Constitutional right which has been so often and so clearly admitted by Her Majesty's Government to exist in the Legislature of this Colony, we do consider it our bounden duty, in the interests of Her Majesty's loyal subjects in Newfoundland and elsewhere, to respectfully decline to assent to the Arrangement now proposed for our ratification. || Passed the Legislative Council, 4th May, 1887.

Nr. 10103.
Gross-
britannien.
27. Juli 1887.

E. D. Shea, President.

Passed the House of Assembly, 4th May, 1887.

Alex. J. W. McNeily, Speaker.

Nr. 10104. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an den Gouverneur von Neufundland. Verlangen nach einem Kolonialgesetze über die Fischfallen.

Downing Street, December 23, 1887.

In my despatch of the 13th August last I forwarded to the Officer administering the Government of Newfoundland copies of a correspondence with the Foreign Office and the Admiralty relating to the demand made by the Government of France for the removal of the British lobster factories which have been established on that part of the coast of Newfoundland where the French have fishery rights. || I now inclose a copy of a further correspondence, and you will see from the note addressed by Count d'Aubigny to the Marquis of Salisbury of the 6th October, that the French Government reiterate and insist upon their demand that these lobster factories should be removed. || In my despatch of the 11th February last I informed Sir W. des Voeux, that

Nr. 10104.
Gross-
britannien.
23. Dec. 1887.

Nr. 10104.
Gross-
britannien.
23. Dec. 1887.

“the French Government had approved the removal of some lobster factories established on the coast by French subjects,” and “that although the correspondence with the French Government was still incomplete as to the removal of the British factories, your Government must be prepared for that Government insisting upon their removal.” || Sir William des Voeux informed me, in his despatch of the 19th March last, that although his Ministers were not prepared to take legislative or executive action for the removal of the lobster factories complained of by the French, they would at once notify to the persons concerned that as Her Majesty’s Government concurs with the French Government in regarding the presence of lobster factories on the coast in question as a contravention of Treaty, it might be expected that measures would be taken for closing and removing them, and, under such circumstances, the owners would not be entitled to compensation. || In the British Declaration attached to the Treaty of Versailles the King undertook to “give, on his part, all possible efficacy to the principles which shall prevent even the least foundation of dispute for the future,” and “to this end, and in order that the fishermen of the two nations may not give cause for daily quarrels, His Britannic Majesty promised to take the most positive measures for preventing his subjects from interrupting in any manner by their competition the fishery of the French during the temporary exercise of it which is granted to them upon the coasts of the Island of Newfoundland,” and “that he would for this purpose cause the fixed settlements which should be formed there to be removed.” || Her Majesty’s Government have never denied, that this undertaking to remove fixed settlements applied to fixed fishery establishments. || There is another matter which has already formed the subject of correspondence with your predecessor, and in regard to which the French Government have also addressed some pressing representations to Her Majesty’s Government. I refer to the use of cod-traps by British subjects on the coast of Newfoundland within the French fishery limits. || The Secretary of State, writing to the Governor of Newfoundland on the 18th October, 1886, drew attention to the opinion of Captain Hamond, of the “Emerald,” to the effect that the cod-traps are a constant source of trouble between the French and British fishermen, and that in many cases they interfere with the French seine fishing: and Lord Clanwilliam, lately Naval Commander-in-chief on the Station, reported to the Admiralty that “until fishing with cod-traps is made illegal, their continued use will lead to serious difficulties between the French and English, and it has been stated by a French naval officer that British residents on the coast have begged him, in their own interests, to remove these traps.” || These considerations were submitted to the Government of Newfoundland; but Sir William des Voeux reported in his despatch of the 19th March, that the Government did not propose to legislate in the matter, but would give a notice similar to that above referred to in respect of lobster factories to the effect that their use

on the coast in question will render them liable to seizure or destruction. || I inclose, for the information of your Ministers, copies of the representations received from the French Government, to which I have above alluded, and of a note addressed to the French Ambassador at this Court, on the 24th August last, in regard to claims of French citizens in connection with alleged losses occasioned to them by the use of these traps. || You will see, that Her Majesty's Government have admitted that "if cod-traps are used by British fishermen in fishing grounds within the French fishery limits, which are bona fide required by French fishermen for their own use, the latter have a right to demand that such fishing grounds be vacated, and to call upon the proper authority to enforce their demand." || This being the case, it has become obligatory upon the Imperial Government to take care, that the requisite legislation is completed without any unnecessary delay. It is the duty of the Government of Newfoundland to propose to the local Legislature the measure necessary to enable such steps to be legally taken as are requisite for fulfilling the obligations imposed upon Her Majesty by Treaty, and to use its best efforts to secure its enactment. || If the Legislature of Newfoundland, when thus called upon, declines to legislate as desired, it will not be entitled to expect the support of Her Majesty's Government in matters at issue with the French Government in connection with the fisheries; and an Act of the Imperial Parliament will have to be obtained. || Her Majesty's Government lately advised the Queen to give her sanction to a Bill relating to bait, the operation of which may seriously interfere with French interests, and they took this course in a matter not coming within Treaty stipulations, upon the strong representations of the Newfoundland Government, that it was in the interests of the colonists of Newfoundland that the measure should be allowed to come into operation. They trust, that, on their part, the Newfoundland Government and Legislature will act in a similar spirit, and will at once pass the measure which is required to insure the due execution of Her Majesty's Treaty obligations.

Nr. 10104.
Gross-
britannien.
23. Dec. 1887.

Nr. 10105. GROSSBRITANNIEN. -- Antwort auf das vorige. [Eingeg. 7. Februar 1888.] Der Gesetzentwurf soll eingebracht werden. Doch ist der Erfolg ungewiss.

(Telegraphic.)

I have received your telegram, and will endeavour to get a Cod-trap Bill passed in coming Session of Legislature. Succes, however, is not certain.

Nr. 10105.
Gross-
britannien.
7. Febr. 1888.

Nr. 10106. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an die engl. Regierung. Gesetzentwurf vom neufundländer Unterhause angenommen. Inkrafttreten aber erst nach zwei Jahren. Eingeg. 10. Mai.

(Extract.)

Government House, Newfoundland, April 7, 1888.

Nr. 10106.
Gross-
britannien.
7. April 1888.

I have the honour to inform your Lordship, that a Bill for the total suppression of cod-traps after the expiration of two years has been passed through the House of Assembly as a general measure, and I have reason to believe that it will be accepted by the Legislative Council.

Lord Knutsford to Governor Blake.

Downing Street, June 13, 1888.

Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your despatch of the 7th April, reporting that a Bill for the total suppression of cod-traps after two years had passed the House of Assembly. || I am in communication with the Foreign Office on the subject of this measure; but, in the meantime, I should be glad to be informed of the reasons for deferring its operation for so long a period as two years. || I have, &c.

Knutsford.

Nr. 10107. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an dieselbe. Gesetzentwurf angenommen. Eingeg. 15. Juni.

Government House, Newfoundland, May 17, 1888.

Nr. 10107.
Gross-
britannien.
17. Mai 1888.

My Lord, || I have the honour to forward to your Lordship advance copies of an Act for the abolition of cod-traps. || I have, &c.

Henry A. Blake.

Nr. 10108. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an Lord Lytton. Vertragswidrige Errichtung einer Hummerfaktorei an der Vertragsküste durch franz. Fischer.

Foreign Office, July 24, 1888.

Nr. 10108.
Gross-
britannien.
24. Juli 1888.

My Lord, || I mentioned to the French Ambassador, who called on me this afternoon, that we had received intelligence from Newfoundland to the effect that the French fishermen had begun to build lobster factories on the shore within the French fishery limits. I begged his Excellency to call the attention of his Government to this circumstance, as he must be aware, that whatever interpretation might be placed on the Treaty of Utrecht, it certainly

did not imply a right to take any action of this kind. || His Excellency said that no intelligence of the sort had reached him, and that he was unable to express an opinion. || I am, &c.

Nr. 10108.
Gross-
britannien.
24. Juli 1888.

Salisbury.

Nr. 10109. GROSSBRITANNIEN. — Englischer Protest gegen die Errichtung fester Hummerfaktoreien in Neufundland durch die Franzosen.

Paris, September 4, 1888.

M. le Ministre, || On the 8th July Mr. Elliot had the honour to address to your Excellency a note containing information received by Her Majesty's Government, to the effect that a five years' Concession of the exclusive right of lobster fishing in White Bay, Newfoundland, having been given by the Government of the Republic to a French Company, permanent buildings were now being erected on the shore by the latter, and that, at the same time, the French authorities had prevented the building of a similar lobster packing factory by British subjects. || I am now instructed to call your Excellency's attention to another instance of the apparent assumption of territorial rights in Newfoundland by the French authorities. || It appears from a correspondence which has lately passed between the Commodore of the French squadron on the coast and Captain Hamond, of Her Majesty's ship "Emerald," respecting the working of a British lobster factory at Port Saunders, that Commodore Humann, in a letter of the 18th June last, made use of the following expression:— || "Les emplacements de pêche de l'île et du havre de Keppel étant occupés cette année par nos pêcheurs d'une façon permanente." || Whilst bringing the above to your Excellency's knowledge, I have to add that I would esteem it a favour if your Excellency would enable me to acquaint Her Majesty's Government with the answer of the Government of the Republic to the note from this Embassy to which I have the honour to draw your Excellency's attention. || I have, &c.

Nr. 10109.
Gross-
britannien.
4. Sept. 1888.

Edwin H. Egerton.

Nr. 10110. GROSSBRITANNIEN. — Antwort auf das vorige. Die franz. Niederlassungen haben keinen dauernden Charakter.

Paris, le 30. Octobre, 1888.

M. l'Ambassadeur, || Se référant à une lettre en date du 8 Juillet dernier, qui m'avait été adressée par le Chargé d'Affaires d'Angleterre, au sujet de la Concession à une Compagnie Française pour une durée de cinq ans, d'une usine à homards dans la Baie Blanche à Terre-Neuve, Mr. Egerton a, le

Nr. 10110.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1888.

Nr. 10110.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1888.

4 Septembre, appelé mon attention sur le développement et le caractère de permanence que présentaient, d'après les informations recueillies par le Gouvernement Britannique, les bâtiments de cette exploitation et sur la nécessité par suite d'arrêter l'entreprise de nos nationaux. Le Ministre d'Angleterre me signalait, en même temps, comme contraire aux droits de souveraineté qui appartiennent à la Couronne Britannique sur l'Île de Terre-Neuve, un passage d'une lettre adressée, le 18 Juin, par le Commandant Humann au Capitaine Hamond, relativement à l'usine à homards établie par le Sieur Shearer à Port Saunders, et dont les opérations sont une cause de trouble pour l'exercice de notre droit de pêche. Le passage était ainsi conçu: "Les emplacements de pêche de l'île et du havre de Keppel étaient occupés cette année par nos pêcheurs d'une façon permanente." || Je n'avais pas manqué de saisir le Ministre de la Marine de l'incident soulevé par les établissements que nos compatriotes ont formés dans la Baie Blanche. Les communications que l'Amiral Krantz a dû échanger avec le Commandant-en-chef de notre station navale, pour être en mesure de se rendre un compte exact des conditions dans lesquelles s'était créée et fonctionnait cette exploitation, ont pris un certain temps et ne m'ont pas permis, à moi-même de fournir plutôt au Gouvernement de la Reine des explications complètes sur l'affaire dont il nous a entretenus. || Il résulte des instructions détaillées qui sont transmises par le Ministre de la Marine à mon Département, que nous n'avons attribué à aucune Compagnie les emplacements de pêche de la Baie Blanche dans des termes différents de ceux dans lesquels les Traités réservent notre droit d'exploitation. C'est là, d'ailleurs, un point d'ordre purement contractuel et qui, votre Excellence le reconnaîtra, concerne exclusivement le Gouvernement Français et le concessionnaire, M. Thubé Lourmand. Le Gouvernement Britannique ne pourrait être fondé à élever des réclamations que si, en fait, l'industrie de nos nationaux s'exerçait dans des conditions contraires aux Traités. Or, il ressort des constatations de nos officiers que les installations de M. Thubé Lourmand dans le bras du sud et dans celui de Hawling, sur la côte est de Terre-Neuve, ne peuvent être considérés comme s'écartant du caractère de construction temporaire imposée par les Traités. L'épreuve photographique, ci-jointe, qui représente le principal chaufaud élevé par cet armateur, permettra au Gouvernement Britannique de s'en rendre compte. Il convient, d'ailleurs, d'ajouter que le caractère de ces établissements a été apprécié de la même façon, par les officiers des deux stations, et le Commandant du croiseur Anglais "Forward," comme votre Excellence le verra par la copie, également ci-jointe, d'un ordre émanant de cet officier, n'a pas hésité à notifier au Sieur Murphy, possesseur d'une usine à homards, établie sur la côte est de la Baie Blanche, qu'il eut à cesser une exploitation qui entravait l'exercice des droits de pêche attribués aux Français. On s'explique difficilement, dès lors, l'accueil favorable que la réclamation de ce sujet Anglais a rencontré à Saint-Jean et même à Londres. || En ce qui touche la seconde partie de la communication précitée de Mr. Egerton et

aux termes dans lesquels le Commandant Humann a cru devoir motiver, auprès du Capitaine Hamond, sa demande d'éviction concernant le Sieur Shearer, votre Excellence me permettra de lui rappeler les circonstances dans lesquelles cette correspondance a été échangée. Pendant la campagne de 1887, des pêcheurs Français avaient éprouvé dans le havre de Keppel certaines difficultés à exercer leur industrie, du fait des casiers du Sieur Shearer qui, dès cette époque, mais dans des conditions beaucoup plus modestes, se livrait à la pêche du homard à Port Saunders. Toutefois, le Commandant Humann, s'inspirant de l'esprit de conciliation dont il ne s'est jamais départi et de son vif désir d'éviter toute occasion de conflit, crut devoir s'abstenir de formuler une réclamation précise contre l'installation de Shearer, dont les opérations ne lui paraissaient alors de nature à ne causer qu'une gêne accidentelle et peu considérable à nos nationaux. || Mais, cette année, nos pêcheurs ayant occupé le havre et l'Île Keppel durant toute la durée de la campagne, c'est-à-dire d'une façon permanente pendant l'été et reconstruant dans le fonctionnement de l'usine Shearer une gêne et un obstacle continus et graves, le chef de notre station navale s'est vu dans la nécessité de réclamer l'éviction de ce sujet Britannique et il a été ainsi amené à faire remarquer au Capitaine Hamond que notre occupation actuelle était permanente, en ce sens qu'elle ne cesserait pas avant la fin de la saison. || Telle est l'exacte portée de l'expression employée par M. Humann, et l'officier Anglais à qui il s'adressait a une trop longue expérience des affaires de Terre-Neuve pour que le Commandant de notre station navale ait pu penser un moment qu'il se méprendrait sur la signification de ce passage de sa communication. || Ces explications suffiront, je l'espère, pour convaincre le Gouvernement de la Reine que nous n'avons d'établissements permanents dans le sens où les Traités l'entendent et l'interdisent, ni à Port-au-Choix ni à la Baie Blanche, et que la seule infraction à ces mêmes Traités qu'il y ait à relever consiste en réalité, dans le trouble causé par l'exploitation du Sieur Shearer aux opérations de nos pêcheurs. || Agréez, &c.

René Goblet.

Nr. 10111. **GROSSBRITANNIEN.** — Franz. Botschafter an das auswärtige Amt. Verneinung eines concurrierenden englischen Fischereirechtes an der Vertragsküste.

Londres, le 7. Décembre, 1888.

M. le Marquis, || Je n'avais pas manqué de communiquer à mon Gouvernement la note que Votre Seigneurie m'a fait l'honneur de m'adresser le 28 Juillet dernier, au sujet des différentes questions pendantes à Terre-Neuve, et en particulier à la réclamation formulée par deux Français, MM. Dupuis-Robial et Besnier. || M. le Ministre des Affaires Étrangères, après en avoir conféré avec M. le Ministre de la Marine et des Colonies, me charge de faire auprès

Nr. 10110.
Gross-
britannien.
30. Oct. 1888.

Nr. 10111.
Gross-
britannien.
7. Dec. 1888.

Nr. 10111.
Gross-
britannien.
7. Dec. 1888.

de votre Seigneurie une nouvelle demande en faveur de MM. Dupuis-Robial et Besnier dont la demande d'indemnité ne saurait être repoussée par le Gouvernement de la Reine, sans porter un véritable préjudice à nos compatriotes et sans mettre en cause dans une certaine mesure les principes mêmes sur lesquels repose l'exercice de nos droits généraux à Terre-Neuve. Les considérations qui sont exposées plus loin permettront sans aucun doute à votre Seigneurie de reconnaître le bien fondé de la revendication de ces deux Français et la gravité de la question de principe qu'elle soulève. || Dans la note précitée, Votre Seigneurie, envisageant les motifs qui déterminent le Gouvernement de Sa Majesté la Reine à rejeter la demande en indemnité de MM. Dupuis-Robial et Besnier, s'exprime en ces termes:— || "Le droit des sujets Britanniques de pêcher concurremment avec les citoyens Français n'a jamais fait l'objet d'une renonciation, bien que les pêcheurs Anglais soient empêchés par le second paragraphe de la Déclaration de Versailles d'interrompre en aucune manière par leur concurrence les opérations de pêche des Français pendant l'exercice temporaire du droit de pêche qui leur est accordée, et par suite, dans les vues du Gouvernement de Sa Majesté, l'interruption à laquelle il est fait allusion dans la Déclaration, ne peut s'entendre que d'une interruption matérielle résultant de la concurrence." || Le Gouvernement de Sa Majesté la Reine, en affirmant pour la première fois le droit essentiel que les pêcheurs Anglais auraient toujours eu de pêcher à côté de nos nationaux, et auquel ils n'auraient jamais renoncé ("surrendered"), remet en discussion la question de la pêche concurrente et semble s'appuyer pour émettre cette doctrine sur le silence même du texte de l'Article XIII du Traité d'Utrecht, en lui donnant une interprétation que mon Gouvernement ne peut accepter. || On s'est demandé, dans diverses circonstances, pourquoi le Traité d'Utrecht n'avait pas stipulé d'une manière précise que les pêcheurs Anglais n'étaient pas admis à concourir avec les Français sur la côte réservée et que ceux-ci y jouissaient d'un droit exclusif. On serait plutôt en droit de se demander:— || 1. Dans quel paragraphe de l'Article XIII, le mot "exclusif" aurait pu trouver place? || 2. Comment il aurait pu venir à la pensée des négociateurs soit Anglais, soit Français, que l'emploi en était nécessaire ou même utile? || Quant au premier point, il suffit de jeter les yeux sur l'Article pour voir que les négociateurs étaient surtout préoccupés de ce que la France cédait; et secondairement, de ce qu'elle réservait. Le but principal de l'Article XIII est de préciser le fait de la cession du territoire de Terre-Neuve, d'en garantir la perpétuité, d'en assurer le mieux possible la solidité. Subsidièrement, les Anglais se font donner une certaine partie de la côte pour y établir des pêcheries qui soient à eux. Ils ne prétendent pas davantage. Quant à la côte réservée, par cela seul que l'Article XIII ne s'occupe nullement d'y constituer le droit de pêche, il est de toute évidence qu'il reste établi tel qu'il s'exerçait avant le Traité, c'est-à-dire sous le régime du droit exclusif, sans quoi les négociateurs auraient dû ajouter aux innovations du Traité une clause ainsi conçue: "Les Anglais feront la

pêche concurremment avec les Français sur les points qui seront réservés à ces derniers, ou en d'autres termes, les Français n'auront pas un droit exclusif à l'exploitation de leur côte réservée." || Si l'on se reporte en effet au goût systématique des hommes d'État d'alors pour n'admettre autant que possible que des avantages exclusifs, on se convainc que du moment où le mot "partage" ne figure pas dans le Traité, c'est que les Anglais n'y prétendaient nullement. || Ils n'avaient, d'ailleurs, aucun intérêt à y prétendre. Les habitants de Terre-Neuve, en effet, ne possédant que quelques rares établissements sur la côte, il n'y avait pas de motif pour réclamer à leur profit un droit de concurrence, et la situation était suffisamment et clairement définie, lorsque le Traité laissait subsister pleinement quant à la pêche, l'état de choses antérieur à 1713, c'est-à-dire l'état en vigueur alors que les Français exerçaient la souveraineté territoriale. La France conservait le droit exclusif de pêche puisqu'elle l'avait toujours eu. || L'Article XIII du Traité d'Utrecht ne dit pas que les Anglais ne pourront pas s'établir sur le "French Shore," et cependant les hommes d'État de la Grande-Bretagne n'ont pas contesté un instant notre droit d'exiger l'expulsion de leurs nationaux. Comment expliquer alors qu'en l'absence d'une clause expresse consacrant cette interdiction, les Anglais, propriétaires incontestés du sol, se soient crus tenus d'obliger leurs nationaux à n'élever aucune construction sur notre côte réservée. S'ils avaient eu, au contraire, la faculté de pêcher concurremment avec les pêcheurs Français, rien ne pouvait les empêcher de vivre à côté d'eux. Mais ce contact, les deux Gouvernements ont constamment voulu le rendre impossible afin d'éviter tout prétexte de contestations et de querelles entre leurs sujets. || Les négociateurs Anglais se préoccupant avec raison du seul point intéressant la question et qui n'était autre en définitive que l'expulsion de leurs sujets indûment établis au nord de Bonavista firent appel aux sentiments de modération de la Cour de Versailles, et sans obtenir rien qui ressemblât à un droit concurrent, obtinrent que la France renoncerait à la partie des côtes envahies et accepterait en dédommagement une étendue équivalente de territoire riverain à exploiter, absolument au même titre et dépassant les limites que le Traité d'Utrecht leur avait jadis assignées. || Ainsi cet échange n'a pas d'autre raison d'être que d'éviter les querelles; on écarte la possibilité du contact, on se refuse des deux parts à la pêche concurrente. || Et comme si l'échange territorial consenti par l'Article V du Traité ne suffisait pas à mettre le but poursuivi par les négociateurs en parfaite lumière, une Déclaration est ajoutée au texte du Traité par l'Angleterre, qui s'engage à ce que "Sa Majesté Britannique prendra les mesures les plus positives pour prévenir que ses sujets ne troublent en aucune manière par leur concurrence la pêche des Français pendant l'exercice temporaire qui leur est accordé sur les côtes de l'Île de Terre-Neuve, et elle fera retirer à cet effet les établissements sédentaires qui y seront formés." || Le moindre doute ne pouvait plus exister sur la portée du droit des pêcheurs Français, et en présence de l'interprétation donnée à l'Ar-

Nr. 10111. ticle XIII du Traité d'Utrecht, le Cabinet de Versailles se déclara satisfait. ||
 Gross- Le Traité de 1802 ne modifie en rien les Conventions arrêtées entre les deux
 britannique, Gouvernements; car les préliminaires du 8 Vendémiaire, an X, ayant annoncé
 7. Dec. 1855. que les droits de la France seraient reconnus tels qu'ils étaient avant la guerre,
 "tout en se réservant de prendre par le Traité Définitif les arrangements qui
 paraîtraient justes et réciproquement utiles pour mettre la pêche des deux
 nations dans l'état le plus propre à maintenir la paix," il avait paru utile
 au Cabinet de Paris d'établir notre droit exclusif de pêche en modifiant
 l'Article XIII du Traité d'Utrecht. Le Ministre Fox avoua qu'il ne recon-
 naissait pas l'opportunité d'en recourir à cet amendement, et qu'il suffisait de
 revenir purement et simplement au texte de 1783, qui confirmait dans toute
 leur force les droits d'Utrecht, le Gouvernement Britannique n'ayant jamais
 mis en doute le droit d'exclusivité de pêche en notre faveur. || Il ne semble
 pas qu'aucun doute eût été jamais élevé sur la manière de comprendre une
 question aussi nettement posée que résolue jusqu'au jour où le Gouvernement
 Français réclama contre les empiètements des sujets Anglais, et une nouvelle
 doctrine fût émise par la Législature de Terre-Neuve sur la nature de nos
 droits de pêche. Des plaintes furent adressées à Londres en 1831 par M. le
 Prince de Talleyrand, et en 1836 par le Comte Sebastiani. Ce ne fût que
 le 10 Juillet, 1838, que Lord Palmerston répondit aux observations de ces
 deux Ambassadeurs. La question de droit avait été soumise pendant ce temps
 à l'appréciation des hommes de loi de la Couronne, qui répondirent le 30 Mai,
 1835:— || "Nous sommes d'avis que les sujets de la France ont le droit
 exclusif de pêcher sur la partie de la côte de Terre-Neuve spécifiée dans
 l'Article V du Traité Définitif signé à Versailles le 3 Septembre, 1783." || Cette
 déclaration était concluante; mais les Ministres de la Couronne se refusèrent
 d'y adhérer, et sur une nouvelle demande d'interprétation les juriconsultes
 officiels écrivirent le 13 Avril, 1837:— || "Dans notre Rapport du 30 Mai,
 1835, nous pouvons être allés plus loin que la nature du cas ne l'exigeait
 ('than the circumstances of the case fairly warrant'). || Conformément au Traité
 de 1783, à la Déclaration annexée aux Traités subséquents, et à l'Acte du
 Parlement, nous pensons que la Grande-Bretagne s'est engagée à permettre
 aux sujets de la France de pêcher, pendant la saison, dans le district indiqué,
 sans avoir à subir aucune interruption de la part des sujets Anglais. || S'il
 existait réellement assez de place dans les limites du district en question pour
 que les pêcheurs des deux nations pussent pêcher sans que des collisions
 dussent en résulter, nous ne pensons pas que ce pays serait astreint à em-
 pêcher ses sujets d'y pêcher. Quoi qu'il en soit, il semble résulter du Rapport
 de l'Admiral Sir H. P. Halkett que le fait est difficilement praticable et nous
 pensons que conformément à la véritable nature des Traités et de la Décla-
 ration, les sujets Britanniques sont exclus de pêcher, s'ils causent quelque
 embarras à la pêche Française." || Ainsi, tout en faisant les réserves nécessaires
 sur le point de vue auquel le Gouvernement de Sa Majesté avait voulu se

placer pour juger l'origine et la nature de notre droit de pêche, le second Rapport de Conseillers de la Couronne n'infirme pas le premier; il reconnaît que nous avons le droit de pêche tel que personne ne peut le partager avec nous du moment que nous pourrions être gênés et que la pêche commune ne peut y être exercée. || Aussi, Lord Palmerston, dans sa réponse du 10 Juillet, 1838, avoue-t-il que "jusqu'alors le privilège acquis aux pêcheurs Français a été considéré en pratique comme un droit exclusif, attendu qu'il serait difficilement possible que les pêcheurs Anglais pussent faire sécher leur poisson sur les mêmes côtes que les pêcheurs Français sans gêner ('interfering') leurs établissements temporaires et sans interrompre leurs opérations." || Vingt ans plus tard, en 1857, la doctrine du Gouvernement Britannique ne s'était pas modifiée: il reconnaissait formellement en pratique notre droit exclusif et l'illégalité de toute concurrence. || Les lignes suivantes, extraites d'une lettre officielle adressée par le Ministre des Colonies, Mr. Labouchère, à Mr. Darling, Gouverneur de Terre-Neuve, le 16 Janvier, 1857, en donnent une preuve:— "Il suffit de dire que la conclusion tirée par vous-même est réellement celle à laquelle une investigation impartiale pourrait à peine manquer d'arriver, que les termes établissant les droits des Français fussent logiquement équivalents ou non au mot 'exclusif,' ils l'étaient réellement dans la pratique. Puisque les pêcheurs Anglais ne pouvaient pas gêner les pêcheurs Français par leur concurrence, il était de peu d'importance qu'ils eussent en théorie un droit de concurrence que les Français étaient toujours autorisés à faire cesser à leur gré." || Ces instructions, rédigées après la conclusion de la Convention du 15 Janvier, 1857, signée à Londres par M. de Persigny et Lord Clarendon, avaient pour but d'appliquer sur l'heure l'Article 1^{er}, formulé en ces termes:— "Les sujets Français auront le droit exclusif de pêcher et de se servir du rivage pour les besoins de leur pêche." || Ce n'était autre chose que la reconnaissance formelle des droits anciens sur les territoires occupés par la pêche Française. || Les négociations qui ont été reprises à diverses époques entre les deux Gouvernements pour jeter les bases d'arrangements nouveaux n'ont pas échoué sur la question de reconnaissance de notre droit de pêche exclusif. || Mon Gouvernement était donc fondé à croire, d'après ce qui précède, et en conséquence de cette série d'engagements, que le droit de la France sur la côte de l'Île de Terre-Neuve réservée à ses pêcheurs n'est autre chose qu'une partie de son ancienne souveraineté sur l'île qu'elle a retenue, en cédant le sol à l'Angleterre, mais qu'elle n'a jamais ni infirmé ni aliéné. Si le droit concédé aux pêcheurs Français a été quelquefois discuté, il l'a été dans la forme, jamais dans le fond, et M. le Ministre des Affaires Étrangères a été surpris de voir le Gouvernement de la Reine présenter pour la première fois la question résolue dans un sens absolument différent. || Il est facile de conclure que si la réclamation de MM. Dupuis-Robial et Besnier, demandant à être indemnisés des pertes qui leur ont été occasionnées par l'usage des trappes, était repoussée, ce fait semblerait consacrer le principe de la pêche concurrente que mon

Nr. 10111.
Gross-
britannien.

7. Dec. 1888.

Gouvernement ne peut admettre et donnerait aux Articles des Traités une interprétation toute différente de celle qui leur a été reconnue jusqu'à présent. || Je viens donc appeler de nouveau toute l'attention de Votre Seigneurie sur les considérations développées plus haut, qui ont eu pour but de justifier la demande de ces deux Français, et en même temps de jeter un nouveau jour sur l'étendue du droit de pêche accordé à nos nationaux. Cette question, dont l'intérêt est capital pour les pêcheurs des deux pays, prend une importance spéciale au moment où la saison de pêche est close et où une nouvelle campagne va s'ouvrir, et j'ai trop de confiance dans l'esprit de justice de Votre Seigneurie pour ne pas douter qu'elle partagera les vues de mon Gouvernement relativement à nos droits à Terre-Neuve. Veuillez, &c.

Waddington.

Nr. 10112. GROSSBRITANNIEN. — Französ. Botschafter an das engl. auswärtige Amt. Protest gegen die Errichtung einer englischen Hummerfischerei an der Vertragsküste, da Hummern zu den Fischen gehörten, auf deren Fang ein ausschliessliches französisches Recht bestehe.

Londres, le 15 Décembre, 1888.

Nr. 10112.
Gross-
britannien.
15. Dec. 1888.

M. le Marquis, || J'ai communiqué à mon Gouvernement la réponse que Votre Seigneurie m'a fait l'honneur de m'adresser le 23 Novembre dernier au sujet de l'incident provoqué à Terre-Neuve par l'établissement de l'usine Shearer sur le "French Shore," et dans laquelle Elle me faisait connaître que les mesures nécessaires avaient été prises par le Capitaine Hamond pour empêcher cet industriel de troubler les pêcheurs Français. || Ces mesures avaient déjà été portées à la connaissance de M. le Ministre de la Marine et des Colonies par le Chef de la Division Navale Française à Terre-Neuve, qui n'avait pas eu de peine à en démontrer l'insuffisance. Mon Gouvernement s'était vu alors dans la nécessité de demander la fermeture de l'usine Shearer, comme je l'ai exposé à Votre Seigneurie dans ma lettre du 2 Septembre dernier. Cette décision lui paraissait indispensable pour mettre le Sieur Shearer hors d'état de troubler les opérations de nos pêcheurs dans la Baie d'Ingarnachoix, et il se trouve dans la nécessité de la maintenir pour ne pas créer un précédent qui pourrait amener les complications les plus graves, au moment surtout où deux mois seulement nous séparent de la nouvelle campagne de pêche. || La Déclaration de 1783, sur laquelle j'ai déjà eu l'honneur d'appeler l'attention de votre Seigneurie, est rédigée en Français seulement et la clarté des termes qui y sont employés ne peut donner matière à aucune discussion. Elle proscrit toute espèce de gêne et cela sans distinction de la cause qui la produit. La gêne causée par le Sieur Shearer est indéniable, puisque

la pêche du homard chasse la morue et emploie des engins qui détruisent nos filets et les empêchent de déborder. Aucun engin n'est plus meurtrier pour la pêche proprement dite que le casier à homard; ce n'est pas une gêne temporaire qu'il impose aux pêcheurs Français; c'est un obstacle permanent et nuisible, qui détruit leurs filets et les force à fuir les territoires que la factorerie exploite; les résidus de la fabrication souillent les fonds, éloignent la morue et éliminent l'industrie primitive. Les pêcheurs Français le savent si bien que jamais ils ne tendent leurs filets là où la morue paraît à la surface. || L'établissement de la homarderie du Sieur Shearer constitue non seulement une gêne pour les pêcheurs Français, mais une violation flagrante des droits concédés à la France. Le "French Shore" ne peut pas avoir deux classes d'exploitants, et le maintien de cette usine porterait l'atteinte la plus grave au droit qu'ont les Français de pêcher sans concurrence et de préparer toute espèce de poisson. Ce droit concurrent ne peut être soutenu; car il n'est pas écrit et il n'y est fait aucune allusion dans les Traités. L'examen des principaux Articles de ces Traités, dont le texte est emprunté au "Recueil des Actes Législatifs de la Colonie de Terre-Neuve," publié en 1872, que je me permets de placer ci-après sous les yeux de Votre Seigneurie, lui permettra de se convaincre des droits qui ont été concédés à la France à Terre-Neuve. || La lettre même des Traités et les commentaires qui leur ont été donnés ne laissent subsister aucun doute à l'égard de la situation privilégiée de la France à Terre-Neuve. Il est de toute évidence qu'en consentant au Gouvernement Britannique la cession de territoire, la France a entendu se réserver le droit complet de pêcher sur une portion de la côte et d'user pleinement du rivage par les besoins de ses pêcheurs pendant l'occupation temporaire. || Ce droit de pêche, on ne saurait trop le redire, n'a pas été spécialisé ni restreint; il a été stipulé et reconnu dans son intégrité en termes généraux et suivant un esprit libéral. Il n'est pas admissible qu'aucun des deux Gouvernements Signataires ait entendu faire mentalement une exception quant à la capture et à la préparation des crustacés, et que les mots "fish" et "fishery" doivent par suite s'interpréter dans un sens étroit et différent de l'acception vulgaire. || Le Traité d'Utrecht dit en effet:—

"It shall be allowed to the subjects of France to catch fish and to dry them on land in that part only which stretches from the places," &c. || "Fish" s'applique à tous les produits de la mer, et le verbe "to fish," qui est employé dans la rédaction du Traité de Paris de 1763 à la place du substantif, possède encore dans la langue courante de notre époque une valeur générale qui exclut toute restriction. Le "Lobster Act" de 1888 contient en tête "to fish lobster". || D'autre part, le hareng se fume, le saumon se sale, la truite de mer se met en saumure, et jamais on n'a élevé d'objection contre la capture et la préparation de ces différents produits. Ce n'est pas sans intention que les Signataires de l'Acte d'Utrecht ont parlé de "catch fish" d'une part, et de "dry on land" de l'autre. Ces termes contiennent deux droits

Nr. 10112.
Gross-
britannien.
15. Dec. 1858.

séparés et absolument distincts. || On aurait pu allouer à la France la pêche et lui interdire la sécherie: dans le premier cas, elle a l'usage des eaux, dans le second elle occupe temporairement le sol; le Traité d'Utrecht ayant eu précisément pour but de faire passer le territoire de Terre-Neuve sous l'autorité Britannique, il était nécessaire de stipuler l'usage temporaire que la France pouvait faire d'une partie de la côte. Ce sont donc deux privilèges distincts qui ont été reconnus à la France, et le second ne peut être considéré comme un diminutif du premier. "Pêcher" constitue le premier, "sécher" constitue le second. Mais si la sécherie est limitée, la pêche ne l'est par aucun terme du Traité, et à ce titre elle est et demeure universelle. || S'il était dans les intentions de l'une ou de l'autre des Parties Contractantes de restreindre la pêche de l'autre à telle ou telle espèce de poisson, elle aurait eu soin de le spécifier, et l'assertion du Gouvernement de Terre-Neuve, que l'imperfection de la science rendait impossible des classifications que tout le monde connaît aujourd'hui, n'est pas admissible. Les anciens avaient différencié les poissons proprement dits des crustacés et appelaient ces derniers "Malacostracés;" depuis, deux auteurs Anglais, Roy et Willoughby, publiaient un ouvrage, "Synopsis Methodica Animalium," traitant particulièrement de l'Ichthyologie: ce document, paru en 1693, peu d'années avant la signature de la Paix d'Utrecht, aurait certes attiré l'attention des Plénipotentiaires si l'on avait voulu limiter l'exploitation par la France du domaine de la mer. Depuis ce moment, Artedi (1735) et Linnée (1738) en Suède; Cuvier et Agassiz plus récemment en France, ont achevé l'étude de ce régime, et leurs travaux, quelque retentissement qu'ils aient eu, ne paraissent avoir nullement intéressé les diplomates puisque jusque et y compris le Traité de 1814, aucune mention n'est faite de l'intention de sortir de la définition générale de "fish," et on arrive à cette conclusion, que les textes, les traditions et l'histoire sont concordants pour accorder à la France la pêche à titre universel sur les côtes du "French Shore". || La France a non seulement le droit de pêcher le homard mais encore celui de le préparer industriellement sur place. || Si, en 1713, les autoclaves et étuves chaudes n'étaient pas inventées, peut-on dire que les seines de cette époque, que les harouelles employées par nos pêcheurs du dix-huitième siècle, n'ont pas été modifiées depuis lors et le perfectionnement des engins employés est venu peu à peu? || On lit, d'ailleurs, dans la Déclaration Britannique: —

"The XIIIth Article of the Treaty of Utrecht, and the method of carrying on the fishery, which at all times has been acknowledged shall be the plan upon which the fishery shall be carried on there. It shall not be deviated from by either party, the French fishermen building only their scaffolds, confining themselves to the repair of their fishing vessels, and not wintering there, the subjects of His Britannic Majesty on their part not molesting in any manner the French fishermen during their fishing nor injuring their scaffolds during their absence." || Ce que l'on entend par "the method of carrying

on the fishery" est défini par les développements qui suivent cette phrase dans le texte de la Déclaration. C'est le *modus vivendi* des Français sur une côte qui a cessé de leur appartenir qui est réglementé; c'est leur campement provisoire, leur droit à couper le bois nécessaire pour leurs menues réparations qui est confirmé, c'est en un mot le commentaire le plus complet des droits territoriaux de la Couronne Britannique mis en regard de la servitude temporaire consentie à son égard. "The method of carrying on the fishery" signifie les règles de police internationale qui fixeront les rapports des pêcheurs des deux nations, et un examen impartial interdit d'y trouver la moindre restriction apportée aux procédés de pêche des Français ou au mode de préparer le poisson tant que les établissements Français conservent, comme aujourd'hui, le caractère de "temporary building" possédé par l'échafaudage ("scaffold"). || En résumé, l'industrie Française doit être respectée dans les cantonnements qu'elle occupe. La Déclaration de 1783, l'Acte de George III, sont des plus affirmatifs à cet égard, et les commentaires abondent pour renforcer les Traités: Proclamation de Sir G. Hamilton, Consultation des Avocats de la Couronne, Correspondance de MM. Labouchère et Stanley, Ministres des Colonies, que j'ai eu déjà l'occasion de citer dans une lettre à Votre Seigneurie, en date du 7 courant, à propos de la réclamation Dupuis-Robial et Besnier. || Il résulte donc de l'ensemble de ces considérations, tirées de l'examen des Traités et du rappel des traditions, que la France a un droit de pêcher et de préparer le homard identique à celui qu'elle possède de prendre et de sécher la morue.

Quant à l'étendue de ces droits de pêche et des limites dans lesquelles l'exercice pourrait en être considéré comme raisonnable, mon Gouvernement ne saurait accepter la théorie exposée par Votre Seigneurie au milieu de la dépêche citée plus haut. La Déclaration de 1783 est également formelle à cet égard, et la France doit rester seule juge en cette matière, comme je l'ai exposé à Votre Seigneurie dans ma dépêche du 2 Septembre dernier. || Enfin, mon Gouvernement n'a pas vu sans étonnement qu'il était fait allusion de nouveau aux homarderies Françaises de la Baie Blanche, et aux réclamations qu'elles ont provoquées de la part des autorités Britanniques. La réponse que M. Goblet a faite à ce sujet à Lord Lytton et dont Votre Seigneurie a eu sans aucun doute connaissance, démontre le peu de fondement de ces réclamations. D'autre part, M. le Ministre des Affaires Étrangères s'explique mal les accusations portées contre les pêcheurs Français, qui continueraient à exploiter les homarderies "établies contrairement aux Traités et malgré les assurances contenues dans la note de l'Ambassade du 25 Août, 1886". Les assurances qui s'y trouvaient consignées concernaient exclusivement un incident qui a provoqué de la part de la France, à l'égard de certains de ses nationaux, l'intervention la plus propre à affirmer aux yeux du Gouvernement de la Reine sa volonté de faire respecter par les pêcheurs Français, en ce qui touche l'aménagement des usines à homard, les obligations résultant des Traités.

Nr. 10112.
Gross-
britannien.
15. Dec. 1888.

Nr. 10112. Les autorités maritimes Françaises n'ont pas appris, depuis lors, que les pêcheurs Français aient transgressé les ordres qui leur avaient été donnés à cette occasion par les croiseurs de leur nation, et ces déclarations ne pouvaient en aucun cas mettre en cause le droit pour les Français d'exploiter le homard. || Les considérations qui précèdent ont eu pour but de démontrer à Votre Seigneurie l'illégalité de l'établissement du Sieur Shearer sur le "French Shore". Ses agissements nuisent à la pêche Française, et le maintien de son usine dans ces parages porterait l'atteinte la plus grave aux droits concédés à la France, tels que je viens de les établir, en passant en revue les Articles des Traités signés entre les deux nations; et je suis chargé d'insister de nouveau auprès du Gouvernement de la Reine pour que l'éviction du Sieur Shearer de Port Saunders ne tarde pas davantage. || Je suis convaincu que Votre Seigneurie voudra bien insister auprès des autorités Coloniales Anglaises pour qu'il soit fait droit à la demande de mon Gouvernement, et je lui serai très reconnaissant de m'informer de la suite qui lui aura été donnée. || Veuillez, &c.

Waddington.

Nr. 10113. GROSSBRITANNIEN. — Französ. Minister des Auswärtigen an den engl. Botschafter. Die Faktoreien sind nicht temporär. Die franz. Fischer sind auch zum Hummerfang berechtigt und zwar mit Ausschliessung der Engländer.

Paris, le 16 Février, 1889.

Nr. 10113.
Gross-
britannien.
16. Febr. 1889.

M. l'Ambassadeur, || Par sa lettre en date du 21 Décembre dernier, votre Excellence a bien voulu me saisir des observations auxquelles avait donné lieu, de la part du Principal Secrétaire d'État de Sa Majesté, la communication que je lui avais adressée à la date du 30 Octobre dernier, relative à la Concession à une Compagnie Française d'une usine à homards dans la Baie Blanche. Ces observations portent à la fois sur le caractère permanente que présenterait les établissements élevés par nos nationaux, sur la durée de la Concession qui leur a été accordée, et sur le principe même de notre droit de pêcher le homard. || En ce qui concerne le premier point, je ne saurais rien ajouter aux éclaircissements qui ont été précédemment fournis à votre Excellence. Ils devaient, en effet, dans ma pensée, suffire à convaincre le Gouvernement Britannique que les constructions de M. Thubé-Lourmand ne pouvaient être considérées comme s'écartant du type du chaufaud réglementaire. Il a pu, en effet, s'assurer par les documents mis à sa disposition qu'il s'agissait de simples barraques, apportées de France, démontées, et qui n'ont pas duré, en tant qu'abri, au delà de la campagne de pêche. Nous sommes donc en droit d'affirmer, une fois de plus, qu'à cet égard nous sommes

demeurés dans la lettre stricte des Traités. || Sur le fait même de la Concession, dont la durée constituerait, aux yeux du Gouvernement de la Reine, une atteinte aux droits de souveraineté de la Couronne Britannique, je me contenterai de faire remarquer à votre Excellence que la Concession ou l'attribution privative accordée à M. Thubé-Lourmand n'est autre chose que le droit d'opérer par préférence ou à l'exclusion des autres maisons Françaises dans la baie qui lui a été assignée, mais il est bien entendu que ce droit doit s'exercer uniquement pendant la période et dans les conditions fixées par les Traités. Depuis quatre-vingt-six ans, c'est-à-dire, depuis la promulgation de l'Arrêté du 25 Pluviôse, an III, le Département de la Marine a toujours procédé de cette façon. Les places sont tirées au sort et concédées pour cinq années. Cette règle, indispensable à la fois pour assurer le bon ordre et pour garantir aux exploitants une certaine sécurité quant à la continuité de leurs opérations, n'avait jamais jusqu'à ce jour soulevé d'objections de la part du Gouvernement Britannique, qui, en présence de ces éclaircissements, reconnaîtra encore aujourd'hui, j'en suis persuadé, que nous ne saurions accepter la discussion sur une mesure d'ordre intérieur, qui est de notre compétence exclusive. || Quant à la question de principe soulevée par les objections que rencontre de la part du Gouvernement Britannique le droit pour les Français d'exploiter le homard, il nous est d'autant plus difficile de suivre le Cabinet de Londres sur le terrain où il paraît vouloir se placer, que, dans l'opinion du Gouvernement de la République, aucun doute ne saurait subsister sur notre droit privilégié de préparer le homard aussi bien que la morue comme marchandise d'exportation. Les Traités entendus de bonne foi et suivant leur esprit, nous garantissent, en effet, sur le "French Shore," un droit de pêche sans restrictions, ainsi que l'usage de la côte pour la préparation des produits de cette pêche. En outre, on ne pourrait concevoir pour les résidents Anglais la faculté de se livrer à la même industrie dans la zone déterminée par les arrangements internationaux, qu'à la condition d'admettre, d'une part, qu'ils peuvent, là où ils se trouvent, nous empêcher de pêcher même la morue, ce qui reviendrait à nier l'existence même des Traités; et, d'autre part, qu'il leur est permis de s'établir sur la côte réservée, ce qui est explicitement interdit par la déclaration du Roi Georges; que l'on s'attache à l'esprit des Traités vu qu'on en consulte la lettre, il paraît impossible de sortir de cette solution qui établit le caractère absolu de notre droit de pêche, dans les conditions de durée et d'installation fixées par les Traités, conditions sur lesquelles nous avons jamais entendu élever de contestations. || Agréez, &c.

René Goblet.

Nr. 10113.
Gross-
britannien.
16. Febr. 1889.

Nr. 10114. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an den Gouverneur von Neufundland. Die beste Lösung wäre, wenn die Faktoreien jedes der beiden Länder da geduldet würden, wo sie die des anderen nicht behindern.

(Extract.)

Downing Street, March 28, 1889.

Nr. 10114.
Gross-
britannien.
28. März 1889.

In another despatch of this day's date I have communicated to you the correspondence which will place yourself and your Government in possession of the views of Her Majesty's Government in regard to the establishment of British and French lobster factories on the coasts of Newfoundland to which the French Treaty rights extend. || Your Ministers will readily understand, that Her Majesty's Government are placed in a position of some difficulty owing to the present state of this question. || On the one hand, Her Majesty's Government can hardly insist on the removal of the French factories whilst the British factories remain, and, on the other, it can scarcely be expected by the French that British factories should be removed and French ones be allowed to remain. || Her Majesty's Government rather incline to the opinion that the best solution of the difficulty might be to endeavour to come to an arrangement with the French Government that the factories of both countries should be allowed in places and under conditions jointly approved by the British and French Naval Commanders-in-chief on the station. Her Majesty's Government would be glad to receive the views of your Government on this subject, or any suggestions which they may have to offer for a solution of the question. || In any case, Her Majesty's Government are of opinion that a cause of much difference between the two Governments might be removed if Mr. Shearer's factory at Port Saunders were transferred to some other site where it could not interfere with French fishing. || A correspondence relating to the interference caused to the fishery of the French by the use of cod-traps is still being carried on with the French Government; but copies of it, when it is further completed, will be communicated to you.

Nr. 10115. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Vorschlag, die auftauchenden Frager über die Hummerfischerei einem Schiedsspruche zu unterbreiten.

Foreign Office, May 10, 1889.

Nr. 10115.
Gross-
britannien.
10. Mai 1889.

Sir, || With reference to your letter of the 30th ultimo on the subject of the lobster fishery on the west coast of Newfoundland, I am directed by the Marquis of Salisbury to state that he has given his most careful attention to those portions of the Governor's despatch inclosed in your letter which

relate to the state of feeling in the Colony in regard to this question. || It would appear from the Governor's Report, that the agitation on the subject continues, and tends, as the fishing season approaches, to increase both in the Legislature and in the community at large, and Sir T. O'Brien urges strongly that some definite information should be given to the public as to the position and rights of the inhabitants, and that he should be at least authorized to give an assurance that, pending a definite solution, the status quo will be maintained, or that at all events those lobster factories erected by British subjects which have been existing for years past should not be interfered with. || Lord Knutsford is well aware of the difficulties which beset the question, and which render it almost impracticable under present circumstances to satisfy the request of the Governor. || There may be said to be three different contentions in regard to this matter. || The French Government hold, that the Treaties secure to them the fullest rights of fishery and preserving of fish along this portion of the coast, including the catching and canning of lobsters, to the exclusion of British fishermen, whose operations, if permitted at all are to cease at once upon notice from the French. They equally contend that British subjects are debarred from erecting factories or settlements of any kind along the shore, and the only limitation which they admit of their own rights, as above stated, is that the establishments created by French citizens for the preserving of fish shall not be permanent buildings. || Her Majesty's Government have not attempted to claim that, under the terms of the Declaration of Versailles of 1783, British subjects have the right of erecting lobster-canning factories immediately on the Treaty Shore, but they contend that the French themselves have no right to erect such establishments, nor do they admit that the catching of lobsters is included within the fishery rights secured to the French by Treaty. They maintain, moreover, that British subjects have the right both of catching lobsters and of other fishery along and off the Treaty Shore, except in cases where it can be proved that their operations actually interfere with French fishing. || Finally, the Colonial Legislature and the inhabitants on the coast not only claim the rights of fishery for themselves and the limitation of French rights as contended for by Her Majesty's Government and set forth above, but they regard it as an intolerable grievance, and as contrary to the intention of the Treaties, that any restriction should be placed upon the establishment of factories on the shore, except the sole condition that they are not actively to interfere with the fisheries and temporary fish-curing establishments of the French. They point to the fact, that these lobster fisheries and lobster canning establishments have existed up to 1886 without remonstrance on the part of the French as conclusive proof that they do not constitute such an interference. || The views, therefore, of Her Majesty's Government are not of a nature to be entirely satisfactory to the Colony, but still less does there seem to be any probability of their inducing the French Government to accept them, or of their ob-

Nr. 10115.
Gross-
britannien.
10. Mai 1889.

Nr. 10115. taining the assent of that Government to any arrangement which will not be
 Gross- resented by the Colony as a sacrifice of its interests. || The question involves
 britannien. arguments of much nicety as to the exact verbal construction of the Treaties,
 10. Mai 1889. and as to the intentions of the statesmen who negotiated those instruments
 more than a century ago. Such arguments, however sound they may be, are
 not generally of a nature to preclude at least a plausible reply, or to carry
 absolute and immediate conviction to the opposite party interested. || The
 question seems, therefore, to Lord Salisbury to be one of which it would be
 proper and useful to obtain a decision by impartial arbitration. Such a deci-
 sion, to whichever side it might incline, would in his opinion, be less disad-
 vantageous than the present condition of uncertainty, in which all the parties
 interested consider that they have legitimate ground of complaint, and no
 certain basis is afforded for ulterior negotiations towards a permanent settle-
 ment. || His Lordship would consequently propose to Secretary Lord Knutsford,
 that the two parties should be approached with a view to the settlement of
 the question by reference to arbitration, and that the issues to be so referred
 should be:— || 1. Whether the taking and preserving of lobsters can be
 properly considered as included in the terms of the Treaties which give to
 the French the liberty of fishing and drying fish on certain specified parts of
 the coast. || 2. Whether lobster-traps set by British subjects along the coast
 can be said to interfere with French fishing operations in such a manner and
 to such extent as to constitute an infraction of the Treaties. || Lord Salisbury
 would be glad to have Lord Knutsford's opinion as early as possible, both
 upon the main question of arbitration and also on the terms and the limita-
 tions of the reference and the choice of an Arbitrator. The latter points will,
 of course be subject to reconsideration in the course of discussion with the
 French Government and the Colony, but it would be desirable to have a
 distinct understanding as to the arrangements which it should be sought to
 obtain. || I am, &c.

T. H. Sanderson.

Nr. 10116. **GROSSBRITANNIEN.** — Antwort auf das vorige. Zu-
 stimmung. Doch ist eine Verständigung mit Frank-
 reich vor einer solchen mit der Kolonie wünschens-
 werth.

(Extract.)

Downing Street, May 28, 1889.

Nr. 10116.
 Gross-
 britannien.
 28. Mai 1889.

I am directed by Lord Knutsford to acknowledge the receipt of your
 letter of the 10th instant, relating to the difficulties which have arisen with
 the French Government in connection with the lobster fisheries on parts of
 the coasts of Newfoundland, and explaining the reasons which, in the opinion
 of the Marquis of Salisbury, render it advisable that certain issues connected
 with the lobster fisheries question should be submitted to arbitration. || Lord

Knutsford desires me to request that you will inform Lord Salisbury that his Lordship is disposed to concur generally in the views expressed in your letter, and if the French Government are ready to submit the points referred to arbitration, he will be prepared to press that course upon the Colonial Government. Lord Knutsford, however, thinks it advisable, that the views of the French Government should be first ascertained before the Colonial Government is approached on the subject. A reason for adopting this course is to be found in the fact that a solution of the difficulty in respect of the lobster factories has been suggested to the Governor in a despatch to him dated the 28th March last, and to which no reply has yet been received from the Colony.

Nr. 10116.
Gross-
britannien.
28. Mai 1889.

Nr. 10117. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an den franz. Botschafter. Die Zurückziehung der englischen Hummerfaktoreien zu Gunsten der französischen verweigert. Protest gegen Errichtung neuer französischer Faktoreien.

Foreign Office, June 22, 1889.

M. l'Ambassadeur, || On the 1st ultimo M. Jusserand made at this Office an intimation, on the part of the French Government, to the effect that St. Margaret's Bay and Brig Bay, on that part of the coast of Newfoundland where the French possess fishery rights, had been allotted for the forthcoming season as fishing-grounds to the vessels belonging to the French house of Thubé Lourmand. || This intimation was duly communicated to Her Majesty's Secretary of State for the Colonies; and I have now the honour to acquaint your Excellency, that it is found, on examination of the information in possession of Her Majesty's Government, that British lobster fisheries have for some time been established in the two bays in question. || Instructions will be sent to the British naval officers on the coast to take care, that in these bays the admitted rights of fishery granted to French citizens under the Treaties shall not be interfered with by British fishermen. || Your Excellency will, however, remember, that I stated in my note of the 28th March last, that Her Majesty's Government are unable to admit that the right to catch and can lobsters comes within the purview of the Treaties; and I think it right to say, that, pending any arrangement for the solution of the question which has arisen on this point, Her Majesty's Government cannot undertake to issue instructions to their naval officers on the Newfoundland Station which would have the effect of facilitating the pursuit of this industry by French citizens, to the prejudice of that carried on by British subjects. || Her Majesty's Government trust, that there is no foundation for a report which has reached the British naval officers on the Newfoundland Station to the effect that there is an intention of establishing

Nr. 10117.
Gross-
britannien.
22. Juni 1889.

Nr. 10117. a large French lobster factory at St. Margaret's Bay. || Her Majesty's Govern-
 Gross- ment must earnestly protest against the establishment of fresh lobster factories
 britannien. by French citizens, especially while questions relating to such establishments
 22. Juni 1889. are in discussion between the two Governments. || I have, &c.

Salisbury.

Nr. 10118. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an den franz. Botschafter. Geschichte und Wesen der franz. Rechte an der Vertragsküste. Widerlegung des franz. Anspruchs auf ein ausschliessliches Fischereirecht.

Foreign Office, July 9, 1889.

Nr. 10118. M. l'Ambassadeur, || In the note which I had the honour of addressing
 Gross- to your Excellency on the 28th March last, relative to the question of the
 britannien. lobster fishery in the waters of Newfoundland, I stated that I proposed to ad-
 9. Juli 1889. dress to you a further communication in reply to the observations contained
 in your note of the 7th December on the general subject of the Newfound-
 land fisheries. || The note in question treats of the claim of Messrs. Dupuis-
 Robial and Besnier for compensation on account of the diminution of their
 catch of fish, which they attribute directly to the use of cod-traps by British
 fishermen. || In my note of the 24th August, 1887, relative to this claim, I
 had stated that the right of fishery conferred on the French citizens by the
 Treaty of Utrecht did not take away, but only restricted during a certain
 portion of the year and on certain parts of the coast, the British right of
 fishery inherent in the sovereignty of the island. And in my subsequent note
 of the 28th July last I observed, that the right of British subjects to fish con-
 currently with French citizens has never been surrendered, though the British
 fishermen are prohibited by the second paragraph of the Declaration of Ver-
 sailles from interrupting in any manner by their competition the fishery of
 the French during the temporary exercise of it which is granted to them. || In
 your note of the 7th December your Excellency meets these arguments by
 asserting that the French had always had the exclusive right of fishery by
 virtue of their sovereignty over Newfoundland. That when that sovereignty
 was transferred to England by the Treaty of Utrecht, the right of fishery re-
 served to subjects of the King of France on a portion of the coast necessarily
 remained an exclusive right in the absence of any express provision to the
 contrary. Further, that in the negotiations at Versailles in 1782—83 the
 English negotiators, by an appeal to the moderation of the Court of Versailles,
 succeeded in obtaining, not any admission of a concurrent right of fishery,
 but an abandonment by France of fishing rights on part of the coasts on
 which British subjects had encroached, in exchange for exactly similar rights
 on an equivalent portion of the coast elsewhere. That in the negotiations for

the Peace of Amiens of 1802 the Cabinet of Paris had thought it would be desirable to establish the French right to exclusive fishery by a modification of Article XIII of the Treaty of Utrecht, but that Mr. Fox did not consider such an amendment opportune, and urged that it would be sufficient to return purely and simply to the text of 1783, as the British Government had never questioned the French right to exclusive fishery. || This train of reasoning presents a historical view of the subject which is entirely at variance with the information in the possession of Her Majesty's Government. I have thought it would contribute to the elucidation of the subject that the several points which I have briefly recapitulated above should be examined in detail by the light of the authentic records at the disposal of this Department and the Colonial Office, and the result of this examination has been embodied in a Memorandum of which I inclose copies, and to which I request your Excellency's attention. || You will find what appears to Her Majesty's Government to be indisputable evidence that the sovereignty of Newfoundland has from the earliest times belonged to the British Crown, and that the interests of France were limited to the possession of Placentia, and to temporary occupancy by conquest or settlement of certain portions of the adjacent coast. All these interests were abandoned by the Treaty of Utrecht, which stipulated that no claim of right should ever henceforward be advanced on behalf of France, and that it should be allowed to her subjects to catch fish and dry them only on land on a certain specified portion of the coast. The concurrent right of British subjects to fish off this part of the coast was undoubtedly asserted and put in practice subsequent to the Treaty, and not later than 1766; and a short time afterwards it began to give rise to repeated complaints from the French Government, not on the ground that it was in itself contrary to the Treaty, but because of the manner in which it was exercised, which was said in many cases practically to derogate from and annul the liberty of fishery accorded to the French. The arrangements made at Versailles in 1783 were not obtained by appeals to the moderation of the French Government with the view of obtaining concurrent rights of fishery for British subjects, but were the outcome of negotiations in which the French Plenipotentiary endeavoured, but unsuccessfully, to obtain the explicit concession of an exclusive right of fishery for the French. || It is no doubt by an accidental error merely that Mr. Fox, who was Secretary of State during the latter portion of these negotiations, is mentioned by your Excellency as having given certain assurances during the later negotiations for the Treaty of Amiens in 1802, when he was not a member of the Government. But I have been unable to discover, either in the instructions of Lord Hawkesbury in this latter period, or in the Reports of Lord Cornwallis, who was the British Plenipotentiary, any indication that either of them gave any assurance whatever that the British Government had never questioned the exclusive character of the right of fishery accorded to the French under the Treaty of Utrecht. Such a statement on their part

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1889.

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1889.

would indeed have been in absolute contradiction to the facts. || The question therefore hinges mainly on the interpretation to be given to the arrangements made at Versailles in 1783, and on this point I must be permitted to invite special attention to paragraphs 29—38 of the Memorandum which I have the honour to inclose, and to refer your Excellency to Lord Palmerston's note to Count Sebastiani of the 10th July, 1838, of which your Excellency has only quoted a small, and that, as it seems to me, the least significant, portion. || For you will find, on reference to the original, that certain words have been omitted, in making the extract, which materially alter the sense, and that the privilege which, as Lord Palmerston states, "has, in practice, been treated by the British Government as an exclusive right during the period of the fishing season, and within the prescribed limits," is described by him as "a privilege which consists in the periodical use of a part of the shore of Newfoundland for the purpose of drying their fish;" while in the very next sentence Lord Palmerston goes on to say, that "the British Government has never understood the Declaration to have had for its object to deprive British subjects of the right to participate with the French in taking fish at sea off that shore, provided they did so without interrupting the French cod fishery." A perusal of this passage of the preceding paragraph, and of those which succeed it, showing the grounds on which Lord Palmerston based his conclusion, will, I think, convince your Excellency that the arguments advanced in my previous communications are in consonance with the views which have always been expressed by Her Majesty's Government. || To turn to the more immediate object of this correspondence, the question of the injury said to be caused to the French fishery by the use of cod-traps by British fishermen, I have already had the honour of informing your Excellency that, pending the enforcement of the Act which has been passed by the Colonial Legislature for the entire suppression of these traps, special instructions have been issued to the British naval authorities which Her Majesty's Government trust will be effectual in preventing any undue interference by such engines with the fishery of French citizens. In this and in all other respects it is the earnest wish of Her Majesty's Government to do all in their power to insure the enjoyment by the French fishermen of the rights given to them under the Treaty and Declaration of 1783. || But I can only repeat, that the claims preferred on account of Messrs. Dupuis-Robial and Besnier do not appear to Her Majesty's Government to be such as they can consent to entertain. These claims rest virtually on the fact that the amount of fish caught by the complainants was considerably below the average of former seasons, that they believe from hearsay evidence that British fishermen who used cod-traps in the vicinity were more successful, and that they attribute their own want of success to this cause, as they do not know to what else it could be attributable. It is admitted by some of the deponents that they did not even apply to the British naval officers for the removal of any of the traps, as they did not think it would

be of any use; by others that they did so apply, and that the traps were removed, though they assert that these were afterwards replaced, when apparently they took no further steps. || Her Majesty's Government have every wish that the assurances contained in the Declaration of 1783 should be punctually and completely fulfilled; but they cannot admit, that there is anything in those assurances, however liberally they may be construed, which should involve liability for such a claim. || I have, &c.

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1889.

Salisbury.

Memorandum.

The French Ambassador, in his note dated the 7th December, 1888, reaffirms the French contention as to the exclusive character of the right of fishery enjoyed by French citizens on part of the Newfoundland coast, and again urges the claim for compensation preferred by Mssrs. Dupuis-Robial and Besnier on account of the damage said to have been sustained by them through the use of cod-traps. || 2. M. Waddington expresses surprise, that Her Majesty's Government have now for the first time asserted the essential right of British fishermen to fish by the side of French subjects, and have alleged that this right has never been surrendered, and the French Ambassador assumes that this doctrine is based upon the silence of Article XIII of the Treaty of Utrecht. His Excellency also states, that "le Traité (of Utrecht) laissait subsister pleinement quant à la pêche l'état de choses antérieur à 1713, c'est-à-dire, l'état en vigueur alors que les Français exerçaient la souveraineté territoriale La France conservait le droit exclusif de pêche puisqu'elle l'avait toujours eu," and he further alleges, that his "Gouvernement était donc fondé à croire que le droit de la France sur la côte de l'île de Terre-Neuve réservée à ses pêcheurs n'est autre chose qu'une partie de son ancienne souveraineté sur l'île qu'elle a retenue en cédant le sol à l'Angleterre, mais qu'elle n'a jamais ni infirmé ni aliéné."

I.—*State of Affairs prior to the Treaty of Utrecht.*

3. M. Waddington asserts, that France retained ("conservait") the exclusive right of fishing, since she had always had it ("l'avait toujours eu"). But this cannot be a correct statement, for it appears that in the reign of King Charles I, and during the Commonwealth, if not to a later date also, the French were required to pay to England a tribute or tax of 5 per cent. for the privilege of fishing at Newfoundland, and of drying fish on the shore of the island. || 4. He also asserts, that the French right of fishing is part of the ancient sovereignty of France over the island, which she retained when ceding the soil to England, but which she has never weakened or alienated. It is evident, that this statement also is inaccurate, for the history of Newfoundland

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1889.

during the seventeenth century will be seen to be a record of repeated acts of dominion over the island exercised by England, who could not have accepted such a cession without thereby disavowing all her past acts. || 5. It may be observed in passing (1) that, if the present claim of exclusive fishing on the ground of ancient French sovereignty be disposed of, any argument for their exclusive fishing can only be based upon the terms of the Treaty; and (2) that the terms of that Treaty must be interpreted with reference to the existence of British sovereignty. || 6. Her Majesty's Government are not aware, that France ever possessed any recognized sovereignty over Newfoundland, and, as far as can be ascertained, this novel claim on the parts of France is not only untenable in itself, but if inverted would be an accurate statement of the British rights. In order to dispose of this claim, it will be convenient to examine the state of things that actually existed prior to the Treaty of Utrecht. || 7. Without going back to the title which England acquired to Newfoundland by right of prior discovery made by John Cabot in 1497, it may be observed that on the 5th August, 1583, Sir Humphrey Gilbert, acting under a Commission from the Queen of England, formally took possession of Newfoundland, on behalf of his Sovereign, in the presence of various persons, subjects of other nations, who happened to be there in pursuit of the fishery, and from whom he exacted tribute in acknowledgment of the Queen's rights. || 8. During the interval from 1583 to 1713 England exercised continued acts of dominion over Newfoundland; grants of land were made by the Crown to individuals; settlement was encouraged; Courts of Justice were held (the first as early as 1615); Commissions were issued, and Regulations made for the government of the island, and of the fishermen resorting to it, as well as of the settlers established there; and eventually in 1698, an Act of Parliament was passed (10 & 11 Wm. III, cap. 25) applying to the whole island, and the seas, rivers and dominions thereunto belonging, and islands adjacent; such Act being principally an enactment by the Imperial Legislature of the Rules, Regulations and Constitutions that had prevailed for some time. || 9. The first section of this Act enacted, that "no alien or stranger whatsoever (not residing within the Kingdom of England, the Dominion of Wales, or town of Berwick-on-Tweed) should at any time thereafter take any bait or use any sort of trade or fishing whatsoever in Newfoundland, or in any of the islands or places above mentioned. || 10. The British sovereignty, formally established in 1583, and duly and effectively exercised afterwards, was also, it appears, recognized by France. Hatton and Harvey, in their "History of Newfoundland," p. 38, state, that in 1635 the French obtained permission from the English to dry fish on the shores of Newfoundland on payment of a duty of 5 per cent. of the produce, and that in 1675 Charles II was induced to relinquish the duty of 5 per cent, which had been paid as an acknowledgment of British sovereignty. || 11. Anspach in his "History of Newfoundland" (second edition, 1827, p. 112) says: "According to l'Abbé Raynel, France, after the Agreement made

with King Charles I in 1634, sent annually her fishermen to Newfoundland, where they fished only on the northern part which they called Le Petit Nord, and on the southern point, where they had formed a kind of town upon the Bay of Placentia, which united all the conveniences that could be desired for a successful fishery." He adds at p. 93: "In the year 1675 the French King prevailed upon Charles II to give up the duty of 5 per cent." || 12. It is also stated at paragraph 1666 of the published Calendar of State Papers, Colonial, America and West Indies, 1661—68, that "from the first discovery of Newfoundland in 1496 till the Treaty of 1632 the French were not permitted to fish at Newfoundland or in any place on the main in America, but after that Treaty the French trading to Canada and Acadia presumed to make dry fish on Newfoundland; for prevention whereof Sir David Kirke was sent there Governor, in whose time every French ship trading or making dry fish there was forced to pay 5 or 10 per cent.; and in time of the late rebellion they were compelled to do the like." || 13. Further, it is certain that in 1637, by letters patent dated 13th November of that year, "the whole continent, island and region" of Newfoundland was granted in fee to the Marquis of Hamilton, the Earl of Pembroke, the Earl of Holland and Sir David Kirke, and "that all other Kings, Princes and Potentates, their heirs, allies and subjects, may know our (the King's) just and undoubted right and interest in and to the said continent, island and region of Newfoundland, and in and to all and every the islands, seas and places to the same belonging," it was declared that there are to be levied from all strangers that make use of any part of the shore for drying fish "five fishes out of every hundred fish in the seas, rivers, or places aforesaid to be had or taken." The grantees were enjoined to see to the collection of this tribute, from which British subjects were exempt, being expressly given "free and ample liberty of fishing." || 14. There is, in the published Calendar of State Papers, Domestic, under date the 16th May, 1639, a letter from Secretary Coke to Secretary Windebank, stating that the French Ambassador (M. Pomponne de Bellièvre, Seigneur de Grignon) had complained of an imposition laid on strangers by Sir David Kirke for fishing at Newfoundland. "A firm but fair answer is be given, and the impositions laid by the French on the English merchants considered in justification." || 15. The following is an extract from this letter of the French Ambassador, dated the 9th (19th) May, 1639:— || "L'on m'a aussi donné avis que les nommer (sic) Kerg avoient une patente du Roy de la G. B. pour lever quelque chose sur la pesche des morües, ce qu'ils se proposent de prendre non seulement sur les sujets du Roy de la G. B., mais generalement sur tous ceux qui irant pour faire cette pesche, ce qui seroit contraire à tout droit et à la liberté avec laquelle on en a usé jusques icy, ce qui fait que je m'imagine que le Roy de la G. B. ne l'entend pas ainsy et que personne autre que ses sujets ne se resoudra à le souffrir." || To wick letter the following answer was returned, dated Newcastle, 26th (16th) May, 1639:— || J'ay communiqué la vostre

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1889.

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1889.

au Roy mon maistre, et vous en rends cette gracieuse responce sur chaque point." Then, after referring to various other matters, the following reply is made to the French Ambassador's representations on the Fisheries question, quoted above:— || "Quant a vostre derniere plainte, faite contre Kerg, pour lever quelque chose sur les estrangers pour la pesche en Terre Neufve; S. M. ne scait pas, en particulier, ce qui s'y est passé; c'est pourquoy elle vous en remet à son Conseil d'Estats demeurants à Londres pour y faire vostre remonstrance et recevoir la responce. Se promettant quant & quant de vous une bonne responce sur la plainte que mon collegue vous aura representée, de la nouvelle levée faite en France sur nos marchans, en contravention des Traités, & qui semble porter une intention absolue de rompre ceste bonne intelligence que S. M. garde toujours soigneusement, & pour la conservation de laquelle ses Ministres travaillent incessamment." || 16. There is no doubt that subsequently, in 1662 (published Calendar of State Papers, Colonial; 1661—68, paragraphs 1729—32), shortly after the restoration of the Monarchy in England, the French, taking advantage of the English Government being fully occupied at home, proceeded, although the two countries were at peace, to fortify themselves at Placentia, to drive out the English settlers, and to issue Commissions to Governors purporting to exercise sovereignty over the whole of Newfoundland. || 17. In 1666 and 1667 the French, who were then at war with England, strengthened their hold upon Placentia and the neighbouring coasts (Calendar of State Papers, paragraphs 1729—30; and it is stated by Hatton and Harvey, p. 39, that at one time they had established their dominion over a territory of 200 miles in extent. But this episode of the conflict was annulled, so far as any sovereign rights were involved, by Article XII of the Treaty of Peace concluded between Great Britain and France at Breda on the 21st July, 1667, in which the Most Christian King engaged to restore to the King of Great Britain all the islands, countries, fortresses and Colonies which might have been conquered by the arms of the Most Christian King before or after the signing of that Treaty. || 18. As proof of the continued and uninterrupted assertion of English dominion, it may be pointed out that King Charles II, on the 12th January, 1661, issued letters patent reciting the letters patent of 1637, and granting additional powers for regulating the Newfoundland fishery; and that on the 10th March, 1670, he made an Order in Council containing additional Regulations for the government of the fishery in Newfoundland, of which the 1st Article authorizes English subjects to fish in all waters, and to dry their fish on shore in any part of Newfoundland, as fully and freely as any of the subjects "of His Majesty's Royal predecessors," and of which the 2nd Article declares "That no alien or stranger be permitted to take bait, or fish in any of the rivers, lakes, creeks, harbours, or roads in Newfoundland between Cape Race or Cape Bona Vista, or in any of the islands thereunto adjoining." || 19. The French had, it will be seen, forcibly possessed themselves of parts of the English Island of Newfoundland in time of peace,

which they continued to hold, but without permission from England. || In any case, such possession was not considered as implying an admission of French sovereignty over any portion of the island, for, on the outbreak of hostilities after the accession of William III, the King, in his declaration of war, 7th May, 1689, stated:— || “It is not long since the French took licences from the English Governor of Newfoundland to fish in the seas upon that coast, and paid a tribute for such licences as an acknowledgment of the sole right of the Crown of England to that island, and yet of late the encroachments of the French upon our said island, and our subjects’ trade and fishery, have been more like the invasions of an enemy than becoming friends, who enjoyed the advantages of that trade only by permission.” || 20. It is believed that after the Treaty of Ryswick, by which that war was terminated in 1697, but in which Newfoundland is not named, while it specifically deals with places in Hudson’s Bay which were to be left in possession of the French, the French retained possession of Placentia and any other places occupied by French subjects; but that no acknowledgment of French sovereignty can be inferred from such circumstance is abundantly proved by the fact that the English Parliament in the following year, 1698, passed the Act, which has been before referred to (paragraph 8), applying to the whole of Newfoundland, and forbidding aliens to fish or trade. It is difficult to imagine any more formal assertion of the sovereignty of the English Crown.

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1889.

II.—*Language of the Treaty of Utrecht.*

21. The document cited above effectively dispose of any supposed admission of French dominion prior to the Treaty of Utrecht. The language employed in that Treaty will be found to be such as to confirm the absence of any such previous admission, and, even if any admission of the kind had been made, to render it absolutely nugatory. || 22. It will be found, that in the Preliminary Treaty signed at London on the 8th October, 1711, the VIIIth Article runs thus: “L’Ile de Terre-Neuve, la Baie et le Détroit de Hudson seront rendus à l’Angleterre,” thus placing Newfoundland on the same footing as places where British sovereignty had unquestionably existed, but which, having been captured by the French, and subsequently recaptured by the English, had again been placed in possession of the French by the Treaty of Ryswick. || 23. The language of the Treaty of Utrecht follows the same classification as the Preliminary Treaty. The Xth Article of the Treaty simply provides for the restoration to England, to be possessed in full right for ever, of the Bay and Straits of Hudson, with all lands, &c., belonging thereunto, “which are at present possessed by the subjects of France.” While in the XIIth Article, however, it is stipulated, that the French King shall deliver solemn and authentic instruments, from which it shall appear “that certain islands and places which had previously been French,” together with the “dominion, propriety and possession” thereof, “and all right whatsoever by

Nr. 10118. Treaties or by any other way obtained by the Crown of France or its subjects, are yielded and made over to the Queen of Great Britain, and in such ample manner and from that the French shall thereafter be excluded from all kind of fishing on the coast of Nova Scotia." Thus, British territory previously seized by France, and left to her by Treaty, is "restored;" while territory, of which the previous dominion of France was not disputed, is ceded by the words, "yielded and made over," and the cession is to be evidenced by solemn and authentic instruments. || 24. But the XIIIth Article, which treats of Newfoundland, follows rather the model of the Xth than of the XIIth Article. There is no question of instruments of transfer, and no mention is made of the dominion of France in regard to Newfoundland; but only that Newfoundland, with the islands adjacent, "shall from this time forward belong of right wholly to Britain" ("appartiendra désormais et absolument à la Grande-Bretagne"), and to that end Placentia and whatever other places are in possession of the French "shall be yielded and given up" ("et à cette fin le Roi Très Chrétien fera remettre à ceux qui se trouveront à ce commis en ce pays là dans l'espace de sept mois à compter du jour de l'échange des ratifications de ce Traité ou plus tôt si faire ce peut, la ville et le fort de Plaisance, et autres lieux que les Français pourraient encore posséder dans la dite île"); and the French King, his successors and subjects, shall not "lay claim to any right to the said island or islands, or to any part of it or them" ("sans que le dit Roy Très Chrétien, ses héritiers et successeurs, ou quelques-uns de ses sujets, puissent désormais prétendre quoyque ce soit et en tel temps que ce soit, sur la dite Isle et les Isles adjacentes en tout ou en partie"). This is the language of withdrawing a claim, not of ceding the dominion of a territory; the renunciation of all rights is absolute, and even more emphatic in the French ratification than in the English version of the Treaty; and it may further be noted, that this Article proves that the French at that time only claimed to be in possession of Placentia and other unnamed places, not of the whole island, of which M. Waddington now claims that they had the sovereignty. || 25. Her Majesty's Government consider that the XIIIth Article must be read as an admission of the title previously existing in England, including control of the fishery in territorial waters; so that when the Article proceeds to deal with fishery by the French, it employs apt words of concession by the Sovereign Power; "it shall be allowed to the subjects of France to catch fish, and to dry them on land, in that part only and in no other besides that," &c. This is the language of concession on the part of England, not of reservation on the part of France; and it seems clear that, under the Treaty, French fishermen only obtained the privilege of fishing side by side with British subjects, whose right was derived not from Treaty, but from the British sovereignty, which had then existed for exactly 130 years. || 26. This is the natural and common-sense construction of the Article, while the French contention can only be accepted on the supposition, that the framers of the

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
v. Juli 1889.

Treaty, who used precise and accurate language for the cession effected by the XIIIth Article, used vague and indefinite language for the cession effected by the XIIIth. But it seems incredible, that writers who so carefully excluded the French from the fisheries of Nova Scotia should not have thought it necessary to be equally careful (if that had been their meaning) to exclude the English from fishing on part of the coasts of Newfoundland, especially as they had previously declared the whole island to belong of right to England, a declaration which, according to public law, would necessarily include the territorial waters of the whole. || 27. Again, during the negotiations at Utrecht, Spain laid claim to fish as of right in the waters of Newfoundland, and the Treaty between England and Spain contains an express renunciation of such claim. If the French had really had or retained any sovereignty in those waters, the renunciation by Spain would more properly have been given to France instead of to England; and its presence in the English Treaty furnishes additional evidence against the present claim of France. || 28. But it is in reality unnecessary to go further than the text of the Article itself. It assured to Great Britain the complete dominion of Newfoundland, with the adjacent islands, and it would have been absurd to state that the subjects of the Power possessing the sovereignty of the island should have the right to fish in its territorial waters. If any such stipulation had been necessary in regard to fishery, it would have been equally necessary to insert every other elementary right which sovereignty carries with it. Moreover, the Article contained a most absolute renunciation for the future of all rights on the part of France. And, accordingly, in the Treaty of Paris of 1763 (Article V) the French fishery is spoken of not as a right but as a liberty: „Les sujets de la France auront la liberté de la pêche et de la sécherie, sur une partie des côtes de l'Île de Terre-Neuve, telle qu'elle est spécifiée par l'Article XIII du Traité d'Utrecht, lequel Article est renouvelé et confirmé par le présent Traité, à l'exception de ce qui concerne l'Île du Cap Breton, &c.”

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1889.

III.—*State of Affairs subsequent to the Treaty of Utrecht.*

29. As a matter of fact, there can be no doubt whatever that the concurrent right of fishery by British and French subjects was exercised in the interval between the Treaty of Utrecht and the negotiations of Versailles, inasmuch as, from 1769 onwards, the method of its exercise gave rise to frequent complaints on the part of the French Government. They urged, that by permanent fishing establishments formed by British subjects along the shore the French were practically ousted from the enjoyment of the liberty conceded to them. It appears on reference to the discussions which took place on this subject in 1776 (at a time when the British Government were particularly anxious not to give France any unnecessary cause of offence), that after M. de Guines, the French Ambassador in London, had made a proposal for exclusive rights of fishery which the British Government had felt compelled to reject,

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1889.

Lord Stormont, then British Ambassador at Paris, was instructed to treat the matter with the Comte de Vergennes. The latter, in the conversations which followed, frankly admitted, that the Treaty of Utrecht gave to Great Britain the full sovereignty over the island: he said, that to contend that the Treaty gave to France an exclusive right of fishery would be to put on it a strained construction; but he laid down the principle, that Treaty stipulations should be liberally interpreted, and that the rights of fishery conceded to the French on certain portions of the shore should not be annulled in practice by prior occupation on the part of British fishermen. || 30. The English Ambassador, on his side, explained, that it was impossible for his Government to order the removal of the sedentary British establishments (to which, however, they were in principle as much opposed as the French), because these had existed prior to the Treaty of Utrecht, as appeared by a Charter granted by the English Crown in 1610. He pointed out, that the French system of bounties, which gave their fishermen a favoured position as compared with the British, lay at the root of most of the trouble that had arisen. At the same time, he communicated a copy of fresh Royal instructions to the Governor of the Colony "to use his utmost vigilance and authority to prevent our subjects from taking any exclusive possession whatever, as private property, of any lands, rivers, or islands in the northern parts of Newfoundland between Bonavista and Point Riche, or from making any settlements or forming any establishments there, which may in any degree have the consequence to prejudice the fisheries of the subjects of France, . . . or to render ineffectual the instructions that ships of both nations should choose their stations as they respectively arrive." || These instructions were accepted by the Comte de Vergennes as satisfactory.

IV.—*Negotiations of Versailles, 1782.*

31. It would seem, further, that the reference by M. Waddington to the negotiations of 1782 is inaccurate. His Excellency states: "Les négociateurs Anglais . . . firent appel aux sentiments de modération de la Cour de Versailles, et sans obtenir rien qui ressemblât à un droit concurrent, obtinrent que la France renoncerait à la partie des côtes envahies et accepterait en dédommagement une étendue équivalente de territoire riverain à exploiter," &c. || 32. This statement of the case is not in any way borne out by the text of the communications which passed. The first formal proposal came from M. de Vergennes in a note dated the 6th October, 1782, and runs as follows:—"La concurrence entre les pêcheurs Français et Anglais ayant été une source intarissable de discussions et de querelles, le Roi pense que le moyen le plus sûr de les prévenir est de séparer les pêcheries respectives: en conséquence Sa Majesté consent à se desister du droit de pêche qui lui est acquis en vertu de l'Article XIII du Traité d'Utrecht, depuis le Cap de Bona Vista jusqu'au Cap Saint-Jean, à condition que ses sujets pêcheront seuls à l'exclusion des Anglais, depuis le Cap Saint-Jean en passant par le nord et le Cap Ray, &c." ||

33. The English Government, in a note dated the 24th October, declined to concede this exclusive right. || 34. They objected to an Article in the Preliminaries of Peace which, without actually mentioning an exclusive right of fishery, was explained as intended to establish that right, and they only agreed to the insertion of an Article in the following words:— || Article V. “Les Pescheurs François jouiront de la pesche qui leur est assignée par l’Article précédent, comme ils ont droit d’en jouir en vertu du Traité d’Utrecht.” || 35. At the same time, however, Mr. Fitzherbert, the British Plenipotentiary, delivered to the French Government a note in the terms of the eventual Declaration of the 3rd September, 1783, promising that His Britannic Majesty would take the most positive measures “pour prévenir que ses sujets ne troublent en aucune manière la pêche des François pendant l’exercice temporaire qui leur est accordé sur les côtes de l’Ile de Terre-Neuve.” || 36. The words “par leur concurrence” were subsequently added to this Declaration, at the instance of M. de Vergennes, in the course of the negotiations for the Definitive Treaty of Peace. || 37. On the 18th June, 1783, the British Ambassador sent home the draft of the French Counter-Declaration, which contained these words: “Quant à la pêche exclusive sur les côtes de Terre-Neuve qui a été l’objet des nouveaux arrangements dont les deux Souverains sont convenus sur cette matière elle est suffisamment exprimée par l’Article (V) du Traité de Paix signé aujourd’hui, et par la Déclaration remise également ce jourd’hui par l’Ambassadeur et Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique, et Sa Majesté déclare qu’elle est pleinement satisfaite à cet égard.” || 38. The Duke of Manchester was thereupon instructed, if he could not obtain the omission of the word “exclusive” to make another Declaration upon the French Counter-Declaration, protesting that the King of England did not mean to grant exclusive fishery any otherwise than by ordering his subjects not to molest by concurrence, &c. || 39. The Duke reported, that the French Minister had been persuaded to omit the word “exclusive” in the Counter-Declaration, which would render another Declaration from the British Plenipotentiary unnecessary.

V.—*Negotiations of 1801—02.*

40. M. Waddington alludes to a proposal made by the Cabinet of Paris in 1802, that the exclusive rights of France should be established by a modification of Article XIII of the Treaty of Utrecht, and states that “Le Ministre Fox avoua qu’il ne reconnaissait pas l’opportunité de recourir à cet amendement, et qu’il suffisait de revenir purement et simplement au texte de 1783, qui confirmait dans toute leur force les droits d’Utrecht, le Gouvernement Britannique n’ayant jamais mis en doute le droit d’exclusivité de pêche en notre faveur.” || 41. There must obviously be some mistake about this, for Mr. Fox was not at the time in office. Mr. Addington was Prime Minister, and Lord Hawkesbury was Foreign Secretary. The Preliminaries of Peace were agreed upon in London between Lord Hawkesbury and M. Otto, and the

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1889.

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1859.

negotiations for the Definitive Treaty were conducted at first at Paris, and subsequently at Amiens, between Lord Cornwallis and M. Joseph Buonaparte. || 42. On the 26th November, 1801, Lord Cornwallis reported, that on the XIIIth Article of the Preliminaries of Peace, "M. Buonaparte observed that they wished for some adjustment about the fisheries, to which I replied that I was not sufficiently conversant in that business to enter into particulars, and could only at present say that it was a matter in which the British Government must act with the utmost caution, as any improvident cession in that Article would create a most violent clamour, and be attended with very disagreeable consequences." || 43. In the instructions sent to Lord Cornwallis in reply, Lord Hawkesbury observed: "With regard to what Joseph Buonaparte stated to your Lordship on the subject of the fisheries on the Banks of Newfoundland and in the Gulf of St. Lawrence, I have to inform you that, from the representations of the different bodies interested in those fisheries, it appears to be scarcely possible to make any new concessions to France in this respect which could be considered as real benefits to that Power, and which would not be injurious to the interests of His Majesty's subjects who are engaged in this branch of commerce; and, indeed, Article XIII provides merely for the re-establishment of the fisheries on the footing on which they were previously to the commencement of the war, and appears to have no reference to any further arrangement than to such as, without altering the relative situation of the two parties, might contribute to the maintenance of peace in the fisheries as they now exist." || 44. A proposal made subsequently by the French Plenipotentiary at Amiens for the cession of a portion of Newfoundland in full sovereignty to France was positively refused by the British Government; and on the 13th February, 1802, Lord Cornwallis states in a private letter to Lord Hawkesbury: "The French Plenipotentiary seems determined to press for some further indulgences at Newfoundland; but I am too well apprised of the importance of those fisheries to make the smallest concessions without His Majesty's commands, and I have taken pains to discourage M. J. Buonaparte from entertaining any hopes that our Government can give way on that point."

VI.—*Subsequent Discussions.*

45. Lord Palmerston's note of the 10th July, 1838, to Comte Sebastiani, which is quoted in M. Waddington's note, distinctly denies the right of the French to an exclusive fishery under any Treaty engagement or documentary undertaking. His language is very clear on this point, and he shows, that the Proclamations issued warning British subjects to leave the coast were so issued, not to prevent British fishermen from fishing, but in consequence of interruptions having been caused to French fishermen, and to prevent such interruptions. || 46. The views expressed in Lord Salisbury's note to M. Waddington of the 24th August 1887, are in accord with the general principles

laid down in that note, and with the position constantly maintained by Her Majesty's Government, that the French have not an exclusive right of fishery under the Treaty engagements, and that the British have never given up their right to a concurrent fishery, although in exercising this right they are not to interrupt the French fishermen. || 47. It is difficult to understand how it can be supposed that such a contention has now been advanced for the first time, whereas it has formed the basis of all action and argument on the part of Her Majesty's Government for the last 120 years. The first Law Officers' opinion, of the 30th May, 1835, quoted in M. Waddington's note, was, as his Excellency observes, modified on further consideration and on their being supplied with more detailed information. It was, in fact, given on a partial and defective statement of the case. The second Report, of the 13th April, 1837, which his Excellency also quotes, stated distinctly that, "if there were really good room within the limits of the district in question for the fishermen of both nations to fish without interfering with each other, then we do not think that this country would be bound to prevent her subjects from fishing there." It went on to say, that "it appears from the Report of Admiral Sir H. P. Halkett that this is hardly practicable." || 48. The same consideration is made the ground of the argument used in Mr. Labouchere's despatch of the 16th January, 1857, that whether the rights of the French were in strict logic exclusive or not, they were so in practice. But this would be a question of fact, and it must be remembered that Mr. Labouchere's despatch was written with the object of recommending to the acceptance of the Colony the Convention of 1857 for the settlement of the question. It was impossible for him to adopt the view now advanced in M. Waddington's note, that the 1st Article of the Convention was no more than a formal recognition of the ancient French rights. He did not deny—what was, in fact, unquestionable—that the Convention was an alteration of existing arrangements; but he sought to prove that the interests of the Colony would not in reality suffer by it. It was not, therefore, his purpose to define the strict rights of the British fishermen, so much as their practical position at the time: the tenour of his argument was that that position would not be injuriously affected by the Convention, and the language of his despatch is certainly not in all respects precise. || 49. Such as the argument was, it undoubtedly did not recommend itself to the Colonial Legislature, which unanimously and unhesitatingly rejected the Arrangement. Whether that decision was wise or unwise is a question foreign to the present argument. But the mere fact, that British fishermen have now for many years past fished in the waters on the west and north-east coasts of Newfoundland, without giving cause for complaint on the part of French fishermen, except in occasional instances, is to Her Majesty's Government evidence that there is room for the fishermen of both countries if proper precautions are taken. The arrangement has no doubt its inconveniences; but that it is possible is proved by the fact that it exists, and

Nr. 10118. that, on the whole, the disputes which arise between the fishermen of the two
 Gross- countries are not considerable nor numerous.
 britannien.
 9. Juli 1889. Foreign Office, Juli 9, 1889.

Annex.

Viscount Palmerston to Count Sebastiani.

(Extract.)

Foreign Office, Juli 10, 1838.

I now proceed to answer that part of your Excellency's note which relates to the conflicting opinions that are entertained as to the true interpretation of the Declaration annexed to the Treaty of the 3rd September, 1783, and in which your Excellency urges the British Government to disavow the claim of British subjects to a right of fishery upon the coast in question concurrent with the right of the subjects of France. || And in the first place I beg to observe, that it does not appear to the British Government that either your Excellency's representation or that of your predecessor has shown that any specific grievance has been sustained by French subjects in consequence of the doubts which are said to be entertained upon this question, so as to prove that there is any pressing necessity for the call which the French Government makes in this respect upon that of Great Britain. || But the British Government is nevertheless willing to enter into an amicable examination of the matter, with a view to set those doubts at rest, although it is my duty to say that the British Government are not prepared, according to the view which they at present take of the matter, to concede the point in question. || The right of fishing on the coast of Newfoundland was assigned to French subjects by the King of Great Britain in the Treaty of Peace in 1783, to be enjoyed by them, "as they had the right to enjoy that which was assigned to them by the Treaty of Utrecht."

But the right assigned to French subjects by the Treaty of Utrecht was "to catch fish and to dry them on land," within the district described in the said Treaty, subject to the condition not to "erect any buildings" upon the island "besides stages made of boards, and huts necessary and usual for drying of fish," and not to "resort to the said island beyond the time necessary for fishing or drying of fish." || A Declaration annexed to the Treaty of 1783, by which the right assigned to French subjects was renewed, contains an engagement that "in order that the fishermen of the two nations may not give a cause for daily quarrels, His Britannic Majesty would take the most positive measures for preventing his subjects from interrupting in any manner by their competition the fishery of the French during the temporary exercise of it which was granted to them:" and that His Majesty would "for this purpose cause the fixed settlements which should be found there to be removed." || A Counter-Declaration stated, that the King of France was satisfied with the

arrangement concluded in the above terms. || The Treaty of Peace of 1814 declares, that the French right "of fishery at Newfoundland is replaced upon the footing upon which it stood in 1792." || In order, therefore, to come to a right understanding of the question, it will be necessary to consider it with reference to historical facts, as well as with reference to the letter of the Declaration of 1783; and to ascertain what was the precise footing upon which the French fishery actually stood in 1792. || Now it is evident, that specific evidence would be necessary in order to show that the construction which the French Government now desire to put upon the Declaration of 1783 is the interpretation which was given to that Declaration at the period when the Declaration was framed, and when the real intention of the parties must have been best known. It would be requisite for this purpose to prove that, upon the conclusion of the Treaty of 1783, French subjects actually entered upon the enjoyment of an exclusive right to catch fish in the waters off the coast in question; and that they were in the acknowledged enjoyment of the exercise of that right at the commencement of the war in 1792. But no evidence to such effect has yet been produced. It is not, indeed, asserted by your Excellency, nor was it contended by Prince Talleyrand in his note of 1831, to which your Excellency specially refers, that French subjects were, at the breaking out of the war in 1792, in the enjoyment of such an exclusive right. And, moreover, it does not appear, that such right was claimed by France or admitted by England at the termination of the war in 1801 or at the Peace of 1814. || It is true, that the privilege secured to the fishermen of France by the Treaty and Declaration of 1783, a privilege which consists in the periodical use of a part of the shore of Newfoundland for the purpose of drying their fish, has, in practice, been treated by the British Government as an exclusive right during the period of the fishing season, and within the prescribed limits; because, from the nature of the case, it would scarcely be possible for British fishermen to dry their fish upon the same part of the shore with the French fishermen, without interfering with the temporary establishments of the French for the same purpose, and without interrupting their operations. But the British Government has never understood the Declaration to have had for its object to deprive British subjects of the right to participate with the French in taking fish at sea off that shore, provided they did so without interrupting the French cod fishery. And although, in accordance with the true spirit of the Treaty and Declaration of 1783, prohibitory Proclamations have from time to time been issued, on occasions when it has been found that British subjects, while fishing within the limits in question, have caused interruption to the French fishery, yet in none of the public documents of the British Government— neither in the Act of Parliament of 1788, passed for the express purpose of carrying the Treaty of 1783 into effect, nor in any subsequent Act of Parliament relating to the Newfoundland fishery, nor in any of the instructions issued by the Admiralty or by the Colonial Office,

Nr. 10118.
Gross-
britannien.
9. Juli 1889.

nor in any Proclamation which has come under my view, issued by the Governor of Newfoundland or by the British Admiral upon the station—does it appear, that the right of French subjects to an exclusive fishery, either of codfish or of fish generally, is specifically recognized. || In addition to the facts above stated, I will observe to your Excellency, in conclusion, that if the right conceded to the French by the Declaration of 1783 had been intended to be exclusive within the prescribed district, the terms used for defining such right would assuredly have been more ample and specific than they are found to be in that document. For in no other similar instrument which has ever come under the knowledge of the British Government is so important a concession as an exclusive privilege of this description announced in terms so loose and indefinite. || Exclusive rights are privileges which, from the very nature of things, are likely to be injurious to parties who are thereby debarred from some exercise of industry in which they would otherwise engage. Such rights are therefore certain to be at some time or other disputed, if there is any maintainable ground for contesting them; and for these reasons, when negotiators have intended to grant exclusive rights, it has been their invariable practice to convey such rights in direct, unqualified and comprehensive terms, so as to prevent the possibility of future dispute or doubt. || In the present case, however, such forms of expression are entirely wanting, and the claim put forward on the part of France is founded simply upon inference, and upon an assumed interpretation of words.

Nr. 10119. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an Lord Lytton. Mittheilung, dass die franz. Regierung sich mit dem Vorschlage eines Schiedsspruches einverstanden erklärt hat.

Foreign Office, August 13, 1889.

Nr. 10119.
Gross-
britannien.
13. Aug. 1889.

My Lord, || The French Ambassador at this Court called upon me yesterday, and, in the course of conversation, expressed the general willingness of the French Government to agree that certain issues connected with the lobster fisheries on parts of the coasts of Newfoundland should be submitted to arbitration on a specially limited reference. || I informed M. Waddington, in reply, that I would send him a note containing the reference which Her Majesty's Government would suggest; and that as soon as it had been ascertained that such reference was generally acceptable to the French Government, the Colony of Newfoundland would be asked to give an assurance that they would abide by the result of the arbitration. || I added that, in the absence of such an assurance, Her Majesty's Government would, of course, not press the French Government to proceed any further in the matter. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 10120. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das auswärtige Amt. Die neufundländer Regierung lehnt den Vorschlag des Kolonialamts vom 28. März 1889 ab. Vertagung der Verhandlungen mit Frankreich über ein Schiedsgericht wünschenswerth.

(A.)

Downing Street, October 30, 1889.

Sir, || With reference to the letter from this Department of the 28th May last, relating to the suggestion made by the Marquis of Salisbury that certain issues connected with the Newfoundland lobster fisheries question should be submitted to arbitration, I am directed by Lord Knutsford to transmit to you, to be laid before his Lordship, copies of a telegram and of a despatch from the Governor of Newfoundland, giving the reply of his Government to the proposal made in Lord Knutsford's despatch of the 28th March last, to the effect, that an endeavour might be made to come to an arrangement with the Government of France, that the lobster factories of both countries should be allowed in places and under conditions jointly approved by the British and French Naval Commanders-in-chief on the station. || It will be seen from these papers, that the Government of Newfoundland, or the reasons stated in the Minute of Council of the 24th June last, do not agree to the above proposal. It remains, therefore, for consideration whether the suggestion as to arbitration on certain points connected with the Fisheries question should now be formally proceeded with or not; and on this point Lord Knutsford desires me to offer the following observations: — || Taking into consideration the circumstance, that the fishery season is now over, and that, so far as Her Majesty's Government are aware, no very grave difficulties between the fishermen of the two countries have arisen on the coasts of the Colony, and looking to the fact that a general election is now proceeding in Newfoundland, Lord Knutsford is disposed to think that it may be advisable to postpone, for the present, making any formal proposal to the French Government on the subject of arbitration until after Her Majesty's Government shall have had an opportunity of discussing the Fishery question with the Premier of the Colonial Government which may be in power after the general election. || Should Lord Salisbury concur in this view Lord Knutsford will, at the proper time, invite the Premier of the Colonial Government to visit this country to discuss the pending questions with his Lordship. || I am, &c.

Nr. 10120.
Gross-
britannien.
30. Okt. 1889.

John Bramston.

Nr. 10121. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Mittheilung eines franz. Vorschlages betr. einen Modus vivendi.

Foreign Office, January 22, 1890.

Nr. 10121.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1890.

Sir, || I am directed by the Marquis of Salisbury to state, that the Secretary of the French Embassy called at this Office on the 21st instant and observed that it could scarcely now be hoped that the proposed arbitration with respect to the lobster fishery in Newfoundland could be brought to a close before the commencement of the fishing season, and that it therefore seemed desirable, in the interest of all parties, that some modus vivendi should be arrived at for the next season only, and pending the settlement of the question at issue. M. Jusserand accordingly communicated the accompanying sketch of the bases on which such an arrangement might be made, asking that it might be examined, and that he might receive an early reply whether it was acceptable. || I am to request, that you will lay this communication before Secretary Lord Knutsford for his observations, and that you will move his Lordship to favour Lord Salisbury with his opinion as to the answer which should be returned to it. || I am, &c.

T. H. Sanderson.

Anlage zum vorigen.

La question de principe et les droits respectifs étant entièrement réservés de part et d'autre, on pourrait convenir pour la saison prochaine du maintien du statu quo sur les bases suivantes:— || Sans que la France demande dès aujourd'hui un nouvel examen de la légalité de l'installation des homarderies Anglaises sur le "French Shore," il sera entendu qu'aucune modification ne sera apportée aux emplacements occupés par ces établissements à la date du 1er Juillet, 1889. || Par contre, aucune concession nouvelle de pêche de homard ne sera accordée cette année par le Gouvernement Français sur les fonds occupés par les sujets Anglais antérieurement au 1er Juillet, 1889. || Toutes les fois que les pêcheurs Français de homard se trouveront en concurrence avec les pêcheurs de homard Britanniques, les Commandants des deux stations navales procéderont sur les lieux à une délimitation provisoire des fonds de pêche de homard, en tenant compte des situations acquises par les deux parties. || N.B.—Il serait bien entendu que cet arrangement tout provisoire ne serait valable que pour la campagne de pêche qui va s'ouvrir.

Ambassade de France à Londres.

Nr. 10122. **GROSSBRITANNIEN.** — Korrespondenz des Kolonialamts mit dem Gouverneur von Neufundland über den Modus vivendi.

a. *Kolonialamt an den Gouverneur.*

(Telegraphic.)

Downing, Street, January 28, 1890.

An agreement is proposed with the Government of France for a modus vivendi during the coming fishing season only, which will give more time for negotiations on the lobster factory difficulty, namely, that there shall be no alteration in the position of British lobster factories or grounds as existing on the 1st July last year, and the French Government agree, that they will undertake to grant no new lobster-fishing Concessions this year on fishing-grounds occupied by British subjects before 1st July last year. In case of any competition in the same locality, the provisional delimitation of fishing-grounds to be jointly arranged by the Naval Commanders of both nations. To this arrangement I conclude there is no objection.

Nr. 10122.
Gross-
britannien.
28. Jan. 1890.

b. *Gouverneur an das Kolonialamt.*

(Telegraphic.)

(Received January 30, 1890.)

Am I correct in assuming, that the agreement provides that the English may not establish any new factories this year, but that the French are permitted to do so provided that the ground they select was not occupied by the English previous to 1st July last?

c. *Kolonialamt an den Gouverneur.*

(Telegraphic.)

Downing Street, February 8, 1890.

Referring to your message of 30th ultimo, the proposed modus vivendi recognizes, for this season only, the lobster factories of both countries as they existed on 1st July last. Factories may, however, be transferred to other localities, if approved of by the naval officers of both nations. No new Concessions for lobster-catching to be conceded this year by either Government. This is strictly provisional, and only for this season.

Nr. 10123. **GROSSBRITANNIEN.** — Nach längeren Verhandlungen mit dem Gouverneur von Neufundland schlägt das englische auswärtige Amt dem franz. Botschafter den folgenden Modus vivendi vor.

Foreign Office, March 10, 1890.

M. l'Ambassadeur, || With reference to the verbal communications which have taken place as to the conditions on which the lobster fisheries in New-

Nr. 10123.
Gross-
britannien.
10. März 1890.

Nr. 10123. foundland should be carried on during the ensuing season, I have the honour
Gross- to transmit herewith the draft of a *modus vivendi*, and to state that Her Ma-
britannien. jesty's Government are prepared to accept it. || I shall be glad to learn whether
10. März 1890. your Excellency is authorized to assent to it on behalf of the Government of
the French Republic. || I am, &c. Salisbury.

Anlage zum vorigen.

Draft Modus Vivendi.

The questions of principle and of respective rights being entirely reserved on both sides, the British and French Governments agree, that the status quo shall be maintained during the ensuing season on the following bases:— || Without France or Great Britain demanding at once a new examination of the legality of the installation of British or French lobster factories on the coasts of Newfoundland, where the French enjoy rights of fishing conferred by the Treaties, it is understood that there shall be no modification in the positions ("emplacements") occupied by the establishments of the subjects of either country on the 1st July, 1889, except that a subject of either nation may remove any such establishment to any spot on which the Commanders of the two naval stations shall have previously agreed. || No lobster fisheries which were not in operation on the 1st July, 1889, shall be permitted, unless by the joint consent of the Commanders of the British and French naval stations. || In consideration of each new lobster fishery so permitted, it shall be open to the fishermen of the other country to establish a new lobster fishery on some spot to be similarly settled by joint agreement between the said Naval Commanders. || Whenever any case of competition in respect of lobster fishery arises between the fishermen of either country, the Commanders of the two naval stations shall proceed on the spot to a provisional delimitation of the lobster fishery grounds, having regard to the situations acquired by the two parties. || N.B.—It is well understood, that this arrangement is quite provisional, and shall only hold good for the fishing season which is about to open.

Nr. 10124. GROSSBRITANNIEN. — Franz. Botschafter an das
engl. auswärtige Amt. Annahme des *Modus vivendi*.

Londres, le 11. Mars, 1890.

Nr. 10124. M. le Marquis, || Votre Seigneurie a bien voulu, en se référant aux com-
Gross- munications verbales qui ont été échangées entre cette Ambassade et le Foreign
britannien. Office, m'adresser un projet de *modus vivendi* destiné à régler les conditions
11. März 1890. dans lesquelles la pêche du homard aura lieu à Terre-Neuve pendant la saison
prochaine. || Vous me faites savoir en même temps que le texte de ce projet
a reçu l'adhésion du Gouvernement de la Reine, et vous me demandez si, de

mon côté, je suis autorisé à en accepter les termes au nom du Gouvernement de la République Française. || Je m'empresse d'accuser réception de la communication de Votre Seigneurie, et après avoir pris connaissance du document qui y était joint, et qui est conforme aux vues échangées de part et d'autre au cours des pourparlers susénoncés, j'ai l'honneur de Lui faire connaître que je suis autorisé, dans ces conditions, à accepter pour mon Gouvernement, et en son nom, les arrangements consignés dans l'acte en question. || L'accord des deux Gouvernements étant ainsi constaté, par la communication de Votre Seigneurie et par la présente lettre, le projet de modus vivendi précité devient par suite exécutoire pour la saison prochaine, et ses dispositions seront, pendant cette période, la règle des parties pour ce qui concerne la pêche du homard à Terre-Neuve. || Veuillez, &c.

Nr. 10124.
Gross-
britannien.
11. März 1890.

Waddington.

Nr. 10125. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt. Protest des Ministeriums und des Parlaments von Neufundland gegen den Modus vivendi.

(Telegraphic.) (Received at the Colonial Office, March 14, 1890, 10·45 pm.)

My Ministers strongly protest against what would in modus vivendi appear to be admission of concurrent rights of lobster fishing, and are of opinion that this arrangement would be prejudicial to position of Newfoundland in future negotiations. They further contend that Imperial Government should bear expence of losses of those who have established factories since date 1st July, They consider, that as this modus vivendi has been concluded without their concurrence it is not for them to advise as to giving notice to those whom it may affect.

Nr. 10125.
Gross-
britannien.
14. März 1890.

(Telegraphic.) (Received at the Colonial Office, March 15, 1890.)

Resolution passed by both Houses of Parliament last night in identic terms emphatically protesting against modus vivendi as being prejudicial to British fishing and territorial rights, and being contrary to assurances of Her Majesty's Government that right of fishing should not be interfered with without consent of Colonial Legislature; further, that this arrangement is objectionable as indicating admission of non-existent concurrent rights on the coast.

Nr. 10126. GROSSBRITANNIEN. — Antwort auf das vorige. Besorgnisse unbegründet.

(Telegraphic.) Downing Street, March 18, 1890.

Referring to your telegrams of the 14th and 15th March, I fear adoption of reported Resolution will not improve the prospect of ultimate settlement

Nr. 10126.
Gross-
britannien.
18. März 1890.

Nr. 10126. 18. März 1890. Gross-britannien. most favourable to British claims. There is some misapprehension in supposing that any British territorial or other rights prejudiced by *modus vivendi* or any French rights admitted; all questions of principle and of respective rights on both sides are stated expressly to be reserved. Neither Her Majesty's Government nor the Colonial Legislature have power of declaring what are British and French rights respectively, and provisional arrangement is necessary for next season.

Nr. 10127. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt. Ein Parlamentsmitglied hat den Antrag auf Aufhebung des Fischfallengesetzes gestellt.

(Telegraphic.)

Received April 1, 1890.

Nr. 10127. Gross-britannien. 1. April 1890. Act of Parliament proposed by unofficial Member of Parliament repealing Act for abolition of cod-traps. I have remonstrated strongly to Prime Minister, who informs me, that it is sure to be passed by Legislative Assembly, as opinion is unanimous in consequence of large number of Petitions in favour of it. Will affect the whole island.

Nr. 10128. **GROSSBRITANNIEN.** — Antwort auf das vorige.

(Telegraphic.)

Downing Street, April 2, 1890.

Nr. 10128. Gross-britannien. 2. April 1890. Referring to your telegram of the 31st March, there is reason to fear, that any legislation for legalization of cod-traps would further diminish any prospect of making arrangements at all favourable with French Government. Unless Bill contains suspending clause, it should be reserved for signification of Queen's pleasure, and accompanied by statement of arguments for justification of legislation.

Nr. 10129. **GROSSBRITANNIEN.** — Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt. Die Legislatur will trotz ihres Protestes zur Ausführung des *Modus vivendi* mitwirken.

(Telegraphic.)

(Received April 17, 1890.)

Nr. 10129. Gross-britannien. 17. April 1890. Joint Committee of both Houses of Legislature, while strongly protesting against French claim to erect any lobster factory, would, only in deference to wishes of Her Majesty's Government for a *modus vivendi* limited to this season, concur in proposals contained in your Lordship's telegram of 8th February. Can it be accomplished?

Nr. 10130. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt. Die öffentliche Meinung ist gegen ein Schiedsgericht.

(Telegraphic.)

(Received April 29, 1890.)

Ministers and public feeling against arbitration, as they consider that French have not shadow of any claim for lobster fishery.

Nr. 10130.
Gross-
britannien.
29. April 1890.

Nr. 10131. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Weitere Schritte, betr. das Schiedsgericht, sollen vorläufig nicht geschehen.

Foreign Office, May 9, 1890.

Sir, || I am directed by the Marquis of Salisbury to acknowledge the receipt of your letter of the 5th instant relative to the state of feeling which exists in Newfoundland against the reference of the lobster fishery question to arbitration. || I am to state, that Lord Salisbury agrees with Lord Knutsford's view that no further steps should be taken in regard to arbitration pending the arrival in this country of Sir W. Whiteway, and concurs in the terms of the despatch which it is proposed to address to the Governor upon the subject. || I am, &c.

Nr. 10131.
Gross-
britannien.
9. Mai 1890.

T. H. Sanderson.

Der Robbenfang im Behringsmeere*).

Nr. 10132. **GROSSBRITANNIEN.** — Contre-Admiral Seymour an die Admiralität. Ergreifung englischer Robbenfangschiffe durch einen amerikanischen Kreuzer.

(Telegraphic.)

Victoria, August 24, 1886.

Nr. 10132.
Gross-
britannien.
24. Aug. 1886.

Three British Columbian seal schooners seized [by] United States' Revenue cruizer "Corwin," Behring's Straits, seaward 70 miles from off the land [? in the execution of] killing female seals, and using fire-arms to do it, which they have done for three years without interference, although in company with "Corwin."

Nr. 10133. **GROSSBRITANNIEN.** — Bericht der kanadischen Regierung über den Vorfall.

September 22, 1886.

Nr. 10133.
Gross-
britannien.
22. Sept. 1886.

The Canadian schooners "Thornton," "Onward" and "Carolina" were seized on the 1st August in Behring's Sea by the United States' cutter "Corwin." The captain and mate of the "Thornton" were tried in the District Court of the United States at Sitka on the 30th August. It was attempted to show that the "Thornton" was seized for killing seal about 70 miles-south-south-east of St. George's Island, within that portion of Behring's Sea ceded by Russia to the United States. || The Judge, in charging the jury, quoted Article I of the Treaty of the 30th March, 1867, between the United States and Russia, and affirmed that all waters within the boundary set forth in the Treaty to the western end of the Aleutian Archipelago and Islands were to be deemed American, and that the penalties of the Law against the killing of fur-bearing animals were to attach to its violation within the limits in question. The jury were told, if they believed the evidence as to the killing of any fur-bearing animals by the

*) Die nachfolgenden Dokumente sind entnommen aus dem englischen Blaubuche "Behring Sea Seal Fisheries," August 1890.

accused on the Alaskan coast or in Behring's Sea, east of the 193rd degree of west longitude, to find them guilty. || The prisoners were found guilty. The master of the "Thornton" was fined 500 dollars and sentenced to imprisonment for thirty days. The mate was fined 300 dollars and sentenced to thirty days' imprisonment. The officers of the other two vessels were also tried, and similar penalties imposed upon them. || The Government of Canada protests against the claim of the United States to the sole sovereignty over Behring's Sea, 700 miles east of the westerly boundary of Alaska, defined by the above-mentioned Article I of the Treaty of the 30th March, 1867, as contrary to the admitted principles of international law, and also in opposition to the United States' contention concerning common waters on the coast of the Atlantic. || It protests also against the unwarranted and arbitrary interference of the authorities of the United States with the peaceable and lawful occupation on the high seas of Canadian citizens, as well as against the forfeiture of their property and the indignity of imprisonment which have been imposed upon them. The foregoing facts have also been communicated to Sir Lionel West.

Nr. 10133.
Gross-
britannien.
22. Sept. 1886.

Nr. 10134. **GROSSBRITANNIEN.** — Amerikanische Warnung an die Robbenfänger.

The Treasury Department, having become informed that certain parties are fitting out expeditions for the purpose of killing fur-seals and other fur-bearing animals in Alaska waters, gives the following information to parties concerned, as to how far the jurisdiction of the United States extends in the matter. || The Treaty with Russia of 30th March, 1870, by which the Territory Alaska was ceded to the United States, defines the boundary of the territory so ceded. It will be seen therefrom, that the limit of the cession extends from a line starting from the Arctic Ocean and running through Behring's Straits to the north of St. Lawrence Islands. The line runs thence in a south-westerly direction, so as to pass midway between the Island of Attou and Cooper Island, of the Kromanboski couplet or group, in the North Pacific Ocean, to meridian 173° west longitude. All the waters within that boundary to the western end of the Aleutian Archipelago and chain of islands are considered as comprised within the waters of Alaska Territory. || All the penalties prescribed by law against the killing of fur-bearing animals would therefore attach against any violation of law within the limits described.

Nr. 10134.
Gross-
britannien.

Nr. 10135. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Washington an den Staatssekretär des Auswärtigen. Geschichte der Alaska-Handelskompagnie.

Washington, September 21, 1886.

Nr. 10135.
Gross-
britannien.
21. Sept. 1886.

My Lord, || The reported seizure of British vessels by American cruizers in waters over which it appears the United States' Government claim jurisdiction as adjacent to the Territory of Alaska has given rise to much comment in the newspapers touching the interests of a powerful commercial Company which may be affected by the international questions arising therefrom; and in this connection I have the honour to inclose to your Lordship herewith a précis of the history of the origin of this Company, as well as of what has been written on the subject. || Chapter 3 of the Revised Statutes of the United States (p. 342, sections 1954 to 1976 inclusive) contains the "provisions relating to the unorganized Territory of Alaska;" and section 1954 extends "the laws of the United States to and over all the mainland, islands, and waters of the territory" ceded by Russia to the United States by the Treaty of 1867. || In addition the lease of the Government Seal Islands the Alaska Company holds as well leases of certain islands from the Russian Government, so that in fact it may be said to monopolize the seal fur trade in these waters. || I have, &c.

L. S. Sackville West.

Nr. 10136. GROSSBRITANNIEN. — Anlage zum vorigen.

Nr. 10136.
Gross-
britannien.

The transfer of the Territory of Alaska to the United States' Government, in compliance with the terms of the Treaty of Purchase between the two Governments, included the transfer of all the Russian Government property, such as public buildings at Sitka, Governor's house, Custom-house, hospital and wharves, &c. There were, however, certain buildings reserved as the property of the Russian Fur Company, and as General Rousseau, the United States' Commissioner, could not, in his official capacity, take any active or open part in its disposal, Prince Matsukoff, the Russian Governor, concluded a bargain with Mr. Hutchinson, who accompanied General Rousseau as his Private Secretary. This bargain included all the property of the Russian Fur Company and seal-skins stored. It was made on private terms and to the exclusion of the stockholders of the Russian Company and the American officers stationed at Sitka, who claimed that they were entitled to a share of the spoils. || By virtue of this bargain with Prince Matsukoff, who was Governor of the Company, Mr. Hutchinson proposed to take possession of the fur trade of Alaska and the Seal Islands, and left for Victoria (British Columbia) and San Francisco to make the necessary arrangements. At the

former place he met with a Mr. Kohl, owner of a British steamer called the "Fidelitor," with whom he entered into partnership, and the firm still exists under the name of Hutchinson, Cole and Co. The steamer obtained an American register under the plea, that she was a Russian vessel at the time of the transfer of the territory to the United States, and was thus enabled to carry on the coasting trade. Preparations were made in 1868 for working the fur trade of the newly-acquired possession, and especially for the occupation of the Pribylov Islands, to which, by virtue of the arrangements with Prince Matsukoff, the new Company considered they had an exclusive right. Upon their arrival there, however, they found them occupied by experienced sealers from New London and Stonington (Connecticut) under one Captain Morgan. A fight for possession seemed imminent; but a division of the season's catch was finally agreed upon. While the two parties were thus amicably at work, M. Pflugel, Russian Vice-Consul at Honolulu, arrived at the head of an expedition, believing that he should find the islands unoccupied, but was eventually forced to retire before the combined forces of Captain Morgan and Mr. Hutchinson. It now became obvious, that the Government must take means to preserve these valuable seal rookeries, and in the winter of 1868 an Act of Congress was passed, the conditions for permission to take seals being, however, reserved for future Congressional action. The coalition between Hutchinson and Morgan still continued, and finally led to the organization of the powerful and wealthy Alaska Commercial Company. Since 1870 this Company has controlled the entire fur trade of Alaska, and by virtue of its alliances with the lessees of the Russian Seal by ands, controls the valuable fur-seal trade of the world. With strong political influence in the Congress of 1876, it obtained a lease of the Pribylov Islands for twenty years at a rental of 55,000 dollars a-year, and a royalty of 2 dol. 62 c. per skin, the take to be limited to 100,000 skins a-year. It is calculated, that the Company pays annually 315,000 dollars to the United States' Treasury, which, after paying all the expenses of the Territory, yields more than 4 per cent. per annum on the purchase-money paid to Russia for Alaska. || To preserve this revenue through future years the protection of the seals from illegal capture or disturbance on their annual visits to the islands has been deemed an absolute necessity, and hence the prohibition against approaching or landing on the islands and the vigilance of the United States' cruizers in the Behring's Sea. It is not, however, generally understood, that the Alaska Company controls the fur trade of all the mainland and islands of Alaska lying west of the 141st meridian of west longitude, and that its operations over this vast extent of territory and coast are entirely distinct from, and have no connection with, its exclusive control of the Seal Islands, which it holds by virtue of its lease from the United States' Government. || Outside of these islands it holds no exclusive rights or franchise from the Government, nor does it pay any rent or royalty to the Government on the territory it occu-

Nr. 10136.
Gross-
britannien.

Nr. 10136. Gross-britannien. pies or the furs it procures from the natives. It has no rights over any other citizen or company of citizens who may desire to trade in competition with it, and yet it has been aided by the Revenue Marine in suppressing competition from rival traders, for it appears that, under instructions from the Treasury Department, the Revenue cruisers board and examine every trading-vessel sighted in the Behring's Sea or on the north-west coast of Alaska, except the vessels of the Company. If a pretext can be found, an officer is placed on board with instructions to take the vessel to Ounalaska and discharge her cargo. She is then sent to San Francisco, where the United States' Marshal finds that there is no cause for condemnation, and, as the object of breaking up her voyage has been gained, she is released and restored to her owners. The vessels subjected to this treatment come from British Columbia and Japan, and are, it is said, fitted out for contraband trade.

Washington, September 1886.

Nr. 10137. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an den Gesandten in Washington. Auftrag, gegen das Vorgehen der amerikanischen Regierung zu protestiren.

Foreign Office, October 20, 1886.

Nr. 10137.
Gross-
britannien.
20. Okt. 1886.

Sir, || You have received from the Canadian Government a protest against the claim advanced by the United States' authorities in seizing three Canadian schooners which were engaged in the capture of seals in what are alleged to be Alaskan waters.

I request, that you will lose no time in protesting against these proceedings in the name of Her Majesty's Government; and you will at the same time reserve for consideration hereafter all rights to compensation which may be brought forward.

Full instructions in regard to this matter will be sent to you by mail. || I am, &c.

Iddesleigh.

Nr. 10138. GROSSBRITANNIEN. — Englischer Gesandter an den amerikanischen Staatssekretär des Auswärtigen. Protest.

Washington, October 21, 1886.

Nr. 10138.
Gross-
britannien.
21. Okt. 1886.

Sir, || With reference to my note of the 27th ultimo, requesting to be furnished with any particulars which the United States' Government may possess relative to the seizure in the North Pacific waters of three British Columbian seal schooners by the United States' Revenue cruiser "Corwin," and to

which I am without reply, I have the honour to inform you that I am now instructed by the Earl of Iddesleigh, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, to protest, in the name of Her Majesty's Government, against such seizure, and to reserve all rights to compensation. || I have, &c.

Nr. 10139.
Gross-
britannien.
21. Okt. 1886.

L. S. Sackville West.

Nr. 10139. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Generalgouverneur von Canada an das Kolonialamt. Bericht über das Sach- und Rechtsverhältnis.

Government House, Ottawa, November 27, 1886.

Sir, || I have the honour to inclose herewith copy of an approved Report of my Privy Council dealing with the recent seizure of the Canadian schooners "Caroline," "Onward" and "Thornton" by the United States' Revenue steamer "Corwin" while fishing for seals in Behring's Sea. || The statements contained in the Report are sufficient to establish, that the claim now put forward on the part of the United States to the sole right of taking fur-bearing animals within the limits laid down in the Ist Article of the Treaty of 1867 is inconsistent with the rights secured to Great Britain under the Convention of 1825, and is in substance the same as that which, when advanced by the Russian Government on different occasions prior to the cession of Alaska by Russia to the United States, was either strenuously resisted or treated with ridicule and contempt by the Government of the latter Power. || It is impossible to believe that, when by the Convention of 1825 it was agreed that the subjects of Great Britain, as one of the Contracting Parties, should not be "troubled or molested in any part of the ocean commonly called the Pacific Ocean, either in navigating the same or in fishing therein," any reservation was intended with regard to that part of the Pacific Ocean known as Behring's Sea. The whole course of the negotiations by which this Convention and that between Russia and the United States of the same year were preceded—negotiations which, as pointed out in the Report, arose out of conflicting claims to these very waters—points to the contrary conclusion. It would, indeed, be difficult to condemn the present pretensions of the United States' authorities in language more convincing or emphatic than that which, while those negotiations were in progress, was used by M. Middleton, then Russian Minister at St. Petersburg, in this Memorandum dated the 13th December, 1823. (Vide American State Papers, Foreign Relations, vol. v, No. 384.) || It is laid down in that Memorandum that "the existence of territorial rights to the distance of 100 miles from the coasts upon two opposite continents, and the prohibition of approaching to the same distance from these coasts or from those of all the intervening islands, are innovations in the law of nations

Nr. 10139.
Gross-
britannien.
27. Nov. 1886.

Nr. 10139. and measures unexampled. It must thus be imagined, that this prohibition,
 Gross- bearing the pains of confiscation, applies to a long line of coasts with the
 britanniën. intermediate islands, situate in vast seas where the navigation is subject to
 27. Nov. 1886. innumerable and unknown difficulties, and where the chief employment, which
 is the whale fishery, cannot be compatible with a regulated and well-deter-
 mined course." || Mr. Middleton added, that "Universal usage, which has ob-
 tained the force of law, has established for all the coasts an accessory limit
 of a moderate distance, which is sufficient for the security of the country
 and for the commerce of its inhabitants, but which lays no restraint upon the
 universal rights of nations, nor upon the freedom of commerce and naviga-
 tion." || Under the Treaty of 1867 Russia ceded to the United States "all the
 rights, franchises and privileges" then belonging to her in the territory or
 dominion included within the limits described (vide Article VI), but could not
 cede a right which, in the express terms of the Treaty of 1825, was recog-
 nized as belonging to the subjects of the British Crown as well as to those
 of Russia. || This is, as far as I have been able to ascertain, the first occa-
 sion upon which claims of the kind now advanced have been enforced. Sealing-
 vessels from British Columbia have for some years past frequented the waters
 of Behring's Sea without molestation, and a letter, of which I inclose a copy,
 addressed by Mr. William Munsie, of Victoria, British Columbia, to my Minister
 of Marine and Fisheries, shows how serious will be the effect of this inter-
 ference upon a well-established and important industry in which many British
 subjects have a substantial interest. || It is, I think, worth while to contrast
 the claims now urged by the Government of the United States to exclusive
 control over a part of the Pacific Ocean, the distance between the shores of
 which is, as was pointed out by Mr. Adams in 1822, not less than 4,000
 miles, with the indignant remonstrances recently made by Mr. Bayard against
 the action of the Canadian authorities in warning United States' fishing-ves-
 sels from entering the territorial waters of the Dominion at points where those
 waters were only a few miles in width and throughout their whole extent in
 close proximity to Canadian territory. A warning of this kind, when given
 in respect of the Bay des Chaleurs, which measures about 18 miles at its
 mouth, was stigmatized by Mr. Bayard in his despatch of the 14th June, 1886,
 as a "wholly unwarranted pretension of extraterritorial authority," and as an
 "interference with the unquestionable rights of the American fishermen to
 pursue their business without molestation at any point not within 3 marine
 miles of the shore." || I would also draw your attention specially to the great
 hardship occasioned to the owners and crews of the seized vessels by the
 confiscation of their catch and by the imprisonment of some of the persons
 on board of them. || I understand, that, owing to the amount of the fines im-
 posed, which were so heavy that the owners have declined to pay them, the
 captains and mates of the seized vessels, though originally sentenced to thirty
 days' imprisonment, a term which has long since expired, are still detained.

I may add, in explanation of the concluding passage in Mr. Munsie's letter, that Mr. Ogilvie, the captain of the "Caroline," while waiting at Ounalaska for the trial of his vessel, wandered off into the woods, in which it appears, from Mr. Munsie's statement, that he must have perished. || I have, &c.

Lansdowne.

Nr. 10140. GROSSBRITANNIEN. — Anlage zum vorigen. Bericht des Ausschusses des Privy Council von Canada, genehmigt vom Generalgouverneur am 27. November 1886.

The Committee of the Privy Council have had under consideration a communication from Mr. E. C. Baker, M.P., Vice-President of the British Columbia Board of Trade, transmitting a letter from Mr. Theodore Lubbe, the managing owner of the British Columbia sealing fleet, asking information as to the United States' claim to the easterly half of Behring's Sea, as American waters, and also a despatch, dated the 26th August last, from the Lieutenant-Governor of British Columbia, advising of the seizure of the Canadian schooners "Caroline" and "Thornton," by the United States' Revenue steamer "Corwin," while engaged in sealing in Behring's Sea. || Also copy of a letter from Daniel Munroe, master of the Canadian sealing schooner "Onward," which has been already forwarded by his Excellency the Governor-General to the Colonial Office, and to Her Majesty's Minister at Washington.

The Sub-Committee of Council, to whom the papers were referred, observe, that it appears that the schooners mentioned were Canadian vessels fitted out for the capture of seals in the North Pacific Ocean adjacent to Vancouver Island, Queen Charlotte Island, and Alaska; that they were peaceably pursuing their vocations on the high seas at a distance of some 70 miles from the nearest island, and more than 100 miles from the nearest mainland; that they were taken possession of by the United States' Revenue cutter "Corwin" on the 1st August last, and towed to the port of Ounalaska. The crews of the "Thornton" and "Caroline" (with the exception of the captain and one man on each vessel, who were detained at Ounalaska) were sent by steamer to San Francisco, and there turned adrift, while the men of the "Onward" were kept at Ounalaska. The schooners and the seals found on board of them were also detained by the United States' authorities.

The authority under which these seizures were made is apparently: — || 1. A letter of instructions from the Acting Secretary of the Treasury of the United States to Mr. d'Ancona, the Collector of Customs at San Francisco, dated the 12th March, 1881, with inclosures (A of Appendix). || 2. A letter from the Secretary of the United States' Treasury to the Collector of Customs at San Francisco, dated the 16th March, 1886, confirming the instructions given to Mr. d'Ancona in 1881, and ordering publication of the same (B of

Nr. 10139.
Gross-
britannien.
27. Nov. 1886.

Nr. 10140.
Gross-
britannien.
27. Nov. 1886.

Nr. 10140.
Gross-
britannien.
27. Nov. 1886.

Appendix). || 3. The Revised Statutes of the United States, the 1596th Section of which prohibits the killing of fur-bearing animals within the limits of Alaska Territory, or in the waters thereof, and Sections 1960 and 1961 of which prohibit the killing of male seals, except at certain times, and under certain restrictions, and of female seals at any time, upon the Islands of St. Paul and St. George, or in the waters adjacent thereto. || The master and mate of the schooner "Thornton" were subsequently. (the 13th August last) brought for trial before Judge Dawson, in the United States' District Court at Sitka. || The evidence given by the officers of the United States' Revenue cutter "Corwin" was to the effect that the "Thornton" was seized while in Behring's Sea, about 60 or 70 miles south-south-east of St. George's Island, for the offence of hunting and killing seals within that part of Behring's Sea which was ceded to the United States by Russia in 1867. || The Judge in his charge to the jury quoted the 1st Article of the Treaty of the 30th March, 1867, between Russia and the United States, in which the boundary of Alaska is defined as follows:-- || "The western limit, within which the territories and dominion conveyed are contained, passes through a point in Behring's Straits on the parallel of 65° 30' north latitude, at its intersection by the meridian which passes midway between the Island of Krusenstern or Iqualook and the Island of Ratmanoff or Noonarbook, and proceeds due north, without limitation, into the same Frozen Ocean. The same western limit, beginning at the same initial point, proceeds then in a straight course nearly south-west through Behring's Straits and Behring's Sea, so as to pass midway between the north-west point of the Island of St. Lawrence and the south-east point of Cape Choukotski, to the meridian of 172° west longitude, thence from the intersection of that meridian in a south-westerly direction, so as to pass midway between the Island of Attou and the Copper Island of the Kormandorski couplet or group, in the North Pacific Ocean, to the meridian of 193° west longitude, so as to include in the territory conveyed the whole of the Aleutian Islands east of that meridian." Executive Documents, 2nd Session, 40th Congress, vol. xiii, document 177.

The Judge is reported to have gone on to say;— || "All the waters within the boundary set forth in this Treaty to the western end of the Aleutian Archipelago and chain of island, are to be considered as comprised within the waters of Alaska, and all the penalties prescribed by law against the killing of fur-bearing animals, must therefore attach against any violation of law within the limits before described. || "If, therefore, the jury believe from the evidence that the defendants did by themselves or in conjunction with others, on or about the time charged in the information, kill any otter, mink, martin, sable, or fur-seal, or other fur-bearing animal or animals, on the shores of Alaska, or in the Behring's Sea, east of the 193° of west longitude, the jury should find the defendants guilty, and assess their punishment separately, at a fine of not less than 200 dollars, nor more than 1,000 dollars,

or imprisonment not more than six months, or by both, such fines within the limits herein set forth, and imprisonment.”

The jury found the prisoners guilty, and the master of the “Thornton” was sentenced to thirty days’ imprisonment and to pay a fine of 500 dollars, while the mate was sentenced to a like term of imprisonment and to pay a fine of 300 dollars. It appears from a telegraphic despatch of the 18th September last, that the masters and mates of the “Onward” and “Caroline” have since also been tried, and sentenced to undergo penalties similar to those inflicted on the master and mate of the “Thornton.” || The Sub-Committee do not here propose to comment on the enlarged construction placed by Judge Dawson on the words “adjacent waters” in the clauses of the Revised Statutes above referred to, further than to remark in passing that its effect would be to convert a purely municipal prohibition into an international obligation, and to claim for the United States a jurisdiction which their Government have in the past not only declined themselves to assert, but which they have strenuously resisted when claimed by another Power. || The following brief instance will illustrate the position taken by the United States’ Government in the recent past: || As late as the 19th April, 1872, Mr. Boutwell, then Secretary of the United States’ Treasury, in answer to a request made to him that a Revenue cutter should be sent to the region of Minnak Pass to prevent Australian and Hawaiian vessels from taking seals on their annual migration to the Islands of St. Paul and St. George, declined to accede to the request, and added:— || “In addition, I do not see, that the United States would have the jurisdiction or power to drive off parties going up there for that purpose, unless they made such attempts within a marine league of the shore.” || Going further back in date, the Sub-Committee find that in 1822 a claim to sovereignty over the Pacific Ocean north of the 51st degree of latitude was put forward by Russia. An Imperial Ukase, issued on the 4th (16th) September, 1821, regulating commerce, whaling, and fishing along the eastern coast of Siberia, the north-western coast of North America, and the Aleutian and other islands, and prohibiting all foreign vessels from landing on the coasts and islands belonging to Russia, or approaching them within less than 100 Italian miles, was communicated to the American Government on the 11th February, 1822 (C of Appendix). || The Honourable John Quincy Adams, at that time United States’ Secretary of State, wrote on the 25th of the same month to M. de Poletica, the Russian Minister Plenipotentiary, expressing the surprise of the President of the United States at the assertion of a territorial claim by Russia extending to the 51st degree of north latitude on this continent; stating that the exclusion of American vessels from the shore beyond the ordinary distance to which the territorial jurisdiction extends had excited still greater surprise; and requesting an explanation of the grounds of right, upon principles generally recognized by the laws and usages of nations, which could warrant such claims. || M. de Poletica, in a despatch dated the 16th (28th)

Nr. 10149.
Gross-
britannien.
27. Nov. 1886.

Nr. 10140.
Gross-
britannien.
27. Nov. 1886.

February, 1882, defends the prohibition as designed to suppress the furnishing by foreigners of arms and ammunition to the natives of Russian America. He adds, however:— || “The extent of sea of which these possessions form the limits comprehends all the conditions which are ordinarily attached to shut seas (*mers fermées*), and the Russian Government might, consequently, judge itself authorized to exercise upon this sea the right of sovereignty, and especially that of entirely interdicting the entrance of foreigners. But it preferred only asserting its essential rights, without taking any advantage of localities.” || Mr. Adams deemed it a sufficient answer to this claim to point out the fact that the “distance from shore to shore on this sea in latitude 51° north is not less than 90° of longitude, of 4,000 miles.” (State Papers, vol. ix, p. 471 et seq.) || A writer in the “North American Review,” in an article published a few months later, says, with respect to Mr. Adams’ answer: “A volume on the subject could not have placed the absurdity of the pretensions more glaringly before us.” (“North American Review,” vol. xv, p. 389.) || The position was relinquished by Russia after much negotiation and correspondence (see American State Papers, Foreign Relations, vol. v, p. 432), and on the 17th April, 1824, a Convention was concluded between the United States and that country which was ratified at Washington on the 12th January, 1825, and of which the 1st Article is as follows:— || “I. It is agreed, that in any part of the great ocean, commonly called the Pacific Ocean, or South Sea, the respective citizens or subjects of the High Contracting Powers shall be neither disturbed nor restrained, either in navigation or in fishing, or in the power of resorting to the coasts upon points which may not already have been occupied for the purpose of trading with the natives, saving always the restrictions and conditions determined by the following Articles.” (State Papers, vol. xii, p. 595.) || The conditions and restrictions relate chiefly to the prevention of illicit trade in spirituous liquors, fire-arms, &c. || Negotiations between Great Britain and Russia on the subject of the same Ukase, and the prohibition above referred to, resulted in a Treaty between the two Powers, concluded on the 16th (28th) February, 1825, and containing the following provision, in which the right of fishing and navigation by Great Britain in any part of the Pacific Ocean is recognized:— || “It is agreed, that the respective subjects of the High Contracting Parties shall not be troubled or molested in any part of the ocean commonly called the Pacific Ocean, either in navigating the same, in fishing therein, or in landing at such parts of the coast as shall not have been already occupied, in order to trade with the natives, under the restrictions and conditions specified in the following Articles.” (State Papers, vol. xii, p. 38.) || So far as the Sub-Committee are aware, the claim was never revived until it is now for the first time put forward by the United States. || It does not appear necessary to insist at any great length, that the conditions attaching to *maria clausa* cannot by any possibility be predicated of Behring’s Sea, and that the seizure of Canadian vessels at a distance of over 100 miles

from the mainland and 70 miles from the nearest island constitutes a high-handed extension of maritime jurisdiction unprecedented in the law of nations; but the Sub-Committee cannot conclude without inviting the earnest attention of Her Majesty's Government to the fact, that Canadian citizens seized while engaged in the pursuit of their lawful vocation upon the high seas, and more than 70 miles from the nearest land, have been dragged before a foreign Court, their property confiscated, and themselves thrown into prison, where they still remain. || The Sub-Committee express their confident hope, that such representations will be at once made to the United States' Government as will secure the immediate release of the imprisoned men, and full reparation for all losses and damage sustained by them. || The Committee concur in the foregoing Report, and they advise that your Excellency be moved to transmit a copy of this Minute, if approved, to the Right Honourable the Secretary of State for the Colonies and to Her Majesty's Minister at Washington. || All which is respectfully submitted for your Excellency's approval.

John J. McGee, Clerk,
Privy Council, Canada.

Appendix.

Edict of His Imperial Majesty, Autocrat of All the Russias.

The Directing Senate maketh known unto all men: whereas, in an Edict of His Imperial Majesty, issued to the Directing Senate on the 4th day of September, and signed by His Imperial Majesty's own hands, it is thus expressed:— || "Observing from reports submitted to us, that the trade of our subjects on the Aleutian Islands and on the north-west coast of America, appertaining unto Russia, is subjected, because of illicit and secret traffic, to oppression and impediments, and finding that the principal cause of these difficulties is the want of Rules establishing the boundaries for navigation along these coasts, and the order of naval communication, as well in these places as on the whole of the eastern coast of Siberia and the Kurile Islands, we have deemed it necessary to determine these communications by specific Regulations which are hereto attached. || "In forwarding these Regulations to the Directing Senate, we command that the same be published for universal information, and that proper measures be taken to carry them into execution.

Countersigned:

Count D. Gurief, Minister of Finance."

It is therefore decreed by the Directing Senate, that His Imperial Majesty's Edict be published for the information of all men, and that the same be obeyed by all whom it may concern. || The original is signed by the Directing Senate. || On the original is written in the handwriting of His Imperial Majesty thus— || "Be it accordingly." "Alexander."

Nr. 10140.
Gross-
britannien.
27. Nov. 1886.

Section 1. The pursuits of commerce, whaling and fishery, and of all other industry on all islands, ports and gulfs, including the whole of the north-west coast of America, beginning from Behring's Straits to the 51st degree of northern latitude, also from the Aleutian Islands to the eastern coast of Siberia, as well as along the Kuril Islands from Behring's Straits to the south cape of the Island of Urup, viz., to the 45° 50' northern latitude, is exclusively granted to Russian subjects. || Section 2. It is therefore prohibited to all foreign vessels, not only to land on the coasts and islands belonging to Russia, as stated above, but also to approach them within less than 100 Italian miles. The transgressor's vessel is subject to confiscation, along with the whole cargo.

Nr. 10141. GROSSBRITANNIEN. — Englischer Gesaudter in Washington an den amerikanischen Staatssekretär des Auswärtigen. Drängen auf Antwort.

Washington, January 9, 1887.

Nr. 10141.
Gross-
britannien.
9. Jan. 1887.

Sir, || I have the honour to inform you, that I have received instructions from the Earl of Iddesleigh, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, again to bring to your notice the grave representations made by Her Majesty's Government respecting the seizure of the British vessels "Carolina," "Onward" and "Thornton" in Behring's Sea, by the United States' cruizer "Corwin," to which no reply has as yet been returned. || On the 27th September last I had the honour to address to you a note in which I stated, that Her Majesty's Government requested to be furnished with any particulars which the United States' Government might possess relative to this occurrence. || On the 21st October last I had the honour to inform you, that I was instructed by that Earl of Iddesleigh to protest, in the name of Her Majesty's Government, against such seizures, and to reserve all rights to compensation. || In a note dated the 12th November last you were good enough to explain the delay which had occurred in answering these communications, and, on the same day, I had the honour to communicate to you a despatch from the Earl of Iddesleigh, a copy of which, at your request, I placed in your hands. || On the 7th ultimo I again had the honour to address you, stating that vessels were equipping in British Columbia for fishing in Behring's Sea, and that the Canadian Government were desirous of ascertaining whether such vessels fishing in the open sea, and beyond the territorial waters of Alaska, would be exposed to seizure, and that Her Majesty's Government would be glad if some assurance could be given that, pending the settlement of the questions, no such seizures of British vessels would be made in Behring's Sea. || The vessels in question were seized at a distance of more than 60 miles from the nearest land at the time of their seizure. The master

of the "Thornton" was sentenced to imprisonment for thirty days, and to pay a fine of 500 dollars, and there is reason to believe that the masters of the "Onward" and "Carolina" have been sentenced to similar penalties. || In support of this claim to jurisdiction over a stretch of sea extending in its widest part some 600 or 700 miles from the mainland, advanced by the Judge in his charge to the jury, the authorities are alleged to have interfered with the peaceable and lawful occupation of Canadian citizens on the high seas, to have taken possession of their ships, to have subjected their property to forfeiture, and to have visited upon their persons the indignity of imprisonment. Such proceedings therefore, if correctly reported, would appear to have been in violation of the admitted principle of international law. Under these circumstances, Her Majesty's Government do not hesitate to express their concern at not having received any reply to their representations, nor do they wish to conceal the grave nature which the case has thus assumed, and to which I am now instructed to call your immediate and most serious attention. || It is unnecessary for me to allude further to the information with which Her Majesty's Government has been furnished respecting these seizures of British vessels in the open seas, and which, for some time past, has been in the possession of the United States' Government because Her Majesty's Government do not doubt that if, on inquiry it should prove to be correct, the Government of the United States will, with their wellknown sense of justice, admit the illegality of the proceedings resorted to against the British vessels and the British subjects above mentioned, and will cause reasonable reparation to be made for the wrongs to which they have been subjected, and for the losses which they have sustained. || In conclusion, I have the honour again to refer to your note of the 12th November last, and to what you said verbally to me on the same day, and to express the hope that the cause of the delay complained of in answering the representations of Her Majesty's Government on this grave and important matter may be speedily removed. || I have, &c.

L. S. Sackville West.

Auf diese und ähnliche Noten entschuldigt sich Mr. Bayard wiederholt mit mangelnder Information, welche bei den weiten Entfernungen noch nicht zu erhalten gewesen sei.

Nr. 10142. GROSSBRITANNIEN. — Artikel der New York "Times" vom 29. Mai 1887, wonach Nordamerika stets die russischen Herrschaftsansprüche auf den Behringssee bekämpft hat.

Not a Landlocked Sea. — Release of the British Sealers justified. — The so-called controversy with respect to the Alaskan seal fisheries and American rights to exclusive jurisdiction over the waters of Behring Sea has re-

Nr. 10142.
Gross-
britannien.
29. Mai 1887.

Nr. 10142.
Gross-
britannien,
29. Mai 1857.

cently been made the subject of more misrepresentation to the square inch than almost any other pending topic of public discussion. It has been represented, that an elaborate Conference on this question is now in progress between the State Department and the British Minister in Washington. Mr. Frederick W. Seward appears to have imbibed this impression, and has suggested several profound conundrums to be proposed by Secretary Bayard to the British Minister in the progress of the controversy. There is no Conference in progress on this matter. When the President, for reasons satisfactory to himself, ordered the release of the British sealing vessels captured by an American Revenue cutter more than 3 miles from shore in Behring Sea that action had the effect of a pardon, and closed all discussion as to the legality of the captures. But there are some historical facts in connection with the question which will probably suggest an exceedingly strong inference. || Mr. Henry W. Elliott, of the Smithsonian Institution, who is stated to have passed several seasons in the islands of the Behring Sea, and to be one of the best-informed men in the United States on the subject of jurisdiction over the waters of that "landlocked sea," as he calls it, has recently contributed to the prevailing wrong impressions two important statements, which are in direct conflict with official records easily accessible. This whole question has so important a bearing upon our present controversy with Great Britain on the subject of the Canadian fisheries and the right claimed by our Canadian neighbours to hamper the deep-sea fisheries of the United States that it is worthy of close examination. Mr. Elliott takes substantially this position:— || 1. That when the Emperor of Russia, by the Ukase of 1821, declared the absolute dominion of the Russian Crown over all Russian American territory and seas and bays, including the Kamschatkan or Behring Sea, no protest was made against this assertion of authority by Russia, and none has ever been made since by any civilized Power until last year. || 2. That the claim made by the United States about this period related to the North Pacific Ocean only, and that the United States never, in all the correspondence between the years 1822 and 1824, made the slightest reference to or asked for any rights or privileges in the Behring Sea. || What are the facts? A translation of the Ukase of 1821 is published in "British and Foreign State Papers," vol. ix, p. 472. It distinctly sets out that "the pursuits of commerce, whaling and fishery, and of all other industry on all islands, ports and gulfs, including the whole of the north-west coast of America, beginning from Behring Strait (the northern boundary of Behring Sea) to the 51st degree of northern latitude, also from the Aleutian Islands to the eastern coast of Siberia, as well as along the Kurile Islands, from Behring Strait to the south cape of the Island of Urup, exclusively granted to Russian subjects," and foreign vessels are interdicted from approaching within 100 Italian miles of the coasts and islands named under penalty of confiscation. Having this Ukase before him, John Quincy Adams, Secretary of State, on the 25th February, 1822, wrote to

M. Poletica, the Russian Minister, as follows (the letter is printed in the same volume of State Papers, p. 483): "I am directed by the President of the United States to inform you, that he has seen with surprise in this Edict the assertion of a territorial claim on the part of Russia, extending to the 51st degree of north latitude on this continent, and a Regulation interdicting to all commercial vessels other than Russian, upon the penalty of seizure and confiscation, the approach upon the high seas within 100 Italian miles of the shores to which the claim is made to apply." Mr. Adams adds: "To exclude the vessels of our citizens from the shores beyond the ordinary distance to which the territorial jurisdiction extends has excited still greater surprise," and he closes by asking an explanation. || M. Poletica replied, on the 28th February, 1822 (p. 487): "The Russian possessions in the Pacific Ocean extend on the north-west coast of America from Behring Strait to the 51st degree of north latitude and on the opposite side of Asia to the islands adjacent from the same strait to the 45th degree. The extent of sea of which these possessions form the limit comprehends all the conditions which are ordinarily attached to shut seas ('mers fermées'), and the Russian Government might consequently judge itself authorized to exercise upon this sea the right of sovereignty, and especially that of entirely interdicting the entrance foreigners. But it preferred only asserting its essential rights without taking any advantage of localities." || It is interesting to look at the Map and see what the Russian claim really was. Latitude north 51° takes in the southern boundary of the Aleutian Islands to the Sea of Okhotsk. Mr. Adams, in his reply to M. Poletica (same volume, p. 488), says: "With regard to the suggestion, that the Russian Government might have justified the exercise of sovereignty over the Pacific Ocean as a close sea because it claims territory both on the American and Asiatic shores, it may suffice to say that the distance from shore to shore on this sea in latitude 51° north is not less than 90° of longitude, or 4,000 miles." He ends by saying the President is persuaded the citizens of the United States will remain unmolested in their lawful commerce, and that no effect will be given to an interdiction manifestly incompatible with their rights. This controversy was ended between the United States and Russia by a Convention signed at St. Petersburg on the 17th April, 1824, in which it was agreed that in no part of the great ocean, commonly called the Pacific Ocean or South Sea, should the respective citizens or subjects of the High Contracting Powers be disturbed or restrained, either in navigation or fishing, or resorting to the coast for the purpose of trading with the natives. Great Britain concluded a similar Treaty in 1825. This Treaty of 1824 remained substantially in force until the cession of Alaska to the United States by Russia. || The claim that Behring Sea is a "landlocked sea" with a "firm line pelagic boundary," advanced by Mr. Elliott, is manifestly absurd, in view of the fact that it is about 900 miles from the Aleutian Islands to the Asiatic coast of Russia. But, even assuming that it could have

Nr. 10142.
Gross-
britannien.
29. Mai 1887.

Nr. 10142.
Gross-
britannien.
29. Mai 1857.

been treated as a land-locked sea at the time of the Ukase of 1821 by virtue of the possession by one Power of land on both sides, that condition ceased when Russia parted with her territory on one side, just as Great Britain was obliged to abandon her claim to territorial jurisdiction over the Bay of Fundy because the United States owned simply a headland on the other side from her possessions. || The Sea of Okhotsk is one of the seas distinctly referred to in the Ukase of 1821, which called out Adams' protest. Up to 1868, when Russia sold the Kurile Islands to Japan, this was practically a "land-locked sea, having a firm pelagic boundary," as erroneously claimed by Mr. Elliott in regard to the Behring Sea. Yet in "Diplomatic Correspondence," 1868, p. 462, there is a letter addressed by Secretary of State William H. Seward to Cassius M. Clay, our Minister to Russia, dated the 23rd December, 1867, in which Mr. Seward informed Mr. Clay that much anxiety had been created in the United States by the report that a Russian armed steamer had ordered American whaling-vessels away from the shore near Okhotsk City, in the Sea of Okhotsk, and had fired upon the ship's boat of the bark "Endeavour" of New Bedford. Mr. Seward instructed our Minister to inquire what foundation there was for this report, and what instructions had been given by the Russian Government to authorize this action. || At first the Acting Russian Minister of Foreign Affairs contented himself with claiming, not that the Sea of Okhotsk was a closed sea, but raising the same question of the 3-mile line which now forms so prominent a feature in our Canadian fishery troubles, and saying that by the laws in force the American vessel had been properly warned off, she being within that distance. (This letter is published in "Diplomatic Correspondence," 1868, p. 467) || Subsequently, in reply to another remonstrance from Mr. Seward, stating that American whalers had been whaling in those bays unobstructed for seventeen years, M. Stoeckl, Russian Ambassador, transmits to Mr. Seward (same volume, p. 485) a copy of a Report from the Russian Minister of Marine, in which he admitted that there could not be found in the Department of Marine any trace of instructions given to Russian cruisers to take any restrictive measures touching the whaling fisheries in the Sea of Okhotsk. This ended the controversy with regard to that sea, which at this time was much more entitled to be considered an inland sea than the Behring Sea. || One illustration of still later date may be given. In "Foreign Relations," 1882, p. 447, there is a letter from Secretary of State Frelinghuysen to Mr. Hoffman, our Chargé d'Affaires at St. Petersburg, conveying a complaint of a San Francisco firm of restrictions put by the Governor of Eastern Siberia on American fishermen in the Okhotsk and Behring Seas. This was after the cession of Alaska to the United States. Mr. Hoffmann (p. 452) transmits a note from M. de Giers, from which it clearly appears, that the Russian Government made no pretence of treating either of those seas as closed seas. || The entire fabric of the attempted censure of the State Department for failure to maintain American interests in the Behring

Sea is thus trown to the ground. It is shown, that, so far from acknowledging Behring Sea to be a closed sea, the United States has placed itself on record as vigorously opposing any such assumption, not only with regard to Behring Sea, where there was a distance of 900 miles from shore to shore, but also in regard to the Sea of Okhotsk, which might perhaps have been properly regarded as a land-locked sea. In view of these historical facts, and of the important bearing which the maintenance of this doctrine of free, untrammelled rights of commerce, navigation, and fishing on the open sea, which the United States is now engaged in maintaining in other quarters where the national interests involved are immeasurably greater, it requires no spirit of prophecy to divine that the Revenue cutters "Bear" and "Rush," which have been ordered by the Treasury Department from San Francisco to the Behring Sea, have probably been ordered not to repeat the mistake of capturing foreign sealers unless detected flagrante delicto within the unquestioned maritime jurisdiction of the United States, namely, 3 miles from shore.

Washington, May 28, 1887.

Nr. 10142.
Gross-
britannien.
29. Mai 1887.

Nr. 10143. GROSSBRITANNIEN. — Englisches auswärtiges Amt an den Gesandten in Washington. Neue Beschlagnahme von Schiffen. Verhaltungsmassregeln.

Foreign Office, August 10, 1887.

Nr. 10143.
Gross-
britannien.
10. Aug. 1887.

Sir, I have to inform you, that a telegram has been received from the Commander-in-chief of Her Majesty's naval forces in the Pacific, dated Victoria, British Columbia, on the 7th instant, from which it appears, that an American Revenue vessel had seized three more British Columbian sealing schooners when a long distance from land, and that they had been taken to Sitka. He further stated, that several other vessels in sight from Sitka were being towed in. || It will be within your recollection that in the correspondence which has recently taken place in regard to the previous seizures of three British vessels by the United States' Revenue cruiser "Corwin," Mr. Bayard stated in a note dated the 3rd February (a copy of which accompanied your despatch of the following day), that "without conclusion at this time of day of any questions which may be found to be involved in these cases of seizure, orders have been issued by the President's direction for the discontinuance of all pending proceedings, the discharge of the vessels referred to, and the release of all persons under arrest in connection therewith." || I request, that you will at once communicate to the United States' Government the nature of the information which has reached them in regard to these further seizures of British vessels by the United States' authorities. || You will at the same time say, that Her Majesty's Government had assumed, in view of the assurances conveyed to you in Mr. Bayard's note of the 3rd February last, that pending a con-

Nr. 10143. conclusion of the discussion between the two Governments on the general question
 Gross- involved, no further similar seizures of British vessels would be made by order
 britannien. of the United States' Government. || I am, &c. Salisbury.
 10. Aug. 1887.

Nr. 10144. GROSSBRITANNIEN. — Amerikanischer Staatssekretär an den englischen Gesandten. Antwort auf den Protest.

Department of State, Washington, August 13, 1887.

Nr. 10144. Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your note of the
 Gross- 11th instant received yesterday afternoon, informing me of a telegraphic com-
 britannien. munication from the Commander-in-chief of Her Majesty's naval forces in the
 13. Aug. 1887. Pacific, dated at Victoria, British Columbia, August 7th, reporting the seizure
 of three British Columbian sealing schooners "in Behring's Sea, a long distance
 from Sitka," and that "several other vessels were in sight being towed in." ||
 The reference to my note to you of the 3rd February last, which you make
 under the instruction of the Marquis of Salisbury, has caused me to examine
 the expressions contained therein, and I can discover no ground whatever for
 the assumption by Her Majesty's Government, that it contained assurances
 "that, pending the conclusion of discussions between the two Governments on
 general questions involved, no further seizures would be made by order of
 the United States' Government." || Until your note of the 11th instant was
 received I had no information of the seizure of the sealing vessels therein
 referred to, and have no knowledge whatever of the circumstances under
 which such seizures have been made. || I shall at once endeavour to supply
 myself with the information necessary to enable me to reply to you more
 fully. || The cases of seizure referred to in my note of the 3rd February, 1887,
 had occurred during the previous August, and upon the basis of the informa-
 tion then obtained I wrote you as follows:— || "In this connection I take
 occasion to inform you, that, without conclusion at this time of any questions
 which may be found to be involved in these cases of seizure, orders have been
 issued by the President's direction for the discontinuance of all pending pro-
 ceedings, the discharge of the vessels referred to, and the release of all per-
 sons under arrest in connection therewith." || Having no reason to anticipate
 any other seizures, nothing was said in relation to the possibility of such an
 occurrence, nor do I find in our correspondence on the subject any grounds
 for such an understanding as you inform me had been assumed to exist by
 Her Britannic Majesty's Government. || A short time since, when you called
 upon me and personally obtained copies of the record of the judicial procee-
 dings in the three cases of seizure in August last in Behring's Sea, nothing
 was said in relation to other cases. Whether the circumstances attendant upon
 the cases which you now report to me are the same as those which induced

the Executive to direct the releases referred to remains hereafter to be ascertained, and this with as little delay as the circumstances will permit || I have, &c.

T. F. Bayard.

Nr. 10144.
Gross-
britannien.
13. Aug. 1887.

Nr. 10145. **GROSSBRITANNIEN.** — Englischcs auswärtiges Amt an den Gesandten in Washington. Klarlegung des englischen Standpunktes.

Foreign Office, September 10, 1887.

Sir, || By a despatch of the 30th October last the late Earl of Iddesleigh instructed you to call the attention of the United States' Secretary of State to the circumstances of the seizure in Behring's Sea, by the American cruiser "Corwin," of some British Canadian vessels; and his Lordship directed you to state to Mr. Secretary Bayard, that Her Majesty's Government felt sure that if the proceedings which were reported to have taken place in the United States' District Court were correctly described, the United States' Government would admit their illegality, and would cause reasonable reparation to be made to the British subjects for the wrongs to which they had been subjected and for the losses which they had sustained. || By a previous despatch of the 9th September you had been desired to ask to be furnished with any particulars wicth the United States' Government might possess relative to the seizures in question; and on the 20th October you were instructed to enter a protest on behalf of Her Majesty's Government and reserve for consideration hereafter all rights to compensation. || Nearly four months having elapsed without any definite information being furnished by the United States' Government as to the grounds of the seizures, my predecessor instructed you, on the 8th January last, to express to Mr. Bayard the concern of Her Majesty's Government at the delay, and to urge the immediate attention of the United States' Government to the action of the American authorities in their treatment of these vessels and of their masters and crews. || On the 3rd February Mr. Bayard informed you, that the record of the judicial proceedings which he had called for was shortly expected to reach Washington, and that without conclusion at that time of any questions which might be found to be involved in these cases of seizures, orders had been issued by the President's direction for the discontinuance of all pending proceedings, the discharge of the vessels referred to, and the release of all persons under arrest in connection therewith. || On the 4th April, under instructions from me, you inquired of Mr. Bayard, in view of the approaching fishing season in Behring's Sea, whether the owners of British vessels might rely when not near land on being unmolested by the cruizers of the United States, and you again asked when the record of the judicial proceedings might be expected. Mr. Bayard informed you, in reply (12th April), that the papers

Nr. 10145.
Gross-
britannien.
10. Sept. 1887.

Nr. 10145.
Gross-
britannien,
10. Sept. 1857.

referred to had reached him and were being examined; that there had been unavoidable delay in framing appropriate Regulations and issuing orders to the United States' vessels to police the Alaskan waters; that the Revised Statutes relating to Alaska, Sections 1956 and 1971, contained the Laws of the United States in relation to the matter; and that the Regulations were being considered, and he would inform you at the earliest day possible what had been decided, so that British and other vessels might govern themselves accordingly. || In view of the statements made by Mr. Bayard in his note of the 3rd February, to which I have referred above, Her Majesty's Government assumed that, pending a conclusion of the discussion between the two Governments on the general question involved, no further similar seizures of British vessels would be made by order of the United States' Government. They learn, however, from the contents of Mr. Bayard's note of 13th August last, inclosed in your despatch of the 15th August, that such was not the meaning which he intended should be attached to his communication of the 3rd February; and they deeply regret to find a proof of their misinterpretation of the intentions of the United States' Government from an announcement recently received from the Commander-in-chief of Her Majesty's naval forces in the Pacific, that several more British vessels engaged in seal-hunting in Behring's Sea have been seized when a long distance from land by an American Revenue vessel. || Her Majesty's Government have carefully considered the transcript of record of the judicial proceedings in the United States' District Court in the several cases of the schooners "Carolina," "Onward" and "Thornton," which were communicated to you in July, and were transmitted to me in your despatch of the 12th of that month, and they cannot find in them any justification for the condemnation of those vessels. || The libels of information allege that they were seized for killing fur-seal within the limits of Alaska Territory, and in the waters thereof, in violation of Section 1956 of the Revised Statutes of the United States; and the United States' Naval Commander Abbey certainly affirmed that the vessels were seized within the waters of Alaska and the Territory of Alaska: but according to his own evidence they were seized 75, 115, and 70 miles respectively south-south-east of St. George's Island. || It is not disputed, therefore, that the seizures in question were effected at a distance from land far in excess of the limit of maritime jurisdiction which any nation can claim by international law, and it is hardly necessary to add that such limit cannot be enlarged by any municipal law. || The claim thus set up appears to be founded on the exceptional title said to have been conveyed to the United States by Russia at the time of the cession of the Alaska Territory. The pretension which the Russian Government at one time put forward to exclusive jurisdiction over the whole of Behring's Sea was, however, never admitted either by this country or by the United States of America. On the contrary, it was strenuously resisted, as I shall presently show, and the American Government can hardly claim to have received from Russia rights which they

declared to be inadmissible when asserted by the Russian Government. Nor does it appear from the text of the Treaty of 1867 that Russia either intended or purported to make any such grant; for, by Article I of that instrument, Russia agreed to cede to the United States all the territory and dominion then possessed by Russia "on the Continent of America and in the adjacent islands" within certain geographical limits described, and no mention was made of any exclusive right over the waters of Behring's Sea. || Moreover, whatever rights as regards their respective subjects and citizens may be reciprocally conferred on the Russian and American Governments by Treaty stipulation, the subjects of Her Majesty cannot be thereby affected, except by special arrangement with this country. || With regard to the exclusive claims advanced in times past by Russia, I transmit to you documents communicated to the United States' Congress by President Monroe in 1822, which show the view taken by the American Government of these pretensions. || In 1821* the Emperor of Russia had issued an Edict establishing "Rules for the limits of navigation and order of communication along the coast of the Eastern Siberia, the north-western coast of America, and the Aleutian, Kurile and other islands." || The first section of that Edict said: "The pursuit of commerce, whaling and fishery and of all other industry on all islands, ports and gulfs, including the whole of the north-west coast of America, beginning from Behring's Straits to the 51st degree of northern latitude; also from the Aleutian Islands to the eastern coast of Siberia, as well as along the Kurile Islands from Behring's Straits to the south Cape of the Island of Urup, viz., to the 45° 50' of northern latitude, is exclusively granted to Russian subjects;" and section 2 stated: "It is, therefore, prohibited to all foreign vessels not only to land on the coast and island belonging to Russia, as stated above, but also to approach them within less than 100 Italian miles. The transgressor's vessel is subject to confiscation, along with the whole cargo." || A copy of these Regulations was officially communicated to the American Secretary of State by the Russian Minister at Washington on the 11th February, 1822; whereupon Mr. Quincy Adams, on the 25th of that month, after informing him that the President of the United States had seen with surprise the assertion of a territorial claim on the part of Russia, extending to the 51st degree of north latitude on the American Continent, and a Regulation interdicting to all commercial vessels other than Russian, upon the penalty of seizure and confiscation, the approach upon the high seas within 100 Italian miles of the shores to which that claim was made to apply, went on to say that it was expected before any act which should define the boundary between the territories of the United States and Russia, that the same would have been arranged by Treaty between the parties, and that "to exclude the vessels of American citizens from the shore beyond the ordinary distance to which territorial jurisdiction extends has excited still greater surprise;" and Mr. Adams asked whether the Russian Minister was authorized to give explanations of the

Nr. 10145.
Gross-
britannien.
10. Sept. 1887.

Nr. 10145. "grounds of right, upon principles generally recognized by the laws and usages of nations, which can warrant the claims and Regulations." || The Russian Minister, in his reply, dated the 28th February, after explaining how Russia had acquired her possessions in North America, said:— || "I ought, in the last place, to request you to consider, Sir, that the Russian possessions in the Pacific Ocean extend on the north-west coast of America from Behring's Strait to the 51st degree of north latitude, and on the opposite side of Asia and the islands adjacent from the same Strait to the 45th degree. The extent of sea of which these possessions form the limits comprehends all the conditions which are ordinarily attached to shut seas ('mers fermées'), and the Russian Government might consequently judge itself authorized to exercise upon this sea the right of sovereignty, and especially that of entirely interdicting the entrance of foreigners; but it preferred only asserting its essential rights without taking advantage of localities." || On the 30th March Mr. Adams replied to the explanations given by the Russian Minister. He stated, that, with respect to the pretension advanced in regard to territory, it must be considered not only with reference to the question of territorial rights, but also to that prohibition to the vessels of other nations, including those of the United States, to approach within 100 Italian miles of the coasts. That from the period of the existence of the United States as an independent nation their vessels had freely navigated these seas, the right to navigate them being a part of that independence; and with regard to the suggestion that "the Russian Government might have justified the exercise of sovereignty over the Pacific Ocean as a close sea, 'because it claims territory both on its American and Asiatic shores,' it may suffice to say that the distance from shore to shore on this sea, in latitude 51° north, is not less than ninety degrees of longitude, or 4,000 miles." Mr. Adams concluded as follows: "The President is persuaded, that the citizens of this Union will remain unmolested in the prosecution of their lawful commerce, and that no effect will be given to an interdiction manifestly incompatible with their rights." || The Convention between the United States of America and Russia of the 17th April, 1824, put an end to any further pretension on the part of Russia to restrict navigation or fishing in Behring's Sea so far as American citizens were concerned; for by Article I it was agreed, that in any part of the Great Ocean, commonly called the Pacific Ocean or South Sea, the respective citizens or subjects of the High Contracting Powers shall neither be disturbed nor restrained, either in navigation or fishing, saving certain restrictions which are not material to the present issue; and a similar stipulation in the Convention between this country and Russia in the following year (15th May, 1825) put an end, as regarded British subjects, to the pretensions of Russia to which I have referred, and which had been entirely repudiated by Her Majesty's Government in correspondence with the Russian Government in 1821 and 1822, which for your more particular information I inclose herein. || Her Majesty's

Government feel sure that, in view of the considerations which I have set forth in this despatch, which you will communicate to Mr. Bayard, the Government of the United States will admit that the seizure and condemnation of these British vessels, and the imprisonment of their masters and crews, were not warranted by the circumstances, and that they will be ready to afford reasonable compensation to those who have suffered in consequence, and issue immediate instructions to their naval officers which will prevent a recurrence of these regrettable incidents. || I am, &c.

Nr. 10145.
Gross-
britannien.
10. Sept. 1886.

Salisbury.

Nr. 10146. GROSSBRITANNIEN. — Anfrage der deutschen Regierung vom 5. Okt. 1887 bei der englischen über ihre Ansicht, betreffend den amerikan. Vorschlag einer internationalen Konvention zum Robbenschutz.

The Imperial Government would like to know what are the views of Her Britannic Majesty's Government with regard to the American proposal for an International Convention for the protection of seals in the Behring's Sea.

Nr. 10146.
Gross-
britannien.
5. Okt. 1887.

Nr. 10147. GROSSBRITANNIEN. — Anfrage des amerikanischen Gesandten in Stockholm, betreffend die Geneigtheit Schwedens zum Beitritte zu einer Robbenschutzkonvention. (Mitgeteilt am 10. Okt. 1887.)

The Government of the United States recognizes the necessity of taking steps for the better protection of the fur-seal fisheries in Behring's Strait. The indiscriminate and unregulated killing of these valuable animals has of late years greatly reduced their number, and threatens in a comparatively short time to all but extinguish them. || The importance of respective Governments entering into an arrangement which shall have for its purpose the regulation of seal-hunting and to the present indiscriminate slaughter of seals, is so apparent that it needs no elaboration. || To this end I am directed to invite the United Kingdoms of Sweden and Norway to enter into such an arrangement with the Government of the United States as will prevent the the citizens of either country from killing seal in Behring's Sea in such times and places and by such methods as at present are pursued. || The Governments of Germany, Great Britain, Russia, France and Japan have likewise been invited to co-operate to this end.

Nr. 10147.
Gross-
britannien.
10. Okt. 1887.

Nr. 10148. **GROSSBRITANNIEN.** — Englisches auswärtiges Amt an die schwedische Regierung. England hat keine der vorigen entsprechende Einladung von Nordamerika erhalten.

Nr. 10148.
Gross-
britannien.
11. Okt. 1887. The Marquis of Salisbury has had the honour to receive the copy of a communication addressed to the Swedish Government by the United States' Minister at Stockholm which Count Adelborg has been good enough to leave at the Foreign Office. || Her Majesty's Government have not received any similar communication from the Government of the United States regarding the protection of the fur-seal fisheries in Behring's Sea. Lord Salisbury would, however, be glad to know whether the invitation to enter into an arrangement on the subject will be accepted by the Swedish Government.

Foreign Office, October 11, 1887.

Nr. 10149. **GROSSBRITANNIEN.** — Gleiche Antwort an die deutsche Regierung.

Nr. 10149.
Gross-
britannien.
11. Okt. 1887. Sir J. Paucefote has the honour to inform Baron Plessen, with reference to his inquiry of the 5th instant, that no proposal has been made to Her Majesty's Government by the Government of the United States for an International Convention for the protection of seals in Behring's Sea. The Marquis of Salisbury would be glad to be informed of the decision which may be adopted in the matter by the German Government.

Foreign Office, October 11, 1887.

Nr. 10150. **GROSSBRITANNIEN.** — Note des englischen Gesandten in Washington, betreffend die neuen Beschlagnahmen von Schiffen.

Washington, October 12, 1887.

Nr. 10150.
Gross-
britannien.
12. Okt. 1887. Sir, || In connection with the representation which I was instructed to make to you respecting the seizure of the British schooners "Onward," "Carolina" and "Thornton," by the United States' cruiser "Corwin," in Behring's Sea, I have the honour to inform you that I am now further instructed to make similar representations in the cases of the British Columbian vessels "Grace," "Dolphin" and "W. P. Sayward," seized lately by the United States' Revenue cutter "Richard Rush," and at the same time, as in the case of the "Onward," "Carolina" and "Thornton," to reserve all rights to compensation on behalf of the owners and crews. || I am also instructed to point out to you that, according to the deposition of the mate of the "W. P. Sayward," copy

of which is inclosed, no seals had been taken by her crew in Behring's Sea as is alleged in the libels of information filed on behalf of the United States' District Attorney in the District Court of Allaska. || I am &c.

Nr. 10150.
Gross-
britannien.
12. Okt. 1887.

L. S. Sackville West.

Nr. 10151. GROSSBRITANNIEN. — Englischies auswärtiges Amt an die engl. Bevollmächtigten zur Fischereikonferenz. Die englische Regierung, obgleich sie von der amerikanischen keine Einladung dazu erhalten, ist zu einer Unterhandlung über den Robbenschutz, losgelöst von der Frage des Fischerrechtes, bereit.

Foreign Office, November 28, 1887.

Gentlemen, || I received on the 26th instant a telegram from Mr. Chamberlain, inquiring whether a proposal for an International Conference in regard to the Behring's Sea fisheries had been accepted by Her Majesty's Government. || You are aware, from the correspondence which is in your possession, that communications with reference to a proposal, which would appear to have been addressed to some of the Maritime Powers by the United States for an International Convention for the protection of seals in the Behring's Sea, were received last October from the German and Swedish Chargés d'Affaires in London. || No definite invitation, however, for an international understanding on this question has yet been received from the Government of the United States by Her Majesty's Government. || In answer to a question from Mr. Phelps, I have expressed myself as being favourably disposed to negotiating for an agreement as to a close season in all seal fisheries, to whomsoever belonging, but I carefully separated the question from all controversies as to fishery rights. || I am, &c.

Nr. 10151.
Gross-
britannien.
28. Nov. 1887.

Salisbury.

Nr. 10152. GROSSBRITANNIEN. — Mr. J. Chamberlain, M. P., an das engl. auswärtige Amt. (Eingeg. 12. Dez.) Die Frage des Robbenschutzes soll international geregelt werden.

Washington, November 28, 1887.

My Lord, || I have received your Lordship's telegram of this day's date, in reply to mine of the 25th instant. || In explanation of the circumstances which led me to address to your Lordship the inquiry contained in my telegram, I should state that Mr. Angell, one of the United States' Plenipotentiaries at the Fishery Conference, stated to me, in the course of a private and confidential conversation, that an invitation had been conveyed to your

Nr. 10152.
Gross-
britannien.
28. Nov. 1887.

Nr. 10152. Lordship, on behalf of the United States, to take part in an International
 Gross- Conference for the protection of the seal fisheries in the Behring's Sea, and
 britannien. that your Lordship had cordially accepted this invitation. || I may add, that
 28. Nov. 1887. the question of the seal fishery in the Behring's Sea has not yet arisen for
 discussion at the sittings of the Conference. || I have, &c.

J. Chamberlain.

Nr. 10153. GROSSBRITANNIEN. — Amerikanisches auswärtiges
 Amt an den Gesandten in London. — Vorschläge
 für eine internationale Regelung der Frage.

Department of State, Washington, February 7, 1888.

Nr. 10153. Sir, || I have received your despatch of the 12th November last, con-
 Gross- taining an account of your interview with Lord Salisbury of the preceding
 britannien. day, in which his Lordship expressed acquiescence in my proposal of an agree-
 7. Febr. 1888. ment between the United States and Great Britain in regard to the adoption
 of concurrent regulations for the preservation of fur-seals in Behring's Sea
 from extermination by destruction at improper seasons and by improper meth-
 ods by the citizens of either country. || In response to his Lordship's sugges-
 tion, that this Government submit a sketch of a system of regulations for
 the purpose indicated, it may be expedient, before making a definite propo-
 sition, to describe some of the conditions of seal life. And for this purpose
 it is believed, that a concise statement as to that part of the life of the seal
 which is spent in Behring's Sea will be sufficient. || All those who have made
 a study of the seals in Behring's Sea are agreed, that, on an average, from
 five to six months — that is to say, from the middle or towards the end of
 spring till the middle or end of October — are spent by them in those waters
 in breeding and in rearing their young. During this time they have their
 rookeries on the Islands of St. Paul and St. George, which constitute the Pri-
 byloff group and belong to the United States, and on the Commander Islands,
 which belong to Russia. But the number of animals resorting to the latter
 group is small in comparison with that resorting to the former. The rest of
 the year they are supposed to spend in the open sea south of the Aleutian
 Islands. || Their migration northward, which has been stated as taking place
 during the spring and till the middle of June, is made through the numerous
 passes in the long chain of the Aleutian Islands; above which the courses of
 their travel converge chiefly to the Pribyloff group. During this migration
 the female seals are so advanced in pregnancy, that they generally give birth
 to their young, which are commonly called pups, within two weeks after reach-
 ing the rookeries. Between the time of the birth of the pups and of the emi-
 gration of the seals from the islands in the autumn the females are occupied
 in suckling their young; and by far the largest part of the seals found at a

distance from the islands in Behring's Sea during the summer and early autumn are females in search of food, which is made doubly necessary to enable them to suckle their young as well as to support a condition of renewed pregnancy, which begins in a week or a little more after their delivery.

The male seals, or bulls, as they are commonly called, require little food while on the islands, where they remain guarding their harems, watching the rookeries, and sustaining existence on the large amount of blubber which they have secreted beneath their skins and which is gradually absorbed during the five or six succeeding months. || Moreover it is impossible to distinguish the male from the female seals in the water, or pregnant females from those that are not so. When the animals are killed in the water with fire-arms many sink at once and are never recovered, and some authorities state, that not more than one out of three of those so slaughtered is ever secured. This may, however, be an over-estimate of the number lost. || It is thus apparent, that to permit the destruction of the seals by the use of fire-arms, nets, or other mischievous means in Behring's Sea would result in the speedy extermination of the race. There appears to be no difference of opinion on this subject among experts. And the fact is so clearly and forcibly stated in the Report of the Inspector of Fisheries for British Columbia of the 31st of December, 1886, that I will quote therefrom the following pertinent passage:— || „There were killed this year, so far, from 40,000 to 50,000 fur-seals which have been taken by schooners from San Francisco and Victoria. The greater number were killed in Behring's Sea, and were nearly all cows or female seals. This enormous catch, with the increase which will take place when the vessels fitting up every year are ready, will, I am afraid, soon deplete our fur-seal fishery, and it is a great pity, that such a valuable industry could not in some way be protected.“ || [Report of Thomas Mowat, Inspector of Fisheries for British Columbia; Sessional Papers, Vol. 15, No. 16, p. 268; Ottawa, 1887.] || The only way of obviating the lamentable result above predicted appears to be by the United States, Great Britain, and other interested Powers taking concerted action to prevent their citizens or subjects from killing fur seals with firearms, or other destructive weapons, north of 50° of north latitude, and between 160° of longitude west and 170° of longitude east from Greenwich, during the period intervening between 15th April and 1st November. To prevent the killing within a marine belt of forty or fifty miles from the Islands during that period would be ineffectual as a preservative measure. This would clearly be so during the approach of the seals to the Islands. And after their arrival there such a limit of protection would also be insufficient; since the rapid progress of the seals through the water enables them to go great distances from the islands in so short a time, that it has been calculated, that an ordinary seal could go to the Aleutian Islands and back, in all a distance of 360 or 400 miles, in less than a day. || On the Pribyloff Islands themselves, where the killing is at present under the direction of the

Nr. 10153.
Gross-
britannien.
7. Febr. 1888.

Nr. 10153.
Gross-
britannien.
7. Febr. 1858.

Alaska Commercial Company, which by the terms of its contract is not permitted to take over 100,000 skins a year, no females, pups, or old bulls are ever killed, and thus the breeding of the animals is not interfered with. The old bulls are the first to reach the islands, where they await the coming of the females. As the young bulls arrive they are driven away by the old bulls to the sandy part of the islands, by themselves. And these are the animals that are driven inland and there killed by clubbing, so that the skins are not perforated and discrimination is exercised in each case. || That the extermination of the fur-seals must soon take place unless they are protected from destruction in Behring's Sea is shown by the fate of the animal in other parts of the world, in the absence of concerted action among the nations interested for its preservation. Formerly many thousands of seals were obtained annually from the South Pacific Islands, and from the coasts of Chili and South Africa. They were also common in the Falkland Islands and the adjacent seas. But in those islands, where hundreds of thousands of skins were formerly obtained, there have been taken, according to best statistics, since 1880, less than 1,500 skins. In some places the indiscriminate slaughter, especially by use of fire-arms, has in a few years resulted in completely breaking up extensive rookeries. || At the present time it is estimated, that out of an aggregate yearly yield of 185,000 seals from all parts of the globe over 130,000, or more than two-thirds, are obtained from the rookeries on the American and Russian islands in Behring's Sea. Of the remainder, the larger part are taken in Behring's Sea, although such taking, at least on such a scale, in that quarter is a comparatively recent thing. But if the killing of the fur-seal there with fire-arms, nets, and other destructive implements were permitted, hunters would abandon other exhausted places of pursuit for the more productive field of Behring's Sea, where extermination of this valuable animal would also rapidly ensue. || It is manifestly for the interests of all nations, that so deplorable a thing should not be allowed to occur. As has already been stated, on the Pribyloff Islands this Government strictly limits the number of seals that may be killed under its own lease to an American Company; and citizens of the United States have, during the past year, been arrested, and ten American vessels seized for killing fur seals in Behring's Sea. || England, however, has an especially great interest in this matter, in addition to that which she must feel in preventing the extermination of an animal which contributes so much to the gain and comfort of her people. Nearly all undressed fur-seal skins are sent to London, where they are dressed and dyed for the market, and where many of them are sold. It is stated, that at least 10,000 people in that city find profitable employment in this work; far more than the total number of people engaged in hunting the fur-seal in every part of the world. At the Pribyloff Islands it is believed, that there are not more than 400 persons so engaged; at Commander Islands, not more than 300; in the north-west coast fishery, not more than 525 Indian hunters and 100 whites; and in

the Cape Horn fishery not more than 400 persons, of whom perhaps 300 are Chileans. Great Britain, therefore, in cooperating with the United States to prevent the destruction of fur-seals in Behring's Sea, would also be perpetuating an extensive and valuable industry in which her own citizens have the most lucrative share. || I inclose for your information copy of a Memorandum on the fur-seal fisheries of the world prepared by Mr. A. Howard Clark, in response to a request made by this Department to the United States' Fish Commissioner. I inclose also, for your further information, copy of a letter to me dated the 3rd December last, from Mr. Henry W. Elliott, who has spent much time in Alaska, engaged in the study of seal life, upon which he is well known as an authority. I desire to call your special attention to what is said by Mr. Elliott in respect to the new method of catching the seals with nets. || As the subject of this despatch is one of great importance and of immediate urgency, I will ask, that you give it as early attention as possible. || I am, &c.
T. F. Bayard.

Nr. 10153.
Gross-
britannien.
7. Febr. 1888.

Nr. 10154. **GROSSBRITANNIEN.** — Englisches auswärtiges Amt an den Gesandten in Washington. — Bereitwilligkeit zu einem Abkommen mit Nordamerika und Russland über den Robbenschutz.

Foreign Office, February 22, 1888.

(Extract.) || The United States' Minister called to-day at the Foreign Office, and spoke to me about the question of the protection of the fur-seals in Behring's Sea. || He said, that the difficulties in regard to the seal fisheries in that sea were mainly connected with the question of the close time, and that no attempt had been made by the authorities of the United States to stop the fishing there of any vessels at the time when it was legitimate. || Mr. Phelps then made a proposal on the bases embodied in Mr. Bayard's despatch of the 7th February, a copy of which accompanies my previous despatch of this day's date. || Mr. Bayard there expresses the opinion, that the only way of preventing the destruction of the seals would be by concentrated action on the part of the United States, Great Britain and other interested Powers to prevent their citizens or subjects from killing fur seals with fire-arms or other destructive weapons north of 50° of north latitude, and between 160° of longitude west and 170° of longitude east from Greenwich, during the period intervening between the 15th April and the 1st November. || I expressed to Mr. Phelps the entire readiness of Her Majesty's Government to join in an Agreement with Russia and the United States to establish a close time for seal-fishing north of some latitude to be fixed.

Nr. 10154.
Gross-
britannien.
22. Febr. 1888.

Nr. 10155. **GROSSBRITANNIEN.** — Schwedische Regierung an den amerikanischen Gesandten in Stockholm. — Schweden hat kein Interesse an dem Robbenschutz und wird sich an den Verhandlungen nicht beteiligen, wünscht denselben aber guten Erfolg.

Le 15 Mars, 1888.

Nr. 10155. **Gross-**
britannien.
15.März1888. Par une lettre en date du 17 Septembre de l'année passée Vous avez bien voulu, au nom de Votre Gouvernement, inviter les Royaumes-Unis à entrer dans un arrangement avec les États-Unis pour la préservation des phoques dans la mer de Behring. || La chasse aux phoques dans ces parages n'étant, jusqu'à présent, que d'un intérêt minime pour les Royaumes-Unis, le Gouvernement de Roi a cru ne pas devoir prendre part activement à ces pourparlers, lesquels il suivra toutefois avec toute l'attention que mérite l'affaire. Il sera ainsi heureux d'apprendre que les pourparlers engagés entre les Puissances intéressées en première ligne à ce sujet aient pu aboutir à un arrangement international, et que la faculté d'adhérer à l'entente serait, le cas échéant, réservée aux autres Puissances. || Veuillez, &c.

Ehrensvärd.

Nr. 10156. **GROSSBRITANNIEN.** — Kolonialamt an das auswärtige Amt. Möglichkeit eines bewaffneten Widerstandes gegen die amerikanischen Uebergriffe.

Downing Street, March 28, 1888.

Nr. 10156. **Gross-**
britannien.
28.März1888. Sir, || With reference to the letter from this Department of the 24th instant, and to yours of the same date, relating to the alleged clearing for Behring's Sea of certain Canadian sealing schooners with armed Indian crews, for the purpose of resisting the American Revenue cutters, should the commanders of the latter attempt to molest them, I am directed by Lord Knutsford to transmit to you, to be laid before the Marquis of Salisbury, a telegram received from the Governor-General of Canada, from which it appears, that this rumour is not unfounded. || Lord Knutsford desires to call the attention of Lord Salisbury to the suggestion of the Governor-General, that the Admiralty should instruct the Admiral commanding on the station to watch the proceedings on the spot. || His Lordship would also suggest, that this matter should be brought under the immediate notice of the United States' Government in order, that a definite announcement of their intentions during the present season with reference to the Behring's Sea sealers may be obtained; with such information Her Majesty's Government would be better able to consider how further complications may best be avoided. || I am, &c.

Edward Wingfield.

Anlage zum vorigen.

Generalgouverneur von Canada an das Kolonialamt.

Ottawa, March 27, 1888.

(Telegraphic.) || I am informed by Lieutenant-Governor of British Columbia, that sealers on the point of departure for Behring's Sea are arming the vessels and crews to resist capture by American Revenue cutters. We think it desirable, that Admiral should be instructed to watch proceedings on the spot. I have telegraphed to Lieutenant-Governor to issue notice cautioning sealers to refrain from any assertion of right by force of arms, and pointing out grave results which might ensue from resort to arms whilst negotiations still in progress. It seems to us impossible to prevent fishermen taking on board the arms and ammunition usually required for their own protection and for use in seal-fishing. Reports reach us from Victoria, that United States' Government has issued orders for the seizure of all sealers found this season in Behring's Sea. Let me again urge necessity of obtaining from United States' Government definite announcement of its intentions during present fishing season in those waters.

Nr. 10156.
Gross-
britannien.
27. März 1888.

Nr. 10157. **GROSSBRITANNIEN.** — Englisches auswärtiges Amt an den Botschafter in St. Petersburg. — Basis der Unterhandlungen über den Robbenschutz.

Foreign Office, April 16, 1888.

Sir, || The Russian Ambassador and the United States' Chargé d'Affaires called upon me this afternoon to discuss the question of the seal fisheries in Behring's Sea, which had been brought into prominence by the recent action of the United States. || The United States' Government had expressed a desire, that some agreement should be arrived at between the three Governments for the purpose of prohibiting the slaughter of the seals during the time of breeding; and, at my request, M. de Staal had obtained instructions from his Government on that question. || At this preliminary discussion it was decided provisionally, in order to furnish a basis for negotiation, and without definitively pledging our Governments, that the space to be covered by the proposed Convention should be the sea between America and Russia north of the 47th degree of latitude; that the close time should extend from the 15th April to the 1st November; that during that time the slaughter of all seals should be forbidden; and vessels engaged in it should be liable to seizure by the cruisers of any of the three Powers, and should be taken to the port of their own nationality for condemnation; that the traffic in arms, alcohol and powder should be prohibited in all the islands of those seas; and that, as soon as the three Powers had concluded a Convention, they should join in submitting it for the assent of the other Maritime Powers of the northern seas. || The

Nr. 10157.
Gross-
britannien.
16. April 1888.

Nr. 10157. United States' Chargé d'Affaires was exceedingly earnest in pressing on us
 Gross- the importance of dispatch on account of the inconceivable slaughter that had
 britannien. been and was still going on in these seas. He stated. that, in addition to
 16. April 1888. the vast quantity brought to market, it was a common practice for those en-
 gaged in the trade to shoot all seals they might meet in the open sea, and
 that of these a great number sank, so that their skins could not be recovered.
 || I am, &c. Salisbury.

Nr. 10158. **GROSSBRITANNIEN.** — Englisches auswärtiges Amt
 an den Gesandten in Washington. — Vorschlag einer
 gemischten Kommission zur Entscheidung der Ent-
 schädigungsansprüche.

Foreign Office, April 17, 1888.

Nr. 10158. Sir, || Her Majesty's Government have had under consideration the par-
 Gross- ticulars received by them in regard to the claims of British sealing-vessels
 britannien. seized in Behring's Sea, and warned off by the United States' authorities. ||
 17. April 1888. They consider, that it would be difficult to arrive at a just estimate of the
 amount of the claims in question without an investigation by a Mixed Com-
 mission into the circumstances under which these claims have arisen, which
 require verification. || I have accordingly to request you to ascertain whether
 the United States' Government would agree to the appointment of a Mixed
 Commission, whose functions should be restricted to inquiring whether any
 compensation is due, and, if so, how much in each case. || I am, &c.
 Salisbury.

Nr. 10159. **GROSSBRITANNIEN.** — Auszug aus einem russischen
 Memorandum über den Robbenfang. Mitgetheilt am
 25. Juli 1888.

Nr. 10159. Les endroits où se pratique la chasse aux otaries peuvent se diviser en
 Gross- deux groupes distincts:—
 britannien.
 25. Juli 1888.

	Nombre des Otaries tuées en 1885.
Le premier groupe comprendrait—	
Les Iles Pribyloff dans la Mer de Behring	100 000
Les Iles du Commandeur (les Iles de Behring et de Cuivre)	45 000
L'île des Phoques (Mer Okhotsk)	4 000
	149 000
Le deuxième groupe—	
La mer près des côtes de Victoria	20 000
Lobas	15 000
Les îles près du Cap Horn et la Mer Polaire du Sud	10 000
Le Cap de Bonne-Espérance	5 000
Les Iles Japonaises	7 000
	57 000

Dans le premier groupe le nombre des otaries tuées tous les ans est de beaucoup plus important que dans le deuxième groupe. La chasse s'y pratique sur des bases rationnelles, c'est-à-dire qu'on n'y tue que les otaries qui répondent aux exigences du commerce: d'une certaine taille et du sexe mâle et à l'époque de l'année où la fourrure a le plus de valeur commerciale. En outre, la chasse s'y règle de façon que le nombre des otaries qui fréquentent ces îles, loin de diminuer, augmente tous les ans. || Dans le deuxième groupe, la chasse a lieu sans aucun système; on y tue les otaries mâles et femelles de tout âge sans tenir compte des époques de l'année. Ce mode d'extermination et le manque de lois protectrices font craindre la disparition complète des otaries de ces parages. Comme preuve on cite des endroits appartenant à ce deuxième groupe où jadis on trouvait des millions de ces phocacés et où maintenant on en tue à peine quelques milliers. || La période qui suivit l'expiration de la Concession accordée à la Compagnie Russo-Américaine pour l'exploitation de la chasse sur les Iles Pribyloff et du Commandeur a clairement démontré tout le mal qu'une chasse libre pourrait faire au développement et à la multiplication des otaries. Après l'expiration de cette Concession les îles devinrent la proie du premier venu et les chiffres qui suivent démontrent la progression énorme qu'a subi le nombre des otaries exterminées pendant ces deux années:— || En 1867, le nombre des otaries tués sur les Iles Pribyloff était de 40,000; en 1868, de 242,000; et en 1869, de 87,000. || Sur les Iles du Commandeur on avait tué l'année 1867, 4,000 otaries; l'année 1868, 12,000; l'année 1869, 21,000; et l'année 1870, 27,000. || Ce n'est que l'éloignement de ces îles des contrées habitées et le nombre minime de la population locale qui a empêché la destruction complète de ces phocacés. || Pour mettre fin à ces abus, le Gouvernement des États-Unis d'Amérique concéda en 1870 à la Compagnie de Commerce d'Alaska le droit d'exploiter la chasse des otaries sur les Iles Pribyloff pendant vingt ans. || La même Compagnie, mais sous un autre nom, obtint une autorisation analogue du Gouvernement Russe pour la chasse des otaries sur les Iles du Commandeur et des Phoques, pour la même période de vingt ans, à partir du 18 Février, 1871. || Ainsi, nous voyons qu'un monopole privé a été concédé sur les îles fréquentées par les otaries trois ans à peine après l'expiration de celui de la Compagnie Russo-Américaine. || Ce monopole a été reconnu nécessaire pour les deux Gouvernements à la suite des conclusions des Commissions Russe et Américaine, instituées dans le but d'étudier la question de la chasse aux otaries et le moyen de préserver ces animaux d'une destruction complète. || D'après le Contrat par le Gouvernement Russe, le nombre des otaries que la Compagnie a le droit de tuer est réglé chaque année par les autorités Russes locales. La chasse ne peut être pratiquée que par les indigènes, excepté sur l'île des Phoques, où la Compagnie peut employer ses propres chasseurs, l'île n'étant pas habitée. || En échange de chaque peau la Compagnie doit payer aux indigènes un certain prix prévu par le Contrat. L'époque de la chasse

Nr. 10159.
Gross-
britannien.
25. Juli 1888.

Nr. 10159.
Gross-
britannien.
25. Juli 1858.

est strictement limitée. || Ce qui fait le plus de tort au développement du nombre des otaries c'est la chasse illicite qui se pratique tant en plaine mer que sur les Iles Japonaises et quelquefois sur l'Ile des Phoques après le départ du bâtiment de la Compagnie, ce qui arrive généralement vers la mi-October. D'après les Rapports des Douanes Japonaises il a été importé au Japon, pendant l'année 1884, 3,400 peaux d'otaries résultant de ce genre de braconnage; ce qui ferait 50 pour cent sur toutes les fourrures d'otaries exportées du Japon. || Jusqu'à 1862 il n'existait pas dans ce pays de loi prohibant la chasse des otaries. En 1862 une Loi défendant cette chasse a été promulguée sans effet, les îles n'étant pas suffisamment gardées contre l'invasion des braconniers. || En automne les otaries quittent la terre ferme et se dirigent au sud des Iles Aléoutes, où elles séjournent le reste de l'année en pleine mer. C'est alors qu'elles sont exposées aux attaques des navires armés en chasse qui les détruisent par tous les moyens: armes à feu, filets, harpons, &c., sans distinction entre les mâles et les femelles pleines. Il n'y a qu'un tiers seulement des animaux tués de la sorte qui est utilisé, le reste se perd sans le moindre profit. C'est à ce genre de procédé qu'on attribue la disparition à peu près complète des otaries sur les côtes du Chili et de l'Afrique Méridionale, ainsi que sur les Iles de Falkland. || On a peur que le même sort ne soit réservé aux îles de la Mer de Behring, à moins que des mesures efficaces ne soient adoptées à bref délai pour protéger les otaries.

Nr. 10160. GROSSBRITANNIEN. — Amerik. Gesandter in London an das engl. auswärtige Amt. Drängen auf internationale Regelung des Robbenschutzes.

Legation of the United States, London, July 28, 1858.

Nr. 10160.
Gross-
britannien.
28. Juli 1858.

My Lord, || I beg to recall your Lordship's attention to the subject of the proposed Convention between the Governments of the United States, Great Britain and Russia for the protection of the seal fisheries in Behring's Sea. A considerable time has now elapsed since the last conversation I had the honour to have with your Lordship in regard to it, when it was mutually believed that an early agreement might be arrived at. || I am sure your Lordship will concur with me in conceiving it to be for the interest of all parties that a conclusion should be reached as soon as possible. And my Government instructs me respectfully to urge upon Her Majesty's Government the propriety, under existing circumstances, of immediate action. || I understand the Russian Government to be prepared to concur in the proposed Convention as soon as the other Governments concerned are ready to assent to it. || I have, &c.

E. J. Phelps.

Nr. 10161. GROSSBRITANNIEN. — Auszug aus der „Washington Post“ vom 23. März 1889. Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten gegen fremde Robbenfänger in der Behringssee.

Alaska without a Governor. — A Proclamation Regarding Fur-bearing Animals and Salmon. — Governor A. P. Swineford some time since wrote out his resignation as Governor of Alaska, and sent it to the Interior Department, where it remains unacted upon. Since then the Governor wrote, that he should leave Alaska for home on the 6th March, so that he is now out of the territory, and Alaska is without an executive head. || The following Proclamation was issued late yesterday afternoon:— || A Proclamation. || By the President of the United States. || The following provisions of the Laws of the United States are hereby published for the information of all concerned:— || Section 1956 Revised Statutes, chapter 3, title 23, enacts, that— || No person shall kill any otter, mink, marten, sable, or fur seal, or other fur-bearing animal, within the limits of Alaska territory, or in the waters thereof; and every person guilty thereof shall, for each offence, be fined not less than 200 dollars, nor more than 1,000 dollars, or imprisoned not more than six months, or both; and all vessels, their tackle, apparel, furniture and cargo, found engaged in violation of this section shall be forfeited; but the Secretary of the Treasury shall have power to authorize the killing of any such mink, marten, sable, or other fur-bearing animal, except for seals, under such regulations as he may prescribe, and it shall be the duty of the Secretary to prevent the killing of any fur-seal, and to provide for the execution of the provisions of this section until it is otherwise provided by law, nor shall he grant any special privileges under this section. || Section 3 of the Act entitled “An Act to provide for the protection of the Salmon Fisheries of Alaska,” approved the 2nd March, 1889, provides that— || Section 1956 of the Revised Statutes of the United States is hereby declared to include and apply to all the dominion of the United States in the waters of Behring’s Sea, and it shall be the duty of the President at a timely season in each year to issue his Proclamation, and cause the same to be published for one month at least in one newspaper (if any such there be) published at each United States’ port of entry on the Pacific Coast, warning all persons against entering such waters for the purpose of violating the provisions of said section, and he shall also cause one or more of the vessels of the United States to diligently cruize said waters, and arrest all persons and seize all vessels found to be or to have been engaged in any violation of the Laws of the United States therein. || Now, therefore I, Benjamin Harrison, President of the United States, pursuant to the above recited Statutes, hereby warn all persons against entering the waters of Behring’s Sea within the domain of the United States for the purpose of violating the provisions of said section 1956 Revised Statutes, and I hereby proclaim that all persons found to be

Nr. 10161.
Gross-
britannien.
23. März 1889.

Nr. 10161. or to have been engaged in any violation of the Laws of the United States
Gross- in said waters will be arrested and punished as above provided, and that all
britannien. vessels so employed, their tackle, apparel, furniture and cargoes, will be seized
23. März 1889. and forfeited. || In testimony whereof, I have hereunto set my hand and caused
the seal of the United States to be affixed. || Done at the city of Washing-
ton, this 21st day of March, 1889, and of the Independence of the United
States the 113th.

Benj. Harrison.

By the President, James G. Blaine, Secretary of State.

Sailing orders have been sent to the United States' steamer "Thetis" at the Mare Island Navy Yard to proceed to Sitka, touching en route at such places as her commanding officer may deem necessary. When she arrives at Sitka and communicates with the civil authorities she will, if the situation is quiet and her presence there is not required, continue on northward, and devote attention particularly to the whaling fleet and to other commercial interests of the United States in the waters about Behring's Straits and the Arctic Ocean. || As the whaling vessels usually leave the Arctic in the latter part of September, the presence of the "Thetis" until then will add security to those engaged in that important industry, and the "Thetis" will remain until they have taken their departure southward, taking care not to be caught in the ice. She will return to Sitka and await further instructions.

Nr. 10162. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Schritte gegenüber der Proklamation sollen verschoben werden bis nach Empfang der Fischereischutzakte, welche von Washington unterwegs ist.

Foreign Office, March 30, 1889.

Nr. 10162. Sir, || I have laid before the Marquis of Salisbury your letter of the 26th
Gross- instant, calling attention to a telegram which appeared in the "Times" of the
britannien. 23rd instant respecting the Proclamation by the President of the United States
30. März 1889. in regard to the seal-fisheries in Behring's Sea, and suggesting that a representation should be made to the United States' Government on the subject. || His Lordship directs me to state, for Lord Knutsford's information, that it is proposed to defer any action in the matter until the receipt of the Act for the protection of salmon in Alaska, which is now on its way from Washington. || I am, &c.

P. Currie.

Nr. 10163. GROSSBRITANNIEN. — In Amerika dem Kongress mitgetheilte ältere Schriftstücke über die Robbenfangfrage.

a. *Mr. Poletica to Mr. Adams.*

(Translation.)

Washington, January 30 (February 11), 1822.

The Undersigned, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of All the Russias, in consequence of orders which have lately reached him, hastens herewith to transmit to Mr. Adams, Secretary of State in the Department of Foreign Affairs, a printed copy of the Regulations adopted by the Russian-American Company, and sanctioned by His Imperial Majesty, relative to foreign commerce in the waters bordering the establishments of the said Company on the north-west coast of America. || The Undersigned conceives it to be, moreover, his duty to inform Mr. Adams that the Imperial Government, in adopting the Regulation, supposes that a foreign ship, which shall have sailed from a European port after the 1st March, 1822, or from one of the ports of the United States after the 1st July of the same year, cannot lawfully pretend ignorance of these new measures.

The Undersigned, &c.

Pierre de Poletica.

Nr. 10163.
Gross-
britannien.
30. Jan. 1822.

b. *Edict of His Imperial Majesty, Autocrat of All the Russias.*

The directing Senate maketh known unto all men: || Whereas in an Edict of His Imperial Majesty issued to the directing Senate on the 4th day of September, and signed by His Majesty's own hand, it is thus expressed:— || "Observing, from Reports submitted to us, that the trade of our subjects on the Aleutian Islands and on the north-west coast of America, appertaining unto Russia, is subject, because of secret and illicit traffic, to oppression and impediments; and finding that the principal cause of these difficulties is the want of Rules establishing the boundaries for navigation along these coasts, and the order of naval communication, as well in these places as on the whole of the eastern coast of Siberia and the Kurile Islands, we have deemed it necessary to determine these communications by specific Regulations, which are hereto attached. || In forwarding these Regulations to the directing Senate, we command that the same be published for universal information, and that the proper measures be taken to carry them into execution."

Count D. Gurief, Minister of Finances.

It is therefore decreed by the directing Senate that His Imperial Majesty's Edict be published for the information of all men, and that the same be obeyed by all whom it may concern. || [The original is signed by the directing Senate.] || Printed at St. Petersburg. In the Senate, the 7th September 1821. ||

Nr. 10163.
Gross-
britannien.
30. Jan. 1822.

[On the original is written, in the handwriting of His Imperial Majesty, thus:]]
Be it accordingly.

Alexander.

Kamennoy Ostroff, September 4, 1821.

c. *Rules established for the Limits of Navigation and Order of Communication along the coast of the Eastern Siberia, the north-western coast of America, and the Aleutian, Kurile and other Islands.*

Section 1. The pursuits of commerce, whaling and fishing, and of all other industry, on all islands, ports and gulfs, including the whole of the north-west coast of America, beginning from Behring's Strait to the 51st degree of northern latitude; also from the Aleutian Islands to the eastern coast of Siberia, as well as along the Kurile Islands from Behring's Strait to the south cape of the Island of Urup, viz., to 45° 50' northern latitude, are exclusively granted to Russian subjects. || Sec. 2. It is therefore prohibited to all foreign vessels not only to land on the coasts and islands belonging to Russia, as stated above, but also to approach them within less than 100 Italian miles. The transgressor's vessel is subject to confiscation along with the whole cargo. || Sec. 3. An exception to this rule is to be made in favour of vessels carried thither by heavy gales, or real want of provisions, and unable to make any other shores but such as belong to Russia; in these cases they are obliged to produce convincing proofs of actual reason for such an exception. Ships of friendly Governments, merely on discoveries, are likewise exempt from the foregoing Rule (section 2). In this case, however, they must previously be provided with passports from the Russian Minister of the Navy.

d. *Mr. Adams to Mr. Poletica.*

Sir, || I have the honour of receiving your note of the 11th instant, inclosing a printed copy of the Regulations adopted by the Russian-American Company, and sanctioned by His Imperial Majesty, relating to the commerce of foreigners in the waters bordering on the establishments of that Company upon the north-west coast of America. || I am directed by the President of the United States to inform you, that he has seen with surprise, in this Edict, the assertion of a territorial claim on the part of Russia, extending to the 51st degree of north latitude on this continent, and a Regulation interdicting to all commercial vessels other than Russian, upon the penalty of seizure and confiscation, the approach upon the high seas within 100 Italian miles of the shores to which that claim is made to apply. The relations of the United States with His Imperial Majesty have always been of the most friendly

character, and it is the earnest desire of this Government to preserve them in that state. It was expected, before any act which should define the boundary between the territories of the United States and Russia on this continent, that the same would have been arranged by Treaty between the parties. To exclude the vessels of our citizens from the shore beyond the ordinary distance to which the territorial jurisdiction extends, has excited still greater surprise. || This Ordinance affects so deeply the rights of the United States and of their citizens that I am instructed to inquire whether you are authorized to give explanations of the grounds of right, upon principles generally recognized by the laws and usages of nations, which can warrant the claims and Regulations contained in it, || I avail, &c.

Nr. 10163.
Gross-
britannien.
30. Jan. 1822.

John Quincy Adams.

c. *Mr. Poletica to Mr. Adams.*

Washington, February 28, 1822.

Mr. Poletica replied on the 28th of the same month, and, after giving a summary of historical incidents which seemed to him to establish the title of Russia to the territories in question by first discovery, said: — || “I shall be more succinct, Sir, in the exposition of the motives which determined the Imperial Government to prohibit foreign vessels from approaching the north-west coast of America belonging to Russia within the distance of at least 100 Italian miles. This measure, however severe it may at first appear, is, after all, but a measure of prevention. It is exclusively directed against the culpable enterprises of foreign adventurers, who, not content with exercising upon the coasts above mentioned an illicit trade very prejudicial to the rights reserved entirely to the Russian-American Company, take upon them besides to furnish arms and ammunition to the natives in the Russian possessions in America, exciting them likewise in every manner to resist and revolt against the authorities there established. || The American Government doubtless recollects, that the irregular conduct of these adventurers, the majority of whom was composed of American citizens, has been the object of the most pressing remonstrances on the part of Russia to the Federal Government from the time that Diplomatic Missions were organized between the countries. These remonstrances, repeated at different times, remain constantly without effect, and the inconveniences to which they ought to bring a remedy continue to increase. || I ought, in the last place, to request you to consider, Sir, that the Russian possessions in the Pacific Ocean extend, on the north-west coast of America, from Behring’s Strait to the 51st degree of north latitude, and on the opposite side of Asia and the island adjacent, from the same strait to the 45th degree. The extent of sea of which these possessions form the limits comprehends all the conditions which are ordinarily attached to shut seas

Nr. 10163.
Gross-
britannien.
28. Febr. 1822.

Nr. 10163. („mers fermées”), and the Russian Government might consequently judge itself
 Gross- authorized to exercise upon this sea the right of sovereignty, and especially
 britannien. that of entirely interdicting the entrance of foreigners. But it preferred only
 28. Febr. 1822. asserting its essential rights without taking any advantage of localities.”

f. *Mr. Adams to Mr. Poletica.*

Department of State, Washington, March 30, 1822.

Nr. 10163. Sir, || I have had the honour of receiving your letter of the 28th ultimo,
 Gross- which has been submitted to the consideration of the President of the United
 britannien. States. || From the deduction which it contains of the grounds upon which
 30. März 1822. Articles of Regulation of the Russian-American Company have now, for the
 first time, extended the claim of Russia on the north-west coast of America
 to the 51st degree of north latitude, its only foundation appears to be the
 existence of the small Settlement of Novo Archangelsk, situated, not on the
 American continent, but upon a small island in latitude 57°; and the principle
 upon which you state that this claim is now advanced is that the 51st
 degree is equidistant from the Settlement of Novo Archangelsk and the estab-
 lishment of the United States at the mouth of the Columbia River. But,
 from the same statement, it appears that, in the year 1799, the limits pre-
 scribed by the Emperor Paul to the Russian-American Company were fixed at
 the 55th degree of latitude, and that, in assuming now the latitude 57°, a
 new pretension is asserted, to which no settlement made since the year 1799
 has given the colour of a sanction. || This pretension is to be considered not
 only with reference to the question of territorial right, but also to that pro-
 hibition to the vessels of other nations, including those of the United States,
 to approach within 100 Italian miles of the coasts. From the period of the
 existence of the United States as an independent nation, their vessels have
 freely navigated those seas, and the right to navigate them is a part of that
 independence. || With regard to the suggestion, that the Russian Government
 might have justified the exercise of sovereignty over the Pacific Ocean as a close
 sea, because it claims territory both on its American and Asiatic shores, it
 may suffice to say that the distance from shore on this sea, in latitude 51°
 north, is not less than 90 degrees of longitude, or 4,000 miles. || As little can
 the United States accede to the justice of the reason assigned for the prohibition
 above mentioned. The right of the citizens of the United States to hold commerce
 with the aboriginal natives of the north-west coast of America, without the
 territorial jurisdiction of other nations, even in arms and munitions of war, is
 as clear and indisputable as that of navigating the seas. That right has never
 been exercised in a spirit unfriendly to Russia; and, although general complaints
 have occasionally been made on the subject of this commerce by some of your
 predecessors, no specific ground of charge has ever been alleged by them of
 any transaction in it which the United States were, by the ordinary laws and

usages of nations, bound either to restrain or to punish. Had any such charge been made, it would have received the most pointed attention of this Government, with the sincerest and firmest disposition to perform every act and obligation of justice to yours which could have been required. I am commanded by the President of the United States to assure you, that this disposition will continue to be entertained, together with the earnest desire that the harmonious relations between the two countries may be preserved. || Relying upon the assurance in your note of similar dispositions reciprocally entertained by His Imperial Majesty towards the United States, the President is persuaded that the citizens of this Union will remain unmolested in the prosecution of their lawful commerce, and that no effect will be given to an interdiction manifestly incompatible with their rights. || I am, &c.

John Quincy Adams.

Nr. 10163.
Gross-
britannien.
30. März 1822.

g. Mr. Poletica to Mr. Adams.

(Extract.)

Washington, April 2, 1822.

Mr. Poletica replied on the 2nd April following, and after again endeavouring to prove the title of Russia to the north-west coast of America, from Behring's Straits to the 51st degree of north latitude, said:— || "In the same manner the great extent of the Pacific Ocean at the 51st degree of latitude cannot invalidate the right which Russia may have of considering that part of the ocean as close. But as the Imperial Government has not thought fit to take advantage of that right, all further discussion on this subject would be idle. || As to the right claimed for the citizens of the United States of trading with the natives of the country of the north-west coast of America, without the limits of the jurisdiction belonging to Russia, the Imperial Government will not certainly think of limiting it, and still less of attacking it there."

Nr. 10163.
Gross-
britannien.
2. April 1822.

h. Mr. Adams to Mr. Middleton.

(Extract.)

Department of State, Washington, July 22, 1823.

From the tenour of the Ukase of the 4th (16th) September, 1821, the pretensions of the Imperial Government extend to an exclusive territorial jurisdiction from the 45th degree of north latitude, on the Asiatic coast, to the latitude of 51° north on the western coast of the American continent; and they assume the right of interdicting the navigation and fishery of all other nations to the extent of 100 miles from the whole of that coast. || The United States can admit no part of these claims. Their right of navigation and of fishing is perfect, and has been in constant exercise from the earliest times, after the Peace of 1783, throughout the whole extent of the Southern Ocean, subject only to the ordinary exceptions and exclusions of the territorial juris-

Nr. 10163.
Gross-
britannien.
22. Juli 1823.

Nr. 10163. dictions, which, so far as Russian rights are concerned, are confined to cer-
 Gross- tain islands north of the 55th degree of latitude, and have no existence on
 britannien. the Continent of America.
 22. Juli 1823.

At the fourth Conference which preceded the signature of the Treaty of the 5th (17th) April, 1824, Mr. Middleton, the United States' Representative, submitted to Count Nesselrode the following paper:— || “(Translation.) || The dominion cannot be acquired but by a real occupation and possession, and an intention (‘animus’) to establish it is by no means sufficient. || Now, it is clear, according to the facts established, that neither Russia nor any other European Power has the right of dominion upon the continent of America between the 50th and 60th degrees of north latitude. || Still less has she the dominion of the adjacent maritime territory, or of the sea which washes these coasts, a dominion which is only accessory to the territorial dominion. || Therefore she has not the right of exclusion or of admission on these coasts, nor in these seas, which are free seas. || The right of navigating all the free seas belongs, by natural law, to every independent nation, and even constitutes an essential part of this independence. || The United States have exercised navigation in the seas, and commerce upon the coasts above mentioned, from the time of their independence; and they have a perfect right to this navigation and to this commerce, and they can only be deprived of it by their own act or by a Convention.”

i. *Extract from Convention of April 5 (17), 1824.*

Nr. 10163. Article I. It is agreed, that, in any part of the great ocean, commonly
 Gross- called the Pacific Ocean or South Sea, the respective citizens or subjects of
 britannien. the High Contracting Powers shall be neither disturbed nor restrained, either
 5. April 1824. in navigation or in fishing, or in the power of resorting to the coasts, upon
 points which may not already have been occupied, for the purpose of trading
 with the natives, saving always the restrictions and conditions determined by
 the following Articles. || Art. II. With a view of preventing the rights of
 navigation and of fishing exercised upon the great ocean by the citizens and
 subjects of the High Contracting Powers from becoming the pretext for an
 illicit trade, it is agreed that the citizens of the United States shall not re-
 sort to any point where there is a Russian establishment, without the per-
 mission of the Governor or Commander; and that, reciprocally, the subjects
 of Russia shall not resort, without permission, to any establishment of the
 United States upon the north-west coast. || Art. III. It is moreover agreed,
 that, hereafter, there shall not be formed by the citizens of the United States,
 or under the authority of the said States, any establishment upon the north-
 west coast of America, nor in any of the islands adjacent, to the north of

54° 40' of north latitude; and that, in the same manner, there shall be none formed by Russian subjects, or under the authority of Russia, south of the same parallel. || Art. IV. It is nevertheless understood, that, during a term of ten years, counting from the signature of the present Convention, the ships of both Powers, or which belong to their citizens or subjects, respectively, may reciprocally frequent, without any hindrance whatever, the interior seas, gulfs, harbours and creeks upon the coast mentioned in the preceding Article, for the purpose of fishing and trading with the natives of the country.

Nr. 10163.
Gross-
britannien.
5. April 1824.

k. *Mr. Forsyth to Mr. Dallas.*

Department of State, Washington, May 4, 1837.

Sir, || I regret to have occasion so soon again to advert to a subject connected with the claims of the United States to the right of trading with the natives of the country, and of fishing on the north-west coast of this continent. You will perceive from a perusal of the accompanying papers, that the expiration of the IVth Article of the Convention of 1824 with Russia is not unlikely to be attended with difficulties to our citizens frequenting that coast in pursuit of lawful objects. The leading features of the case, to which your attention is now invited (the particulars of which are more fully detailed in the inclosed copy of a letter, dated the 24th November last, from J. C. Jones, Consul of the United States at the Sandwich Islands, to this Department, and of the protest to which it refers), are as follows:— || The American brig “Loriot,” Blinn, master, sailed from the port of Oahu on the 22nd August last, bound to the north-west coast of America, for the purpose of procuring provisions, and also Indians to hunt for sea-otter on the said coast. It appears, that she made the land called Forrester’s Island on the 14th September following, and on the 15th anchored in the harbour of Tuckessan, latitude 54° 55’ north, and longitude 132° 30’ west; that on the 18th a Russian armed brig arrived in the harbour of Tateskey, latitude 54° 45’ north, and longitude 132° 55’ west; that on the succeeding day the “Loriot” was boarded by officers from the Russian brig, who ordered the captain of the American vessel to leave the dominions of His Majesty the Emperor of Russia; that Captain Blinn then repaired on board the Russian brig, where the same orders were repeated to him by the Commander; that on the 20th and 23rd days of the same month these orders were reiterated; that on the 25th the “Loriot” was boarded by two armed boats from the Russian brig, and directed to get under way and proceed to the harbour of Tateskey; that on the 27th the armed boats again boarded the American brig, and compelled the captain to proceed to Tateskey; that when off that place, the weather being threatening, permission was asked of the Russian Commander to enter the harbour with the “Loriot,” which request was denied, and Captain Blinn was again ordered to leave the

Nr. 10163.
Gross-
britannien.
4. Mai 1837.

Nr. 10163. waters of His Imperial Majesty; and that Captain Blinn, being prevented from
 Gross- procuring supplies or necessaries for his vessel, and from obtaining any Indi-
 britannien. ans (for the purpose of hunting sea-otter), was finally obliged to abandon his
 4. Mai 1837. voyage and return to the Sandwich Islands, where he arrived on the 1st No-
 vember of the same year. || The harbours designated in Captain Blinn's protest
 by the names of Tuckessan and Tateskey are not laid down on any Map to
 which I have referred, and the Department has no knowledge of any Russian
 establishments having been formed on the north-west coast or adjacent islands
 in or about the latitude given for these places. It will, therefore, be proper
 to ascertain whether there are, in fact, Russian Settlements at the points de-
 signated, and, if so, you are authorized to make a representation of the whole
 subject to His Imperial Majesty's Government, complaining of the proceedings
 in relation to the "Loriot," which are supposed to have been unauthorizedly
 instigated by the Russian American Fur Company, and stating that the Presi-
 dent cannot but regard this act as one of a most unfriendly character, as
 the United States have had no official or other notice of the existence of such
 establishments, and have not, although an application has long since been
 made for them, ever been furnished by the Russian Government with the
 Regulations, consequent on the expiration of the IVth Article of the Con-
 vention, proposed to be applied to American vessels resorting to Russian Settle-
 ments on that coast. || On the other hand, should there prove to be no Rus-
 sian establishments at the places mentioned, this outrage on the "Loriot" as-
 sumes a still graver aspect. It is a violation of the right of the citizens of
 the United States, immemorially exercised and secured to them as well by
 the law of nations as by the stipulations of the Ist Article of the Convention
 of 1824, to fish in those seas, and to resort to the coast for the prosecution
 of their lawful commerce upon points not already occupied. As such, it is
 the President's wish, that you should remonstrate, in an earnest but respect-
 ful tone, against this groundless assumption of the Russian Fur Company, and
 claim from His Imperial Majesty's Government for the owners of the brig
 "Loriot," for their losses and for the damages they have sustained, such in-
 demnification as may, on an investigation of the case, be found to be justly
 due to them. || I am, &c.

John Forsyth.

1. *Mr. Forsyth to Mr. Dallas.*

(Extract.)

Department of State, Washington, November 3, 1837.

Nr. 10163. With reference to your remarks regarding the proper construction of the
 Gross- Convention of April 1824 between the United States and Russia, the Ist Article
 britannien. of that instrument is only declaratory of a right which the parties to it pos-
 3. Nov. 1837. sessed, under the law of nations, without Conventional stipulations, to wit, to

navigate and fish in the ocean upon an unoccupied coast, and to resort to such coast for the purpose of trading with the natives.

Nr. 10163.
Gross-
britannien.
3. Nov. 1837.

Nr. 10164. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das auswärtige Amt. Neue Beschlagnahmen.

Downing Street, September 13, 1889.

Sir, || I am directed by the Secretary of State for the Colonies to transmit to you, for communication to the Marquis of Salisbury, with reference to previous correspondence, a copy of a telegram from the Governor-General of Canada, containing information in respect of the recent seizures in Behring's Sea, and stating that affidavits were being forwarded. || I am, &c.

Nr. 10164.
Gross-
britannien.
13. Sept. 1889.

Robert G. W. Herbert.

Nr. 10165. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an die Gesandtschaft in Washington. Protest gegen die Beschlagnahmen.

Foreign Office, October 2, 1889.

Sir, || In my despatch of the 17th August I furnished you with copies of a correspondence which had passed between this Department and the Colonial Office, on the subject of the seizure of the Canadian vessels "Black Diamond" and "Triumph" in the Behring's Sea by the United States' Revenue-cutter "Rush." || I have now received, and transmit herewith, a copy of a despatch from the Governor-General of Canada to the Secretary of State for the Colonies, which incloses copies of the instructions given to the special officer placed on board the "Black Diamond" by the Officer commanding the "Rush" and of a letter from the Collector of Customs at Victoria, together with the sworn affidavits of the masters of the two Canadian vessels. || It is apparent from these affidavits, that the vessels were seized at a distance from land far in excess of the limit of maritime jurisdiction which any nation can claim by international law. || The cases are similar in this respect to those of the ships "Caroline," "Onward" and "Thornton," which were seized by a vessel of the United States outside territorial waters in the summer of 1887. In a despatch to Sir L. West dated the 10th September, 1887, which was communicated to Mr. Bayard, I drew the attention of the Government of the United States to the illegality of these proceedings, and expressed a hope that due compensation would be awarded to the subjects of Her Majesty who had suffered from them. I have not since that time received from the Government of the United States any intimation of their intentions in this respect or any explanation of the grounds upon which this interference with the British sealers had been authorized. Mr. Bayard did indeed communicate to

Nr. 10165.
Gross-
britannien.
2. Okt. 1889.

Nr. 10165. Gross-britannien. 2. Okt. 1889. ns unofficially an assurance, that no further seizures of this character should take place pending the discussion of the questions involved between the two Governments. Her Majesty's Government much regret to find, that this understanding has not been carried forward into the present year; and that instructions have been issued to cruizers of the United States to seize British vessels fishing for seals in Behring's Sea outside the limit of territorial waters. The grounds upon which these violent measures have been taken have not been communicated to Her Majesty's Government, and remain still unexplained. || But, in view of the unexpected renewal of the seizures of which Her Majesty's Government have previously complained, it is my duty to protest against them, and to state that, in the opinion of Her Majesty's Government, they are wholly unjustified by international law. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 10166. GROSSBRITANNIEN. — Der englische Vertreter in Washington an das auswärtige Amt in London (Eingeg. 12. Nov.). Bericht über eine Unterredung mit dem Staatssekretär Blaine. Dieser vertritt nicht die Theorie des Mare clausum und ist für Unterhandlungen, betreffend Einführung einer Schonzeit.

Washington, November 1, 1889.

Nr. 10166. Gross-britannien. 1. Nov. 1889. My Lord, || I lost no time, after my arrival here on the 15th ultimo, in seeking an interview with Mr. Blaine on the Behring's Sea question. He was much engaged at the time with the Maritime Conference, but he ultimately appointed Thursday, the 24th, for a preliminary conversation on the subject. || We had a great deal of friendly discussion, in the course of which he stated that the seizures of the Canadian seal-fishing vessels had been effected by the Treasury Department, which is charged with the protection and collection of the revenue (including that derived from the Alaska Company), and the measure had been resorted to under the belief that it was warranted by the Act of Congress and the Proclamation of the President. In this view, the Department had been confirmed by the Judgment of the District Court of Alaska. || I observed, that this appeared like an assertion of the mare clausum doctrine, which I could hardly believe would be revived at the present day by his Government or any other; to which he replied that his Government had not officially asserted such a claim, and therefore it was unnecessary to discuss it. As a matter of fact, there had been no interference with any Canadian vessels in Behring's Sea except such as were found engaged in the capture and destruction of fur-seals. But his Government claim the exclusive right of seal-fishery, which the United States, and Russia before them, had practically enjoyed for generations without any attempt at interference from

any other country. The fur-seal was a species most valuable to mankind, and the Behring's Sea was its last stronghold. The United States had bought the islands in that sea, to which these creatures periodically resort to lay their young, and now Canadian fishermen step in and slaughter the seals on their passage to the islands, without taking heed of the warnings given by Canadian officials themselves, that the result must inevitably be the extermination of the species. This was an abuse, not only reprehensible in itself, and opposed to the interests of mankind, but an infraction of the rights of the United States. It inflicted, moreover, a serious injury on a neighbouring and friendly State, by depriving it of the fruits of an industry on which vast sums of money had been expended, and which had long been pursued exclusively, and for the general benefit. The case was so strong as to necessitate measures of self-defence for the vindication of the rights of the United States and the protection of this valuable fishery from destruction. || I replied, that, as regarded the question of right, I could not admit that the seizure of the Canadian vessels was justified under the terms of the Act of Congress or of the Proclamation of the President. Municipal legislation could have no operation against foreign vessels beyond territorial waters. A claim of exclusive fishery on the high seas was opposed to international law, and no such right could be acquired by prescription. Mr. Blaine observed, that he thought Great Britain enjoyed such a right in relation to pearl fisheries in some parts of the world. I said I was not aware of any such case. As regarded the question of fact, namely, the danger of extermination of the fur-seal species and the necessity for a "close season," there was unfortunately a conflict of opinion. But if, upon a further and more complete examination of the evidence, Her Majesty's Government should come to the conclusion that a "close season" is really necessary, and if an agreement should be arrived at on the subject, all differences on questions of legal right would ipso facto disappear. ||

Mr. Blaine expressed his readiness to proceed to such an inquiry, adding that he would be prepared to establish from Canadian evidence alone the absolute necessity for a "close season;" but he strongly insisted, that the inquiry should take place here, and be entirely of a diplomatic character. It was suggested, in conversation, that the tripartite negotiation commenced in London between Great Britain, the United States and Russia, which, from various causes, had been suspended, might be resumed in Washington. || Mr. Blaine expressed his concurrence; but he said he did not wish to originate such a proposal. || I stated, that, if such an arrangement were agreed to, I should require the assistance of experts from Canada, and it should be understood that the results of the inquiry should, if desired, be made public to the world as a justification of the adoption of a "close season," and an inducement to all other nations to observe it. Also, that there should be an assurance against any more seizures, and an understanding as to compensation to the owners of the vessels and property seized. || Mr. Blaine replied, that if we did

Nr. 10166.
Gross-
britannien.
1. Nov. 1889.

Nr. 10166.
Gross-
britannien.
1. Nov. 1889.

not settle the question before next April he should despair of our ever doing so, and that until that date, when the fishing season reopened, no seizures would take place, for there could be no object in them. || As regards compensation, if an agreement should be arrived at, he felt sure, that his Government would not wish that private individuals who had acted bona fide in the belief that they were exercising their lawful rights, should be the victims of a grave dispute between two great countries, which had happily been adjusted. He was not without hope, therefore, that the wishes I had expressed might be met, and that all might be arranged in a manner which should involve no humiliation on either side. || His tone was most friendly throughout, and he manifested a strong desire to let all questions of legal right and international law disappear in an agreement for a close season, which he believes to be urgently called for in the common interest. || It only now remains for me to solicit your Lordship's instructions in regard to the suggestion of resuming in Washington the tripartite negotiation, with a view to arriving, if possible, at such a solution as is proposed by Mr. Blaine. || I have, &c.

Julian Pauncefote.

Nr. 10167. GROSSBRITANNIEN. — Die internationale Schiedsgerichts- und Friedensassociation an den Marquis of Salisbury. Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Streitfrage.

40 and 41, Outer Temple, Strand, London,
December 6, 1889.

Nr. 10167.
Gross-
britannien.
6. Dez. 1889.

My Lord, || The Committee of the International Arbitration and Peace Association have had again brought under their notice the very unsatisfactory state of affairs that has long prevailed regarding the seal fisheries in Behring's Sea and the adjacent coasts. || The proceedings of the United States' cruisers in seizing and sequestrating — and, in some cases, confiscating — the vessels and cargoes of British subjects engaged in fisheries on the open sea, have caused — as, no doubt, your Lordship is too well aware — excessive and prolonged irritation amongst our fellow-citizens of the Canadian Dominion, as it would appear that those in command of Her Majesty's vessels on the Pacific Coast feel themselves, for some reason, unable to check the high-handed proceedings of the United States' cruisers; while those measures of redress, long since demanded by Her Majesty's Government, and ostensibly conceded by the United States' Government, do not appear to have ever been carried out, or compensation made to the victims of admittedly lawless seizures. || Our Committee are more free in addressing your Lordship on this subject, inasmuch as the principles of international law involved in these transactions, and the

violation of established Regulations affecting the freedom of the seas, both seem so clear, that they feel persuaded, that the whole subject has only to be brought afresh to the serious attention of the United States' Government to insure a settlement of the questions at issue and the termination of a grave occasion for irritation and complaint on the part of Her Majesty's Canadian subjects. || In venturing thus to press this international question on the attention of Her Majesty's Government, our Committee take leave to refer to your Lordship's despatch of the 10th September, 1887, in which the whole history of the case is clearly recapitulated, and the judicial principles concerned are cogently indicated. || Our Committee trust, that now that public attention has been again drawn to this cause of prolonged friction, the arguments in the above-named valuable State paper will be again placed before the authorities of the United States, and feel persuaded, that an amicable settlement may now be speedily sought for and attained. || We have, &c.

W. Martin Wood, Vice-Chairman.

J. Fredk. Green, Secretary.

Nr. 10168. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an den englischen Vertreter in Washington. — Vorschläge als Basis der Verhandlung.

Foreign Office, December 7, 1889.

Sir, || I have been informed, that a telegram has been received by the Secretary of State for the Colonies from the Governor-General of Canada, reporting, that his Council have expressed the following views in regard to reopening negotiations with the United States' Government on the subject of the Behring's Sea seal fishery. || It is held by the Government of Canada, on evidence which they deem sufficient, that no real danger exists of the extermination of the seal fishery in Behring's Sea. They therefore contend, that, if the United States' Government are not of that opinion, that Government should make the proposals which they consider necessary for the protection of the species. || If, however, the renewal of negotiations is considered expedient by Her Majesty's Government, Canada will agree to that course on the following conditions:— || 1. That the United States' Government shall first abandon any claim to regard the Behring's Sea as a mare clausum, and that any existing legislation in the United States, which would seem to support that claim, shall be either amended or repealed. || 2. That there shall be a direct Representative of Canada on the British Commission entrusted with the negotiations, in the same manner as at the negotiations for the Treaty of Washington in 1871, the Fisheries Commission under that Treaty, and the Treaty of Washington of last year. || 3. That any conclusions which may be the result of the negotiations shall be referred to the Dominion Government for approval. || 4. That Great Britain and Canada, without Russia, shall conduct any negotiations for

Nr. 10168.
Gross-
britannien.
7. Dec. 1889.

Nr. 10168.
Gross-
britannien.
7. Dec. 1889.

compensation for losses to British subjects arising out of the action of the United States' authorities. || I have to request you to inform me whether you consider, that these proposals will furnish the bases of possible negotiation. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 10169. GROSSBRITANNIEN. — Antwort auf das vorige. Die Vorschläge erscheinen nicht als geeignete Basis.

Washington, December 12, 1889.

Nr. 10169.
Gross-
britannien.
12. Dec. 1889.

My Lord, || Immediately on the receipt of your Lordship's telegram of the 7th instant, containing certain proposals of the Dominion Government in relation to the Behring's Sea question, and instructing me to report whether, in my opinion, those proposals furnished a basis of possible negotiation, I obtained an interview with Mr. Blaine, and I sounded him on the subject of Canada being directly represented in any diplomatic negotiations which might be renewed for the settlement of the controversy. Mr. Blaine at once expressed his absolute objection to such a course. He said the question was one between Great Britain and the United States, and that his Government would certainly refuse to negotiate with the Imperial and Dominion Governments jointly, or with Great Britain, with the condition, that the conclusions arrived at should be subject to the approval of Canada. || I did not touch on the other proposals, for the following reasons. || As regards the abandonment of the mare clausum claim, no such claim having been officially asserted by the United States' Government, they would naturally object to withdraw it; and as regards the suggested amendment of their legislation, such a proposal would gravely embitter the controversy, and is hardly necessary, as I conceive, that there is nothing in the terms of such legislation, if correctly interpreted, with due regard to international law, which supports the mare clausum claim. || Lastly, it has never been suggested, that Russia should intervene in the question of compensation, but on that question also the United States' Government will insist on negotiating with Great Britain alone. || In my opinion, therefore, the proposals of the Dominion Government do not furnish a basis of possible negotiation. || I have, &c. Julian Pauncefote.

Nr. 10170. GROSSBRITANNIEN. — Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen an den englischen Vertreter in Washington. — Antwort auf den englischen Protest.

Department of State, Washington, January 22, 1890.

Nr. 10170.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1890.

Sir, || Several weeks have elapsed since I had the honour to receive through the hands of Mr. Edwardes copies of two despatches from Lord Salisbury, complaining of the course of the United States' Revenue cutter „Rush“

in intercepting Canadian vessels sailing under the British flag, and engaged in taking fur-seals in the waters of the Behring's Sea. || Subjects which could not be postponed have engaged the attention of this Department, and have rendered it impossible to give a formal answer to Lord Salisbury until the present time. || In the opinion of the President, the Canadian vessels, arrested and detained in the Behring's Sea, were engaged in a pursuit that is in itself *contra bonos mores* — a pursuit which of necessity involves a serious and permanent injury to the rights of the Government and people of the United States. To establish this ground, it is not necessary to argue the question of the extent and nature of the sovereignty of this Government over the waters of the Behring's Sea; it is not necessary to explain, certainly not to define, the powers and privileges ceded by His Imperial Majesty the Emperor of Russia in the Treaty by which the Alaskan territory was transferred to the United States. The weighty considerations growing out of the acquisition of that territory, with all the rights on land and sea inseparably connected therewith, may be safely left out of view while the grounds are set forth upon which this Government rests its justification for the action complained of by Her Majesty's Government. || It cannot be unknown to Her Majesty's Government, that one of the most valuable sources of revenue from the Alaskan possessions is the fur-seal fisheries of the Behring's Sea. These fisheries had been exclusively controlled by the Government of Russia, without interference and without question, from their original discovery until the cession of Alaska to the United States in 1867. From 1867 to 1886 the possession, in which Russia had been undisturbed, was enjoyed by this Government also. There was no interruption and no intrusion from any source. Vessels from other nations passing from time to time through Behring's Sea to the Arctic Ocean in pursuit of whales had always abstained from taking part in the capture of seals. || This uniform avoidance of all attempts to take fur seal in those waters had been a constant recognition of the right held and exercised first by Russia, and subsequently by this Government. It has also been the recognition of a fact now held beyond denial or doubt, that the taking of seals in the open sea rapidly leads to their extinction. || This is not only the well-known opinion of experts, both British and American, based upon prolonged observation and investigation, but the fact had also been demonstrated in a wide sense by the well-nigh total destruction of all seal fisheries except the one in the Behring's Sea which the Government of the United States is now striving to preserve, not altogether for the use of the American people, but for the use of the world at large. || The killing of seals in the open sea involves the destruction of the female in common with the male. The slaughter of a female seal is reckoned as an immediate loss of three seals, besides the future loss of the whole number which the bearing seal may produce in the successive years of life. The destruction which results from killing seals in the open

Nr. 10170.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1890.

Nr. 10170
Gross-
britannien.
22. Jan. 1890.

sea proceeds, therefore, by a ratio which constantly and rapidly increases, and insures the total extermination of the species within a very brief period. It has thus become known, that the only proper time for the slaughter of seals is at the season when they betake themselves to the land, because the land is the only place where the necessary discrimination can be made as to the age and sex of the seal. It would seem then, by fair reasoning, that nations not possessing the territory upon which seals can increase their numbers by natural growth, and thus afford an annual supply of skins for the use of mankind, should refrain from the slaughter in open sea, where the destruction of the species is sure and swift. || After the acquisition of Alaska, the Government of the United States, through competent agents, working under the direction of the best experts, gave careful attention to the improvement of the seal fisheries. Proceeding by a close obedience to the laws of nature, and rigidly limiting the number to be annually slaughtered, the Government succeeded in increasing the total number of seals, and adding correspondingly and largely to the value of the fisheries. In the course of a few years of intelligent and interesting experiment, the number that could be safely slaughtered was fixed at 100,000 annually. The Company to which the administration of the fisheries was intrusted by a lease from this Government has paid a rental of 50,000 dollars per annum, and, in addition thereto, 2 dol. 62 $\frac{1}{2}$ c. per skin for the total number taken. The skins were regularly transported to London to be dressed and prepared for the markets of the world, and the business had grown so large, that the earnings of English labourers, since Alaska was transferred to the United States, amounts in the aggregate to more than 12,000,000 dollars. || The entire business was thus conducted peacefully, lawfully and profitably; profitably to the United States, for the rental was yielding a moderate interest on the large sum which this Government had paid for Alaska, including the rights now at issue; profitably to the Alaskan Company, which, under Governmental direction and restriction, had given unwearied pains to the care and development of the fisheries; profitably to the Aleuts, who were receiving a fair pecuniary reward for their labours, and were elevated from semi-savagery to civilization, and to the enjoyment of schools and churches provided for their benefit by the Government of the United States; and, last of all, profitably to a large body of English labourers who had constant employment and received good wages. || This, in brief, was the condition of the Alaska fur-seal fisheries down to the year 1886. The precedents, customs and rights had been established and enjoyed either by Russia or the United States for nearly a century. The two nations were the only Powers that owned a foot of land on the continents that bordered, or on the islands included within, the Behring's waters where the seals resort to breed. Into this peaceful and secluded field of labour, whose benefits were so equitably shared by the native Aleuts of the Pribyloff Islands, by the United States and by England, certain Canadian vessels in 1886 asserted their

right to enter and, by their ruthless course, to destroy the fisheries, and with them to destroy also the resulting industries which are so valuable. The Government of the United States at once proceeded to check this movement, which, unchecked, was sure to do great and irreparable harm. || It was cause of unfeigned surprise to the United States, that Her Majesty's Government should immediately interfere to defend and encourage (surely to encourage by defending) the course of the Canadians in disturbing an industry which had been carefully developed for more than ninety years under the flags of Russia and the United States, developed in such manner as not to interfere with the public rights or the private industries of any other people or any other person. || Whence did the ships of Canada derive the right to do in 1886 that, which they had refrained from doing for more than ninety years? Upon what grounds did Her Majesty's Government defend in the year 1886 a course of conduct in the Behring's Sea, which she had carefully avoided ever since the discovery of that sea? By what reasoning did Her Majesty's Government conclude, that an act may be committed with impunity against the rights of the United States, which had never been attempted against the same rights when held by the Russian Empire? || So great has been the injury to the fisheries from the irregular and destructive slaughter of seals in the open waters of the Behring's Sea by Canadian vessels, that whereas the Government has allowed 100,000 to be taken annually for a series of years, it is now compelled to reduce the number to 60,000. If four years of this violation of natural law and neighbour's rights has reduced the annual slaughter of seal by 40 per cent., it is easy to see how short a period will be required to work the total destruction of the fisheries. || The ground upon which Her Majesty's Government justifies, or at least defends, the course of the Canadian vessels, rests upon the fact, that they are committing their acts of destruction on the high seas, viz., more than 3 marine miles from the shore-line. It is doubtful whether Her Majesty's Government would abide by this rule if the attempt were made to interfere with the pearl fisheries of Ceylon, which extend 20 miles from the shore-line, and have been enjoyed by England without molestation ever since their acquisition. England has felt authorized to sell the fishery rights from year to year. Nor is it credible, that modes of fishing on the Grand Banks, altogether practicable but highly destructive, would be justified or even permitted by Great Britain on the plea, that the vicious acts were committed more than 3 miles from shore. || There are, according to scientific authority, „great colonies of fish on the Newfoundland banks. These colonies resemble the seats of great populations on land. They remain stationary, having a limited range of water in which to live and die.“ In these great „colonies“, it is according to expert judgment comparatively easy to explode dynamite or giant powder in such manner as to kill vast quantities of fish, and at the same time destroy countless numbers of eggs. Stringent laws have been necessary to prevent the taking of fish by the use of dynamite in many of the rivers and lakes of the

Nr. 10170.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1890.

Nr. 10170. United States. The same mode of fishing could readily be adopted with effect
Gross- on the more shallow parts of the banks; but the destruction of fish in pro-
britannien. portion to the „catch“, says a high authority, might be as great as 10,000
22. Jan. 1890. to 1. Would Her Majesty's Government think, that so wicked an act could
not be prevented, and its perpetrators punished, simply because it had been
committed outside of the 3-mile line? || Why are not the two cases parallel?
The Canadian vessels are engaged in the taking of fur seal in a manner that
destroys the power of reproduction, and insures the extermination of the species.
In exterminating the species an article useful to mankind is totally destroyed,
in order that temporary and immoral gain may be acquired by a few persons.
By the employment of dynamite on the banks, it is not probable, that the
total destruction of fish could be accomplished, but a serious diminution of a
valuable food for man might assuredly result. Does Her Majesty's Govern-
ment seriously maintain, that the law of nations is powerless to prevent such
violation of the common rights of man? Are the supporters of justice in all
nations to be declared incompetent to prevent wrongs so odious and so de-
structive? || In the judgment of this Government, the law of the sea is not
lawlessness. Nor can the law of the sea and the liberty which it confers and
which it protects be perverted to justify acts which are immoral in themselves,
which inevitably tend to results against the interest and against the welfare
of mankind. One step beyond that which Her Majesty's Government has taken
in this contention and piracy finds its justification. The President does not
conceive it possible, that Her Majesty's Government could, in fact, be less in-
different to these evil results than is the Government of the United States.
But he hopes, that Her Majesty's Government will, after this frank expression
of views, more readily comprehend the position of the Government of the
United States touching this serious question. || This Government has been ready
to concede much in order to adjust all differences of view, and has in the
judgment of the President already proposed a solution not only equitable, but
generous. Thus far, Her Majesty's Government has declined to accept the
proposal of the United States. The President now awaits with deep interest,
not unmixed with solicitude, any proposition for reasonable adjustment which
Her Majesty's Government may submit. The forcible resistance to which this
Government is constrained in the Behring's Sea is, in the President's judgment,
demanded not only by the necessity of defending the traditional and long-
established rights of the United States, but also the rights of good morals
and of good government the world over. || In this contention, the Government
of the United States has no occasion and no desire to withdraw, or modify
the positions which it has at any time maintained against the claims of the
Imperial Government of Russia. The United States will not withhold from
any nation the privileges which it demanded for itself when Alaska was part
of the Russian Empire. Nor is the Government of the United States disposed
to exercise in those possessions any less power or authority than it was willing

to concede to the Imperial Government of Russia when its sovereignty extended over them. The President is persuaded, that all friendly nations will concede to the United States the same rights and privileges on the lands and in the waters of Alaska which the same friendly nations always conceded to the Empire of Russia. || I have, &c.

Nr. 10170.
Gross-
britannien.
22. Jan. 1890.

James G. Blaine.

Nr. 10171. GROSSBRITANNIEN. — Englisches auswärtiges Amt an den Vertreter in Washington. — Basis für eine neue Unterhandlung.

Foreign Office, January 28, 1890.

Sir, || I have received your telegram of the 23rd instant, giving the substance of a note you had received from Mr. Blaine, in reply to the proposals made to the Government of the United States for the reopening of negotiations on the Behring's Sea question. || Her Majesty's Government will be prepared, when the text of the note reaches them, to give it their careful consideration, and to return a formal reply. So far as they are at present able to judge, it lays down doctrines in international law to which they would be unable to subscribe. || Meanwhile, they would be glad to know whether, in your opinion, it would be desirable, that, in reply to Mr. Blaine's assurance, that „the Government of the United States await with deep interest, not unmixed with anxiety, any suggestion for a reasonable adjustment of the points at issue between the two Governments“, you should now make proposals in the sense explained in your despatch of the 1st November last, with the modifications which, after consultation with the Colonial Office, have been considered necessary. || The following are the terms, which Her Majesty's Government would be prepared to authorize you to propose to Mr. Blaine:— || (a) That the tripartite negotiation for securing a close time in Behring's Sea for the protection of the fur-seals should be resumed at Washington. || (b) That all well-founded claims for compensation on the part of British subjects for seizures in the past of their vessels by authorities of the United States should be dealt with by a separate negotiation as speedily as possible, but that it should be understood, that Her Majesty's Government must be satisfied on this point before they can come to any settlement in regard to a close season. || (c) Lastly, that an assurance should be obtained from the Government of the United States, that there shall be no further seizures of British ships in Behring's Sea while negotiations are proceeding. || I am, &c.

Nr. 10171.
Gross-
britannien.
28. Jan. 1890.

Salisbury.

Nr. 10172. GROSSBRITANNIEN. — Antwort auf das vorige.

Washington, January 30, 1890.

Nr. 10172.
Gross-
britannien.
30. Jan. 1890.

My Lord, || I have the honour to inform your Lordship, that I think it is important, that I should know the total amount of compensation which is claimed for the seizures of British vessels in Behring's Sea up to date before making the proposals indicated in your Lordship's telegram of the 28th instant. || I have told Mr. Blaine, that Her Majesty's Government must have satisfaction on this point before they can agree to any settlement on the other question. || Arguing from his stand-point he denies any right of compensation; but he is willing, for the sake of settling so grave a dispute, to consult the President of the United States as to a gratuitous offer of a lump sum in full satisfaction, in order that discussions on items involving principles on which the views of the two Governments appear irreconcilable may be avoided. He has, therefore, asked me to obtain the above information as soon as possible. || If this difficulty be surmounted, negotiations for a close season might be commenced at once, subject to adequate assurances against further seizures, which, I think, I might be able to obtain. || I have, &c.

Julian Pauncefote.

Nr. 10173. GROSSBRITANNIEN. — Englischer Vertreter in Washington an das englische auswärtige Amt. — Bericht über eine Unterredung mit Mr. Blaine über die Entschädigungsansprüche und die Frage des Schiedsspruchs.

Washington, February 7, 1890.

Nr. 10173.
Gross-
britannien.
7. Febr. 1890.

My Lord, || The terrible calamity which has befallen the family of the Secretary of the Navy and the renewed affliction in the family of the Secretary of State, both of which events I had the honour to report to your Lordship by telegram, have delayed the further progress of the negotiations respecting the Behring's Sea question. But as soon as was practicable after the receipt of your Lordship's telegram of the 1st instant I had an interview with Mr. Blaine and resumed the discussion on the subject of damages for the seizure of the Canadian vessels. || I informed him of the amount of the claims, at which he appeared quite astounded. After some general conversation as to the nature and character of the damages claimed, Mr. Blaine said, that, viewing the case as he did from the stand-point taken in his reply to the protest of Her Majesty's Government against the seizure of the vessels in question, he could never admit, that his Government were justly liable to pay any damages at all. But he was willing to examine and assess the damages with me on the same principle as if the liability of his Government were admitted, and then to refer the question of liability to some eminent jurisconsult for decision, on written statements and answers submitted by the two Governments

respectively. || I objected, that the whole Behring's Sea controversy would be raised in such an arbitration, which it appeared to me would of necessity involve grave questions of international law more fitting for solution by an areopagus of the Great Powers. || Mr. Blaine dissented from this view, urging that, as his Government had asserted no claim to the Behring's Sea as a mare clausum, no established principles of international law would be in dispute. || The Arbitrator would only have to find whether, under the circumstances, the United States' Government ought to pay damages for the seizures. If he found in the affirmative, the damages previously assessed would be paid. || I observed, that, apart from other objections, it seemed to me premature to talk of arbitration; and I reminded him, that at our first interview (reported in my despatch No. 190 of the 1st November, 1889) he expressed the opinion, that, if an arrangement in regard to a close time should be arrived at, his Government would not wish, that private individuals who had acted bona fide in the belief, that they were exercising their lawful rights, should be the victims of a grave dispute between two great countries which had happily been adjusted. I inquired why he was no longer disposed to adopt this friendly and equitable mode of treating the question. || Mr. Blaine replied, that he was not aware, at that time, of the magnitude of the claims. He now learned for the first time, that they were actually computed at nearly 500,000 dollars. Making all allowances for exaggerated demands, the claim was still too large to be dealt with in any other way than by an appropriation vote of Congress, and his Government were not prepared to propose a vote of such an amount unless the liability of the United States' Government had been previously established by the award of an arbitrator. || If Her Majesty's Government were disposed to agree to an arbitration such as he had indicated he was quite willing to resume at once here the tripartite negotiation for a close time commenced in London, and concurrently to proceed with the necessary steps for the settlement of the question of damages. || I replied, that at present my instructions were, that Her Majesty's Government would come to no agreement for a close time unless they obtained satisfaction in the matter of damages, and that I thought they would only accept arbitration on the question of amount. But I promised Mr. Blaine to communicate his proposals to your Lordship without delay, and I have accordingly done so by telegram. || I have, &c.

Julian Pauncefote.

Nr. 10174. **GROSSBRITANNIEN.** — Englisches auswärtiges Amt an den Vertreter in Washington. — Zunächst soll nur über die Schonzeit verhandelt werden, erst später über die Entschädigungen.

Foreign Office, February 10, 1890.

Sir, || I have received your telegram of the 8th instant, stating that you have communicated to Mr. Blaine the amount claimed on account of the seizures

Nr. 10174.
Gross-
britannien.
10. Febr. 1890.

Nr. 10173.
Gross-
britannien.
7. Febr. 1890.

Nr. 10174. of Canadian vessels, and that his Excellency states, that such a sum could
 Gross- only be paid on the award of an arbitration, followed by a vote of Congress.
 britannien. You add, that he is willing to assess the claims provisionally, leaving the
 10. Febr. 1890. question of the liability of the United States' Government to be eventually decided by arbitration. || I have to acquaint you, that Her Majesty's Government are willing to proceed in accordance with Mr. Blaine's suggestion, and that you are authorized at once to commence negotiations for a tripartite Agreement respecting the establishment of a close season, and the assessment of damages sustained on account of the seizure of the vessels. || I am, &c.
 Salisbury.

Nr. 10175. **GROSSBRITANNIEN.** — Russischer Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in St. Petersburg. Russland will sich an den Verhandlungen betheiligen.

Saint-Pétersbourg, le 9 (21) Février, 1890.

Nr. 10175. M. l'Ambassadeur, || J'ai reçu la note que votre Excellence a bien voulu
 Gross- m'adresser en date du 3 (15) courant au sujet de la reprise des négociations,
 britannien. interrompues en 1888, relativement à la fixation de la période durant laquelle
 9. Febr. 1890. la chasse aux otaries serait défendue. || Le Cabinet Impérial étant vivement désireux de mettre une fin aux discussions et aux malentendus, auxquels l'absence de tout règlement à ce sujet est de nature à donner lieu, le Ministre de Russie à Washington vient d'être autorisé par télégraphe à prendre part aux négociations en question. || En me faisant un devoir d'informer votre Excellence de ce qui précède, je saisis, &c.

Giers.

Nr. 10176. **GROSSBRITANNIEN.** — Englischer Vertreter in Washington an das englische auswärtige Amt. — Bericht über die erste vorbereitende Verhandlung.

Washington, February 22, 1890.

Nr. 10176. My Lord, || With reference to your Lordship's telegram of to-day, I have
 Gross- the honour to report, that I have telegraphed to Lord Stanley to inquire when
 britannien. I may expect the arrival in Washington of the Canadian Agent, who is to
 22. Febr. 1890. assist me in the coming negotiations. || Mr. Blaine, M. de Struve, the Russian Minister, and I, held a preliminary and informal meeting this morning, at which the question of the area of the possible arrangement was discussed. || Mr. Blaine and M. de Struve then proposed the following area: „From a point on the 50th parallel north latitude due south from the southernmost point of the Peninsula of Kamtchatka; thence due east on the said 50th parallel to

the point of the intersection with the 160th meridian of longitude west from Greenwich; thence north and east by a straight line to the point of intersection of the 60th parallel of north latitude with the 140th meridian of longitude west from Greenwich.“ || The 50th parallel, as your Lordship is aware, was the southernmost limit proposed by Mr. Bayard, and it need only be extended on the west to the Kamtchatka Peninsula, as M. de Struve states, that there is no seal fishery in the Sea of Ochotsk. || I objected, however, to the limit on the east being extended beyond the 160th meridian of longitude, which was the limit proposed by Mr. Bayard, and is quite sufficient for the necessities of the case. || I should be much obliged if your Lordship would inform me whether you approve of the area now suggested by Mr. Blaine and M. de Struve, provided it be limited on the east by the 160th meridian. || I have, &c.

Nr. 10176.
Gross-
britannien.
22. Febr. 1890.

Julian Pauncefote.

Nr. 10177. **GROSSBRITANNIEN.** — Derselbe an dasselbe (Eingeg. 5. März). — Ansichten des amerikanischen Staatssekretärs über die Entschädigungsfrage.

Washington, February 11, 1890.

My Lord, || With reference to my despatch of the 7th instant, I have the honour to report, that I had a further interview this day with the Secretary of State, at his request, on the subject of the proposed arbitration, and provisional assessment of damages. || Mr. Blaine said, that it might be convenient if he were to put in writing, informally, his views as to the question to be arbitrated, and the procedure to be followed in regard to the assessment of damages. || He accordingly, in my presence, drew up a Memorandum, of which he afterwards handed me a copy. It is in the following terms:— || „The first question to be arbitrated is whether, under the circumstances existing at the time, the Government of the United States was justified in arresting and detaining the vessels that entered the Behring's Sea for the purpose of killing fur-seals in the open sea. || In the event of the arbitrator finding, that the Government of the United States was justified in arresting and detaining the vessels before described, the case would be finished. || In the event, that the Government of the United States was found not to be justified, the second question would be the ascertainment of the amount of damages due to the Government of Great Britain. If that amount could not be amicably determined by the British Minister in Washington and the American Secretary of State, it would be left to the determination of the arbitrator, who should find the amount according to certain principles previously agreed to by both Parties.“ || I have, &c.

Nr. 10177.
Gross-
britannien.
11. Febr. 1890.

Julian Pauncefote.

Nr. 10178. **GROSSBRITANNIEN.** — Englisches auswärtiges Amt an den Vertreter in Washington. — Antwort auf die amerikanische Rechtfertigung der Beschlagnahmen.

Foreign Office, May 22, 1890.

Nr. 10178.
Gross-
britannien.
22. Mai 1890.

Sir, || I received in due course your despatch of the 23rd January, inclosing copy of Mr. Blaine's note of the 22nd of that month, in answer to the protest made on behalf of Her Majesty's Government on the 12th October last against the seizure of Canadian vessels by the United States' Revenue-cutter „Rush“ in Behring's Sea. || The importance of the subject necessitated a reference to the Government of Canada, and some time elapsed before their reply reached Her Majesty's Government. The negotiations which have taken place between Mr. Blaine and yourself afford strong reason to hope, that the difficulties attending this question are in a fair way towards an adjustment which will be satisfactory to both Governments. I think it right, however, to place on record, as briefly as possible, the views of Her Majesty's Government on the principal arguments brought forward on behalf of the United States. || Mr. Blaine's note defends the acts complained of by Her Majesty's Government on the following grounds:— || 1. That „the Canadian vessels arrested and detained in the Behring's Sea were engaged in a pursuit that is in itself contra bonos mores — a pursuit which of necessity involves a serious and permanent injury to the rights of the Government and people of the United States.“ || 2. That the fisheries had been in the undisturbed possession, and under the exclusive control, of Russia from their discovery until the cession of Alaska to the United States in 1867, and that from this date onwards until 1886 they had also remained in the undisturbed possession of the United States' Government. || 3. That it is a fact now held beyond denial or doubt, that the taking of seals in the open sea rapidly leads to the extinction of the species, and that therefore nations not possessing the territory upon which seals can increase their numbers by natural growth should refrain from the slaughter of them in the open sea. || Mr. Blaine further argues, that the law of the sea and the liberty which it confers do not justify acts which are immoral in themselves, and which inevitably tend to results against the interests and against the welfare of mankind; and he proceeds to justify the forcible resistance of the United States' Government by the necessity of defending not only their own traditional and long-established rights, but also the rights of good morals and of good government the world over. || He declares, that, while the United States will not withhold from any nation the privileges which they demanded for themselves when Alaska was part of the Russian Empire, they are not disposed to exercise in the possessions acquired from Russia any less power or authority than they were willing to concede to the Imperial Government of Russia when its sovereignty extended over them. He claims from friendly nations a recognition of the same rights and

privileges on the lands and in the waters of Alaska which the same friendly nations always conceded to the Empire of Russia. || With regard to the first of these arguments, namely, that the seizure of the Canadian vessels in the Behring's Sea was justified by the fact, that they were „engaged in a pursuit that is in itself *contra bonos mores* — a pursuit which of necessity involves a serious and permanent injury to the rights of the Government and people of the United States“, it is obvious, that two questions are involved: first, whether the pursuit and killing of fur-seals in certain parts of the open sea is, from the point of view of international morality, an offence *contra bonos mores*; and secondly, whether, if such be the case, this fact justifies the seizure on the high seas and subsequent confiscation in time of peace of the private vessels of a friendly nation. || It is an axiom of international maritime law, that such action is only admissible in the case of piracy or in pursuance of special international agreement. This principle has been universally admitted by jurists, and was very distinctly laid down by President Tyler in his Special Message to Congress, dated the 27th February, 1843, when, after acknowledging the right to detain and search a vessel on suspicion of piracy, he goes on to say: „With this single exception, no nation has, in time of peace, any authority to detain the ships of another upon the high seas, on any pretext whatever, outside the territorial jurisdiction.“ || Now, the pursuit of seals in the open sea, under whatever circumstances, has never hitherto been considered as piracy by any civilized State. Nor, even if the United States had gone so far as to make the killing of fur-seals piracy by their Municipal Law, would this have justified them in punishing offences against such Law committed by any persons other than their own citizens outside the territorial jurisdiction of the United States. || In the case of the Slave Trade, a practice which the civilized world has agreed to look upon with abhorrence, the right of arresting the vessels of another country is exercised only by special international agreement, and no one Government has been allowed that general control of morals in this respect which Mr. Blaine claims on behalf of the United States in regard of seal-hunting. || But Her Majesty's Government must question whether this pursuit can of itself be regarded as *contra bonos mores*, unless and until, for special reasons, it has been agreed by international arrangement to forbid it. Fur-seals are indisputably animals *ferae naturae*, and these have universally been regarded by jurists as *res nullius* until they are caught; no person, therefore, can have property in them until he has actually reduced them into possession by capture. || It requires something more than a mere declaration, that the Government or citizens of the United States, or even other countries interested in the seal trade, are losers by a certain course of proceeding, to render that course an immoral one.

Her Majesty's Government would deeply regret, that the pursuit of fur-seals on the high seas by British vessels should involve even the slightest injury to the people of the United States. If the case be proved, they will

Nr. 10178.
Gross-
britannien,
22. Mai 1890.

be ready to consider what measures can be properly taken for the remedy of such injury; but they would be unable on that ground to depart from a principle on which free commerce on the high seas depends. || The second argument advanced by Mr. Blaine is, that the „fur-seal fisheries of Behring's Sea had been exclusively controlled by the Government of Russia, without interference and without question, from their original discovery until the cession of Alaska to the United States in 1867“, and that „from 1867 to 1886 the possession, in which Russia had been undisturbed, was enjoyed by the United States' Government also without interruption or intrusion from any source.“ || I will deal with these two periods separately. || First, as to the alleged exclusive monopoly of Russia. After Russia, at the instance of the Russian American Fur Company, claimed in 1821 the pursuits of commerce, whaling and fishing from Behring's Straits to the 51st degree of north latitude, and not only prohibited all foreign vessels from landing on the coasts and islands of the above waters, but also prevented them from approaching within 100 miles thereof, Mr. Quincy Adams wrote as follows to the United States' Minister in Russia:— || „The United States can admit no part of these claims; their right of navigation and fishing is perfect, and has been in constant exercise from the earliest times throughout the whole extent of the Southern Ocean, subject only to the ordinary exceptions and exclusions of the territorial jurisdictions.“ || That the right of fishing thus asserted included the right of killing fur-bearing animals is shown by the case of the United States' brig „Loriot“. That vessel proceeded to the waters over which Russia claimed exclusive jurisdiction for the purpose of hunting the sea-otter, the killing of which is now prohibited by the United States' Statutes applicable to the fur-seal, and was forced to abandon her voyage and leave the waters in question by an armed vessel of the Russian navy. Mr. Forsyth, writing on the case to the American Minister at St. Petersburg on the 4th May, 1837, said:— || „It is a violation of the rights of the citizens of the United States, immemorially exercised and secured to them as well by the law of nations as by the stipulations of the Ist Article of the Convention of 1824, to fish in those seas, and to resort to the coast for the prosecution of their lawful commerce upon points not already occupied.“ || From the speech of Mr. Sumner when introducing the question of the purchase of Alaska to Congress, it is equally clear, that the United States' Government did not regard themselves as purchasing a monopoly. Having dealt with fur-bearing animals, he went on to treat of fisheries, and, after alluding to the presence of different species of whales in the vicinity of the Aleutians, said: „No sea is now mare clausum; all of these may be pursued by a ship under any flag, except directly on the coast or within its territorial limit.“ || I now come to the statement, that from 1867 to 1886 the possession was enjoyed by the United States with no interruption and no intrusion from any source. Her Majesty's Government cannot but think, that Mr. Blaine has been misinformed as to the history of the operations in

Behring's Sea during that period. || The instances recorded in Inclosure 1 in this despatch are sufficient to prove, from official United States' sources, that from 1867 to 1886 British vessels were engaged at intervals in the fur-seal fisheries, with the cognizance of the United States' Government. I will here, by way of example, quote but one. || In 1872 Collector Phelps reported the fitting-out of expeditions in Australia and Victoria for the purpose of taking seals in Behring's Sea, while passing to and from their rookeries on St. Paul and St. George Islands, and recommended, that a steam-cutter should be sent to the region of Ounimak Pass and the Islands of St. Paul and St. George. || Mr. Secretary Boutwell informed him, in reply, that he did not consider it expedient to send a cutter to interfere with the operations of foreigners, and stated: „In addition, I do not see, that the United States would have the jurisdiction or power to drive off parties going up there for that purpose, unless they made such attempt within a marine league of the shore.“ || Before leaving this part of Mr. Blaine's argument, I would allude to his remark, that „vessels from other nations passing from time to time through Behring's Sea to the Arctic Ocean in pursuit of whales have always abstained from taking part in the capture of seals“, which he holds to be proof of the recognition of rights held and exercised first by Russia and then by the United States. || Even if the facts are as stated, it is not remarkable, that vessels pushing on for the short season in which whales can be captured in the Arctic Ocean, and being fitted specially for the whale fisheries, neglected to carry boats and hunters for fur-seals, or to engage in an entirely different pursuit. || The whalers, moreover, pass through Behring's Sea to the fishing-grounds in the Arctic Ocean in April and May as soon as the ice breaks up, while the great bulk of the seals do not reach the Pribyloff Islands till June, leaving again by the time the closing-up of the ice compels the whalers to return. || The statement, that it is „a fact now held beyond denial or doubt that the taking of seals in the open sea rapidly leads to their extinction,“ would admit of reply, and abundant evidence could be adduced on the other side. But as it is proposed, that this part of the question should be examined by a Committee to be appointed by the two Governments, it is not necessary, that I should deal with it here. || Her Majesty's Government do not deny, that, if all sealing were stopped in Behring's Sea except on the islands in possession of the lessees of the United States, the seal may increase and multiply at an even more extraordinary rate than at present, and the seal fishery on the islands may become a monopoly of increasing value; but they cannot admit, that this is a sufficient ground to justify the United States in forcibly depriving other nations of any share in this industry in waters which, by the recognized law of nations, are now free to all the world. || It is from no disrespect, that I refrain from replying specifically to the subsidiary questions and arguments put forward by Mr. Blaine. Till the views of the two Governments as to the obligations attaching, on grounds either of morality or necessity, to the United

Nr. 10178.
Gross-
britannien.
22. Mai 1890.

Nr. 10178.
Gross-
britannien.
22. Mai 1890.

States' Government in this matter, have been brought into closer harmony, such a course would appear needlessly to extend a controversy which Her Majesty's Government are anxious to keep within reasonable limits. || The negotiations now being carried on at Washington prove the readiness of Her Majesty's Government to consider whether any special international agreement is necessary for the protection of the fur-sealing industry. In its absence they are unable to admit, that the case put forward on behalf of the United States affords any sufficient justification for the forcible action already taken by them against peaceable subjects of Her Majesty engaged in lawful operations on the high seas. || „The President“, says Mr. Blaine, „is persuaded, that all friendly nations will concede to the United States the same rights and privileges on the lands and in the waters of Alaska which the same friendly nations always conceded to the Empire of Russia.“ || Her Majesty's Government have no difficulty in making such a concession. In strict accord with the views, which, previous to the present controversy, were consistently and successfully maintained by the United States, they have, whenever occasion arose, opposed all claims to exclusive privileges in the non-territorial waters of Behring's Sea. The rights they have demanded have been those of free navigation and fishing in waters which, previous to their own acquisition of Alaska, the United States declared to be free and open to all foreign vessels. || That is the extent of their present contention, and they trust, that, on consideration of the arguments now presented to them, the United States will recognize its justice and moderation. || I have to request, that you will read this despatch to Mr. Blaine, and leave a copy of it with him should he desire it. || I am, &c.

Salisbury.

Anlage zum vorigen.

In 1870, Collector Phelps reported, „The barque 'Cyane' has arrived at this port (San Francisco) from Alaska, having on board forty-seven seal-skins.“ (See Ex. Doc. No. 83, 44th Congress, 1st Session.) || In 1872, he reported expeditions fitting out in Australia and Victoria for the purpose of taking seals in Behring's Sea, and was informed, that it was not expedient to interfere with them. || In 1874, Acting Secretary Sawyer, writing to Mr. Elliott, Special Agent, said:— || „It having been officially reported to this Department by the Collector of Customs at Port Townsend, from Neca-ah Bay, that British vessels from Victoria cross over into American waters and engage in taking fur-seals (which, he represents, are annually becoming more numerous on our immediate coast) to the great injury of our sealers, both white and Indian, you will give such proper attention to the examination of the subject as its importance may seem to you, after careful inquiry, to demand, and with a view to a Report to the Department of all facts ascertained.“ (Ditto, May 4th, No. 117, p. 114.) || In 1875, Mr. McIntyre, Treasury Agent, described how „before proceeding

to harsh measures“ he had warned the Captain of the „Cygnet“, who was shooting seals in Zapadne Bay, and stated, that the Captain appeared astonished, that he was breaking the law. (Ditto, March 15th, 1875, No. 130, p. 124.)

Nr. 10178.
Gross-
britannien.
22. Mai 1890.

|| In 1880, the fur-seal trade of the British Columbia coast was of great importance. Seven vessels were then engaged in the fishery, of which the greater number were, in 1886 and 1887, seized by the United States' Government in Behring's Sea. || In 1884, Daniel and Alexander McLean, both British subjects, took the American schooner „San Diego“ to Behring's Sea, and were so successful, that they returned there in 1885, from Victoria, with the „Mary Ellen“ and the „Favourite“.

Nr. 10179. GROSSBRITANNIEN. — Extract aus der „Morning Post“ vom 23. Mai 1890. — Die amerikanischen Kreuzer haben Befehl, die englischen Robbenfänger zu beschlagnahmen.

New York, May 21.

[Reuter's Telegram.] || The United States' Revenue cutter „Bear“ has been ordered to cruize in the Behring's Sea for the protection of the seal fisheries, with instructions to seize and dismantle all vessels found violating the Statute, in order to deprive them of the means of its further violation. The vessel is also ordered to seize the logs and skins on board vessels found illegally fishing, and to preserve them as evidence against the offending persons.

Nr. 10179.
Gross-
britannien.
21. Mai 1890.

Nr. 10180. GROSSBRITANNIEN. — Englisch-es auswärtiges Amt an den Vertreter in Washington. — Gegen etwaige Beschlagnahmen wird formeller Protest erhoben werden.

Foreign Office, May 23, 1890.

(Telegraphic.) || This morning's newspapers contain a paragraph which states, in substance, that the United States' Government have instructed some of their ships of war to proceed to Behring's Sea, with orders to take such steps as may be necessary to prevent the merchant-vessels of other nations from pursuing their calling as fur-sealers in non-territorial waters. || The communications made to you by Mr. Secretary Blaine, as recorded in your telegram of the 22nd instant, give a general confirmation of the statements of the press. || I have to instruct you to inform the Secretary of State, that a formal protest against any such interference with British vessels is now being prepared, and that no time will be lost in forwarding it to him.

Nr. 10180.
Gross-
britannien.
23. Mai 1890.

Nr. 10181. GROSSBRITANNIEN. — Englischer Vertreter in Washington an das englische auswärtige Amt. Unterhandlungen über die Schonzeit. Die amerikanische Regierung hofft, dass die britische Regierung selbst den Eintritt britischer Schiffe in die Behringssee verhütet.

Washington, May 30, 1890.

Nr. 10181.
Gross-
britannien.
30. Mai 1890.

(Telegraphic.) || I received last night from the Secretary of State a long note, copy of which I have sent by bag to-day, on the question of the negotiations for a close season in the Behring's Sea. || The note commences by a protest against the course alleged to be pursued by Her Majesty's Government in „authorizing, encouraging and protecting“ British vessels, who, it maintains, are interfering with the rights of the United States and those of the whole civilized world by taking seals in that sea. || The history of the negotiations for a close season from their commencement is reviewed in the note, which then goes on to inveigh strongly against the change of position taken by Her Majesty's Government in the negotiations, which change, the Secretary of State maintains, has been brought about by the „interposition of Canada“. Mr. Blaine then points out, that the arrangements which were proposed in 1888 relative to a close season, and those which were proposed in the draft Convention, must be considered to be „in significant contrast.“ Moreover, the latter are, in the opinion of the United States' Government, quite inadequate to protect the rights of the United States in the Behring's Sea. They are equally insufficient for the preservation of seal life. || The United States and Russia have consequently no other course but to reject our proposals. The negotiations will, however, be continued by the United States' Government in the hope, that a satisfactory agreement may be arrived at, although it is too late, the note says, for the application of any result, which may be reached, to this season. Mr. Blaine maintains, that the responsibility of the delays which have occurred cannot be laid to the charge of his Government. || The note contains at the conclusion a proposal on the part of the United States' Government, that with the view of avoiding any interruption of the negotiations by any „untoward events“, all British vessels shall be prevented by Her Majesty's Government from entering the Behring's Sea.

Nr. 10182. GROSSBRITANNIEN. — Ablehnung des vorstehenden amerikanischen Antrages.

Nr. 10182.
Gross-
britannien.
31. Mai 1890.

Foreign Office, May 31, 1890.

In reply to your telegram of the 30th instant, I have to state, that it is impossible, on grounds both of law and of policy, for Her Majesty's Govern-

ment to accept Mr. Blaine's suggestion, that British sealing-ships should be forbidden to enter the Behring's Sea.

Nr. 10182.
Gross-
britannien.
31. Mai 1890.

Nr. 10183. GROSSBRITANNIEN. — Englischer Vertreter in Washington an das englische auswärtige Amt. Die amerikanische Regierung hat von dem englischen Proteste Kenntniss genommen.

Washington, May 29, 1890.

My Lord, || With reference to my despatch of the 23rd instant, I have the honour to inclose copy of a note which I have received from Mr. Blaine in reply to my communication of the 23rd instant, in which I informed him, that a formal protest by Her Majesty's Government against any interference with British vessels in Behring's Sea would be forwarded to him without delay. || I have, &c.

Nr. 10183.
Gross-
britannien.
29. Mai 1890.

Julian Pauncefote.

Anlage zum vorigen.

Department of State, May 26, 1890.

Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your note of the 23rd instant, in which you inform me, that Her Britannic Majesty's Government will formally protest against certain action recently taken by this Government for the protection of the Alaska seal fisheries. || I have, &c.

J. G. Blaine.

Nr. 10184. GROSSBRITANNIEN. — Englischer Staatssekretär des Auswärtigen an den englischen Vertreter in Washington. Russlands und der Vereinigten Staaten Stellung zu der Konvention.

Department of State, May 29, 1890.

Sir, || Your note of the 23rd instant, already acknowledged, informs this Government, that you "have been instructed by the Marquis of Salisbury to state that Her Majesty's Government would forward, without delay, a protest" against the course which this Government has found it necessary, under the laws of Congress, to pursue in the waters of the Behring's Sea. || In turn, I am instructed by the President to protest against the course of the British Government in authorizing, encouraging and protecting vessels which are not only interfering with American rights in the Behring's Sea, but which are doing violence as well to the rights of the civilized world. They are engaged

Nr. 10184.
Gross-
britannien.
29. Mai 1890.

Nr. 10184.
Gross-
aritanien.
29. Mai 1890.

in a warfare against seal life, disregarding all the Regulations which lead to its protection, and committing acts which lead ultimately to its destruction, as has been the case in every part of the world where the abuses which are now claimed as British rights have been practised. || The President is surprised, that such protest should be authorized by Lord Salisbury, especially because the previous declarations of his Lordship would seem to render it impossible. On the 11th November, 1887, Lord Salisbury, in an official interview with the Minister from the United States (Mr. Phelps), cordially agreed, that "a Code of Regulations should be adopted for the preservation of the seals in Behring's Sea from destruction at improper times, by improper means, by the citizens of either country." And Lord Salisbury suggested, that Mr. Phelps "should obtain from his Government, and submit to him (Lord Salisbury), a sketch of a system of Regulations which would be adequate for the purpose." Further interviews were held during the following month of February (1888) between Lord Salisbury and the American Minister, and between Lord Salisbury and the American Minister, accompanied by the Russian Ambassador. In answer to Lord Salisbury's request, Mr. Phelps submitted the "Regulations" which the Government of the United States desired; and in a despatch of the 25th February Mr. Phelps communicated the following to Mr. Bayard, Secretary of State:— || "Lord Salisbury assents to your proposition to establish, by mutual arrangement between the Governments interested, a close time for fur-seals, between the 15th April and the 1st November and between 160° of longitude west and 170° of longitude east, in the Behring's Sea. And he will cause an Act to be introduced into Parliament to give effect to this arrangement so soon as it can be prepared. In his opinion, there is no doubt that the Act will be passed. || He will also join the United States' Government in any preventive measures it may be thought best to adopt, by orders issued to the naval vessels of the respective Governments in that region." || Early in April (1888) the Russian Ambassador in London, M. de Staal, advised the American Chargé, "that the Russian Government would like to have the Regulations which might be agreed upon for the Behring's Sea extended to that portion of the latter in which the Commander Islands are situated, and also to the Sea of Okhotsk, in which Robben Island is situated." On the 16th April, at Lord Salisbury's invitation, the Russian Ambassador and Mr. White (the American Chargé), Mr. Phelps being absent from London, met at the Foreign Office "for the purpose of discussing with Lord Salisbury the details of the proposed Conventional arrangement for the protection of seals in Behring's Sea." || "With a view to meeting the Russian Government's wishes respecting the waters surrounding Robben Island, his Lordship suggested, that beside the whole of Behring's Sea, those portions of the Sea of Okhotsk and of the Pacific Ocean north of north latitude 47° should be included in the proposed arrangement. His Lordship intimated, furthermore, that the period proposed by the United States for a closed time, from the 15th April to the 1st November, might interfere with the trade

longer than absolutely necessary for the protection of seals, and he suggested the 1st October, instead of a month later, as the termination of the period of seal protection." Furthermore, Lord Salisbury "promised to have a draft Convention prepared for submission to the Russian Ambassador and the American Minister." || On the 23rd April, the American Chargé was informed by Lord Salisbury, that "it is now proposed to give effect to a Seal Convention by Order in Council, not by Act of Parliament." It was understood, that this course was proposed by Lord Salisbury in order that the "Regulations" needed in Behring's Sea might be promptly applied. || You will observe, then, that from the 11th November, 1887, to the 23rd April, 1888, Lord Salisbury had in every form of speech assented to the necessity of a close season for the protection of the seals. || The shortest period which he named was from the 15th April to the 1st October — five and a-half months. In addition, his Lordship suggested, that the closed sea for the period named should include the whole of the Behring's Sea, and should also include such portion of the Sea of Okhotsk as would be necessary to protect the Russian seal fishery on Robben Island; that the closed season be extended as far south as 47° north latitude, 120 miles south of the northern boundary of the United States on the Pacific Ocean. He promised, further, to draft a Convention upon the subject between England, Russia and the United States. || These assurances were given to the American Minister, to the American Chargé, to the Russian Ambassador, and on more than one occasion to two of them together. The United States had no reason, therefore, to doubt, that the whole dispute touching the seal fisheries was practically settled. Indeed, to have distrusted it would have been to question the good faith of Lord Salisbury. In diplomatic intercourse between Great Britain and the United States, be it said to the honour of both Governments, a verbal assurance from a Minister has always been equal to his written pledge. Speaking the same language, there has been no room for misunderstanding between the Representatives of the two Governments, as may easily happen between those of different tongues. For a period of six months, therefore, without retraction or qualification, without the suggestion of a doubt or the dropping of a hint, the understanding between the two Governments, on the assurance of Lord Salisbury, was as complete as language could make it. || On the 28th April, five days after Lord Salisbury's last pointed assurance, five days after he had proposed to perfect the scheme, not by the delay of Parliament, but by the promptness of an Order in Council, the American Chargé was informed, that the Act of Parliament would be necessary in addition to the Order in Council, and that neither Act nor Order could be drafted "until Canada is heard from." || For several weeks following the 28th April, there were many calls by the American Chargé at the Foreign Office to learn whether "Canada had been heard from." He called alone, and called in company with the Russian Ambassador. Finally, on the 20th June, Lord Salisbury told him, that an urgent telegram

Nr. 10184.
Gross-
britannien.
29. Mai 1890.

Nr. 10184. had been "sent to Canada a week ago with respect to the delay in its expedition," and that a reply had been "received by the Colonies, saying that the matter will be taken up immediately." Mr. White, relying entirely upon these assurances, ventured to "hope that shortly after Mr. Phelps' return the British Government will be in a condition to agree upon the terms of the proposed Convention." || Mr. Phelps returned to London on the 22nd June, two days after Mr. White's interview with Lord Salisbury, and immediately after the urgent telegram had been sent to Canada. || On the 28th July, Mr. Phelps had received no assurances from Lord Salisbury, and telegraphed the Department of State his "fear that owing to Canadian opposition we shall get no Convention." In a despatch to his Government of the 12th September he related having had interviews with Lord Salisbury respecting the Convention, which he says had been "virtually agreed upon except in its details." Mr. Phelps goes on to say: "The consideration of it has been suspended for communication by the British Government with the Canadian Government, for which purpose an interval of several months had been allowed to elapse. During this long interval the attention of Lord Salisbury had been repeatedly called to the subject by the American Legation, and on those occasions the answer received from him was that no reply from the Canadian authorities had arrived!" || Mr. Phelps proceeds in the despatch of the 12th September to say: "I again pressed Lord Salisbury for the completion of the Convention as the extermination of seals by Canadian vessels was understood to be rapidly proceeding. His Lordship, in reply, did not question the propriety or the importance of taking measures to prevent the wanton destruction of so valuable an industry, in which, as he remarked, England had a large interest of its own, but his Lordship stated that the Canadian Government objected to any such restrictions, and that until its consent could be obtained Her Majesty's Government was not willing to enter into the Convention". It was thus finally acknowledged, that the negotiation into which Lord Salisbury had cordially entered, and to which he had readily agreed, even himself suggesting some of its most valuable details, was entirely subordinated to the judgment and desire of the Canadian Government. This Government cannot but feel, that Lord Salisbury would have dealt more frankly if in the beginning he had informed Minister Phelps, that no arrangement could be made unless Canada concurred in it, and that all negotiation with the British Government direct was but a loss of time. || When you, Mr. Minister, arrived in this country a year ago, there seemed the best prospect for a settlement of this question; but the Russian Minister and the American Secretary of State have had the experience of Mr. Phelps and the Russian Ambassador in London repeated. In our early interviews, there seemed to be as ready a disposition on your part to come to a reasonable and friendly adjustment as there certainly has always been on our part to offer one. You will not forget an interview between yourself, the Russian Minister and myself, in which the lines for a close season in the Behring's

Sea laid down by Lord Salisbury were almost exactly repeated by yourself, and were inscribed on Maps which were before us, a copy of which is in the possession of the Russian Minister, and a copy also in my possession. A prompt adjustment seemed practicable, an adjustment which I am sure would have been honourable to all the countries interested. No obstacles were presented on the American side of the question. No insistance was made upon the Behring's Sea as mare clausum; no objection was interposed to the entrance of British ships at all times, on all commercial errands, through all the waters of the Behring's Sea. But our negotiations, as in London, were suddenly broken off for many weeks by the interposition of Canada. When correspondence was resumed on the last day of April, you made an offer for a Mixed Commission of Experts to decide the questions at issue. || Your proposition is, that pelagic sealing should be prohibited in the Behring's Sea during the months of May, June, October, November and December, and that there should be no prohibition during the months of July, August and September. Your proposition involved the condition, that British vessels should be allowed to kill seals within 10 miles of the coast of the Pribylov Islands. Lord Salisbury's proposition of 1888 was that, during the same months for which the 10-mile privilege is now demanded, no British vessel hunting seals should come nearer to the Pribylov Islands than the 47th parallel of north latitude about 600 miles. || The open season which you thus select for killing is the one when the areas around the breeding islands are most crowded with seals, and especially crowded with female seals, going forth to secure food for the hundreds of thousands of their young, of which they have recently been delivered. The destruction of the females, which, according to expert testimony, would be 95 per cent. of all which the sealing vessels might readily capture, would inflict deadly loss upon the rookeries. The destruction of the female would be followed by the destruction of their young on the islands, and the herds would be diminished the next year by this wholesale slaughter of the producing females and their offspring. The 10-mille limit would give the marauders the vantage ground for killing the seals that are in the water by tens of thousands searching for food. The opportunity, under cover of fog and night, for stealing silently upon the islands and slaughtering the seals within a mile or even less of the keepers' residence, would largely increase the aggregate destruction. Under such conditions, the British vessels could evenly divide with the United States within the 3-mile limit of its own shores, and upon the islands themselves, the whole advantage of the seal fisheries. The respect which the sealing vessels would pay to the 10-mile limit would be the same that wolves pay to a flock of sheep so placed that no shepherd can guard them. This arrangement, according to your proposal, was to continue for three months of each year, the best months in the season for depredations upon the seal herd. No course was left to the United States or to Russia but to reject the proposition. || The propo-

Nr. 10184.
Gross-
britannien.
29. Mai 1890.

Nr. 10184.
Gross-
britannien.
29. Mai 1890.

sitions made by Lord Salisbury in 1888, and the propositions made by Her Majesty's Minister in Washington in 1890, are in significant contrast. The circumstances are the same, the conditions are the same, the rights of the United States are the same, in both years. The position of England has changed, because the wishes of Canada have demanded the change. The result then with which the United States is expected to be content is, that her rights within the Behring's Sea and on the islands thereof are not absolute, but are to be determined by one of Her Majesty's provinces. || The British Government would assuredly and rightfully complain if an agreement between her [sic] Representative and the Representative of the United States should, without notice, be broken off by the United States, on the ground that the State of California was not willing that it should be completed. California has a Governor chosen independently of the Executive power of the National Government. Canada has a Governor appointed by the British Crown. The Legislature of California enacts laws with which the Executive power of the United States has no right whatever to interfere; Canada enacts laws with which the Executive power of Great Britain can interfere so far as absolutely to annul. Can the Government of United States be expected to accept as final a decision of the Government of Great Britain that an agreement with the United States cannot be fulfilled because the Province of Canada objects! || This review of the circumstances which led to the present troubles on the Behring's Sea question has been presented by direction of the President, in order to show that the responsibility does not rest with this Government. The change of policy made by Her Majesty's Government without notice, and against the wish of this Government, is, in the President's belief, the cause of all the differences that have followed. || I am further instructed by the President to say, that while your proposals of the 30th April cannot be accepted, the United States will continue the negotiation in hope of reaching an agreement that may conduce to a good understanding, and leave no cause for future dispute. In the President's opinion, owing to delays for which this Government is not responsible, it is too late to conclude such negotiation in time to apply its result the present season. He, therefore, proposes, that Her Majesty's Government agree not to permit the vessels (which, in his judgment, do injury to the property of the United States) to enter the Behring's Sea for this season, in order that time may be secured for negotiation that shall not be disturbed by untoward events, or unduly influenced by popular agitation. If this offer be accepted, the President believes, that before another season shall open the friendly relations existing between the two countries, and the mutual desire to continue them, will lead to Treaty stipulations which shall be permanent, because just and honourable to all parties. || I have, &t.

James G. Blaine.

Nr. 10185. **GROSSBRITANNIEN.** — Englischer Vertreter in Washington an das englische auswärtige Amt. — Will die englische Regierung die Frage der Berechtigung der Vereinigten Staaten zum Ausschlusse britischer Robbenfänger einem Schiedsspruche unterbreiten?

Washington, June 11, 1890.

(Telegraphic.) || Referring to my previous telegram of to-day, I presume, that Her Majesty's Government have no objection to refer to arbitration the question of the legal right of the United States' Government to exclude British sealing-vessels from Behring's Sea. || If this be so, I should be glad to know whether they would consent, that the proposed Proclamation should be issued on the express conditions, that the United States' Government shall not interfere with our flag this season, and, if the award be against them, shall at once pay damages for past interference, and compensate British sealers for losses sustained by them in complying with the Proclamation.

Nr. 10185.
Gross-
britannien.
11. Juni 1890.

Nr. 10186. **GROSSBRITANNIEN.** — Antwort auf das vorige.

Foreign Office, June 12, 1890.

(Telegraphic.) || In reply to your telegram of yesterday, I have to state, that there are serious constitutional difficulties in the way of your proposal. || But it might save time if, without prejudice to either side, you could ask the Government of the United States whether, supposing Her Majesty's Government were to agree to issue a Proclamation, and as to its terms, the United States' Government will agree to the three conditions formulated by you, namely, to refer the legality of their proceedings to arbitration, to abstain from any interference with the British flag, and, in case of an adverse award, to pay for damages resulting from the Proclamation.

Nr. 10186.
Gross-
britannien.
12. Juni 1890.

Nr. 10187. **GROSSBRITANNIEN.** — Amerikanischer Staatssekretär des Auswärtigen an den englischen Vertreter in Washington. — Erörterung der auf die Vereinigten Staaten übergangenen russischen Rechte.

Department of State, Washington, June 30, 1890.

Sir, || On the 5th instant you read to me a despatch from Lord Salisbury dated the 22nd May, and by his instruction you left with me a copy. His Lordship writes in answer to my despatch of the 22nd January last. At that time, writing to yourself touching the current contention between the Governments of the United States and Great Britain as to the jurisdiction of the former over the waters of the Behring's Sea, I made the following state-

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

ment:— || „The Government of the United States has no occasion and no desire to withdraw or modify the positions which it has at any time maintained against the claims of the Imperial Government of Russia. The United States will not withhold from any nation the privileges which it demanded for itself when Alaska was part of the Russian Empire. Nor is the Government of the United States disposed to exercise any less power or authority than it was willing to concede to the Imperial Government of Russia when its sovereignty extended over the territory in question. The President is persuaded, that all friendly nations will concede to the United States the same rights and privileges on the lands and in the waters of Alaska which the same friendly nations always conceded to the Empire of Russia.“ || In answer to this declaration, Lord Salisbury contends, that Mr. John Quincy Adams, when Secretary of State under President Monroe, protested against the jurisdiction which Russia claimed over the waters of the Behring's Sea. To maintain this position his Lordship cites the words of a despatch of Mr. Adams, written on the 23rd July, 1823, to Mr. Henry Middleton, at that time our Minister at St. Petersburg. The alleged declarations and admissions of Mr. Adams in that despatch have been the basis of all the arguments which Her Majesty's Government have submitted against the ownership of certain properties in the Behring's Sea which the Government of the United States confidently assumes. I quote the portion of Lord Salisbury's argument which includes the quotation from Mr. Adams:— || „After Russia, at the instance of the Russian American Fur Company, claimed in 1821 the pursuits of commerce, whaling and fishing from Behring's Straits to the 51st degree of north latitude, and not only prohibited all foreign vessels from landing on the coasts and islands of the above waters, but also prevented them from approaching within 100 miles thereof, Mr. Quincy Adams wrote as follows to the United States' Minister in Russia:— || „The United States can admit no part of these claims; their right of navigation and fishing is perfect, and has been in constant exercise from the earliest times, throughout the whole extent of the Southern Ocean, subject only to the ordinary exceptions and exclusions of the territorial jurisdictions.“ || The quotation which Lord Salisbury makes is unfortunately a most defective, erroneous and misleading one. The conclusion is separated from the premise, a comma is turned into a period, an important qualification as to time is entirely erased, without even a suggestion, that it had ever formed part of the text, and out of eighty-four words, logically and inseparably connected, thirty-five are dropped from Mr. Adams' paragraph in Lord Salisbury's quotation. No edition of Mr. Adams' work gives authority for his Lordship's quotation; while the archives of this Department plainly disclose its many errors. I requote Lord Salisbury's version of what Mr. Adams said, and in juxtaposition produce Mr. Adams' full text as he wrote it. || (*Lord Salisbury's quotation from Mr. Adams.*) || „The United States can admit no part of these claims; their right of navigation and fishing is perfect, and has been in con-

stant exercise from the earliest times, throughout the whole extent of the Southern Ocean, subject only to the ordinary exceptions and exclusions of the territorial jurisdictions.“ || (*Full text of Mr. Adams' paragraph.*) || „The United States can admit no part of these claims; their right of navigation and of fishing is perfect, and has been in constant exercise from the earliest times, after the peace of 1783, throughout the whole extent of the Southern Ocean, subject only to the ordinary exceptions and exclusions of the territorial jurisdictions, which, so far as Russian rights are concerned, are confined to certain islands north of the 55th degree of latitude, and have no existence on the Continent of America.“ || The words in italics are those which are left out of Mr. Adams' paragraph in the despatch of Lord Salisbury. They are precisely the words upon which the Government of the United States founds its argument in this case. Conclusions or inferences resting upon the paragraph, with the material parts of Mr. Adams' text omitted, are of course valueless. || The first object is to ascertain the true meaning of Mr. Adams' words which were omitted by Lord Salisbury. „Russian rights“, said Mr. Adams, „are confined to certain islands north of the 55th degree of latitude.“ The islands referred to are as easily recognized to-day as when Mr. Adams described their situation sixty-seven years ago. The best known among them, both under Russian and American jurisdiction, are Sitka and Kadiak; but their whole number is great. If Mr. Adams literally intended to confine Russian rights to those islands, all the discoveries of Vitus Behring and other great navigators are brushed away by one sweep of his pen, and a large chapter of history is but a fable. || But Mr. Adams goes still further. He declares, that „Russian rights have no existence on the Continent of America.“ If we take the words of Mr. Adams with their literal meaning there was no such thing as „Russian possessions in America“, although forty-four years after Mr. Adams wrote these words the United States paid Russia 7,200,000 dollars for these „possessions“, and all the rights of land and sea connected therewith. || This construction of Mr. Adams' language cannot be the true one. It would be absurd on its face. The title to that far northern territory was secure to Russia as early as 1741; secure to her against the claims of all other nations; secure to her thirty-seven years before Captain Cook had sailed into the North Pacific; secure to her more than half-a-century before the United States had made good her title to Oregon. Russia was in point of time the first Power in this region by right of discovery. Without immoderate presumption she might have challenged the rights of others to assume territorial possessions; but no nation had shadow of cause or right to challenge her title to the vast region of land and water which, before Mr. Adams was Secretary of State, had become known as the „Russian possessions“. || Mr. Adams' meaning was not, therefore, and indeed could not be, what Lord Salisbury assumed. As against such interpretation, I shall endeavour to call his Lordship's attention to what this Government holds to be the indisputable meaning of Mr. Adam's

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

entire paragraph. To that end a brief review of certain public transactions and a brief record of certain facts will be necessary. || At the close of the year 1799 the Emperor Paul, by a Ukase, asserted the exclusive authority of Russia over the territory from the Behring's Strait down to the 55th degree of north latitude on the American coast, following westward „by the Aleutian, Kurile and other islands“, practically inclosing the Behring's Sea. To the Russian American Company, which was organized under this Ukase, the Emperor gave the right „to make new discoveries“ in that almost unknown region, and „to occupy the new land discovered“ as „Russian possessions“. The Emperor was assassinated before any new discoveries were announced; but his successor, the Emperor Alexander I, inherited the ambition and the purpose of his father, and in a new Ukase of the 4th September, 1821, asserted the exclusive authority of Russia from Behring's Straits southward to the 51st degree of north latitude on the American coast, proclaiming his authority at the same time on the Asiatic coast as far south as the 45th degree, and forbidding any vessel to approach within 100 miles of land on either continent. I quote the two sections of the Ukase, that contain the order and the punishment:— || „Section 1. The transaction of commerce and the pursuit of whaling and fishing or any other industry on the islands in the harbours and inlets, and, in general, all along the north-western coast of America from Behring's Strait to the 51st parallel of northern latitude, and likewise on the Aleutian Islands and along the eastern coast of Siberia and on the Kurile Islands, that is from Behring's Strait to the southern promontory of the Island of Urup, viz., as far south as latitude 45° 50' north, are exclusively reserved to subjects of the Russian Empire. || „Section 2. Accordingly, no foreign vessel shall be allowed either to put to shore at any of the coasts and islands under Russian dominion, as specified in the preceding section, or even to approach the same to within a distance of less than 100 Italian miles. Any vessel contravening this provision shall be subject to confiscation with her whole cargo.“ || Against this larger claim of authority (viz., extending farther south on the American coast to the 51st degree of north latitude) Mr. Adams vigorously protested. In a despatch of the 30th March, 1822, to M. Poletica, the Russian Minister at Washington, Mr. Adams said:— || „This Ukase now for the first time extends the claim of Russia on the north-west coast of America to the 51st degree of north latitude.“ || And he pointed out to the Russian Minister, that the only foundation for the new pretension of Russia was the existence of a small Settlement, situated, not on the American Continent, but on a small island in latitude 57°—Novo Archangelsk, now known as Sitka. || Mr. Adams protested, not against the Ukase of Paul, but against the Ukase of Alexander; not wholly against the Ukase of Alexander; but only against his extended claim of sovereignty southward on the continent to the 51st degree north latitude. In short, Mr. Adams protested, not against the old possessions, but against the new pretensions of Russia on the north west coast

of America—pretensions to territory claimed by the United States, and frequented by her mariners since the peace of 1783, a specification of time which is dropped from Lord Salisbury's quotation from Mr. Adams, but which Mr. Adams pointedly used to fix the date when the power of the United States was visibly exercised on the coast of the Pacific Ocean. || The names and phrases at that time in use to describe the geography included within the area of this dispute are confusing, and, at certain points, apparently contradictory and irreconcilable. Mr. Adams' denial to Russia of the ownership of territory on the „Continent of America“ is a fair illustration of this singular contradiction of names and places. In the same way the phrase „north-west coast“ will be found, beyond all possible doubt, to have been used in two senses: one including the north-west coast of the Russian possessions, and one to describe the coast whose northern limit is the 60th parallel of north latitude. || It is very plain, that Mr. Adams' phrase „the Continent of America“, in his reference to Russia's possessions, was used in a territorial sense, and not in a geographical sense; he was drawing the distinction between the territory of „America“ and the territory of the „Russian possessions“. Mr. Adams did not intend to assert, that these territorial rights of Russia had no existence on the Continent of North America. He meant, that they did not exist as the Ukase of the Emperor Alexander had attempted to establish them, southward of the Aleutian Peninsula, and on that distinctive part of the continent claimed as the territory of the United States. „America“ and the „United States“ were then, as they are now, commonly used as synonymous. || British statesmen at that time used the phrase precisely as Mr. Adams did. The possessions of the Crown were generically termed „British America“. Great Britain and the United States harmonized at this point, and on this territorial issue, against Russia. Whatever disputes might be left by these negotiations for subsequent settlement between the two Powers, there can be no doubt, that at that time they had a common and very strong interest against the territorial aggrandizement of Russia. The British use of the phrase is clearly seen in the Treaty between Great Britain and Russia negotiated in 1825, and referred to at length in a subsequent portion of this despatch. A publicist as eminent as Stratford Canning opened the IIIrd Article of that Treaty in these descriptive words: „The line of demarcation between the possessions of the High Contracting Parties, upon the coasts of the continent, and the Islands of America to the north-west.“ Mr. Canning evidently distinguished „the islands of America“ from „the islands of the Russian possessions“, which were far more numerous, and by the use of the phrase „to the north-west“, just as evidently limited the coast of the continent as Mr. Adams limited it in that direction by the Alaskan Peninsula. A concurrence of opinion between John Quincy Adams and Stratford Canning touching any public question left little room even for suggestion by a third person. || It will be observed, as having weighty significance, that the Russian ownership of the Aleutian and Kurile

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

Islands (which border and close in the Behring's Sea, and by the dip of the peninsula are several degrees south of latitude 55°) was not disputed by Mr. Adams, and could not possibly have been referred to by him when he was limiting the „Island“ possessions of Russia. This is but another evidence, that Mr. Adams was making no question as to Russia's ownership of all territory bordering on the Behring's Sea. The contest pertained wholly to the territory on the north-west coast. The Emperor Paul's Ukase, including his sovereignty over the Aleutian and Kurile Islands, was never questioned or denied by any Power at any time. || Many of the acts of Mr. Adams' public life received interesting commentary, and, where there was doubt, luminous interpretation in his personal diary, which was carefully kept from the 3rd June, 1794, to the 1st January, 1848, inclusive. The present case affords a happy illustration of the corroborative strength of the diary. During the progress of this correspondence Baron Tuyl, who had succeeded M. Poletica as Russian Minister in Washington, called upon Mr. Adams at his office, on the 17th July, 1823, six days before the date of the despatch upon which I have been commenting, and upon which Lord Salisbury relies for sustaining his contention in regard to the Behring's Sea. During an animated conversation of an hour or more between Mr. Adams and Baron Tuyl, the former said: || „I told Baron Tuyl specially, that we should contest the right of Russia to any territorial establishment on this continent . . .“ || It will be observed, that Mr. Adams uses the same phrase in his conversation, that has misled English statesmen as to the true scope and meaning of his despatch of the 23rd July, 1823. When he declared, that we should „contest the right of Russia to any territorial establishment on this continent“ (with the word „any“ italicized), he no more meant, that we should attempt to drive Russia from her ancient possessions than that we should attempt to drive England from the ownership of Canada or Nova Scotia. Such talk would have been absurd gasconade, and Mr. Adams was the last man to indulge in it. His true meaning, it will be seen, comes out in the next sentence, when he declares:— || „I told Baron Tuyl, that we should assume distinctly the principle, that the American continents are no longer subjects for any new European colonial establishments.“ || In the Message of President Monroe to the next Congress (the eighteenth) at its first Session, the 2nd December, 1823, he announced that, at the proposal of the Russian Government, the United States had agreed to „arrange, by amicable negotiations, the respective rights and interests of the two nations on the north-west coast of this continent.“ A similar proposal had been made by Russia to Great Britain, and had been likewise agreed to. The negotiations in both cases were to be at St. Petersburg. || It was in connection with this subject, and in the same paragraph, that President Monroe spoke thus:— || „In the discussions to which this interest has given rise, and in the arrangements by which they may terminate, the occasion has been judged proper for asserting, as a principle in which

the rights and interests of the United States are involved, that the American Continents, by the free and independent condition which they have assumed and maintain, are henceforth not to be considered as subjects for future colonization by any European Power." || This very brief declaration (in fact, merely the three lines italicized) constitutes the famous „Monroe doctrine.“ Mr. Adams' words of the July preceding clearly foreshadowed this position as the permanent policy of the United States. The declaration removes the last doubt, if room for doubt had been left, that the reference made by Mr. Adams was to the future, and had no possible connection with the Russian rights existing for three-quarters of a century before the despatch of 1823 was written. || It was evident from the first, that the determined attitude of the United States, subsequently supported by Great Britain, would prevent the extension of Russian territory southward to the 51st parallel. The Treaties which were the result of the meeting at St. Petersburg, already noted, marked the surrender on the part of Russia of this pretension, and the conclusion was a joint Agreement that 50° 40' should be taken as the extreme southern boundary of Russia on the north-west coast instead of the 55th degree which was proclaimed by the Emperor Paul in the Ukas of 1799. The Treaty between Russia and the United States was concluded on the 17th April 1824, and that between Russia and Great Britain ten months later, on the 16th February 1825. In both Treaties Russia acknowledged 54° 40' as the dividing line. It was not determined which of the two nations owned the territory from 54° 40' down to the 49th parallel, and it remained in dispute between Great Britain and the United States until its final adjustment by the "Oregon Treaty" negotiated by Mr. Buchanan and Mr. Pakenham under the Administration of Mr. Polk in 1846. || The Government of the United States has steadily maintained, that in neither of these Treaties with Russia was there any attempt at regulating or controlling or even asserting an interest in the Russian possessions and the Behring's Sea which lie far to the north and west of the territory which formed the basis of the contention. This conclusion is indisputably proved by the Protocols which were signed during the progress of the negotiation. At the fourth conference of the Plenipotentiaries on the 8th March 1824, the American Minister, Mr. Henry Middleton, submitted to the Russian Representative, Count Nesselrode, the following:— || "The dominion cannot be acquired but by a real occupation and possession, and an intention ('animus') to establish it is by no means sufficient."

Now, it is clear, according to the facts established, that neither Russia nor any other Power has the right of dominion upon the Continent of America between the 50th and 60th degrees of north latitude. || Still less has she the dominion of the adjacent maritime territory, or of the sea which washes these coasts, a dominion which is only accessory to the territorial dominion. || Therefore, she has not the right of exclusion or of admission on these coasts, nor in these seas, which are free seas. || The right of navigating all the free seas

Nr. 10187.
Gross-
britannien,
30. Juni 1890.

belongs, by natural law, to every independent nation, and even constitutes an essential part of this independence.

The United States have exercised navigation in the seas and commerce upon the coasts above mentioned from the time of their independence; and they have a perfect right to this navigation and to this commerce, and they can only be deprived of it by their own act or a Convention. || This is a clear proof of what is demonstrated in other ways, that the whole dispute between the United States and Russia, and between Great Britain and Russia, related to the north-west coast, as Mr. Middleton expresses it, between the "50th and the 60th degrees of north latitude". This statement is in perfect harmony with Mr. Adams' paragraph when given in full. "The United States," Mr. Middleton insists, "have exercised navigation in the seas and commerce upon the coasts above mentioned from the time of their independence;" but he does not say one word in regard to our possessing any rights of navigation or commerce in the Behring's Sea. He declares, that Russia has not the right of exclusion or admission on these coasts (between the 50th and the 60th degrees north latitude) nor in these seas, which are free seas, evidently emphasizing "free" to distinguish those seas from the Behring's Sea, which was recognized as being under Russian restrictions. || Mr. Middleton wisely and conclusively maintained, that, if Russia had no claim to the continent between the 50th and 60th degrees north latitude, "still less could she have the dominion of the adjacent maritime territory," or, to make it more specific, "of the sea which washes these coasts." That sea was the Great Ocean, or the South Sea, or the Pacific Ocean, the three names being equally used for the same thing. || The language of Mr. Middleton plainly shows, that the lines of latitude were used simply to indicate the "dominion" on the coast between the 50th and 60th parallels of north latitude. || The important declarations of Mr. Middleton which interpret and enforce the contention of the United States should be regarded as indisputable authority, from the fact, that they are but a paraphrase of the instructions which Mr. Adams delivered to him for his guidance in negotiating the Treaty with Count Nesselrode. Beyond all doubt, they prove, that Mr. Adams' meaning was the reverse of what Lord Salisbury infers it to be in the paragraph of which he quoted only a part. || The four principal Articles of the Treaty negotiated by Mr. Middleton are as follows:— || "Article I. It is agreed, that in any part of the Great Ocean, commonly called the Pacific Ocean or South Sea, the respective citizens or subjects of the High Contracting Powers shall be neither disturbed nor restrained, either in navigation or in fishing, or in the power of resorting to the coasts, upon points which may not already have been occupied, for the purpose of trading with the natives, saving always the restrictions and conditions determined by the following Articles. || "Article II. With a view of preventing the rights of navigation and of fishing exercised upon the Great Ocean by the citizens and subjects of the High Contracting Powers from becoming the

pretext for an illicit trade, it is agreed, that the citizens of the United States shall not resort to any point where there is a Russian establishment without the permission of the Governor or Commander; and that, reciprocally, the subjects of Russia shall not resort without permission to any establishment of the United States upon the north-west coast. || Article III. It is moreover agreed, that, hereafter, there shall not be formed by the citizens of the United States, or under the authority of the said States, any establishment upon the north-west coast of America, nor in any of the islands adjacent, to the north of $54^{\circ} 40'$ of north latitude; and that in the same manner there shall be none formed by Russian subjects, or under the authority of Russia, south of the same parallel. || Article IV. It is, nevertheless, understood, that during a term of ten years, counting from the signature of the present Convention, the ships of both Powers, or which belong to their citizens or subjects respectively, may reciprocally frequent, without any hindrance whatever, the interior seas, gulfs, harbours and creeks upon the coast mentioned in the preceding Article, for the purpose of fishing and trading with the natives of the country." || The Ist Article, by carefully mentioning the Great Ocean, and describing it as the ocean "commonly called the Pacific Ocean or South Sea," evidently meant to distinguish it from some other body of water with which the negotiators did not wish to confuse it. Mr. Adams used the term "South Sea" in the despatch quoted by Lord Salisbury, and used it with the same discriminating knowledge that pervades his whole argument on this question. If no other body of water existed within the possible scope of the Treaty, such particularity of description would have had no logical meaning. But there was another body of water already known as the Behring's Sea. That name was first given to it in 1817, according to English authority, seven years before the American Treaty, and eight years before the British Treaty with Russia; but it had been known as a sea, separate from the ocean, under the names of the Sea of Kamtchatka, the Sea of Otters, or the Aleutian Sea, at different periods before the Emperor Paul issued his Ukase of 1799. || The IInd Article plainly shows, that the Treaty is limited to the Great Ocean, as separate from Behring's Sea, because the limitation of the "north-west coast" between the 50th and 60th degrees could apply to no other. That coast, as defined both by American and British negotiators at that time, did not border on the Behring's Sea || The IIIrd Article shows the compromise as to territorial sovereignty on the north-west coast. The United States and Great Britain had both claimed, that Russia's just boundary on the coast terminated at the 60th degree north latitude, the southern border of the Aleutian Peninsula. Russia claimed to the 51st parallel. They made a compromise by a nearly equal division. An exactly equal division would have given Russia $54^{\circ} 30'$; but 10 miles farther north, Prince of Wales' Island, presented a better geographical point for division, and Russian accepted a little less than half the coast of which she had claimed all, and $54^{\circ} 40'$ was thus established as the

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

dividing point. || The IVth Article of the Treaty necessarily grew out of the claims of Russia to a share of the north-west coast in dispute between the United States and Great Britain. Mr. Adams, in the instruction to Mr. Middleton so often referred to, says:— || “By the IIIrd Article of the Convention between the United States and Great Britain of the 20th October 1818, it was agreed, that any country that might be claimed by either party on the north-west coast of America, westward of the Stony Mountains, should, together with its harbours, bays and creeks, and the navigation of all rivers within the same, be free and open, for the term of ten years from that date, to the vessels, citizens and subjects of the two Powers, without prejudice to the claims of either party or of any other State. || You are authorized to propose an Article of the same purport for a term of ten years from the signature of a joint Convention between the United States, Great Britain and Russia.” ||

It will be observed, that the IVth Article relates solely to the “north-west coast of America,” so well understood as the coast of the Pacific Ocean between the 50th and the 60th degrees north latitude, and, therefore, does not in the remotest degree touch the Behring’s Sea or the land bordering upon it. || The several Articles in the Treaty between Great Britain and Russia, 16th February, 1825, that could have any bearing on the pending contention are as follows:—

Articles I and II. (Substantially the same as in the Treaty between Russia and the United States.) || “Article III. The line of demarcation between the possessions of the High Contracting Parties, upon the coast of the continent, and the islands of America to the north-west, shall be drawn in the manner following:— || Commencing from the southernmost point of the island called Prince of Wales’ Island, which point lies in the parallel of 54° 40’ north latitude, and between the 131st and the 133rd degree of west longitude (meridian of Greenwich), the said line shall ascend to the north, along the channel called Portland Channel as far as the point of the continent where it strikes the 56th degree of north latitude; from this last-mentioned point the line of demarcation shall follow the summit of the mountains situated parallel to the coast as far as the point of intersection of the 141st degree of west longitude (of the same meridian); and, finally, from the said point of intersection the said meridian line of the 141st degree, in its prolongation as far as the Frozen Ocean, shall form the limit between the Russian and British possessions on the Continent of America to the north-west. || Article V. (Substantially the same as Article III of the Treaty between Russia and the United States.) || Article VI. It is understood, that the subjects of His Britannic Majesty, from whatever quarter they may arrive, whether from the ocean or from the interior of the continent, shall for ever enjoy the right of navigating freely, and without any hindrance whatever, all the rivers and streams which, in their course towards the Pacific Ocean, may cross the line of demarcation upon the line of coast described in Article III of the present Convention. || Article VII.

It is also understood, that, for the space of ten years from the signature of the present Convention, the vessels of the two Powers, or those belonging to their respective subjects, shall mutually be at liberty to frequent, without any hindrance whatever, all the inland seas, the gulfs, havens, and creeks on the coast mentioned in Article III, for the purpose of fishing and of trading with the natives." || After the analysis of the Articles in the American Treaty there is little in the English Treaty that requires explanation. The two Treaties were drafted under circumstances and fitted to conditions quite similar. There were some differences because of Great Britain's ownership of British America. But these very differences corroborate the position of the United States. This is most plainly seen in Article VI. By that Article the subjects of Her Britannic Majesty were guaranteed the right of navigating freely the rivers emptying into the Pacific Ocean and crossing the line of demarcation upon the line of coast described in Article III. The line of demarcation is described in Article III as following "the summit of the mountains situated parallel to the coast, as far as the point of intersection of the 141st degree of west longitude." Article IV, qualifying Article III, specifies, that "wherever the summit of the mountains which extend in a direction parallel to the coast, from the 56th degree of north latitude to the point of intersection of the 141st degree of west longitude, shall prove to be at a distance of more than 10 marine leagues from the ocean, the limit between the British possessions and the line of coast which is to belong to Russia, as above mentioned, shall be formed by a line parallel to the windings of the coast, and shall never exceed the distance of 10 marine leagues therefrom." || By both these Articles the line of demarcation ceases to have any parallel relation to the coast when it reaches the point of intersection of the 141st degree of west longitude. From that point the 141st degree of west longitude, as far as it extends continuously on land northward, is taken as the boundary between the territories of the two Powers. It is thus evident, that British subjects were guaranteed the right of navigating only such rivers as crossed the line of demarcation while it followed the line of coast. They were limited, therefore, to the rivers that emptied into the Pacific Ocean between 54° 40' and 60° north latitude, the latter being the point on the coast opposite the point where the line of demarcation diverges, Mount St. Elias. || By this Agreement Great Britain was excluded from all rivers emptying into the Behring's Sea, including the Great Yukon and its affluent the Porcupine, which rise, and for a long distance flow, in British America. So complete was the exclusion from Behring's Sea, that Great Britain surrendered in this case a doctrine which she had aided in impressing upon the Congress of Vienna for European rivers. She did not demand access to the sea from a river whose source was in her territory. She consented, by signing the Treaty of 1825, to such total exclusion from the Behring's Sea as to forego following her own river to its mouth in that sea. || It shows a curious association of political events, that in the Washington

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

Treaty of 1871 the United States conceded to Great Britain the privilege of navigating the Yukon and its branch the Porcupine to the Behring's Sea in exchange for certain privileges conceded to the United States on the St. Lawrence. The request of Great Britain for the privilege of navigating the Yukon and the Porcupine is a suggestive confession, that it was withheld from her by Russia in the Treaty of 1825, withheld because the rivers flowed to the Behring's Sea. || The VIIth Article is practically a repetition of the IVth Article in the Treaty between Russia and the United States, and the privilege of fishing and trading with the natives is limited to the coast mentioned in Article III, identically the same line of coast which they were at liberty to pass through to reach British America or to reach the coast from British America. They are excluded from going north of the prescribed point on the coast near Mount St. Elias, and are therefore kept out of Behring's Sea. || It is to be noted, that the negotiators of this Treaty in defining the boundary between the Russian and British possessions cease to observe particularity exactly at the point on the coast where it is intersected by the 60th parallel. From that point the boundary is designated by the almost indefinite prolongation northward of the 141st degree of longitude west. It is plain, therefore, that this Treaty, like the Russo-American Treaty, limited the "north-west coast" to that part of the coast between the 50th and 60th parallels of north latitude, as fully set forth by Mr. Middleton in the Protocols preceding the Treaty between the United States and Russia. The negotiators never touched one foot of the boundary of the Behring's Sea, whether on continent or island, and never even made a reference to it. Its nearest point in Bristol Bay was 1,000 miles distant from the field of negotiation between the Powers. || It must not be forgotten, that this entire negotiation of the three Powers proceeded with full knowledge and recognition of the Ukase of 1821. While all questions touching the respective rights of the Powers on the north-west coast between the 50th and 60th parallels were discussed and pressed by one side or the other, and finally agreed upon, the terms of the Ukase of 1821, in which the Emperor set forth so clearly the rights claimed and exercised by Russia in the Behring's Sea, were untouched and unquestioned. These rights were therefore admitted by all the Powers negotiating as within the exercise of Russia's lawful authority then, and they were left inviolate by England during all the subsequent continuance of Russia's dominion over Alaska. || These Treaties were therefore a practical renunciation, both on the part of England and the United States, of any rights in the waters of Behring's Sea during the period of Russia's sovereignty. They left the Behring's Sea, and all its coasts and islands, precisely as the Ukase of Alexander in 1821 left them—that is, with the prohibition against any vessel approaching nearer to the coast than 100 Italian miles under danger of confiscation. The original Ukase of Alexander of 1821 claimed as far south as the 51st degree of north latitude, with the inhibition of 100 miles from the coast applying to the

whole. || The result of the protest of Mr. Adams, followed by the co-operation of Great Britain, was to force Russia back to $54^{\circ} 40'$ as her southern boundary. But there was no renunciation whatever on the part of Russia as to the Behring's Sea, to which the Ukase especially and primarily applied. As a piece of legislation this Ukase was as authoritative in the dominions of Russia as an Act of Parliament is in the dominions of Great Britain or any Act of Congress in the territory of the United States. || Except as voluntarily modified by Russia in the Treaty with the United States, 17th April, 1824, and in the Treaty with Great Britain, 16th February, 1825, the Ukase of 1821 stood as the law controlling the Russian possessions in America until the close of Russia's ownership by transfer to this Government. Both the United States and Great Britain recognized it, respected it, obeyed it. It did not, as so many suppose, declare the Behring's Sea to be *mare clausum*. It did declare, that the waters, to the extent of 100 miles from the shores, were reserved for the subjects of the Russian Empire. Of course, many hundred miles east and west and north and south were thus intentionally left by Russia for the whale fishery, and for fishing open and free to the world, of which other nations took large advantage. Perhaps, in pursuing this advantage, foreigners did not always keep 100 miles from the shore; but the theory of right on which they conducted their business unmolested was, that they observed the conditions of the Ukase. || But the 100-mile restriction performed the function for which it was specially designed in preventing foreign nations from molesting, disturbing, or by any possibility sharing in the fur trade. The fur trade formed the principal, almost the sole, employment of the Russian American Company. It formed its employment, indeed, to such a degree that it soon became known only as the Russian American Fur Company, and quite suggestively that name is given to the Company by Lord Salisbury in the despatch to which I am replying. While, therefore, there may have been a large amount of lawful whaling and fishing in the Behring's Sea, the taking of furs by foreigners was always and under all circumstances illicit. || Eighteen years after the Treaty of 1825 (in 1843) Great Britain made a Commercial Treaty with Russia based on the principle of reciprocity of advantages; but the rights of the Russian American Company, which under both Ukases included the sovereignty over the sea to the extent of 100 miles from the shores, were reserved by special clause in a separate and special Article signed after the principal Articles of the Treaty had been concluded and signed. Although British rights were enlarged with nearly all other parts of the Russian Empire, her relations with the Russian possessions and with the Behring's Sea remained at precisely the same point where the Treaty of 1825 had placed them. || Again, in 1859, Great Britain still further enlarged her commercial relations with the Emperor of Russia, and again the "possessions" and the Behring's Sea were held firmly in their relations to the Russian American Company as they had been held in the Treaty of 1843. || It is

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

especially notable, that, both in the Treaty of 1843 and the Treaty of 1859, it is declared, that "in regard to commerce and navigation in the Russian possessions on the north-west coast of America the Convention concluded at St. Petersburg, 16th February, 1825, shall continue in force." The same distinction and the same restrictions which Mr. Adams made in regard to the north-west coast of America were still observed, and Great Britain's access from or to the interior of the continent was still limited to that part of the coast between $54^{\circ} 40'$ and a point near Mount St. Elias. The language of the three Russo-British Treaties of 1825, 1843 and 1859 corresponds with that employed in Mr. Adams' despatch to Mr. Middleton to which reference has so frequently been made. This shows, that the true meaning of Mr. Adams' paragraph is the key, and indeed the only key, by which the Treaties can be correctly interpreted, and by which expressions apparently contradictory or unintelligible can be readily harmonized. || Immediately following the partial quotation of Mr. Adams' despatch, Lord Salisbury quotes the case of the United States' brig "Loriot" as having some bearing on the question relating to the Behring's Sea. The case happened on the 15th September, 1836, and Mr. Forsyth, Secretary of State, in a despatch to the United States' Minister at St. Petersburg, declared the course of the Russians in arresting the vessel to be a violation of the rights of the citizens of the United States; he claimed, that the citizens of the United States had the right immemorially, as well as by the stipulations of the Treaty of 1824, to fish in those waters. || Lord Salisbury's understanding of the case differs entirely from that held by the Government of the United States. The "Loriot" was not arrested in the Behring's Sea at all, nor was she engaged in taking furs. She was arrested, as Mr. Forsyth in his despatch says, in latitude $54^{\circ} 55'$, more than 60 miles south of Sitka, on the "north-west coast," to which, and to which only, the Treaty of 1824 referred. Russia upheld its action on the ground, that the ten-year term provided in the IVth Article of the Treaty had closed two years before. The case was made the basis of an application on the part of the United States' Government for a renewal of that Article. This application was pressed for several years, but finally and absolutely refused by the Russian Government. Under the claim of Russia, that the term of ten years had expired, the United States failed to secure any redress in the "Loriot" case. With all due respect to Lord Salisbury's judgment, the case of the "Loriot" sustains the entire correctness of the position of the United States in this contention. || It only remains to say, that whatever duty Great Britain owed to Alaska as a Russian province, whatever she agreed to do, or to refrain from doing, touching Alaska and the Behring's Sea, was not changed by the mere fact of the transfer of sovereignty to the United States. It was explicitly declared in the VIth Article of the Treaty by which the territory was ceded by Russia, that "the cession hereby made conveys all the rights, franchises and privileges now belonging to Russia in the said territory

or dominions, and appurtenances thereto." Neither by the Treaty with Russia of 1825, nor by its renewal in 1843, nor by its second renewal in 1859, did Great Britain gain any right to take seals in Behring's Sea. In fact, those Treaties were a prohibition upon her which she steadily respected so long as Alaska was a Russian province. It is for Great Britain now to show by what law she gained rights in that sea after the transfer of its sovereignty to the United States. || During all the time elapsing between the Treaty of 1825 and the cession of Alaska to the United States in 1867, Great Britain never affirmed the right of her subjects to capture fur-seal in the Behring's Sea; and, as a matter of fact, her subjects did not during that long period attempt to catch seals in the Behring's Sea. Lord Salisbury, in replying to my assertion, that these lawless intrusions upon the fur-seal fisheries began in 1886, declares, that they had occurred before. He points out one attempt in 1870, in which forty-seven skins were found on board an intruding vessel; in 1872 there was a rumour, that expeditions were about to fit out in Australia and Victoria for the purpose of taking seal in the Behring's Sea; in 1874 some reports were heard, that vessels had entered the sea for that purpose; one case was reported in 1875, two cases in 1884, two also in 1885. || These cases, I may say, without intending disrespect to his Lordship, prove the truth of the statement which he endeavours to controvert; because they form just a sufficient number of exceptions to establish the fact, that the destructive intrusion began in 1886. But I refer to them now for the purpose of showing, that his Lordship does not attempt to cite the intrusion of a single British sealer into the Behring's Sea until after Alaska had been transferred to the United States. I am justified, therefore, in repeating the questions I addressed to Her Majesty's Government on the 22nd of last January, and which still remain unanswered, viz.:— || „Whence did the ships of Canada derive the right to do in 1886 that which they had refrained from doing for nearly ninety years? || “Upon what grounds did Her Majesty's Government defend in the year 1886 a course of conduct in the Behring's Sea which had been carefully avoided ever since the discovery of that sea? || By what reasoning did Her Majesty's Government conclude, that an act may be committed with impunity against the rights of the United States which had never been attempted against the same rights when held by the Russian Empire?” || I have &c.

James G. Blaine.

Nr. 10187.
Gross-
britannien.
30. Juni 1890.

Nr. 10188. GROSSBRITANNIEN. — Antwort auf das vorige.

Foreign Office, August 2, 1890.

Sir, || I have received and laid before the Queen your despatch of the 1st ultimo, forwarding a copy of a note from Mr. Blaine, in which he maintains, that the United States have derived from Russia rights of jurisdiction

Nr. 10188.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1890.

Nr. 10188.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1890.

over the waters of Behring's Sea to a distance of 100 miles from the coasts transferred to them under the Treaty of the 30th March, 1867. || In replying to the arguments to the contrary effect contained in my despatch of the 22nd May, Mr. Blaine draws attention to certain expressions which I had omitted for the sake of brevity in quoting from Mr. Adams' despatch of the 22nd July, 1823. He contends, that these words give a different meaning to the despatch, and that the latter does not refute, but actually supports, the present claim of the United States. It becomes necessary, therefore, that I should refer in greater detail to the correspondence, an examination of which will show that the passage in question cannot have the signification which Mr. Blaine seeks to give to it, that the words omitted by me do not in reality affect the point at issue, and that the view which he takes of the attitude both of Great Britain and of the United States towards the claim put forward by Russia in 1822 cannot be reconciled with the tenour of the despatches. || It appears from the published papers, that in 1799 the Emperor Paul I granted by Charter to the Russian American Company the exclusive right of hunting, trade, industries, and discoveries of new land on the north-west coast of America from Behring's Strait to the 55th degree of north latitude, with permission to the Company to extend their discoveries to the south and to form establishments there, provided they did not encroach upon the territory occupied by other Powers. || The southern limit thus provisionally assigned to the Company corresponds, within 20 or 30 miles, with that which was eventually agreed upon as the boundary between the British and Russian possessions. It comprises not only the whole American coast of Behring's Sea, but a long reach of coast-line to the south of the Alaskan Peninsula as far as the level of the southern portion of Prince of Wales' Island. || The Charter, which was issued at a time of great European excitement, attracted apparently little attention at the moment, and gave rise to no remonstrance. It made no claim to exclusive jurisdiction over the sea, nor do any measures appear to have been taken under it to restrict the commerce, navigation, or fishery of the subjects of foreign nations. But in September 1821 the Russian Government issued a fresh Ukase, of which the provisions material to the present discussion were as follows:— || "Section 1. The pursuits of commerce, whaling, and fishing and of all other industry, on all islands, ports and gulfs, including the whole of the north-west coast of America, beginning from Behring's Strait to the 51st degree of northern latitude; also from the Aleutian Islands to the eastern coast of Siberia, as well as along the Kurile Islands from Behring's Strait to the south cape of the Island of Urup, viz, to 45° 50' northern latitude, are exclusively granted to Russian subjects. || Sec. 2. It is therefore prohibited to all foreign vessels not only to land on the coasts and islands belonging to Russia, as stated above, but also to approach them within less than 100 Italian miles. The transgressor's vessel is subject to confiscation, along with the whole cargo." || By this Ukase the

exclusive dominion claimed by Russia on the American Continent was pushed some 250 miles to the south as far as Vancouver Island, and notice was for the first time given of a claim to maritime jurisdiction which was regarded both in England and the United States as extravagant, or, to use Lord Stowell's description of it, „very unmeasured and insupportable.“ || Upon receiving communication of the Ukase, the British and United States' Governments at once objected both to the extension of the territorial claim and to the assertion of maritime jurisdiction. For the present, I will refer only to the protest of the United States' Government. This was made in a note from Mr. John Quincy Adams, then Secretary of State, to the Russian Representative, dated the 25th February, 1822, which contains the following statement:— || “I am directed by the President of the United States to inform you, that he has seen with surprise in this Edict the assertion of a territorial claim on the part of Russia extending to the 51st degree of north latitude on this continent, and a regulation interdicting to all commercial vessels other than Russian, upon the penalty of seizure and confiscation, the approach upon the high seas within 100 Italian miles of the shores to which that claim is made to apply. The relations of the United States with His Imperial Majesty have always been of the most friendly character, and it is the earnest desire of this Government to preserve them in that state. It was expected, before any act which should define the boundary between the territories of the United States and Russia on this continent, that the same would have been arranged by Treaty between the parties. To exclude the vessels of our citizens from the shore, beyond the ordinary distance to which the territorial jurisdiction extends, has excited still greater surprise. || This Ordinance affects so deeply the rights of the United States and of their citizens, that I am instructed to inquire whether you are authorized to give explanations of the grounds of right, upon principles generally recognized by the laws and usages of nations, which can warrant the claims and regulations contained in it.” || The Russian Representative replied at length, defending the territorial claim on grounds of discovery, first occupation and undisturbed possession, and explaining the motive “which determined the Imperial Government to prohibit foreign vessels from approaching the north-west coasts of America belonging to Russia, within the distance of at least 100 Italian miles. This measure,” he said, “however severe it may at first view appear, is after all but a measure of prevention.” He went on to say, that it was adopted in order to put a stop to an illicit trade in arms and ammunition with the natives, against which the Russian Government had frequently remonstrated; and further on he observed:— || “I ought, in the last place, to request you to consider, Sir, that the Russian possessions in the Pacific Ocean extend, on the north-west coast of America, from Behring's Strait to the 51st degree of north latitude, and on the opposite side of Asia and the islands adjacent, from the same strait to the 45th degree, the extent of sea of which these possessions form

Nr. 10183.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1890.

Nr. 10158.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1890.

the limits comprehends all the conditions which are ordinarily attached to shut seas ('mers fermées'), and the Russian Government might, consequently, judge itself authorized to exercise upon this sea the right of sovereignty, and especially that of entirely interdicting the entrance of foreigners. But it preferred only asserting its essential rights, without taking any advantage of localities." || To this Mr. Adams replied (30th March, 1822), pointing out, that the only ground given for the extension of the Russian territorial claim was the establishment of a settlement, not upon the continent, but upon a small island, actually within the limits prescribed to the Russian American Company in 1799, and he went on to say:— || "This pretension is to be considered not only with reference to the question of territorial right, but also to that prohibition to the vessels of other nations, including those of the United States, to approach within 100 Italian miles of the coasts. From the period of the existence of the United States as an independent nation, their vessels have freely navigated those seas, and the right to navigate them is a part of that independence. || With regard to the suggestion, that the Russian Government might have justified the exercise of sovereignty over the Pacific Ocean as a close sea, because it claims territory both on its American and Asiatic shores, it may suffice to say, that the distance from shore to shore on this sea, in latitude 51° north, is not less than 90 degrees of longitude, or 4,000 miles." || The Russian Representative replied to this note, endeavouring to prove, that the territorial rights of Russia on the north-west coast of America were not confined to the limits of the Concession granted to the Russian American Company in 1799, and arguing, that the great extent of the Pacific Ocean at the 51st degree of latitude did not invalidate the right which Russia might have to consider that part of the ocean as closed. But he added, that further discussion of this point was unnecessary, as the Imperial Government had not thought fit to take advantage of that right. || The correspondence then dropped for a time, to be resumed in the following spring. But it is perfectly clear from the above, that the privileges granted to the Russian American Company in 1799, whatever effect they may have had as regards other Russian subjects, did not operate to exclude American vessels from any part of the coast, and that the attempt to exclude them in 1821 was at once resisted. Further, that the Russian Government had no idea of any distinction between Behring's Sea and the Pacific Ocean, which latter they considered as reaching southward from Behring's Straits. Nor throughout the whole of the subsequent correspondence is there any reference whatever on either side to any distinctive name for Behring's Sea, or any intimation, that it could be considered otherwise than as forming an integral part of the Pacific Ocean., I now come to the despatch from Mr. Adams to Mr. Middleton of the 22nd July 1823, to which reference has before been made, and which it will be necessary to quote somewhat at length. After authorizing Mr. Middleton to enter upon a negotiation with the Russian Ministers concerning the differences which

had arisen from the Ukase of the 4th (16th) September, 1821 Mr. Adams continues:— || “From the tenour of the Ukase, the pretensions of the Imperial Government extend to an exclusive territorial jurisdiction from the 45th degree of north latitude, on the Asiatic coast, to the latitude of 51° north on the western coast of the America Continent; and they assume the right of interdicting the navigation and the fishery of all other nations to the extent of 100 miles from the whole of that coast. || The United States can admit no part of these claims. Their right of navigation and of fishing is perfect, and has been in constant exercise from the earliest times, after the peace of 1783, throughout the whole extent of the Southern Ocean, subject only to the ordinary exceptions and exclusions of the territorial jurisdictions, which, so far as Russian rights are concerned, are confined to certain islands north of the 55th degree of latitude, and have no existence on the continent of America.” || Mr. Blaine has argued at great length to show, that when Mr. Adams used these clear and forcible expressions he did not mean what he seemed to say; that, when he stated, that the United States “could admit no part of these claims,” he meant, that they admitted all that part of them which related to the coast north of the Aleutian Islands; that, when he spoke of the Southern Ocean, he meant to except Behring’s Sea; and that, when he contended, that the ordinary exceptions and exclusions of the territorial jurisdictions had no existence, so far as Russian rights were concerned, on the Continent of America, he used the latter term not in a geographical but in a “territorial” sense, and tacitly excepted, by a very singular *petitio principii*, the Russian possessions. In order to carry out this theory, it is necessary for him also to assume, that the negotiators in the course of the discussions made indiscriminate use of the term “north-west coast of America,” with a variety of signification which he admits to be “confusing, and, at certain points, apparently contradictory and irreconcilable.” || The reputation of the American statesmen and diplomatists of that day for caution and precision affords of itself strong argument against such a view, and, even if this had been otherwise, so forced a construction would require very strong evidence to confirm it. But a glance at the rest of the despatch and at the other papers will show, that the more simple interpretation of the words is the correct one. For Mr. Adams goes on to say:— || “The correspondence between M. Poletica and this Department contained no discussion of the principles or of the facts upon which he attempted the justification of the Imperial Ukase. This was purposely avoided on our part, under the expectation, that the Imperial Government could not fail, upon a review of the measure, to revoke it altogether. It did, however, excite much public animadversion in this country, as the Ukase itself had already done in England. I inclose herewith the ‘North American Review’ for October 1822, No. 37, which contains an Article (p. 370) written by a person fully master of the subject; and for the view of it taken in England I refer you to the fifty-second number of the ‘Quarterly

Nr. 10188.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1890.

Nr. 10188.
Gross-
britannien,
2. Aug. 1890.

Review,' the article upon Lieutenant Kotzebue's voyages. From the article in the 'North American Review' it will be seen, that the rights of discovery, of occupancy and of uncontested possession, alleged by M. Poletica, are all without foundation in fact...." || On reference to the last-mentioned article, it will be found, that the writer states, that "a trade to the north-western coast of America and the free navigation of the waters, that wash its shores have been enjoyed as a common right by subjects of the United States and of several European Powers, without interruption, for nearly forty years. We are by no means prepared to believe, or admit, that all this has been on sufferance merely, and that the rights of commerce and navigation in that region have been vested in Russia alone." Further on he puts the question in the following manner (the italics are his own): "It is not, we apprehend, whether Russia has any settlements that give her territorial claims on the Continent of America. This we do not deny—but it is whether the location of those settlements and the discoveries of her navigators are such as they are represented to be; whether they entitle her to the exclusive possession of the whole territory north of 51°, and to sovereignty over the Pacific Ocean beyond that parallel." || These passages sufficiently illustrate Mr. Adams' meaning, if any evidence be required, that he used plain language in its ordinary sense. Clearly he meant to deny, that the Russian settlements or discoveries gave Russia any claim as of right to exclude the navigation or fishery of other nations from any part of the seas on the coast of America, and that her rights in this respect were limited to the territorial waters of certain islands of which she was in permanent and complete occupation. || Having distinctly laid down this proposition as regards the rights of the case, Mr. Adams went on to state what the United States were ready to agree to as a matter of Conventional arrangement. He said:— || "With regard to the territorial claim, separate from the right of traffic with the natives and from any system of colonial exclusions, we are willing to agree to the boundary-line within which the Emperor Paul had granted exclusive privileges to the Russian American Company, that is to say, latitude 55°. || "If the Russian Government apprehend serious inconvenience from the illicit traffic of foreigners with their settlements on the north-west coast, it may be effectually guarded against by stipulations similar to those a draft of which is herewith subjoined, and to which you are authorized, on the part of the United States, to agree...." || The draft Convention was as follows:— || "Draft of Treaty between the United States and Russia. || Article I. In order to strengthen the bonds of friendship, and to preserve in future a perfect harmony and good understanding between the Contracting Parties, it is agreed, that their respective citizens and subjects shall not be disturbed or molested, either in navigating or in carrying on their fisheries in the Pacific Ocean or in the South Seas, or in landing on the coasts of those seas, in places not already occupied, for the purpose of carrying on their commerce with the natives of the country, subject, nevertheless,

to the restrictions and provisions specified in the two following Articles. || Nr. 10188. Gross-britannien. 2. Aug. 1890.

Art. II. To the end, that the navigation and fishery of the citizens and subjects of the Contracting Parties, respectively, in the Pacific Ocean or in the South Seas may not be made a pretext for illicit trade with their respective settlements, it is agreed, that the citizens of the United States shall not land on any part of the coast actually occupied by Russian settlements, unless by permission of the Governor or Commander thereof, and that Russian subjects shall, in like manner, be interdicted from landing without permission at any settlement of the United States on the said north-west coast. || Art. III. It is agreed, that no settlement shall be made hereafter on the north-west coast of America by citizens of the United States or under their authority, north, nor by Russian subjects, or under the authority of Russia, south of the 55th degree of north latitude." || In an explanatory despatch to Mr. Rush, the American Minister in London, same date, Mr. Adams says:— || "The right of carrying on trade with the natives throughout the north-west coast they (the United States) cannot renounce. With the Russian settlements at Kodiak, or at New Archangel; they may fairly claim the advantage of a free trade, having so long enjoyed it unmolested, and because it has been and would continue to be as advantageous at least to those settlements as to them. But they will not contest the right of Russia to prohibit the traffic, as strictly confined to the Russian settlement itself, and not extending to the original natives of the coast...." || It is difficult to conceive how the term "north-west coast of America" used here and elsewhere can be interpreted otherwise than as applying to the north-west coast of America generally, or how it can be seriously contended, that it was meant to denote only the more westerly portion, excluding the more north-westerly part, because by becoming a Russian possession this latter had ceased to belong to the American Continent. || Mr. Blaine states, that when Mr. Middleton declared, that Russia had no right of exclusion on the coasts of America between the 50th and 60th degrees of north latitude, nor in the seas which washed those coasts, he intended to make a distinction between Behring's Sea and the Pacific Ocean. But upon reference to a Map, it will be seen, that the 60th degree of north latitude strikes straight across Behring's Sea, leaving by far the larger and more important part of it to the south; so that I confess it appears to me, that by no conceivable construction of his words can Mr. Middleton be supposed to have excepted that sea from those which he declared to be free. || With regard to the construction which Mr. Blaine puts upon the Treaty between the United States and Russia of the 17th April, 1824, I will only say, that it is, as far as I am aware, an entirely novel one, that there is no trace of its having been known to the various publicists who have given an account of the controversy in Treaties on International Law, and that it is contrary, as I shall show, to that which the British negotiators placed on the Treaty when they adopted the Ist and IInd Articles for insertion in the British Treaty of the

Nr. 10188.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1890.

28th February, 1825. I must further dissent from his interpretation of Article VII of the latter Treaty. That Article gives to the vessels of the two Powers "liberty to frequent all the inland seas, gulfs, havens and creeks on the coast mentioned in Article III, for the purpose of fishing and of trading with the natives." The expression „coast mentioned in Article III" can only refer to the first words of the Article: The line of demarcation between the possessions of the High Contracting Parties upon the coast of the continent and the islands of America to the north-west shall be drawn," &c. That is to say, it included all the possessions of the two Powers on the north-west coast of America. For there would have been no sense whatever in stipulating, that Russian vessels should have freedom of access to the small portion of coast which, by a later part of the Article, is to belong to Russia. And as bearing on this point it will be noticed, that Article VI, which has a more restricted bearing, speaks only of "the subjects of His Britannic Majesty," and of "the line of coast described in Article III." The stipulations of the Treaty were formally renewed by Articles inserted in the General Treaties of Commerce between Great Britain and Russia of 1843 and 1859. But Mr. Blaine states, that "the rights of the Russian American Company, which, under both Ukases, included the sovereignty over the sea to the extent of 100 miles from the shores, were reserved by special clause in a separate and special Article signed after the principal Articles of the Treaty had been concluded and signed." || Upon this I have to observe, in the first place, that the Ukase of 1799 did not contain any mention whatever of sovereignty over the sea; secondly, that the context of the Separate Article is such as altogether to preclude the interpretation, that it was meant to recognize the objectionable claim contained in the Ukase of 1821. I will quote the Article at length:— || "Separate Article II. It is understood in like manner, that the exceptions, immunities and privileges hereinafter mentioned shall not be considered as at variance with the principle of reciprocity which forms the basis of the Treaty of this date, that is to say:— || 1. The exemption from navigation dues during the first three years, which is enjoyed by vessels built in Russia and belonging to Russian subjects. || 2. The exemptions of the like nature granted in the Russian ports of the Black Sea, the Sea of Azof and the Danube to such Turkish vessels arriving from ports of the Ottoman Empire situated on the Black Sea, as do not exceed 80 lasts burden. || 3. The permission granted to the inhabitants of the coast of the Government of Archangel, to import duty free, or on payment of moderate duties, into the ports of the said Government, dried or salted fish, as likewise certain kinds of furs, and to export therefrom, in the same manner, corn, rope and cordage, pitch and ravenduck. || 4. The privilege of the Russian American Company. || 5. The privilege of the Steam Navigation Companies of Lubeck and Havre; lastly, || 6. The immunities granted in Russia to certain English Companies, called 'Yacht Clubs.'" || To suppose, that under the simple words, "the privilege of the Russian American

Company," placed in connection with the privilege of French and German Steam Navigation Companies, and the immunities of yacht clubs, it was intended to acknowledge a claim of jurisdiction against which Her Majesty's Government had formally protested as contrary to international law, and which it had avowedly been one of the main objects of the Treaty of 1825 to extinguish, is a suggestion too improbable to require any lengthened discussion. || But Her Majesty's Government did not of course agree to the Article without knowing what was the exact nature of the privileges thus excepted from reciprocity. They had received from the Russian Ambassador, in December 1842, an explanatory Memorandum on this subject, of which the following is the portion relating to the Russian American Company:— || "IV. La Compagnie Russe-Américaine a le privilège d'expédier francs de droits: de Cronstadt autour du monde et d'Ochotsk dans les Colonies Russes, les produits Russes ainsi que les marchandises étrangères dont les droits ont déjà été prélevés; de même d'importer au retour de ces Colonies des cargaisons de pelleteries et d'autres produits de ces Colonies, sans payer aucun droit si d'après les lois générales il n'est pas établi d'impôt particulier intérieur sur les marchandises de pelleterie. || Observation. — D'après le Tarif en vigueur, l'importation des fourrures dans les ports de St.-Pétersbourg et d'Archangel, de production Russe et sur des vaisseaux Russes, est admise sans droits." || It is surely incredible, that, if the privilege of the Russian American Company did comprise a right of excluding vessels from approaching within 100 miles of the shore, it should not even have been alluded to in this explanation. || Nor is it possible to agree in Mr. Blaine's view, that the exclusion of foreign vessels for a distance of 100 miles from the coast remained in force pending the negotiations, and in so far as it was not modified by the Conventions. A claim of jurisdiction over the open sea, which is not in accordance with the recognized principles of international law or usage, may, of course, be asserted by force, but cannot be said to have any legal validity as against the vessels of other countries, except in so far as it is positively admitted by Conventional Agreements with those countries. || I do not suppose, that it is necessary, that I should argue at length upon so elementary a point as that a claim to prohibit the vessels of other nations from approaching within a distance of 100 miles from the coast is contrary to modern international usage. Mr. Adams and Mr. Canning clearly thought in 1823, that the matter was beyond doubt or discussion. || The rule which was recognized at that time, and which has been generally admitted both by publicists and Governments, limits the jurisdiction of a country in the open sea to a distance of 3 miles from its coasts, this having been considered to be the range of a cannon-shot when the principle was adopted. || Wheaton, who may be regarded as a contemporary authority, equally respected in Europe and America, says:— || "The maritime territory of every State extends to the ports, harbours, bays, mouths of rivers and adjacent parts of the sea inclosed by headlands belonging to the same State.

Nr. 10188.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1890.

The general usage of nations superadds to this extent of territorial jurisdiction a distance of a marine league, or as far as a cannon-shot will reach from the shore along all the coasts of the State." || And again— || "The rule of law on this subject is *terrae dominium finitur, ubi finitur armorum vis*; and since the introduction of fire-arms that distance has usually been recognized to be about 3 miles from the shore." || Chancellor Kent, who is inclined to advocate a more extended limit, still admits that:— || "According to the current of modern authority, the general territorial jurisdiction extends into the sea as far as cannon-shot will reach, and no farther; and this is generally calculated to be a marine league." || Calvo, one of the most recent text-writers, makes a corresponding statement:— || "*Les limites juridictionnelles d'un État embrassent non seulement son territoire, mais encore les eaux qui le traversent ou l'entourent, les ports, les baies, les golfes, les embouchures des fleuves et les mers enclavées dans son territoire. L'usage général des nations permet également aux États d'exercer leur juridiction sur la zone maritime jusqu'à 3 mille marins ou à la portée de canon de leurs côtes.*" || But I need scarcely appeal to any other authority than that of the United States' Government itself. || In a note to the Spanish Minister, dated the 16th December, 1862, on the subjects of the Spanish claim to a 6-mile limit at sea, Mr. Seward stated:— || "A third principle bearing on the subject is also well established, namely, that this exclusive sovereignty of a nation—thus abridging the universal liberty of the seas—extends no farther than the power of the nation to maintain it by force, stationed on the coast, extends. This principle is tersely expressed in the maxim: '*Terrae dominium finitur, ubi finitur armorum vis.*' || But it must always be a matter of uncertainty and dispute at what point the force of arms, exerted on the coast, can actually reach. The publicists rather advanced towards than reached a solution when they laid down the rule, that the limit of the force is the range of a cannon-ball. The range of a cannon-ball is shorter or longer according to the circumstances of projection, and it must be always liable to change with the improvement of the science of ordnance. Such uncertainty upon a point of jurisdiction or sovereignty would be productive of many and endless controversies and conflicts. A more practical limit of national jurisdiction upon the high seas was indispensably necessary, and this was found, as the Undersigned thinks, in fixing the limit at 3 miles from the coast. This limit was early proposed by the publicists of all maritime nations. While it is not insisted, that all nations have accepted or acquiesced and bound themselves to abide by this rule when applied to themselves, yet three points involved in the subject are insisted upon by the United States:— || "1. That this limit has been generally recognized by nations; || 2. That no other general rule has been accepted; and || 3. That if any State has succeeded in fixing for itself a larger limit, this has been done by the exercise of maritime power, and constitutes an exception to the general understanding which fixes the range of a cannon-shot (when it is made the test of

jurisdiction) at 3 miles. So generally is this rule accepted, that writers commonly use the expressions of a range of cannon-shot and 3 miles as equivalents of each other. In other cases, they use the latter expression as a substitute for the former." || And in a later communication on the same subject of the 10th August, 1863, he observes:— || "Nevertheless, it cannot be admitted, nor indeed is Mr. Tassara understood to claim, that the mere assertion of a Sovereign, by an act of legislation, however solemn, can have the effect to establish and fix its external maritime jurisdiction. His right to a jurisdiction of 3 miles is derived, not from his own Decree, but from the law of nations, and exists, even though he may never have proclaimed or asserted it by any Decree or Declaration whatsoever. He cannot, by a mere Decree, extend the limit and fix it at 6 miles, because, if he could, he could in the same manner, and upon motives of interest, ambition, or even upon caprice, fix it at 10, or 20, or 50 miles without the consent or acquiescence of other Powers which have a common right with himself in the freedom of all the oceans. Such a pretension could never be successfully or rightfully maintained." || The same principles were laid down in a note addressed to Sir E. Thornton by Mr. Fish, then Secretary of State, on the 22nd January, 1875. Mr. Fish there stated; "We have always understood and asserted, that pursuant to public law no nation can rightfully claim jurisdiction at sea beyond a marine league from the coast." || He then went on to explain the only two exceptions that were apparently known to him so far as the United States were concerned: certain Revenue Laws which admitted the boarding of vessels at a distance of 4 leagues from the coast, which, he said, had never been so applied in practice as to give rise to complaint on the part of a foreign Government; and a Treaty between the United States and Mexico of 1848, in which the boundary-line between the two States was described as beginning in the Gulf of Mexico, 3 leagues from land. As regards this stipulation, he observed, that it had been explained at the time, that it could only affect the rights of Mexico and the United States, and was never intended to trench upon the rights of Great Britain or of any other Power under the law of nations. || It would seem, therefore, that Mr. Fish was entirely unaware of the exceptional jurisdiction in Behring's Sea, which is now said to have been conceded by the United States to Russia from 1823 to 1867, transferred to the United States, so far as the American coast was concerned, only eight years before he wrote, and which would presumably be still acknowledged by them as belonging to Russia on the Asiatic shore. I must suppose, that when Mr. Blaine states that "both the United States and Great Britain recognized, respected, obeyed" the Ukase of 1821, in so far as it affected Behring's Sea, he has some evidence to go upon in regard to the conduct of his country which is unknown to the world at large, and which he has not as yet produced. But I must be allowed altogether to deny, that the attitude of Great Britain was such as he represents, or that she ever admitted by act or by sufferance the extraordinary

Nr. 10188.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1890.

Nr. 10188.
Gross-
britannion.
2. Aug. 1890.

claim of maritime jurisdiction which that Ukase contained. || The inclosed copies of correspondence, extracted from the archives of this Office, make it very difficult to believe, that Mr. Blaine has not been altogether led into error. It results from them, that not only did Her Majesty's Government formally protest against the Ukase on its first issue as contrary to the acknowledged law of nations, but that the Russian Government gave a verbal assurance, that the claim of jurisdiction would not be exercised. In the subsequent negotiations great importance was attached to obtaining a more formal disavowal of the claim in the manner least hurtful to Russian susceptibilities, but so as effectually to preclude its revival. And this security the British Government undoubtedly considered, that both they and the United States had obtained by the Conventions of 1824 and 1825. || Upon this point the instructions given by Mr. George Canning to Mr. Stratford Canning when the latter was named Plenipotentiary to negotiate the Treaty of 1825 have a material bearing. || Writing under date the 8th December, 1824, after giving a summary of the negotiations up to that date, he goes on to say:— || "It is comparatively indifferent to us whether we hasten or postpone all questions respecting the limits of territorial possession on the Continent of America, but the pretensions of the Russian Ukase of 1821, to exclusive dominion over the Pacific, could not continue longer unrepealed without compelling us to take some measure of public and effectual remonstrance against it. || You will, therefore, take care in first instance to repress any attempt to give this change to the character of the negotiation, and will declare, without reserve, that the point to which alone the solicitude of the British Government, and the jealousy of the British nation, attach any great importance is the doing away (in a manner as little disagreeable to Russia as possible) of the effect of the Ukase of 1821. || That this Ukase is not acted upon, and that instructions have long ago been sent by the Russian Government to their cruizers in the Pacific to suspend the execution of its provisions, is true; but a private disavowal of a published claim is no security against the revival of that claim; the suspension of the execution of a principle may be perfectly compatible with the continued maintenance of the principle itself. || The right of the subjects of His Majesty to navigate freely in the Pacific cannot be held as a matter of indulgence from any Power. Having once been publicly questioned, it must be publicly acknowledged. || We do not desire, that any distinct reference should be made to the Ukase of 1821, but we do feel it necessary, that the statement of our right should be clear and positive, and that it should stand forth in the Convention in the place which properly belongs to it as a plain and substantive stipulation, and not be brought in as an incidental consequence of other arrangements to which we attach comparatively little importance. || This stipulation stands in the grant of the Convention concluded between Russia and the United States of America, and we see no reason why, upon similar claims, we should not obtain exactly the like

satisfaction. || For reasons of the same nature we cannot consent, that the liberty of navigation through Behring's Straits should be stated in the Treaty as a boon from Russia. || The tendency of such a statement would be to give countenance to those claims of exclusive jurisdiction against which we, on our own behalf and on that of the whole civilized world, protest. || It will of course strike the Russian Plenipotentiaries that, by the adoption of the American Article respecting navigation, &c., the provision for an exclusive fishery of 2 leagues from the coasts of our respective possessions falls to the ground. || But the omission is, in truth, immaterial. || The law of nations assigns the exclusive sovereignty of 1 league to each Power off its own coasts. without any specified stipulation, and though Sir Charles Bagot was authorized to sign the Convention with the specific stipulation of 2 leagues, in ignorance of what had been decided in the American Convention at the time, yet, after that Convention has been some months before the world, and after the opportunity of reconsideration has been forced upon us by the act of Russia herself, we cannot now consent, in negotiating de novo, to a stipulation which, while it is absolutely unimportant to any practical good, would appear to establish a contract between the United States and us to our disadvantage." Mr. Stratford Canning, in his despatch of the 1st March, 1825, inclosing the Convention as signed, says:— || "With respect to Behring's Straits, I am happy to have it in my power to assure you on the joint authority of the Russian Plenipotentiaries, that the Emperor of Russia has no intention whatever of maintaining any exclusive claim to the navigation of these Straits, or of the seas to the north of them." || These extracts show conclusively: (1) that England refused to admit any part of the Russian claim asserted by the Ukase of 1821 to a maritime jurisdiction and exclusive right of fishing throughout the whole extent of that claim, from Behring's Straits to the 51st parallel; (2) that the Convention of 1825 was regarded on both sides as a renunciation on the part of Russia of that claim in its entirety; and (3) that though Behring's Straits was known and specifically provided for, Behring's Sea, was not known by that name, but was regarded as part of the Pacific Ocean. || The answer, therefore, to the questions with which Mr. Blaine concludes his despatch is, that Her Majesty's Government have always claimed the freedom of navigation and fishing in the waters of Behring's Sea outside the usual territorial limit of 1 marine league from the coast; that it is impossible to admit, that a public right to fish, catch seals, or pursue any other lawful occupation on the high seas can be held to be abandoned by a nation from the mere fact, that for a certain number of years it has not suited the subjects of that nation to exercise it. || It must be remembered, that British Columbia has come into existence as a Colony at a comparatively recent date, and that the first considerable influx of population, some thirty years ago, was due to the discovery of gold, and did not tend to an immediate development of the shipping interest. || I have to request, that you will communicate a copy of

Nr. 10188.
Gross-
britannien.
2. Aug. 1890.

Nr. 10188. this despatch, and of its inclosures, to Mr. Blaine. You will state, that Her
Gross- Majesty's Government have no desire whatever to refuse to the United States
britannien. any jurisdiction in Behring's Sea which was conceded by Great Britain to
2. Aug. 1890. Russia, and which properly accrues to the present possessors of Alaska in
virtue of Treaties or the law of nations; and that, if the United States' Go-
vernment, after examination of the evidence and arguments which I have pro-
duced, still differ from them as to the legality of the recent captures in that
sea, they are ready to agree, that the question, with the issues that depend
upon it, should be referred to impartial arbitration. You will in that case
be authorized to consider, in concert with Mr. Blaine, the method of procedure
to be followed. || I am, &c.

Salisbury.

Thronwechsel und Regentschaft in Bayern (1886).

Nr. 10189. **BAYERN.** — Regentschaftsproklamation des Prinzen
Luitpold vom 10. Juni 1886.

„Im Namen Seiner Majestät des Königs.“

„Unser Königliches Haus und Bayerns treubewährtes Volk ist nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse von dem erschütternden Ereignisse betroffen worden, dass Unser vielgeliebter Neffe, der Allerdurchlauchtigste, Grossmächtigste König und Herr, Seine Majestät König Ludwig II., an einem schweren Leiden erkrankt sind, welches Allerhöchstdieselben an der Ausübung der Regierung auf längere Zeit im Sinne des Titels II § 11 der Verfassungsurkunde hindert.

Nr. 10189.
Bayern.
10. Juni 1886.

„Da Seine Majestät der König für diesen Fall Allerhöchstselbst weder Vorsehung getroffen haben, noch dermalen treffen können, und da ferner über Unsern vielgeliebten Neffen, Seine Königliche Hoheit den Prinzen Otto von Bayern, ein schon länger andauerndes Leiden verhängt ist, welches ihm die Übernahme der Regentschaft unmöglich macht, so legen uns die Bestimmungen der Verfassungsurkunde als nächstberufenem Agnaten die traurige Pflicht auf, die Reichsverwesung zu übernehmen.

„Indem Wir dieses, von dem tiefsten Schmerze ergriffen, öffentlich kund und zu wissen thun, verfügen wir hiemit in Gemässheit des Titels II §§ 11 und 16 der Verfassungsurkunde die Einberufung des Landtages auf Dienstag, den 15. Juni laufenden Jahres.

„Die Königlichen Kreisregierungen werden beauftragt, sofort alle aus ihrem Kreise berufenen Abgeordneten für die zweite Kammer unter abschriftlicher Mittheilung dieser öffentlichen Ausschreibung aufzufordern, sich rechtzeitig in der Haupt- und Residenzstadt München einzufinden.

München, den 10. Juni 1886.

Luitpold, Prinz von Bayern.

Dr. Frhr. von Lutz, Dr. v. Fäustle, Dr. v. Riedel, Frhr. v. Crailsheim,
Frhr. v. Feilitzsch, v. Heinleth.

Nr. 10190. BAYERN. — Armeebefehl des Regenten vom 10. Juni 1886.

Nr. 10190.
Bayern.
10. Juni 1886.

Ich mache der Armee hierdurch bekannt, dass Seine Majestät der König durch schwere Erkrankung abgehalten ist, Sich den Regierungsgeschäften Allerhöchstselbst zu widmen.

Infolgedessen habe Ich — bei der dauernden Behinderung Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Otto — als der dem Throne am nächsten stehende Agnat, auf Grund der Verfassungsurkunde, die Regentschaft übernommen, um die Regierung des Königreichs und hiermit den Oberbefehl über die Armee im Namen Seiner Majestät des Königs zu führen.

München, den 10. Juni 1886.

Luitpold, Prinz von Bayern.
v. Heinleth.

Nr. 10191. BAYERN. — Proklamation des Prinzregenten nach dem Tode König Ludwigs. 14. Juni 1886.

Nr. 10191.
Bayern.
14. Juni 1886.

Im Namen Sr. Maj. des Königs! Bayerns königliches Haus und sein in Glück und Unglück treu zu ihm stehendes Volk ist vom schwersten Schicksalsschlage getroffen. Nach Gottes unermesslichem Rathschlusse ist Se. Majestät König Ludwig II. aus dieser Zeitlichkeit geschieden. Durch diesen das ganze Vaterland in schmerzlichste Betrübniß versetzenden Todesfall ist das Königreich Bayern in der Gesamtvereinigung aller seiner älteren und neueren Gebietstheile nach den Bestimmungen der Verfassungsurkunde, auf Grund der Haus- und Staatsverträge, Unserem vielgeliebten Neffen, dem Bruder weiland Sr. Majestät, Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Otto, jetzt Majestät, als nächstem Stammfolger nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linealen Erbfolge angefallen. Da Allerhöchstderselbe durch ein schon länger andauerndes Leiden verhindert ist, die Regierung Allerhöchstselbst zu führen, so haben Wir als nächst berufener Agnat, nach den Bestimmungen der Verfassungsurkunde, in Allerhöchstdesselben Namen die Reichsverwesung zu übernehmen. Die nach der Verfassung erforderliche Einberufung des Landtages ist bereits verfügt. Indem Wir im Namen Sr. Majestät des Königs die Reichsverwesung hiermit übernehmen, versehen Wir uns zu allen Angehörigen der bayerischen Erblande, dass dieselben Seine Majestät den König als ihren rechtmässigen und einzigen Landesherrn so willig als pflichtmässig erkennen und Allerhöchstdesselben und Uns, als dem durch die Verfassung berufenen Regenten, unverbrüchliche Treue und unverweigerlichen Gehorsam leisten. Damit der Gang der Staatsgeschäfte nicht unterbrochen werde, befehlen Wir, dass sämtliche Stellen und Behörden ihre Verrichtungen bis auf nähere Bestimmung wie bisher nach ihren Amtspflichten fortsetzen, die amtlichen Ausfertigungen

von nun an im Namen Seiner Majestät des Königs Otto von Bayern, wo solches vorgeschrieben ist, erlassen, bei der Siegelung aber sich der bisherigen Siegel, so lange, bis ihnen die neu zu fertigenden werden zugestellt werden, bedienen sollen. Wir wollen alle Bediensteten an den von ihnen geleisteten Verfassungs- und Dienstleistungen besonders erinnert haben und versehen uns gnädigst, dass alle Unterthanen Sr. Majestät dieser unserer, in tiefem Schmerz im Namen des Königs an sie gerichteten Aufforderung in Treue folgen.

Gegeben München, den 14. Juni 1886.

Luitpold, Prinz von Bayern.

Dr. Frhr. v. Lutz, Dr. v. Fäustle, Dr. v. Riedel, Frhr. v. Crailsheim,
Frhr. v. Feilitzsch, v. Heinleth.

Nr. 10191.
Bayern.
14. Juni 1886.

Nr. 10192. BAYERN. — Kammer der Abgeordneten. Aus der Sitzung vom 17. Juni 1886.

Präsident: Meine Herren! Wir sind zum Landtage versammelt, bis in die Seele betrübt und schmerzlich ergriffen, wie es noch nie der Fall gewesen, solange bayerische Landtage tagen. Auf das tiefste erschüttert stehen wir vor dem verhängnissvollen Ereignisse, das sich vor vier Tagen am Abende des letzten Sonntages zugetragen. König Ludwig II. von Bayern liegt todt in seiner Residenz München. Wir kannten den König in der Fülle Seiner Jugendkraft, in der Fülle Seiner Schönheit. Poetisch und ideal war seine Erscheinung, begeistert und begeisternd war des Königs Majestät berufen, mit entscheidendem Worte einzugreifen in die Entwicklung der Geschichte und der Geschicke des deutschen Vaterlandes. Ein jugendlicher Fürst hat er den königlichen Scepter überkommen, und ernst war sein Wille, für das in seinem Königreich vereinte Land in Liebe und Sorgfalt zu leben. Schwere Erkrankung und unabwendbares Leiden hat sein Gemüth vereinsamt, seine Seele ergriffen, seine Kraft, sein Leben gebrochen. Hart, hart ist die Heimsuchung, die das Königliche Haus getroffen hat, die ganz Bayern getroffen hat, das in Liebe und Treue erprobte und bewährte bayerische Volk. Wie in allen ernstesten Lebenslagen, so fühlen wir auch jetzt recht unmittelbar die Nähe der Hand Gottes. Vor Gottes Rathschlüssen, vor Gottes Zulassung wissen wir uns zu beugen; der Schmerz aber bleibt, der Schmerz des Volkes über den Tod seines Königs, und mit diesem unserem Schmerze vereint sich die wehmüthige Theilnahme an dem tiefen Kummer der Königlichen Mutter, die wehmüthige Theilnahme an der Trauer des Königlichen Hauses. Sie haben sich von Ihren Sitzen erhoben und haben damit kundgegeben Ihren Schmerz, Ihre Trauer, kundgegeben die Landestrauer. || Das Direktorium der Kammer wurde gestern von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Luitpold von Bayern in Audienz empfangen. Wir haben in Ihrem Namen, im Namen der Kammer der Abgeordneten, dem Schmerze und der Trauer Ausdruck gegeben. Seine Königliche Hoheit haben mit Handdruck von Herzen gedankt. Sie entbieten auch

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Ihnen Höchst Ihren Dank. Sie wissen es, welche Verantwortung, welche schwere Aufgabe Sie übernehmen. Höchst Sie haben aber erklärt, Sie vertrauen und bauen auf die Gnade Gottes. || Mit Zustimmung der Kammer werden wir den gleichen Ausdruck der Trauer und des Schmerzes auch Ihrer Majestät der Königin-Mutter und den sämmtlichen Königlichen Hoheiten darbringen. || Als wir vor jetzt drei Wochen das letzte Mal hier versammelt waren, haben wir uns wiederholt vor Augen geführt, wie es unsere Gewissenspflicht ist, stets treu und unverrückt an der Verfassung festzuhalten. Im Gefühle dieser Pflicht treten wir heran an die Verhandlungen, die uns für diese vierte Session des XXX. Landtages obliegen, und nun ersuche ich Seine Excellenz den Herrn Ministerpräsidenten, das Wort zu ergreifen.

Der königliche Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz: Ich habe eine Höchste Proklamation zu verkünden. Sie lautet:

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Wir Luitpold, von Gottes Gnaden Prinz von Bayern, lassen nach Vernehmung des k. Staatsrathes an die beiden Kammern des Landtages folgende Botschaft ergehen: || Nach dem unerforschlichen Rathe und Willen des allmächtigen Gottes ist der Allerdurchlauchtigste, Grossmächtigste König und Herr, Ludwig II., König von Bayern, Unser vielgeliebter Herr Neffe, durch einen höchst betrübenden Unglücksfall am gestrigen Tage aus dieser Zeitlichkeit geschieden. || Hiedurch ist das Königreich Bayern in der Gesamtvereinigung aller seiner älteren und neueren Gebietstheile nach den Bestimmungen der Verfassungsurkunde Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Otto von Bayern als nächstem Stammfolger nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch linealischen Erbfolge angefallen. || Nachdem jedoch Seine Majestät König Otto von Bayern durch ein notorisches, schon länger währendes Leiden an der Ausübung der Regierung dauernd gehindert sind, legt Uns die Vorschrift des Titels II § 11 der Verfassungsurkunde als nächstberufenem Agnaten die traurige Verpflichtung auf, vorbehaltlich der Zustimmung der Kammern des Landtages die nach Bekanntmachung vom 10. Juni dieses Jahres übernommene Reichsverwesung fortzusetzen.

Von dem tiefsten Schmerze beseelt, bringen Wir hienach an die beiden Kammern des Landtages den Antrag:

der auf Grund des Titels II § 11 der Verfassungsurkunde gemäss Bekanntmachung vom 10. Juni d. J. von Uns übernommenen und nunmehr fortzusetzenden Regentschaft zuzustimmen.

Das Gesamtstaatsministerium ist von Uns beauftragt, alle erforderlichen Nachweise den beiden Kammern des Landtages bekanntzugeben und zur Einsicht mitzutheilen.

München, den 14. Juni 1886.

Luitpold, Prinz von Bayern.

Dr. Frhr. v. Lutz, Dr. v. Fäustle, Dr. v. Riedel, Frhr. v. Crailsheim,
Frhr. v. Feilitzsch, v. Heinleth.

Meine Herren! Wir werden Ihnen auf Befehl Seiner Königlichen Hoheit ein erschöpfendes Material mittheilen, welches Sie Ihrem Urtheile darüber zu Grunde legen werden, ob das Verfahren Seiner Königlichen Hoheit seit dem 10. Juni bis heute ein verfassungsmässig gerechtfertigtes gewesen ist oder nicht. || Die Prüfung wird sich nicht etwa auf die Frage erstrecken dürfen, die jetzt allein noch praktische Bedeutung hat, ob nämlich unser jetziger König, Seine Majestät König Otto, an der Regierung verhindert ist oder nicht, und ob für ihn eine Regentschaft zu bestellen ist oder nicht. Die Prüfung wird sich auch erstrecken müssen auf die Frage, ob es gerechtfertigt war, zur Zeit des Lebens und der Regierung Seiner Majestät des Königs Ludwig II. die Regentschaft zu ergreifen. || Das Material, das Ihrer Einsicht unterbreitet werden wird, ist von einer Art, welche, wie ich glaube, es nicht gestattet, Alles und Jedes zu veröffentlichen. Zum mindesten wird es der gewissenhaftesten Prüfung bedürfen, ob und inwieweit die Thatsachen, die vor Ihre Augen geführt werden, veröffentlicht werden dürfen oder nicht. || Wenn Sie nun, meine verehrten Herren, sich anschicken, die Frage zu diskutieren, wie und in welcher Weise die ganze Angelegenheit in der zweiten Kammer zu behandeln sei, so möchte ich Sie bitten, jedenfalls zuerst eine Kommission zu bestellen, welcher wir das Material zunächst unterbreiten, und dieser Kommission aufzulegen, dass sie in geheimer Sitzung verkehre. „In geheimer Sitzung“, das will nicht sagen, dass auch die Abgeordneten von derselben auszuschliessen seien; aber es will sagen, dass die Herren verpflichtet werden, vorerst die strengste Diskretion zu bewahren. Diese Kommission wird Ihnen, wie ich glaube, schliesslich nicht bloß über die materielle Frage einen gutachtlichen Antrag zu unterbreiten haben, sondern sie wird auch die Frage zu prüfen und einen Vorschlag Ihnen vorzulegen haben, ob und inwieweit dem Lande das gebotene Material zugänglich gemacht werden kann. Wir unsererseits werden mit der vollsten Offenheit, mit jener Offenheit, die durch den furchtbaren Ernst der Lage geboten ist, Ihnen entgegenkommen. Sollte das Material, das jetzt in unseren Händen sich befindet, nach Ihrem Dafürhalten noch nicht als ein genügendes angesehen werden können, so sehen wir Ihren Anträgen auf Ergänzung, auf weitere Vernehmungen und dergleichen entgegen.

Nach dieser Rede beschliesst die Kammer, einen Ausschuss von 28 Mitgliedern einzusetzen.

Kammer der Reichsräthe. Sitzung vom 21. Juni 1886.

Reichsrath Dr. v. Neumayr erstattet als Referent einen mündlichen Bericht des besonderen Ausschusses für die Königliche Botschaft vom 14. Juni 1886, die Übernahme und Fortsetzung der Regentschaft durch Seine Königliche Hoheit den Prinzen Luitpold von Bayern betreffend: Meine Hohen Herren! Die überaus traurigen und erschütternden Ereignisse, welche den dies-

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

maligen Zusammentritt des Landtages veranlasst haben, liegen in Aller Gedächtniss; es ist mir also der Schmerz erspart, des näheren darauf eingehen zu müssen. Meine Aufgabe als Ausschussreferent beschränkt sich darauf, über die an jene Ereignisse geknüpften politischen Massnahmen und über die zur Rechtfertigung dieser Massnahmen vorgelegten Nachweise Bericht zu erstatten, soweit dies geboten erscheint für Beurtheilung der staatsrechtlichen Frage, welche dem Hohen Hause zur Entscheidung vorliegt, der Frage nämlich, ob nach der Sachlage der Fall des Eintritts einer Reichsverwesung verfassungsmässig gegeben und ob die Uebernahme, beziehungsweise die Fortsetzung dieser Verwesung durch Seine Königliche Hoheit den Prinzen Luitpold von Bayern in verfassungsmässiger Weise geschehen ist. || Zu diesem Behufe dürfte es geeignet erscheinen, vor allem die auf die Reichsverwesung Bezug habenden, hier einschlägigen Bestimmungen der Verfassung kurz anzuführen. || Sie finden sich im II. Titel der Verfassungsurkunde, und es bezeichnet zunächst § 9 als die beiden Fälle, in welchen die Reichsverwesung einzutreten hat, den Fall der Minderjährigkeit des Monarchen und den Fall der Verhinderung desselben an Ausübung der Regierung. Die nächstfolgenden §§ 10 und 11 geben zu jedem dieser beiden Fälle die näheren Ausführungen und Erläuterungen. || Ich erlaube mir, diese Paragraphen zu verlesen und zwar beide, weil der den Fall der Minderjährigkeit behandelnde § 10 zwar nicht direkt hier einschlägig ist, aber in seinen zwei letzten Absätzen Bestimmungen enthält, die auch für den im § 11 behandelten Fall der Verhinderung massgebend sind. || Die beiden Paragraphen lauten: || § 10. Dem Monarchen steht es frei, unter den volljährigen Prinzen des Hauses den Reichsverweser für die Zeit der Minderjährigkeit seines Nachfolgers zu wählen. || In Ermangelung einer solchen Bestimmung gebührt die Reichsverwesung demjenigen volljährigen Agnaten, welcher nach der festgesetzten Erbfolge-Ordnung der Nächste ist. Wäre der Prinz, welchem dieselbe nach obiger Bestimmung gebührt, selbst noch minderjährig oder durch sonstige Hindernisse abgehalten, die Regentschaft zu übernehmen, so fällt sie auf denjenigen Agnaten, welcher nach ihm der Nächste ist. || § 11. Sollte der Monarch durch irgend eine Ursache, die in ihrer Wirkung länger als ein Jahr dauert, an der Ausübung der Regierung gehindert werden und für diesen Fall nicht selbst Vorsehung getroffen haben oder treffen können, so findet mit Zustimmung der Stände, welchen die Verhinderungsursachen anzuzeigen sind, gleichfalls die für den Fall der Minderjährigkeit bestimmte gesetzliche Regentschaft statt. || Endlich kann noch als hierher gehörig die Bestimmung in § 16 angeführt werden, wonach der Prinz des Hauses, welchem die Reichsverwesung übertragen wird, sogleich nach dem Antritte der Regentschaft die Stände zu versammeln und in ihrer Mitte, sowie in Gegenwart der Staatsminister und des Staatsraths den vorgeschriebenen Eid auf die pflichtgetreue Verwaltung seines hohen Amtes zu leisten hat. Im Hinblick auf diese Verfassungsbestimmung und mit ausdrücklicher Bezugnahme hierauf haben Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold von Bayern unterm 10. Juni laufenden

Jahres im Namen Seiner Majestät des Königs eine von sämmtlichen Ministern gegengezeichnete Proklamation erlassen, im Wesentlichen des Inhalts, dass Höchstdieselben, nachdem Seine Majestät König Ludwig II. an einem schweren Leiden erkrankt und dadurch an der Regierungsausübung auf längere Zeit verhindert sei, Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Otto aber ein schon länger andauerndes Leiden die Uebernahme der Regentschaft unmöglich machte, als nächstberufener Agnat zu dieser Uebernahme verpflichtet seien und demgemäss die Einberufung des Landtages auf den 15. Juni laufenden Jahres verfügen. || Aber schon am 13. desselben Monats erfolgte die bekannte erschütternde Katastrophe, der Tod Seiner Majestät des Königs Ludwigs II. Eine Proklamation vom 14. Juni, unterzeichnet von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Luitpold und gegengezeichnet von sämmtlichen Ministern, gab dem Lande diesen Trauerfall bekannt mit der Verkündigung, dass hiedurch die Krone Bayerns Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Otto, jetzt Majestät, angefallen sei und dass, nachdem Allerhöchstderselbe durch ein schon länger andauerndes Leiden gehindert sei, die Regierung Allerhöchstselbst zu führen, Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold als nächstberufener Agnat im Namen Seiner Majestät des Königs Otto die Reichsverwesung hiemit übernehme. Unter Hinweisung auf die bereits verfügte Einberufung des Landtages wurden sämmtliche Landesangehörige aufgefordert, Seine Majestät König Otto als ihren rechtmässigen und einzigen Landesherrn anzuerkennen und Allerhöchstdemselben, sowie dem durch die Verfassung berufenen Regenten Treue und Gehorsam zu leisten. || Am 15. Juni wurde in der öffentlichen Sitzung der Kammer der Reichsräthe vom königlichen Staatsministerium eine im Namen Seiner Majestät des Königs ergangene Botschaft des Prinzregenten verlesen und übergeben, welche den eingetretenen Thronwechsel und vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages die Fortsetzung der für weiland Seine Majestät König Ludwig II. übernommenen Regentschaft nunmehr für Seine Majestät König Otto von Seite Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold verkündet und mit dem Antrage an die beiden Kammern des Landtages schliesst: der auf Grund des Titels II § 11 der Verfassungsurkunde gemäss Bekanntmachung vom 10. Juni laufenden Jahres von Seiner Königlichen Hoheit übernommenen und nunmehr fortzusetzenden Regentschaft zuzustimmen. Zugleich erklärte sich das Staatsministerium, dem erhaltenen höchsten Auftrage entsprechend, bereit zur sofortigen Vorlage aller die getroffenen Verfügungen als gerechtfertigt und unvermeidlich begründenden Nachweisungen. Durch Beschluss der Hohen Kammer wurde ein aus 12 Mitgliedern bestehender Ausschuss gebildet mit dem Auftrage, diese Nachweise entgegenzunehmen und zu prüfen und über das Ergebniss dem Hohen Hause zu berichten. Gleichzeitig wurden die sämmtlichen Mitglieder des Hohen Hauses eingeladen, der betreffenden Ausschusssitzung anzuwohnen. || Diese Sitzung hat am 17. Juni laufenden Jahres stattgefunden und hat sich in mehrere Fortsetzungen erstreckt; über ihren Verlauf und ihr Ergebniss zu berichten, bin ich vom Ausschusse beauftragt. || Das in der

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Nr. 10192. Sitzung von der Königlichen Staatsregierung vorgelegte Beweismaterial zerfällt
 Bayern.
 17. Juni 1886. in zwei Hauptkategorien, von denen die erste die Nachweise dafür, dass weiland Seine Majestät König Ludwig II. in letzterer Zeit an Ausübung der Regierung gehindert gewesen sei, die zweite aber die Nachweise dafür umfasst, dass das gleiche traurige Verhältniss bei Seiner Majestät König Otto in dauernder Weise obwalte. Der Ausschuss glaubte, diese beiden Kategorien von Nachweisen mit gleicher Sorgfalt prüfen zu müssen, die erste deshalb, weil von der Lieferung des dort bezeichneten Beweises die Entscheidung der Frage abhängt, ob die Berufung des Landtages und die übrigen in der Zeit vom 10. bis 13. Juni geübten Regentschaftshandlungen verfassungsmässig gerechtfertigt seien, die zweite deshalb, weil von der Herstellung des dort erwähnten Nachweises die Rechtsbeständigkeit und Fortdauer der dermaligen Reichsverwesung bedingt ist. || Ich werde nun versuchen, den Inhalt des vorgelegten Beweismaterials, soweit es im Ausschusse verlesen wurde, geschieden nach diesen beiden Hauptkategorien, seinem wesentlichen Inhalte nach in möglichster Uebersichtlichkeit vor Augen zu führen und im Anschluss daran das Ergebniss der Berathung und Beschlussfassung des Ausschusses darzulegen. || Anbelangend zunächst die Nachweise der ersten Kategorie, so wurde in dieser Beziehung in erster Reihe vorgelegt das von vier hervorragenden psychiatrischen Sachverständigen, dem königlichen Obermedizinalrath und Vorstand der oberbayerischen Kreisirrenanstalt Dr. von Gudden, dem königlichen Hofrath und Direktor der Kreisirrenanstalt von Mittelfranken Dr. Hagen, dem königlichen ordentlichen Professor für Psychiatrie an der Universität Würzburg Dr. Grashey und dem Direktor der Kreisirrenanstalt von Unterfranken Dr. Hubrich, unter dem 8. Juni laufenden Jahres mit Bezug auf ihren Eid erstattete Gutachten über den Geisteszustand Seiner Majestät des Königs Ludwig II. mit seinen Ergänzungen und Nachträgen; in zweiter Reihe die auf Zeugenaussagen beruhenden Beweisbelege für die dem Gutachten zu Grunde liegenden Thatsachen und zwar die beeidigten Berichte der gewesenen Kabinettssekretäre Seiner Majestät, des königlichen Ministerialrathes von Ziegler vom 5. Juni laufenden Jahres und des königlichen Oberregierungsrathes Dr. von Müller vom 3. desselben Monats, von welchen beiden Beamten der Erstere schon seit 1872 Hilfsarbeiter im Kabinete, vom Mai 1876 bis November 1879 und neuerdings vom Mai 1880 bis in das Jahr 1883, der Zweite aber in der Zwischenzeit vom November 1879 bis Mai 1880 die Stelle des Kabinettssekretärs bekleidet hat; ferner ein beeidigter Bericht des seit 1867 in der Umgebung Seiner Majestät verwendeten königlichen Stallmeisters Hornig vom 4. Juni lfd. Js., dann die Protokolle über die eidlichen Vernehmungen des Marstallfourirs Hesselschwert und des Kammerdieners Welker vom 18. Mai, beziehungsweise 3. Juni, dann des Kammerlakais Mayr vom 15. Juni lfd. Js., als derjenigen drei Personen, welche in den letzten drei Jahren fast ausschliesslich den unmittelbaren Dienst um die Person Seiner Majestät besorgten; endlich in dritter Reihe eine ausserordentliche Menge von beweisbehelflichen Schriftstücken. || Ueber den Inhalt dieser Beweismittel

bemerke ich Folgendes: In dem Gutachten vom 8. Juni sprechen die Experten unter spezieller Bezeichnung der Thatsachen und Erhebungen, auf welche sich ihre Ansicht gründet, diese Ansicht selbst in folgenden entscheidenden Sätzen einhellig aus:

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

1) Seine Majestät sind in sehr weit vorgeschrittenem Grade seelengestört, und zwar leiden Allerhöchstdieselben an jener Form von Geisteskrankheit, die, den Irrenärzten aus Erfahrung wohlbekannt, mit dem Namen Paranoia, Verrücktheit bezeichnet wird.

2) Bei dieser Form der Krankheit, ihrer allmählich fortschreitenden Entwicklung und schon sehr langen, über eine grössere Reihe von Jahren sich erstreckenden Dauer ist Seine Majestät für unheilbar zu erklären und ein noch weiterer Verfall der Kräfte mit Sicherheit in Aussicht.

3) Durch die Krankheit ist die freie Willensbestimmung Seiner Majestät vollständig ausgeschlossen, sind Allerhöchstdieselben als verhindert an der Regierung zu betrachten, und wird diese Verhinderung nicht nur länger als ein Jahr, sondern für die ganze Lebenszeit dauern.

Zu bemerken ist, dass dieses Gutachten ohne persönliche Untersuchung Seiner Majestät, welche von den Sachverständigen bei dem vorliegenden Aktenmaterial auch nicht für unbedingt nothwendig erklärt wurde, abgefasst ist, dass aber der Sachverständige, Dr. Grashey, einer der Experten, der Seine Majestät am 12. und 13. Juni auch noch persönlich zu beobachten Gelegenheit hatte, in einem hierüber erstatteten, gleichfalls verlesenen Berichte vom 14. Juni erklärt hat, dass er durch diese Beobachtung — ebenso wie Dr. von Gudden — von der vollen Richtigkeit des abgegebenen Gutachtens neuerdings überzeugt worden sei. Auch der gleichfalls bei der Pflege und Beobachtung Seiner Majestät in den letzten Tagen beschäftigte und als Expert beeidigte Assistenzarzt Dr. Müller spricht sich in seinem Berichte vom 15. Juni in gleichem Sinne aus. Professor Dr. Grashey, in Gegenwart und im Namen seiner Kollegen sprechend, gab dem Ausschusse noch eine mündliche Begründung und nähere Erläuterung des Gutachtens vom 8. Juni, worin er die pathologische Natur und die charakteristischen Symptome der Paranoia darlegte und das Gegebensein dieser Symptome in den einzelnen erhobenen Thatsachen und Erscheinungen nachwies. || Verlesen wurde ferner noch — und damit schliesst der Inhalt der beeidigten ärztlichen Gutachten über diesen Punkt — ein Bericht der Experten Dr. Hagen, Grashey und Hubrich vom 17. Juni über den Sektionsbefund, worin die am Schädel, wie am Gehirn und seinen Häuten vorgefundenen hochgradigen Abnormitäten degenerativer Natur als vollbeweisend für die Richtigkeit des Gutachtens erklärt sind. || Den Inhalt der Zeugenaussagen glaube ich am besten zur übersichtlichen Anschauung bringen zu können, indem ich denselben gruppirt nach den einzelnen Krankheitserscheinungen, auf welche er Bezug hat, seinem wesentlichen Inhalt nach darlege.

1) Ueber die stets wachsende Scheu des Königs vor der Begegnung mit Menschen finden sich in den Depositionen der gewesenen Kabinettssekretäre,

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

dann der Zeugen Hesselschwert, Hornig und Welker die Angaben: diese Scheu sei schon seit Jahren immer mehr zu Tage getreten; sie habe in den bekannten Separatvorstellungen im Theater und in vielen ähnlichen Vorgängen Ausdruck gefunden und sich allmählich so gesteigert, dass der Verkehr mit Menschen Seiner Majestät immer entsetzlicher geworden sei. || Die alljährliche Rückkehr von Hohenschwangau nach München sei dem König fürchterlich gewesen und habe ihn schon wochenlang vorher in Aufregung versetzt. || Gleiche Aufregung sei den Hoftafeln vorausgegangen und habe insbesondere während der Stunden unmittelbar vor der Tafel in hastigen Erkundigungen nach den Gästen, in Hin- und Herlaufen durch die Zimmer und in Verwünschungen aller Art sich ausgesprochen, so dass alle Eingeweihten diesen Tafeln immer mit Angst entgegengesehen, weil sie befürchten mussten, die Kraft der Selbstbeherrschung Seiner Majestät werde unterliegen. Die Depositionen lassen des weiteren entnehmen, wie die leider notorischen Folgen dieser krankhaften Verstimmung immer trauriger hervortraten. Der König liess den Verkehr mit den höchsten Hofbeamten und königlichen Staatsministern gänzlich fallen, pflegte in den letzten Jahren auch den funktionirenden Kabinettssekretär nur höchst selten, den Hofsekretär nie mehr zu sehen, und die Aufträge an die genannten Beamten wurden ausschliesslich durch die wenigen Personen der untergeordneten Dienerschaft vermittelt, auf welche sich der ganze persönliche Verkehr des Königs beschränkte.

2) Ueber Hallucinationen und Wahnvorstellungen, dann über gewöhnliche Phantasieausschweifungen und abenteuerliche Ideen des Königs liegen Depositionen der sämtlichen bereits genannten Zeugen im wesentlichen des Inhalts vor: oft glaube der König Tritte oder Worte zu hören, und es müsse dann, natürlich immer vergeblich, nachgesehen werden, ob Jemand da sei; Kabinettssekretär von Ziegler sei öfter von Seiner Majestät beargwohnt worden, als habe er Allerhöchstdieselben während des Vortrages unziemlich mit besonderen Blicken angesehen, und habe sich darüber in langen Rechtfertigungen zu verantworten gehabt. Ich bemerke hier einschaltungsweise, dass dieser Umstand im Zusammenhang mit der Menschenscheu des Königs und mit dem Hange, seinen Umgang auf Leute aus geringeren Klassen zu beschränken, von den ärztlichen Sachverständigen, insbesondere von Dr. Grashey in seinem mündlichen Vortrage, als ein charakteristisches Symptom der Paranoia bezeichnet wurde, nämlich als die degressive Wahnidee, dass in dem Aussehen des Patienten irgend etwas Befremdendes, den Leuten Auffallendes gelegen sei, das er dem Anblicke der Menschen zu entziehen strebt. || Bei Kälte und Schneegestöber im Freien speisend, so lautet eine weitere Zeugenaussage, habe sich der König am Meeresgestade und im Sonnenschein zu befinden vermeint; häufig glaube Allerhöchstderselbe — und auch darauf legen die Sachverständigen als auf ein bekanntes Symptom der Paranoia besonderes Gewicht — nicht vorhandene Gegenstände, insbesondere Messer und dergleichen, liegen zu sehen, und wenn Seinem Befehl, den Gegenstand fortzunehmen, mit der Vorstellung,

dass ein solcher nicht da sei, begegnet wurde, pflege Er sich in stundenlangen Examinationen nach dem Gegenstande und in Beschuldigungen, dass man ihn heimlich weggebracht habe, zu verbreiten. — Oefter habe Sich Seine Majestät in Erinnerungen an Phantasiebilder ergangen, welche nach den von Allerhöchstenselben hierüber gemachten Aeusserungen geradezu grässlich gewesen zu sein scheinen. || Der von den Zeugen bekundete Allerhöchste Befehl, eine Flugmaschine zur Fahrt über den Alpsee anfertigen zu lassen, die Herstellung einer Imitation der blauen Grotte von Capri, zu welchem Behufe Stallmeister Hornig zweimal nach Capri geschickt wurde, die fast wie eine Art von mysteriösem Kultus erscheinenden Ehrenbezeugungen, die der König gewissen Bäumen, Hecken, Zäunen und Bildern zu erweisen pflegte, scheinen ebenfalls zu den Aeusserungen einer krankhaften Phantasie gerechnet werden zu müssen. || In das Gebiet der abenteuerlichen, zum Theil auf Wahnvorstellungen beruhenden Ideen des Königs dürfte der von ihm gehegte, beharrlich verfolgte Plan zu setzen sein, dessen die gewesenen Kabinettssekretäre erwähnen, einen unter dem Namen Koalition über das ganze Land verbreiteten Geheimbund zu gründen, der nach Art einer geheimen Polizei die Volksstimmung überwachen und leiten und dem König missliebige Gerüchte und Reden unterdrücken sollte und dergleichen. Auch der Zeuge Hornig weiss von dieser Koalition, glaubt aber den Zweck derselben auf Aufhebung der Verfassung und Herstellung eines absoluten Regiments gerichtet. Dem gleichen Gebiet angehörig sind die von den genannten Zeugen bekundeten Gedanken des Königs, das Land zu veräussern und zu verlassen und ein neues, wo ein absolutes Regiment herrscht, zu erwerben. Mit diesen absolutistischen Neigungen und Phantasien des Königs dürfte wohl auch dessen fast von allen Zeugen bestätigte und zum grössten Theil auf Notorietät beruhende schwärmerische Vorliebe für Schriften, Kostüme und Bauten aus den Zeiten Ludwigs XIV. und XV., sowie das heimliche Tragen solcher Kostüme u. s. w. zusammenhängen.

3) Ueber die motorischen Erregungen des Königs, in welchen die Sachverständigen ein besonders charakteristisches Symptom der hier vorliegenden Art von Geisteskrankheit erkennen, deponiren die Zeugen Hornig, Welker und Hesselschwert: Seine Majestät zeige sich nicht selten aufgeregt in sonderbaren tanzenden und hüpfenden Bewegungen, fahre stossend und ziehend in Kopf- und Barthaare, und stelle sich dann wieder vor den Spiegel mit verschränkten Armen und das Gesicht verziehend — abwechselnd mit stundenlangen Wuthausbrüchen, die sich durch Herumtoben im Zimmer in den schon bezeichneten Bewegungen und durch Schütteln der Hände in den Gelenken kundgaben. Seine Majestät könne auch wieder ebensolange sinnend auf einem Flecke stehen, mit einer Haarlocke spielend oder das Haar mit dem Kamm in Unordnung bringend. Beim Unterzeichnen zeige Sich Seine Majestät öfter wie von elektrischen Schlägen berührt.

4) Ueber die krankhafte Gemüthsverbitterung des Königs und deren Aeusserungen geben — neben anderen Erhebungen, die hier besser umgangen

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

werden — die Depositionen des königlichen Ministerialraths von Ziegler und des Zeugen Hornig Kunde, welche öfter aus dem Munde des unglücklichen Monarchen fürchterliche Zerstörungs- und Vernichtungswünsche, die eigene Residenzstadt und das eigene Volk betreffend, vernehmen mussten. Hierher gehört auch die — theilweise durch die Depositionen des Ministerialraths von Ziegler bestätigte — Aussage des Zeugen Hesselschwert über vielfache von Seiner Majestät erlassene Aufträge, hochgestellte Personen in das Burgverliess von Hohenschwangau werfen zu lassen (eine Räumlichkeit des Schlosses war wirklich zu solchem Zweck auf allerhöchsten Befehl eingerichtet); den königlichen Finanzminister nach Amerika zu transportiren, eventuell ihn einzusperren oder durchzuprügeln, ja einzelne besonders missliebige Personen sogar zu tödten. Um nicht in Strafe zu fallen, sei von den Dienern die Vollziehung der erhaltenen Befehle gemeldet worden. Die Zeugen Hornig, Welker und Hesselschwert führen endlich auch als einen besonders charakteristischen Zug des Königs an — und die ärztlichen Experten finden darin ein für jeden Sachverständigen imponirendes Krankheitssymptom —, dass Allerhöchstdieselben nicht selten plötzlich und unmotivirt eine Zuneigung gefasst haben, die ebenso unmotivirt nach kurzer Zeit in glühenden Hass umschlug, so dass die bloße Namensnennung des in Ungnade Gefallenen den König in Wuth versetzte und der Befehl gegeben wurde, bei unvermeidlicher Erwähnung des betreffenden Namens nur den Anfangsbuchstaben desselben zu nennen oder zu schreiben. || Einen Beleg für diesen Charakterzug dürften die theilweise im Ausschusse verlesenen Briefe voll überschwänglicher Zärtlichkeit bilden, welche Seine Majestät an die später in Ungnade gefallenen Kabinettssekretäre von Ziegler und von Müller während der ersten Zeit ihres Dienstes gerichtet haben.

5) Ueber die Behandlung der Staatsgeschäfte deponiren die Zeugen Hesselschwert, Welker und Mayr: mit der zweiten Entlassung des Kabinettssekretärs von Ziegler habe der persönliche Vortrag in Staatssachen aufgehört. Der vom König jedesmal mit höchstem Missmuth empfangene Einlauf, selbst die wichtigsten Berichte der — überdies von Seiner Majestät in Gegenwart der Dienerschaft mit den verächtlichsten Schimpfworten bezeichneten — Minister, sei tagelang offen vor den Dienern und den zum Aushilfsdienst kommandirten Soldaten liegen geblieben und dann in solchem Zustande durch Lakaien mit mündlichen oder auf einen Zettel geschriebenen Anweisungen an den funktionirenden Kabinettssekretär geschickt worden; der Bericht des Gesamtstaatsministeriums vom 5. Mai lfd. Js. — es wird auf denselben noch zurückzukommen sein — sei dem Marstallfourir Hesselschwert zur Begutachtung und Aussinnung einer Strafe für die Minister übergeben worden, und es sei durch eben denselben, dann den Friseur Hoppe die Aufforderung zur Bildung eines neuen Ministeriums an den königlichen Ministerialrath von Ziegler, sowie an den im Referatsdienste des Justizministeriums verwendeten Geheimsekretär Thelemann, welcher dies in seiner dem Ausschusse vorgelegten Vernehmung bestätigt, gebracht worden.

6) Ueber die in der Behandlung der Dienerschaft hervorgetretenen Gewaltthätigkeiten und Extravaganzen finden sich in den Depositionen der Zeugen Hesselschwert, Welker und Mayr die Angaben: || Noch in neuester Zeit habe Seine Majestät befohlen den Kammerdiener Welker, weil er ein Darlehen von 25 Millionen nicht zu negotiiren vermochte, und den Vorreiter Biehler, weil er einen entflohenen Vogel nicht einzufangen vermochte, nach Amerika zu transportiren und dort überwachen zu lassen; dabei sei Biehler von Seiner Majestät am Halse gedrosselt worden. Stundenlang besannen sich Seine Majestät, besondere Strafen zu erfinden für denjenigen, welcher sich wirklich oder vermeintlich wider Ihn vergangen; so habe — und den Vollzug dieser Strafe bestätigt auch Ministerialrath von Ziegler aus eigener Wahrnehmung — der Kammerlakai Mayr ein Jahr lang nicht anders als mit einer schwarzen Maske vor dem Gesichte, ein anderer Kammerlakai, über dessen Dummheit Seine Majestät sich geärgert, nicht anders als mit einem an die Stirne geklebten Lacksiegel zum Zeichen, dass sein Gehirn versiegelt sei, vor dem König erscheinen dürfen. Die Dienerschaft, soweit sie überhaupt die königlichen Gemächer betreten durfte oder musste — in der Regel seien die Befehle durch verschlossene Thüren erfolgt —, habe stets tief gebückt und mit gesenktem Haupte zu erscheinen und möglichst nur durch Zeichen sich zu verständigen gehabt, habe auch weder den König, auch nicht beim Ankleiden, noch die servirten Speisen ansehen dürfen; der gerade in Strafe Befindliche habe wohl auch knien oder auf den Bauch sich legen müssen. Sehr häufig — und die hierüber vernommenen Klagen bestätigen auch die gewesenen Kabinettssekretäre — sei das Dienstpersonal körperlich, oft in sehr heftiger Weise mishandelt worden, ebenso die zum Aushilfsdienst kommandirten Soldaten.

7) Ueber die Versuche des Königs, sich Geld zu verschaffen, ist durch die Zeugen Hesselschwert und Welker und zum Theil durch Notorietät bekundet, dass der Erstgenannte von Seiner Majestät mit Kommissionen und Versuchen beauftragt wurde, von den verschiedensten Personen, insbesondere auch an den Höfen von Oesterreich, Schweden, Dänemark, Schaumburg-Lippe, ebenso in London, Berlin, Paris, ja man kann sagen fast an allen Orten, wo disponible grössere Geldmittel zu vermuthen waren, Darlehen zu negotiiren oder die darauf bezüglichen Aufträge des Königs an einzelne Personen der Adjutantur zu vermitteln. Eventuell seien sogar Aufträge erlassen worden, welche Gelderwerb durch Gewaltthat bezielten. Eines von diesen Darlehensgesuchen ist in der Presse ganz besonders ausführlich besprochen worden, daher ich mich veranlasst finde, bezüglich dieses Falles in die näheren Details einzugehen. Es wurde nämlich dem Ausschusse ein beschlagnahmter Brief vorgelegt, welchen ein Geschäftsagent in Paris an den König gerichtet hatte, mit einem bedeutenden Darlehensanerbieten, das der Agent durch das Haus Rothschild zu vermitteln sich erbietet, gegen die Bedingung der bayerischen Neutralität in einem französisch-deutschen Kriege. Der Brief enthält, wie ausdrücklich konstatirt wurde, durchaus keine Erwähnung von einer an den

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Nr. 10182. Agenten ergangenen Aufforderung oder sonstigen Veranlassung des Anerbietens.
 Bayern. || Ferner wurde (ohne Nachweis eines Zusammenhangs mit diesem Briefe) dem
 17. Juni 1886. Ausschusse vorgelegt ein von unbekannter Hand geschriebener, von der Hand
 des Königs durchkorrigirter Zettel des wesentlichen Inhalts, es sei gleich an
 Hesselschwert zn schreiben, dass, im Falle es mit dem Erzherzog — wahr-
 scheinlich von Este, bei welchem auch ein solches Darlehensgesuch durch
 einen Adjutanten betrieben werden sollte — Schwierigkeiten gäbe, man sich
 an die Familie Orleans, insbesondere an deren Haupt, den Grafen von Paris,
 wenden solle; die Sache müsse entsprechend vorgestellt werden, am besten
 durch den Adjutanten. || Es wurde konstatirt, dass kein Nachweis über einen
 erfolgten oder versuchten Vollzug dieses Auftrages vorliege und dass der frag-
 liche Zettel sich in nichts von allen anderen Aufträgen gleicher Art zu unter-
 scheiden scheine, die an Hesselschwert und andere zu dem Zwecke erlassen
 wurden, Geld, wo immer es sich finde, aufzutreiben, insbesondere da, wo die
 Nachrichten von hohen Familienfesten, die eben eingefallen, auf vorhandene
 Reichthümer aufmerksam machten. || Das sind die einzigen Erhebungen, die
 bezüglich dieses in der Presse, wie gesagt, viel besprochenen und ausserordent-
 lich aufgebauchten Vorganges dem Ausschusse übergeben worden sind.

8) Ueber den körperlichen Zustand und die Lebensweise des Königs end-
 lich ist aus den Aussagen der Zeugen Hesselschwert, Welker und Mayr, für
 die weiter zurückliegende Zeit auch aus den Depositionen der gewesenen Kabi-
 netssekretäre, zu entnehmen, dass Seine Majestät seit langer Zeit schon über
 Druck und Schmerzen im Hinterhaupte klagten und Eisumschläge, oft auch
 während des Speisens, anwendeten, dass Sie früher, etwa sechs Jahre lang,
 wöchentlich zwei- bis dreimal Chloral genommen, seit vier Jahren aber andere
 Schlafmittel gebrauchten, ferner, dass in jüngster Zeit eine unordentliche, ekel-
 erregende, die Kleider beschmutzende Art des Essens bei Seiner Majestät her-
 vorgetreten sei. || Damit schliesst der Inhalt der Zeugenvernehmungen, soweit
 sie im Ausschusse verlesen wurden. || Anschliessend an dieses Zeugenbeweis-
 material war dem Ausschusse eine Menge von Schriftstücken zur Einsicht-
 nahme bereit gestellt und zwar in so grosser Anzahl, dass deren einzelne
 Durchgehung und Ablesung im Ausschusse offenbar als unthunlich erschien,
 insbesondere ein Koffer mit Papieren, zu deren Verbrennung der Kammerlakai
 Mayr am 10. oder 11. Juni von Seiner Majestät Auftrag erhalten hatte, dann
 Fascikeln von Zetteln mit Aufträgen Seiner Majestät, fast durchgängig von
 fremder Hand, entweder unter Diktat des Königs oder nach dessen mündlicher
 Angabe niedergeschrieben, meist an Hesselschwert gerichtet und in den Zeugen-
 aussagen bereits erwähnt; endlich die Tagebücher des Königs, deren Ver-
 brennung Seine Majestät ebenfalls durch Auftrag an einen Chevauxleger an-
 geordnet hatten. || Der Ausschuss erachtete die Detailprüfung dieser Skripturen
 nicht nur für unmöglich, sondern auch Angesichts der bereits bekannt gegeb-
 en Erhebungen für entbehrlich. || Von einer Einsichtnahme der Tagebücher
 namentlich glaubte der Ausschuss — im Einverständniss mit den königlichen

Staatsministern aus Rücksichten der Pietät Umgang nehmen zu sollen. || Von den verlesenen Schriftstücken dürften die folgenden, von den königlichen Staatsministern mit hieran geknüpften Erläuterungen vorgelegten, von Seiner Majestät dem König eigenhändig geschriebenen oder unterzeichneten näher in Betracht zu ziehen sein.

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

1) Ein Allerhöchstes Handschreiben vom 29. August 1885 an den königlichen Finanzminister, welches, nachdem die Civilliste schon ein Jahr nach dem Arrangement von 1884 mit einem neuen Schuldenstand von $6\frac{1}{2}$ Millionen beschwert war, von dem Minister Vorschläge zu einem abermaligen, die Fortsetzung der Bauten Seiner Majestät nach den bisherigen Plänen ermöglichenden Arrangement fordert. Der hierauf erstattete, im Ausschuss gleichfalls verlesene Bericht des königlichen Finanzministers vom 3. September 1885, worin die gänzliche Unmöglichkeit eines solchen Arrangements ohne sofortige Beschränkung der Bauten und der sonstigen übertriebenen Ausgaben, genaue Liquidirung des Aktiv- und des Schuldenstandes und Feststellung eines unverbrüchlich einzuhaltenden Tilgungsplanes dargelegt wurde, hatte nach Mittheilung des königlichen Staatsministers Freiherrn von Lutz die Ertheilung eines mündlichen Verweises an den königlichen Finanzminister durch einen königlichen Generaladjutanten im Auftrage Seiner Majestät zur Folge, dem aber in Folge Interzession des Gesamtstaatsministeriums wieder ein in den schmeichelhaftesten Ausdrücken abgefasstes Allerhöchstes Handschreiben an den königlichen Finanzminister folgte.

2) Ein Allerhöchstes Handschreiben vom 26. Januar laufenden Jahres an den königlichen Staatsminister des Innern, worin Seine Majestät im Nachgange zu der erwähnten Gegenvorstellung des königlichen Finanzministers erklären, dass Ihnen, wenn Sie nicht fortbauen könnten, alle Lebensfreude genommen sei und nichts übrig bleibe, als Selbstmord oder Verlassen des Landes; dass Ihnen auch mit der blossen Tilgung der Schulden nicht gedient sei, sondern dass Sie zum Fortbauen weitere 20 Millionen bedürfen. || Der königliche Staatsminister des Innern bemerkte, dass gleichzeitig mit diesem Allerhöchsten Handschreiben ihm durch den Kammerdiener Welker der mündliche Auftrag Seiner Majestät zugegangen sei, die neugebauten Schlösser zum Scheine in das Verzeichniss der auf die Civilliste übertragenen und für den Dienst des königlichen Hofes bestimmten Gebäude aufzunehmen, um sie dem Angriffe der Gläubiger zu entziehen, und verlas den hierauf von ihm erstatteten, die Ablehnung der sämtlichen königlichen Postulate ausdrückenden und deren Unzulässigkeit, sowie die Unmöglichkeit ihrer Erfüllung darlegenden Bericht.

3) Ein Allerhöchstes Handschreiben vom 28. Januar laufenden Jahres an den königlichen Flügeladjutanten Grafen von Dürkheim, worin derselbe — Angesichts der drohenden gerichtlichen Beschlagnahme königlichen Privateigenthums im Wege der Zwangsvollstreckung — beauftragt wird, eine zuverlässige Mannschaft aufzutreiben zur Zurückjagung des rebellischen Gerichtsgesindels mit dem Beifügen, dass die Minister und Gensdarmen dazu nicht zu brauchen

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

seien, auch die im Kabinete verwendeten Beamten Schneider und Klug nichts erfahren dürften, weil sie Furcht vor den Gesetzen und den Kammern hätten.

4) Ein Allerhöchstes Handschreiben vom 17. April laufenden Jahres an das Gesamtstaatsministerium mit dem Auftrage, behufs Regelung der Angelegenheiten der Civilliste eine Vorlage an den Landtag zu bringen. Diesem Verlangen begegnete das königliche Gesamtstaatsministerium mit einem im Ausschusse verlesenen, die Zumuthung ablehnenden, und die völlige Unhaltbarkeit der Sachlage energisch betonenden, auch auf deren drohende Folgen ernstlichst hinweisenden Berichte vom 5. Mai laufenden Jahres, auf welchen eine Allerhöchste Entschliessung nicht mehr erfolgte. Dass er in die Hände des Marstallfouriers Hesselschwerdt gelegt wurde, ist bereits vorgetragen worden. — || Damit schliessen die in den Rahmen der Eingangs erwähnten ersten Hauptkategorie fallenden Beweiserhebungen. || Anlangend die zur zweiten Hauptkategorie gehörigen, nämlich die das psychische Leiden Seiner Majestät des Königs Otto betreffende Nachweise, so besteht das in dieser Beziehung dem Ausschusse vorgelegte Beweismaterial in den schon seit 1871 geführten Akten, betreffend die damals über Seine Königliche Hoheit den Prinzen Otto eröffnete und seitdem fortdauernde Kuratel, dann in einer fortlaufend evident erhaltenen Krankheitsgeschichte und in einem von den schon genannten Experten Dr. Hagen, Dr. Grashey und Dr. Hubrich erstatteten, im Ausschusse verlesenen Gutachten vom 15. Juni laufenden Jahres, welches nach einer Darstellung des geistigen Zustandes Seiner Majestät der Ueberzeugung der Sachverständigen Ausdruck giebt, dass Allerhöchstdieselben in Folge langjähriger und unheilbarer Geistesstörung als verhindert an der Ausübung der Regierung zu erachten seien und dass diese Verhinderung mit Bestimmtheit für die ganze Lebenszeit andauern werde. || Hiermit schliesst die Darlegung des Gesamttinhalts der im Ausschusse bekannt gegebenen Nachweise, da das Königliche Staatsministerium auf Antrag des Herrn Ausschussvorstandes eine weitere desfallsige Vorlage oder Verlesung nicht machen, beziehungsweise beantragen zu wollen erklärte. Diese Darlegung konnte sich natürlich bei der Ueberfülle des gebotenen Materials und der Kürze der gegebenen Zeit nur auf die wesentlichsten Hauptmomente beschränken, und sie durfte dies auch, da ja ohnehin der bei weitem grösste Theil der Mitglieder des Hohen Hauses den Ausschussverhandlungen beigewohnt hat. || Ich schreite nun dazu, das Ergebniss der Berathung und Beschlussfassung des Ausschusses dem Hohen Hause bekannt zu geben. || Was zunächst den geistigen Zustand des Höchstseligen Königs betrifft, so ist der Ausschuss nach sorgfältigster Würdigung des in dieser Beziehung vorgelegten Beweismaterials, insbesondere des von den vier Sachverständigen ausführlich erstatteten, im Ausschusse selbst mündlich durch einen der Experten im Namen der sämmtlichen übrigen, erläuterten und in klarer Darstellung motivirten, auch durch den Befund der Sektion vollständig bestätigten Gutachtens vom 8. Juni lfd. Js. im Zusammenhang mit allen übrigen dargebotenen Beweismomenten einhellig zu der sicheren Ueberzeugung gelangt, dass jedenfalls in dem Zeitpunkte, in welchem die Uebernahme der

Regentschaft durch Seine Königliche Hoheit den Prinzen Luitpold erfolgte, also am 10. Juni laufenden Jahres, in Folge eines vollständig ausgebildeten psychischen Leidens weiland Seiner Majestät des Königs Ludwig II. jener Fall der Verhinderung des Monarchen an Ausübung der Regierung gegeben war, in welchem nach § 11 Tit. II der Verfassungsurkunde die Reichsverwesung stattzufinden hat. || Zwar lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit annehmen, dass diese Verhinderung auch schon eine geraume Zeit früher in gleichem Masse bestanden hat; allein der Ausschuss war der Meinung, dass von einer Feststellung in dieser Beziehung Umgang zu nehmen sei, weil eine solche Feststellung ausserhalb des Bereiches der Frage liegt, welche dem Hohen Hause zur Entscheidung unterstellt ist. || Es mag wohl beim ersten Anblick unzulässig erscheinen, die Zeit der Verhinderung des Monarchen an Ausübung der Regierung und jene der Nichtverhinderung Desselben durch die Grenzlinie eines einzigen Tages zu scheiden; allein der Ausschuss glaubte, über dieses Bedenken weggehen zu dürfen in der Erwägung, dass bei einer im Verlaufe von Jahren sich allmählich ausbildenden und immer steigenden Geisteskrankheit jene Grenzlinie unmöglich anders gezogen werden kann, als eben mit dem Zeitpunkte, in welchem die Zeichen der psychischen Störung völlig unverkennbar und zugleich evident nachweisbar zu Tage treten. — Dass die Fixirung dieses Zeitpunktes eine mehr oder minder willkürliche sein muss, ist ebenso klar, als dass sie nur nach vollendeter sorgfältigster Konstatirung aller massgebenden Erscheinungen und nur nach Herstellung eines vollständig überzeugenden Beweismaterials stattfinden konnte und durfte. || Uebrigens ist zu bemerken, dass ganz die gleiche Schwierigkeit auch dann hervorgetreten sein würde, wenn die Uebnahme der Regentschaft an irgend welchen früheren Tagen geschehen wäre. Es wäre der Fall dann offenbar ganz der nämliche gewesen. Die gleiche Schwierigkeit ergibt sich ja auch in den analogen Verhältnissen des Privatlebens, wo ebenfalls nicht vermieden werden kann, dass ein Tag die volle Rechtsfähigkeit des Entmündigten von der beschränkten abgrenzt. || Wenn sonach feststeht, dass am 10. Juni laufenden Jahres der in § 11 Tit. II der Verfassungsurkunde vorgesehene Fall des Eintritts einer Reichsverwesung gegeben war, so muss nach Ansicht des Ausschusses noch die weitere Frage gewürdigt werden, ob die Einleitung hiezu in verfassungsmässiger Weise und von der verfassungsmässig hiezu berufenen Person getroffen worden ist. Diese Frage bedarf deshalb einer Besprechung, weil gerade in diesem Punkte der Titel II der Verfassungsurkunde eine Lücke enthält, indem er keine Vorschrift darüber giebt, wer in einem Falle, wie der gegenwärtige, berechtigt und berufen sein soll, die Initiative zu ergreifen dadurch, dass er die Nothwendigkeit einer Reichsverwesung konstatirt und die Kammern einberuft. Diese Lücke muss natürlich durch sinngemässe Interpretation ausgefüllt werden, und es kann dies nach einhelliger Ansicht des Ausschusses mit Hinblick auf die übrigen hier einschlägigen Bestimmungen der Verfassungsurkunde, insbesondere auf den schon angeführten § 16 des Titels II, dann

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

mit Hinblick auf die Analogie anderer deutscher Verfassungen, vor allem aber mit Hinblick auf die Natur der Sache nur in dem Sinne geschehen, dass solche Initiative ausschliesslich Demjenigen zusteht, welcher, wie sich ein bewährter Staatsrechtslehrer ausdrückt, wenn die Reichsverwesung wirklich eintritt, zur Uebernahme der Regentschaft berufen sein würde. Nachdem übrigens die Einberufung des Landtages als ein im Namen des Königs erfolgender Regierungsakt natürlich nur mit Mitwirkung der verantwortlichen Minister geschehen konnte, so ist hiemit auch derjenigen Rechtsanschauung Rechnung getragen, welche von der Meinung ausgeht, dass in solchen Fällen dem Gesamtstaatsministerium die Initiative zustehe. Selbstverständlich ist endlich, dass der zur Regentschaft berufene Agnat, vorbehaltlich natürlich der Zustimmung des Landtages, sofort die Regentschaft antreten muss, weil das Land nie auch nur einen Moment lang ohne ein Organ der Ausübung der Regierung sein darf. || Allen diesen Anforderungen entspricht die Proklamation vom 10. Juni. Demgemäss erachtet der Ausschuss, was den bisher besprochenen Punkt betrifft, die Ueberzeugung für begründet, dass am 10. Juni laufenden Jahres der in § 11 Tit. II der Verfassungsurkunde vorgesehene Fall des Eintrittes einer Regentschaft gegeben war und dass die Uebernahme einer Regentschaft von Seite Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold als des nächstberufenen unbehinderten Agnaten in verfassungsmässiger Weise erfolgt ist. || Aber auch bezüglich des geistigen Leidens Seiner Majestät des Königs Otto — über dessen durch diesen Umstand unberührtes Thronfolgerecht ja selbstverständlich von vornherein ein Zweifel nie bestehen konnte — ist der Ausschuss nach Prüfung des vorliegenden Beweismateriales einhellig zu der festen Ueberzeugung gelangt, dass eine Behinderung Allerhöchstdesselben an Ausübung der Regierung im Sinne des § 11 Tit. II der Verfassungsurkunde, veranlasst durch eine schon seit geraumer Zeit vorhandene, wohl kaum jemals mehr, jedenfalls aber nicht vor Ablauf eines Jahres zu hebende Geistesstörung, unzweifelhaft vollständig erwiesen vorliege. — Der Ausschuss glaubte sich dieser Ueberzeugung um so sicherer hingeben zu können, als ja in diesem Falle durch das vorgelegte Beweismaterial nur ein trauriges, längst bestehendes Notorium bestätigt wird, und als überdies ein hochgeehrtes Mitglied des Hohen Hauses und des Ausschusses, Seine Excellenz Herr Reichsrath von Franckh, als einer der Kuratoren Seiner Majestät in der Lage war, aus Wahrnehmungen jüngster Zeit dem Ausschusse zu bestätigen, dass in dem geistigen Befinden Allerhöchstdesselben ein Fortschritt zur Besserung nicht eingetreten und nicht in Aussicht gestellt sei. || Was ich früher angeführt habe, um darzuthun, dass die Einleitung zur Uebernahme der Reichsverwesung in verfassungsmässiger Weise geschehen und von dem verfassungsmässig allein hiezu Berechtigten und Berufenen ausgegangen sei, findet in gleichem Masse auch auf die Fortsetzung dieser Verwesung volle Anwendung. || Nach Allem diesem habe ich im Namen und Auftrage des Ausschusses den in der höchsten Botschaft vom 14. Juni laufenden Jahres gestellten Antrag, der auf Grund des § 11 Titel II der Ver-

fassungsurkunde gemäss Bekanntmachung vom 10. Juni laufenden Jahres von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Luitpold von Bayern übernommenen und nunmehr fortzusetzenden Regentschaft zuzustimmen, dem Hohen Hause zur Annahme zu empfehlen.

Nr. 10192.
Bayern.
14. Juni 1886.

Nach einigen Worten des zweiten Präsidenten nimmt das Wort

Reichsrath Graf zu Ortenburg: Hohe Herren! Indem ich das Wort ergreife, geschieht es gleichfalls in dem Gefühle herbsten Schmerzes über die tiefbetäubenden Ereignisse, welche uns nach kurzer Pause abermals in diese Räume geführt. || Nicht ohne einen gewissen inneren Kampf ist der Entschluss, mich heute zum Worte zu melden, in mir gereift: es stand gar Manches vor mir, was davon abzumahnien schien. Aber gegenüber allen Bedenken musste ich mir sagen — und dieser Gesichtspunkt gewann schliesslich die Oberhand —, dass es denn doch eine Pflicht sei und zwar, wie die Dinge liegen, zunächst eine Pflicht dieses Hohen Hauses, vor einer Erörterung der heutigen Vorlage und der Ereignisse, welche sie veranlasst haben, in öffentlicher Sitzung nicht zurückzuschrecken. Sollten auch bei dieser Gelegenheit bezüglich dieses oder jenes Punktes gewisse Verschiedenheiten der Meinungen sich hervorthun, so muss denn doch die Erörterung der Sache im Landtage zunächst als der geeignete Weg erachtet werden, um jene Klarheit in die Situation zu bringen, welche die öffentliche Stimme gebieterisch verlangt. Allerseits vernehmen wir diesen Ruf nach Licht und Klarheit über die erschütternden Ereignisse der letzten Tage, und wollte man dieses Verlangen ein völlig unberechtigtes schelten, so wäre solche Auffassung meines Erachtens genau ebenso widersinnig, wie die, es hätte jene Tausende, die sich in diesen Tagen zum Sarge des verewigten Königs drängten, nichts weiter als ungeziemende Neugier an jene heilige Stätte geführt. Ich denke zu hoch von der Loyalität des bayerischen Volkes, als dass ich eine derartige Ansicht mir zu eigen machen könnte. || Als in den letzten Tagen des vorigen Monats der Landtag vertagt wurde, hinterliess derselbe eine Reihe von Vorlagen, welche der Allerhöchsten Sanktion bedurften, um Gesetze zu werden. Das königliche Staatsministerium schaffte diese Allerhöchste Sanktion alsbald zur Stelle; aber es traf um dieselbe Zeit oder vielmehr es hatte um dieselbe Zeit schon die einleitenden Schritte getroffen zur Einsetzung einer Regentschaft und zwar auf Grund eines ärztlichen Gutachtens, welches von einer „schon sehr langen, über eine grössere Reihe von Jahren sich erstreckenden Dauer“ einer Geisteskrankheit des Königs spricht. || Dass die öffentliche Meinung über ein solches Vorgehen stutzig werden musste, liegt denn doch auf der Hand. War es schon aufgefallen, dass man in den letzten Monaten so Manches, was die Ehrfurcht vor der Person Seiner Majestät des Königs verletzen musste, ungeahndet reden und schreiben liess, so musste nunmehr der gesunde Sinn des Volkes geradezu einen inneren Widerspruch darin finden, dass von Seiten des königlichen Staatsministeriums dem Könige Gesetze, Verordnungen, sogar ein Todesurtheil oder doch wenigstens ein Begnadigungsgesuch vorgelegt wurden zu einer Zeit, wo

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

dasselbe königliche Staatsministerium schon wissen musste, dass bei Seiner Majestät dem Könige ein Zustand eingetreten sei, welcher Denselben, um die Worte der Verfassung zu gebrauchen, an der Ausübung der Regierung hindere. || Ich habe es vielfach aussprechen hören, dass derartige Dinge nicht dazu angethan seien, den monarchischen Sinn im Volke zu festigen und zu nähren. || Es ist uns in den Sitzungen des Ausschusses das ausführliche, von dem Herrn Referenten ausführlich erwähnte Gutachten bekannter Irrenärzte über den Geisteszustand des verewigten Königs vorgelegt worden, und dieses Gutachten erfubr durch weitere mündliche Ausführungen des einen der Herren Experten eine ebenso interessante als wesentliche Ergänzung. Ein Versuch, gegen dieses Gutachten irgendwie anzukämpfen, liegt mir fern. Ich vermag es schon deshalb nicht, weil ich vollkommen Laie bin in diesen Dingen, und wäre ich Fachmann, so vermöchte ich es vermuthlich auch nicht. Es blieb mir mithin keine andere Wahl, als das Facit des ärztlichen Parere mir insofern anzueignen, als es die Verhinderung Seiner Majestät des Königs an der Ausübung der Regierung ausspricht, und ich hatte demgemäss der durch Proklamation vom 10. Juni von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Luitpold übernommenen Reichsverwesung zuzustimmen. || Es könnte möglicherweise als misslich empfunden werden, dass keiner der Herren Aerzte vor Abfassung des Gutachtens Seine Majestät den König sah: man wird den Anstoss, den Manche an diesem Umstande nehmen dürften, durch den Hinweis beseitigen oder doch wenigstens mindern können, dass es beeidigte Zeugenaussagen gewesen sind, auf denen das Gutachten sich aufbaut. Ob es nicht wünschenswerth, ob es nicht thunlich gewesen wäre, die Zahl der zu vernehmenden Zeugen noch weiter zu mehren, entzieht sich meiner Beurtheilung. Dass zuletzt derjenige Arzt, dessen Name unter dem erwähnten Dokument an erster Stelle steht, den geistigen Zustand Seiner Majestät des Königs entschieden nicht zutreffend beurtheilte, ist leider ebenso sicher, als beklagenswerth: er hat seinen Irrthum mit dem Tode gebüsst. Mit dem tragischen Ausgang des Monarchen verknüpft sich das Ende des berühmten Arztes, dessen Dienste der leidenden Menschheit sicher allzufrüh entzogen worden sind. || Inwieweit neben der vorhandenen Geistesstörung die furchtbare Aufregung darüber, dass er die Zügel der Herrschaft seinen Händen entgleiten sah, den verewigten Monarchen bestimmte, in den Wellen des Sees den Tod zu suchen, das weiss ich nicht, und ich glaube, Hohe Herren, wir werden es niemals wissen. Der einzige Zeuge, welcher den König in diesem verhängnissvollen Augenblicke sah, weilt nicht mehr unter den Lebenden. Aber ich meinestheils bezweifle allerdings nicht, dass jener von mir angedeutete Moment bis zu einem gewissen Grade eine Rolle gespielt hat. Der geistige Zustand Seiner Majestät ist ja keineswegs der einer allgemeinen Unzurechnungsfähigkeit gewesen. Wie die Herren Experten uns klargelegt haben, deckt sich die Krankheit in diesem Stadium mit dem vollen Umfange des Seelenlebens nicht. Vielmehr pflegen neben wenig getrübtten oder gar nicht getrübtten Urtheilen und Fähigkeiten hie und da jene abenteuerlichen

Wahnvorstellungen zum Durchbruch zu kommen, wie solche der Herr Referent vorhin angeführt hat. Je höher nun Seine Majestät der König — allerdings auch in krankhafter Weise — von der Stellung dachte, zu welcher ihn das Schicksal berufen hatte, um so furchtbarer musste er den Fall aus dieser Höhe empfinden. Von hohem Interesse dürfte es sein, aus dem Munde eines unverdächtigen Zeugen zu hören, welchen Eindruck die Kunde von der Einsetzung der Regentschaft zunächst auf den Monarchen hervorgerufen hat; wir erhielten damit, glaube ich, ein wichtiges Material zur Beurtheilung des geistigen Zustandes Seiner Majestät. || Aber hat man einen solchen Zeugen vernommen? Ist überhaupt ein solcher vorhanden? Das, meine Hohen Herren, weiss ich nicht. Ich machte in den Verhandlungen des Ausschusses auf eine angebliche Aeusserung Seiner Majestät des Königs aufmerksam, welche durch die Zeitungen lief, wonach Allerhöchstderselbe gesagt haben sollte, dass er es zwar ertrage, als König abgesetzt zu werden; dass man ihn aber für verrückt erkläre, das ertrage er nicht. Von Seite eines der Herren Minister wurde mir erwidert, dass diese Zeitungsnachricht eine pure Erfindung sei! || Wir haben im Ausschusse eine aus der letzten Zeit stammende, bereits vorhin von dem Herrn Referenten erwähnte Vorstellung des Gesamtministeriums an den König mitgetheilt erhalten. Von dieser Vorstellung war auch — gleich nachdem sie eingereicht wurde — in der Presse mehrfach die Rede. Ich anerkenne unverhohlen, dass diese Vorstellung vortrefflich redigirt ist; abgesehen von einem untergeordneten Punkte darf ich wohl sagen, sie ist mir aus der Seele geschrieben. Aber ich konnte allerdings nicht umhin, die Frage aufzuwerfen, weshalb nicht einmal der Versuch gemacht wurde, das schriftlich Gesagte in noch weit eindringlicherer Weise, nämlich persönlich, mündlich zu wiederholen. Ich weiss, die Aussicht, vor das Angesicht des Monarchen zu dringen, war keine grosse; aber was unwahrscheinlich ist, ist deshalb noch keineswegs unmöglich. Ich meine, bei der eminenten Wichtigkeit der Sache, bei der Grösse der Verantwortung war es doch eines Versuches werth. || Es wird der auf Jahre zurückgehende Mangel an persönlichem Verkehr zwischen den Ministern und Seiner Majestät dem Könige mit Recht beklagt. In wieweit das Staatsministerium bestrebt war, diesen Mangel zu beseitigen, darüber vermag ich den Hohen Herren natürlich keine Auskunft zu geben. || Ich kann nicht umhin, in Kürze die Art und Weise zu berühren, in welcher die einmal als nothwendig erkannte Staatsaktion Seiner Majestät dem König gegenüber eingeleitet wurde. Die Ereignisse des 10. Juni in Hohenschwangau sind bekannt. Sie haben manche, ich darf wohl sagen, peinliche Empfindungen im Lande wachgerufen. || Ich bemerke ausdrücklich, dass ich nicht die Absicht habe, gegen die Mitglieder der Delegation selbst einen Vorwurf zu erheben; ich freue mich vielmehr, dass diese Herren den Gefahren, die einige Stunden hindurch über ihren Häuptern schwebten, glücklich entronnen sind. Aber es ist nicht diese „romantische“ Seite der Sache, welche ich hervorheben will. Es versteht sich eigentlich von selbst, und es wurde uns von Seite der königlichen Staatsminister

Nr. 10076.
Bayern.
17. Juni 1886.

im Ausschusse ausdrücklich gesagt, dass ein mildes und schonendes Vorgehen gegen die Person Seiner Majestät des Königs in ihrer Absicht lag. Dann aber hätten vielleicht ganz andere Einrichtungen getroffen werden sollen, dann hätte doch entschieden mit grösserer Vorsicht verfahren werden müssen. Thatsächlich endete nicht nur die Thätigkeit der Delegation mit einem völligen Misserfolge, sondern die Sache nahm auch für den unglücklichen Monarchen den denkbar aufregendsten Verlauf, und fast wäre als unmittelbare Folge dessen schon in Hohenschwangau jene entsetzliche Katastrophe erfolgt, welche Bayern in so tiefe Trauer versetzt hat. || Weit entfernt, diese Katastrophe zu verhüten, hat die Verbringung Seiner Majestät nach Berg den Eintritt derselben erst recht beschleunigt. Ich besitze nicht die Fähigkeit, in die Zukunft zu schauen, und ich verlange dieselbe weder von einem Arzte noch von einem Minister. Aber ich meine: nachdem die Selbstmordgedanken des kranken Monarchen wohlbekannt waren — und sie waren es auch dem königlichen Staatsministerium —, so wäre die Frage, ob die Versetzung des Allerhöchsten Patienten nach Berg, also in die Nähe eines Sees, wo jene Gedanken besonders leicht zur Ausführung gelangen konnten, räthlich sei, — einer höchst sorgfältigen Erwägung zu unterstellen gewesen. || Ich bin ja überzeugt, dass derartige Erwägungen mit dem Ernste gepflogen wurden, welcher der hohen Wichtigkeit der Sache entsprach. Aber es kann mich dieses nicht abhalten, meinem lebhaften Bedauern über das Ergebniss derselben Ausdruck zu leihen. || Hohe Herren! Ich bitte, meine Ausführungen nicht misszuverstehen. Ich bespreche Vorgänge, ich kritisire Handlungen; Gesinnungen verdächtigen will ich nicht. || In tiefer Trauer stand das bayerische Volk in diesen Tagen an dem Sarge des unglücklichen Monarchen, dem es einst seine volle Liebe, seine schönsten Hoffnungen freudig entgegenrug. Niemand verkennt die Schwere des Unglücks, welches Bayern heimgesucht hat. Aber auch ich meine in Uebereinstimmung mit nserem hochverehrten Herrn zweiten Präsidenten: es fehlt nicht an Trost inmitten dieses Kammers! Wir haben zunächst die Gewissheit, dass den traurigen Ereignissen dieser Tage auch weit über Bayerns Grenzen hinaus die vollste Theilnahme gezollt wird! Und wir wissen ferner, dass an Stelle König Ludwigs II. ein Fürst berufen ist, die Zügel der Regierung zu führen, dem längst unsere ganze Verehrung gewidmet war, noch bevor die Würde des Regenten ihn zierte, ein Fürst, von dem wir, meine Hohen Herren, besser als alle Uebrigen wissen, dass er würdig ist des Vertrauens und der Liebe, welche, wie ich zuversichtlich hoffe, das bayerische Volk ohne Unterschied der Stände, ohne Unterschied der Partefarbe ihm in reichstem Maasse entgegengetragen wird! || Meine Hohen Herren! Es giebt Prüfungen im Leben der Einzelnen, und es giebt Prüfungen im Leben der Völker. Und wie der Kummer, welcher den einzelnen Menschen trifft, oft heilsam auf ihn zu wirken vermag, läuternd und klärend auf Geist und Gemüth, so kann unter Umständen wohl Aehnliches von dem Schmerze ganzer Völker gelten. Treu bewährt hat sich in diesen trüben Tagen der loyale Sinn des bayerischen Volkes, seine treue Anhänglich-

keit an die illustre Dynastie, mit deren Geschicken die seinigen durch die Geschichte vieler Jahrhunderte innig verwoben sind! Gemeinsam erduldetes Leid verbindet bekanntlich die Menschen inniger als gemeinsame Freude. Möge darum dieses schöne Bewusstsein der Zusammengehörigkeit von Dynastie und Volk nicht nur erhalten bleiben bis in die fernsten Zeiten, möge vielmehr der gemeinsame Schmerz es mehren und kräftigen gegen alle Stürme, die da kommen werden! Dann, Hohe Herren, — ich sage es frei und offen — dann kann auch die Trauer dieser Tage für unser erlauchtes Herrscherhaus sowohl, wie für das bayerische Volk eine Quelle reichen Segens werden! || Das walte Gott! || (Rufe: Bravo!)

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Der königliche Staatsminister des Innern, für Kirchen- und Schulangelegenheiten (von Lutz): Meine Hohen Herren! Es kann für ein Staatsministerium keine schmerzlichere Aufgabe ersonnen werden als diejenige, die uns in den letzten Wochen und Tagen gegeben war. Wir gingen an die Lösung dieser Aufgabe nach schweren inneren Kämpfen, nach reiflicher gründlicher Prüfung der thatsächlichen Verhältnisse und mit tiefem Schmerze, mit dem Bewusstsein, dass wir eine traurige Pflicht zu erfüllen berufen sind, wenn wir die Thatsachen feststellen, wenn wir dem nach dem regierenden Monarchen zur Regierung berufenen Agnaten die Sachlage darstellten und ihm riethen, die Regentschaft zu ergreifen. Unser Gewissen ist heute nach Erfüllung dieser Aufgabe frei und beruhigt. Freilich nicht so hat das bayerische Volk die Sache in diesen Tagen angesehen, nicht wie wir hat das bayerische Volk die Ueberzeugung gehabt, dass eine vernichtende Krankheit Seine Majestät unsern Allergnädigsten König abhielt von der Ausübung der Regierung. Ausrufe des Schmerzes, der Missbilligung sind uns in zahlreicher, ergreifender Weise zugegangen. Meine Kollegen und ich sind weit entfernt, dies unbegreiflich zu finden oder dem bayerischen Volke irgendwie zur Last zu legen. Können wir doch nur zu sehr und zu gut begreifen, wie die Nachricht von der Erkrankung Seiner Majestät des Königs vernichtend und erschütternd auf das Volk wirken musste; finden wir doch recht begreiflich, dass das Volk im ersten Augenblick des Unglücks, nicht wissend, wie Alles zusammenhängt, nach einem Schuldigen suchte und den Schuldigen in uns fand; aber ich wiederhole, unser Gewissen ist frei, wenn auch unser Inneres nach wie vor auf das Schmerzlichste bewegt ist, und wir hoffen, dass die Verhandlungen, die in beiden Häusern des Landtags stattgefunden haben und noch stattfinden werden, auch dem Volke die Beruhigung wiedergeben werden und vielleicht auch so viel Gerechtigkeitsgefühl wieder werden aufkeimen lassen, dass man die uns zugeworfenen Urtheilssprüche zurücknimmt und der Wahrheit die Ehre giebt. || Aus den Erörterungen des Vorredners im Eingange derselben mussten wir entnehmen, dass, wenn auch nicht deutlich ausgesprochen, so doch angedeutet, der Vorwurf oder das Bedenken erhoben werden wollte, ob denn der Tag der Regentschaftsbestellung der richtige war, ob er nicht schon früher vorhanden war. In dieser Richtung kann ich mich auf dasjenige zurückbeziehen, was Ihr sehr verehrter Herr Referent Ihnen vorgetragen hat. Ich will nur noch beifügen:

Nr. 10192.
Bayern.
17 Juni 1886.

Jetzt wirkt das ganze vorhandene Material auf einmal auf die Hohen Herren ein. Alles, was in diesen Tagen verhandelt worden ist, macht auf die Hohen Herren einen einheitlichen Eindruck, den Eindruck, dass die Krankheit Seiner Majestät wirklich vorhanden war und dass sie auch früher vorhanden gewesen ist. Von diesem Standpunkte aus finde ich auch den angedeuteten Vorwurf erklärlich; aber ich darf die Hohen Herren daran erinnern, dass Sie uns nicht gerecht beurtheilen würden, wenn Sie von der Ansicht ausgingen, dass wir in gleicher Lage gewesen und einen gleich einheitlichen Eindruck durch die Verhältnisse empfangen haben. || Meine Hohen Herren, von dem Material, das wir jetzt in der Lage waren Ihnen zu unterbreiten, ist uns bis in die letzten Monate sehr viel unbekannt gewesen. || Freilich wohl, dass Sonderbarkeiten mancherlei Art am Hofe Seiner Majestät des Königs sich zugetragen hätten, das haben wir gehört, so gut, wie Sie Alle, die Mitglieder dieses Hohen Hauses. Aber wir haben auch gehört, dass neben diesen Sonderbarkeiten Gespräche, Unterhaltungen, Auslassungen Seiner Majestät der verschiedensten Art vorgekommen waren, die nur auf einen gesunden Sinn schliessen liessen. Das alles hat ja das bayerische Volk in den letzten Tagen bis zum Grunde aufgewühlt, dass die Thatsache der klaren Gespräche, des consequenten Denkens bei Seiner Majestät sich nicht leugnen liess. Das wussten insbesondere diejenigen, die das Glück hatten, seit langen Jahren mit Seiner Majestät zu verkehren, dass Seine Majestät vielleicht schon von Natur aus eine ziemlich entwickelte Anlage hatten für ein Selbstbewusstsein, grösser, als es vielleicht selbst auf dem Throne am Platze ist, dass Seine Majestät einen starken Willen hatten, wenn es galt, Wünsche durchzusetzen. Wir wussten auch, wie Sie Alle, meine Hohen Herren, dass das Schicksal, ich möchte sagen, verhängnissvoll dazu beigetragen hat, um diese Eigenschaften Seiner Majestät sich entfalten zu lassen. Man denke, dass ein Monarch mit 18 Jahren, noch ohne Lebenserfahrung, auf den Thron kommt, und dass fortan die ganze Menschheit, möchte ich fast sagen, mit der er verkehrt, zu seinem Willen ist. Wir wussten, wie Viele es gegeben hat, die auch nicht im rechten Moment den Willen Seiner Majestät erfüllten. || Unter solchen Umständen, meine Hohen Herren, haben wir Alle, die wir am Ministertische sitzen, noch bis zum Januar dieses Jahres den Gedanken, dass Seine Majestät geistig erkrankt seien, nicht laut auszusprechen gewagt; wir Alle waren zum mindesten ungewiss darüber, ob nicht eine Charakterentwicklung in Mitte liege, die alle diese vorgekommenen Erscheinungen, insbesondere die Bauten und dergleichen erklären könnte, ohne dass man zur Annahme einer geistigen Erkrankung schreiten müsste. Eines der wesentlichsten Symptome dieser Erkrankung lag in der Handhabung der finanziellen Verhältnisse. Ein Versuch, die tief in Unordnung gerathene Kabinettskasse zu ordnen, im Jahre 1884 hat nicht zu dauerndem Erfolge geführt; es kam bald wieder zu neuen Schulden. Das hat uns, meine Hohen Herren, nicht überrascht. Wäre neuerdings eine Regelung eingetreten, wir waren darüber sicher, auch dann wäre das Ende der Kalamität nicht vorhanden gewesen.

Aber darüber waren wir nicht sicher, ob, wenn einmal die äusseren Verhältnisse Seiner Majestät die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, seine Wünsche zu erfüllen, aufdrängen würden, ob nicht doch dann die Rückkehr auf den rechten Weg stattfinden werde. || Deshalb ging unser Streben noch im vorigen Sommer, im Herbst und noch zu Anfang des Winters dahin, es zu bewirken, dass Seine Majestät nicht durch neues Schuldenmachen in der schlimmen Entwicklung der Dinge gefördert werde, sondern dass Allerhöchst dieselben durch Fernehalten von Geldmitteln vor die Nothwendigkeit der Erkenntniss der Grenze Allerhöchst ihrer Macht gestellt würden. Daher auch unsere dringlichen Vorstellungen vom Januar dieses und September vorigen Jahres. Erst, meine Hohen Herren, als auch diese Vorstellungen gar keinen Effekt hatten, als dass Seine Majestät auf allen möglichen und unmöglichen Wegen die Beschaffung von Geld versuchte, erst da kam uns der Gedanke mit einiger Lebhaftigkeit, ob es denn nicht an der Möglichkeit der Fassung eines Entschlusses zur Rückkehr auf den Weg der Ordnung fehle, mit anderen Worten, da erst kam uns der Gedanke, ob denn nicht die Willensfähigkeit, ob nicht die geistigen Kräfte Seiner Majestät geschädigt seien, und, meine Hohen Herren, erst zu Ende März hatte ich in Anwesenheit eines meiner Kollegen die erste Unterredung mit dem nunmehr dahingeschiedenen Psychiater. || Wären wir im Besitz der Kenntniss aller der Thatsachen gewesen, welche jetzt die Hohen Herren kennen, wären wir Psychiater gewesen, so hätten wir uns des Irrthums, dass noch ein Heil möglich sei, nicht bis in den März und April dieses Jahres hin schuldig gemacht; gewiss dann würde die Massregel, zu der jetzt Seine Königliche Hoheit der Prinzregent greifen musste, früher indiziert, früher nothwendig gewesen sein. Aber wir kannten die Thatsachen nicht alle; ich darf wohl die Hohen Herren daran erinnern, dass einer der Zeugen in seiner Aufschreibung selbst sagt, er habe bis in die allerneueste Zeit tiefes Schweigen über sein Wissen beobachtet. Auch von den anderen vernommenen Persönlichkeiten kann ich versichern, dass sie nur mit dem äussersten Widerstreben — es verdient dies gewiss alle Anerkennung — zur Vernehmung sich haben bereit finden lassen und nur in der allerletzten Zeit. || Wer sich anschickt, eine Massregel in Vollzug zu setzen, wie wir sie in Vollzug zu setzen durch die traurige Nothwendigkeit gezwungen worden sind, der wird sich der äussersten Vorsicht befehligen müssen. Es ist eine schwere und ernste Sache, den Monarchen vor dem Lande als regierungsunfähig hinstellen und die Hand dazu zu bieten, dass er seiner Macht entkleidet werde. Wenn es sonst Nichts gäbe, das eigene Herz müsste Einen nöthigen, nur mit der alleräussersten Vorsicht, nur dann, wenn unumstössliche Gewissheit über die Wahrheit der einzelnen Thatsachen und ihre Beweisbarkeit vorliegen, zu dieser Massregel zu schreiten. Ich will nicht davon sprechen, dass ein Ministerium, welches vor der Zeit, noch ehe jene volle Sicherheit geboten wäre, an eine solche Massregel zu denken wagt, den Kopf riskirt, dass es fürchten muss, mit Recht zu fürchten hat, dass es als Hochverräther in der Geschichte gebrandmarkt wird, meine

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Hohen Herren, ich will Sie damit nicht des Längern hinhalten; nur Eines bitte ich: bedenken Sie, in welche Lage ein Ministerium den Durchlachtigsten Herrn Prinzregenten gesetzt haben würde, wenn es ohne jene Sicherheit den Schritt gewagt hätte, der jetzt gewagt und gethan werden musste. In welcher Lage war der Durchlachtigste Herr Prinzregent, wenn die Massregel leichtfertig ins Leben gerufen worden wäre und die Hohen Kammern ausgesprochen hätten, dass alles dargelegte Material zur Begründung der Nothwendigkeit der Regentschaft nicht ausreichte! Hohe Herren! Ich sage, was ich im Ausschusse gesagt habe: Trifft uns ein Vorwurf deshalb, weil wir nur einen Tag oder noch mehr zu spät diese Massregel ins Werk gesetzt haben, ich trage den Vorwurf mit allen meinen Kollegen leichter, als den, dass wir einen Tag zu früh Hand an Seine Majestät legten. Wenn sich die Dinge nun so gestalten, meine Hohen Herren, dann werden Sie mir verzeihen, wenn ich sage, es habe die Frage, ob einige Vorlagen mehr oder weniger noch zu der Zeit, als man über den geistigen Zustand Seiner Majestät nicht mehr in Zweifel sein konnte, an den König behufs Erholung seiner Unterschrift gemacht wurden, eine verschwindende Bedeutung gegenüber der Frage, ob man schon heute oder erst morgen mit den Vorbereitungen fertig ist, um den Schritt der Ergreifung der Regierung dem Agnaten, der zu der Regentschaft berufen ist, empfehlen zu können. Das musste unter allen Umständen eintreten, dass einmal der Monarch noch verschiedene Vorlagen unterschrieben hatte und vielleicht der andere Tag die Bestellung der Regentschaft aus einem Grunde bringen musste, der schon in frühere Zeit zurückreicht. Indessen von einer so ausserordentlichen Tragweite, dass von einer Schädigung des Landes die Rede sein könnte, wird bezüglich der in den letzten Tagen unterzeichneten Vorlagen im Ernste nicht gesprochen werden können; wenn ich auch damit nicht sagen will, dass es ganz gleichgültig sei, in welcher Geistesverfassung die zwischen dem Ministerium und den Kammern des Landtages vereinbarten Gesetze von der Majestät unterzeichnet werden; aber in den ausserordentlichen Zeiten, wie die vorliegenden, wird man wohl zu unterscheiden berechtigt sein, welche Angelegenheiten von hoher Tragweite und welche von geringerer sind. Der erlauchte Herr Vorredner hat dann einige Zweifelspunkte berührt, ob sich Gudden nicht doch geirrt habe; es habe sich ja gezeigt, dass er sich geirrt hat in Bezug auf die Behandlung Seiner Majestät. Nun, meine Hohen Herren, die Aeusserungen der verschiedenen Psychiater, die sich jetzt schon mit der Sache befasst haben und ohne Zweifel auch zu Ihrer Kenntniss gekommen sind, lassen darüber keinen Zweifel: Ueber die Hauptsache, über die Diagnose, über das, was heute entscheidend ist, hat sich Gudden gewiss nicht geirrt. || Wenn er sich geirrt hat, so betrifft sein Irrthum die nach Massgabe der modernen Theorie eingeleitete Behandlung, einer Theorie, die vom Geiste des Humanismus eingegeben ist und von der die Psychiater versichern, dass sie weit bessere Früchte trage als die früher gebräuchlich gewesene des Zwanges und der Einschliessung. Wenn der erlauchte Herr Vorredner dann noch seine Zweifel begründet hat

mit Berufung auf einige Aeusserungen der Presse, so kann ich nur mein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, dass die wie Sand am Meere verbreiteten Lügen auch in solchen Kreisen Beachtung finden konnten. Abgesehen von der zitierten Aeusserung, die von einem Blatte des untergeordnetsten Ranges verbreitet worden ist, finden Sie z. B. heute in den Blättern eine Korrespondenz aus einem Hamburger Blatt, welche eine ganz romanhafte Schilderung über die Vorgänge in Hohenschwangau enthält, an der aber nicht ein wahres Wort ist. Mit solchen Dingen kann es unmöglich angehen, dass Fragen, wie die heute vorliegende, entschieden werden; indessen das, was der Herr Vorredner in dieser Beziehung angeführt hat, sind Bedenken, welche höchstens dazu Anlass geben könnten, dass derselbe die Frage, die zur Abstimmung kommen wird, nicht bejahen könnte. Er hat die Frage angeregt, ob wir nicht noch mehr Material bringen können. || Ich glaube, meine Hohen Herren, wir könnten, wenn wir die Erhebungen weiter pflegen wollten, noch massenhaftes Material beschaffen; aber nicht zum Letzten waren es auch Rücksichten auf Seine Majestät, welche es geboten erscheinen liessen, dass wir in Bezug auf Zeugenvernehmungen nicht noch weiter gingen, nicht weiter, als es nach unserem Dafürhalten und, ich zweifle nicht, auch nach dem Ihrigen durch die Nothwendigkeit geboten war. || Der Herr Vorredner hat gefragt, ob es nicht wünschenswerth gewesen sei, noch einen persönlichen Versuch bei Seiner Majestät zur Darstellung der Sache zu machen. Meine Hohen Herren! Ich lasse es ganz dahingestellt, ob derjenige, der diesen Versuch gemacht hätte, in die Gemächer Seiner Majestät gelangt wäre oder ob er ein ähnliches Schicksal erfahren hätte, wie die nach Hohenschwangau geschickte Kommission. Ich lasse es dahingestellt; aber das ist mir ganz sicher, dass derjenige, der Seiner Majestät davon zu sprechen gewagt hätte, dass die Bauten eingestellt werden müssen u. dgl., nicht den zwanzigsten Theil von den Erwägungen an Seine Majestät hätte bringen können, die jetzt durch unsere Vorstellung vom 5. Mai an Allerhöchstdieselben gebracht worden sind, und diese Vorstellung hat Seine Majestät gelesen, wiederholt gelesen — es geht dies aus den vorgelegten Briefen hervor, in denen die bekannten Urtheile über die „freche Eingabe“ zu wiederholten Malen enthalten sind. Nach dieser Vorstellung noch mit einer mündlichen Erörterung zu kommen, wäre ganz vergeblich gewesen, es wäre höchstens für Seine Majestät eine nutzlose Marter gewesen, so gut es schliesslich die Vorstellungen selbst gewesen sind. Oder glauben Sie, meine Hohen Herren, dass die Verhärtungen in der Gehirnhaut und all' die körperlichen Dinge, welche die Ursache des äusseren Verhaltens Seiner Majestät gewesen sind, also Seine Krankheitsursachen, etwa noch hätten gemindert oder aufgehoben werden können, wenn man mit der mündlichen Vorstellung an Seine Majestät gekommen wäre, Allerhöchstdieselben möchten doch nicht mehr bauen? || Der Mangel des persönlichen Verkehrs mit den Ministern ist heute accusirt worden. Meine Hohen Herren! Ich stehe nicht an, zu erklären, dass es nichts weniger als ein ideales Verhältniss ist zwischen dem Regierenden und den Ministern,

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

wenn alle Geschäfte nur auf schriftlichem Wege erledigt werden müssen; aber, meine Hohen Herren, wenn es versucht werden sollte, an diesen Einrichtungen etwas zu ändern, dann sollte ich doch meinen, es könnte nur da geschehen, wo auch wirklich nach der ganzen Disposition der Persönlichkeit des Regenten irgend eine Aussicht besteht, durchzudringen. Wollen Sie uns aber deshalb verurtheilen, dass wir weitere Versuche in der Richtung nicht gemacht haben, dann darf ich die Hohen Herren darauf hinweisen, dass dieses Verfahren besteht seit dem Regierungsantritt Seiner Majestät des Königs Ludwig I. In den Ministerialakten aus der Zeit Max' I. finden sich unleugbare Spuren des persönlichen Verkehrs der Minister mit Seiner Majestät. Es finden sich bei den Dekreturen keine Anträge, keine schriftlichen Berichte, sondern die Dekrete sind lediglich von Seiner Majestät unterzeichnet, ein Beweis dafür, dass das Erforderliche zur Erläuterung mündlich vorgetragen war. Mit dem Regierungsantritt Seiner Majestät des Königs Ludwig I. hat dieses Verfahren ein Ende genommen, und alle die Hohen Herren, die auch schon durch dieses Haus gegangen sind, die vor uns Minister gewesen sind, aus der Zeit von Ludwig I., Max II. und Ludwig II. waren ganz in derselben Lage wie wir. || Ja, meine Hohen Herren, ich kann sagen, dass wir eine Zeit lang in besserer Lage gewesen sind. Es hat eine Zeit gegeben — es war die erste, in der ich die Ehre hatte, einem Ministerium vorzustehen —, in welcher Seine Majestät der König seine Minister, so lange Allerhöchstdieselben sich hier befanden, von Zeit zu Zeit zu Konferenzen über Staatsangelegenheiten befohlen hat. Diese Konferenzen sind mehrere Jahre hindurch fortgesetzt worden und haben nur nach und nach ihr Ende dadurch gefunden, dass der Aufenthalt Seiner Majestät ausserhalb der Residenz sich mehr und mehr verlängerte und schliesslich die Rückkehr in die Stadt so gut wie ganz aufhörte. || Was die Kommission von Hohenschwangau betrifft, so ist es ja nur menschlich, dass man sie tadelt. Sie hatte den Erfolg nicht für sich in einer äusserst delikaten Sache, in einer Sache, die das Herz des ganzen Volkes bewegt; was Wunder, wenn der Kommission nun die Schuld gegeben wird, dass sie es verursacht habe, dass die Sache nicht besser gemacht worden sei? Ich habe im Ausschusse unsere Motive für das eingeschlagene Verfahren angegeben. Wir waren der Meinung, da Seine Majestät nicht etwa paralytisch gewesen sind, sondern in einer geistigen Verfassung, in der sich die Bedeutung des Aktes der Bestellung einer Regentschaft noch recht wohl erfassen liess, dass es sich unter solchen Verhältnissen wohl schicke, dass Seine Majestät der König von der Bestellung einer Regentschaft als der erste im Lande und durch den Regenten selbst und die verantwortlichen Räthe, nicht aber durch das Volk oder untergeordnetes Personal erfahre. Deshalb musste selbstverständlich möglichst geheim vorgegangen werden. || Das zweite war die Absicht, ein Unheil von Seiner Majestät dem König wenn irgend thunlich abzuwenden. Nachdem uns aber bekannt war, dass Seine Majestät der König zu wiederholten Malen mit Selbstentleibung gedroht hatte, so war nichts anderes denkbar, als dass in dem Augenblicke

der Mittheilung der Bestellung der Regentschaft auch die Irrenärzte die ärztliche Behandlung in Angriff nehmen mussten. Beides, meine Hohen Herren, wäre nicht möglich gewesen, wenn die Kommission mit grösserem Geräusche in Hohenschwangau eingerückt wäre. Es ist — ich habe es bereits im Ausschusse erwähnt — wohl das Verhalten der Kommission viel getadelt worden; ich habe aber — das gestehe ich offen — Vorschläge, wie man es hätte machen sollen, damit man sicherer und besser gegangen wäre, nicht vernommen. Man hat von der Informirung des Bezirksamtes gesprochen. Ich muss darauf erwidern, wenn man dem Bezirksamtmann verboten hätte, zu sprechen, so wäre die Sache um nichts anders gewesen als jetzt auch; denn der Bezirksamtmann hat zu der Zeit, als der Befehl an die Gendarmen gegeben wurde, die Kommission nicht vorzulassen, sich noch nicht im Schlosse befunden, und als er nachher den Versuch machte, der Gendarmerie begreiflich zu machen, dass die Verhaftung nicht gerechtfertigt sei, haben die Gendarmen auch dem Bezirksamtmann den Gehorsam verweigert und gesagt, der Allerhöchste Befehl gehe ihnen über Alles, und die Gendarmen hatten Recht. Sollte der Bezirksamtmann aber etwa alle die Persönlichkeiten, die in Frage kommen könnten, einschliesslich der Feuerwehr vorher verständigen, nun, meine Hohen Herren, dann war der Lärm gemacht, von dem sich befürchten liess, dass Seine Majestät der König vor der Mittheilung der Kommission von der Bestellung der Regentschaft in Kenntniss gesetzt würde, und nun, meine Hohen Herren, wäre in dieser oder jener Weise die Sache vor der Zeit verlautbart worden und Seine Majestät der König hätte aus Furcht vor dem, was bevorsteht, eine Aufregung bekommen, wie sie schliesslich in Schloss Berg eingetreten ist und Seine Majestät hätten sich von der Altane herabgestürzt, wären der Kommission weniger und geringere Vorwürfe gemacht worden als jetzt? || Man hat gefragt, warum Seine Majestät nach Schloss Berg gebracht worden sei, obwohl sich dort ein See befindet. || Meine Hohen Herren! Ueber die Frage, wo Seine Majestät sicher und mit thunlichster Fernhaltung aller Gefahren für die Allerhöchste Person verwahrt werden könnten, war natürlich die Stimme des Psychiaters vor Allem massgebend. || Nachdem ein Vorschlag, den der Psychiater gemacht hatte, aus hieher nicht gehörigen Gründen sich als nicht durchführbar gezeigt hatte, wurde zunächst das Schloss in Linderhof vorgeschlagen. Nur mit schwerem Herzen hat sich der Psychiater dazu verstanden, den Linderhof zu acceptiren, schon wegen der weiten Entfernung von hier und wegen der Schwierigkeit für den Psychiater, die Behandlung Seiner Majestät in der Hand zu behalten, wenn Allerhöchstdieselben so weit von hier abwesend wären. || Schliesslich verstand sich von Gudden dazu. Wir unsererseits in dem Bestreben, Seine Majestät so wenig als möglich zu belästigen und, wenn irgend thunlich, einen Aufenthalt für denselben zu finden, der Allerhöchstdemselben genehm wäre, haben Dr. von Gudden lange zugesprochen, ob er nicht geneigt sei, Seine Majestät den König einstweilen in Hohenschwangau, in Schwannstein zu behandeln, damit Allerhöchstdieselben nur in gewohnten und lieb gewordenen

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Räumen sich befinden, mit dem Vorbehalte, dass, wenn sich später die Nothwendigkeit einer anderen Massregel ergeben würde, darauf zurückgegriffen werden könnte. || Hiegegen hat sich nun Dr. von Gudden mit allen Kräften widersetzt und kategorisch erklärt, wenn man auf der Belassung Seiner Majestät des Königs in Schwanstein bestünde, so würde er die Behandlung nicht übernehmen, keine Aerzte und Wärter abstellen aus dem Grunde, weil es ihm nach Art des Schlosses ganz unmöglich sei, für die Sicherung der Person Seiner Majestät einzustehen. Wenn auch bisher die Drohungen mit Selbstmord nicht allzuviel Grund zu Befürchtungen gegeben hätten, so könne er doch nicht mehr dafür stehen, dass sie nicht zu einer Bedeutung gelangten nach dem ungeheueren Sturze von der Höchsten Macht zum Krankenzimmer. Es musste deshalb von Hohenschwangau abgestanden werden, und es wurde der Entschluss gefasst, Seine Majestät in Linderhof, einem gleichfalls Seiner Majestät höchst angenehmen Aufenthalte, unterzubringen. || Die Schicksale der Kommission und die furchtbare Aufregung der Bevölkerung in Linderhof liessen aber die Durchführung dieser Massregel als unmöglich erscheinen. || So kam man dann auf Schloss Berg. || Von Gudden hatte hier keine Bedenken. Die Nähe des Schlosses schien ihm auch sehr genehm bei dem doppelten Amte, das er zu pflegen hatte, und ihm war es wenigstens für die erste Zeit genug, wenn in dem kleinen Schlosse von Berg die nöthigen Vorsichtsmassregeln getroffen würden, wie sie denn auch Dr. Grashey für den Morgen vor der Ueberbringung Seiner Majestät vorgekehrt hatte. Für den See waren, wie ich weiss, schon noch weitere Sicherheitsmassregeln in Aussicht genommen. Dass sie aber nicht in wenigen Stunden ausgeführt werden konnten, noch dazu an einem Feiertage, das liegt auf der Hand, und so blieb dem Schicksale, dem fürchterlichen Schicksale der Weg offen. || Wir unsererseits haben nur noch anzuführen, dass wir von Gudden dringend und dringendst zu wiederholten Malen die Warnung angedeihen liessen, er möge nicht zu sehr vertrauen, dass wir ihm ans Herz gelegt haben, er möchte dabei Seiner Majestät soviel Milde und Angenehmes angedeihen lassen, als nur irgend möglich wäre.

Reichsrath Fürst von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg: Als Seine Excellenz der Herr zweite Präsident den Gefühlen Ausdruck gab, die uns Alle bei dem erschütternden Ereignisse mit tiefstem Schmerze ergriffen, da glaubte ich verzichten zu müssen, einen Gedanken auszusprechen, der sich mehr auf die faktischen Verhältnisse bezieht. Ich glaubte, es wäre in diesem Moment nicht angezeigt. Nachdem nun aber die Diskussion des Herrn Reichsrathes Grafen zu Ortenburg und Seiner Excellenz des Herrn Staatsministers auf dasselbe Gebiet führt, muss ich mir doch gestatten, einige Worte zu sprechen. || Ich möchte die Thatsachen konstatiren, dass während der ganzen Dauer der Unzurechnungsfähigkeit oder Regierungsunfähigkeit Seiner Majestät des Königs Ludwigs II. eine faktische Ministerregentschaft stattgefunden hat, ich sage eine faktische, die in der Verfassung weder ihre Begründung noch ihre Berechtigung findet. || Schon längere Jahre war in weiten Kreisen sowohl in Bayern als

auch im Auslande davon die Rede, man konnte manche Aeusserungen hören, es müsse eine Geistesstörung bei Seiner Majestät dem König eingetreten sein; aber Fernstehende waren nicht in der Lage und auch nicht berufen, die Sache zu ergründen. Es wäre die Obliegenheit des Ministeriums gewesen, bei dem ersten Aufsteigen einer solchen Befürchtung sich Klarheit über die Lage zu verschaffen, und ich glaube, dass das Ministerium noch einen ganz besonderen Grund hatte, in diesem Sinne sich volle Sicherheit zu verschaffen; denn durch lange Jahre ist es offenkundig gegen den entschiedenen Willen der Mehrheit des Volkes, gegen den wiederholt und deutlich ausgesprochenen Willen der Majorität des Volkes in Amt und Würden geblieben und hat fortregiert, sich berufend auf den Willen und das Vertrauen eines Monarchen, der leider Gottes regierungsunfähig und bei manchen Seiner Entschliessungen und Akte unzurechnungsfähig war. Der Herr Staatsminister hat uns zwar vorgehalten, dass wir nicht urtheilen dürften nach dem Eindruck, der uns jetzt aus der Zusammenfassung dieses grossen Beweismaterials geworden, während das Ministerium nur allmählich diesen Eindruck empfangen habe, und sagte später, er habe ein vollständig reines Gewissen und es sei ihm unendlich viel lieber, einen Tag oder längere Zeit zu spät es gethan zu haben, als auch nur einen Tag zu früh. Das ist vollständig richtig. || Wer wird bestreiten, dass ein solcher Schritt, ohne genügende Begründung, ein hohes Vergehen, ein nicht zu qualifizirendes Unrecht gewesen wäre! Aber darum handelt es sich gar nicht, es handelt sich nicht um den Schritt der Einsetzung der Regentschaft, sondern es handelt sich darum, die Untersuchung und zwar eine geheime Untersuchung zu pflegen, damit das Ministerium sich davon überzeuge, ob der Thatbestand und ob die Verhältnisse so liegen oder nicht, und die Veranlassung, eine solche Untersuchung und Nachforschung zu pflegen, lag im reichen Masse schon lange vor.

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Die Debatte wird hieauf geschlossen und die Vorlage einstimmig angenommen.

Kammer der Abgeordneten. Sitzung vom 26. Juni 1886.

Abgeordneter Bonn, im Namen des XVI. (besonderen) Ausschusses über die an die beiden Kammern des Landtages ergangene Königliche Botschaft vom 14. Juni d. J., die Uebnahme und Fortsetzung der Regentschaft durch Seine Königliche Hoheit den Prinzen Luitpold von Bayern betreffend, erstattet Bericht. Meine Herren! Noch nie seit dem Bestehen unserer Verfassung hatte die hohe Kammer der Abgeordneten eine schmerzlichere und wichtigere Aufgabe als die, welche ihr heute obliegt. || Ihr sehr verehrter XVI. (besonderer) Ausschuss hat mich zum Referenten bestellt. Ich fühle das Gewicht der schweren Pflicht, welche mir diese Wahl auferlegt, und ich möchte deshalb, ehe ich an die schmerzliche Erfüllung derselben herantrete, Sie um Nachsicht bitten. Mögen Sie und möge das Volk bei Beurtheilung meines Vortrages in Erwägung ziehen

No. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

einerseits die Schwierigkeit meiner Aufgabe, andererseits den Umstand, dass mir nur die kurze Frist von anderthalb Tagen gegönnt war, um meinen Vortrag fertizustellen! Ich hätte mir ja vielleicht eine längere Frist ausbitten können; allein mir schien eine rasche Erledigung der Sache allgemein geboten, und deshalb wollte ich, was an meiner Person liegt, dazu beitragen. Es ist ein mündlicher Bericht, meine Herren; aber ich betone ausdrücklich, dass dieser Bericht nach meinem Entwurf in Ihrem Ausschusse festgestellt und gebilligt worden ist, und dass ich daher, wie bei einem schriftlichen Berichte, genöthigt bin, mich an den festgestellten Wortlaut zu halten. || Und nun zum Berichte selbst! || In der öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 17. lfd. Mts. verkündete Seine Excellenz der königliche Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz folgende Höchste Botschaft (vgl. oben): || Bereits unterm 10. lfd. Mts. war eine gleichfalls von sämmtlichen Staatsministern unterzeichnete Höchste Proklamation ergangen, welcher zufolge Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold von Bayern wegen dauernder Behinderung Seiner Majestät des Königs Ludwig II. an der Ausübung der Regierung und gleicher Behinderung Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Otto von Bayern die Regentschaft übernahmen und die Einberufung der beiden Kammern des Landtages auf Grund des Titels II § 11 der Verfassungsurkunde anordneten. || Nach den Bestimmungen der bayerischen Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818 tritt die Reichsverwesung ein: a. während der Minderjährigkeit des Monarchen; b. wenn derselbe an der Ausübung der Regierung auf längere Zeit verhindert ist und für die Verwaltung des Reiches nicht selbst Vorsorge getroffen hat oder treffen kann. || Es bestimmt ferner der § 10 Abs. 2 desselben Titels der Verfassungsurkunde, dass in Ermangelung einer vom Monarchen selbst getroffenen Bestimmung die Reichsverwesung demjenigen volljährigen Agnaten gebührt, welcher nach der festgesetzten Erbfolgeordnung der Nächste ist, und ordnet Abs. 3 des genannten Paragraphen weiter an, dass, falls der Prinz, dem die Reichsverwesung gebührt, selbst noch minderjährig oder durch ein sonstiges Hinderniss abgehalten wäre, die Regentschaft zu übernehmen, diese auf denjenigen Agnaten fällt, welcher nach ihm der Nächste ist. || Endlich ordnet § 11 Tit. II der Verfassungsurkunde an, dass, sollte der Monarch durch irgend eine Ursache, die in ihrer Wirkung länger als ein Jahr dauert, an der Ausübung der Regierung gehindert werden und für diesen Fall nicht selbst Vorsehung getroffen haben oder treffen können, mit Zustimmung der Stände, welchen die Verhinderungsursachen anzuzeigen sind, gleichfalls die für den Fall der Minderjährigkeit bestimmte gesetzliche Regentschaft stattfindet. || Die Zustimmung der Stände, welche die oben angeführte Bestimmung der Verfassungsurkunde als ein gesetzliches Erforderniss vorschreibt, setzt selbstverständlich eine vorhergehende Prüfung der Verhinderungsursachen, „welche den Ständen anzuzeigen sind,“ voraus, und kann diese Bestimmung der Verfassungsurkunde nicht anders verstanden werden, als dass der zur Regentschaft gesetzlich berufene Agnat verfassungsmässig nicht nur verpflichtet ist, die Ursachen der Verhinderung des Monarchen anzuzeigen,

sondern dass auch dem Landtage, dessen Zustimmung eine gesetzliche Voraussetzung der Regentschaft bildet, das Recht der Prüfung der Verhinderungsursachen voll und ganz zusteht. || Dem entsprechend ist auch durch die Höchste Botschaft vom 14. lfd. Mts. an die beiden Kammern des Landtages der Antrag gebracht: || der auf Grund des Titels II § 11 der Verfassungsurkunde gemäss Bekanntmachung vom 10. Juni d. J. von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Luitpold übernommenen und nunmehr fortzusetzenden Regentschaft zuzustimmen, || und beauftragtén Seine Königliche Hoheit das Gesamtstaatsministerium, alle erforderlichen Nachweise den beiden Kammern des Landtages bekanntzugeben und zur Einsicht mitzutheilen. || Dieser Auftrag kam mit Zustimmung der Kammer der Abgeordneten in der Art zum Vollzug, dass dem von der Kammer in der öffentlichen Sitzung vom 17. lfd. Mts. gewählten Ausschusse in geheimen Sitzungen vom 18., 20., 22., 23. und 25. lfd. Mts., welchen Sitzungen beizuwohnen jedoch den sämtlichen Abgeordneten gestattet war, das zur Beurtheilung der Sache erforderliche Material bekanntgegeben und zur Einsicht vorgelegt worden ist. || Der Ausschuss hat von dem ihm zustehenden Rechte, weitere Erhebungen zu pflegen, Gebrauch gemacht und nach Erörterung mehrerer Fragen und Anhörung des Referenten und Korreferenten Beschluss gefasst. || Er war dabei von dem Bewusstsein geleitet und getragen, dass ihm, wie der Kammer, in Ausübung dieses hochwichtigen verfassungsmässigen Rechtes der Zustimmung zur Regentschaft eine Art von richterlicher Entscheidung zukomme, deren Grundlage eine gewissenhafte, nur vom Standpunkte der objektiven Wahrheit und des Gesetzes ausgehende Prüfung der Sache zu bilden hat. || Die Prüfung und Entscheidung der Frage der Regentschaft kann wohl kaum in einem Falle schmerzlicher und schwieriger sein als in dem leider gegebenen. Denn es handelt sich nicht nur um die Regierungsverhinderung zweier Könige, es ist auch die traurigste aller Verhinderungsursachen in Frage, und — was unsere wehmüthigste Empfindung bis zum Gipfelpunkte steigert — zwischen die Berufung und den Zusammentritt des Landtages fiel das tragische Ende Seiner Majestät König Ludwigs II., so dass wir gezwungen sind, unter dem erschütternden Eindruck dieses unselig traurigen Ereignisses unsere Entscheidung zu treffen, und der Ausschuss gegen sein Gefühl gezwungen war, noch ehe das Grab sich über der Leiche des geliebten, von seinem treuen Volke beweinten Monarchen geschlossen, seine Berathungen zu beginnen. || Die dem Landtage obliegende Entscheidung kann sich nicht auf die Frage beschränken, ob Seine Majestät König Otto I., unser Allerdurchlauchtigster, Grossmächtigster König und Herr, welchem mit dem betrübenden Ableben Seiner Majestät des Königs Ludwig II. von Bayern als dem nächsten Stammfolger nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch linealischen Erbfolge die Krone Bayerns angefallen ist, verhindert ist, die Regierung auszuüben, sie muss auch zurückgreifen auf die Frage der Verhinderung Seiner Majestät König Ludwigs II., da schon unter dessen Regierung am 10. lfd. Mts. die Reichsverwesung eingetreten ist und faktisch, wenn auch nur wenige Tage hindurch, bestanden hat.

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Es sind daher zwei Fragen, deren schmerzliche Prüfung und Entscheidung der Volksvertretung obliegt: || 1) War Seine Majestät König Ludwig II. durch irgend eine in ihrer Wirkung länger als ein Jahr andauernde Ursache an der Ausübung der Regierung verhindert, und bestand am 10. Juni d. J. ein Hinderniss für Seine Königliche Hoheit den Prinzen Otto von Bayern als den nächsten Agnaten, die Regentschaft zu übernehmen? || 2) Ist auch Seine Majestät König Otto I. durch irgend eine Ursache, die in ihrer Wirkung länger als ein Jahr dauert, an der Ausübung der Regierung verhindert? || Dass die Bejahung der ersten Frage die am 10. lfd. Mts. erfolgte Uebernahme der Regentschaft durch Seine Königliche Hoheit den Prinzen Luitpold von Bayern als den nach Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Otto von Bayern nächsten Agnaten gesetzlich rechtfertigt, bedarf wohl im Hinblick auf die oben aufgeführten klaren und zweifellosen Bestimmungen der bayerischen Verfassungs-urkunde ebensowenig einer weiteren Erörterung, als die Feststellung, dass aus der Bejahung der zweiten Frage die gesetzliche Nothwendigkeit und Rechtfertigung für die Fortdauer der übernommenen Regentschaft von selbst folgt. || Was nun als eine Ursache, die den Monarchen an der Ausübung der Regierung auf längere Zeit verhindert, oder, mit anderen Worten, regierungsunfähig macht, zu erachten ist, darüber enthält die Verfassungsurkunde keine nähere Bestimmung. Es kann aber wohl als ein aus der Natur der Sache folgender und von keiner Seite bestrittener Satz gelten, dass Geisteskrankheit unbedingt regierungsunfähig macht, und da nach Lage der Dinge keine andere Hinderungs-ursache in Frage steht, bedarf es wohl auch keiner weiteren Auseinander-setzung, dass, wenn der zweifellose Nachweis geistiger Krankheit der beiden Monarchen erbracht ist, die beiden oben gestellten Fragen unbedingt zu be-jahen sein werden. || Nach eingehendster und gewissenhaftester Prüfung der dem Ausschusse vorgelegten Beweismittel und Erhebungen ist nun der Aus-schuss einstimmig zu der unumstösslichen Ueberzeugung gelangt, dass der traurige Fall der Verhinderung an der Ausübung der Regierung wegen unheil-barer geistiger Krankheit sowohl bei Seiner Majestät dem Könige Ludwig II., als bei Seiner Majestät dem Könige Otto I. seit einer Reihe von Jahren ge-geben ist, und würde es dem Gefühle der Pietät und der Verehrung für die geheiligte Person der Majestäten wohl am meisten entsprechen, der hohen Kammer vorzuschlagen auf Grund der gewonnenen ebenso festen als betrübenden Ueberzeugung, dem in der Höchsten Botschaft vom 14. lfd. Mts. gestellten Antrage entsprechend der Uebernahme und Fortsetzung der Regentschaft ein-fach die Zustimmung zu erteilen. Allein die Erregung des ganzen Landes in allen Schichten der Bevölkerung, die hochwichtige staatsrechtliche Bedeutung einer solchen Zustimmung, nicht minder der Umstand, dass in begreiflicher Weise theils aus leicht erklärlichen natürlichen Gründen, theils durch den Einfluss schlecht unterrichteter oder böswilliger Presserzeugnisse die verkehrtesten und unwahrsten Anschauungen faktisch bestehen, legt den Vertretern des Volkes, deren Wahrspruch unter anderen Verhältnissen genügen müsste,

die schwere, aber unabweisbare Pflicht auf, soweit es mit dem Gefühle der Ehrfurcht für die erhabene Majestät des Königs und der Ehrerbietung für den Todten irgend vereinbar ist, die Gründe offen darzulegen, auf welchen die Ueberzeugung der Volksvertretung beruht. Weil indessen eine Reihe von Thatsachen ohne die Gefahr der Verletzung dieser Gesichtspunkte sich nicht öffentlich erörtern lässt, kann sich diese Darlegung nur auf das Folgende erstrecken. || Was nun zunächst die dauernde Verhinderung Seiner Majestät des Königs Otto I. an der Ausübung der Regierung anlangt, so ergibt sich || aus der Thatsache, dass nach einer im ärztlichen Gutachten vom 8. Januar lfd. Js. enthaltenen Konstatirung Prinz Otto schon im 17. Lebensjahre an qualvollen Zuständen von Angst und innerer Unruhe litt, Hallucinationen hat, gereizt und zu Gewaltthätigkeiten geneigt ist, || ferner, dass nach den vorgelegten Akten schon seit dem Jahre 1878 eine Kuratel über Allerhöchstdenselben wegen geistiger Erkrankung besteht, || aus der Konstatirung des Vorhandenseins eines ärztlichen Gutachtens der Herren Doktoren Gietl, Solbrig, Wolfsteiner und Brattler vom 15. Januar 1872, || aus der im Wesentlichen verlesenen, auf genauen Aufzeichnungen der beobachtenden Aerzte beruhenden Krankengeschichte vom 16. März 1878 bis 1. Mai 1886, || aus den eidlichen Depositionen des Assistenzarztes Dr. Müller, welcher vom 1. Dezember 1884 bis in die Gegenwart in der Umgebung Seiner Majestät sich befindet, || endlich aus dem unterm 15. lfd. Mts. abgegebenen Gutachten der Herren Doktoren Hagen, Grashey und Hubrich, dass König Otto an Exaltations- und Depressionszuständen, an Sinnestäuschungen, geistiger Schwäche und Verwirrung leidet, und dass keine Hoffnung auf Besserung besteht. || Vom tiefsten Mitleid für den beklagenswerthen geistigen Zustand Seiner Majestät des Königs Otto I. erfüllt, musste daher der Ausschuss die traurige Ueberzeugung gewinnen, dass Seine Majestät König Otto I. wohl voraussichtlich für seine ganze Lebenszeit an der Ausübung der Regierung durch geistige Krankheit verhindert ist und dass auch am 10. Juni d. J. Allerhöchstderselbe durch dieses Hinderniss abgehalten war, die Regentschaft zu übernehmen. — || Ungleich schwieriger ist die Darlegung der Gründe, auf denen die gleichfeste Ueberzeugung beruht, dass auch Seine Majestät der Höchstselige König Ludwig II. einem gleichtraurigen, seit Jahren bestehenden geistigen Leiden unterlag. || In der Blüthe der Jugend und körperlicher Schönheit zum Throne berufen, hatte König Ludwig II. wie mit Zaubermacht die Herzen seines Volkes gewonnen. Man erblickte in ihm einen idealen König, dessen jugendliche Begeisterung, nur dem Höchsten und Edelsten zugewendet, die schönsten Hoffnungen auf eine glückliche Zukunft erregte. Auch seine Liebe zur Kunst, insbesondere die schwärmerische Vorliebe für Dichtung, Musik und Theater, für kunstgewerbliche Leistungen und prachtvolle Bauten trat alsbald hervor und äusserte sich später in grossartigen Plänen und Entwürfen. || Der Gedanke, für Richard Wagner, den Dichterkomponisten, dem der Monarch seine Gunst in königlicher Fülle zuwendete, in München ein Theater im grössten Style zu erbauen, zu dessen Aufführungen

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

das bayerische Volk nach Art der olympischen Spiele im alten Griechenland herbeiströmen sollte, stiess wegen der übermässigen Kosten auf lebhaften Widerspruch, ohne dass dadurch der schwärmerische Sinn des Königs in andere Bahnen gelenkt wurde. || Nicht, wie seine erhabenen Vorfahren zum Wohle und Ruhme Bayerns die Künste pflegten, beschäftigte König Ludwig II. Künstler und Architekten; das, was er schaffen liess, musste in geheimnissvoller Weise geschehen und jedem menschlichen Auge verborgen bleiben, und wie der jugendliche König selbst seinem Volke sich nur selten zeigte und lieber sich in die Einsamkeit der Berge zurückzog, so mussten seine Schöpfungen nur ihm allein dienen, und der Anblick derselben durch andere Sterbliche schien ihm eine Entweihung zu sein. || Man erfuhr und erzählte sich viel von nächtlichen Ritten und Fahrten im Mondscheine auf einsamen Gebirgswegen, und die Separatvorstellungen im Theater mit ihren prachtvollen Ausstattungen, nur für den König geschriebenen Stücken und den verschwenderischen Geschenken an die dabei beteiligten Künstler blieben kein Geheimniss. || Im Dunkel der Nacht kam Seine Majestät in seine treue Residenzstadt, im Dunkel der Nacht verliess er dieselbe, und waren am Tage die königlichen Gemächer verhüllt und verschlossen, verkündeten Nachts weithin die Strahlen des Lichtes gar oft, dass der König bis zum Morgen wache. || Diese einsame, mit der Wirklichkeit in Widerspruch stehende Lebensweise erschien seltsam und erregte wohl in Manchem stille Zweifel an der vollen geistigen Gesundheit des geliebten Monarchen. || Als aber König Ludwig im Jahre 1870 sein tapferes Heer dem Erbfeinde entgeschickte und nach den glorreichen Siegen in Frankreich dem greisen siegreichen Führer, Seiner Majestät dem Könige von Preussen, die deutsche Kaiserkrone antrug, da jubelten ihm Alle zu, die in der Gründung des neuen deutschen Reiches Deutschlands und Bayerns Heil erblickten, während diejenigen, die durch die Neugestaltung der Dinge Bayerns Selbständigkeit gefährdet glaubten, mit zuversichtlichem Vertrauen in ihrem König den Hort und Wahrer derselben verehrten. || Während so das Volk in seiner begeisterten Liebe zu seinem Monarchen nicht erkaltete, zog sich dieser immer mehr von demselben zurück. Sein Aufenthalt in der einsamen Gebirgswelt dehnte sich mit jedem Jahre länger aus, seine Besuche in der Residenzstadt wurden immer kürzer und seltener. Der Herrscher des königstreuesten Volkes, der ohne Bangen sein theures Haupt in jedes Unterthanen Schoosse hätte ruhen lassen können, fuhr nie aus, ohne dass alle Wege von Gendarmen bewacht und soweit als möglich vom Publikum gesäubert worden wären. || Die Presse des Auslandes wie die öffentliche Meinung im Lande beschäftigte sich mit Vorliebe mit der Lebensweise und den Neigungen des Königs, und so kam es, dass sein Bild immer mehr und mehr ein märchenhafter Schleier umgab, hinter welchen man nur nach und nach zu blicken vermochte, der aber für das Volk erst durch die traurigen Vorgänge der letzten Wochen auf das Schmerzliche vollständig zerrissen wurde. || Das zur Beweisführung vom königlichen Gesamtstaatsministerium vorgelegte und bekanntgegebene Material

zerfällt in drei Gruppen: || I. Die ärztlichen Berichte und Gutachten, insbesondere: || 1) das Gutachten des königlichen Obermedizinalrathes Dr. von Gudden, Nr. 10192. Bayern, 17. Juni 1886. Direktors der oberbayerischen Kreisirrenanstalt; des königlichen Hofrathes und ausserordentlichen Professors Dr. Hagen, Direktors der Kreisirrenanstalt von Mittelfranken; des königlichen ordentlichen Universitätsprofessors der Psychiatrie an der Universität Würzburg Dr. Grashey und des königlichen Direktors der Irrenanstalt zu Werneck Dr. Hubrich vom 8. Juni lfd. Js.; || 2) der ärztliche Bericht des Dr. Grashey vom 17. Juni lfd. Js.; || 3) der Nachtrag zum ärztlichen Gutachten vom 8. Juni lfd. Js. vom 17. Juni lfd. Js.; || 4) die Vernehmung des Assistenzarztes Dr. Müller vom 15. Juni lfd. Js.; || 5) Brief des königlichen Geheimrathes Dr. von Gietl, Leibarztes Seiner Majestät des Königs, welcher, wie konstatiert wurde, am 10. März 1884 zum letzten Male Seine Majestät gesehen hat; || 6) der Bericht mit Gutachten über den Sektionsbefund, welchen der königliche Obermedizinalrath Dr. von Kerschensteiner vor dem Ausschusse erstattete. || II. Die Aussagen und Berichte der auf die Wahrheit ihrer Angaben beeidigten Zeugen: || 1) des königlichen Ministerialrathes Dr. von Ziegler, welcher seit 1872 Hilfsarbeiter im königlichen Kabinet und vom Mai 1876 bis November 1879, dann vom Mai 1880 bis Januar 1883 Kabinettssekretär Seiner Majestät des Königs war, vom 5. Juni; || 2) des königlichen Oberregierungsrathes Dr. von Müller, vom November 1879 bis Mai 1880 Kabinettssekretär des Königs, vom 3. Juni; || 3) des königlichen Stallmeisters Hornig, welcher seit 1867 sich in der Umgebung Seiner Majestät befand, vom 4. Juni; || 4) des königlichen Marstallfouriers Hesselschwerdt vom 18. Mai und 3. Juni; || 5) des königlichen Kammerdieners Welcker gleichen Datums; || 6) des königlichen Kammerlakaien Maier vom 15. Juni, welche drei eben Genannten in den letzten drei Jahren fast ausschliesslich den unmittelbaren Dienst um Seine Majestät den König besorgten; || 7) des königlichen geheimen Ministerialsekretärs Thelemann vom 25. Mai lfd. Js. || III. Eine Reihe von Schriftstücken, Briefen und Berichten, welche theils vollständig, theils ihrem wesentlichen Inhalte nach bekanntgegeben wurden und von denen besonders hervorgehoben werden: || Originalbriefe Seiner Majestät des Königs an Dr. von Müller und Dr. von Ziegler; || Aufzeichnungen des funktionirenden Hofsekretärs königlichen Rathes Klug über die Mittheilungen des Kammerlakaien Maier; || Vorstellung des königlichen Staatsministers der Finanzen Dr. von Riedel vom 6. April 1884; || Allerhöchstes Handschreiben Seiner Majestät vom 29. August 1884 an Seine Excellenz den Herrn Finanzminister; || Antwortschreiben des Letzteren vom 3. September 1884; || Vorstellung Seiner Excellenz des Herrn Staatsministers Dr. Freiherrn von Lutz in einem Schreiben an Hofsekretär Rath Klug vom 6. Januar lfd. Js.; || Bericht des königlichen Staatsministers des Innern vom 19. Januar 1886; || Allerhöchstes eigenhändiges Schreiben Seiner Majestät an Seine Excellenz den Herrn Staatsminister des Innern Freiherrn von Feilitzsch vom 26. Januar lfd. Js.; || Antwortschreiben darauf an Seine Majestät vom 31. Januar lfd. Js.; || Allerhöchstes Handschreiben vom

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

17. April lfd. Js.; || Schreiben des königlichen Kabinettssekretärs Ministerialrathes Dr. von Schneider vom 18., 19., 23. und 24. April lfd. Js.; || Bericht des königlichen Gesamtstaatsministeriums an Seine Majestät den König vom 5. Mai lfd. Js.; || ein zurückbehaltener Brief eines unbekanntem Agenten, Namens Raimond Fouré, vom 7. Juni lfd. Js. aus Agen, Departement Lot et Garonne; || endlich verschiedene nicht näher zu bezeichnende Zettel und sonstige Schriftstücke. || Auf Anregung eines Ausschussmitgliedes wurde der Assistenzarzt Dr. Müller über die Vorgänge am 12. und 13. Juni in Berg vor dem Ausschusse gehört, und gaben Seine Excellenz der Herr Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz Erklärungen über seine Wahrnehmungen zu jener Zeit, als dieselben Kabinettssekretär waren, ab, wie auch die Herren Staatsminister des Aeussern, des Innern und der Finanzen verschiedene Aufschlüsse mündlich ertheilten. || Das Ergebniss dieser Erhebungen wird in Folgendem zusammengefasst: || Bei Seiner Majestät dem Könige Ludwig II. bestand schon von Geburt an eine ererbte Anlage zu geistiger Erkrankung, wofür nicht nur der Umstand, dass auch sein Bruder König Otto I. zur Zeit, wie oben erörtert, an Geisteskrankheit leidet, sondern auch die Erinnerung an die höchstselige Tante Prinzessin Alexandra von Bayern und das Ergebniss der Sektion (Kleinheit und Difformität des Schädels) spricht. || Schon in früheren Jahren zeigten sich bei Seiner Majestät Anwandlungen von Angst und Aufregung und theilte Prinz Otto Herrn Obermedizinalrath Dr. von Gudden mit, dass sein Bruder Ludwig daran leide. || Seine Excellenz der Herr Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz, welcher in der Zeit vom März 1864 bis 1867 im Kabinet war, will eine sich mit der Jugend Seiner Majestät erklärende Abneigung Allerhöchstdesselben gegen den Empfang hoher fürstlicher Persönlichkeiten, Gesandten und Diplomaten beobachtet haben und bekundet weiter, dass Seine Majestät eine grosse Begeisterung für die deutsche Literatur hatten und selbst während des Vortrages oft Stellen aus Schiller und Goethe deklamirten. || Nach und nach wuchs diese Abneigung zu einer wahren Menschenscheu heran. Nach den Aussagen der Zeugen Dr. von Ziegler und Dr. von Müller hatte der von Allen gefeierte König einen unüberwindlichen Widerwillen, vor die Oeffentlichkeit zu treten, eine Abneigung, die auch schon Staatsrath Dr. von Neumayr, wie Staatsrath von Eisenhart an dem König beobachtet haben. || Während Seine Majestät anfänglich in Berg dem sonntäglichen Gottesdienst in der von der dortigen Bevölkerung besuchten Kirche anzuwohnen pflegten, liessen sich Allerhöchstdieselben alsbald eine eigene Kapelle bauen, in welcher Sie allein dem Gottesdienst beiwohnten, und fanden Dieselben auch im Theater bei öffentlichen Vorstellungen durch die Blicke des Publikums Sich derart belästigt, dass jene bereits erwähnten Separatvorstellungen angeordnet wurden. || Der Aufenthalt in den einsamen Schlössern wurde in den Jahren 1876 bis 1883 je um einen Monat verlängert, und wenn auch endlich der Entschluss gefasst war, in die Residenzstadt, die Ihm ein Gefängniss schien, zurückzukehren, gingen Seine Majestät oft unterwegs in Seeshaupt oder Peissenberg stundenlang unschlüssig

umher und wären lieber wieder umgekehrt. || Ebenso gingen unvermeidlichen Hoftafeln, vor welchen Seine Majestät, wie Sie sagten, ein Bangen hatten, als ginge es zum Schaffot, und vor denen Allerhöchstdieselben oft acht bis zehn Glas Champagner zu Sich nahmen, wochenlange Aufregungen voraus. Der König bezeichnete dieselben als ein Unglück und erging sich, wie die Zeugen bekunden, in den unglücklichsten Ausdrücken über die Gäste. Bei den Tafeln selbst musste Seine Majestät durch Blumen und Tafelaufsätze dem Anblick der Mitspeisenden möglichst entzogen sein; die lärmendste Musik wurde ausdrücklich befohlen; Seine Majestät liessen dabei oft wilde Blicke umherschliessen und stiessen hie und da voll Wuth mit dem Säbel auf den Boden. || So steigerten die Vorträge über das Wittelsbacher Jubiläum Ende 1879 die Aufregung Seiner Majestät, wie Zeuge Herr Dr. von Müller bekundet, im höchsten Grade und blieben bekanntlich Seine Majestät zum schmerzlichen Befremden Seines treuen Volkes auch diesem Feste fern. || Einen grellen Gegensatz zu dieser Menschenscheu, die bis zum Hasse sich steigerte, bildet die schwärmerische Zuneigung insbesondere zu den beiden Kabinettssekretären Dr. von Ziegler und Dr. von Müller, welche in eigenhändigen Briefen in den überschwänglichsten Worten ihren Ausdruck fand — eine Freundschaft, die freilich nur kurze Zeit anzudauern pflegte. Gnade und Zuneigung kamen ebenso unerwartet als ihr Gegentheil. || Stallmeister Hornig, welcher sich seit 1867 in der Nähe und Umgebung Seiner Majestät befand, bekundet, dass Seine Majestät Anfangs noch ein grösseres Bedürfniss hatten, mit Menschen zu verkehren; er erzählt von Waldfesten, die der König mit jüngeren Stallbediensteten veranstaltete, bei denen Spiele, wie „Ringverstecken“, „Schneider leih' mir deine Scheere“ u. dgl., gemacht wurden. Später unterblieben diese Unterhaltungen; doch kam es noch vor, dass Stalleute auf dem Schachen in dem in türkischem Style eingerichteten Zimmer, in orientalischer Weise sitzend, mit Seiner Majestät Sorbet tranken und aus türkischen Pfeifen rauchten. Auch im Hundinghause am Linderhofe zechte das Personal auf Fellen ruhend und trank nach Sitte der alten Deutschen aus grossen Trinkhörnern Meth. || König Ludwig II., der ein schwärmerischer Verehrer des absoluten Königthums war und in Ludwig XIV. ein Ideal erblickte, der jeden ihm werthvollen Gegenstand schon durch die Blicke der Menge entweiht glaubte, der sich nur in tief gebückter Stellung bedienen liess, verzichtete seit dem Austritte von Zieglers aus dem Kabinet (9. Januar 1883) fast auf jeden Umgang mit Gebildeten und verkehrte nur mehr mit der unteren Dienerschaft. Auch dieser Widerspruch wird von den Aerzten als ein Symptom geistiger Erkrankung bezeichnet. || Im letzten Jahre fand keine Hoftafel, keine Audienz der Minister und höchsten Hofbeamten mehr statt. Der König verkehrte weder mit dem Kabinettssekretär noch mit dem Hofsekretär mehr. || Die Befehle Seiner Majestät wurden nur durch die Dienerschaft, zuletzt durch Chevauxlegers vermittelt; die wichtigsten Staatsgeschäfte, der Seine Majestät stets mit Unwillen erfüllende schriftliche Einlauf ging vom Kabinet durch Vermittelung der Dienerschaft an den König,

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

lag Tage lang offen und jedem Bediensteten zugänglich umher und fand nach seiner Erledigung den gleichen Weg durch die gleichen Hände zurück. || Die Allerhöchsten Befehle wurden in letzterer Zeit in der Regel durch die verschlossene Thüre hindurch ertheilt, und musste die Dienerschaft durch Kratzen an der Thüre anzeigen, dass sie die Befehle des Königs verstanden habe, Diener, welche eintreten durften, mussten tiefgebeugt sich enthalten, Seine Majestät anzusehen oder ein Wort zu sprechen, und sich nur durch Zeichen verständlich machen. || Die Vorstellung des Gesamtstaatsministeriums vom 5. Mai wurde dem Marstallfourier Hesselschwerdt zur Begutachtung übergeben, und wurden durch ihn sowie den Friseur Hoppe die Schritte zur Bildung eines neuen Ministeriums durch von Ziegler und nachher durch geheimen Ministerialsekretär Thelemann eingeleitet. || Neben der Abneigung Seiner Majestät gegen jeden Umgang mit Menschen aus gebildeten tänden beherrschte Allerhöchstdieselben eine stete Furcht vor Verfolgung. || Diese Furcht erklärt das unnöthige, die Gefühle des treuen Volkes verletzende Aufgebot von Gendarmen bei den Auffahrten in der Residenz, gegen welches Aufgebot Seine Excellenz der Staatsminister des Innern Freiherr von Feilitzsch als damaliger Polizeipräsident wiederholt, aber vergeblich Vorstellungen erhoben zu haben erklärt. || Sie fand ihren unverkennbaren Ausdruck in dem jahrelang trotz aller Vorstellungen Seitens der Kabinettssekretäre gebegten und überlegten Plane der Bildung einer Koalition, eines Geheimbundes von Leuten, die alle Aeusserungen über Seine Majestät zu belauschen und anzuzeigen sich verpflichten würden und deren Endresultat die Aufhebung der Verfassung und die Einführung eines absoluten Königthums sein sollte. Es wurde die Erbauung einer Bastille befohlen und eine solche wirklich in dem Schlosse Neuschwanstein hergestellt. || Seine Majestät der König, der, wie vom Zeugen Hornig bekundet wird, es liebte, im Kostüme Ludwigs XIV. mit Krone und Scepter nächtlicher Weile auszufahren, ertheilten den Auftrag an einen Gelehrten, Geheimrath von Löher, ein Land zu suchen, in welchem eine absolute Regierung möglich wäre und das sich gegen Bayern vertauschen liesse. Und dieser Auftrag wurde unglaublicher Weise, natürlich erfolglos, vollzogen! || Auch an sogenannten Hallucinationen und Wahnvorstellungen haben Seine Majestät gelitten. Hiefür sprechen die von Zeugen bekundeten Thatsachen: das Hören von Geräuschen, von Tritten, Worten u. dgl., die von den anwesenden Zeugen nicht wahrgenommen wurden, im Zimmer und auf Spaziergängen. || Kabinettssekretär von Ziegler, von welchem der König brieflich die Anrede mit „Du“ verlangt hatte, musste sich oft eingehend rechtfertigen gegen den völlig unbegründeten Vorwurf, während des Vortrages durch einen unziemlichen Blick den König beleidigt zu haben. || So sagt Kammerdiener Maier — seit 1877 im persönlichen Dienste bei Seiner Majestät — der sich erst nach Eintritt der Regentschaft vernehmen liess, vorher aber das Zeugniß gegen seinen Herrn verweigerte — derselbe, der nur weil er Seine Majestät angesehen hatte, den König ein ganzes Jahr lang mit einer schwarzen Larve vor dem Gesichte bedienen musste — eidlich aus, dass

Seine Majestät Sich in stundenlangem Examiniren wegen eines nie dagelegenen Messers, das aber Seine Majestät gesehen zu haben glaubten, ergehen konnten. Auch er, der sich gegen Rath Klug äusserte, „in Seiner Majestät seien zwei Naturen, eine gescheidte und eine närrische, letztere werde Herr“, der ferner bekundete, dass der König periodisch ganz erregt sei, dann den Bediensteten Ohrfeigen, Fussstösse versetze und ins Gesicht spucke, bestätigt, dass der König nicht-existirende Geräusche vernahm und sohin offenbar an Hallucinationen litt. Marie Antoinette und Ludwig XIV. bezeichneten Seine Majestät als angenehme Gäste, „die kommen und gehen, wenn man es wünscht,“ wie Zeuge von Müller bekundet. || Die überwuchernde krankhafte Phantasie trat durch Erscheinungen zu Tage, wie die von Hornig bekundete, dass Seine Majestät im Winter bei grosser Kälte im Freien speisend Sich am Meeresstrande von der warmen Sonne des Südens bestrahlt wähten. Hierher gehört auch die auserlesene Pracht der beabsichtigten und ausgeführten Bauten, die überaus prunkvolle innere Einrichtung, die blaue Grotte von Capri, der Gedanke und Versuch der Herstellung einer Flugmaschine über den Alpsee, eines von Pfauen gezogenen Wagens, und jener seltsame Kultus, welcher mit verschiedenen Gegenständen getrieben wurde. So erzählt Zeuge Hesselschwerdt, dass der König jedesmal beim Vorüberkommen an einem gewissen Baume bei Ammerland sich vor demselben verbeugte, gegen einen am Wege befindlichen Zaun stets segnende Bewegungen der Hände gemacht und vor den Statuen der französischen Könige das Haupt entblösst habe. Zu einem Bilde — wahrscheinlich der Marie Antoinette —, das kein Diener beschauen durfte, musste Hesselschwerdt wie zur Verehrung knieend die Hände erheben, und Seine Majestät betrachteten es mit nach oben gewendeten Augen, erst langsam, dann schneller nach rückwärts schreitend und sich dann schmerzlich wie zum Abschiede abwendend. Eine Säule am Eingange in Linderhof umarmten Seine Majestät, so oft Allerhöchstdieselben das Schloss auf längere Zeit verliessen, und ebenso bei der Rückkehr, während bei vorübergehendem Verlassen des Schlosses die Säule nur berührt wurde. || Erinnerungen an schreckliche Träume veranlassten den König zu geradezu grässlichen Aeusserungen. || Es ist erwiesen durch die eidlichen Aussagen Hornigs, Hesselschwerdts, Welckers und Maiers, dass Seine Majestät der König nicht selten für Sich tanzende und springende Bewegungen machten und durch Stösse mit den Armen, Schütteln der Hände, stürmisches Hin- und Herrennen im Zimmer Sich auffallend benahmen, dass es auch zu förmlichen stundenlangen Wuthausbrüchen kam, sowie, dass Seine Majestät, wenn Sie auch allein waren, lebhaft für Sich lachten und sprachen, dass man hätte meinen können, es wäre grosse Gesellschaft. Der König fuhr sich in auffallender, seltsamer Weise oft durch Bart und Haar, schnitt vor dem Spiegel Grimassen, starrte oft, mit einer Haarlocke spielend, lange Zeit auf Einem Flecke stehend, vor sich hin und blickte auch seine Umgebung öfters starr an. || Bezüglich des körperlichen Zustandes des Königs berichten die Zeugen, dass er häufig über Schmerzen im Hinterhaupte klagte, deshalb auch selbst wäh-

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

rend des Essens einen Eisbeutel auf den Kopf anwendete und gegen Schlaflosigkeit nicht selten Chloral gebrauchte. || Kammerdiener Maier gibt an, dass er wahrnahm, wie der König in letzterer Zeit beim Speisen sehr unappetitlich verfuhr und in auffallender Weise unreinlich war und die Kleider beschmutzte, sowie auch in Bezug auf die natürlichen Bedürfnisse krankhafte Schwächestände sich zeigten. Maier bemerkt, dass Seine Majestät den Eindruck eines kranken Mannes gemacht haben. || Als charakteristisch ist jene Reihe von zum Theil schon erwähnten Gewaltthätigkeiten anzuführen, welche die Umgebung Seiner Majestät zu erdulden hatte. Gegen 30 Personen wurden körperlich misshandelt und ein Stallbediensteter, Rothenanger, derart geschlagen, gestossen und an die Wand geschleudert, dass die im Vorzimmer befindlichen Bediensteten schon im Begriffe waren, zu Hilfe zu eilen, und nicht ausgeschlossen erscheint, dass der nach Jahresfrist eingetretene Tod des kleinen und schwächtigen jungen Mannes mit jenen Misshandlungen in ursächlichem Zusammenhange stand. || Kammerdiener Welcker sollte, weil er den Auftrag, 25 Millionen herbeizuschaffen, nicht zu vollziehen vermochte, Vorreiter Bieller, weil er einen ausgekommenen Vogel nicht auffangen konnte, nach Amerika geliefert und dort beständig überwacht werden, und wurde Vorreiter Bieller bei diesem Anlasse von Seiner Majestät am Halse gedrosselt. Seine Majestät besannen sich stundenlang auf besondere Strafen. Kammerlakai Sauer sollte in einem besonders vorgeschriebenen Kostüm auf einen Esel gesetzt und auf den Landstrassen herumgeführt werden, und ein Kammerlakai, über dessen Dummheit sich der König ärgerte, musste zum Zeichen derselben ein Siegellacksiegel auf der Stirne tragen. || Marstallfourier Hesselschwerdt erhielt seit 10 Jahren wiederholt den Auftrag, eine Bande zu werben, mit derselben den deutschen Kronprinzen gelegentlich seines Aufenthaltes in Mentone gefangen zu nehmen und ihn in einer Höhle bei Wasser und Brot in Ketten verwahrt zu halten. Im Geiste malte Seine Majestät Allerhöchst sich die dem Kronprinzen zugedachten Martern weitgehendst aus, weshalb auch eigens der Befehl erging, ja dessen Leben zu schonen, damit seinem Leiden nicht ein zu schnelles Ende gesetzt werde. Hunger und Durst sollte er leiden und sein Inneres von Sehnsucht nach den Seinen zerrissen werden. || Ferner erhielt Hesselschwerdt den Auftrag, den früheren Kriegsminister Excellenz von Maillinger ins Burgverliess einzusperren. Ebenso sollten von Ziegler und eine grosse Anzahl anderer Persönlichkeiten, selbst königliche Prinzen nicht ausgenommen, eingesperrt werden. || Im Jahre 1884 erhielt Hesselschwerdt, wie er angibt, vom König den Befehl, den Finanzminister von Riedel aufzugreifen und nach Amerika zu transportiren. || Der frühere Flügeladjutant Baron Hertling und Ministerialrath von Ziegler sollten sogar nach Hesselschwerdts Angabe umgebracht werden. || Ebenderselbe Hesselschwerdt will beauftragt worden sein, für das Gesamtministerium in Folge der Vorstellung vom 5. Mai lfd. Js. eine geeignete Strafe auszusinnen. Dabei kamen Seine Majestät auf solche angeordneten Strafen immer wieder zurück und liessen sich über den Erfolg eingehenden Bericht erstatten. || Seine Majestät

geriethen, wenn nur der Name eines in Ungnade Gefallenen genannt wurde, in Wuth und durfte bei schriftlichen oder mündlichen Meldungen nur mehr der Anfangsbuchstabe des Namens genannt werden. || Diener, die in Strafe waren, mussten sich niederknien oder auf den Bauch legen, und zwar sei letzteres eingeführt worden, seit Seine Majestät das Ceremoniell am chinesischen Hofe gelesen haben. || Staatsangelegenheiten wurden mit dem Namen „Staatsfadesen“ bezeichnet, und von Ziegler bekundet, dass schon zu seiner Zeit die Minister und höchsten Beamten von Seiner Majestät mit den verächtlichsten Worten erwähnt wurden. Die Staatsminister galten als Pack, Gesindel, Geschmeiss; auch mit der Kammer wurde nicht besser verfahren, und das Volk verdiente gar nicht, dass Seine Majestät sich ihm zeige. || Nach einem im ärztlichen Gutachten vom 8. Juni lfd. Js. enthaltenen Auszug aus einem auf Allerhöchsten Befehl geschriebenen Briefe des Lakaien Maier sollte dem Hesselschwerdt geschrieben werden, er habe wieder etwas ganz Verkehrtes und Falsches geschrieben, indem er sich herausnahm, zu schreiben, dass jenes Ministerpack in die Nothwendigkeit versetzt war, jene Meldung (Vorstellung vom 5. Mai) zu unterbreiten. „Ich habe jene Meldung verworfen; denn jenem Pack kam es gar nicht zu, sich in Sachen zu mischen, die es nicht im Geringsten angehen und für die es gar nicht da ist. Ihm dies also austreiben.“ || Ferner ist in dem Gutachten die Abschrift eines Allerhöchst eigenhändig in grosser Hast geschriebenen Briefes Seiner Majestät an Hesselschwerdt mitgetheilt folgenden Inhalts: „Passe recht auf und besorge es gut. Sprich eingehend mit Ziegler. Sage ihm, dass die jetzigen Minister weg müssen, sie haben sich bei Mir unmöglich gemacht. Er wird es also, wenn er Alles besorgt, wie Ich will. Die Kollegen soll er dann Mir selbst vorschlagen. Schneider gleich fort und durch einen Tüchtigen ersetzen. Sind die Kammern verstockt, dann auflösen, andere her und das Volk sehr bearbeiten, schnell aber. Sage ihm, ausser den Rückständen (ohne dass die Kammern wissen, wofür, können glauben, es gehöre zu den Rückständen) ein paar Millionen dazu, die anderen schaffe du herbei. Sage ihm, dass die Bauten die Hauptlebensfreude sind, dass Ich, seit Alles schändlich stockt, ganz unglücklich bin, an Abdanken, Selbsttötung stets denke, dass der Zustand aufhören muss, dass die Bauten nicht mehr stocken dürfen, dass, wenn er Alles richtet, er mir das Leben wiedergiebt. Führe ihm dies sehr und vor Allem dies zu Gemüthe. Es geht nach sofortiger Deckung (nicht Vorscheissen, das ist unwürdig mir gegenüber), dann ist die Civilliste wieder ganz in meinem Besitz (eigenem). Dazu sind leicht einzureihen, rasch vorwärts mit dem Schlafzimmer im Linderhof, Skt. Hubertuspavillon und mit dem Ausbaue der Burg von Herrenwörth und Falkenstein. Mein Lebensglück hängt davon ab. Dieses (sieht) Herr von Ziegler bestimmt ein. Er soll es ershinden, durchreissen, alle Schwierigkeiten besiegen und Hindernisse niederreissen, und baldigst ist die Hauptsache. Dass Du noch nicht wohl bist, ist zu arg, nimm doch einen Arzt. Erhole dich. || Berg, den 11. Mai 1886. || Ludwig.“

In ähnlichen Ausdrücken bezeichnet Seine Majestät in einem Allerhöchst eigen-

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

händigen Schreiben an Seine Excellenz den königlichen Staatsminister Freiherrn von Feilitzsch vom 26. Januar lfd. Js. das Fortbauen als seine Hauptlebensfreude und spricht davon, dass, wenn er dieses nicht mehr könne, er sich tödten oder das Land verlassen müsse. || Wie Zeuge von Müller bekundet, waren Seine Majestät oft von düsterer Gemüthsstimmung, bedauerten, geboren zu sein, und äusserten Selbstmordgedanken. Mit Herrn von Ziegler unterhielt sich der König öfter über Selbstmord. Auch am 10. Juni in Neuschwanstein verlangte der König, der sich, wie aus konstatirten Aeusserungen hervorgeht, häufig gerade vor Vergiftung fürchtete, Chloroform und von dem Postillon Osterholzer Cyankali, wie Zeuge Maier bekundet, welchen er einige Wochen vorher schon befragt hatte, welches das wirksamste Gift sei, und den er beauftragte, die Gumpe in der Pöllatschlucht zu messen, wie tief sie sei. || In der Vernehmung vom 15. Juni bekundet Assistenzarzt Dr. Müller, welcher mit in Berg war, dass Seine Majestät Verfolgungsideen und Drang zum Selbstmord äusserten und einen unsteten, ruhelosen Blick hatten. || Durch den grossen Aufwand für Bauten und Geschenke war die Lage der Kabinettskasse bekanntlich eine sehr kritische geworden. Die Art, wie nun Seine Majestät Versuche machen liess, Geld, wo immer her, zu verschaffen, um bauen zu können, wird von den Aerzten im Gutachten gleichfalls als ein Beweis des Verfalles der geistigen Kräfte in Betracht gezogen. || Es wurde Hesselschwerdt nach Regensburg geschickt, um bei Seiner Durchlaucht dem nunmehr verstorbenen Fürsten Maximilian von Thurn und Taxis ein Anlehen von 20 Millionen aufzunehmen, und durch Vermittlung Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Ludwig in Bayern sollte Hesselschwerdt die Hilfe Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich zu erlangen suchen. Nach Stockholm zu Seiner Majestät dem König von Schweden und Norwegen wurde ein Flügeladjutant zu gleichem Zwecke gesendet, und ebenso sollte in Brasilien der Versuch eines Anlehens gemacht werden. Andere Personen sollten nach Brüssel, nach Konstantinopel zum Sultan und nach Teheran zum Schah gesendet werden; und sei kein Geld aufzutreiben, so wurde befohlen, Leute zu werben, um bei den Banken in Stuttgart, Frankfurt, Berlin und Paris einzubrechen. Gleichzeitig wurden vier Personen beauftragt, je 20 Millionen herbeizuschaffen; doch durften diese nichts von einander wissen, so dass man auf einmal 80 Millionen zu erhalten hoffte. Charakteristisch ist, dass auf mehreren solchen Befehlszetteln nur die Zahl angegeben ist, ohne den Beisatz des Wortes „Million“, welcher sich von selbst zu verstehen schien. || Dass unter dem Einflusse dieser unsteten, fieberhaften Hast nach Geld, um weiterbauen zu können, man sich auch an den Grafen von Paris wenden wollte, kann nicht befremden und berechtigt in keiner Weise zu einem politischen Hintergedanken. Der im Mai laufenden Jahres schriftlich ergangene Befehl zu einem Schreiben an Hesselschwerdt, dass er, im Falle es mit dem Erzherzog — wahrscheinlich von Este — Schwierigkeiten gebe, sich an die Familie Orleans, insbesondere an den Grafen von Paris wenden solle, dass die Sache entsprechend vorgestellt werden müsse, am

besten durch den Adjutanten, enthält auch nicht die entfernteste derartige Andeutung und wurde auch nicht vollzogen. Es ist geradezu ausgeschlossen, dass ein von einem ganz unbekanntem Agenten an Seine Majestät adressirter, aber erwiesenermassen nie in die Hände Seiner Majestät gelangter, vielmehr vorher im Kabinet zurückbehaltener Brief mit diesem Auftrage Seiner Majestät in irgend einem Zusammenhange stehe. || Der Mechaniker, Maschinenerfinder Raimond Fouré in Agen, dessen wirkliche Existenz keineswegs festgestellt ist, erbietet sich in diesem Schriftstück vom 7. Januar lfd. Js., durch das Haus Rothschild ein bedeutendes Darlehen zu vermitteln gegen Zusicherung der bayerischen Neutralität in einem französisch-deutschen Kriege. Es wurde konstatiert, dass der Schreiber des Briefes von einer an ihn ergangenen Aufforderung oder sonstigen Veranlassung des Anerbietens durchaus nichts erwähnt. || Unter diesen Umständen kam auch der Ausschuss zu der Ueberzeugung, dass die in der Presse vielfach verbreiteten unwahren Darstellungen und Besprechungen dieser Sache einer Grundlage entbehren. || Während so überall, wo Geld zu vermuthen war, und immer vergeblich ein Anlehen aufzunehmen gesucht wurde, ertheilten Seine Majestät bis in die letzte Zeit fortwährend Befehle zu neuen Bauplänen und Anschaffungen. || Schon im Jahre 1884 hatte Seine Excellenz Herr Staatsminister Dr. von Riedel nach einer ernsten Vorstellung der Sachlage ein Anlehen von $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark zu Stande gebracht und damit die Verhältnisse der königlichen Kabinettskasse vollkommen geordnet. Durch ein Allerhöchstes Handschreiben vom 29. August 1885 wurde derselbe wiederum beauftragt, die Bereinigung einer neuen Schuld von $6\frac{1}{2}$ Millionen Mark herbeizuführen. Das die finanzielle Lage offen beleuchtende Antwortschreiben des Herrn Ministers bestimmte Seine Majestät demselben es verweisen zu lassen, dass er gewagt habe, sich an Seine Majestät Selbst zu wenden, und bot Seine Excellenz aus Anlass dieses Verweises seine Entlassung an. || Eine Vorstellung der übrigen Herren Minister, dass sie im Falle der Entlassung des Herrn Finanzministers nicht länger im Amte bleiben würden, fand zwar sehr ungnädige Aufnahme, welche Seine Majestät durch einen königlichen Generaladjutanten den einzelnen Herren Ministern eröffnen liessen, hatte aber doch die Folge eines schmeichelhaften Kabinettschreibens an Herrn Minister Dr. von Riedel. || In Folge einer weiteren Veranlassung, nämlich des Umstandes, dass dem Finanzminister wieder durch einen niedern Hofbediensteten eine Rüge ertheilt werden sollte, und in Folge eines Allerhöchsten Auftrages, über die Lage der Kabinettskasse sich auszusprechen, machte Seine Excellenz Herr Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz eine sehr ernste und eingehende Vorstellung in einem Schreiben an den funktionirenden Hofsekretär Rath Klug vom 6. Januar lfd. Js., welche zwar Seiner Majestät mitgetheilt wurde, aber erfolglos blieb. || Nun wendete sich der König in einem bereits seinem Inhalte nach erwähnten Allerhöchst eigenhändigen Briefe vom 26. Januar lfd. Js. an den Staatsminister des Innern Freiherrn von Feilitzsch, welcher auch beauftragt worden war, einen neuen Hofsekretär zu suchen und sich zu äussern,

Nr. 10192.
Bayern
17. Juni 1886.

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

ob es nicht möglich sei, die Schlösser zum Scheine in das Inventar der Civil-
liste eintragen zu lassen, um sie so dem Zugriffe der Gläubiger zu entziehen. ||
An den Adjutanten Seiner Majestät, Grafen von Dürkheim, erging unterm
28. Januar ein Handschreiben mit dem Auftrage, zur Vertreibung des Gerichts-
gesindels ein Kontingent aufzubieten, wozu die Minister und Gendarmen nicht
zu brauchen seien und wovon auch Klug und Schneider nichts erfahren dürf-
ten, weil diese Furcht vor den Gesetzen und den Kammern hätten. || In einem
Briefe vom 28. Januar stellte Seine Excellenz Herr Staatsminister Freiherr
von Feilitzsch die Unmöglichkeit der Ausführung der Allerhöchsten Befehle
dar, und nun sollte nach Anschauung Seiner Majestät das Volk seine Unter-
thanenpflicht erfüllen und, um sich wieder die Allerhöchste Gunst zuzuwenden,
die Mittel zur Deckung der Schulden und zum Weiterbauen zur Verfügung
stellen. || In Folge eines Allerhöchsten Handschreibens vom 17. April wendete
sich das Gesamtstaatsministerium mit einer Anfrage an die beiden Präsi-
denten der Kammern des Landtages in vertraulicher Weise, und fand in Folge
dessen jene vertrauliche Besprechung mit einzelnen Mitgliedern der Kammer
der Abgeordneten über das Schicksal einer etwaigen Vorlage an den Landtag
statt, deren Ergebniss, wie bekannt, ein ablehnendes gewesen ist. || In einer
Vorstellung vom 5. Mai lfd. Js. legte das Gesamtstaatsministerium die Lage
der Sache unumwunden in ernster, rückhaltsloser Weise dem Könige dar und
machte damit den Versuch, Seine Majestät von dem Ernste der Situation und
der unbedingten Nothwendigkeit einer Umkehr auf dem betretenen Wege zu
überzeugen. Welche Berücksichtigung diese Vorstellung fand, ist bereits vor-
hin erwähnt worden. || Das auf Grund dieses thatsächlichen Materials abge-
gebene Gutachten der Herren Experten, des königlichen Obermedizinalrathes
Dr. von Gudden, des königlichen Hofrathes Dr. Hagen, des königlichen Uni-
versitätsprofessors Dr. Grashey und des königlichen Direktors Dr. Hubrich,
vom 8. lfd. Mts., lautet übereinstimmend dahin: (vgl. oben S. 189). || Die Ab-
gabe dieses Gutachtens erfolgte zwar nach Lage der Umstände ohne vorherige
persönliche Untersuchung und Beobachtung Seiner Majestät des Königs, aber
es haben sich nicht nur Dr. Grashey und, wie von diesem bekundet wird, auch
Dr. von Gudden gelegentlich ihrer späteren persönlichen Beobachtungen von
der Richtigkeit ihrer Anschauung überzeugt, sondern es wurde auch von
Dr. Grashey, Dr. Hagen und Dr. Hubrich vor dem Ausschusse das abgegebene
Gutachten mündlich in erschöpfender und vollkommen überzeugender Weise
näher begründet. || Es wurde von Ihrem Ausschusse beschlossen, dass diese
Gutachten, welche eine Beilage des Berichtes bilden sollen, aus den Protokollen
heute zur Verlesung zu bringen wären, und ich bitte den Herrn Schriftführer
des XVI. Ausschusses, mich ein wenig zu unterstützen und diese Gutachten
nun vorzulesen.

Dr. Buhl liest: Es äussert sich Herr Professor Dr. Grashey: „Jeder Sach-
verständige, der von der Krankheitsgeschichte vom 8. Juni ds. Js., von den
ärztlichen Gutachten und insbesondere von den Belegen Einsicht genommen,

wird keinen Augenblick im Zweifel sein, dass Seine Majestät krank gewesen sei und zwar an Paranoia (primäre Verrücktheit) gelitten habe. Dabei muss indessen zugegeben werden, dass für den Laien ein gewisser Widerspruch der Thatsachen darin gefunden werden könne, dass Seine Majestät bis in die letzte Zeit im Stande gewesen ist, logisch zu denken und konsequent und sogar mit einer gewissen Ausdauer und Zähigkeit zu handeln. Um diesen Widerspruch zu lösen, wolle er Einiges über das Zustandekommen geistiger Störung überhaupt darlegen. || Es gebe Störungen, welche das Seelengebiet plötzlich von allen Seiten gewissermassen überfallen und in kurzer Zeit an ihren Symptomen sich so prägnant äussern, dass Niemand, auch der Laie nicht, an deren Vorhandensein zweifle; so die Melancholie und die intensiveren Formen maniakalischer Erregungen. Andere Störungen des Seelenlebens hinwieder beginnen fast unmerklich und schreiten langsam ebenso fort, so dass, wer nicht sachverständig sei, noch keinen Gedanken an eine feindliche Invasion des Seelengebietes habe, während das ganze Territorium in Gefahr sei. Eine solche Störung sei die Paranoia, die primäre Verrücktheit; dieselbe sei eine sogenannte Degenerationsform, d. h. sie be falle nur Leute, die von Haus aus eine gewisse Widerstandslosigkeit des Nervensystems besitzen, Leute, die mit einer Disposition zu geistigen Störungen behaftet, erblich belastet seien, in deren Familien geistige Störungen oder intensive Nervenkrankheiten vorgekommen: Epilepsie, hochgradige Hysterie, Eklampsie. Sie beginne ganz leise: der Betroffene fange an, unruhig zu schlafen, träume mehr als sonst, die Phantasie werde extravagant, der Kranke glaube, dass er zu hohen Dingen geboren sei, sei aber dabei heimlich und scheu, weil er nicht auf Anerkennung rechnen zu können glaube. Erst später, vielleicht nach Jahren bringe ein Ereigniss oder eine Sinnestäuschung den Kranken zur Ueberzeugung, dass er im Rechte sei. Mit diesem Moment sei die Krankheit ausgesprochen und seien bereits Wahnideen eingetreten, charakteristischer Weise nicht blos Wahnideen depressiver Natur, sondern auch Grössenideen. Der Kranke trage sich mit immer höheren Plänen, habe aber dabei mit Feinden zu kämpfen. Sobald diese Wahnideen sich gegenseitig abgeglichen haben, trete ein, was man ein Wahnsystem nenne, und beginne der Kranke die ganze Welt in zwei Gruppen, eine freundliche und eine feindliche, zu sondern. Was seinen Wahn fördert, werde begünstigt, was ihn nicht fördert, zurückgestossen. Im alltäglichen Leben könne dieser Zustand jahrelang dauern, und wer einen solchen Kranken nur vorübergehend sehe, könne denselben wohl für gar nicht krank halten. Es genüge dann irgend eine Kollision mit einem Vorgesetzten oder der Polizei etc., und der Kranke fange an, den Wahnideen Nachdruck zu verleihen und entsprechend zu handeln. Dann erst komme er in der Regel in die Behandlung des Arztes. Der weitere Verlauf sei dann in der Regel sehr traurig. Der Kranke werde geistig schwach und sterbe dann meist an einer interkurrirenden Krankheit. || Dass Seine Majestät König Ludwig II. an dieser Form geistiger Störung, an Paranoia gelitten, sei sehr leicht nachzuweisen. || Von der erblichen Belastung wolle er

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

nicht weiter sprechen; in somatischer Beziehung sei der Schädel nicht ganz richtig entwickelt, sohin gleichfalls ein Belastungsmoment vorhanden gewesen. || Schon frühzeitig sei Seine Majestät der König sehr ängstlich gewesen; diese Aengstlichkeit sei dann in förmliche Menschenschen ausgeartet. Daneben sei aus den Belegen das Vorhandensein einer hochgradigen Reizbarkeit zu ersehen, insoferne der König zu förmlichen Zornes- und Wuthausbrüchen sich hinreissen, aber andererseits sich wieder dazu bestimmen liess, einzelne Personen mit Liebenswürdigkeiten förmlich zu überschütten. Diese Erscheinungen seien ebensowohl durch ihre graduelle Steigerung als durch die Plötzlichkeit des Wechsels sehr bedenklich und bezw. symptomatisch. || Auch dafür lasse der Beweis aus dem Belegmaterial sich erbringen, dass Seine Majestät an Verfolgungs- und an Grössenwahnideen gelitten habe. || Höchst charakteristisch sei das daneben einhergehende Abhandenkommen des moralischen Gefühls, welches sich in den Aeusserungen über nahestehende Personen, in den grausamen Strafen, die diktirt wurden, geäussert habe. || Endlich seien auch Momente eines Schwächezustandes deutlich zu erkennen, z. B. darin, dass das Widersinnige der Annahme nicht mehr erfasst wurde, es wären durch Einbruch die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. || Es sei auch deutlich erwiesen, dass Seine Majestät der König an Hallucinationen gelitten, in welchen er Tritte, Stimmen hörte, Selbstgespräche führte und dergleichen mehr. || Aus alledem ergebe sich zur vollsten Evidenz, dass Seine Majestät der König von primärer Verrücktheit befallen gewesen sei. || Wenn eingewendet werde, dass die konstatierten Erscheinungen auch auf andere Weise erklärt werden könnten, so sei bezüglich einzelner derselben dies zuzugeben; das Vorhandensein aller zusammen aber könne nur durch die Annahme einer geistigen Störung erklärt werden. || Nun sei das abgegebene Gutachten deshalb bemängelt worden, weil es sich lediglich auf Aktenmaterial stütze und die Sachverständigen keine Gelegenheit gehabt hätten, den König persönlich zu untersuchen. Hiegegen sei aber zu bemerken, dass von den zwei wichtigsten Hilfsmitteln, zur gutachtlichen Ueberzeugung zu gelangen, der sogenannten Anamnese, der genauesten Erforschung der Vergangenheit des Kranken, und der persönlichen Untersuchung im Einzelnen, nicht in jedem Falle beide unumgänglich seien, sondern häufig das eine oder das andere sich als ausreichend erweise. Im vorliegenden Falle, wo zudem die persönliche Untersuchung, wenn auch nicht absolut unmöglich, so doch sehr erschwert gewesen, habe die Anamnese auf Grund des überwältigenden Aktenmaterials vollständig zum Ziele geführt. || Die Frage, ob nicht durch rechtzeitiges Eingreifen die Krankheit hätte verhindert oder doch in der Entwicklung aufgehalten werden können, sei dahin zu beantworten, dass ein solches Eingreifen schon sehr früh, zur Zeit der Thronbesteigung oder doch gleich nach derselben, hätte erfolgen müssen. Vor zehn Jahren wäre es bereits viel zu spät gewesen, ganz abgesehen davon, dass ein solches Eingreifen immer die Zustimmung Seiner Majestät des Königs vorausgesetzt haben würde, welche wohl unzweifelhaft nie ertheilt worden wäre. || Wenn weiter gefragt werde,

ob es nicht möglich gewesen, Seine Majestät den König auf Grund des abgegebenen Gutachtens schon früher für regierungsunfähig zu erklären, so könnte diese Frage unter der Voraussetzung allerdings bejaht werden, dass das Material in der Vollständigkeit, in der es jetzt vorliege, schon früher hätte geboten werden können. Eine Prüfung der Herkunft dieses Materials ergebe aber, dass dasselbe von Beamten und Bediensteten des Königlichen Hofes stamme, die an sich nicht verpflichtet gewesen, Aussagen zu machen, und hiezu erst dann bereit gewesen seien, als sie von dem Vorhandensein der Krankheit überzeugt waren, welche Ueberzeugung erst dann habe gereift sein können, als die Störungen höhere Grade angenommen hätten, zur Zeit der Krisis der königlichen Kabinetskasse. || Zu den bereits angeführten Beweismomenten komme nun aber noch, dass Seine Majestät der König sich selbst getödtet und den begleitenden Arzt zu Tode überwältigt habe; so könne nur ein Geisteskranker oder ein Verbrecher handeln.“ || Auf die Frage eines Ausschussmitgliedes, zu welchen Zeitpunkten die verschiedenen Entwicklungsstadien als bei Seiner Majestät dem König eingetreten anzunehmen seien, antwortete Herr Professor Grashey: || „Die ersten Stadien der Aengstlichkeit gehen bis in die Zeit der Thronbesteigung zurück; die Extravaganz der Phantasie noch früher. Die Hallucinationen seien wohl nicht vor den 1870er Jahren eingetreten, dann aber auch sofort die Fixirung der Wahnideen; Symptome der Geistesschwäche haben sich erst seit etwa 1880 gezeigt. Von da an sei die Krankheit auch ganz bestimmt definitiv unheilbar gewesen.“ || Es wurde nun von einem Ausschussmitgliede die Frage gestellt und Aufklärung darüber erbeten, ob nicht gerade die Krisis der Kabinetskasse den äusseren Anlass der bis dahin latent vorhanden gewesenen Krankheit gebildet habe. || Darauf erklärte derselbe Herr Sachverständige: || „Dass mit den Schwierigkeiten, welche die Kabinetskasse fand, die Krankheit sich rapid verschlimmerte, sei vollkommen richtig, und von ihm bereits hervorgehoben worden, dass von da an die Krankheit in einer für die Umgebung vollständig deutlichen Greifbarkeit hervorgetreten sei.“ || Es folgt nun, meine Herren, das mündliche Gutachten, welches Herr Hofrath Professor Dr. Hagen im Ausschusse bekanntgab. Dasselbe lautet nach dem Protokoll: || „Er könne den erschöpfenden Ausführungen Dr. Grashey's nur Weniges beifügen. Es seien Zweifel dahin laut geworden, dass es sich nicht um eine Krankheit, sondern um sonstige psychische Abnormitäten gehandelt habe. Die konstatarirten Erscheinungen lassen aber eine Denkweise ersehen, welche in vielfacher Beziehung die wirkliche Welt falsch auffasse und auffallend unmotivirte Handlungen zu Tage treten liess. Ein derartiger Zustand könne nur entweder durch eine gewisse geistige Beschränktheit und Schwachheit oder durch eine moralische Verderbtheit oder endlich durch Krankheit erklärt werden. Die erstere könne aber ebensowenig als die zweite angenommen werden, so dass nur übrig bleibe, die auffälligen Erscheinungen durch die Annahme einer Krankheit zu erklären. Diese Krankheit sei aber keine akute, sondern eine chronische gewesen und nach der

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Ansicht der Mehrzahl unter jene Begriffskategorie zu subsumiren, die mit dem Namen Verrücktheit bezeichnet werde. Für seine Person betrachte er dieselbe indessen als ein Gemisch von Verrücktheit, moralischem Irrsinn und Narrheit. Im Gutachten selbst habe er diese Unterscheidung nicht betont, weil er nicht den Schein eines Mangels an Uebereinstimmung habe entstehen lassen wollen, nachdem über das Vorhandensein einer chronischen Geistesstörung alle einig gewesen seien. || Der Grundzug, der durch alle Symptome gehe, sei die Alteration des Ich-Gefühls, ein Fühlen, das zu den veranlassenden Momenten ausser Verhältniss stehe. Es gehören hieher die Gefühle der Angst, der Furcht, aber nicht bloß Gefühle depressiver Natur, sondern auch Gefühlsschwelgereien, die in dem auffallenden Verlangen nach Freundschaftsbündnissen, in einer abnormen Eingenommenheit von der Herrscherwürde, in einem Hang zur Grausamkeit sich äusserten. Hiezu seien dann die Hallucinationen und Wahnideen getreten. Die Erhöhung des Selbstgefühls habe sich darin geäußert, dass er glaubte, eine höhere, jeden Widerstand auf alle nur mögliche Weise beseitigende Machtfülle zu besitzen. Er hebe in dieser Beziehung die erteilten sonderbaren Befehle hervor. Als Narrheitssymptome bezeichne er das Herumtanzen und dergleichen bizarre Handlungen. || Alles zusammengenommen, ergebe sich, dass ein Zustand vorhanden gewesen sei, den er als Gemisch von Verrücktheit, moralischem Irrsinn und Narrheit bezeichnen möchte. || Wenn gefragt werde, ob nicht Etwas hätte geschehen können, um die Ausbildung solchen Zustandes zu verhindern, so falle das mit der Frage zusammen, ob Geisteskrankheiten überhaupt verhindert werden können, eine Frage, die man bejahen oder verneinen könne, soferne man einerseits bestimmte schädliche Einflüsse hintanhalten könne, anderseits aber, wie Fälle in Familien mit erblicher Belastung beweisen, trotzdem den Ausbruch der Krankheit nicht verhüten könne. || Ein Fall der letzteren Art scheine ihm bei Seiner Majestät dem König Ludwig II. vorgelegen zu sein, der offenbar schon von Geburt unglücklich disponirt gewesen sei. || Selbst wenn aber auch eine prophylaktische Einwirkung möglich gewesen, sei die Frage nicht gelöst, wie dies zu machen gewesen wäre. Es hätte doch ein Verdacht erregt gewesen sein müssen; zur Zeit, wo dies hätte geschehen können, sei aber Ludwig II. bereits längere Zeit König und ärztlicher Einwirkung schwer zugänglich gewesen. Bei dem bedeutenden Selbstgefühle Seiner Majestät wäre eine Folgsamkeit nicht zu erzielen gewesen. || Zu einer Entmündigung würde das Beweismaterial nicht hinlänglich vorhanden gewesen sein und wäre gegebenen Falles wohl schon damals die Katastrophe eingetreten, die jetzt zu beklagen sei.“ || Es wurde hier von einem Ausschussmitgliede die Bemerkung gemacht, dass es eine für einen Laien auffällige Thatsache sei, dass auf die Vorstellungen des Gesamtstaatsministeriums ein Reagiren Seitens Seiner Majestät des Königs nicht erfolgt sei. || Hierauf antwortete Professor Dr. Grashey: || „Seiner Ansicht nach sei auf die Vorstellung vom 5. Mai allerdings eine Reaktion erfolgt, insoferne der König den Kammerdiener beauftragte, dem Ministerium mitzuthetheilen, dass es nichts in der Sache

zu sagen habe, eine Reaktion, die durchaus krankhafter Natur gewesen sei. Dass Seine Majestät der König das Ungeeignete, z. B. seiner Umgebung, ge- fühlt habe, glaube er nicht, da die geistige Schwäche, auf welcher dies beruhte, von freien Intervallen nicht unterbrochen gewesen sei.“ || Ich habe nun ein weiteres Gutachten, welches im Ausschusse abgegeben wurde, das des Herrn Direktors Dr. Hubrich, zu verlesen. || Der Herr Redner sagte: || „Er müsse seiner gutachtlichen Darstellung die Konstatirung vorausschicken, dass vor der am 8. Juni ds. Js. erfolgten Berufung zur Gutachtensabgabe die Mitglieder der Kommission weder unter sich noch mit einem Mitglied eines Ministeriums oder des Königlichen Hauses eine Besprechung gepflogen haben, mit Ausnahme Dr. von Guddens. || Zur Sache selbst müsse er allerdings zugeben, dass — wie in der Reichrathskammer erwähnt worden — das Gutachten von der Aufzählung der Thatsachen unvermittelt zur Schlussfolgerung übergehe. Dies habe aber Angesichts der Gewalt der Thatsachen seine volle Berechtigung; man dürfe die Summe dieser Thatsachen allen Psychiatern der Welt vorlegen, sie müssten zu demselben Endergebniss gelangen. || Bei Begutachtung des Geisteszustandes einer Person sei zunächst die äussere Erscheinung derselben zu betrachten, sodann die hereditäre Anlage zu untersuchen, endlich die sogenannten psychopathischen Erscheinungen zu beobachten. || Ueber die hereditäre Anlage wolle er sich nicht weiter äussern, nachdem alle hier einschlägigen Thatsachen genügend bekannt seien. || Was die äussere Erscheinung anlange, so sei bekannt, dass Seine Majestät der König von hoher Schönheit gewesen sei und eine beträchtliche Körperstärke besessen habe. || Als auffällige Erscheinung müsse der Befund des Mundes und der Zähne bezeichnet werden, welch' letztere in so defektem Zustande sich befunden haben, wie ihn ein gesunder Mensch kaum ertragen dürfte. || Bekannt sei, dass Seine Majestät öfter an Kopfschmerzen litt, sowie dass er längere Zeit gegen Schlaflosigkeit Morphium oder Chloralhydrat genommen habe. || Bei Erörterung der psychopathischen Momente, d. h. der Krankheitserscheinungen auf den verschiedenen Gebieten des Seelenlebens, seien natürlich die noch gesunden Gebiete auszu- schliessen. Bei nicht wenigen Irren finden sich nämlich Erscheinungen, die technisch als ‚die gesunden Reste des Seelenlebens‘ bezeichnet werden. Eine Fülle solcher sei auch bei dem verstorbenen König vorhanden gewesen. Von diesem Gesichtspunkte aus könne der mehrfach in Bezug genommene Brief nicht als Gegenbeweis einer geistigen Erkrankung in Betracht kommen. || Die geistigen Gebiete, auf welchen Krankheitserscheinungen vorhanden gewesen seien, seien die Gebiete der Sinnesempfindungen, der Vorstellungsthätigkeit mit dem Denk- und Schlussvermögen, der Phantasie, des Gedächtnisses, des Gefühles, der Willensthätigkeit und der motorischen Erscheinungen, der Reizbarkeit. || Was die Sinnesempfindungen anlange, so habe der König unzweifelhaft an Hallucinationen gelitten, wofür das Hören von Tritten, Stimmen, das helle und schrille Auflachen, wenn er allein gewesen, charakteristisch sei. Auf krankhafte Hautempfindungen sei das konstatarite Kratzen an Haaren und

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Bart zurückzuführen; die abwehrenden Bewegungen dürften auf vermeintliche elektrische Einwirkungen zurückzuführen sein. || Redner wolle die Bedeutung der Hallucinationen nicht überschätzen und gebe zu, dass auch Gesunde manchmal Hallucinationen haben; wenn solche aber häufiger und neben Erkrankungen auch der anderen Seelengebiete auftreten, seien sie verlässige Symptome geistiger Störung. Ihm sei auch nicht zweifelhaft, dass durch sachverständige Beobachtung noch weit mehr Thatsachen, die für Hallucinationen Beweise bildeten, konstatiert hätten werden können, als dies durch das ungebildete Personal der Umgebung des Königs geschehen sei. || Auf dem Gebiete der Vorstellungsthätigkeit habe sich die vorhandene Störung durch ein ganz übermässiges Wuchern der Phantasie bekundet, das selbst bei sonst normalen Verhältnissen für sich allein schon sehr bedenklich gewesen wäre. Hieher gehöre das ganze Prunkbedürfniss, die geplante Flugmaschine etc. Dem gegenüber falle eine grosse Schwäche des Vorstellungslebens in anderen Beziehungen auf, der Mangel an Fortbildungssinn, an Sorge für das Staatswohl. Die Schwäche des Urtheils werde auch bewiesen durch den Kontrast zwischen der Vorstellung von der eigenen Majestät und der Wahl der Umgebung, ebenso durch den Widerspruch zwischen ertheilten Befehlen und der Möglichkeit der Ausführung. Neben dieser Schwäche des Urtheilsvermögens gehe aber das Vorhandensein wirklicher Wahnideen einher und zwar sowohl Verfolgungs- als auch Grössenwahnideen. || Auch durch die Gefühlswelt des verlebten Königs sei ein krankhafter Zug gegangen. Von den Künsten habe er diejenige bevorzugt, für welche er am wenigsten veranlagt gewesen, die Musik. Die Werke Richard Wagners habe er nicht wegen des musikalischen Werthes, sondern wegen ihres märchenhaften, die Phantasie erregenden Charakters geliebt. Damit wolle Redner aber keineswegs sagen, dass der Umgang mit Richard Wagner den König krank gemacht habe; hiezu reiche ein derartiger Einfluss nicht aus, es müsse eine gewisse Disposition bereits vorhanden sein. || Muth und Tapferkeit habe der König nicht besessen; in der Freundschaft werde er für gross gehalten; die Probe der Freundschaft aber, die Dauer, sei nicht bestanden worden. Kolossale Gefühlsdefekte verriethen sich durch manche Aeusserungen. || Von untergeordneter Bedeutung im Seelenleben sei das Gedächtniss; dies sei früher bei Seiner Majestät dem König sehr gut gewesen, habe aber in der letzten Zeit einzelne Lücken gezeigt. || Unter motorischen Abnormitäten sei das Auftreten von Bewegungen zu verstehen, die nicht vom Willen beherrscht werden, oder andererseits das Aufhören normaler Bewegungen. Von Seiner Majestät dem König sei nun konstatiert, dass er im Zimmer tanzte, während des Vortrages stürmisch auf- und abging, dann aber wieder stundenlang auf Einem Flecke stehen blieb. || Die krankhaft alterirte Reizbarkeit habe sich durch unmotivirte Verstimmungen und Aufregungszustände kundgegeben, die schon auf lange Zeit zurückdatiren. || Alle die voraufgeführten Erscheinungen berechtigen zu der Diagnose, dass Seine Majestät der König geisteskrank gewesen, wobei auf den Namen der Krankheit wohl weniger Gewicht zu legen

sein dürfte. || Wenn nun noch gefragt werde, ob nicht schon früher hätte eingeschritten werden können, so habe er im Verfolge der Erhebungen selbst sich diese Frage öfters vorgelegt, sei aber zu dem Ergebniss gekommen, dass es kaum möglich gewesen wäre, früher einzuschreiten. Wenn es schon gebildeten Leuten schwer falle, den Ausbruch einer Geisteskrankheit bei einem Familienangehörigen wahrzunehmen — Redner führt hiefür ein Beispiel aus der Wirklichkeit an —, wie viel schwieriger sei dies bei einem Könige, dessen nächste Umgebung aus ungebildeten Leute bestehe! von Gudden habe sich dahin geäußert, je mehr er die Sache durchschaue, desto milder werde sein Urtheil.“ || Auf die Frage eines Ausschusmitgliedes, wie lange es her sei, dass der König nicht mehr in ärztlicher Behandlung gestanden sei, wurde von Dr. Hubrich geantwortet: || „Der Zeitpunkt, wo die letzte ärztliche Untersuchung Seiner Majestät stattgefunden habe, liege jedenfalls weit zurück. Dr. von Schleiss habe ihm mitgetheilt, dass er den König vor etwa zehn Jahren das letzte Mal gesehen habe. Wenn der König unwohl wurde, sei der Kammerlakai beauftragt worden, den Arzt um ein Mittel anzugehen, dabei aber so zu thun, als ob er selbst es nöthig habe.“ || Ein anderes Ausschusmitglied stellte die weitere Frage an den Sachverständigen, ob nicht eine Aenderung im Zustande Seiner Majestät des Königs eingetreten sein würde, wenn schon von früherer Zeit ab nicht Alles geschehen wäre, was Seine Majestät anordneten. Darauf antwortete Dr. Hubrich: || „Die krankhaften psychischen Erscheinungen hängen mit der fortschreitenden Erkrankung des Gehirns zusammen; durch psychische Eindrücke werde der Krankheitsprozess nicht hintangehalten; so würde er auch bei Seiner Majestät dem König gleichwohl fortgeschritten sein. Uebrigens habe Hesselschwerdt einem Befehle, einen Minister zu tödten, Vorstellungen entgegengesetzt und sei der König davon abgestanden mit dem Bemerken, er solle es vorläufig gut sein lassen.“

Bonn (Berichterstatter): Meine Herren! Würde nach diesen Gutachten noch irgend ein Bedenken bestehen, so müsste es Angesichts des auf den Sektionsbefund sich gründenden Gutachtens, welches Herr Obermedizinalrath Dr. von Kerschensteiner vor dem Ausschusse mündlich entwickelte, verschwinden. || Dem Ausschussbeschluss entsprechend, gebe ich diese gutachtliche Aeusserung bekannt: || „Ueber den Zusammenhang des Sektionsbefundes der Leiche Seiner Majestät König Ludwigs II. von Bayern mit den während des Lebens beobachteten Krankheitserscheinungen. || Die Frage, welche Deutung lässt der Sektionsbefund, im Besonderen des Gehirns und seiner Umhüllungen, im Zusammenhange mit den am Leben beobachteten Krankheitserscheinungen zu, drängt sich zunächst in den Vordergrund. Und hiebei denkt man zuvörderst daran, ob nicht dem Krankheitsbilde der Verrücktheit eine ganz bestimmte, bei anderen geistigen oder körperlichen Krankheiten nicht vorkommende pathologische Beschaffenheit des centralen Nervensystems entspreche. Das ist nun bei der Verrücktheit nicht der Fall, ebensowenig wie bei den meisten Geistesstörungen, bei welchen ja häufig in der Leiche keine positiven pathologisch-

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

anatomischen Veränderungen nachgewiesen werden können, selbst wenn die Krankheitserscheinungen am Leben noch so bedeutend, ja ganz schrecklich waren. || Wenn nun im Allgemeinen bei Geisteskranken die Krankheitserscheinungen mit dem Sektionsbefunde am Gehirn sich nicht nothwendigerweise decken müssen, so ist doch in jedem einzelnen Falle die Erwägung nicht nur berechtigt, sondern wissenschaftlich sowohl als für die Zwecke der Heilkunde nothwendig, ob an der Hand menschlichen Wissens und ärztlicher Erfahrung nicht doch ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Befund im Leben und Befund an der Leiche als gewiss oder wahrscheinlich anzunehmen sei. || Diese Frage kann nach dem dormaligen Standpunkte der ärztlichen Kenntnisse zweifelsohne bejahend beantwortet werden. || Tritt man nun an die Deutung des Sektionsbefundes bei der Leiche Seiner Majestät des Königs Ludwig II. ohne Voreingenommenheit, wie dies der eherbietigst gehorsamst Unterzeichnete, als an allen Antecedentien unbetheiligt, von sich sagen darf, heran, so fällt schon die Mannigfaltigkeit der verschiedenen krankhaften Veränderungen am Schädel und dessen Inhalt in die Augen, ein Eindruck, der allen bei der Eröffnung der Schädelhöhle Anwesenden im Gedächtniss bleiben wird. Diese krankhaften Veränderungen müssen zum Verständniss des Ganzen in zwei Gruppen gesondert werden: || I. Die angeborenen, schon innerhalb des embryonalen Lebens zur Ausbildung gekommenen Schädel- und Hirn-Anomalien. Hiezu müssen gerechnet werden: || 1) die Kleinheit des Schädels gegenüber den kolossalen Dimensionen der beiden anderen Körperhöhlen und der ganz auffallenden Körpergrösse (103 cm Brustumfang, 120 cm Bauchumfang, 191 cm Körpergrösse), || 2) die ungleiche Grösse der beiden Schädelhälften, ausgedrückt durch die ungleichen schiefen Durchmesser des Schädels (conf. Protokoll), hiedurch erzeugte Asymmetrie des Schädels, besonders am Schädelgrund erkennbar, dem entsprechend die Lage des Gehirns, || 3) die ausserordentliche Dünne und Leichtigkeit der Schädeldecke, || 4) die Porosität der Knochen des Schädelgrundes, die papierdünne Beschaffenheit der Knochen am Boden der vorderen Schädelgrube und des Türkensattels, || 5) die theils spitzeren, theils flacheren Knochenerhebungen ungewöhnlicher Art, || 6) das Hirngewicht von 1349 gr bei einer Körperlänge von 191 cm und einem jedenfalls sehr hohen Körpergewicht. || Nach Bischoff — das Hirngewicht des Menschen, Bonn 1880, Seite 39 — betrug bei einem Manne von gleichfalls 191 cm Körperlänge das Gewicht des Gehirns 1502 gr, das Durchschnittsgewicht bei einer Körperlänge von 180—191 cm 1385 gr, also 36 gr unter dem Durchschnittsgewicht. || Die ebengenannten angeborenen Veränderungen, richtiger gesagt, Abweichungen vom normalen Zustande, müssen aufgefasst werden als angeborne Disposition zu psychischen Störungen. Auf dem Boden dieser Disposition konnten die weiteren, nunmehr zu bezeichnenden krankhaften Zustände sich leichter ausbilden, als in einem ganz normalen Schädel. || II. Zu diesen angeborenen Bildungen und durch ihr Vorhandensein gefördert, trat nun eine Reihe von erworbenen krankhaften Zuständen des Gehirns und seiner Umhüllungen. || Die während

des Lebens aufgetretenen, sei es durch gleichmässig fortschleichende, sei es durch stossweise erfolgende Reize sich allmählig ausbildenden entzündlichen Zustände der harten Hirnhaut, soweit diese das Stirnhirn und den Vordertheil des Schläfenhirns bedeckt, bilden einen wichtigen Bestandtheil der Behelfe zur Erklärung der Krankheitserscheinungen. || Die Folge der zunehmenden Verdickung der harten Hirnhaut und der Verwachsungen derselben zeigte sich zunächst durch Steigerung der Reizungserscheinungen, der Erregbarkeit des gesammten Nervensystems, und wenn man die sichtbaren Krankheitsanfänge, wozu die jetzt bekannt gewordenen Erhebungen biographischer Art Anhaltspunkte bieten, in die Mitte der sechziger Jahre verlegt, so fehlt es nicht an Thatsachen, die in so gesteigerter Erregung ihre Erklärung zu finden vermögen. || Diese entzündliche Entartung der harten Hirnhaut machte ihre Wirkung durch allmählig zunehmenden Druck auf die darunter liegende Hirnpartie mit Konsequenz geltend. Dieser Punkt ist in der Entwicklung der Krankheit sehr wichtig. Denn von nun an beginnt der Zeitraum, in welchem neben den Zeichen der Erregung, des unmässig gehobenen Machtbewusstseins bereits Zeichen der psychischen Schwäche, der intellektuellen und sittlichen Defekte in unverkennbarer Weise hervortreten. Dies ist anatomisch und physiologisch folgendermassen zu erklären: || Unter dem wechselnden, aber doch in stetiger Zunahme begriffenen Druck der verdickten, unter sich verwachsenen Hirnhäute wurden einige für das Seelenleben erfahrungsmässig bedeutungsvolle Windungen des Stirn- und Schläfenhirns zu beginnendem Schwunde gebracht. || Die Menge, das Volumen der betroffenen Hirnwindungen musste abnehmen und damit das Substrat einer Reihe psychischer Verrichtungen; denn die Halbkugeln des Grosshirns sind der Sitz aller psychischen Thätigkeiten. Nur bei Unversehrtheit derselben ist der Vorgang des Denkens, des Fühlens und des Wollens möglich. || Bei Seiner Majestät war diese Degeneration der betreffenden Hirntheile aus zwei Gründen besonders unheilvoll. || 1) Der Hirnchwund betraf beide Hälften des Grosshirns, mit anderen Worten: es fiel hiemit die Möglichkeit weg, dass eine entsprechende, gesundgebliebene Hirnpartie der einen Halbkugel für die erkrankte, in ihrer Verrichtung behinderte Hirnpartie der anderen Halbkugel den Dienst in stellvertretender Weise, wie das bei einseitiger Erkrankung eines Vorderhirns häufig zu geschehen pflegt, übernehmen hätte können. || Es war sohin die Gleichzeitigkeit und Beiderseitigkeit des Hirnchwundes von hervorragender Bedeutung bei der Wichtigkeit der erkrankten Windungen für die höheren Geistesthätigkeiten. || 2) Die graue Hirnrinde war, wie das Sektionsprotokoll ausdrücklich anführt, von geringem Durchmesser, etwas unter der normalen Dicke. Dieses anatomische Verhältniss war geeignet, die Folgen des Gehirnschwundes zu verschärfen, da in dem noch übrigen Gebiete der Hirnrinde für den Entgang der mit dem Schwunde der Hirnwindungen hinfällig gewordenen geistigen Verrichtungen kein Ersatz geboten werden konnte. Inwieweit die Bewegungsstörungen, insbesondere die impulsiven triebartigen Bewegungen, der unwiderstehliche Hang zu mimischen Verzerrungen

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

vor dem Spiegel, mit der nachgewiesenen geringen Mächtigkeit, der Empfindungs- und Bewegungscentren enthaltenden grauen Hirnrinde zusammenhängen, kann nicht mit voller Sicherheit angegeben werden; wahrscheinlich aber ist, dass die angeführten Bewegungsstörungen mit derselben in Beziehung stehen. || Im Weiteren stimmt der Hirnbefund genau zu dem zeitlichen, über eine Reihe von beiläufig zwanzig Jahren sich ausdehnenden Verlauf der psychischen Erkrankung. Es war eine, ohne erhebliche Unterbrechung fortlaufende Zunahme derselben zu beobachten, wobei immer ein Theil der psychischen Verrichtungen unbehelligt bleiben konnte, wodurch es kam, dass die geistige Erkrankung in ihrer ganzen Schwere erst spät zur Erkenntniss der Betheiligten gelangte; denn Seine Majestät konnten mit dem Reste von Einsicht, geistigem Vermögen und nicht zum Wenigsten durch Dissimulation die Umgebung täuschen, wie besonders das Verhalten in den beiden letzten Lebenstagen bewies, zu einer Zeit, in welcher die geistigen Thätigkeiten längst tief gesunken waren. || Es muss schliesslich behufs richtiger Würdigung des Vorgetragenen noch einmal hervorgehoben werden, dass ein der Verrücktheit entsprechendes Bild anatomischer Gehirnveränderungen sowenig wie bei anderen Geisteskrankheiten besteht, dass also ein durchaus negativer Hirnbefund in der Leiche Seiner Majestät sich hätte konstatiren lassen können, ohne dass hiedurch die im Leben gestellte Diagnose zweifelhaft geworden wäre. || Es ist aber vom Standpunkt der medizinischen Wissenschaft aus in keiner Weise zu beanstanden, einen positiven Hirnbefund zur Erklärung der im Leben beobachteten Krankheitserscheinungen beizuziehen, und es kann deshalb in jeder Weise gerechtfertigt werden, dass der eherbietigst gehorsamst Unterzeichnete seine gutachtliche Aeusserung dahin abgibt: „Das Ergebniss der anatomischen Untersuchung des Schädels und des Schädelinhaltes Seiner Majestät des Königs Ludwig II. von Bayern dient zur Aufklärung der bei Seiner Majestät während des Lebens beobachteten Krankheitserscheinungen.“ || München, den 20. Juni 1886. || Ehrerbietigst gehorsamst Dr. von Kerschensteiner.“ || Es wurde im Ausschusse der Wunsch ausgesprochen, dass von Seite des königlichen Staatsministeriums insbesondere die Gesamtvorstellung vom 5. Mai bekanntgegeben werde. Ich weiss nicht, ob Seine Excellenz vielleicht das jetzt zu thun beabsichtigt.

Präsident: Der Herr Staatsminister Excellenz Dr. Freiherr von Lutz!

Der königliche Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz: Ich komme dem in der gestrigen Ausschusssitzung so lebhaft ausgesprochenen Wunsche, dass die Aktenstücke, die sich auf die finanziellen Verlegenheiten der Kabinettskasse beziehen, verlesen werden möchten, hiemit nach. || Im Frühlinge des Jahres 1884 war eine Summe von ungefähr $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark Schulden vorhanden und hatte der Finanzminister den Auftrag erhalten, die Bereinigung der Nothlage der Kabinettskasse in die Hand zu nehmen. Im Laufe dieser Verhandlungen hat der Herr Finanzminister an den Hofsekretär nachfolgende Eingabe gerichtet, welche zur Kenntniss Seiner Majestät des Königs gebracht worden ist: || „Die Lage der königlichen Kabinettskasse ist eine sehr ernste, so ernst, dass ich,

seitdem ich mich näher mit derselben beschäftigte, in der That von schweren Sorgen fast niedergedrückt bin. Wenn nicht baldigst die vorhandenen Schuldverbindlichkeiten getilgt werden, so ist zu befürchten, dass hunderte, ja vielleicht noch mehr Existenzen dem ökonomischen Ruine verfallen, und dieser Umstand allein bringt schon eine grosse Gefahr, da die berechtigten Klagen der Betroffenen nicht blos in ganz Bayern, sondern weit über dessen Grenzen hinaus einen Widerhall finden werden, welcher durch kein Mittel von den Stufen des Thrones fernzuhalten sein dürfte, was in einer Zeit, wie die gegenwärtige, wo die sozialen Verhältnisse mehr und mehr unterwühlt werden, doppelt bedenklich erscheint. || Dazu kommt aber noch ein weiterer, höchst misslicher Umstand. Nach bayerischen Gesetzen kann die Civilliste vor Gericht verklagt und folgerichtig wenigstens theilweise auch gerichtlich beschlagnahmt werden. || Nun wird zwar jeder treue Unterthan möglichst vor Herbeiführung einer gerichtlichen Einschreitung zurückschrecken. Allein bei Manchen werden die Gefühle der Loyalität durch die Noth zurückgedrängt werden, und Andere werden den Ausweg ergreifen, ihre Forderungen an Wucherer oder Ausländer abzutreten, welche Loyalitätsrücksichten nicht kennen. In Verlassenschafts- und Gantfällen irgend eines Gläubigers wird ohnehin eine gerichtliche Einmischung nicht zu umgehen sein. Der Fortgang der gerichtlichen Prozedur kann in keinem Falle von Staatswegen gehemmt werden. Es ist für mich zu schmerzlich, die in vollem Umfange heute noch gar nicht übersehbaren nachtheiligen Rückwirkungen, welche die Fortdauer der Schuldverhältnisse der königlichen Kabinettskasse auf den Bestand des Thrones, der Dynastie und des Staates haben wird und muss, eingehender zu schildern. Eine solche Schilderung erscheint mir aber auch unnöthig, da ich überzeugt bin, dass Seine Majestät, unser allergnädigster König, sofort die zur Beseitigung jenes Zustandes erforderlichen Massregeln Allerhöchst anzuordnen geruhen werden. Diese Massregeln können nach meiner Meinung nur in der Aufnahme einer grösseren, entsprechend rasch zu tilgenden Schuld, in der planmässigen Wegfertigung der vorhandenen Gläubiger und in der strengen Vermeidung neuer Schulden bestehen. || Ich habe schon seit längerer Zeit die Frage ernstlich erwogen, ob nicht aus Staatsmitteln zu helfen sei. || Dies wäre nur möglich unter Mitwirkung des Landtages. Derselbe wird aber seine Zustimmung, deren Erreichung überhaupt zweifelhaft ist, zuversichtlich an äusserst unangenehme Bedingungen knüpfen, aus deren Reihe ich nur die Kürzung der Civilliste, dann eine etwaige Untersuchung und staatliche Kontrolle des königlichen Haushaltes erwähnen möchte. || Wenn ich ferner das peinliche Aufsehen, welches eine Bitte der Krone an die Volksvertreter, sowie eine mit den Verhandlungen verbundene mehr oder minder öffentliche Darlegung der einschlägigen Verhältnisse allenthalben machen müsste, in Erwägung ziehe, so glaube ich wohl sagen zu dürfen, dass ein Angehen des Landtages so lange zu vermeiden sein dürfte, als es vermieden werden kann. || Was die Schuldaufnahme bei Privaten betrifft, so darf ich vorausschicken, dass Niemand, der es ehrlich meint, so

Nr. 10182.
Bayern.
17. Juni 1886.

beträchtliche Summen darleihen wird, wenn nicht die rechtzeitige und pünktliche Zahlung der Zinsen und Tilgung der Schuld vollkommen gesichert ist. || Personen, welche ohne solche Sicherung Geld anbieten, suchen sich einerseits durch hohe Zinsen und Provisionen zu decken und spekuliren andererseits darauf, dass sie durch öffentlichen Skandal die Rückzahlung erpressen können. || Wie sehr die Zinsen in Betracht kommen, mag daraus ersehen werden, dass bei Aufnahme einer Schuld von 10 Millionen zu 6 Prozent und zehnjähriger Tilgung anfänglich eine jährliche Leistung von 1,600,000 Mk., das ist, weit über ein Drittheil der ganzen, nur 4,231,044 Mk. betragenden Civilliste, erforderlich wäre. || Man wird sich daher allen Ernstes vor Leuten zu hüten haben, welche es mit der Sicherstellung zu leicht nehmen. || An Sicherheiten dürften bei dem Mangel eines hinreichenden Privatvermögens Seiner Majestät des Königs in Betracht kommen: || a. Die Abtretung (Cession) eines Theiles der jährlichen Einkünfte aus der königlichen Civilliste und zwar derart, dass die königliche Centralstaatskasse angewiesen würde, bis zur gänzlichen Tilgung der Schuld die bezüglichen Summen unmittelbar an die betreffenden Gläubiger auszubezahlen. || Diese Abtretung könnte sich einerseits nur soweit erstrecken, als die Civilliste frei von den ihr naturgemäss obliegenden Lasten ist, und würde andererseits die dermalen Seiner Majestät zur Verfügung stehenden Summen beträchtlich schmälern. Aber eine solche Schmälerung würde auch, und zwar vielleicht in noch höherem Masse, durch eine gerichtliche Intervention herbeigeführt. Selbst bei einem Anlehen von 6 bis 7 Millionen würde voraussichtlich eine anfängliche Jahresleistung von mindestens ca. 900,000 Mk. gefordert werden, da die Banken und Bankiers — und solche können doch wohl nur in Betracht kommen — ihr Geld nicht auf allzulange Zeit hinaus herleihen, und da bekannt ist, dass die Civilliste-Einkünfte Seiner Majestät zu Anfang Allerhöchst Ihrer Regierungszeit und die Einnahmen aus der Civilliste Seiner Majestät des Höchstseligen Königs Max II. während der ganzen Regierungsdauer um eine Million weniger betragen haben als die gegenwärtigen Civilliste-Einkünfte Seiner Majestät des Königs. || b. Die Hinterlegung der zum Privatfideikommiss gehörigen Papiere mit der Bestimmung, dass die jährlichen Erträgnisse als Pfand für die aus der Schuld entstehenden Verbindlichkeiten und die Papiere selbst als Kautions für die Gesamtforderung dienen und im Falle der Allodifikation in den Pfandverband übergehen. Ich halte diese Hinterlegung, wozu allerdings ein Nachtrag zum Fideikommissstatut nothwendig wäre, mit Zustimmung der Kuratoren Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Otto für zulässig und zweifle bei der ausserordentlichen Treue und Ergebenheit, welche die Kuratoren schon so oft Seiner Majestät dem König gegenüber bewiesen haben, nicht, dass sie jene Zustimmung auch erteilen. || c) Da Seine Majestät der König nur auf Allerhöchstdero Lebensdauer den oben erwähnten Theil der Civilliste abtreten können, so wird eine Zustimmung des oder der zunächst zur Succession berufenen höchsten Agnaten hier kaum zu umgehen sein. Die Zustimmung der Kuratoren Seiner Königlichen Hoheit des

Prinzen Otto wird ertheilt werden, und ich würde dieselbe auch Angesichts der gleichzeitigen Verpfändung der Fideikommisspapiere für genügend erachten. Immerhin ist es aber möglich, dass vorsichtige Gläubiger auch noch den Konsens von einem oder zwei weiteren Agnaten verlangen. Ich kann mir übrigens nicht denken, dass diese Zustimmung verweigert würde; denn der Eintritt der angedeuteten Eventualitäten, insbesondere eine gerichtliche Einmischung, könnte nicht bloß für die erhabene Person Seiner Majestät des Königs, sondern für die Dynastie überhaupt von so schweren Folgen begleitet sein, dass jedes Mitglied des Königlichen Hauses das grösste Interesse an der Abwendung dieser Gefahr hat, wogegen andererseits mit der Ertheilung des Konsenses nach menschlicher Voraussicht kaum ein Risiko verbunden ist. || Könnten die vorstehend unter a—c erwähnten Sicherheiten in Aussicht gestellt werden, dann dürfte sich vielleicht ein kleines Konsortium zur Gewährung eines Darlehens finden; ich möchte aber im Interesse des Ansehens der Krone dringend rathen, das Konsortium möglichst im Inlande zu suchen und auch die Ausgabe einer grösseren Anzahl von Partialobligationen nach Thunlichkeit zu vermeiden. || Hiebei kann und darf ich nicht verschweigen, dass das grösste Hinderniss, Geld zu erlangen, in der Besorgniss besteht, dass entweder die eingehenden Gelder nicht zur Schuldentilgung verwendet werden, oder dass alsbald wieder neue Schuldverbindlichkeiten durch neue, zu den verbleibenden Mitteln ausser Verhältniss stehende Ausgaben erwachsen — Voraussetzungen, bei deren Eintritt allerdings das Unglück noch grösser wäre als dermalen. || Wenn Seine Majestät nicht Allerhuldvollst geruhen, in diesen Beziehungen die strengsten und positivsten Anordnungen zu treffen, insbesondere den Hofsekretär zu verpflichten, dass der Gesamtetat nicht überschritten werden dürfe, dann wird der Abschluss eines soliden Darlehensgeschäftes trotz der eifrigsten Bemühungen nicht gelingen, da die Darlehensgeber in dieser Hinsicht jedenfalls Vorbehalte machen werden. || Da ein weiteres Herumsuchen ohne das Angebot bestimmter Sicherheiten fruchtlos und bedenklich sein möchte, so wird es Aufgabe Eurer Hochwohlgeboren sein, zunächst die Allerhöchste Willensmeinung darüber zu erholen: || 1) ob die oben unter a und b erwähnte Abtretung eines Theiles der königlichen Civilliste im Betrage von 900,000 Mk. jährlich, sowie die Kautions- und Pfandbestellung mittelst der Werthpapiere des Familienfideikommisses genehm ist; || 2) ob Seine Majestät wegen des Konsenses der nächsten Agnaten entweder Allerhöchst Selbst direkte Schritte zu thun gedenken oder die Allerhöchste Autorisation zu solchen Schritten zu ertheilen geruhen; || 3) ob Seine Majestät die zuletzt angedeuteten Anschauungen bezüglich der Heimzahlung der bestehenden und Vermeidung künftiger Schulden Allerhöchst billigen. || Hiemit glaube ich den mir durch Euere Hochwohlgeboren vermittelten Allerhöchsten Befehl wegen einer Meinungsäusserung erfüllt zu haben. Ich habe dieselbe nach reiflichster Erwägung aller Verhältnisse abgegeben und durchdrungen von dem einzigen Wunsche, den wahren Interessen Seiner Majestät des Königs zu dienen; eine andere Aeussderung wäre weder mit meiner un-

Nr. 10152.
Bayern.
17. Juni 1886.

erschütterlichen Treue noch mit meinem Gewissen vereinbar. Sollten Seine Majestät in vorstehendem Sinne Allerhöchst weitere Einleitungen anzuordnen geruhen, so bin ich selbstverständlich gerne bereit, zu einem entsprechenden Abschlusse mitzuwirken. || München, den 19. April 1884. || Eurer Hochwohlgeboren || ergebenster || von Riedel.“ || Im Juni 1884 kam nach Massgabe dieser Vorstellung ein Anlehen von $7\frac{1}{2}$ Millionen zu Stande, welches zur Bezahlung der früher abgelassenen Schuld verwendet worden ist. Nach demselben trat ein anderer Kabinettssekretär ein, welcher dem Herrn Finanzminister sehr bündige Versicherungen in der Richtung gab, dass er nicht über die zur Verfügung stehenden Mittel zum Schuldenmachen die Hand bieten werde. Gleichwohl war nach Umfluss von kaum einem Jahre wieder ein Betrag von $6\frac{1}{2}$ Millionen Schulden aufgelaufen. Es wurde der betreffende Hofsekretär seiner Funktion enthoben und ein anderer Hofbeamter mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Hofsekretariats beauftragt. Damals, am 29. August 1885, kam nun an den Herrn Finanzminister ein Allerhöchstes Handschreiben folgenden Inhalts: || „Mein lieber Herr Finanzminister Dr. von Riedel! || Mein Königlichlicher Wille ist es, dass die von Mir unternommenen Bauten nach Massgabe Meiner getroffenen Anordnungen angemessene Fortsetzung und Vollendung finden. Dieses Mein Vorhaben erleidet aber eine wesentliche Hemmung in Folge des ungünstigen Standes Meiner Kabinettskasse. Ich beauftrage Sie, Herr Minister, die nöthigen Schritte zur Regelung der Finanzen zu thun und so Meine Unternehmungen zu fördern. Für die Erfüllung Meines Königlichlichen Willens bürgt Mir Ihre erprobte Treue und Anhänglichkeit an Meine Person, und in diesem Vertrauen bin ich mit der Versicherung besonderer Werthschätzung || Ihr wohlgewogener König || Ludwig. || Schachen, den 29. August 1885.“ || Auf dieses Allerhöchste Handschreiben wendete sich der Herr Finanzminister in einem direkten Berichte an Seine Majestät in folgender Weise: || „Euere Königlichliche Majestät haben mittelst Allerhöchsten Handschreibens vom 29. August lfd. Js. den allerunterthänigst Unterzeichneten Allergnädigst zu beauftragen geruht, || die nöthigen Schritte zur Regelung der Finanzen der königlichlichen Kabinettskasse zu thun und so die Allerhöchst angeordneten Bauunternehmungen zu fördern. || Indem der treuehorsaamst Unterzeichnete vor Allem für dieses Allergnädigste Handschreiben seinen allerunterthänigsten Dank erstattet, wagt er in tiefster Ehrfurcht Folgendes vorzustellen. || Die Regelung der Finanzen der königlichlichen Kabinettskasse dürfte, wie überhaupt die Ordnung irgend eines Finanzhaushaltes, in erster Linie davon abhängen, dass einerseits die verfügbaren Jahreseinnahmen der königlichlichen Kabinettskasse im engeren Sinne genau festgestellt und andererseits alle derselben obliegenden Leistungen nicht minder genau verzeichnet werden. || Zu den Jahreseinnahmen wird nicht blos der nach Deckung der Ausgaben für die Hofstäbe verbleibende Rest der Civilliste, sondern auch jeder andere Einnahmezufluss, z. B. an Zinsen, Renten und dergleichen, zu rechnen und dabei gleichzeitig zu erwägen sein, ob sich nicht durch zweckmässige Ersparungen und Vereinfachungen eine Vermehrung der

Mittel für Bauzwecke erzielen liesse. || Was die Lasten der königlichen Kabinettskasse betrifft, so kommen hier die Rechtsverbindlichkeiten derselben, sowie die von Eurer Königlichen Majestät bereits genehmigten oder in Aussicht genommenen Ausgaben für Zuschüsse an die königlichen Theater und sonstige Institute, für Unterstützungen, für Geschenke und Anderes in Betracht; sodann wären die gegenwärtig bestehenden Passiva und zwar sowohl in Ansehung der Summen als auch in Bezug auf die Natur ihrer Entstehung und die Persönlichkeiten der Gläubiger sorgfältig und erschöpfend zu verzeichnen, und endlich wäre ein genauer Voranschlag aller derjenigen Kosten anzufertigen, welche für die von Eurer Königlichen Majestät bereits angeordneten oder weiter beabsichtigten Bauunternehmungen oder Anschaffung von Kunst- und Industrie-Erzeugnissen und Kostbarkeiten voraussichtlich erlaufen werden. Alle diese Ermittlungen, welche in umfassender, gründlicher und probehaltiger Weise zu pflegen wären, dürften der endgiltigen Entscheidung der Frage, ob eine befriedigende Regelung der Finanzen der Kabinettskasse möglich ist und welche Schritte zu diesem Behufe zu thun seien, sowie der Aufstellung eines verlässigen Sanirungsplanes vorangehen. Aber auch, wenn ein solcher Plan feststeht, wird eine gedeihliche Lösung nur dann zu erwarten sein, wenn eine pflichtgetreue und vorsichtige Kabinettskassenverwaltung unerschütterlich das vorgesteckte Ziel im Auge behält. || Da der Hofhaushalt durch das Civillistengesetz vom 1. Juli 1834 zum Zwecke der Fernhaltung einer Kontrolle des Landtages von dem Staatshaushalt gänzlich getrennt und der Einwirkung der Staatsfinanzverwaltung prinzipiell entrückt wurde, so ist der jeweilige Finanzminister, wie sich bereits gezeigt hat, ausser Stande, einen die sichere Garantie eines Erfolges bietenden Einfluss auf die Verhältnisse der Kabinettskasse zu üben und eine Regelung derselben mit der bestimmten Aussicht auf längere Dauer herbeizuführen. || Ungeachtet der vorstehend allerehrerbietigst dargelegten Erwägungen hat der treuehorsamst Unterzeichnete, von der Ansicht ausgehend, dass die dermaligen Zustände der Kabinettskasse, soweit sie bekannt geworden und in vielen Zeitungsblättern, namentlich des Auslandes, und demzufolge in allen Schichten der Bevölkerung besprochen werden, eine grosse Gefahr für Eurer Majestät erhabene Person und den Thron in sich bergen, und erfüllt von dem sehulichsten Wunsche, den Allerhöchsten Interessen in gewissenhafter Weise zu dienen, sich schon jetzt während der ganzen Zeit angestrengtest abgemüht, um einen entsprechenden Ausweg zur Beseitigung der Verlegenheiten der Kabinettskasse zu finden. || Alles Bestreben war jedoch vergebens; auch das angestrengteste Nachdenken vermochte über die Thatsache, dass die der Kabinettskasse gestellten Aufgaben die Mittel derselben übersteigen, nicht hinwegzukommen, und der treuehorsamst Unterzeichnete kann bei dem besten Willen andere Schritte zur Besserung nicht bezeichnen, als die schleunigste Durchführung der oben angedeuteten Untersuchungen und die strengste Vermeidung jeder Ausgabe, für welche nicht eine planmässige Deckung vorliegt. Da jedoch der treuehorsamst Unterzeichnete in seinem

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

von strengen Finanzgrundsätzen beherrschten Ideengänge vielleicht etwas zu befangen sein möchte, so wagt er mit Rücksicht auf diese Möglichkeit, sowie insbesondere im Hinblick auf den Ernst der Lage im Allgemeinen dem allerweisesten Ermessen Euerer Königlichen Majestät anheimzustellen, ob es nicht gefallen möge, auch das Gutachten der übrigen Minister zu vernehmen.“ || Der Bericht vom April 1884 und der eben verlesene Bericht wurden in Gemeinschaft mit den übrigen Ministern festgestellt. || Der letzte Bericht hatte zunächst die Wirkung, dass dem Herrn Finanzminister ein Verweis darüber zu Theil wurde, dass er in einem direkten Bericht an Seine Majestät sich zu wenden gewagt hat. || Fernerhin haben Seine Majestät einzelne Schritte angeordnet, aus welchen die Absicht zu entnehmen war, den Finanzminister zu beseitigen. Das gab zu einer Vorstellung an Seine Majestät desjenigen Inhalts Veranlassung, dass es den übrigen Ministern nicht möglich sein würde, nach Entlassung des Finanzministers die Geschäfte fortzuführen. || Hierauf wurde den Ministern bedeutet, Seine Majestät sehen es als eine Majestätsbeleidigung an, dass, wenn Allerhöchstdieselben einen Minister entlassen wollen, nun auch die übrigen daraus Veranlassung nehmen, ihrerseits die Entlassung zu verlangen. || Ich muss dies vorausschicken, um einen Theil des nunmehr zur Verlesung gelangenden Schreibens verständlich zu machen. || Um Weihnachten bekam ich durch den Hofsekretär den Auftrag Seiner Majestät, ich sollte mich darüber aussprechen, was in der jetzigen Lage der Kabinettskasse zu geschehen habe. Um von vorneherein nicht Widerwillen zu erregen, wählte ich nicht den Weg eines direkten Berichtes an Seine Majestät, sondern den Weg eines Schreibens an den Hofsekretär. Es lautet: || „Kurz vor den Weihnachtstagen fand sich ein Diener Seiner Majestät des Königs bei mir ein und überbrachte mir den Allerhöchsten Befehl, mich darüber zu äussern, was nach meiner Ansicht bei der dermaligen Lage der Kabinettskasse zu geschehen habe. || Der Diener gab darüber keine Auskunft, in welcher Form ich meine Meinungsäusserung abzugeben hätte. || Da ich unter solchen Umständen keine Erlaubniss habe, mich in einem allerunterthänigsten Berichte unmittelbar an die Allerhöchste Person Seiner Majestät zu wenden, so blieb mir nichts übrig, als meine unmassgeblichsten Anschauungen Ihnen als dem Vertreter der finanziellen Angelegenheiten Seiner Majestät mit der Bitte vorzutragen, Allerhöchsten Ortes davon Mittheilung zu machen. || Weder dem Staatsministerium überhaupt noch einem einzelnen Staatsminister kommt es kompetenzmässig zu, sich über die jeweilige Lage der königlichen Kabinettskasse auszusprechen, oder über deren Behandlung Rathschläge zu ertheilen. Seit Erlassung des Gesetzes über die permanente Civilliste kann hierüber kein Zweifel bestehen. Der Zweck dieses Gesetzes war kein anderer als der, die Willigung der für den Allerhöchsten Hofhalt erforderlichen Mittel den schwankenden Einflüssen der jeweiligen Landtage und die Verwendung der der Civilliste zu Gebote stehenden Fonds der Kontrolle des Landtages und der auch dem Landtage verantwortlichen Staatsstellen zu entziehen. Diese Kontrolle ist in Artikel VI des genannten Gesetzes

nur noch bezüglich der Inventarien über die Einrichtungen der Residenzen und Hofgebäude, Hofkapellen und Hofämter mit allen Mobilien, welche der Aufsicht der Hofstäbe und Hofintendanten anvertraut und zum Bedarfe oder zum Glanze des Hofes bestimmt sind, sowie über Alles, was zur Einrichtung oder zur Zierde der (zum Staatsgut gehörenden) Residenzen und Lustschlösser dient, statuiert worden. || Die bisherige Praxis steht mit den Intentionen des obengenannten Gesetzes im Einklang. Wenn aber ein besonderer Allerhöchster Befehl, wie dies im vorliegenden Falle geschehen ist, einem Minister den Mund öffnet, so wird er sich einer pflichtmässigen gutachtlichen Aeusserung über die Verhältnisse der Kabinettskasse nicht ent schlagen dürfen, um so weniger dann, wenn diese Verhältnisse sich so gestaltet haben, dass sie nicht mehr bloß auf die Kreise der Allerhöchsten Hofhaltung von massgebendem Einfluss sind, sondern auch in unabwendbarer Weise auf die Beziehungen Seiner Majestät des Königs zu der Bevölkerung eine Bedenken erregende Wirkung zu äussern drohen. || Wenn ich mich hiemit anschicke, dem Eingangs dieser Zeilen bezeichneten Allerhöchsten Befehle Seiner Majestät Gehorsam zu leisten, so rufe ich mir vor Allem in das Gedächtniss zurück, welche Fülle von Huld und Gnade mir aus den Königlichen Händen Seiner Majestät zu Theil geworden ist. || Ich denke daran, dass ich nun schon mehr als 21 Jahre lang das Glück habe, das Allerhöchste Vertrauen zu geniessen und in den hervorragendsten Stellungen Seiner Majestät dienen zu dürfen. Ich denke daran, wie reich Allerhöchstdieselben meine geringen Verdienste belohnt haben, dass mich in Folge davon naturgemäss die stärksten Bande der Dankbarkeit und Treue an Seine Majestät fesseln, dass es also meine Pflicht ist, mit äussérster Anstrengung und Sorgfalt zu sinnen und zu prüfen, ob sich nicht ein Weg finden lasse, um der bedrängten Lage der Kabinettskasse ein glückliches Ende zu bereiten und die Erfüllung der Wünsche Seiner Majestät möglich zu machen. Ich darf und werde aber auch nicht aus den Augen verlieren, dass Dankbarkeit und Treue zu ehrlichem und redlichem Dienste, vor Allem also zur Wahrheit verpflichten, und dass derjenige als ein schlechter und verbrecherischer Diener gebrandmarkt zu werden verdient, der unter beschönigender Entstellung des wahren Sachverhaltes trügerische und unerfüllbare Hoffnungen erweckt, dadurch die Kabinettskasse und mittelbar auch unseren allergnädigsten Herrn in immer bedenklichere Schwierigkeiten verwickelt und in der Stunde der Enttäuschung vor Allem von Seiner Majestät selbst mit Recht die strengste Verurtheilung zu erwarten hat. || Ich werde deshalb in Nachfolgendem, obwohl ich Dinge zu sagen haben werde, von denen ich recht gut fühle, dass sie Seiner Majestät zur Betrübniß gereichen werden, der Wahrheit pflichtmässig die Ehre geben. Mögen nun auch Seine Majestät, wenn Allerhöchstdieselben über mich und meine Anschauungen zu Gericht sitzen werden, allergnädigst dessen gedenken, dass ein alter, ich darf sagen, erprobter Diener spricht, dessen Stolz es ist, sich von keinem andern Bayern an Treue und Anhänglichkeit übertreffen zu lassen! || Wenn ich recht unterrichtet bin, sind

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

augenblicklich wieder — abgesehen von dem vor circa anderthalb Jahren kontrahirten Anlehen von ungefähr 7 Millionen Mark — neue Schulden im Betrage von 6 Millionen Mark vorhanden, und ist die Kabinetskasse, hauptsächlich in Anbetracht des für das ersterwähnte Anlehen statuirten Abzuges an der Civilliste, ausser Stande, in nächster Zeit diese Schulden zu decken. Auf der anderen Seite werden die Gläubiger der Allerhöchsten Kabinetskasse schwieriger und schwieriger, haben behufs Erlangung ihrer Befriedigung zum Theil schon gerichtliche Hilfe in Anspruch genommen oder stehen im Begriffe, dies zu thun, so dass gerichtliche Zwangsmassregeln, Zugriffe der Gerichtsvollzieher und dergleichen in naher Aussicht stehen. || Ausser den für Deckung der neu erwachsenen Schuldenlast von 6 Millionen erforderlichen Mitteln wünschen Seine Majestät noch eine sehr namhafte Summe zu erlangen, um mit derselben die begonnenen Bauten den Allerhöchsten Intentionen gemäss vollenden zu können. Die Höhe dieser Summe wird im Publikum verschieden bezeichnet. Die Einen sprechen von 10, die Anderen von 15 Millionen Mark als dem noch nöthigen Betrage. Es handelt sich also um Beschaffung von 20 und mehr Millionen Mark, oder, wenn nur die neu kontrahirten Schulden gedeckt werden sollen, um Beschaffung von mindestens 6 Millionen Mark. || Ich halte es nun für ganz unmöglich, diese Beträge mittelst eines Anlehens bei Privaten aufzubringen, und wenn die Gerüchte, die über die mehrfachen Bemühungen des Hofsekretariats um das Zustandebringen entsprechender Anlehen in das Publikum gedrungen sind, auch nur annähernd der Wahrheit entsprechen, so ist die gute Begründung dieser meiner ungünstigen Anschauung bereits durch eine vielfache Erfahrung unwiderleglich dargethan. Es kann auch kaum anders sein. Es gibt sehr wenig Menschen auf der Erde, die über so grosse Summen verfügen können, als sie die Kabinetskasse bedarf; in Bayern wird es überhaupt keinen solchen geben. Alle die, welche aber über so grosse Reichthümer disponiren, wissen den Werth des Geldes zu schätzen und werden dasselbe nur zu solchen Anlagen verwenden, bei denen das Kapital gesichert ist und ein genügender, nicht zweifelhafter Gewinn in Aussicht steht. Solche Leute werden also auch der Kabinetskasse sicher kein Anlehen in so hohem Betrage bewilligen ohne gute Sicherheit für das Kapital, ohne sicher verbürgte Rückzahlung und gut garantirte, ausgiebige Verzinsung. Alles dies vermag aber die Kabinetskasse nicht zu leisten. Es kann deshalb zu gar nichts nützen, den Sinn auf neue Anlehen zu richten. Von daher ist absolut keine Hilfe zu erwarten. || Vorschüsse aus Staatsfonds sind selbstverständlich auf dem einfachen Wege des Zugriffs ohne gesetzliche Ermächtigung undenkbar. Sie würden den Finanzminister, der sich dazu verstände, vor Gericht und weiter bringen. Solche Dinge wollen auch Seine Majestät nicht. Es wäre Majestätsbeleidigung, auch nur einen Augenblick zu glauben, dass daran gedacht werde. || Es bleibt sonach fürs erste nur noch die Frage übrig, ob Seine Majestät nicht an das bayerische Volk appelliren sollten, und ob es nicht möglich sei, vom Landtage die Bewilligung der von Seiner Majestät dem König gewünsch-

ten Summe von circa 20 Millionen Mark, oder doch der zur Schuldentilgung erforderlichen 6 Millionen Mark zu erlangen. In der That ist mir zur Kenntniss gekommen, dass auch Seine Majestät diesen Ausweg schon ins Auge zu fassen geruht haben. || Sie können sich denken, verehrtester Herr Rath, dass die Minister Seiner Majestät des Königs, welchen ja die zahlreichen Auslassungen in der Presse des In- und Auslandes über die Lage der Kabinettskasse und die in Bayern von Mund zu Mund gehenden Gerüchte nicht unbekannt geblieben sein können, sich die Frage schon wiederholt vorgelegt haben, ob es rätlich, ja ob es überhaupt möglich sei, den Landtag um Hilfe anzugehen, und dass sie allesammt bemüht gewesen sind, zu erforschen, ob ein Schein von Hoffnung für eine günstige Aufnahme der betreffenden Vorlage und für einen Erfolg derselben besteht. Nachdem mir der Eingangs erwähnte Befehl Seiner Majestät zugegangen war, habe ich die hier aufgeworfene Frage wiederholt mit sämmtlichen Ministern besprochen; auch habe ich an manchem geeigneten Orte, wo volles Vertrauen am Platze ist, neuerdings die Fühlhörner ausgestreckt und Erkundigungen eingezogen. Das Resultat unserer Erkundigungen und Berathungen ist das, dass sämmtliche Minister der festen und unumstösslichen Ueberzeugung sind, es müsse jeder Versuch, den Landtag zur Willigung irgend einer Summe über den Betrag der Civilliste hinaus zu bewegen, mit einer Niederlage enden, durch welche das Ansehen der Krone auf das Schwerste geschädigt würde. || Wir Minister halten deshalb eine Vorlage an die Kammer behufs der Erlangung irgend einer Summe, wenn auch nur des Betrages, der zur Schuldzahlung nothwendig ist, für unmöglich, müssten deshalb auch eine solche Seiner Majestät auf das Angelegentlichste widerrathen und würden die Verantwortung dafür, wenn sie befohlen werden sollte, nicht übernehmen können. || Ich darf hier Ihr Augenmerk auch noch darauf zu richten mir erlauben, dass bei einer solchen Vorlage nicht etwa ein Minister von den anderen getrennt werden kann, dass z. B. unmöglich einer der Minister, also etwa der Finanzminister, die Vorlage machen und vertreten, dabei aber erklären könnte, er übernehme die Verantwortlichkeit für die Vorlage allein, die anderen Minister seien dabei überhaupt nicht betheilig, und dass es ebenso unmöglich wäre, wenn die Mehrzahl der Minister, gleichviel welchen Ressorts, die Verantwortung für eine solche Kreditvorlage übernehmen und dabei erklären wollten, der eine oder der andere der Kollegen müsste dabei ausser Betracht bleiben. || Sie haben hinreichende Kenntniss von unseren öffentlichen Verhältnissen, um selbst zu wissen, dass eine solche Theilung vor dem Landtage und dem ganzen Volke ganz wirkungslos bleiben und ungehört verhallen würde, dass gleichwohl die Verantwortung aller Minister in Anspruch genommen werden würde, und dass denen, welche im Ministerium verbleiben, aber die Mitverantwortung ablehnen wollten, eine Behandlung entgegengebracht würde, die den Bestand des Ministeriums unmöglich machen und die sofortige Auflösung desselben zur unausbleiblichen Folge haben müsste. || In diesen Erwägungen und nur darin ist auch der Grund dafür zu suchen, wenn Seiner

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Majestät seinerzeit berichtet worden ist, die Entlassung des derzeitigen Finanzministers würde den Rücktritt des ganzen Ministeriums zur Folge haben. || Gewiss hat Niemand das Recht, Seiner Majestät dem König einen missliebigen Minister aufzudrängen oder den Versuch zu machen, Seiner Majestät die Entlassung eines Ministers zu erschweren, der sich des Allerhöchsten Vertrauens nicht mehr zu erfreuen hat oder auch nur persönlich missliebig geworden ist. Wenn sich also die dermaligen Minister vermessen würden, zusammenzustehen und, um einen Kollegen im Amte zu erhalten, von ihrem gemeinschaftlichen Rücktritte zu sprechen, so läge darin freilich eine grosse Beleidigung Seiner Majestät und ein verwerflicher Versuch, die Rechte der Krone zu beeinträchtigen, vorausgesetzt, dass die übrigen Minister noch im Stande sind, ohne den ausscheidenden Kollegen ihr Amt weiterzuführen. Aber etwas Anderes ist es, aus rein persönlichen Motiven gegen des Königs Majestät für das Verbleiben eines Kollegen eintreten zu wollen, und wieder etwas Anderes, rechtzeitig die Augen für die Einsicht offen zu haben, dass die Minister trotz der Fortdauer des Allerhöchsten Vertrauens unter Umständen ausser Stande gesetzt werden können, ihrem Amte länger mit Erfolg vorzustehen, wenn aus politischen Gründen einer von ihnen ausscheidet. Niemand würde, wie heute die Sachen liegen, die zurückbleibenden Minister in der Fortführung ihres Amtes unterstützen, und nicht bloß eine Partei des Landtages, sondern beide Parteien würden gegen sie auftreten, wenn z. B. wegen einer Kreditvorlage, wie die besprochene ist, der eine der Kollegen ausscheiden müsste. || Wenn ich mit so grosser Sicherheit, wie oben geschehen, ausgesprochen habe, dass die dermaligen Minister die Verantwortung für eine Kreditvorlage an den Landtag nicht übernehmen könnten, so liegt der Grund hiefür nicht allein in der That- sache, dass sie aussichtslos und zu einer Niederlage der Krone führen würde, sondern mehr noch in der Art und Weise, wie diese Niederlage sich voraussichtlich vollziehen wird. || Das bayerische Volk ist wohl sehr loyal, sehr königstreu und anhänglich an die Dynastie bis zu einem sprichwörtlich gewordenen hohen Grade, und der Landtag ist das Abbild des bayerischen Volkes. Ehrfurcht für den König und Liebe zum König würden bei vielen, ja bei den meisten Mitgliedern des Landtages den Ton bestimmen, in welchem die Diskussion über die Kreditvorlage geführt würde. Es ist gewiss keine eitle und unmotivirte Furcht und keine Uebertreibung, wenn ich sage, dass Einzelne sich sicherlich nicht auf wenige Sätze beschränken werden, welche von der allgemeinen Knappheit des Geldes, von der Bedrängtheit der ärmeren Steuerzahler und dergleichen hergenommen wären, um ein ablehnendes Votum zu motiviren, sondern die Gelegenheit beim Kopfe nehmen werden, um Vergleiche anzustellen zwischen den Lasten und der Vermögensverwaltung der Hof- und Kabinettskasse unter den Königen weiland Ihrer Majestäten Ludwigs I. und Maximilians II., sowie ihren mit Mitteln der Civilliste bewerkstelligten Schöpfungen und der heutigen Zeit, und um den mancherlei nun einmal nicht wegzuleugnenden Verstimmungen über die kürzlich in der Kammer schon gestreifte Zurückgezogenheit

Seiner Majestät, über das Unterbleiben aller Hoffeste und den dadurch bedingten schmerzlichen Entgang an Erwerb für die Münchener Bevölkerung, über alle möglichen wahren, erdichteten oder entstellten Vorgänge am Hoflager des Königs u. s. w. Ausdruck zu geben. || Ich bin überzeugt, Seine Majestät werden den Minister, der zur Vorlage einer Kreditforderung an den Landtag die Hand bietet und dadurch, ohne Geld oder sonst den geringsten Vortheil zu erlangen, die Krone Debatten von der bezeichneten Art aussetzt, seinerzeit mit den bittersten Vorwürfen, aber ich füge bei, auch mit den gerechtesten Vorwürfen überhäufen. || Bei der gänzlichen Aussichtslosigkeit einer jeden Kreditvorlage, auch wenn sie auf die Zahlung der bereits aufgelaufenen Schulden beschränkt bliebe, nützt es nichts, zu fragen, unter welchen Bedingungen Geld zu erlangen wäre. Wenn Sie aber, verehrtester Herr Rath, doch den Fall setzen wollen, dass irgendwo einige Geneigtheit bestände, die Eventualität einer grösseren Geldbewilligung ins Auge zu fassen, so werden Sie mir doch zustimmen müssen, wenn ich sage, dass die allererste Grundbedingung hiefür in der Darbietung ausreichender Bürgschaften dafür gefunden werden würde, dass sich die jetzigen Zustände nicht wiederholen. Ich kann mir von solchen Bürgschaften kein rechtes Bild machen; aber so viel ist mir klar, dass sie in einer sehr weit gehenden Kontrolle der Geldverhältnisse der Hofkassen durch die dem Landtage verantwortlichen Staatsorgane gesucht würden, wenn nicht überdies in unleidlichen Beschränkungen der Dispositionsfreiheit des Monarchen, welche mit dem Grundgedanken des Gesetzes über die permanente Civilliste und mit der Würde des Staatsoberhauptes unvereinbarlich wären und die unser Allergnädigster König und Herr sicherlich nicht zu ertragen geneigt wäre. || Damit aber, dass auch der Gedanke an eine ausgiebige Hilfe durch den Landtag seine Wirksamkeit versagt, kann es nicht abgethan sein und bleiben; denn die 6 Millionen Mark Schulden sind da und müssen gedeckt werden. Wenn dies nicht geschieht, werden die Gläubiger, die zum grossen Theil in Anbetracht ihrer eigenen Vermögensverhältnisse nicht auf unbemessene Zeit hinaus Kredit geben können, bei Gericht auftreten. Einer wird durch den Anderen zu gerichtlichen Schritten selbst wider Willen genöthigt werden, um nicht Alles zu verlieren. Es wird ein allgemeiner Zusammenlauf derselben statthaben und, so schrecklich der Gedanke ist und so sehr sich die Feder sträubt, es niederzuschreiben, die gerichtlichen Zwangshandlungen gegen die Kabinettskasse und gegen die Besitzthümer des Staatsoberhauptes werden ihren unaufhaltsamen Lauf haben. Das heutige Recht gibt auch nicht den entferntesten Anhaltspunkt, von welchem aus der rauhen Wirklichkeit der Gerichtsprozeduren Einhalt geboten werden könnte. Ihnen vermögen auch landesherrliche Machtvollkommenheiten nicht Halt zu gebieten. || Wenn über kurz oder lang, vielleicht nach vorausgegangenen inhaltsschweren Debatten im Landtag, mögen diese nun durch eine Kreditvorlage oder ohne eine solche durch die weitere Entwicklung der Bedrängnisse der Kabinettskasse veranlasst werden, über letztere gerichtliche Klagen auf Klagen hereinstürmen, die Gant sich

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

aufdrängt und die unabweisbare Hand des Gerichtes eingreift, wenn vielleicht in Folge der Unmöglichkeit, für ihre Forderungen Zahlung aus der Kassenkasse zu erlangen, achtbare Familien dem Vermögensruin verfallen sind, und das Alles in der Presse des In- und Auslandes — vor ganz Europa — besprochen ist, wer hätte den Muth, vorherzusagen, wie das Alles endet und ob nicht die Folgen solcher Wirren sich am Throne selbst fühlbar machen? || Gewiss, den Jammer, der hieraus entspringen könnte, wird die Weisheit unseres Allergnädigsten Königs und Herrn von uns fernhalten, wenn es auch nicht anders als mit Opfern an Verwirklichung von schönen Idealen für eine Zeit lang geschehen kann. || Und ich glaube, es kann dieser Jammer von Bayern ferngehalten werden, wenn Seine Majestät in Gnaden geruhen wollen, den Ausbau der begonnenen Schlösser und deren Einrichtung auf einige Zeit zu sistiren, durch einen geschäftskundigen Mann, als welcher ich allerdings nicht in Betracht kommen könnte, ein präzises Verzeichniss der kontrahirten Schulden herstellen, deren Betrag, wo dies nöthig, auf das richtige Mass festsetzen, über Art und Zeit der Rückzahlung verhandeln und prüfen zu lassen, wo und in welchem Masse bei den Hofstäben Ersparungen gemacht werden können, und dadurch verstärkte Mittel zur Heimzahlung der Schulden zu erlangen. || Dieser Weg wird, ich bin es überzeugt, zur Ordnung der Verhältnisse der Kassenkasse führen, trotz der Grösse der vorhandenen Lasten, aber er ist, so schmerzlich er auch ist und so grosse Opfer er Seitens Seiner Majestät bedingt, der einzige, der zum Ziel und aus den ernstesten Bedrängnissen führt, die unser aller Herz jetzt beschweren. Mit dieser Auffassung stehe ich nicht allein: ich kann vor Gott und dem ganzen Lande versichern, dass sie von allen treuen Anhängern unseres Allergnädigsten Königs getheilt wird. || In Vorstehendem habe ich meine unmassgeblichste Meinung als treuer Diener Seiner Majestät auszusprechen gewagt, wie es mir die Pflicht gebot. || Mögen Seiner Majestät, wenn der Allerhöchste Unwille über das Gesagte mein Loos sein sollte, in Allerhöchster Huld und Gnade gedenken, dass ich auf ausdrücklichen Befehl gesprochen habe und mit jeder anderen Darlegung zum Verräther an Seiner Majestät geworden wäre!“ || Ich meinerseits habe eine Entschliessung hierauf nicht bekommen. Seine Majestät haben sich vielmehr zunächst in einem mündlichen Befehl an den Staatsminister des Innern Freiherrn von Feilitzsch gewendet mit dem Antrage, einen neuen Hofsekretär vorzuschlagen und die Frage zu beantworten, ob nicht Einleitungen getroffen werden können, dass die im Privateigenthum Seiner Majestät befindlichen Schlösser zum Schein in das Inventar der königlichen Civilliste eingetragen werden, damit dieselben nicht mit Beschlagnahme belegt werden könnten. || Am 19. Januar hat der genannte Herr Minister einen Bericht an Seine Majestät erstattet, der lautet, wie folgt: „Euere Königliche Majestät haben dem treuehorsamst Unterzeichneten den Allerhöchsten Auftrag zugehen lassen, über die nachfolgenden Punkte direkt an Euere Königliche Majestät allerunterthänigst zu berichten. || Im Vollzuge dieser Allerhöchsten Weisung erlaubt sich der treuehorsamst Unterzeichnete

nach gewissenhafter Prüfung der Frage Folgendes ehrerbietigst vorzutragen: ||

1) Vorschlag für einen neuen Hofsekretär. || Für die wichtige und verantwortliche Stelle eines königlichen Hofsekretärs dürfte nur eine solche Persönlichkeit in Aussicht zu nehmen sein, welche einerseits in finanziellen Dingen durchaus gewiegt und im Stande ist, die bestehenden finanziellen Schwierigkeiten zu bekämpfen, andererseits ehrlich und selbstlos nur von dem Gedanken beseelt ist, Eurer Königlichen Majestät in Treue zu dienen. Diese Voraussetzungen dürften unter den gegenwärtigen Verhältnissen um so mehr ins Auge zu fassen sein, als im Verlaufe der Geschäftsführung durch den königlichen Hofsekretär Gresser die Verhältnisse der Kabinettskasse sich ungünstiger gestaltet haben und die Aufgabe eines neuen Hofsekretärs eine sehr schwierige sein wird. Personen, die eine solche Stelle anstreben, um ihre finanzielle Lage zu verbessern, um Carrière zu machen, die hiebei nur das Eigeninteresse im Auge haben, gibt es genug; allein mit solchen Persönlichkeiten kann Eurer Königlichen Majestät nicht gedient sein. Dagegen ist es äusserst schwierig, eine Persönlichkeit zu finden, die der Situation gewachsen, die Verhältnisse zu ordnen befähigt und den Allerhöchsten Wünschen Eurer Königlichen Majestät zu entsprechen geeignet sein dürfte. || Der gehorsamst Unterzeichnete schreckt keineswegs vor der Verantwortung zurück, die derselbe durch einen allerunterthänigsten Vorschlag auf sich nehmen würde; aber derselbe glaubt nur eine solche Persönlichkeit der Allerhöchsten Wahl empfehlen zu dürfen, von welcher mit Sicherheit angenommen werden kann, dass sie sich bewähren wird und dass durch deren Geschäftsführung nicht neue Schwierigkeiten hervorgerufen und Euere Königliche Majestät nicht in die Lage versetzt würden, bald wieder einen Wechsel vornehmen zu müssen. || Derselbe hat trotz eifrigster Bemühung und trotz sorgsamster Erwägung zur Zeit eine hienach geeignete Persönlichkeit nicht ermitteln können, wobei allerdings auch in Betracht zu ziehen sein dürfte, dass im Ressort der inneren Verwaltung, deren Beamten dem treugehorsamst Unterzeichneten genauer bekannt sind, in finanziellen Angelegenheiten hervorragend bewanderte Personen ihrem Berufskreise gemäss kaum zu finden sein werden. || Nicht unerwähnt dürfte hiebei die allerunterthänigste Bemerkung zu lassen sein, dass an sich im gegenwärtigen Zeitpunkte die Ernennung eines neuen königlichen Hofsekretärs im Publikum und in der Presse lebhaft besprochen werden und Anlass zu neuen Erörterungen über die Verhältnisse der königlichen Kabinettskasse bieten würde, und das voraussichtlich die Gläubiger auf denselben sofort behufs Befriedigung ihrer Guthaben einstürmen würden. Unannehmlichkeiten der bezeichneten Art könnten durch Allergnädigste zeitweise Belassung des derzeitigen funktionirenden Hofsekretärs in seiner Stelle thunlichst vermieden werden, nachdem derselbe mit allen Verhältnissen vertraut ist, mit den beteiligten Geschäftsleuten theils Vereinbarungen, theils Besprechungen gepflogen hat und im Publikum sich die allgemeine Achtung und Vertrauen erworben hat, dabei aber gewissenhaft bestrebt ist, Eurer Königlichen Majestät treu und redlich zu dienen. || Wenn hienach der treu-

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

gehorsamst Unterzeichnete dem allerweisesten Ermessen Euerer Königlichen Majestät anheimgeben zu dürfen glaubt, vorerst in Erwägung dieser Verhältnisse von einem Wechsel in der Person eines königlichen Hofsekretärs abzusehen, so wird derselbe gleichwohl eifrig bestrebt sein, dieser wichtigen Angelegenheit sein besonderes Augenmerk zuzuwenden und, sobald ihm eine anderweitige geeignete Persönlichkeit bekannt werden sollte, einen bezüglichen allerunterthänigsten Vorschlag der Allerhöchsten Entscheidung zu unterbreiten. || 2) Bezüglich der Allerhöchst angeregten Frage, ob nicht Einleitungen getroffen werden können, dass die im Privateigenthum Euerer Königlichen Majestät befindlichen Schlösser zum Scheine in die Inventarien der königlichen Civilliste eingetragen werden, damit dieselben nicht mit Beschlag belegt werden können, erlaubt sich der treuegehorsamst Unterzeichnete Folgendes ehrerbietigst zu berichten: || Nach dem Verfassungsgesetze vom 1. Juli 1834, die Festsetzung einer permanenten Civilliste betreffend, ist ein Verzeichniss der sämmtlichen, auf die Civilliste übergehenden Gebäude aufgestellt, welches den Kammern des Landtages jeweils zur Einsicht offen steht. Die in diesem Verzeichnisse aufgeführten Realitäten sind Staatseigenthum, bezüglich dessen eine Veräusserung ohne gleichzeitigen Ersatz nicht thunlich erscheint. Euerer Königliche Majestät sind nicht gehindert, jederzeit im Allerhöchsten Privateigenthum befindliche Schlösser und Zugehörungen der Civilliste zu überweisen. Hiedurch würden sich jedoch Euerer Königliche Majestät des Eigenthums und des Allerhöchsten freien Verfügungsrechtes über diese Schlösser für immer begeben, indem die Kammern des Landtages von dieser Ueberweisung und beziehungsweise Eintragung Kenntniss erhielten und denselben verfassungsmässig die Kontrolle hierüber zustände. Eine Eintragung nur zum Scheine wäre deshalb nicht thunlich, weil hiebei eine amtliche Thätigkeit Euerer Königlichen Majestät Staatsministeriums der Finanzen und eine Kontrolle durch den Landtag in Mittheilung läge. Wenn nun durch einen wirklichen Eintrag in diese Inventarien auch eine Beschlagnahme durch Gläubiger ausgeschlossen würde, so wären andererseits Euerer Königliche Majestät in dem freien Verfügungsrecht über Privatbesitz behindert, was den Intentionen Euerer Königlichen Majestät kaum entsprechen dürfte. In einem etwaigen Prozesse aber würde lediglich der Umstand entscheiden, ob die fraglichen Schlösser und Gegenstände im Inventar der Civilliste eingetragen sind oder nicht. Zu diesem Zwecke müsste die Einsicht der Inventarien dem Gerichte gestattet werden.“ || Hierauf erhielt Baron von Feilitzsch ein Allerhöchstes Handschreiben.

Der königliche Staatsminister Freiherr von Crailsheim: Dieses Handschreiben, datirt vom 26. Januar 1886, lautet, wie folgt: || „Mein lieber Minister des Innern || Freiherr von Feilitzsch! || Durch die Nachlässigkeit meiner Hofsekretäre, besonders des letzten, des Schand-Gressers, der sich sogar unterstanden hat, mir ganz falsche, schamlos lügnerische Versicherungen zu geben, wurde der Ihnen bekannte, fatale Stand der Kabinetsskasse herbeigeführt. Zu diesem strafbaren Unrecht, das mir gegenüber begangen wurde, gesellt sich

noch zu allem Ueberfluss das weitere, dass in der Presse und in Gesprächen man vielfach gewagt hat, in der schändlichsten Weise sich über diese Angelegenheit auszulassen. Fest verlasse ich mich nun auf Sie, mein lieber Freiherr von Feilitzsch, dass Sie Alles aufbieten werden, gegen diesen schandmässigen Unfug mit Erfolg einzuschreiten. || Das Allerärgste aber wäre es, und diesem vorzubeugen lege ich Ihnen ganz besonders dringend an das Herz, wenn nicht einmal die Summe aufgetrieben würde, die nöthig ist, um das Vergreifen an meinem Eigenthum zu verhüten; denn würde dies nicht verhütet, so würde mich dies dermassen empören, dass ich entweder mich tödten, oder jedenfalls das schändliche Land, in welchem dies Schauderhafte geschah, sofort und für immer verlassen würde. Diesem vorzubeugen, muss doch treuen Unterthanen gelingen. Seit der beklagenswerthe Zustand in der Kabinettskasse herbeigeführt wurde und die Stockung bei meinen Bauten, an welchen mir so unendlich viel gelegen ist, eingetreten ist, ist mir die Hauptlebensfreude genommen, alles Andere ist gegen diese verschwindend. Ich appellire an Ihre Anhänglichkeit an mich, an der ich Gott sei Dank bisher zu zweifeln keinen Grund hatte, damit Sie, mein lieber Freiherr von Feilitzsch, dazu beitragen, mich aus dieser fatalen Situation zu befreien. || Wenn die anderen Minister gar nicht bestrebt sind, mir, wie ich es erwarte, zu dienen, so muss ich es genau erfahren, um andere zu nehmen. Unter der Regierung des Königs Ludwig kam es vor, dass 20 Millionen aus den Ueberschüssen für Seine Bauten verwendet werden konnten. Wenn ich nun das Gleiche für „einmal“ beanspruche, so muss dies, wenn mit Eifer vertreten, doch auch für mich zu ermöglichen sein und so, dass lästige Bedingungen nicht gestellt werden, was dem König gegenüber, der einmal dies verlangt, entschieden unwürdig und verwerflich wäre. || Wäre nur, gesetzt den Fall, die Summe, welche zur Deckung der Rückstände erforderlich ist, zu erlangen und nicht die, welcher ich zum Weiterbauen so dringend bedarf, so würde mir hiemit nicht im Geringsten gedient und geholfen sein. Ich fordere Sie daher nochmals dringend auf, Alles aufzubieten, um zur Erfüllung meines sehnlichsten Wunsches beizutragen und widerstrebende Elemente zum Schweigen zu bringen. Sie würden mir geradezu das Leben aufs Neue geben, nie würde ich es Ihnen vergessen, immerdar Ihnen erkenntlich dafür sein und es Ihnen durch die That beweisen! || Mit Ihnen bekannten Gesinnungen besonderen Wohlwollens und Vertrauens bin ich, mein lieber Freiherr von Feilitzsch! || Ihr sehr geneigter König || Ludwig. || den 26. 1. 86.“ || Staatsminister Freiherr von Feilitzsch hat hierauf am 31. Januar 1886 folgende Vorstellung an Seine Majestät gerichtet: || „Euerer Königlichen Majestät erlaubt sich der treuehorsaamst Unterzeichnete für das Allerhöchste Handschreiben vom 26. ds. Mts. und das demselben zu entnehmende Königliche Vertrauen seinen allerunterthänigsten Dank zu Füßen zu legen und im Vollzug der Allerhöchsten Befehle ehrerbietigst zu berichten: || Beseelt von dem Gefühle unverbrüchlicher Treue und Anhänglichkeit an Euerer Königliche Majestät muss es denselben mit tiefstem Schmerze erfüllen, dass durch die

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

misslichen Verhältnisse der königlichen Kabinetskasse und finanzielle Schwierigkeiten die Lebensfreude Eurer Königlichen Majestät getrübt erscheint und dass Allerhöchstdieselben hiedurch an der Realisirung der weiter beabsichtigten Bauten zur Zeit gehindert sind. Seinen König und Herrn glücklich und zufrieden zu wissen, ist der heisseste Wunsch des treuehorsamst Unterzeichneten, der ja Eurer Königlichen Majestät für die vielen Beweise Allerhöchster Huld und Gnade für immer zu allertiefstem Danke verpflichtet ist. || Derselbe würde sich aber des grössten Unrechts schuldig machen, wenn er nicht offen, ehrlich und rückhaltlos Eurer Königlichen Majestät seine unmassgeblichsten Anschauungen darzulegen bestrebt wäre. Und wenn der gehorsamst Unterzeichnete auch bekümmerten Herzens zu dieser Aufgabe schreitet, so mögen Euere Königliche Majestät diese Darstellung in dem Gedanken nicht ungnädig aufnehmen, dass denselben hiebei nur Pflicht und Gewissen leitet. || Die Beschaffung von 20 Millionen zur Bereinigung vorhandener Passiva und beziehungsweise zur Herstellung weiterer Bauten muss der treuehorsamst Unterzeichnete nach sorgsamster Erwägung aller Verhältnisse leider als ausserhalb der Sphäre der Möglichkeit bezeichnen. Reiche Leute, die solche Summen ohne reale Sicherheit zur Verfügung stellen, sind nicht zu finden. Sollten aber gleichwohl irgend welche Persönlichkeiten oder Consortien sich hiezu herbeilassen, so würden entweder die Bedingungen im Interesse Eurer Königlichen Majestät an sich nicht annehmbar erscheinen oder es würde durch hohe Zins- und Annuitätenzahlungen die königliche Kabinetskasse so schwer belastet werden, dass sie in kürzester Zeit ihren Anforderungen nachzukommen nicht im Stande wäre und dass voraussichtlich neue, noch grössere finanzielle Kalamitäten eintreten würden. || Auch die Frage, ob Seitens des Landtages die Bewilligung gedachter Summe in Aussicht genommen werden könne, hat der treuehorsamst Unterzeichnete reiflicher Erwägung unterstellt. Leider ist hiefür keinerlei Hoffnung vorhanden. Vertraulichste Informationen lassen hierüber kaum einen Zweifel zu; es besteht die übereinstimmende Anschauung, dass die Majorität die Verantwortung gegenüber dem Lande und insbesondere ihren Wählern nicht auf sich nehmen werde. Es hat auch bereits ein hervorragender Führer der patriotischen Majorität in einer öffentlichen Bauernversammlung vor mehreren Wochen diese Frage gestreift und sich in ablehnendem Sinne ausgesprochen; und er hätte dies gewiss nicht gethan, wenn er nicht von der Stimmung der die Mehrheit bildenden patriotischen Fraktion genau unterrichtet gewesen wäre. Bei der unzweifelhaften Aussichtslosigkeit einer bezüglichen Vorlage an den Landtag würde aber eine solche im Allerhöchsten Interesse schon deshalb unmöglich erscheinen, weil man sich einer Ablehnung nicht aussetzen könnte. || Wenn Euere Königliche Majestät in dem Allerhöchsten Handschreiben anzudeuten geruhten, dass unter der Regierung Seiner Majestät des Königs Ludwig I. 20 Millionen aus staatlichen Ueberschüssen zu Allerhöchstdessen Bauten verwendet wurden, so geruhen Euere Königliche Majestät, die eherbietigste Bemerkung machen zu dürfen, dass diese Gelder damals für Staats- und öffentliche

Bauten verwendet worden sind und dass die Verwendung mit gesetzlicher Willigung des Landtages erfolgte. Die Bewilligung der Summen durch den Landtag erfolgte allerdings in einzelnen Fällen erst nachträglich und wurde der Aufwand theilweise aus Erübrigungen gedeckt. Allein über die Befugnisse der Regierung zur Verwendung von Erübrigungen für diese Zwecke entstand damals ein Konflikt zwischen Regierung und Landtag, welcher durch das sogenannte Verfassungsverständniss vom 12. Juli 1843 beglichen wurde. Durch letzteres ist unter Anderem festgestellt, dass aus den Staatseinnahmen nur in das Budget einzustellende Staatsbedürfnisse bestritten werden dürfen und dass Erübrigungen im Budget von Rechtswegen gleich den Kassenbeständen und Aktiven aller Art zu den Staatseinnahmen der künftigen Finanzperiode gehören und als solche in das Budget für die nächste Finanzperiode nach ihrem vollen Umfange eingestellt werden müssen. || Hiedurch ist seit dem Jahre 1843 ein Verfügungsrecht der Regierung bezüglich der Erübrigungen ohne Mitwirkung des Landtages ausgeschlossen. || Der treuehorsaamst Unterzeichnete muss hienach zu seinem lebhaften Bedauern zu der Ueberzeugung gelangen, dass die Beschaffung von 20 Millionen nicht zu bewerkstelligen sein wird und dass jede Vermehrung der Schuldenlast nur zur Verschärfung der Schwierigkeiten und zu neuen finanziellen Kalamitäten führen würde. || Was die Begleichung der vorhandenen Forderungen im beiläufigen Betrage von 6 Millionen anlangt, so glaubt der treuehorsaamst Unterzeichnete diesen Punkt als dringlich bezeichnen zu dürfen. Nachdem auch zu diesem Zwecke die Aufnahme eines Anlehens oder einer Gesetzesvorlage an den Landtag aus den angeführten Gründen nicht wohl durchführbar erscheinen kann, andererseits aber wegen drohender gerichtlicher Klagen eine Regelung als unabweisbar sich darstellen wird, wagt es der treuehorsaamst Unterzeichnete, dem Ermessen Euerer Königlichen Majestät folgenden allerunterthänigsten Vorschlag zu unterbreiten: || Euere Königliche Majestät dürften vielleicht Allernädigst anzuordnen geruhen, dass das königliche Hofsekretariat behufs Feststellung des Betrages dieser Forderungen mit den Gläubigern die nöthigen Einleitungen treffe, wobei in erster Linie auf eine Abminderung der vielleicht theilweise übertriebenen Forderungsbeträge thunlichst hinzuwirken wäre. || Gleichzeitig möchte mit den Gläubigern zur Abwendung gerichtlicher Klagen eine Vereinbarung bezüglich der allmählichen Tilgung anzubahnen sein. Durch die Allernädigste Anordnung der Erzielung von Ersparungen in der königlichen Hofhaltung und bei den königlichen Hofstäben, dann durch Zuwendung von Beträgen aus der königlichen Civilliste könnten unmassgeblichst vielleicht die entprechenden Mittel gewonnen werden, um allmählig in angemessenen Fristen die Gläubiger zu befriedigen. Wenn Euere Königliche Majestät Allerkuldvollst geruhen würden, mit dieser Aufgabe den funktionirenden königlichen Hofsekretär Rath Klug, der die Verhältnisse genau kennt und ein ebenso verlässiger und treuegebener Diener ist, zu betrauen, so gibt sich der treuehorsaamst Unterzeichnete der Hoffnung hin, dass wahrscheinlich eine Regelung der finanziellen Verhältnisse ermöglicht wird, dass

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

gerichtliche Klagen vermeiden und das von Euerer Königlichen Majestät berührte Vergehen an dem Allerhöchsten Privateigenthum verhütet wird. || Ein Wechsel im königlichen Hofsekretariate im gegenwärtigen Augenblicke dagegen dürfte voraussichtlich die schwerwiegendsten Konsequenzen im Gefolge haben und die drohende Katastrophe unabwendbar erscheinen lassen. Die Abwendung dieser letzteren Gefahr liegt dem treuehorsamst Unterzeichneten schwer auf dem Herzen, und diesem bedrängten Gefühle möge es Euerer Königliche Majestät zu Gute rechnen, wenn derselbe sich nochmals erlaubt, die Allergnädigste vorläufige Belassung des derzeitigen funktionirenden königlichen Hofsekretärs in seiner Stelle der Allerhöchsten Erwägung anheimzustellen. Der treuehorsamst Unterzeichnete war sorgsamst bestrebt, eine den Allerhöchsten Intentionen entsprechende Persönlichkeit für die königliche Hofsekretärstelle zu ermitteln; allein trotz aller Bemühungen war es demselben unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich, dem bezüglichen Allerhöchsten Befehle gerecht zu werden.“

Der königliche Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz: Unter dem 17. April 1886 ist dem Gesamtstaatsministerium folgendes Allerhöchstes Handschreiben zugegangen: || „Es ist Mein Wille, dass zur Ordnung der Verhältnisse Meiner Kabinettskasse von Meiner Regierung noch dem gegenwärtig versammelten Landtage eine Vorlage gemacht und mit thunlichster Beschleunigung die hierauf bezüglichen Vorschläge Mir unterbreitet werden. || Hohenschwangau, den 17. April 1886.“ || Zum Vollzuge dieses Handschreibens hatte, wie dem hohen Hause bekannt ist, das Staatsministerium mit einer Anzahl von Mitgliedern des Hauses eine vertrauliche Unterredung, auf welche hin an Seine Majestät den König unterm 5. Mai 1886 nachstehender Bericht erstattet wurde: || „Mit Allerhöchstem Handschreiben vom 17. April 1886 haben Euerer Königliche Majestät dem Gesamtstaatsministerium zu eröffnen geruht, es sei der Allerhöchste Wille Euerer Majestät, dass zur Ordnung der Verhältnisse der Allerhöchsten Kabinettskasse noch dem gegenwärtig versammelten Landtage eine Vorlage gemacht und Euerer Königlichen Majestät mit thunlichster Beschleunigung die hierauf bezüglichen Vorschläge unterbreitet werden. || Die treuehorsamst unterzeichneten Staatsminister hegten zwar auch zu der Zeit des Eintreffens dieser Allerhöchsten Willensäußerung, gleichwie zu der Zeit, als sich die einzelnen Minister im August vorigen Jahres, sowie zu Anfang und Ende Januar des laufenden Jahres zu äussern Gelegenheit hatten, die betrübende Ueberzeugung, dass in Anbetracht der im Landtage, wie im ganzen Lande herrschenden Stimmung von der Landesvertretung keine Hilfe zu erlangen sein werde, erkannten es jedoch dem ergangenen Allerhöchsten Befehle gegenüber selbstverständlich als ihre unabweisliche Pflicht, Nichts unversucht zu lassen, was zur Bereinigung der dormaligen ernsten Lage der Kabinettskasse führen könnte, und schickten sich deshalb an, nochmals gründlich und offiziell die Stimmung in den beiden Kammern des Landtages zu erforschen, um sich eine feste Meinung darüber bilden zu können, ob überhaupt und unter welchen

Bedingungen vom Landtage eine Hilfe zu erwarten stehe. Dieser Weg musste besritten werden und es war nicht möglich, ohne vorgängige offizielle Exploration der Meinung der Landtagsmitglieder Euerer Königlichen Majestät die Formulirung einer Vorlage an den Landtag zu unterbreiten und zu empfehlen, weil im Falle der gänzlichen Abneigung der Kammermitglieder gegen irgend eine Art von Hilfeleistung oder im Falle einer Nichtgenehmigung der von dem Ministerium empfohlenen Modifikationen der Vorlage ein abschlägiger Bescheid hätte befürchtet werden müssen, und damit eine unerträgliche Niederlage nicht etwa blos des Ministeriums, sondern der Krone selbst herbeigeführt worden wäre, welche das Ansehen der letzteren im hohem Grade hätte schädigen müssen. Das von dem Ministerium eingeschlagene Verfahren war um so dringender geboten, als das Allerhöchste Handschreiben durch Ministerialrath von Schneider auf Allerhöchsten Befehl eine Ergänzung dahin gefunden hatte, dass Euere Königliche Majestät, wenn nicht die ganze neu entstandene Schuld von 6 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark, so doch die Hälfte davon vom Landtage ohne Verzinsung und Rückzahlung aus der Civilliste übernommen zu sehen wünschten, und als eine solche Vorlage, wenn Euere Majestät schliesslich wirklich den Befehl zu deren Einbringung gegeben hätten, wie wohl zu erwarten stand, zu einer sicheren und unabwendbaren Niederlage im Landtage geführt haben würde. In Bezug auf die vorherige Erforschung der Stimmung in den Kammern des Landtages stimmten dem Ministerium auch namhafte, Euerer Königlichen Majestät treu ergebene und sachkundige Männer bei, dergestalt, dass z. B. der erste Präsident der Kammer der Reichsräthe erklärte, er würde sagen müssen, dass ein Ministerium, das anders verführe, unverantwortlich gehandelt hätte. || Die allerunterthänigst Unterzeichneten wendeten sich deshalb zunächst persönlich und vertraulich, wenn auch ganz offiziell, an die ersten Präsidenten der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten, trugen denselben das Anliegen Euerer Königlichen Majestät vor und stellten die Frage an dieselben, ob sie des Dafürhaltens seien, dass vom Landtage mit einiger Sicherheit eine Abhilfe zu erwarten stehe und unter welchen Modifikationen und Bedingungen etwa dies der Fall wäre.“ || Gegen den nachfolgenden Satz hat Seine Excellenz der Herr erste Präsident der Kammer der Reichsräthe Einspruch erhoben, und ich muss zugeben, mit Recht. || Der nächste Satz, der jetzt folgt, bezieht sich lediglich auf den Herrn ersten Präsidenten der Kammer der Abgeordneten. || „Die beiden Präsidenten — heisst es also mit Unrecht — stellten eine Antwort auf die Frage nach Einvernahme einer grösseren Zahl von einflussreicheren, mit der Stimmung der Kammern vertrauten Kammermitgliedern in Aussicht. Der Natur der Sache nach wäre eine wohlfundirte Antwort vor der Rückkehr der Abgeordneten aus den Osterferien nicht ausführbar gewesen, weshalb sich der Präsident der Abgeordnetenkommer bis dahin Frist vorbehielt. Nachdem der genannte Kammerpräsident am Osterdienstag und am Mittwoch nach Ostern mit Abgeordneten verschiedener Parteirichtungen Fühlung genommen hatte, theilte er unterm 29. April dem Gesamtstaatsministerium brieflich mit, dass

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

die einvernommenen Abgeordneten allgemein der Ansicht seien, dass die Abgeordneten-kammer zu der an den Präsidenten gestellten Frage und zu einem hierauf bezüglichen Vorschlage so lange nicht Stellung nehmen könne, als nicht — ausgehend vom Staatsministerium — eine vollständige Klarlegung des Sachverhaltes gegeben sei. Der Präsident schlug zu diesem Zwecke eine geheime vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums mit einflussreichen Abgeordneten vor. Am Nachmittag des 30. April fand diese Besprechung statt; es nahmen an derselben die beiden Präsidenten und die beiden ersten Sekretäre, d. h. also das Direktorium der zweiten Kammer, und von jeder der Parteien des Hauses eine Anzahl von einflussreichen Mitgliedern der Abgeordneten-kammer Antheil. Die Unterredung hatte folgenden Verlauf: || Der Versammlung wurden von den Staatsministern nach Darlegung der augenblicklichen Lage der Kabinetskasse zwei Fragen vorgelegt: || 1) ob der Landtag voraussichtlich die Mittel zur Deckung der neuen, circa 6,400,000 Mk. betragenden Schuld oder wenigstens eines Theiles derselben ohne Entgeld, d. h. ohne Verzinsung und Refundirung, bewilligen werde, und eventuell 2) ob sich der Landtag nicht wenigstens herbeilassen werde, die Mittel zur Tilgung der gesammten Schulden einstweilen gegen Zusicherung entsprechender Verzinsung und Amortisation vorzuschiesse, wodurch dem Lande keine finanziellen Opfer erwachsen würden, da z. B. die ganze Summe von $13\frac{1}{2}$ Millionen Mk. mit einer Jahresleistung von 877,500 Mk. in $22\frac{1}{2}$ Jahren vollständig verzinst und heimbezahlt werden könne. || Bezüglich der ersten Frage ging die übereinstimmende Meinung aller Anwesenden dahin, dass sich in der Kammer der Abgeordneten voraussichtlich nicht eine einzige Stimme finden würde, welche dafür sei, dem Lande ein finanzielles Opfer zum Zwecke der Tilgung der Schulden der Kabinetskasse anzuzinsen. || In Bezug auf die zweite Frage waren sämmtliche Anwesenden wenigstens in Bezug auf die formelle Behandlung der Sache darüber einig, dass eine Vorlage wegen der für längere Zeit nothwendig werdenden Verpfändung und Kürzung der Civilliste nur in Form eines Verfassungsgesetzes möglich sei, zu dessen Zustandekommen bekanntlich eine Majorität von zwei Drittel der Abstimmenden erforderlich ist, und dass dieselbe an das Plenum des Abgeordnetenhauses nur dann gebracht werden könne, wenn zweifellos feststehe, dass sie einstimmig oder doch nahezu einstimmig angenommen werde, und dass keine Diskussion stattfinden werde; „denn — so hiess es — die Stimmung im Lande sei derartig, dass jede Diskussion die Aufregung bis zum Ueberlaufen steigern und Dinge ans Licht bringen könne, über die man sich entsetze“. || Hinsichtlich der sachlichen Erledigung der zweiten Frage, ob nämlich der Landtag nicht wenigstens ohne finanzielle Belastung des Landes zur Tilgung der Schulden der Kabinetskasse mitwirken werde, waren die Meinungen getheilt. || Von einer Seite wurde geltend gemacht, dass die gerichtliche Beschlagnahme des Vermögens und der Einkünfte der regierenden Majestät und noch mehr die Ganteröffnung das Ansehen der Krone, der Dynastie und des ganzen Staates so empfindlich schädigen würde, dass wenigstens der Versuch

einer Abhilfe durch Vermittlung eines verzinslichen und refundirlichen Anlehens gemacht werden müsse, wobei allerdings bei Verhandlung der Sache in der öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten mit allem Nachdruck zu konstatiren wäre: || 1) dass eine Verpflichtung des Staates zu einer Vorshussleistung nicht bestehe, || 2) dass finanzielle Opfer dem Lande nicht zugemuthet werden könnten, und dass || 3) ein ähnlicher Zustand wie der gegenwärtige niemals wiederkehren dürfe, in welch' letzterer Beziehung von der Krone entsprechende Garantien zu verlangen seien, wie z. B. das feierlich abzugebende Wort Seiner Majestät des Königs, dass fortan das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben der Kabinettskasse aufrechterhalten werde, ferner die eidliche Verpflichtung des Hofsekretärs zur strengsten Einhaltung der Etats, dessen Unterstellung unter die Kontrolle des Ministeriums u. dergl. || Diesen Anschauungen wurde von anderer Seite, welche sich auf das bestimmteste als das Organ einer sehr grossen Anzahl von Abgeordneten erklärte, Folgendes entgegengehalten: || die Entwicklung der Verhältnisse der Kabinettskasse sei längst bekannt und werde allenthalben, nicht blos in jedem Gasthause der Residenzstadt, sondern in jeder Schenke selbst des kleinsten Dorfes, besprochen. Es herrsche darob in dem gesammten bayerischen Volke die grösste Missstimmung. Unter solchen Umständen verbiete gerade das Gefühl der strengsten Loyalität, die Sache vor die Kammer zu bringen, da man hiemit den Gegnern der Monarchie die schärfsten Waffen in die Hand liefere. Die Gefahr, welche dem Throne und der Monarchie drohe, wachse ohnehin von Woche zu Woche. Man würde gerne sich zu entsprechenden Opfern bereit finden lassen, wenn in der That gründlich geholfen werden könnte; aber Angesichts der jüngsten Geschichte der Kabinettskasse, insbesondere Angesichts der Thatsache, dass in einem Zeitraum von kaum $1\frac{1}{2}$ Jahren abermals circa $6\frac{1}{2}$ Millionen Mark Schulden gemacht worden seien, bestehe überhaupt keine Hoffnung mehr auf eine dauernde Besserung. Die angedeuteten Garantien seien ungenügend. Die Inanspruchnahme eines feierlichen königlichen Wortes erscheine bedenklich; die Vereidigung des Hofsekretärs aber nütze nichts, wenn und solange Bestellungen ohne sein Vorwissen gemacht werden könnten. Unter den obwaltenden Umständen liessen sich überhaupt hinreichende Garantien für eine gründliche und dauernde Aenderung nicht finden; ohne solche Garantien aber — das sei die bestimmteste und wiederholt in Privatgesprächen geäusserte Meinung der überwiegenden Mehrzahl der rechten Seite des Hauses und ihrer Wähler — könne vom Landtage nichts geschehen, und es erübrige daher nichts, als der Sache ihren Lauf zu lassen. || Die missliche Lage der Kabinettskasse und der Mangel jeder Hoffnung auf bleibende Besserung derselben sei aber nicht das einzige, was im Volke Anstoss erzeuge; ja, dieselbe sei noch das geringere Uebel. Der Hauptgrund der im Volke herrschenden ernsten Besorgnisse und Missstimmung liege in dem übrigen Verhalten Seiner Majestät des Königs. Seit Jahren vermisse das bayerische Volk zu seinem grössten Schmerze jede Initiative des Königs in Regierungsangelegenheiten, und es werde auf das

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

tiefste bedauert, dass Seine Majestät Sich mehr und mehr von jedem persönlichen Verkehr mit den Räthen der Krone und anderen geeigneten Persönlichkeiten zurückziehe und Allerhöchstsich überhaupt bei keiner Gelegenheit mehr dem Volke zeige. Ueber die Umgebung Seiner Majestät seien die schlimmsten Gerüchte im Umlaufe. Auch in allen diesen Beziehungen habe vor allem eine totale Umkehr einzutreten, bevor von einer helfenden Mitwirkung des Landtages die Rede sein könne. Es seien überhaupt im Lande Stimmen laut geworden, dass der Landtag sich über diese Dinge offen aussprechen und Seiner Majestät Vorstellungen machen solle; aber man habe dies bisher aus Loyalität, und um die Lage nicht zu verschlimmern, unterlassen. Bei der Verhandlung über eine Kreditvorlage könne und werde nicht geschwiegen werden. || Von einer dritten, sehr kleinen Gruppe der Anwesenden endlich wurde bemerkt: die Frage, ob der Landtag eine Hilfe gewähren solle und könne, sei überhaupt dormalen nicht spruchreif. Die Lage sei eine so ernste, dass es sich nicht mehr um eine Privatangelegenheit Seiner Majestät des Königs handle. Es sei daher vor allem Pflicht des Ministeriums, über die Lage rückhaltlos zu berichten und die dringliche Bitte vorzutragen, dass Seine Majestät nach München zurückkehre und direkt, d. h. ohne Vermittlung des Kabinettssekretärs, die mündlichen Vorstellungen der Minister entgegennehme und Sich bezüglich etwaiger Garantien mündlich ausspreche. Vorher könne von Zusicherungen von Seite des Landtages gar nicht die Rede sein. || Zum Schlusse wurde als das zweifellose Ergebniss der Besprechung konstatiert: || 1) dass eine unrefundirliche Leistung von Landesmitteln an die Kabinettskasse nicht die mindeste Aussicht auf Erfolg habe, || 2) dass aber auch eine Kreditvorlage, wonach der Kabinettskasse lediglich ein verzinliches und refundirliches Darlehen vom Staate gewährt werden solle, keine entsprechende Mehrheit in der Abgeordnetenkammer finden werde und gänzlich aussichtslos sei. || Der Präsident der Kammer der Abgeordneten ersuchte das Ministerium, von dieser Konstatirung Kenntniss zu nehmen und in derselben die Antwort auf die von den Ministern an ihn gestellte Frage zu erblicken. Aus dem bisher allerehrerbietigst Vorgetragenen ergibt sich, dass eine Vorlage an den Landtag, wie Euere Königliche Majestät eine solche in dem Allerhöchsten Handschreiben vom 17. April in Aussicht zu nehmen geruht haben, den gewünschten Erfolg nicht haben, sondern nur unaussprechlichen und namenlosen Schaden für das Ansehen der Krone nach sich ziehen würde. Die allerunterthänigst Unterzeichneten sehen sich deshalb ausser Stande den in dem genannten Allerhöchsten Handschreiben enthaltenen Befehl zu vollstrecken, und sind vielmehr genöthigt, um Allergnädigste Zurücknahme desselben zu bitten. || Die treuehorsamst Unterzeichneten dürfen sich aber der Erkenntniss nicht verschliessen, dass sie sich eines grossen Unrechts schuldig machen würden, wenn sie es bei dieser allerunterthänigsten Bitte bewenden liessen und sich nicht auch über die weitere Gestaltung der Dinge äussern würden. || Die Lage der Kabinettskasse Eurer Majestät ist eine furchtbar ernste, ernster

und gefährlicher als je, und die grösste Eile thut noth, wenn nicht Alles unrettbar verloren sein soll; denn die niederschmetternden Ereignisse, die von den treuehorsamst Unterzeichneten seit längerer Zeit befürchtet worden sind und von denen der treuehorsamst unterzeichnete Finanzminister erstmals in seinem Schreiben vom 19. April 1884 an den damaligen Hofsekretär und sodann in dem allerunterthänigsten Berichte vom 3. September 1885, ferner der treuehorsamst unterzeichnete Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten in seinem Schreiben vom 6. Januar 1886 an den Hofsekretär und nachmals der Staatsminister des Innern in seinem allerunterthänigsten Schreiben vom 31. Januar 1886 gesprochen haben, stehen jetzt unmittelbar und unaufhaltsam bevor. In wenigen Tagen wird bei Gericht über einige gegen die Kabinetskasse erhobene Klagen verhandelt werden. Es kann nicht fehlen, dass das Resultat der vertraulichen Besprechung der Minister mit einer grösseren Zahl von Abgeordneten allmählich durchsickert und bekannt wird, dass dadurch noch mehr Gläubiger der Kabinetskasse in bange Sorgen um ihre Guthaben versetzt und zur Klagestellung verleitet werden. Es müsste mit Wunderdingen zugehen, wenn unter solchen Umständen, falls nicht in kürzester Frist Ernstliches zur Bezwingung der obwaltenden schweren Noth geschieht, nicht in wenigen Wochen oder Tagen die Ganteröffnung erfolgen sollte. Gerichtliche Verurtheilungen und die Ganteröffnung haben aber den Gerichtsvollzieher und öffentliche Ausschreibung der Kabinetskasse und Zusammenberufung der bekannten und unbekanntenen Gläubiger im Gefolge. || Im gewöhnlichen Leben gilt derjenige als an seiner Ehre schwer geschädigt, welcher der Gant anheimfällt, und selbst derjenige kann sich dieser Auffassung nur mit Mühe erwehren, den gänzlich unverschuldetes Unglück dahin gebracht hat. || Welch' eine gewaltige Wirkung würde nun erst die Eröffnung einer solchen Massregel gegen die Kabinetskasse Euerer Königlichen Majestät haben! Die treuehorsamst Unterzeichneten dürfen es nicht unterlassen, auszusprechen, was zu sagen ihnen den grössten Schmerz bereitet: wenn die Gant ausbricht, können Euere Majestät Allerhöchst Sich vor die Frage gestellt sehen, ob Allerhöchstdieselben noch die Zügel der Regierung in der Hand behalten können. || Hilfe, Hilfe thut eiligst noth. || Hilfe von Aussen aber gibt es nicht. Die letzten Tage haben den Beweis geliefert, dass, wie die treuehorsamst Unterzeichneten längst vorhergesehen haben, vom Lande keine Hilfe zu erwarten ist. Dass alle Versuche, Darlehen zu negotiiren, gescheitert sind, haben Euere Königliche Majestät zur Genüge erfahren. Hilfe von Aussen gibt es nicht; aber es gibt Hilfe aus aller Noth und allem Jammer aus den eigenen Mitteln Euerer Königlichen Majestät, wenn Euere Majestät nur ernstlich wollen. Es gibt Hilfe ohne alle entwürdigenden und demüthigenden Bedingungen aus der eigenen Kraft der Civilliste, wenn nur Sparsamkeit und Ordnung fortan mit strenger Hand aufrechterhalten werden. Alles, was Euere Königliche Majestät, um zu einem so trostreichen Resultat zu gelangen, auf Sich nehmen müssten, bestände lediglich darin, dass Euere Majestät Allerhöchst Ihre Hof-

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

haltung auf dem Fusse einzurichten hätten, auf welchem der Höchstselige Herr Vater Euerer Königlichen Majestät weiland Seine Majestät König Max II. Hof gehalten hat. Es war eine einfache und sparsame, aber immerhin würdevolle Hofhaltung. || Zahlen und Vergleiche werden die Richtigkeit dieser Behauptung zu erweisen im Stande sein. || Weiland Seine Majestät König Max II. haben während Ihrer ganzen Regierungszeit zu Gunsten weiland Seiner Majestät Königs Ludwig I. an der Civilliste einen Abzug von jährlich 500,000 Gulden, das ist von 850,000 Mk., zu erdulden gehabt; das sind also noch 175,000 Mk. mehr, als der Abzug an der Civilliste beträgt, den Euere Königliche Majestät Allerhöchst Sich Selbst auf eine Reihe von Jahren im Betrage von 675,000 Mk. zur Bezahlung des im Frühling 1884 kontrahirten Bankdarlehens auferlegt haben. Wenn also Euere Majestät diese 175,000 Mk. jährlich auch noch auf Bezahlung der neuen Schuld verwenden würden, so würden Euere Majestät immer noch um keinen Pfennig weniger zur Verfügung haben, als Allerhöchst Deren Vorfahren auf dem Throne. Ausserdem hat weiland Seine Majestät König Max II. jährlich eine grössere Zahl von gelehrten und wissenschaftlichen Unternehmungen aus den Mitteln der Kabinettskasse gefördert, hat eine Villa in Berchtesgaden und eine in Regensburg erbaut, die Anlagen auf dem Gasteig auf dem rechten Isarufer gekauft und anpflanzen lassen, die Parkanlagen bei Feldafing gekauft und angelegt, das Nationalmuseum gebaut, die Maximiliansstrasse mit grossen Kosten angelegt, das Stift in Neuberghausen erbaut und mit Kapitalien ausgerüstet, das Maximilianeum erbaut und mit 800,000 Gulden dotirt u. s. w. und bei seinem nach 16jähriger Regierungszeit erfolgten Tode doch noch ein Baarvermögen von mehreren Millionen Gulden hinterlassen. Wenn Euere Königliche Majestät Allerhöchst Sich entschliessen wollten, die Hofhaltung auf ähnlichem Fusse einzurichten, wie es weiland König Max II. gethan, Allerhöchstwelchem ja auch noch die Kosten für den Hofstaat einer Königin und für die Erziehung von zwei Königlichen Prinzen oblagen, dagegen aber eine jährliche Durchschnittssumme, wie sie den übrigen Leistungen des Königs Max II. für Wissenschaft, Bauten und Wohlthätigkeiten u. dergl. in 16jähriger Regierungszeit entspricht, auf Schuldenzahlung zu verwenden, so würde die Tilgung der jetzt vorhandenen Schuld zu 6 $\frac{1}{2}$ Millionen in einer nicht zu fernem Zeit möglich und aller Noth abgeholfen sein. Dabei ist noch nicht einmal in Betracht gezogen, dass Euere Königliche Majestät noch eine Rente aus dem Fideikommiss Königs Max II. beziehen, während Letzterem irgend ein ähnlicher Bezug nicht zukam. || Freilich erfordert die erfolgreiche Beschreitung des hier angedeuteten Auswege die ernsteste und unverbrüchlichste Sparsamkeit. Die erforderliche Summe würde sich gewiss zum Theil durch Reduktion der Etats der Hofstäbe, durch Verminderung der Zahl der Hofbediensteten u. dergl. aufbringen lassen. Aber ebenso gewiss ist auch, dass ein ausgiebiger Effekt nicht erreicht werden könnte, wenn sich das Sparsystem nicht auch in einem sehr erheblichen Masse auf die Ausgaben für die Euerer Königlichen Majestät persönlich am Herzen liegenden Zwecke erstrecken dürfte.

So ist vor allem ganz unvermeidlich, dass alle Bauführungen und alle Bestimmungen für Ausstattung und Ausschmückung der baulich bereits vollendeten Räume unterlassen werden, und dass die Separatvorstellungen im Hoftheater aufhören, die ohnehin eine der unpopulärsten Institutionen sind, nicht etwa deshalb, weil dadurch dem Publikum das Theater für einige Zeit verschlossen wird, sondern weil sie als der schlagendste Beweis dafür aufgefasst werden, dass Euere Majestät nicht in Kontakt mit dem Volke kommen wollen. Die Umgangnahme von den Separatvorstellungen fällt deshalb so sehr ins Gewicht, weil dieselben theils durch die Aufwendungen für deren Inszenirung, theils durch die Nothwendigkeit der Engagirung und Bereithaltung einer grösseren Zahl von darstellenden Künstlern, als ausserdem nothwendig wären, theils endlich durch den Entgang von Eintrittsgeldern zu den Theatervorstellungen, die beim Wegfall der Separatvorstellungen gegeben werden könnten, alljährlich einen Ausfall von etwa 200,000 Mk. verursachen sollen. Ebenso wäre es unvermeidlich, dass Euere Königliche Majestät die Freigebigkeit gegenüber den Mitgliedern der Königlichen Familie bei Gelegenheit von Weihnachten, Geburtsfesten u. dergl., gegenüber den darstellenden Künstlern und der Dienerschaft auf das Aeusserste einschränken und endlich den Aufenthalt auf dem Lande wesentlich abkürzen, weil durch letzteren grosse Summen durch die Diäten für das Hofdienstpersonal veranlasst und sehr viel Pferde in Verwendung gestellt werden, bei der jetzigen Ausdehnung des Landaufenthaltes also eine Einschränkung der Etats der einschlägigen Hofstäbe nicht denkbar sein würde, die gleichwohl angezeigt sein möchte. Die treuehorsamst Unterzeichneten wollen dabei gar nicht von Verwendungen aus Küche und Keller zu Gunsten der Umgebung Euerer Majestät sprechen, die in kaum glaublichem Masse statthaben sollen, wenn anders den von Tag zu Tag lauter umgehenden Gerüchten Glauben zu schenken ist. || Die als nothwendig sich darstellenden Ersparungen durchzuführen, würde schwerlich dem Hofsekretär allein gelingen; es würde dazu vielmehr eines Mannes von grosser amtlicher und persönlicher Autorität bedürfen, der dem Hofsekretär rathend zur Seite zu stehen hätte. Mögen es Euere Königliche Majestät nicht etwa einem unberechtigten Verlangen der treuehorsamst Unterzeichneten nach Einmischung in fremde Angelegenheiten zuschreiben, wenn sie wenigstens für die Zeit der Feststellung und Durchführung solcher Ersparungen für den bezeichneten Zweck den Finanzminister als eine solche amtliche Autorität in Vorschlag zu bringen wagen. || Die durch die allerehrerbietigst empfohlenen Sparsamkeitsmassregeln flüssig werdenden Gelder reichen nun allerdings nicht entfernt zu einer rascheren Deckung der aufgelaufenen Schulden aus. Mit ihnen ist nur nach und nach eine Ordnung der Verhältnisse der Kabinetskasse denkbar. Neben den Ersparungsmassregeln bedarf es deshalb auch noch eines Abkommens mit den Gläubigern, kraft dessen sich diese verpflichten, sich mit Fristenzahlungen zu begnügen, die sich auf viele Jahre hinaus erstrecken müssten. Ein solcher Akkord wäre nun freilich leichter abzuschliessen gewesen, wenn man im September

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

vorigen Jahres denselben versucht hätte, als ihn der Staatsminister der Finanzen (in seinem Schreiben vom 3. September) zuerst in Vorschlag brachte, oder im Januar dieses Jahres, als der Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten in seinem Schreiben vom 6. Januar denselben zu empfehlen wagte, weil damals die Gläubiger noch weniger beunruhigt gewesen sind, während sie jetzt schon zu gerichtlichen Klagen sich entschlossen haben und durch die ablehnende Haltung der Kammer der Abgeordneten gegenüber der vertraulichen Anfrage des Ministeriums und durch die dadurch gesteigerte Verlustgefahr mehr geängstigt und deshalb minder leicht zu begütigen sein werden. Indessen darf doch gehofft werden, dass ein gewandter und energischer Sachwalter auch jetzt noch mit den Gläubigern zu Stande kommen werde, zumal dieselben sich im Publikum durchaus keiner Sympathien zu erfreuen haben. || Die treuehorsamst Unterzeichneten erkennen sehr wohl die Bedeutung und das Gewicht der Ansinnen, welche im Vorstehenden an Euerer Königliche Majestät gestellt sind. Nur treue Anhänglichkeit an den Thron und die geheiligte Person Euerer Majestät und die Ueberzeugung, dass es nur den soeben dargelegten und sonst gar keinen Weg gibt, um Euerer Majestät Ruhe zu verschaffen, konnten die treuehorsamst Unterzeichneten dazu bewegen, mit Freimuth die herbe Wahrheit vorzutragen. || Ich muss hier eine Stelle auslassen aus Rücksichten, die ich des näheren nicht darzulegen brauche. || Wenn Euerer Königliche Majestät in Gnaden geruhen sollten, den flehentlichen Bitten der treuehorsamst Unterzeichneten stattzugeben und unter Entlassung der Chevauxlegers aus dem Allerhöchsten Privatdienste behufs persönlichen Verkehrs mit der Welt und mit den jeweiligen Trägern Allerhöchst Ihrer Regierung hieher zurückzukehren und in dem dargelegten Sinne die Verhältnisse der Kabinettskasse zu ordnen, würden Euerer Majestät Allerhöchst Sich Selbst Ruhe und Frieden, dem Vaterlande aber Glück und Heil bescheeren. Ein jeder der treuehorsamst Unterzeichneten wäre selbstredend beglückt, wenn es ihm gestattet wäre, persönlich vor Euerer Majestät zu erscheinen, um in Unterwürfigkeit jede weitere erforderliche Aufklärung zu bieten; ein jeder ist des Allerhöchsten Befehles gewärtig, vor Euerer Majestät zu erscheinen. || In allertiefster Ehrfurcht || Euerer Königlichen Majestät || allerunterthänigst treuehorsamste || Dr. Frhr. v. Lutz. Dr. v. Fäustler. Dr. v. Riedel. Frhr. v. Crailsheim. || Frhr. v. Feilitzsch. v. Heinleth.

Präsident: Der Herr Referent hat die Güte, in seinem Vortrage nun weiter zu fahren.

Bonn (Berichterstatter): Nachdem nunmehr das Material erschöpfend vorgeführt ist, welches dem Ausschusse vorlag, schliesse ich meinen Vortrag, indem ich das Ende des festgestellten Berichtes verlese: || Auf Grund dieser Beweise gelangte der Ausschuss zur überaus schmerzlichen Ueberzeugung, dass die beiden obenbezeichneten Fragen bezüglich der Verhinderung Seiner Majestät des Königs Otto I. und Seiner Majestät des Königs Ludwig II. zu bejahen seien, und beschloss deshalb einstimmig, dem Antrage des Referenten und Korreferenten entsprechend der hohen Kammer zu empfehlen, dieselbe wolle in

Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der Kammer der Reichsräthe vom 21. ifd. Mts. beschliessen: || Es sei die zu der auf Grund des Titels II § 11 der Verfassungsurkunde, gemäss Bekanntmachung vom 10. Juni d. J. von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Luitpold von Bayern übernommenen und nunmehr fortzusetzenden Regentschaft beantragte Zustimmung zu ertheilen. || Ich empfehle Ihnen den Antrag des Ausschusses zur einstimmigen Annahme.

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Nach einer Pause wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Dr. Stamminger: Meine Herren! Unter den Meisterwerken Wilhelm von Kaulbachs hat mich noch keines mehr ergriffen als das des Schmerzensmannes, auch bekannt unter dem Namen „Die Rast auf dem Kreuze“. Und wie malt er ihn? Er stellt ihn dar, das müde, gefoltete Haupt in die beiden Hände gestützt und von ihnen bedeckt. Man sieht das Antlitz nicht; aber man denkt es sich; der Künstler stellt wenig dar; aber er lässt dadurch mehr errathen, als er hätte darstellen können. Und was Stift und Farbe nicht vermögen, das vermag noch weniger das Wort. || Jener grosse Schmerz, der ob des ungeheueren Unglücks, das unser Vaterland heimgesucht, alle Volkskreise ergriffen hat, er wäre nicht der grosse, wenn er sich aussprechen liesse. Ein König, und welch' ein König, von der Nacht des Wahnes befangen! Wem fallen da nicht jene Worte des britischen Dichters ein:

„Ein Anblick, jammervoll am ärmsten Bettler,
an einem König namenlos!“

Und nicht genug. Aus der Nacht des Wahnes hinabgesunken in die Nacht des Todes, und welchen Todes! Fürwahr, da ist Schweigen die beredteste Sprache. Der Tod ist ein Zauberer; er verklärt jene, welche er hinwegrafft. Wie der Geschiedene alles Irdische abstreift, so verfahren die übrig Gebliebenen. Sie gedenken nicht mehr seiner Schwächen, sondern sie erinnern sich nur an das Gute und Edle von ihm. Das Grab deckt das Verwesliche mit seiner Erde zu, und aus dem Moder lässt es Blumen hervorspriessen. In diesem schönen Zuge des menschlichen Herzens liegt aber zugleich die Möglichkeit der Gefahr einer Ungerechtigkeit verborgen, und diese Gefahr wächst, wenn das Unglück plötzlich hereingebrochen ist und wenn das Unglück ein so schweres ist, und wenn man es nicht vor sich gleichsam aus Innen heraus sich hat entwickeln sehen. Da sucht der Mensch nach Einflüssen, die von Aussen wirksam gewesen sein sollen, da sucht er nach Schuldigen! So, meine Herren, sehen wir auch in die Klagen unseres Volkes, in die Klagen um den Todten sich die Anklagen gegen die Lebenden mischen, und noch niemals sind beide vielleicht lauter geworden als an der Bahre unseres Königs. || Welches ist nun unsere Pflicht allen diesen Stimmen gegenüber? Die Verfassung gibt uns das Recht, zu prüfen, ob der Fall einer Regentschaft gegeben sei. Sie will, dass dem Volke durch den Mund seiner eigenen Vertreter die Nothwendigkeit der Einführung derselben dargelegt und darum auch der Gehorsam gegen den Regenten als eine unverbrüchliche, als eine unabweisbare Pflicht dargestellt werde. Ihr Spruch soll gleichsam das moralische Ansehen der Regentschaft

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

stärken. Wenn aber jede Beunruhigung schwinden soll, dann müssen auch gewordenen Anklagen hier offen zur Sprache gebracht und richtig gestellt werden. || Die Frage der Nothwendigkeit einer Regentschaft ist schon durch den Bericht des Ausschusses entschieden. Eine Menge übereinstimmender Symptome, die als gewiss durch beeidigte Zeugen festgestellt sind, das Gutachten der Sachverständigen und der Leichenbefund thun klar und offen dar, dass Seine Majestät der Höchstselige König Ludwig II. leider regierungsunfähig gewesen ist. Auch bei Seiner Majestät König Otto ist diese Verhinderung unzweifelhaft nachgewiesen. Mag das Gefühl Vieler sich gegen die Anerkennung dieser Thatsachen noch bis in die letzten Tage hinein gesträubt haben — und ich denke hiebei vor Allen an meine näheren Landsleute und an die biederen Bewohner der bayerischen Berge —, heute steht diese Thatsache, das muss hinausgerufen werden in das ganze Land, unverbrüchlich fest. Damit nun auch die sonstigen Anklagen ihre Widerlegung finden, ist es geboten, sie hier offen darzulegen. Dass keiner von uns hiebei in einem Privatinteresse handle und rede oder einen Parteizweck verfolge, das nehmen wir von Ihnen an, und wir bitten, es auch von uns anzunehmen. || Meine Herren! In dieser Stunde haben wir Alle nur ein Glaubensbekenntniss, und dieses Glaubensbekenntniss darf kein anderes sein als die „religio veritatem dicendi: die Religion, die Wahrheit zu sagen“. Ich selbst befinde mich darum in einer ganz eigenthümlichen Lage. Der Redner spricht gewöhnlich zunächst aus seinem eigenen Herzen und aus seiner eigenen Ueberzeugung und will die Anderen für diese gewinnen. Ich aber, meine Herren, muss heute zunächst sprechen aus der Anschauung weiter Volkskreise, und ich kann nur sagen, es würde mich freuen, wenn eine Widerlegung dessen, was ich zu sagen habe, möglich wäre. || Wenn ich das Krankheitsbild des Königs betrachte, gedenke ich unwillkürlich des Wortes des Franzosen Moreau: „On peut considérer le génie comme une névrose.“ (Man kann das Genie betrachten wie eine Krankheit.) Es kommt eben darauf an, ob es sich nach der positiven oder negativen Seite entwickelt. Die ungewöhnliche Kraft der Phantasie, mit welcher unser König begabt war, wurde durch eine einseitige Entwicklung ins Ungemessene gesteigert; sie entrückte ihn ganz und gar der Wirklichkeit und täuschte ihn sogar über sein eigenes Ich. Wie ein Feenmärchen muthen uns so viele Bilder aus seinem Leben an. Er schwärmt zuerst in einer erträumten Welt; er baut sich dann eine solche in verschiedenen Formen und Gestalten, um sich immer mehr in dieselbe von der Wirklichkeit zurückzuziehen. Er sucht sogar seinen Verkehr in Personen, welche der Vergangenheit angehören. Und sie täuscht ihn in Betreff seines eigenen Ich, seiner eigenen Macht, indem sie das Majestätsgefühl bis zum Aeussersten entwickelt, soweit, dass es ihn in Kollision mit den Gesetzen seines eigenen Landes bringt, soweit, dass er sich veranlasst sieht, um die Ideen seiner absoluten Herrscherwürde Gestalt gewinnen zu lassen, nach einem anderen, nach einem neuen Königreiche zu suchen. Meine Herren!

Alle die übrigen aufgezählten Symptome liessen sich unter diesem Gesichtspunkte betrachten und erklären; allein um Ihre Zeit nicht zu lange hinzuhalten, unterlasse ich das. So steht er vor uns wie ein Schlafwandler, der auf hoher Zinne sich bewegt und jeden Massstab für die Wirklichkeit verloren hat. || Wem können wir nun eine Schuld hieran geben? Gilt hier vielleicht das Wort des Dichters von den himmlischen Mächten:

„Ihr führt in's Leben ihn hinein,
Ihr lasst den Armen schuldig werden,
Dann überlasst ihr ihn der Pein?“

Das Gutachten nimmt eine Prädisposition an, eine erbliche Anlage. Allein selbst eine solche wirkt nicht wie ein Fatum: es ist ein Keim, dessen Entwicklung aufgehalten und gefördert werden kann. Dieser fördernden Elemente lassen sich viele in dem Leben des Königs nachweisen. Hieher gehört zuerst die grosse Jugend, in der er den Thron bestieg; hieher gehört die Macht, alle seine Phantasien zu verwirklichen, und hieher gehört der Zoll begeisterter Bewunderung, der ihm von allen Seiten, namentlich von Schmeichlern von Beruf, entgegengetragen wurde. Der Weihrauch wird nicht nur Gott gebracht, der Weihrauch kann auch Götter machen, wenn auch nur in der Einbildung. || (Sehr wahr! rechts.) || Der Gebrauch aber, vor dem Papste bei seiner Krönung einen Büschel Werg zu verbrennen mit den Worten: Sic transit gloria mundi (so geht dahin die Glorie dieser Welt), dieser Gebrauch war an unserem Hofe weder in der einen, noch in der anderen Weise in Uebung. Das sind alles Umstände, die, so sehr sie zur Entwicklung des Keimes beigetragen haben, doch nicht zur persönlichen Verantwortung gezogen werden können. || Aber, meine Herren, wir haben auch bestimmte Personen, die in das Leben unseres Königs, die in die Förderung seines Wahnes eingegriffen haben, und zu diesen rechne ich in erster Linie Richard Wagner, der in Wahrheit das Dämonium des Königs war. Meine Herren! Lesen Sie seine Schriften, das ist auch ein aktenmässiger Beweis, und Sie finden in ihm den verwandten Wahn ausgesprochen, den Wahn der Grösse. Und zu so manchen Aussprüchen des seligen Königs, die im Ausschusse uns vorgeführt wurden, könnte ich Ihnen die Belege, fast die wortwörtlichen Citate aus den Schriften Wagners anführen. Und nehmen Sie dazu die Kunst, die er vertrat, die Kunst der Töne, die subjektivste von allen Künsten; denn die Töne sind wie Wolken. Sie sind fliessend, und es lassen sich alle Gestalten in raschem Wechsel aus denselben bilden; ich kann den Tönen alle Gefühle, auch die entgegengesetztesten, unterlegen. || Es gibt aber auch noch andere Personen, und zu meinem grössten Bedauern muss gesagt werden, dass unter diesen sogar ein Gelehrter von Ruf, einer unserer ersten Beamten, war, der sich herbeigelassen hat, dem Wahne des Königs insoferne zu fröhnen, dass er sich dazu hergab, auf Kosten der Kabinetskasse Reisen zu unternehmen, um das neue Königreich zu suchen. || (Sehr wahr! rechts.) || Meine Herren! Um dies zu charakterisiren, dazu fehlt mir in meinem Wörterbuch das Prädikat. Jene vielen Anderen aus den

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

niedereren Kreisen, die sich vor dem König niederwarfen und seinem Willen willenlos gehorchten, will ich hier nicht erwähnen. || Grösser aber, meine Herren, als die Begleichungsünden, waren vielleicht doch die Unterlassungsünden. Das Gutachten sagt selbst, wenn man zur rechten Zeit eingeschritten wäre, hätte der Keim zurückgehalten werden können, und wir haben aus den Akten Beispiele dafür. So erzählt uns der Bericht des Herrn Dr. von Ziegler, dass, als der König Niemand mehr gegrüsst habe, auf seine Bitte hin er beim nächsten Ausgang sogar des Guten mehr gethan, indem er die Leute zuerst grüsste. So wissen wir aus den Depositionen des Kammerdieners Maier, dass, als er ihn auf die Grausamkeit gegen seine Untergebenen und den Eindruck, den dieselbe machen würde nach Aussen, aufmerksam machte, er dieselbe unterliess und nur in der höchsten Erregung dazu hingerissen werden konnte. Man hat uns freilich gesagt: dieses Unterlassen war nur eine Appellation an seinen Verfolgungswahn. Allein, meine Herren, wenn ich auch das Gutachten in allen Ehren halte, soweit wollen wir doch nicht gehen, dass wir aus zwei sich diametral entgegenstehenden Symptomen ein und denselben Schluss ziehen wollen. Ich könnte noch ein weiteres Beispiel anführen, wie der König durchaus nicht einer Vorstellung, wenn sie ihm gemacht wurde, unzugänglich war. Es war in Hohenschwangau, wo er einst um Mitternacht dem Guardian der Franziskaner zu Füssen befehlen liess, dass er ihm eine hl. Messe lesen solle. Es war der Todestag Ludwigs XVI. Der Guardian weigerte sich unter Berufung auf die Bestimmungen der Kirche, und der König wusste diese offene Weigerung zu ehren. Er schickte ihm ein eigenes Lobschreiben dafür und schenkte dem Kloster zur Anerkennung dieses Muthes eine beträchtliche Summe. || Also eine Korrigibilität war doch noch wohl vorhanden. Die Zeit hiefür wird freilich von den Sachverständigen in sehr frühe Jahre verlegt. Aber, meine Herren, mag die Zeit für den König eine bestimmte gewesen sein, für jene, welche es anging, war diese Zeit immer vorhanden. || (Sehr wahr! rechts.) || Hat man nun es versucht, ihn aus seinem Traumwandel in die Wirklichkeit zurückzurufen? Die Akten geben hierüber keinen Aufschluss. Das Gutachten entschuldigt sogar Alle, welche etwa anzuklagen wären, damit, dass nur einem Fachmanne die Krankheit überhaupt erkennbar gewesen wäre. Wollen wir aber diese Frage erörtern, dann müssen wir die, mit welcher Zeit die Krankheit feststand, dazu nehmen. || Die Krankheit war nach dem Gutachten des Herrn Dr. Grashey vor zehn Jahren, sicher aber schon im Jahre 1880 eine unheilbare geworden. Die Depositionen des Herrn Dr. von Ziegler, die sich noch in frühere Jahre erstrecken, aber auch noch einige Jahre weiter laufen, sie enthalten schon alle jene Symptome, auf Grund deren wir heute unseren Beschluss fassen werden, und Alles, was später kommt, ist nur die Bestätigung, ist nur eine Amplifikation des in jenen Depositionen Gebotenen. In gleicher Weise wissen wir, dass der Geheimrath Dr. von Gietl erklärte, dass er schon seit Jahren den König für geisteskrank gehalten habe. Beide aber — so wird uns gesagt — haben diese Wahrnehmungen für sich

behalten, und das Ministerium hat erst von denselben in der letzten Zeit erfahren. Ich weiss nicht, ob auch in einem solchen Falle das Amtsgeheimniss anwendbar ist, und ich will mich also darüber des näheren nicht erklären. Das aber weiss ich, meine Herren, dass, wenn einerseits feststeht: „im Jahre 1880 war die Krankheit unheilbar geworden“, und man andererseits dem Volke sagt: „die Rätthe der Krone haben davon keine Ahnung gehabt“, dass das Volk dies zweifelnd aufnimmt. Es geht da wie im Evangelium. Als die Schriftgelehrten den Blindgeborenen fragten nach der Gottheit Jesu Christi, da sagte er: „Ich war blind, und er hat mich sehend gemacht. Und Ihr (auf den Stühlen Mosis), Ihr wollt nicht wissen, wer er sei?“ So denkt das Volk, freilich in umgekehrter Weise, zu diesem Beispiele. Es kann es sich nicht erklären, dass von einem so grossen Unglücke, das ein perpetuelles vor Jahren geworden ist, Jene, die in unmittelbarer Nähe des Thrones stehen, keine Ahnung gehabt haben sollen. Es erinnert sich daran, dass schon vor zehn Jahren ein Münchener Blatt, das heute das Ministerium vertheidigt, die sonderbarsten Dinge von dem Leben des Königs gesagt hat; es erinnert sich daran, wie dieser König und in ihm das Königthum seit mehreren Jahren von Blättern des Inlandes und des Auslandes in Bild und Wort durch die Gasse geschleift worden ist (Sehr richtig! rechts), ohne dass man davon gehört hätte, dass eine richterliche Einschreitung oder wenigstens nur in den wenigsten Fällen eine solche stattgefunden hat. || (Sehr wahr! rechts.) || Nun, meine Herren, ich will ja, wie gesagt, in meinen Anklagen nur soweit gehen, als mir die Akten gestatten. Ich will also zugeben, dass die Rätthe der Krone nicht mit dem Auge des Psychiaters geschaut haben und schauen konnten. Aber, meine Herren, ich darf denn doch fragen: Haben sie denn nichts mit dem Auge des Ministers, nichts mit dem Auge des Staatsmannes gesehen? Und da sind denn doch Wahrnehmungen, die offen auf der Hand vor allem Volke liegen. Hieber gehört zuerst jene strenge Absperrung des Königs von seinem Volke. Es haben Manche gefragt, wer daran schuld sei, und sie haben gefragt, wem diese Absperrung genützt hat, und haben sie dann diesen in die Schuhe geschoben. Diese Anklagen wiederhole ich hier nicht. Man hat gesagt, man habe dem Könige die Furcht vor den Sozialisten förmlich eingeträufelt. Jener Staatsminister, gegen den diese Anklage in der Oeffentlichkeit erhoben wurde, hat eine Gegenerklärung erlassen, und da der König schweigt, so gilt diese Erklärung. || (Sehr richtig! rechts.) || (Unruhe links.) || Aber, meine Herren, diese Absperrung von dem Volke ist noch weiter gegangen; sie hat zu einer förmlichen Absperrung auch zwischen König und Ministerium geführt. Seit Jahren hat keiner der Minister die Majestät mehr gesehen. Seine Excellenz der Herr Kultusminister haben diesen Zustand selbst in der anderen Kammer als „einen nichtsweniger als idealen“ bezeichnet. Sie haben ihn aber damit erklärt, dass es eigentlich derselbe gewesen sei wie unter den beiden vorausgegangenen Königen, und dass sie in einer noch glücklicheren Lage gewesen wären, indem im Anfange seiner Regierung Seine Majestät die Minister öfter

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

zu Konferenzen berufen hätten. || Meine Herren! Ich habe dagegen Einiges zu erinnern. Einmal steht fest, dass die beiden vorausgegangenen Könige den regelmässigen Sitzungen des Staatsrathes präsidirt haben, dass sie also nicht nur mit den engeren Räthen der Krone, sondern auch mit den weiteren in einem lebendigen Kontakte geblieben sind, und das kann man gewiss nicht eine Absperrung heissen, das kann man nicht mit den Zuständen unter der letzten Regierung in Vergleich bringen, da ja Seine Majestät den Vorsitz im Staatsrath schon von Anfang an abgegeben hat. Was den König Ludwig I. insonderheit betrifft, so steht fest, dass derselbe mit seinen Ministern trotz des eigentlich schriftlichen Verkehrs immer in persönlichen Beziehungen geblieben ist. Regelmässig in jeder Woche einmal sah er sie bei sich zu Tische, und da wurden die wichtigsten Angelegenheiten besprochen. Mehrere dieser Minister, wie Graf Seinsheim, waren seine persönlichen Freunde. Ja, es steht mir das Material zu Gebote, um zu beweisen, dass Ludwig I. oft sogar selbst die Minister aufgesucht hat. || (Sehr wahr! rechts.) || Dann, meine Herren, kommt noch etwas, was die gegenwärtige Lage durchaus nicht als eine gleiche, wie die frühere, erkennen lässt. Seine Excellenz der Herr Minister hat in den Ausschusssitzungen konstatiert, dass der ehemalige Kabinettssekretär Dr. von Ziegler der letzte gebildete Mann gewesen sei, mit dem Seine Majestät der König im Verkehr gestanden hätte. || (Hört! rechts.) || Von dort an also verliert sogar jenes vielberufene Kabinettssekretariat, das die Vermittlung zwischen Minister und Monarch gehabt hatte, seine Bedeutung; denn es bedarf selbst der Vermittlung, und diese Vermittlung, meine Herren, das sind die Bedienten. Es ist ein hartes Wort in einem Berliner Blatte gefallen, das Wort, unsere Minister seien „die Bedienten von Bedienten“ geworden. || (Sehr wahr! rechts.) || Ich will dieses Wort nicht in meinem Namen ausgesprochen haben; aber ich muss doch Einiges konstatiren. || Ich konstatire: 1. Es wird mir von zuverlässiger Seite versichert — im Ausschusse geschah dies nicht und wurde deshalb auch dort nicht festgestellt, wie ich ausdrücklich bemerke —, dass Seine Majestät dem Herrn Staatsminister des Innern durch einen untergeordneten Bediensteten eine Rüge haben ertheilen lassen. || (Zwischenruf.) || Das soll Stallmeister Hornig gewesen sein. || 2. Seine Excellenz der Herr Kultusminister hat uns selbst mitgetheilt, dass er sich davon, dass der König seine Vorstellung vom 6. Januar wirklich gelesen habe, nur durch Stallknechte habe informiren können. || (Hört! rechts.) || Und was ich 3. konstatiren will, ist, dass der Flügeladjutant Baron Hertling, dem Seine Majestät durch einen Diener einen Befehl übersandte, dadurch seine Würde für verletzt hielt und seine Entlassung nahm. || (Bravo! rechts.) || Meine Herren! Bei solchen Zuständen ist doch gewiss erlaubt, zu fragen: War denn kein Graf von Kent da, der wie in Shakespeare's „Lear“ dachte und aussprach: „Die Ehre fordert G'radheit, wenn Könige thöricht werden?“ || Meine Herren! Seine Excellenz hat uns gesagt, wie schwer es ihm geworden sei, die Massregeln zur Entmündigung des Königs zu treffen. Hätte es denn nicht einen viel leichteren Weg gegeben?

Was hat denn das Ministerium Abel, jenes vielberufene Ministerium, im Jahre 1847 gethan? Es hat an den König geschrieben: „Es gibt Augenblicke im öffentlichen Leben, wo Männern, die das unschätzbare Vertrauen ihres Monarchen zur obersten Leitung in den verschiedensten Zweigen berufen hat, nur noch die betrübende Wahl offen steht, entweder der Erfüllung der heiligsten, durch Eid, Treue, Anhänglichkeit und Dankbarkeit besiegelten Pflichten zu entsagen oder in gewissenhafter Erfüllung dieser Pflichten die schmerzliche Gefahr des Missfallens ihres Monarchen nicht zu beachten.“ || Meine Herren! Derselbe Weg wäre für die gegenwärtigen Minister nicht nur kein schwerer, sondern sogar ein leichter Weg gewesen; denn was gibt es Glorreicherer für einen Staatsmann, als die Gelegenheit, aus seinem Untergange sich einen Triumph zu bereiten? || (Rufe rechts: Sehr wahr!) || (Heiterkeit links.) || (Glocke des Präsidenten.) || Ich komme zu einer zweiten Frage, und das ist die Frage der Civilliste. Meine Herren! Gestern waren mehrere Ihrer Herren Kollegen draussen am Chiemsee, und sie kamen nach Hause mit dem Eindrücke: man braucht nur dieses Schloss zu sehen und die übermenschliche Pracht, die in demselben erstrebt wird, um die Gewissheit zu haben, dass Seine Majestät geistig gestört war. War denn nicht schon seit einer Reihe von Jahren vor auszusehen, wohin diese Verschwendung führen musste, und lag es blos im Interesse der Civilliste und nicht auch im Staatsinteresse, derselben Einhalt zu thun? Nun, meine Herren, ist es ja wahr, unsere Minister haben bezüglich der Civilliste Vorstellungen an Seine Majestät gemacht; aber wenn sie jenes Satzes auch gedacht haben, den Fénelon an Ludwig XIV. schrieb: „Derjenige Staatsdiener, der dem König einen Theil nur der Wahrheit vorenthält, der begeht einen Hochverrath“, so muss ich doch sagen: es gilt von ihnen, was Augustin gesagt von der ewigen Wahrheit: „Zu spät habe ich dich geliebt.“ || Meine Herren! Als diese Vorstellungen kamen — ich will die erste Sanirung Seiner Excellenz des Herrn Finanzministers von Riedel im Jahre 1884 ausnehmen —, als diese Vorstellungen kamen, da war es zu spät, nicht zu spät für die Civilliste, die sich noch hätte ordnen lassen, aber es war zu spät in Anbetracht des Geisteszustandes des Königs. || (Ruf rechts: Sehr richtig!) || Fassen Sie folgende Thatsachen zusammen: Der Brief, welchen jener Agent geschrieben, der sich unter dem Deckmantel des Hauses Orléans einzuschleichen suchte, ist datirt vom 4. auf 6. Januar 1886. Auf diesem Briefe steht ausdrücklich geschrieben: „Lettre absolument personnelle au roi.“ „Ein Brief, unbedingt zu den eigenen Händen des Königs.“ Dieser Brief vom 4. auf 6. Januar, wie das Postzeichen sagt, wurde saisirt. Nun frage ich, meine Herren, konnte man denn einen Brief des Königs unterschlagen, wenn man nicht wenigstens zu dieser Zeit an seinem geistigen Zustande schon gezweifelt hat? || (Ruf: Sehr wahr! rechts.) || Und in derselben Zeit, am 6. Januar, wird die Vorstellung Seiner Excellenz des Herrn Staatsministers des Kultus an Seine Majestät geschrieben. Am 15. März, da sind die Rätthe der Krone ganz sicher der Ueberzeugung gewesen, es müsse die geistige Verfassung des

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Staatsoberhauptes nicht mehr die rechte sein; denn damals hat man zuerst den Herrn Dr. von Gudden herbeigezogen, und weit später, am 26. Mai, kommt nachher die zweite Vorstellung. Meine Herren! Wenn einer diese Thatsachen zusammenhält, so kommt er am Ende auf den Gedanken: Es ist wahr, die Vorstellungen gingen an den König und waren auch für ihn bestimmt, was nicht bestritten werden soll; aber sie waren auch für uns bestimmt, und wenn sie bei dem König keinen Eindruck mehr haben machen können, so können sie ihn bei uns machen. || (Sehr wahr! rechts.) || So schwer es nun war, der gefürchtete Augenblick musste ja doch kommen. Es war schwer, schwer für das Herz der Minister, die ja selber sagen müssen, dass sie dem König zur grössten Dankbarkeit verpflichtet waren; es war aber auch vielleicht aus einer anderen Rücksicht noch schwer, ja schwerer. Hatte das Ministerium doch Jahre hindurch sich gegen verschiedene, auf es gemachte Anstürme gerade auf das Vertrauen des Königs berufen! Da war es gewiss schwer für die Herren, jetzt konstatiren zu sollen, dass dieses Vertrauen das eines Irrsinnigen war. || (Hört! hört! rechts.) || Welchen Zeitpunkt hat man nun gewählt? Man hat einen solchen gewählt, der beim Volke, das nicht so klar sieht wie die Staatsmänner, nur wieder einen neuen Verdacht hat entstehen lassen. In jener Besprechung, bei der es sich darum handelte, ob der Landtag bereit sei, die Schulden der Civilliste zu decken — sie liegt nach dem 4. und 6. Januar und sie liegt nach dem 15. März —, wurde mit keinem Worte des geistigen Zustandes des Königs gedacht (Hört! hört! rechts), und so, meine Herren, ist leider bei dem Volke eine andere Legende entstanden, und diese andere Legende lautet dahin, dass, wenn der Landtag für die Verbindlichkeiten der Civilliste eingetreten wäre, dann am Ende Seine Majestät noch länger im Sinne des Ministeriums regierungsfähig gewesen sein würde. || (Sehr richtig! rechts.) || Meine Herren! Ich komme auf ein Anderes. Am 8. Juni wurden die Gutachten der Aerzte abgegeben. An demselben 8. Juni unterzeichnete der König noch eine Reihe persönlicher Beförderungen; einige Tage zuvor legte man ihm, der einen Minister zum Tode verurtheilt hatte, die Entscheidung eines Gesuches vor, bei dem es sich auch um Leben und Tod handelte — er hat es begnadigend entschieden —, und noch einige Tage zuvor, da unterschreibt dieser irrsinnige König zwei Gesetzentwürfe, die uns so viel Kopferbrechens gemacht haben, darunter den über die Subhastation, also jenen Gesetzentwurf, dessen Text heute einem Avé-Lallemant die Grundlage geben könnte, ein Buch über das Juristendeutsch zu schreiben, wie er es geschrieben hat über die Sprache der Gauner. || Meine Herren! Ich weiss ja wohl, Seine Excellenz hat ganz richtig schon in der Kammer der Reichsräthe bemerkt: das wird immer der Fall sein müssen: ein Punkt muss gefunden werden, wo das Unterschreiben aufhört und der Irrsinn erklärt wird. Allein, meine Herren, ich meine denn doch, man hätte diesen Punkt etwas isoliren können und hätte ihn auch isoliren sollen, das Vaterland wäre darüber auch nicht zu Grunde gegangen. || (Sehr richtig! rechts.) || Dem Volke ist so etwas ganz

unverständlich. Oder will man sich vielleicht zu jener Art der Vertheidigung bekennen, die ein Münchener Blatt geleistet hat, ein Münchener Blatt, welches sagt: „Es ist genug, wenn der König unterschreibt; es gehört dazu nicht viel Willen und noch weniger Geist, sondern nur eine mechanische Handbewegung, die mancher Amtsvorstand während einer Konversation als Nebenbewegung ausführt. Dass er mit seinen Gedanken bei der Sache sei, ist bei keinem erforderlich; denn man braucht nur seine Unterschrift allein.“ || Wenn solche Dinge von den Freunden des Ministeriums hinausgeschrieben werden, dann wirken sie immer verheerend; denn wie urtheilt das Volk, wenn es so etwas liest? Es denkt, das ist das Prototyp, nach dem seit Jahren verfahren wurde. Meine Herren! Welche Gewähr hatten denn die Räthe der Krone, dass der König die Bedeutung jener Staatsakte, welche er durch seine Unterschrift ins Leben rufen sollte, überhaupt erkannte? Nach der Verfassung und dem Ministerverantwortlichkeitsgesetz regiert der König, und die Minister gegenzeichnen. Ich gehe aber gewiss nicht zu weit, wenn ich behaupte, dass seit manchen Jahren die Minister regiert und der König gegengezeichnet hat. || Meine Herren! Am 26. Mai, an jenem Tage, da wir München verliessen, stund die Regentschaft fest trotz der Dementis der k. Polizeidirektion München in den darauf folgenden Tagen. Und als ich hinausging, wirklich mit einem betrübten Herzen, fragte ich mich, wie wird man denn wohl die Sache machen? Ich stellte mir die Konsequenz im Wahn des Königs vor. Ein König mit einem solchen Selbstgefühl, als Irrer erklärt, wie wird das auf ihn wirken? Und da dachte ich wieder an ein Beispiel aus dem Alten Testamente. Ich erinnerte mich des Waffenträgers Sauls, der David die Botschaft, dass er dem Könige sein Schwert geliehen, mit den Worten verkündete: Vidi, quod non posset vivere post ruinam (ich habe gesehen, dass er seinen Sturz nicht überleben könne.) Waren keine Anzeichen vorhanden, dass unser König ähnlich fühle? Darum hätte ich, wenn es möglich gewesen wäre, ich sage nochmals, wenn es möglich gewesen wäre, hätte ich gewünscht, dass man den Weg der Abdankung besritten hätte. || (Ein Abgeordneter auf der linken Seite ruft: Wie macht man das?) || Auf diesem Wege wäre das Gefühl des Königs geschont worden, und auf diesem Wege wäre die Entmündigung eine Privatsache geworden und uns diese psychische Sektion, die wir hier zum grossen Schaden des monarchischen Gefühls vor dem ganzen Lande vornelmen müssen, erspart geblieben. || (Sehr wahr! rechts.) || Allein ich sage nochmals: wenn es möglich gewesen wäre. || Musste man aber den Weg beschreiten, den man besritten hat, so hätte sich doch das Verfahren wohl in etwas milder und auch geschickter gestalten können. Ich weiss, was Seine Excellenz bereits darüber bemerkt haben; allein ich weiss auch, dass es dennoch Stimmen gibt, welche dahin lauten, dass das Vorgehen denn doch ein etwas anderes hätte sein können; und zu diesen Stimmen gehört auch die des Irrenarztes Dr. von Mundy in der „Wiener medizinischen Zeitschrift“, die erst in diesen Tagen laut geworden ist. || Meine Herren! Ueber die Vorgänge in Berg und

Nr. 10192.
Bayern.
7. Juli 1886.

über den Vorwurf, dass man Ihn gerade dorthin geführt, gehe ich zur Tagesordnung über. Ich muss hier das Ministerium entschuldigen. Es hat gehandelt nach den Angaben des dirigirenden Arztes, und wenn dieser Arzt gefehlt haben sollte, so hat er gefehlt in Folge einer wissenschaftlichen Ueberzeugung und er hat seinen Fehler hinlänglich durch seine Anopferung gesühnt. || Meine Herren! Noch etwas wird vom Volke auch nicht recht verstanden. Einer aus der Umgebung des Königs, freilich keiner von den Zeugen, die vereidet worden sind — es ist dies der Kammerdiener Alphons Weber, von dem aber im Ausschusse die Rede war —, hat versichert, dass der König vor seiner Abfahrt von Neuschwanstein nach Berg ihm ein Gebetbuch geschenkt habe mit den Worten: „Bete für mich!“ Es wäre wirklich sehr beruhigend für das Volk, zu erfahren, dass man in der Behandlung des Königs neben den ärztlichen Einwirkungen auch die religiösen zugelassen habe. Es wäre beruhigend, zu erfahren, ob man denn am ersten Pfingstfeiertage, an dem Tage des hl. Geistes, Seiner Majestät wenigstens den Besuch der heiligen Messe oder überhaupt einen geistlichen Zuspruch angeboten hat. Eine bejahende Antwort in dieser Beziehung würde eine der häufigsten Anklagen vernichten. || Meine Herren! Das, was uns am meisten betrüben muss, ist nicht allein, dass der König in Wirklichkeit gestorben ist, sondern noch mehr, dass auch sein Bild in der Geschichte mannigfach durch diese Verhandlungen verdunkelt worden ist. Lassen wir es uns aber nicht ganz verwischen! Wir dürfen nie vergessen, dass ein früheres Wort Seiner Excellenz des Herrn Ministers: „Man wird einmal staunen über das Viele, das der König für die Kunst gethan hat“, immer seine Geltung behält. Darum wollen wir jetzt, wo sein Bild durch seine geistige Umnachtung so umflort vor uns steht, um so mehr des Schönen und Guten gedenken, das ihn zierte. Das ist es, was wir gerade jetzt treu im Gedächtnisse festhalten wollen. Ja, nicht nur die Cypresse des Mitleids, nein, auch den Lorbeer des Ruhms dürfen wir immer noch neben dieses Königsgrab pflanzen. || Meine Herren! Neben den treuen und dynastisch gesinnten Bayern gibt es auch noch andere Kreise, und für diese war das Unglück, das uns betroffen hat, fast eine Freude. Eine Aebtissin von Himmelsporten schrieb sich: „Ich Schwester Margaretha, aus Gottes Verhängniss Aebtissin von Himmelsporten“; und jene Kreise legen uns nahe, dass es auch in der Geschichte der Monarchien Zeiten geben kann, in denen man das „Dei gratia“ besser mit „aus Gottes Verhängniss“ übersetze. Meine Herren! Wäre dem so, dann hat sich gerade gezeigt, dass mitten in diesen Prüfungen Eines ewig währt, und das ist die Treue unseres Volkes gegen den König und gegen die Dynastie. Die deutsche Kaiserkrone war ehemals ein Heiligthum, und wenn man sie in Nürnberg zeigte, so veranstaltete man dorthin eine „Heiligthumsfahrt“. Ein Blatt jener Stadt, das daran erinnert, bemerkt dazu: es scheine, der mystische Schimmer sei von dieser Krone gestreift, und das habe ein Blatt Papier, die Konstitution oder die Verfassung, gethan. Nein, trotz aller dieser Prüfungen bleibt die Krone auch jetzt noch für unser Volk ein

Heiligthum, von einem mystischen Zauber umwoben, und jenes Blatt Papier hat diesem Heiligthum nichts genommen, es hat vielmehr die ihm innewohnende Kraft besiegelt. || Gerade in dem Falle, in dem wir uns befinden, wo gleichsam ein Konflikt besteht zwischen dem Prinzip der erblichen Monarchie und der Unfähigkeit des jeweiligen Trägers, ist es dieses Blatt Papier, welches die Heiligkeit der Krone wahrt durch die Einsetzung der Regentschaft, und zu dieser Regentschaft ist ein Prinz berufen, welcher jenem grössten Könige Bayerns, der aus unserem kleinen Lande gleichsam eine geistige und moralische Grossmacht zu schaffen wusste, unter allen Lebenden am nächsten steht. Ihm nahen wir uns heute mit keiner Forderung, sondern wir nahen uns ihm nur mit dem Ausdrucke des vollsten Vertrauens in seine Weisheit, in seine Gerechtigkeit, in seine Liebe zu unserem Lande und Volke. Mag darum auch jetzt, wenigstens in den Meinungen Vieler, ein Unglück das andere ablösen, wir wissen Alle, was wir zu thun haben. Wir sind in der Lage, in der die Brabanter waren, als ein dreijähriges Kind, Herzog Gottfried III., der Erbe ihres Landes wurde. Sie nahmen dieses Kind in seiner Wiege mit hinaus in den Kampf, und wenn die Schlacht begann, riefen sie: Im Namen dieses Kindes wollen wir kämpfen und siegen! Und auch uns, meine Herren, die wir einen König haben, der des Stellvertreters bedarf, gilt in unserer Treue zu unserem Throne, in unserer Treue zu unserer Dynastie derselbe Spruch, den die Brabanter hatten: Im Namen dieses Königs wollen wir weiter kämpfen und siegen, kämpfen für unser Bayernland, wollen uns bemühen, recht treue Bayern zu sein, und je bessere Bayern wir sind, um so bessere Deutsche werden wir bleiben. || (Lebhaftes „Bravo!“ rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Schauss. —
(Der k. Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz bittet um das Wort.)

Seine Excellenz der Herr Staatsminister!

Der k. Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz: Meine Herren! Am Eingange seiner Rede und am Schlusse derselben hat der Herr Abgeordnete Dr. Stamminger Empfindungen Ausdruck gegeben, die gewiss in Ihrer aller Herzen Wiederhall gefunden haben, im Eingange, indem er von dem Schmerze sprach, der aller Herzen erfüllt, und am Schlusse, von der Befriedigung, die uns trotz alledem ein Blick auf die Regierung Seiner Majestät des Königs Ludwig II. gewährt, und von dem Ruhm, der ihm unvergänglich bleiben wird, trotz des Unglücks, das ihn und durch ihn uns alle getroffen hat. || Meine Herren! Gestatten Sie mir, dass ich von diesem Platze aus den Ausdruck der Empfindungen des Herrn Dr. Stamminger auch als den unsrigen erkläre. Gleiche Empfindungen erfüllen uns, gleiche Empfindungen waren es, die uns die Aufgabe so ausserordentlich erschwert haben, deren Lösung uns obgelegen hat. Zunächst war es unsere Aufgabe, Ihnen durch entsprechende Beweise die Ueberzeugung zu bringen, dass Seine Majestät König Ludwig II. am 10. Juni d. J. von geistiger Krankheit erfasst und dadurch verhindert war, die Regierung zu führen. Noch sind im Volke die Schreckensrufe nicht

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

verklungen, welche die Folgen der Botschaft von dieser Erkrankung gewesen sind; noch, meine Herren, ist die Fluth der Schmäh- und Drohbrieft nicht verlaufen, die uns von der ersten Stunde an die Erfüllung unserer Aufgabe verbitterte. Jetzt freilich steht bei Ihnen die Ueberzeugung fest, dass wir Recht hatten mit der Behauptung, es liege eine Verhinderung des Königs an der Regierung vor; aber auch bei Ihnen ist die Ueberzeugung sehr kurzen Datums. Und sofort wird eine ganz entgegengesetzte Klage gegen uns erhoben, welche den Hauptgegenstand der Erörterung des Herrn Vorredners gebildet hat, die Klage, dass die von uns als nothwendig befundene Massregel nicht vorlängst ins Werk gesetzt worden ist. || Meine Herren! Wer bei diesem Wechsel der Meinungen, bei der Mannigfaltigkeit der Ansichten, die sich auch über das „Wie“ der Massregel kundgegeben haben, nicht da an Lessing und seinen Nathan den Weisen denkt, wenn er sagt — ich will's frei übersetzen —: „thut nichts, der Minister wird verbrannt“, meine Herren, der muss selbst sehr viel Fähigkeit zum Wechsel in seinen Meinungen haben. || Sie machen uns den Vorwurf, dass wir die Bestellung der Regentschaft nicht in früheren Jahren, wenn ich den Herrn Abgeordneten Dr. Stammerger recht verstanden habe, nicht schon im Jahre 1880 ins Werk gesetzt haben. Meine Herren! Wenn Sie sich der Verhandlungen im Ausschusse erinnern und der eingehenden Darlegungen der Psychiater, die Sie gehört haben, dann werden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, mit ganz dem gleichen Rechte können Sie auch behaupten, es sei ein Unrecht gewesen, Seine Majestät überhaupt an die Regierung gelangen zu lassen. Denn nach den einstimmigen Anschauungen dieser Herren hat die Geisteskrankheit Seine Majestät bereits vor der Thronbesteigung befallen gehabt und ist im Grunde genommen nur eine Weiterentwicklung während der Zeit, in der wir die Verwaltung haben, eingetreten. Vorhanden war nach den Ansichten dieser Aerzte die Krankheit vorlängst. || Ich habe bereits in der hohen Kammer der Reichsräthe in Kürze dargestellt, wie sich die Sache bei uns zugetragen hat; ich wiederhole es — es wird sich nicht umgehen lassen. Von so manchen Sonderbarkeiten, die bei Seiner Majestät sich zutragen, hatten wir freilich auch Kenntniss, so gut — ich muss das auch hier sagen — so gut wie Sie Alle. Ja, die Ausschussverhandlungen haben mir die Ueberzeugung beigebracht, dass so Mancher von Ihnen noch recht viel mehr gewusst hat als wir. || (Abgeordneter Biehl: Hört! hört!) || Es sind mir wenigstens ähnliche Bemerkungen vielfach zugegangen. Aber all' diese einzelnen Thatsachen liessen, wie selbst der Herr Abgeordnete Dr. Stammerger vorhin erklärt hat, noch eine andere Deutung zu. Die Neigung, einsam zu bleiben, den lästigen Verkehr mit Personen, deren Urtheil man zu scheuen hat, fernzuhalten, eine übertriebene Schätzung der eigenen Person und der Stellung, ein rauhes Benehmen gegenüber der Umgebung, und wie alle die Dinge heissen mögen, eine üppige Phantasie, die Neigung, den Phantasiegebilden Verwirklichung zu schaffen, die Freude am Schaffen durch Bauten oder durch Produkte des Kunstgewerbes, die Neigung, dieser Leidenschaft zu

fröhnen ohne genaue Kontrolle der Kräfte, das sind Dinge, die bei verschiedenen Personen vorkommen, ohne dass man zu dem Ausspruche berechtigt wäre, es sei bei ihnen eine geistige Erkrankung vorhanden. Das wird sich wohl auch nicht bestreiten lassen. Ich muss dann sagen, dass ein guter Theil von dem, was an Thatsachen, die die Psychiater für relevant erklärt haben, nunmehr feststeht, uns in der That nicht bekannt gewesen ist. || Ich will Ihnen eine kleine Blumenlese geben. Von den merkwürdigen Briefen, die auch auf Sie unverkennbar einen grossen Eindruck gemacht haben, von den Briefen an die Kabinettssekretäre Dr. von Ziegler und Dr. von Müller habe ich bis etwa vor drei oder vier Wochen nicht eine Ahnung gehabt. Freilich, ich habe in einem Blatte hier gelesen: „Herr Dr. von Ziegler, die rechte Hand des Ministers, soll ihm jahrelang von solchen Vorgängen nichts gesagt haben? Das glaube, wer mag!“ So heisst es in dem Blatte. Nun, meine Herren, ob Sie es glauben wollen oder nicht, das muss ich Ihnen auch anheimstellen. Ich vermute fast nach so manchen Andeutungen über unsere Gesinnung, dass so Mancher unter Ihnen meint, was ich da sage, seien Dichtungen; doch ich bleibe dabei. Von den Briefen hatte ich bis vor einigen Wochen keine Ahnung. Dass ich nicht zu der Zeit, in der sie geschrieben wurden, Kenntniss bekam, das erklärt sich sehr leicht. Damals war Dr. von Ziegler nicht meine rechte Hand, und ich habe ihn im Jahre vielleicht ein- oder zweimal bei gelegentlichen Zusammenkünften, bei Bestellung von Aufträgen Seiner Majestät an uns gesprochen. Da war keine Gelegenheit zu solchen intimen Mittheilungen. Er hat sie auch nachträglich nicht gemacht, und ich meine, die Gründe seien nicht allzuschwer aufzufinden. Ein richtig organisirtes Gemüth wird keine besondere Freude daran haben, Dinge derart aus dem Verkehr mit einem König, mit seinem Herrn, des weiteren zu verbreiten. Und schliesslich, besonders Erhebendes für ihn lag in der überschwänglich gnädigen und überschwänglich ungnädigen Behandlung auch nicht so viel, dass er versucht gewesen wäre, in weiteren Kreisen von den intimen Vorgängen bei Seiner Majestät Kenntniss zu geben. Dass Herr Oberregierungsrath Dr. von Müller bis in die allerneueste Zeit über ähnliche Vorgänge geschwiegen hat, hat er in seiner Erklärung, die er beeidigt hat, niedergelegt. || Von den Waldfesten mit den Stalleuten, davon, dass Seine Majestät Hallucinationen gehabt hat, von den Vorgängen, die erzählt worden sind in Bezug auf die Begeisterung für die Königin Marie Antoinette, von der wiederholten Umarmung einer Säule im Linderhof, von dem Umherrennen im Zimmer, dem unstillen, von dem Lachen und Sprechen, wenn Seine Majestät allein gewesen sind, so dass die Bediensteten glaubten, es sei eine grössere Gesellschaft im Zimmer, von dem Grimassenschneiden vor dem Spiegel, von dem Einsperren von anderen Persönlichkeiten als dem Hofpersonal, von der Misshandlung der Diener und insbesondere des Rothenanger war mir bis in die allerneueste Zeit nichts bekannt. Manche Dinge sind uns mitgetheilt worden und haben sich bei näherer Erkundigung als unrichtig erwiesen; ich erinnere Alle, die hier gelebt haben

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

im Laufe des Herbstes, an ein Gespräch, das durch alle Kneipen die Runde machte und darauf hinauslief, Seine Majestät hätten einem Chevauxleger die Hand zwischen die Thür geklemmt, so dass sie amputirt werden musste. Der Vorgang hat hier grosse Sensation hervorgerufen, ist aber nicht wahr gewesen, und so trug's sich mit vielen Dingen zu. || Wenn die Thatsachen, die ich hier eben in Kürze bezeichnete, wenn das, was wir als beglaubigt und wahr annehmen mussten von der Sonderbarkeit Seiner Majestät, wenn dies Einem auf einmal vorgetragen wird und man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass es in Wahrheit begründet sei, und wenn man ausserdem noch Kenntnisse hat, wie sie eigentlich nur dem Psychiater zu eigen sind, dann kann man sich der Ueberzeugung, dass eine geistige Krankheit vorliege, nicht verschliessen. Wären uns die Thatsachen in gleicher Weise schon früher zu Gebote gestanden und hätten wir gewusst, was uns die Psychiater jetzt erzählt haben, so wäre der Vorwurf, der nun gegen uns erhoben wird, dass wir mit einem geisteskranken König die Regierung längere Zeit fortgeführt haben, wohl begründet; aber in der Lage, in der Sie sich heute befinden, sind wir nicht gewesen. Gewiss so Mancher, der im Leben sich sonderbar benimmt, wird im gewöhnlichen Verkehr als ein verrückter Mensch bezeichnet. Ich frage Sie, wie oft schon ist dieses Prädikat wohl dem Einen oder Anderen zugemessen worden, ohne dass man entfernt daran gedacht hätte, dass diese Verrücktheit ein Anlass zu ärztlicher Behandlung oder zur Begründung einer Dispositionsunfähigkeit u. dergl. gewesen wäre? Es mag wohl das eine oder andere Mal in Hofkreisen, auch in unseren Kreisen das Wort gefallen sein, das Verhalten Seiner Majestät in Bezug auf seine Prachtliebe und auf seine Bauten sei ein verrücktes; aber hier galt das, was ich eben sagte: Niemand hat dabei an eine wirkliche geistige Erkrankung gedacht, und ich kann Sie versichern, meine Herren, in dem Augenblick, wo der Psychiater mir gegenüber mit aller Bestimmtheit erklärte, es liege eine solche Erkrankung vor, war ich im höchsten Grade betroffen, und nicht ich allein. Wir konnten natürlich nicht umhin, mit verschiedenen massgebenden und hochgestellten Persönlichkeiten zu sprechen über das, was nun zu geschehen haben werde. Ich versichere Sie, ich habe bei keinem Einzigem — es waren hohe Justizbeamte u. dergl. — trotz des langjährigen Geredes über Seine Majestät auf den ersten Blick eine beifällige Erklärung gefunden; im höchsten Grade betroffen starteten mich alle Betheiligten an und erklärten es für eine unmögliche, nicht zu rechtfertigende Massregel, mit der man auch nicht zum Ziele kommen werde und mit der die grösste Gefahr verbunden sein werde, dass man Seine Majestät unter eine Regentschaft stelle. Jetzt, da die Thatsachen vorliegen und die Psychiater vernommen sind, jetzt ist eine grosse Portion von Weisheit in alle die Herren gefahren, die zu votiren haben. || (Unruhe rechts.) || Gewiss und natürlich, darin hat der Herr Vorredner Recht, in einem solchen Falle sucht das Volk einen Schuldigen, und der ist auch leicht gefunden: es können nur die Minister sein. || Ich wiederhole, Seine Majestät

waren mit 18 Jahren auf den Thron gekommen und hatten von da an, wie jeder andere König, ausserordentlich viel Deferenz gefunden. Was der Eine nicht thun zu können erklärte, was der Eine nicht als statthaft fand, das hat ein Anderer willig und ohne Widerspruch vollzogen. So sind Seine Majestät — es ist kein Wunder, dass es so ist — in dem Glauben, dass seine Macht keine Grenzen hätte, natürlich tiefer und tiefer gekommen; die Wünsche in Bezug auf die Ausführung der durch seine Phantasie veranlassten Projekte fanden, wenn der Hofsekretär Anstand nahm, sie zu erfüllen, bei irgend einem Anderen bereitwillig Gehorsam. Was der Hofsekretär nicht bestellen zu können vermeinte, das hat ein Architekt, ein Gärtner oder irgend jemand Anderer bestellt und ausgeführt. So waren mit der fortwährenden Steigerung der Erkrankung Seiner Majestät, das wissen wir allerdings jetzt, die Ansprüche stetig gewachsen, die Kosten wurden immer grösser, die Ueberschuldung endlich eine erdrückende. || Da kam der erste Auftrag an den Herrn Finanzminister, die verworrenen Verhältnisse der Kabinettskasse zu regeln. Mit welchen Mahnungen, mit welcher Vorsicht dieser im Jahre 1884 die Verhältnisse der Kabinettskasse geordnet hat, ist Ihnen nunmehr des eingehenden dargelegt worden. Mein sehr verehrter Herr Kollege hat damals gemeint, es würde von nun an Ordnung in der Kabinettskasse herrschen; er hatte das Vertrauen, dass Seine Majestät der König, die Wirklichkeit der Dinge erkennend, nicht weiter mit Geldausgaben vorgehen würde, als die Etats es gestatten. Er wird mir das nicht bestreiten. Ich war damals schon der Meinung, dass auch diese Massregeln nicht zum Ziele führen würden, aber nicht etwa, weil ich geglaubt hätte, Seine Majestät seien geistig nicht mehr zurrechnungsfähig und hätten die Möglichkeit nicht mehr, aus eigener Kraft einen solchen Entschluss zu fassen, sondern, weil ich bereits der Furcht mich hingegeben hatte, Seine Majestät möchten auch hierin nur einen neuen Beleg dafür finden, dass Allerhöchstderselbe, wenn man nur ernstlich darauf bestehe, seinen Willen erfüllt bekommt und vielleicht eine Aufmunterung, nun von neuem zu beginnen. || Und so war es. Kaum ein Jahr hat genügt, um unter einem Hofsekretär, der sich unserer Kontrolle und unserem Einfluss entzog, wieder eine Schuldenlast von $6\frac{1}{2}$ Millionen zu kontrahiren. Von da an hat, wie Sie wissen, das Ministerium die Beihilfe zu einer neuerlichen Bereinigung der Schwierigkeiten der Kabinettskasse verweigert, einfach aus dem Grunde, weil wir Alle der Meinung waren, dass überhaupt keine Hilfe zu erwarten sei, ausser wenn seine Majestät dahin gebracht würde, dass Sie erkennen mussten, es gibt auch für Königliche Macht und Königliche Finanzen eine Grenze. Darauf zielte die ablehnende Behandlung der auch an uns gebrachten Darlehensanbietungen, und darauf zielten unsere Schreiben vom 3. September, vom 5. Januar und das Schreiben des Herrn von Feilitzsch vom 19. Februar. Bis zu dem letzten Schreiben dachten wir, wenn erst Seine Majestät der König sich überzeugen wird, dass er kein Geld geliehen bekommt und dass die Werkleute ihm nicht mehr arbeiten, dann wird er freilich unter dem Ausbruch

Nr. 10192.
Bayern.
7. Juni 1886.

grossen Zornes sich der Nothwendigkeit einer ordentlichen Handhabung der Kabinettskasse fügen. Noch im November und December hat keiner von uns geglaubt oder nur den Gedanken auszusprechen sich getraut, dass Seine Majestät geistig erkrankt seien. Erst die Eingabe vom 6. Januar regte in Folge des Umstandes, dass sie gar keine andere Wirkung hatte, als dass Seine Majestät sich an andere Personen wendeten, um Geld zu bekommen, in mir den Glauben an, hier fehle es nicht blos an gutem Willen, sondern hier fehle es überhaupt an der Willensfähigkeit. || Da trat am 23. März die erste Unterredung zwischen mir und dem Herrn Obermedizinalrath von Gudden ein. In einer fast dreiviertel Stunden lang dauernden Auseinandersetzung habe ich dem Herrn von Gudden die Vorgänge bei Hof, die Art, wie die Kabinettskasse gehandhabt wurde, die Bestellungen, kurz, was mir bekannt war von dem Gebahren Seiner Majestät, mitgetheilt und ihm eröffnet, ich und viele mit mir seien der Meinung, dass es an der entsprechenden Ausbildung des Charakters Seiner Majestät fehle, dass Seine Majestät, als jung auf den Thron gekommen, von allen möglichen Leuten verzogen, die eigene Stellung überschätzten. Recht geschäftskundig in Bezug auf Finanzfragen waren Seine Majestät von Anfang an nicht. Ich zweifle, ob Allerhöchstdieselben unsere Münzen genau kannten. Kurz, ich setzte ihm die Ansicht auseinander, dass es bei Seiner Majestät nur daran fehlen könne, den rechten Willen zu fassen. Ich schloss dann damit, dass freilich manche Personen mit dem Räthsel des Verhaltens Seiner Majestät leicht fertig würden, indem sie die Meinung aussprächen, Allerhöchstdieselben seien geistig krank. Darauf erklärte mir Herr von Gudden: Ja, seine Ansicht sei ganz bestimmt die, dass Seine Majestät originär verrückt seien. Er hat mir dann — Zeuge meiner Unterredung war mein Kollege von Crailsheim — des näheren auseinandergesetzt, aus welchen Gründen er das glaube. Damals lag ihm freilich noch nicht entfernt das Material vor, was Ihnen jetzt unterbreitet ist und wovon er auch Kenntniss bekommen hat. || Von diesem Zeitpunkt an war mein Standpunkt freilich nicht mehr in demselben Masse naiv, wie er vorher gewesen ist. Ich musste jetzt in alles Thun und Handeln den Gedanken hineinverweben, dass wir es mit einem kranken Manne zu thun haben. Aber, meine Herren, von diesem ersten Schritte bis zu dem, dass eine volle Ueberzeugung vorlag, und dass wir die Sicherheit in der Hand gehabt hätten, diese Ueberzeugung auch Anderen mit genügenden Beweismitteln beizubringen, dass wir in den massgebendsten Kreisen die Gemüther dazu vorbereitet hätten, bis zu diesem Resultate ist ein gewaltiger, weiter Schritt. || Meine Herren! Zuerst hatte ich einen schweren Kampf mit mir im Innern zu bestehen, der — ich leugne es nicht — bis in die letzten Tage, wo das Material so massenhaft an uns herankam, angedauert hat. So manche Stunde, nachdem ich schon den einen oder anderen einleitenden Schritt ins Werk gesetzt hatte, kam mir, wie ein Gewissensschreck, der Gedanke: Ist es auch recht, ist es auch Wahrheit, Seine Majestät den König für geisteskrank zu erklären? Sie freilich, meine Herren, — es scheint mir nach den Mittheilungen

des Herrn Vorredners — trauen uns nicht so viel Zartgefühl zu. Doch ist es so. Nicht mit mir allein hatte ich zu kämpfen. Ich weise auf das zurück, was ich vorhin sagte. Wer es auch war, mit dem ich in dieser Zeit sprach, der machte ein ungläubiges Gesicht und hielt es für kaum zu rechtfertigen, dass man den Weg der Bestellung einer Regentschaft betrete. Dass auch noch höchste Personen dazu gebracht werden mussten, die traurige Ueberzeugung zu theilen und nun zu dem nunmehr gebotenen Schritte sich wirklich zu entschliessen, das, meine Herren, brauche ich des weiteren nicht auseinanderzusetzen. Auch meine Kollegen — ich bekenne es offen — sind gar nicht so leicht dazu zu bewegen gewesen, dem Ausspruche des Herrn von Gudden zu glauben, und alle Zweifel in der Richtung sind — es sind noch kaum 14 Tage her — erst jüngst aus dem Ministerkollegium geschwunden, und unter solchen Umständen und in Anbetracht der Thatsache, dass die nunmehr als Zeugen aufgetretenen Personen sich bis in die letzte Stunde weigerten, Zeugniss abzugeben — sagen Sie nun meinerwegen aus schlechten, egoistischen Motiven, weil sie für ihre Stellung fürchteten, oder was sonst, oder aus Treue und Anhänglichkeit zu ihrem König, sie haben sich geweigert, Zeugniss abzugeben —, können Sie gewiss nicht mehr sagen, es sei immer noch gefehlt gewesen, dass man von Ende März bis Ende Juni zugewartet habe. War es denn möglich, eher zu dem Schritte der Regentschaft vorzugehen, als bis die Beweismittel unumstösslich feststanden, bis alle Möglichkeit, dass die Zustimmung des Landtages nicht mit aller Sicherheit erfolgen werde, ausgeschlossen war, war es möglich, eher zu einer solchen Massregel zu schreiten? || Meine Herren! Mir sind die ersten Tage seit Bestellung der Regentschaft und wahrscheinlich auch meiner Familie für alle Zukunft unvergesslich. Ich weiss, welche Vorwürfe auf uns gehäuft worden sind. Der Titel „Königsmörder“ hat nur so geschwirrt in Briefen und Anreden, und, meine Herren, was wäre denn unser Loos gewesen, wenn wir auch nur mit einer kleinen Lücke im Beweismaterial den Herrn Prinz-Regenten veranlasst hätten, die Regentschaft zu übernehmen? Nicht allein, dass wir — ich muss fast sagen mit Recht — des Hochverraths angeklagt worden wären, wir hätten auch den Durchlauchtigsten Herrn in eine Situation gebracht, in der er kaum mehr hätte leben können, wenn die Massregel verunglückt wäre. || (Sehr richtig! links.) || Also, meine Herren, bezüglich des Vorwurfes, dass wir zu lange gewartet, kann ich Ihnen zwar die Ueberzeugung nicht aufdrängen, dass er nicht begründet ist; aber ich wiederhole, was ich in der Kammer der Reichsräthe gesagt habe: Mein Gewissen und, ich glaube, auch das meiner Kollegen ist in der Richtung frei und rein. || Der Herr Vorredner hat nun nach Schuldigen gesucht und deren mancherlei gefunden. So erklärte er es zwar für begreiflich, dass die Jugend Seiner Majestät, das heisst der Umstand, dass er so jung auf den Thron kam, einen ungünstigen Eindruck auf seine Entwicklung hatte. Er gibt zu, dass das Bewusstsein, mit der Königlichen Macht Alles durchsetzen zu können, auch Mancherlei erklärt. Er führt die Schmeichler an, die ja gar keinem

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

König fehlen etc. Ich will nur darauf hinweisen, dass diesen Dingen, soweit sie sich in der ersten Regierungszeit Seiner Majestät des Königs vollzogen haben, auch andere gegenüberstehen. Meine Herren! Ich kann von mir, als vielleicht dem ältesten der hier in Betracht kommenden Kabinettssekretäre, ich kann von Herrn von Ziegler und von Herrn von Müller sagen, dass wohl keinem Fürsten so viel und eindringlich gelegentlich der Vorträge die Wahrheit gesagt wurde als durch uns. Das ist freilich auch wieder eine Thatsache, die Sie glauben können oder nicht, je nach Ihrem Dafürhalten. || Der Herr Vorredner hat gemeint, wenn rechtzeitig eingeschritten worden wäre, so hätte geholfen werden können. Es hätte sich ja gezeigt, dass Seine Majestät nicht unzugänglich gewesen seien. Er hat die zwei Fälle, die im Ausschusse in dieser Beziehung in Betracht gezogen worden sind, wiederholt angeführt, hat aber einfach die Erklärung der Psychiater, dass diese Dinge der Ausfluss des Verfolgungs-Wahnsinns Seiner Majestät des Königs gewesen seien, damit beseitigt, dass er sagte, so weit wolle er nicht gehen, dass man die fraglichen Vorgänge in dieser Weise erkläre. Das ist freilich bequem, Einwendungen auf die Art zu beseitigen, dass man sagt, man wolle nicht so weit gehen. Ich glaube, dass die Gutachten der Psychiater in dieser Richtung doch auch einige Bedeutung haben. Dass die Krankheit im Jahre 1880 schon vorhanden und unheilbar war, das haben die Psychiater bestätigt; aber was sie nicht bestätigt haben und nicht bestätigen konnten, das war, dass die Krankheit schon damals den in der Umgebung Seiner Majestät befindlichen Laien erkennbar war oder erkennbar sein musste. || Der Herr Vorredner hat sodann angezweifelt, ob denn Herr von Ziegler recht gethan habe, zu schweigen. Nun, meine Herren, von einem Amtsgeheimniss in Bezug auf diese Dinge dem Ministerium gegenüber — darauf hat ja der Herr Vorredner die Sache hinausgespielt — kann freilich nicht die Rede sein; aber die Empfindungen des Herrn von Ziegler haben ihm nahe gelegt, nicht über dergleichen Dinge zu sprechen, ohne dass die äusserste Noth vorhanden war. || Der Herr Vorredner hat es für auffällig gefunden, dass man nicht mehr Pressprozesse angestrengt habe gegenüber Blättern des In- und Auslandes, in welchen, wie er sagte, das Königthum durch die Gosse gezogen worden ist. Nun, meine Herren, lassen Sie einmal die geistige Erkrankung weg, lassen Sie die Hallucinationen und all' die kleinen Symptome, die für das grössere Publikum nicht von Interesse waren, aber für die Psychiater, ausser Betracht und nehmen Sie nur vor Augen diejenigen Thatsachen, die dann noch übrig sind, die auch uns Allen bekannt gewesen sind, meine Herren, es ist des Sonderbaren und nicht zu Rechtfertigenden so viel übrig, dass jeder Mann begreifen wird, wenn wir der Versuchung aus dem dem Wege gegangen sind, Pressprozesse zu veranlassen, bei denen die Sonderbarkeiten unseres Allergnädigsten Herrn noch mehr durch die Gosse gezogen worden wären. || (Sehr richtig! links.) || Der Herr Vorredner hat von der Sucht nach Einsamkeit und Absperrung Seiner Majestät gesprochen und hier meinem Kollegen gegenüber gesagt, da der König schweigt, gilt die Erklärung des

Herrn von Feilitzsch. Das ist eine nicht misszuverstehende Insinuation, dass Herr von Feilitzsch hier in seinem Interesse mit der Wahrheit spazieren gegangen sei, und dies habe um so leichter geschehen können, da Seine Majestät nicht mehr sprechen und die Thatsachen nicht mehr widerlegen könne. Meine Herren! Es ist eine eigene Sache, das Ministerium mit solchen Waffen zu bekämpfen; aber ich will nicht darüber sprechen, es ist ja das Geschmacksache; aber Herr von Feilitzsch ist glücklicher Weise in der Lage, die Wahrheit seiner Erklärung durch Zeugen und höchst wahrscheinlich auch noch durch Briefe, die sich im Kabinet vorfinden werden, nachzuweisen. Wir werden in dieser Richtung das Versäumte nachholen. || Das Kabinettssekretariat hat dann der Herr Vorredner als eine Sache berührt, welche dem Ministerium zum Vorwurf gereiche. Dass man sich dasselbe habe gefallen lassen und nicht auf dem persönlichen Verkehr bestanden sei, das wurde uns auch zur Last gelegt. Nun, ich muss da wiederholen, was ich in der Kammer der Reichsräthe bereits gesagt habe, die Einrichtung des Kabinettssekretariats ist wahrhaftig keine ideale, und ich spreche die Hoffnung aus, dass es bei uns jetzt auch zu den historischen Dingen gehören wird. || (Bravo! Sehr gut! links.) || Aber, meine Herren, wenn Sie auf uns, die wir dem unglücklichen kranken König gegenüberstanden, die ganze Verantwortung von der Institution abwälzen wollen, dann thun Sie uns bitter Unrecht. Eingerichtet ist sie von König Ludwig I., und ich habe bereits erklärt, die Ministerialakten enthalten den deutlichen Beweis, in welchem Sinne sie eingerichtet worden ist. Ich muss Ihnen wiederholen, in den Akten Seiner Majestät des Königs Max I. finden Sie z. B. bei Anstellungsanträgen oder irgend einem Anlass, bei dem ein k. Erlass indiziert war, einfach das Konzept des Dekrets und die Unterschrift Seiner Majestät des Königs und die Contrasignatur der Minister: „Wir haben Uns bewogen gefunden, den N. N. zu der und jener Stelle zu ernennen etc. Max Joseph.“ Von einem Berichte, dass die Stelle in Erledigung gekommen sei, dass und warum gerade Dieser oder Jener vorgeschlagen worden sei, war keine Rede. Nun, meine Herren, wir können sicher nicht annehmen, dass Seine Majestät König Maximilian I. nicht einmal auf einer solchen Darstellung der Verhältnisse bestanden hätte, ehe eine Ernennung erfolgte. Gewiss, da hat sich der Minister mit dem Portefeuille zu dem König begeben, das Nöthige vorgetragen und mit der mündlichen Zusicherung der Genehmigung des Antrages zugleich die Unterschrift bekommen. Seit dem Regierungsantritte Ludwigs I. ist dieses vollständig verändert. Bei jeder Angelegenheit, die eine Allerhöchste Entscheidung nothwendig machte, finden Sie jetzt einen schriftlichen Antrag, die Motive, wesshalb Dieser und Jener für eine Stelle vorgeschlagen wird, und dergl. (Rufe: Bravo!), und dann eine Genehmigung von Seiner Majestät, meistens von der eigenen Hand Seiner Majestät des Königs Ludwig I. geschrieben und unterschrieben. || Nun sagt mir der Herr Vorredner, er wisse, dass Seine Majestät vielfachen Verkehr mit den Ministern gehabt hätte. Gewiss, meine Herren, vielfachen Verkehr, aber sicherlich nicht den,

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

der eigentlich nothwendig ist; denn das glaube ich nicht, dass sich Seine Majestät erst lange mündlich hat vortragen und dann noch einmal schriftlich den Bericht hat erstatten lassen, um dann schliesslich sein „Genehmigt“ zu geben. Es kann sein, dass er in einzelnen Fragen mit den Ministern verkehrt hat. || Wenn auch zum Beweise dessen der Herr Vorredner auf den Verkehr der Minister im Staatsrathe und auf den Verkehr mit den Ministern bei Diners Bezug genommen hat, meine Herren, darauf lege ich sehr wenig Werth. Wir wissen, wie es mit der Kompetenz des Staatsrathes bestellt war. Die Gesetze die Ihnen vorgelegt werden müssen, hatte freilich damals der Staatsrath auch schon zu prüfen; aber wenn Sie einige Erfahrung hierin hätten, würden Sie mir beistimmen, wenn ich ausspreche, dass die Sache, wenn sie einmal in den Staatsrath kommt, schon fertig ist. Ausserdem war eine Anzahl von Entscheidungen dem Staatsrathe vorbehalten in administrativ-kontentiösen Sachen. Meine Herren! Wenn der König mit seinen Ministern nichts weiter zu besprechen und zu thun weiss als die Entscheidung solcher einzelner Fälle, dann meine Herren, hätten Sie ruhig das Kabinettssekretariat ausschliesslich wirken lassen können. Und vollends die Gespräche bei Tische — ist das wirklich und ernstlich ein Ersatz für staatsmännischen Verkehr zwischen dem Monarchen und seinen Räthen? || Der Herr Vorredner hat es uns verargt, indem er uns ein glänzenderes Beispiel vor Augen hielt, dass wir Befehle durch Diener entgegengenommen haben. Nun einmal, meine Herren, ist es mit dem Vorwurfe thatsächlich nichts; bis in die allerletzte Zeit, wo wir bereits vor der Thatsache der Erkrankung standen und selbstverständlich den Massstab, den man an Gesunde anlegt, nicht anlegen konnten, haben wir keinen Befehl von einem Diener entgegengenommen. Wenn es mündliche Befehle gab, so war es der Kabinettssekretär, der sie hinterbrachte, und das war ja die organisationsmässig dazu bestellte Persönlichkeit, den Willen Seiner Majestät den Ministern zu übermitteln; daraus kann uns kein Vorwurf gemacht werden. Wie sehr der Vorwurf, der uns hier gemacht worden ist, unbegründet ist, das geht daraus hervor, dass, als ich aufgefordert wurde, um Weihnachten mich über die Lage der Kabinettskasse auszusprechen, der hiemit beauftragte Diener nicht zu mir zu kommen wagte und der Hofsekretär es nicht für angemessen hielt, dem Befehle des Königs gemäss den Kammerdiener zu mir gehen zu lassen, sondern dass der Hofsekretär, ein hochgestellter Beamter, mit dem zu verkehren gewiss nicht unter unserer Würde steht, sich bei mir einfand, um mir den Allerhöchsten Auftrag zu übermitteln. || Der Herr Vorredner sagte dann, es hätte ein ganz einfaches Mittel gegeben, wir hätten unsere Entlassung nehmen können. Ja, meine Herren, wenn einer nicht gänzlich mit Blindheit geschlagen war und nur eine Ahnung von dem hatte, was demjenigen bevorsteht, der die traurige Pflicht erfüllt und Hand an Seine Majestät legt, so wäre es für ihn das nächstliegende und das leichteste Mittel gewesen, über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen. Dessen waren wir uns auch wohl bewusst; wenn wir es nicht gethan haben, so hatten wir dafür andere Motive, als die öffentlichen Blätter

uns insinuirten, die vielleicht einer besseren Empfindung nicht fähig sind, als lediglich das Motiv, dass wir an unseren Portefeuilles festhielten. || Der Herr Vorredner hat eine Eingabe von einem früheren Ministerium citirt. Ich glaube, der Herr Vorredner hat sich in der Person geirrt; der Name, den er genannt hat, steht meines Erinnerns unter der treffenden Eingabe nicht; das war schon ein nachfolgendes Ministerium. || (Widerspruch rechts.) || Ja, ich glaube es, und dieses Ministerium hat die treffende Eingabe erst gemacht, als in der Stadt bereits Alles darunter und darüber ging. Die Verhältnisse, unter denen wir die Bestellung einer geordneten Regierung ins Auge gefasst haben, sind weit aus besser, als sie damals gewesen sind, wo das Ministerium erklärt hat, es könne nicht mehr weiter machen. || Der Herr Vorredner sagt, unsere Erklärungen an Seine Majestät über die finanzielle Lage liessen sich an und für sich nicht beanstanden; aber sie seien zu spät gekommen, und in freundlicher Weise insinuirt er, dass wir sie nicht im Ernst an Seine Majestät gemacht hätten, sondern wir haben blos, es war das nicht misszuverstehen nach seiner Andeutung, mit diesem Hause eine Komödie aufführen wollen. Einen solchen Vorwurf will ich nicht widerlegen; denn, wer uns eine solche Schlechtigkeit zutraut, den werde ich schwer überzeugen, dass wir einer solchen Schlechtigkeit nicht fähig sind. Aber ich möchte doch wissen, welche Erklärungen hätten früher abgegeben werden sollen. Es ist unbeanstandet von Ihrer Seite und unbeanstandet von einer Reihe von Autoritäten, die sich mit der Sache befasst haben, konstatirt, dass nach unserem Staatsrecht der Finanzminister oder das Ministerium überhaupt kein Recht hat, sich in die Verwaltung und Behandlung der Civilliste einzumischen. Das Gesetz vom Jahre 1834 hat in ganz offener, nicht misszuverstehender Weise jeder Einmischung der Staatsbehörden ein Ziel gesetzt; von da an konnte für das Ministerium nur dann ein Anlass, sich in die Verhältnisse der Kabinettskasse zu mischen, gegeben sein, wenn die Verhältnisse einmal eine solche Gestalt angenommen haben, dass, wie ich in meinem Schreiben vom 6. Januar sagte, die Beziehungen des Königs zum Volke, die öffentliche Ruhe und dergleichen dadurch gefährdet werden. Wir haben aber schon ein Jahr vorher uns an Seine Majestät gewendet, als Seine Majestät von Herrn von Riedel die Beschaffung eines Darlehens verlangte, und Sie haben gesehen, dass der Herr mit unumwundener Offenheit sachlich und unbestreitbar dargelegt hat, welche Gefahren die Kabinettskasse läuft und wie dieselben zu beseitigen sind. Da kam ein Hofsekretär, der hatte Herrn von Riedel die besten Zusicherungen gemacht; er hat diese Zusicherungen nicht gehalten. Auch da hatten wir, nachdem Seine Majestät versprochen hatte, dass Ordnung gehalten werde, kein Recht und keinen Anlass, einzugreifen. Als nach einem Jahre der Zauber zu Tage kam — in unglaublicher Weise waren wieder $6\frac{1}{2}$ Millionen Schulden vorhauden —, da hat Herr von Riedel besonders offen und ungeschminkt die Wahrheit gesagt, und ich denke, was wir des weiteren verlesen haben, war auch verständlich und offen. Die Vorstellungen waren für Seine Majestät bestimmt, sie sind an Seine Majestät

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

gekommen. Sie haben auch ihre Wirkung gehabt, wenn auch nicht die gewünschte. Sie haben schliesslich auch eine Wirkung für uns gehabt, nämlich die Ueberzeugung, dass wir es nicht mehr mit einem Manne zu thun haben, welcher begreifen kann, wo die Grenzen seiner Macht sind. || Der Herr Vorredner fragt, wie man dann, wenn der König noch dispositionsfähig gewesen sei, einen Brief unterschlagen könne. Nun, wenn er die Verhältnisse eines Kabinettssekretärs kennen würde, hätte er wohl darin nichts gefunden, was zu beanstanden wäre. Der Kabinettssekretär macht alle Briefe Seiner Majestät auf — so war es bisher, so war es unter zwei Königen, so viel ich weiss; die Briefe, die für Seine Majestät nicht von Interesse sind, werden, wenn Sie wollen, unterschlagen — sie fallen in den Papierkorb oder werden der sonst angezeigten geschäftlichen Behandlung zugeführt; es werden nur nicht aufgemacht diejenigen, die offensichtlich von distinguirten Persönlichkeiten herühren. Das war mit dem Brief des Franzosen gewiss nicht der Fall. || (Heiterkeit.) || Der Herr Vorredner hat uns zum Vorwurf gemacht, dass wir uns so häufig des Vertrauens Seiner Majestät gerühmt hätten, eines irrsinnigen Königs! Nun, es sind da, glaube ich, die Zeiten ein bischen durcheinandergeworfen worden. Die Erklärungen, deren ich mich in dieser Richtung schuldig gemacht habe, fallen auf den Anfang und in die Mitte der 70er Jahre. Seitdem hatte ich keinen Anlass mehr, eine solche Erklärung abzugeben. || Endlich wird uns vorgeworfen die vertrauliche Besprechung, die wir mit der Kammer gepflogen hätten, und wird der Verdacht ausgesprochen, wenn der Landtag uns damals Geld gegeben hätte, so wäre Seine Majestät noch lange nicht geisteskrank gewesen. Nun in der Richtung war es gewiss gut, dass mein Schreiben vom 6. Januar verlesen worden ist. Dort ist mit aller Entschiedenheit erklärt, dass wir nicht an die Kammer gehen können, und wenn wir denn doch einen entfernten Anlauf nahmen, uns mit der Kammer in's Benehmen zu setzen, so wissen Sie, meine Herren, dass nicht wir schuld daran sind, sondern dass der Grund in Aeusserungen lag, welche nicht alle Hoffnung auf Hilfe durch die Kammer abgeschnitten haben, und zwar von sehr massgebender Seite. Da musste der Versuch gemacht werden. Denn wenn sich hinterher mit Recht hätte sagen lassen: Wäre das Ministerium nur an die Kammer gegangen, so wäre die Finanzkalamität nicht eingetreten, dann wäre Seine Majestät nicht so dem Choc unterlegen, von dem die Psychiater sagen, dass er wahrscheinlich grosse Wirkung gehabt hat, dann wäre Seine Majestät nicht so schwer krank geworden, dann wäre Sie vielleicht nicht in den Tod gegangen — den Vorwurf hätte ich sehen mögen, den man uns da gemacht hätte! Nachdem man es uns nahe gelegt und zwar direkt auch Seiner Majestät nahe gelegt hatte — mit Recht oder Unrecht; es ist das einerlei: der Kabinettssekretär hat sich so ausgesprochen —, da blieb uns nichts Anderes übrig, als in Gottes Namen es geschehen zu lassen, dass Seiner Majestät eine Hilfe gebracht werde, die wir unsererseits ganz entschieden für verderblich gehalten haben würden und unter uns als verderblich bezeichneten. Niemand von Ihnen,

der an der vertraulichen Unterredung Theil genommen hat, kann sagen, dass wir in der Besprechung eine Haltung eingenommen hätten, welche es als wünschenswerth bezeichnet hätte, dass Hilfe geboten werde; die Quittung dafür haben wir bekommen; denn es ist — sei es geschehen, wie es will — Seiner Majestät berichtet worden, die Minister hätten sich damals in einer Weise bei der Besprechung benommen, dass man hätte nichts bewilligen können, auch wenn man gewollt hätte. || (Hört! links.) || Nun kommt der Vorwurf, dass wir am 8. Juni Seine Majestät noch zu Unterschriften veranlasst haben und alsbald mit der Bestellung der Regentschaft vorgegangen sind. Was in der Richtung zu sagen ist, hat der Herr Vorredner bereits gesagt. Die Regentschaft hätte bestellt werden mögen zu irgend welcher Zeit, so musste es kommen, dass Seine Majestät an einem Tage vor den Augen des Volkes noch dispositions- und regierungsfähig ist und am anderen Tage für regierungsunfähig erklärt wird; ob das der 8. Juni oder der 23. März dieses Jahres oder ein Datum anno 1884 oder ein Datum anno 1880 gewesen wäre, in der Richtung wäre die Sache vollständig dieselbe. Dass das Volk, wie der Herr Vorredner sagt, etwas Derartiges nicht leicht begreift, das finde ich begreiflich, ja. Aber in Zeiten wie die jetzige, wo sich so grosse, so traurige, so schmerzliche Dinge vollziehen, sind Unzuträglichkeiten dieser Art nach meinem Dafürhalten verschwindend klein, und sie hatten wenigstens den Erfolg, dass Seine Majestät nicht schon Tage lang vorher, möchte ich sagen, gequält worden sind mit dem Gedanken: In acht Tagen oder wann kommt die Regentschaft. || Der Herr Vorredner hat die Möglichkeit der Abdankung besprochen, welche, wie er meint, eine mildere Behandlung gewesen wäre als die Bestellung der Regentschaft. Dann wäre, so meint er, die Entmündigung des Königs auch eine Privatsache gewesen, und wäre das alles, was jetzt gesagt werden musste, öffentlich ungesagt geblieben. Die Frage ist in dem Schoosse des Ministeriums und mit der ausserdem noch massgebendsten Persönlichkeit eingehendst besprochen worden. Meine Herren! Ich will nicht davon reden, dass der Psychiater uns wiederholt und wiederholt gesagt hat, nach seiner Meinung sei der Weg der Bestellung einer Regentschaft auf Grund der Annahme einer geistigen Erkrankung der humanste, weil dann eine Reihe von Dingen Seiner Majestät nicht zugerechnet werden könne, die ausserdem doch nicht verschwiegen geblieben wären und Seiner Majestät wenigstens in der Geschichte sicherlich zugeschrieben worden wären. Aber ich muss sagen, der Herr Vorredner hat sehr weise gehandelt, wiederholt zu betonen, dass man an die Abdankung hätte denken sollen, wenn sie möglich gewesen wäre. Nach meiner Ueberzeugung war sie nicht möglich. Ich will einmal annehmen, es wäre eine Person, die es hätte wagen dürfen, Seiner Majestät von Abdankung zu sprechen, zu Allerhöchstdemselben gelangt. Dass ein Ministerium das nicht thun kann, liegt auf der Hand. Denn die Zumuthung zur Abdankung setzt eine Dispositionsfähigkeit voraus. Wenn ein Ministerium der Meinung ist, dass der König dispositionsfähig ist, sein Regierungssystem aber nicht mehr geht, dann

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

kann ein Ministerium doch nicht zum König sagen: „Majestät, gehen Sie weg, es geht nicht mehr mit Ihrer Regierung“, sondern es kann nur sagen: „So, wie Majestät regieren, geht es nicht, da können wir nicht Ihre Rätke sein. Wir müssen gehen.“ Aber ich will den Fall setzen, es wäre Jemand an ihn gekommen. Der Prinz-Regent hat uns mitgetheilt, es sei ihm das Ansinnen gestellt worden, Jemand zu Seiner Majestät zu schicken und ihm zu erklären, er möge abdanken; denn er könne, wie die Dinge liegen, nicht länger an der Regierung bleiben, und der Gesandte solle beifügen, wenn Seine Majestät nicht abdanken würden, würden Sie als geisteskrank unter die Regentschaft gestellt. Nun, meine Herren, kann ein Ministerium etwas Derartiges unternehmen? Das ist ja der aufgelegteste Zwang, unrechtmässiger Zwang. Denn wenn Seine Majestät geisteskrank sind, kann man Allerhöchstdemselben einen so präjudiziellen Akt, wie die Abdankung, nicht zumuthen, und wenn Seine Majestät dispositionsfähig sind, kann man nicht die Drohung beifügen, dass, wenn Sie nicht Sich geben, die Regentschaft auf Grund der geistigen Erkrankung bestellt werden würde. Gegen eine solche Abdankung hätten Seine Majestät das volle Recht gehabt hinterher zu protestiren, und wenn ein solcher Protest erfolgt wäre, werden Sie mir Recht geben, meine Herren, wäre die grösste Verwirrung, unlösbare Verwirrung ins Land gebracht worden. || Ich will aber annehmen, Seine Majestät hätten Sich wirklich für einen Augenblick dem Zwange gefügt. Wer hätte es ferngehalten, dass Seine Majestät auf eigene Gedanken oder auf andere, fremde Inspiration hin nach wenigen Tagen zu der Erklärung gekommen wäre, die Abdankung sei erzwungen? Wer hätte denn daran denken können, meine Herren, diesen unrechtmässigen, auf der falschen Voraussetzung der Zurechnungsfähigkeit beruhenden Akt damit zu ersetzen, dass man Seine Majestät dann doch für geisteskrank erklärt und unter Regentschaft gestellt hätte? Jedenfalls, meine Herren, war es undenkbar, heute Seine Majestät abdanken zu lassen, wenn ich mich dieses Ausdrucks bedienen darf, und in demselben Augenblicke den Psychiater herbeizuziehen und ihm zu sagen, bemächtigen Sie sich der Person Seiner Majestät, Er ist geisteskrank. Diese Dinge sind doch absolut inkompatibel. Wenn nun, meine Herren, Seine Majestät eine solche Abdankung gegeben hätten und Seine Majestät in Verzweiflung über den Sturz, den Sie vom Throne in das Krankenzimmer gemacht hätten, sich ein Leids zugefügt hätten, wer wäre verantwortlich gewesen dafür? Niemand als diejenigen, die einem Geisteskranken, der einen Selbstmord befürchten liess, einen Akt zugemuthet hatten, zu dem der Geisteskranke nicht mehr fähig war, und das wäre das Ministerium gewesen. || Unsere Verfahrungsweise ist mehrfach auch angeklagt worden. Ich will in der Richtung nur wiederholen, unsere Meinung war die: Seine Majestät hatten ja, wie die Aerzte sagen, viele gesunde Reste, d. h. Sie waren noch nicht durchweg paralytisch. Seine Majestät konnten noch begreifen, was es heisst, dass die Regentschaft bestellt und Allerhöchstdemselben die Regierung abgenommen werde. Wir waren nun der Meinung, es schicke sich, ja es sei unvermeidlich, dass Seine

Majestät von der Nachricht von der Bestellung der Regentschaft durch die allermassgebendsten Personen zuerst und nicht etwa durch Gerüchte aus dem Volke oder aus dem Stalle Kenntniss erhielten. Deshalb die Kommission, an der der Minister des Königlichen Hauses Theil genommen hat mit dem Auftrage, Seiner Majestät ein Handschreiben des nunmehrigen Prinz-Regenten zu überreichen. Wir waren ferner der Meinung, dass, wenn Seine Majestät doch einmal geisteskrank waren, und nachdem Dieselben wiederholt mit Selbstmord gedroht hatten, unmittelbar nach der Erklärung, also nach dem Sturze, die ärztliche Behandlung beginnen müsse. Dass man nur im Interesse Seiner Majestät sich Allerhöchst Seiner Person versichern musste, bedarf doch keiner Ausführung. || Der Herr Vorredner hat sich auf einen österreichischen Irrenarzt berufen. Nun ist es sehr misslich, den Werth der Anlassung dieses Herrn hier zu kritisiren. Es ginge ja nicht ab ohne einen Rückblick auf die Eigenschaften der betreffenden Person; aber ich bin bereit, dem Herrn Vorredner aus guter Quelle, mitzutheilen, was ich von dem betreffenden Doctor weiss, und vielleicht ist er dann auch geneigt, in seiner Rede diese Geschichte als eine Sache von geringem Werthe zu bezeichnen. || Endlich hat der Herr Vorredner gefragt, wie es damit gewesen sei, dass Seine Majestät der König den Trost der Religion zur Verfügung gehabt hätten. Ich bin in der Lage, hierüber ein Schreiben des Hofsekretärs Ludwig Klug vom Heutigen mitzutheilen, welches lautet:

„Am 12. Juni ds. Js. habe ich bei Seiner Majestät dem Allerhöchstseligen König anfragen lassen, ob der Gottesdienst in der Schlosskirche zu Berg, wie sonst bei Anwesenheit Seiner Majestät befohlen war, am Sonntag den 13. abgehalten werden solle, worauf der Allerhöchste Auftrag mir zu Theil ward, erst Sonntag den 20. Juni den Gottesdienst zu bestellen.“

Ich denke mir, der Herr Vorredner wird mit dieser Mittheilung zufrieden gestellt sein. || Meine Herren! Gestatten Sie mir endlich noch ein selbstbewusstes Wort. Man hat uns allerlei Kritik angedeihen lassen. Darüber rechte ich mit Niemandem: ob unser Verfahren das richtige war, ob es nicht Leute gegeben hätte, die mit mehr Glück, mit mehr Zartheit das Unvermeidliche in die Wirklichkeit übergeführt hätten, darüber erkläre ich jede Kritik als berechtigt und als freigegeben; aber man hat auch unsere Motive beanstandet — ich habe bereits diese Sache mehrfach berührt —; hier gestatten Sie mir das Wort: Wenn Sie wissen wollen, was die bewegende Ursache unserer Handlungen gewesen ist, indem wir die Entlassung nicht nahmen und indem wir zu dem jetzt besprochenen Schritte griffen, meine Herren, ich kann es Ihnen sagen, es ist königstreuer opfermuthiger Patriotismus gewesen. || (Lebhaftes „Bravo!“)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. von Schauss!

Dr. von Schauss: Meine Herren! Die Natur hat mir den warmen Ton versagt, der dem ersten Herrn Redner eigen ist, und auch mein Gedächtniss ist nicht so stark, um meine Rede zu würzen mit Citaten, wie sie dem Herrn

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Vorredner geläufig sind. Allein es werden vielleicht auch meine schlichten Worte genügen, um den Zweck zu erfüllen, den meine heutige Rede haben soll. || Ich bin nämlich der Meinung, dass wir unmittelbar, nachdem das Grab sich über den Höchstseligen König geschlossen hat, unmöglich bei der ersten Verhandlung, die wir pflegen, seit ein neuer Herr die Zügel Bayerns in die Hand genommen hat, das Schauspiel des Parteikampfes bieten können; ich meine, die heutige erste Verhandlung, seit Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent die Zügel ergriffen hat, die soll dem Hohen Herrn ein Zeugniß sein, dass die Kammer der Abgeordneten kein lästiger Ballast des Regenten ist, sondern dass in jeder ernsten Lage die Kämmer der Abgeordneten in erster Linie ihre Pflicht darin sieht, dem Landesherrn den Eindruck weiser, treuer, zuverlässiger Berather zu machen. Da der Regent seinen Namen zu allen Massregeln geliehen hat, welche die jüngste Vergangenheit zu unserer Trauer und zu der des bayerischen Landes nöthig machte, so wäre ja jedes Wort des Tadels, das über die Massregel gesprochen wird, auch ein Tadel für den Hohen Herrn. || Ich habe gar keinen Beruf, der Vertreter der k. Staatsregierung sein zu wollen, die sich niemals auf eine einzelne Partei in diesem Hause gestützt hat (Bewegung und Unterbrechung rechts); den Beruf habe ich höchstens als gerechter Mann und gerechter Kritiker, und als solcher darf ich wohl Eines sagen: Bayern hat bei des Königs Ende getrauert; das bayerische Volk hat nicht glauben wollen, dass der König so schwer krank sei, wie sich nun zeigt, dass er war. Und warum? Weil Bayerns Volk einen guten König verloren zu haben glaubte, weil Bayerns Volk sich über seine Lage nicht zu beklagen hatte, weil Bayerns Volk zufrieden war, wie selten in früheren Zeiten. || Wenn — und dies ist der Fall — feststeht, dass schon seit einer Reihe von Jahren zu unser aller Trauer die geistigen Fähigkeiten des Höchstseligen Königs getrübt und unzureichend waren, um so sicherer steht auch fest, dass die Berather des Höchstseligen Königs um so pflichttreuer ihres Dienstes gewaltet haben. || (Lebhaftes „Bravo!“) || Ich meine, die Gerechtigkeit gebietet denn doch, anzuerkennen, dass wir wenigstens den Trost heute empfinden können, dass eine traurige Zeit, die traurige Zeit eines geisteskranken Königs, ohne jede Konvulsion im bayerischen Vaterlande vorübergegangen ist. || (Sehr richtig!) || Wir haben schwer gelitten, meine Herren, als wir den Bericht feststellten, der heute zu Ihrer Kenntniß kam. Manches Wort steht darinnen, von dem wir uns frugen, ob es denn wirklich müsse dem Volke mitgetheilt werden. Viele Zeilen, die in den Bericht hätten eingesetzt werden können, haben wir nicht aufgenommen aus Pietät, um das Andenken des Höchstseligen Königs nicht zu belasten. Aber wir glaubten, dem Lande, soweit möglich, Wahrheit schuldig zu sein, die von allen Seiten her verlangt war. || Ich möchte dem traurigen Berichte nur Eines beifügen: Möge man sich, wenn man des Königs gedenkt, stets vergegenwärtigen, dass schöne ideale Züge in dem Bilde des Königs vorhanden sind, Liebe zum Schönen, Wohlwollen nach allen Seiten, Verehrung alles Edlen; doch leider auch nebenan Züge krankhafter Art, Züge, die das

Volk nur dadurch begreifen kann, dass es sich stets gegenwärtig hält, dass es ein Kranker ist, dem diese Züge zuzuschreiben sind. Eine der Personen, die dem König am nächsten stand, der brave Kammerdiener, der ihm bis zum Schlusse des qualvollen Daseins zur Seite stand, hat einmal gesagt: „In dem König sind zwei Naturen, eine edle und eine unedle; die edle Natur, das war seine eigentliche, und die unedle, das ist seine Krankheit gewesen.“ Der Nachweis dieser Krankheit deckt alles das, was dem Höchstseligen Herrn zum Vorwurfe gemacht werden könnte, wenn sein Geist gesund gewesen wäre. || Man hat Viel getadelt, was im Vollzuge dessen geschah, was nothwendig und unabwendbar war; Manches hat Beunruhigung hervorgerufen. Allein Eines darf doch nicht vergessen werden, dass nämlich bis zum letzten Augenblick die Schwierigkeit des Vollzuges gerade aus der Krankheit des Königs hervorging; ohne jede Gewalt, ohne jeden Schein von Härte war das, was unabweislich nothwendig geworden war, absolut nicht zu vollziehen. Es mag sein, dass in dem einen oder anderen Detail des Vollzuges geirrt worden sein mag; aber mit Recht wird hiegegen gesagt: Was wäre denn von Denen, die kritisiren, Besseres geschehen? Ich glaube demnach, dass auch nach dieser Richtung wir keine Veranlassung haben, irgend ein Tadelsvotum gegen irgend Jemanden auszusprechen. || Wenn der Kollege Stamminger sagt, man hätte früher vielleicht in der Presse Fürsorge treffen sollen, dass Dieses und Jenes nicht wäre verbreitet worden, so möchte ich den verehrten Herrn doch an die Gegenwart erinnern. Ich las heute Klagen, nachdem in der Presse wirklich die hässlichsten und unbegreiflichsten Anklagen nicht nur gegen die Person des Königs, Misstrauen gegen den Regenten, Misstrauen gegen die Regierung ausgesprochen wurde und hiewegen ein paar Konfiskationen ausgesprochen wurden, dass die öffentliche Meinung unterbunden werde. Wenn früher wegen irgend welcher Angriffe eingeschritten worden wäre — ich erwähne dies zur Ergänzung der Gründe, die von Seite des Herrn Ministers schon geltend gemacht worden sind —, so möchte ich fast fürchten, dass mein verehrter persönlicher Freund Herr Dr. Stamminger, der mit Recht so viel auf die Freiheit der Presse hält, vielleicht auch mit Klagen über jene Unterbindung der öffentlichen Meinung hervorgetreten wäre. || Ich meine, der Bericht, der Ihnen vorgetragen ist, kann das Land darüber beruhigen, dass wirklich keine Gewaltmassregel gegen die geheiligte Person des Königs ergriffen worden ist. || Sie sagen, meine Herren, man hätte Alles schon früher wissen und mit der Regentschaft vorgehen können; ja, vergessen Sie denn, dass in den allerjüngsten Tagen noch geradezu die Gefahr bestand, dass in den Bergen sowohl wie unten am Main ein Aufstand entstünde, weil man glaubte, es sei gegen den König, ohne dass eine Krankheit des Geistes vorläge, vorgegangen worden? Ich hoffe, dass der Bericht, der Ihnen heute erstattet worden ist, vor dem ganzen Lande ein für allemal jeden Verdacht beseitigt, als ob die Pflicht versäumt worden sei, die nöthigen Nachweise für die Erkrankung Seiner Majestät zu bringen, ehe mit der Regentschaftserklärung vorgegangen worden ist. || Der Zweck der heutigen Sitzung,

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

das wussten wir, ehe wir in diesen Saal traten, ist die Genehmigung der Regentschaft. Wir waren uns Alle bewusst, dass nichts Anderes übrig bleiben werde, als dem an uns gestellten Antrage zuzustimmen. Wir haben den Bericht nur deshalb so ausführlich erstattet und die Beilagen nur deshalb verlesen lassen, nicht weil etwa Zweifel noch in unseren Kreisen bestünden, sondern damit im Lande Niemand mehr sagen könne, dass an der pflichtmässigen Untersuchung irgend etwas von unserer Seite unterlassen worden sei. || Unter diesen Umständen bleibt mir nur übrig, auch meinerseits den Antrag zu stellen, es wolle dem Antrage des Herrn Referenten zugestimmt werden. || Ich möchte nur noch eine Bitte anfügen und habe dieser Bitte schon dadurch Ausdruck gegeben, dass ich dem verehrten Herrn Präsidenten den Antrag überreichte, über die Vorlage namentlich abstimmen zu lassen, um auch durch die Einstimmigkeit unseres Votums dem Lande zu zeigen, dass von keiner Seite irgend ein Zweifel über die Berechtigung dieser Vorlage bestehe. || (Zuruf.) || Es ruft mir ein Herr zu, dass die namentliche Abstimmung selbstverständlich sei. Das ist ein geschäftsordnungsmässiger Irrthum, den ich hier korrigire. Es würde ohne Antrag nicht namentlich abgestimmt werden müssen; ich bitte, nur in der Geschäftsordnung nachzusehen. || Ich möchte nun diesem meinem Antrage noch einige Worte beifügen. Es ist in der Kammer der Reichsräthe in geistvoller und warmer Weise auch der Hoffnungen gedacht worden, die ein Trost sind gegenüber der schrecklichen Katastrophe, hinter der wir stehen. Es wird am Platze sein, dass diesen Hoffnungen auch von dieser Stelle aus Ausdruck gegeben werde. Ich kann sagen, es ist nicht Hoffen, es ist unsere Zuversicht, dass die Zügel Bayerns in gerechte Hände gelegt sind, dass sie von einem Herrn geführt werden, der warm denkt für des Volkes Wohl und unter dessen weiser Regierung die Bayern jeder Konfession und aller Parteien sich wohl befinden werden. Lassen Sie in dem Augenblick auch nach Oben hin darüber keinen Zweifel, dass jeder von uns sich klar dessen bewusst ist, wie schwer es dem Regenten des Landes, dem hochbetagten Hohen Herrn werden mag, in dieser trüben Stunde die Zügel der Regierung zu ergreifen, und dass wir, dies wohl erkennend, weit entfernt sein werden, seiner Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Wir werden es als unsere heilige Pflicht betrachten, den schweren Uebergang, den wir in unserem Vaterlande durchleben, zu erleichtern. So werden wir es möglich machen, dass der Regent, welcher nur Trauer heute empfinden kann über die Nothwendigkeit der Uebernahme der Regierung, nach kurzer Frist, wenn die Zeit den herben Schmerz gemildert haben wird, die Freuden einer Regierung empfindet, die sich auf des Volkes Treue und unsere wohlwollende Mitwirkung stützt. || (Lebhaftes „Bravo!“)

Präsident: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Walter.

Walter: Meine Herren! Wenn ich in so später Stunde noch das Wort ergreife, so geschieht dies vor allem, um einen Vorwurf zurückzuweisen, den gerade der verehrte Herr Vorredner gegen die rechte Seite des Hauses, der auch der Herr Kollege Dr. Stamminger angehört, erhoben hat. || Vor allem

erkläre ich, dass auch ich und jeder meiner politischen Freunde freudig und aus voller Ueberzeugung in die Schlussäusserung des Herrn Vorredners einstimmen, in die freudige Hoffnung, dass die Zügel Bayerns in gerechte und gewissenhafte Hände gelegt sind, und dass Jedermann mit Vertrauen auf Seine Königliche Hoheit den Prinz-Regenten sieht. Hätte der Herr Vorredner sich darauf beschränkt, dieser Hoffnung Ausdruck zu geben, und hätte er nicht den Vorwurf gegen uns erhoben, dass wir heute, nachdem sich kaum die Gruft über den Höchstseligen König Ludwig II. geschlossen hat, hier schon einen Parteikampf aufführen — || (Widerspruch links) || ich habe das Wort „Parteikampf“ gehört — || (Erneuter Widerspruch links) || das Wort „Schauspiel des Parteikampfes“ ist gefallen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. von Schauss hat der rechten Seite des Hauses den Vorwurf, einen Parteikampf aufzuführen, nicht gemacht.

Walter: Ich habe das Wort „Schauspiel des Parteikampfes“ gehört und habe darin eine Anspielung auf die Aeusserung des Herrn Kollegen Dr. Stammering gefunden; wenn ich falsch verstanden habe, so verlasse ich sofort dieses Kapitel. || Aber nachdem ich doch einmal das Wort habe, || (Unruhe links) || muss ich auf einige Aeusserungen zurückkommen, die sowohl von Seite des Herrn Vorredners als von Seite Seiner Excellenz des Herrn Staatsministers Dr. Freiherrn von Lutz gefallen sind. || Ich bestreite dem Herrn Vorredner nicht, dass er heute als gerechter Mann und als gerechter Kritiker in die Debatte eingetreten ist und nicht als Vertheidiger des Ministeriums; aber gleichwohl hat der Herr Vorredner mit etwas nicht gerechnet. Er hat allerdings bemerkt, dass die heutige Verhandlung dazu führen werde, klarzustellen, dass gegen Seine Majestät den König Ludwig II. gesetzmässig verfahren worden ist, dass die Krankheit desselben schon seit Jahren bestanden hat. Ich gebe mich auch der Ueberzeugung hin, dass nach dieser Richtung alle Zweifel durch die heutige Verhandlung im ganzen Lande zerstreut werden, und dass jene hässlichen Gerüchte, die namentlich seit dem Tode Seiner Majestät hier und da aufgetaucht sind, von heute an verstummen müssen. || Aber, meine Herren, die Aufregung und die Beunruhigung im Lande hat auch noch eine andere Seite: die Aufregung hat nicht blos dem Schicksale unseres seligen Königs gegolten, sie hat auch der Staatsregierung gegolten, und in dieser Richtung laufen leider auch heutzutage noch von allen Seiten Berichte und Mittheilungen ein, aus welchen hervorgeht, dass diese Aufregung noch nicht gebrochen, ja im Gegentheil, dass die Erbitterung noch gestiegen ist. || (Rufe links: Geschürt!) || Sie werfen mir vor, dass diese Erbitterung geschürt werde. Ich könnte Ihnen Briefe und Urtheile aus einer Zeit zeigen, in welcher die Presse noch gar keine Stellung genommen hat. Ich kann Sie versichern, dass das, was die Presse jetzt reproduzirt, eben einfach nur die Wiederholung dessen ist, was ihr von unabhängigen und vorurtheilsfreien Leuten von Aussen zugebracht wird. Täuschen Sie sich nicht, meine Herren, nicht blos die Partei welche hinter der rechten Seite des Hauses steht, sondern auch noch weitere

Nr. 10192
Bayern.
17. Juni 1886.

Kreise theilen diese hochgradige Erbitterung, und wenn Sie sich fragen, warum diese Erbitterung vorhanden ist, so ist ja der Grund hiefür nicht schwer zu finden. || Meine Herren! Der Herr Kollege Dr. Stamminger hat heute bereits eines Aufsatzes erwähnt, der aus der Feder eines sehr bedeutenden Wiener Irrenarztes geflossen ist und in welchem das Vorgehen gegen Seine Majestät den König Ludwig II. zwar nicht als ungesetzlich und auch nicht als beanstandenswerth vorgebracht wird, welcher aber gleichwohl in der Art und Weise, wie man der Majestät seit Jahren entgegengekommen ist, oder vielmehr, wie man Sie seit Jahren im Stiche gelassen hat, einen Beweis dafür erblickt, dass die Katastrophe, vor der wir jetzt trauernd stehen, kommen musste. Seine Excellenz der Herr Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz haben zwar gesagt, dass der Aufsatz dieses Irrenarztes Motiven entspringt, welche dessen Werth ganz bedeutend abmindern; aber, meine Herren, man mag über das Gutachten denken, was man will, ein Satz in demselben ist entschieden wahr, und das ist folgender Satz. Ich erlaube mir, diesen kurzen Satz mit Erlaubniss des Herrn Präsidenten zu verlesen. Der Irrenarzt vergleicht das Schicksal Seiner Majestät des Königs Ludwig II. mit dem Schicksal des Sultans Murad V. und findet in den beiden Lebensgeschicken sehr viele Berührungspunkte. Er führt dann aus, dass in der letzten Zeit allerdings in dem Gewirre seines gestörten Seelenlebens keine Hilfe mehr zu schaffen, dass kein Aufraffen mehr möglich war, die Zügel der Regierung festzuhalten, die seinen Händen unabwendig entglitten. Misstrauen erfüllte seine früher so vertrauensvolle Brust. Aber — fügt er bei — kein ärztlicher Rath, kein Einfluss, nicht eine Stimme aus seiner Umgebung war bis zu ihm gedrungen. Seine Umgebung hat ihn in seinen Wahngebilden und in seinen daraus entspringenden Unternehmungen bestärkt. || Meine Herren! Dieser Satz entspricht der Ueberzeugung des grössten Theiles des bayerischen Volkes. Das bayerische Volk sagt sich: Wenn die Umgebung des Königs seit einer Reihe von Jahren eine andere gewesen wäre, wenn man es nicht zugelassen hätte, dass Seine Majestät nur mehr vom niederen Dienstpersonal umgeben waren, wenn man es nicht zugelassen hätte, dass Er vollständig in der Einsamkeit sich abschloss, wenn man es nicht zugelassen hätte, dass Er jeden persönlichen Verkehr mit seinen verantwortlichen Räthen aufgab, dann, meine Herren, wäre Vieles, Vieles nicht gekommen, es wäre die Katastrophe vielleicht nicht, vielleicht erst später und jedenfalls nicht in der Weise eingetreten, die wir jetzt zu beklagen haben. || Meine Herren! Der Herr Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz hat aus den Worten des Herrn Kollegen Dr. Stamminger den Vorwurf herausgehört, dass man nicht schon länger zur Einführung einer Regentschaft geschritten ist. Ich glaube, die Annahme des Herrn Staatsministers beruht auf einer irrigen Auffassung der Aeusserungen des Herrn Kollegen Dr. Stamminger. Nicht das hat der Herr Kollege Dr. Stamminger getadelt, dass man den Schritt, der jetzt wohl unabwendbar war, nicht schon früher gethan hat, sondern er hat beklagt, dass man es zu der Nothwendigkeit dieses Schrittes hat überhaupt kommen lassen. Meine Herren!

Es ist uns heute von Seiner Excellenz dem Herrn Staatsminister Dr. Freiherrn von Lutz gesagt worden, dass für das Staatsministerium ein Anlass, sich in die Angelegenheiten der Kabinettskasse zu mischen, erst von dem Augenblicke an gegeben war, in welchem die Bemühungen des Staatsministeriums zur Lösung der Krisis angerufen wurden. Meine Herren! In gleichem Athemzuge hat eben Seine Excellenz uns auch mitgetheilt, dass er schon im Jahre 1884 der Ueberzeugung gewesen ist, dass die Mitwirkung und die Art und Weise der Lösung, welche Seine Excellenz der Herr Finanzminister damals gewährt hat, zu keinem Ergebniss führen könne und dass dadurch die Krisis der Kabinettskasse nur verschärft werden müsse. Ja, aber wenn Seine Excellenz Dr. Freiherr von Lutz in der That bereits im Jahre 1884 diese Ueberzeugung hatte, dann wäre doch auch wirklich ein zwingender Anlass für ihn gegeben gewesen, schon damals jene Vorstellungen an die Krone zu richten, welche er seither in allerdings aner kennenswerther Weise an die Krone gerichtet hat, und vielleicht wäre damals das „zu spät“, das man jetzt der Vorstellung des Herrn Ministers vom 6. Januar lfd. Js. gegenüber ausrufen muss, noch nicht gegeben gewesen. || Meine Herren! Es hat der Herr Kollege Dr. Stamminger auch darauf hingewiesen, dass man Seine Majestät König Ludwig II. nicht unter Regentschaft hätte stellen, sondern die Möglichkeit einer Thronentsagung hätte nahe legen sollen. Meine Herren! Ich glaube, dass Seine Excellenz die Möglichkeit eines derartigen Schrittes doch etwas schwerer geschildert hat, als er in der That war. Seine Majestät König Ludwig II. haben Selbst in zwei Schriftstücken den Entschluss niedergelegt, dass Sie abdiziren wollen, und ich glaube, wenn man Ihm, nachdem einmal gewiss war, dass die Mittel nicht geboten werden können, um die Krisis der Kabinettskasse zu beseitigen, die Nothwendigkeit einer Abdikation nahe gelegt und wenn man einem derartigen Rathe zugleich, wenn er nicht befolgt worden wäre, mit der Demissionirung des Ministeriums Nachdruck gegeben hätte, dann, glaube ich, wäre die Abdikation doch schon zu erreichen gewesen. Es ist bekannt, dass im Mai lfd. Js. Seine Majestät der König ein neues Ministerium suchte und nicht fand, und wenn das bisherige Ministerium mit seiner Entlassung eingekommen wäre, dann, glaube ich, wäre für Seine Majestät den König absolut nichts Anderes übrig geblieben, als abzudanken, und dann wäre der unheilvolle Schritt, den wir zu beklagen haben, höchst wahrscheinlich nicht geschehen. Die Abdankung wäre eine freiwillige gewesen und würde wahrscheinlich nicht zu der Katastrophe geführt haben, die jetzt eingetreten ist. || Nun sagen freilich Seine Excellenz, dass man doch wohl an der Giltigkeit einer derartigen Abdikation hätte zweifeln können, dass dieselbe zu argen Komplikationen hätte führen können. Die Giltigkeit der Abdikation wäre aber nach meinem Dafürhalten ebensowenig zu bezweifeln gewesen als die in den letzten Tagen des Monats Mai erfolgte Sanktion der Gesetze, welche mit dem Landtage vereinbart wurden. Auch die Sanktion des Gesetzes ist ein Akt der Regierungsgewalt, wie er dem Könige zusteht, und wer die Regierungsgewalt in der Weise giltig ausüben kann, dass

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

er Gesetze sanktionirt, kann doch auch auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichten. || Meine Herren! Der Herr Kollege Dr. Stamminger hat die Vermuthung ausgesprochen, dass, wenn die Konferenz vom 30. April ein affirmatives Resultat statt eines negativen gehabt hätte, wahrscheinlich Seine Majestät König Ludwig II. noch am Leben und noch in der Ausübung seiner Regierungsgewalt befindlich wäre. Meine Herren! Diese Anschauung wird nicht nur hier im Hause von Vielen getheilt, diese Anschauung ist im ganzen Lande eine ziemlich verbreitete. || (Widerspruch links.) || (Zuruf: Woher wissen Sie das?) || Von den Mittheilungen, die mir und vielen Kollegen zugekommen sind. Es ist sehr zu bezweifeln, ob es je gelingen wird, diese Anschauung zu zerstreuen. || Es ist ja wahr, dass für die k. Staatsregierung zwingende Gründe vorlagen, diese Konferenz zu veranlassen und ihr die Nothwendigkeit nahe zu legen, die Krisis der Kabinettskasse beseitigen zu helfen. Aber wahr ist doch auch, dass dabei von einer Krankheit, von einer schweren Krankheit Seiner Majestät des Königs mit keiner Silbe die Rede war, und dieser Umstand berechtigt doch zu Zweifeln, ob Alles so gekommen wäre, wie es gekommen ist, wenn damals geholfen worden wäre. || Seine Excellenz der Herr Staatsminister hat auch davon gesprochen, dass Seiner Majestät dem König geschrieben worden ist, die Minister hätten sich in der Konferenz so verhalten, dass eine Willigung nicht möglich gewesen wäre, auch wenn der Landtag zu einer solchen geneigt gewesen wäre. Nun, meine Herren, ich glaube, die rechte Seite des Hauses wird kaum der Autorschaft dieses Briefes an Seine Majestät den König beschuldigt werden können und wollen. Ich konstatiere aber auch ausdrücklich, dass von unserer Partei ein solcher Brief nicht ausgegangen ist. || Nun, meine Herren, wenn der Wiener Irrenarzt es beklagt, dass Seine Majestät der König eine so lange Reihe von Jahren vollständig jedes seinem hohen Bildungsgrad entsprechenden Umgangs entblösst war, so möchte ich denn doch fragen, ob denn in der That die Herren Staatsminister in dieser Richtung wirklich alle Verantwortung ablehnen können und wollen? Meine Herren! Der Herr Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz hat uns ja heute selbst gesagt, dass schon früher in Hofkreisen und in den Ministerkreisen vielfach von Verrücktheiten die Sprache gewesen ist, welche am Hoflager wahrgenommen wurden. Ja, meine Herren, wenn das der Fall ist, dann musste man sich doch auch sagen, dass diese Verrücktheiten in der Einsamkeit, in welche sich Seine Majestät begraben hatte, nicht gemindert, sondern nur immer verschärft werden müssen, und man hätte deshalb schon Schritte thun sollen, diese Einsamkeit zu beschränken und Seine Majestät wieder in das wirkliche Leben zurückzuführen; aber, meine Herren, nach dieser Seite ist auch nicht ein Schritt geschehen; wenigstens ist bei allen Besprechungen und in allen Ausschusssitzungen auch nicht mit einer Silbe davon die Rede gewesen, dass derartige Versuche gemacht wurden. || Seine Excellenz der Herr Staatsminister hat uns auch heute gesagt, dass jetzt, nachdem ärztliche Gutachten vorliegen und nachdem alle übrigen Einzelheiten uns vorgeführt wurden, eine grosse Weisheit in uns

gefahren ist, und dass wir jetzt auf einmal klar darüber sehen, dass Seine Majestät der König schon seit einer Reihe von Jahren geisteskrank war. Meine Herren! Es hat nicht erst der ärztlichen Gutachten und hat nicht erst der eidlichen Vernehmung von Zeugen bedurft, um in einem grossen Theil des Volkes die Befürchtung, ich möchte sagen, die Ueberzeugung wachzurufen, dass der König geisteskrank war. || (Oho! links.) || Meine Herren! Seitdem ich im Landtage bin, sind eine Reihe von Erzählungen fort und fort in allen Kreisen kolportirt worden, welche es sehr erklärlich finden lassen, wenn die Herren Sachverständigen jetzt erklären, dass sich die Geisteskrankheit Seiner Majestät schon auf eine ganze Reihe von Jahren zurück erstreckte. Ich kann mich nur wundern, dass alle diese Dinge, die alle in mehr oder weniger uneingeweihten Kreisen laut geworden sind, dass die alle nur den Herren Ministern verborgen bleiben konnten. || Meine Herren! Der Wahn, in den Seine Majestät hineingerathen sind, der Wahn, dass Seine Macht keine Grenzen habe, der ist auch nicht von allem Anfang an gegeben gewesen, der ist erst in der allerletzten Zeit zu einem solchen Grade angewachsen, dass man gegen denselben nicht mehr weiter anzukämpfen vermochte. Aber, meine Herren, wäre es denn nicht angezeigt gewesen, diesem Wahn vielleicht schon vor einigen Jahren entgegenzutreten und Seiner Majestät Vorstellungen zu machen dahin, dass die Macht eines konstitutionellen Königs in der Verfassung, dass die Macht des Königs überhaupt in der Moral ihre sicheren und genau gezogenen Grenzen habe? Aber auch nach dieser Richtung, meine Herren, haben wir nicht gehört, dass irgend ein Versuch gemacht worden ist. || Meine Herren! Seine Excellenz haben uns heute gesagt, dass Befehle von Seiner Majestät dem König durch untergeordnete Diener nur in der allerletzten Zeit entgegengenommen wurden, als man schon vor der entwickelten Krankheit stand. Meine Herren! Nach den eigenen Aeusserungen Seiner Excellenz steht die Ueberzeugung von der Krankheit doch erst seit ganz kurzem fest, und, meine Herren, die Aufträge wurden doch auch schon zu Anfang des Jahres 1886 von untergeordneten Dienern entgegengenommen. Meine Herren! Ich glaube nicht, dass den Herren Staatsministern jene Prädikate verborgen bleiben konnten, mit welchen Seine Majestät der König sie in Seinen krankhaften Anfällen zu belegen gewohnt waren. Ich frage, meine Herren, ob auch diesen Prädikaten gegenüber es mit der Würde des Berathers der Krone vereinbar war, diese Prädikate zu ertragen und nicht dagegen zu reagiren? || Meine Herren! Alles in Allem genommen, ist man in den weitesten Kreisen draussen im Lande der Ueberzeugung, dass in der That es sich für die Berather der Krone nur darum gehandelt habe, die Portefeuilles zu erhalten, || (Rufe links: Oho! oho!) || und dass man auch jeden Schritt grundsätzlich gemieden habe, welcher diese Portefeuilles in irgend welche Gefahr bringen konnte. || Meine Herren! Seine Excellenz haben uns heute auch gesagt, dass die Entlassungsnahme im letzten Momente das leichteste Mittel für die Herren Minister gewesen wäre, um aus der Verlegenheit zu kommen. Es mag

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

sein, meine Herren, dass zu allerletzt die Demissionirung in der That das leichteste Mittel gewesen wäre, und dass es für die Herren einen ganz anderen und muthigeren Entschluss gekostet haben wird, all' die Gefahren zu riskiren und all' der Kritik sich blosszustellen, welche der Antrag auf die Einsetzung einer Regentschaft hervorgerufen hat. Aber, meine Herren, wir tadeln auch nicht, was in der letzten Zeit geschehen ist, sondern wir beklagen nur, was seit einer Reihe von Jahren nach unserer Ansicht geschehen ist und was ganz anders hätte gemacht werden sollen. || (Ruf: Sehr wahr!) || Seine Excellenz der Herr Staatsminister hat dem Herrn Kollegen Dr. Stamminger gegenüber auch noch in Abrede gestellt, dass man sich je mit dem Vertrauen des Königs gedeckt habe, mit dem Vertrauen des Königs, dessen Geisteskrankheit schon damals gegeben war. Ja, meine Herren, ich darf Sie ja doch noch daran erinnern, dass erst im Jahre 1882 ein königliches Handschreiben erfolgte, welches Seine Excellenz den Herrn Staatsminister Dr. Freiherrn von Lutz des vollsten königlichen Vertrauens versicherte und welches offenbar darauf berechnet war, uns hier in der Opposition gegen Seine Excellenz zu lähmen. || Meine Herren! Ich bin der Meinung, dass in der That vielfache Anlässe gegeben sind, um jene Gefühle, welche das Volk schon seit einer Reihe von Jahren gegen das Ministerium empfindet, nicht nur nicht verstummen zu lassen, sondern sie noch weit mehr zu verschärfen. Meine Herren! Das Misstrauen, welchem wir hier in diesem Saale schon wiederholt Ausdruck gegeben haben, ist nicht gewichen, es ist bedeutend gestiegen. Meine Herren! Ich gebe hier nicht meine Anschauung, ich gebe hier der Anschauung aller unserer Wähler || (Rufe links: Oho! oho!) || und vielleicht auch eines Theiles Ihrer Wähler Ausdruck, || (Rufe rechts: Sehr richtig!) || und ich halte es lediglich für eine schwere und traurige Pflicht, dass ich dies überhaupt und insbesondere in dem jetzigen Augenblicke thun muss. Aber, meine Herren, ich bin auch der Meinung, dass zu dem Gefühle des Misstrauens noch ein anderes, von mir schon bezeichnetes Gefühl gekommen ist, und dass dieses Gefühl nicht weichen wird, solange jene Männer am Staatsruder stehen, an deren Namen sich so traurige und peinliche Erinnerungen in der bayerischen Geschichte knüpfen. || (Sehr richtig rechts.) || Ich ziehe keine Folgerungen, stelle keinen Antrag. || (Heiterkeit links.) || Aber ich glaube nur, dass die Königstreue und die Pflichttreue, von welcher Seine Excellenz der Herr Staatsminister Dr. Freiherr von Lutz gesprochen hat und welche dadurch bethätigt wurde, dass man die Einsetzung einer Regentschaft in Aussicht nahm, vielleicht für die Herren selbst noch eine weitere Konsequenz haben dürfte; denn ich bin überzeugt, dass zwar das Volk nach der Richtung vollständig beruhigt sein wird und dass es von heute ab von der schweren Erkrankung Seiner Majestät Königs Ludwig II. überzeugt ist, dass es aber vielleicht nie die Ueberzeugung gewinnen wird, dass an dieser Katastrophe das k. Staatsministerium vollständig moralisch unverantwortlich und unschuldig ist. Ich fürchte, meine Herren, dass Ruhe und Frieden und dass jenes einmüthige Zusammenleben, welches zu einer wohl-

thätigen Entwicklung unseres Staatslebens absolut nothwendig ist, kaum möglich sein wird, solange nicht ein Wechsel in den Personen der Minister eingetreten ist. || (Aha! links.) || (Sehr richtig! rechts.) || Meine Herren! Ich sage, ein Wechsel in den Personen. Wir stehen in dieser Beziehung ganz objektiv und ganz ohne Eigennutz jener Frage gegenüber. || (Heiterkeit links.) || Meine Herren! Wir wollen nicht einmal einen Wechsel des Systems, sondern wir sind zur Beruhigung der Gemüther mit einem Wechsel der Personen zufrieden. || (Unruhe links. Zustimmung rechts.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Freiherr von Stauffenberg!

Dr. Freiherr von Stauffenberg: Meine Herren! Wenige Dinge sind mir in meinem Leben peinlicher gewesen, als dass ich in heutiger Verhandlung noch einmal gezwungen bin, das Wort zu nehmen. Ich hatte gehofft, dass wir uns mit den Worten, welche vorher gesprochen waren, beruhigt und in würdiger und einträchtiger Weise diese Verhandlung geschlossen hätten. || Nun hat der Herr Abgeordnete Walter Anlass genommen, wegen einer Aeusserung des Herrn Abgeordneten Dr. von Schauss die Tribüne zu betreten. Es hat sich sogleich herausgestellt, dass hier von seiner Seite ein Missverständniss vorlag, und ich will es auch gleich erörtern, worin dasselbe gelegen ist. || Herr Dr. von Schauss hat, womit ich und alle meine Freunde natürlich vollständig einverstanden sind, zur Motivirung seiner Haltung, dass er auf alles Weitere nicht eingehen wolle, gesagt, es solle hier nicht das Schauspiel eines Parteigezänkes oder Parteizwistes gegeben werden, und das ist etwas, meine Herren, was kaum Einem von Ihnen Gelegenheit geben konnte, eine Erwiderung zu machen. Nun hat aber der Herr Abgeordnete Walter, obwohl sich herausgestellt hat, dass das auf einem Missverständniss beruht, „weil er einmal das Wort hatte“, uns eine lange Auseinandersetzung gegeben. Nun, meine Herren, mich mit dieser Auseinandersetzung in allen ihren Theilen zu beschäftigen, das erlaubt mir weder die Zeit, die vorliegt, noch macht es auch der Inhalt dieser Auseinandersetzung nach meiner festen Ueberzeugung nothwendig; || (Zustimmung links) || denn wenn wir, meine Herren, in dieser Weise mit der Sache uns weiter beschäftigen, dass in Einem fort, wenn die eine Seite sagt so, auf der anderen Seite gesagt wird, es war nicht so, so könnten wir über diese Sache noch 14 Tage lang diskutiren und wir kämen überhaupt zu keinem Ende. || Es sind nur ein paar Punkte, welche ich mir erlauben werde herauszunehmen, die ich aber, glaube ich, die Pflicht habe auch öffentlich in diesem Hause zu besprechen. || Der Herr Abgeordnete Walter hat uns aus dem Gutachten oder aus einem Artikel eines Wiener Irrenarztes, dessen Namen ich nicht verstanden habe und der mir auch vollständig gleichgiltig ist, aus irgend einer Zeitung eine längere Auseinandersetzung gegeben und uns gesagt, diese Auseinandersetzung entspreche, wenn ich recht verstanden habe, seiner Auffassung, sie entspreche auch der Auffassung in den weitesten Kreisen des Volkes. || Nun ich weiss nicht, meine Herren, was ich dazu sagen soll. Wir haben heute die ersten Autoritäten in der Psychiatrie über diese Frage gehört,

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

wir haben nicht blos ihre schriftlichen Gutachten gehört, wir haben sie im Ausschusse diese Gutachten mündlich entwickeln hören. Zu dieser mündlichen Entwicklung sind eine grosse Anzahl von Fragen im Ausschusse gestellt worden, und es hat sich schliesslich — was ich daraus abnehme, dass keine weitere Frage gestellt worden ist — der Ausschuss im Grossen und Ganzen mit diesen Gutachten für befriedigt und einverstanden erklärt. || Nun muss ich doch sagen, wie man auf die Gutachten der Aerzte, welche mit voller *cognitio causae* in dieser Sache urtheilen, nichts geben will und das Urtheil eines Arztes, von dessen wissenschaftlicher Qualifikation dem Herrn Abgeordneten Walter wahrscheinlich ebensowenig sicher etwas bekannt sein wird wie mir, der lediglich auf das Zeitungsmaterial in eine Zeitung Artikel schreibt, wie man es dem gegenüber setzen kann, und dies in diesem Augenblicke, meine Herren, wo wir die heilige Verpflichtung haben, nichts zu thun, was zur Beunruhigung des Landes dienen könnte, sondern wo wir die heilige Pflicht haben, || („Bravo!“ und Händeklatschen links und auf der Gallerie) || in diesem schwerwiegenden Augenblick die Beruhigung des Landes mit all' unserer Kraft und einmüthigem Zusammenwirken herbeizuführen, das verstehe ich nicht. || Herr Abgeordneter Walter hat nun eine weitere Eventualität noch vorgeführt und sich in eine Art von Politik des „würde“, „könnte“, „möchte“, „dürfte“, „es würde wahrscheinlich so gegangen sein“, „es könnte möglicherweise so gegangen sein“ verwickelt; er hat uns dargethan, dass der Weg, den Höchstseligen König zur Abdankung zu bewegen, uns „wahrscheinlich, vermuthlich nach seiner Auffassung“ die ganze Katastrophe erspart haben würde. Der Herr Abgeordnete Dr. Stamminger hat diese Sache meinem Gefühl nach in vollständig sachgemässer Weise, da davon auch einmal in der Oeffentlichkeit die Rede war und sie in den Kreis der Diskussion gezogen worden war, berührt; er hat aber gleich hinzugefügt, dass ihm die Schwierigkeit der Sache ganz ausserordentlich gross zu sein scheine. Nach dieser Seite haben also die Ausführungen des Herrn Dr. Stamminger einer Ergänzung oder Verstärkung nicht bedurft. || Nun hat aber Herr Abgeordneter Walter dieses ganze System vor Ihnen entwickelt und hat gesagt, das wären Anschauungen, die in den weitesten Kreisen des Volkes heute noch getheilt würden. Nun, meine Herren, muss ich sagen, wenn dies wirklich der Fall ist — ich will nicht untersuchen, durch was diese Ueberzeugungen in den Kreisen des Volkes hervorgerufen worden sind, ich kann diese Untersuchung nicht anstellen —, wieviel die vielbesprochenen Artikel in der Presse dazu beigetragen haben, das kann kein Mensch juristisch feststellen, die Dinge entstehen auch sehr häufig spontan, das ist im Augenblick nicht mehr mit voller Sicherheit zu sagen. Aber, meine Herren, vergegenwärtigen Sie sich die ganze Schwere der Beschuldigung und die ganze Schwere der Thatfachen, welche durch diese Art und Weise der Darstellung jetzt dem Volksgemüth wieder von neuem vorgeführt wird. Wir haben das Schreckliche erlebt, dass der regierende Monarch wegen Geisteskrankheit in Verwahrung genommen werden musste, wir haben nicht blos

dieses Schreckliche erlebt, dass dies geschehen musste, sondern auch, dass diese Thatsachen den Monarchen auf eine in diesem irdischen Leben nie mehr genau festzustellende Weise in den Tod gestürzt haben. Wenn man nun, meine Herren, nicht bloß in der Presse oder draussen in den Gesprächen, die in den Wirthshäusern geführt werden, sondern in diesem Saale sagt: „Ich habe die Ueberzeugung, das hätte alles vermieden werden können, es würde anders gegangen sein, der Monarch würde nicht in den Tod getrieben worden sein; die ganze Sache wäre unnöthig gewesen, wenn man ihn zur Abdankung veranlasst hätte“, obwohl man sich doch selbst sagen muss, dass man kaum einen Anhaltspunkt gehabt hat, um anzunehmen, dass dieser Schritt auch nur möglich gewesen wäre, obwohl man sich sagen muss, dass, wenn dieser Schritt eingeschlagen worden wäre, er nicht zum Resultat geführt hätte und unabsehbare Kalamitäten für unser Vaterland hätte herbeiführen müssen, so, muss ich sagen, wird dieses viel mehr zur Beunruhigung des Volkes beitragen als alle die Dinge, die bis jetzt in diesem Hause besprochen worden sind. || (Rufe: Bravo!) || (Ruf links: Das ist ja beabsichtigt!) || Der Herr Abgeordnete Walter sagt ferner — und auf diesen Punkt muss ich auch noch zurückkommen —, es seien, schon als der vorige Landtag beisammen war, schon früher Gerüchte über die Excentricität des Königs und Handlungen, welche man als verrückt bezeichnet, kolportirt worden. Diese Erzählungen müssten auch den Ministern zu Ohren gekommen sein, und es sei in weiten Kreisen des Volkes auch schon früher die Meinung verbreitet gewesen, der König müsste nothwendig verrückt sein. || Meine Herren! Ich will nicht darauf zurückkommen, dass ein grosser Unterschied ist, eine der schwerwiegendsten Aktionen im Staate einzuleiten auf Grund aktenmässig vorliegenden Materials oder auf kolportirte Gerüchte. Ich will nur an etwas Anderes erinnern. In sehr weiten Kreisen des Volkes, vielleicht in den allerweitesten Kreisen, ist bis auf die jüngste Zeit nicht das verbreitet gewesen, was Herr Abgeordneter Walter Ihnen gesagt hat, sondern das Gegentheil. Das erklärt die Zweifel an dem geistigen Zustande des Königs, || (Rufe: Sehr richtig!) || und, meine Herren, ich habe mir auch erlaubt, die Presse, und zwar die Presse aller Parteirichtungen, in den letzten Wochen sehr aufmerksam zu lesen, und habe gefunden, dass bis auf eine verhältnissmässig sehr kurze Zeit eine grosse Anzahl der Zeitungen diesem Unglauben an die eingetretene Geisteskrankheit des Monarchen einen ganz unverhohlenen Ausdruck gegeben hat. Ich habe noch in der allerletzten Zeit erlebt, dass bei Mittheilung des Berichtes in der Reichsrathskammer, wo der dortige Referent, Reichsrath von Neumayr, aus den Akten eine ganze Masse von Thatsachen mittheilte, ein Blatt, welches sehr weit verbreitet ist und sehr grossen Einfluss genießt, diese Thatsachen mit theils einem, theils zwei, theilweise drei Fragezeichen begleitet hat. Ja, meine Herren, so sind die Meinungen draussen, und diesen Meinungen müssen wir entgegenwirken. || Was der Herr Abgeordnete Walter über Vertrauen oder Misstrauen zu dem gegenwärtigen Ministerium gesagt hat, das scheint mir in dem gegenwärtigen Rahmen der

Nr. 10192.
Bayern.
17. Juni 1886.

Verhandlung kaum den richtigen Platz zu haben. Das ist in gewissem Sinne Zukunftspolitik. Wir sind eine Kammer, die jetzt am Ende ihrer Laufbahn steht; wir stehen vor der Neuwahl, und es wird sich in der künftigen Zeit entscheiden, wie die politischen Verhältnisse in Bayern sich in dieser Weise weitergestalten. Im gegenwärtigen Augenblicke scheint es mir aber, ganz ohne jede Rücksicht auf Parteistellung, die Pflicht jedes wahrhaft vaterlandsliebenden Bayern zu sein, Alles zu vermeiden, was zur Nährung und Schürung der Beunruhigung beiträgt, und einmüthig zusammenzustehen, um unserem Regenten sein schweres Amt zu erleichtern. || (Lebhafter Beifall im Hause und Händeklatschen auf der Gallerie.)

Präsident: Ich mache die Personen auf der Gallerie darauf aufmerksam, dass Zeichen des Beifalls oder des Missfallens durchaus verboten sind, und ich würde in meiner Pflicht einschreiten müssen, wenn solche Zeichen des Beifalls oder des Missfallens, wie sie zweimal stattgefunden haben, sich noch einmal wiederholen würden. || Die Herren Abgeordneten Freiherr von Gagern und Kopp haben den Antrag gestellt: Schluss der Diskussion. Es ist aber auch kein Redner weiter zum Worte vorgemerkt. || Ich schliesse demnach die Diskussion und gebe das Schlusswort dem Herrn Referenten, Abgeordneten Bonn.

Bonn (Berichterstatter): Meine Herren! Die hohe Temperatur, welche gegenwärtig in diesem Hause herrscht, der Umstand, dass ich als Referent des Ausschusses nicht berufen bin, Ihnen über Verhandlungen zu berichten, welche im Ausschusse nicht stattgefunden haben, d. h. über die politischen Beziehungen und die politische Seite der Frage mich zu äussern, dass ich vielmehr mich lediglich an die Sache zu halten habe, aber auch — ich kann es nicht verhehlen — der Umstand, dass es meinem Wunsche mehr entsprochen hätte, wenn die Temperatur so geblieben wäre, wie sie bei den beiden ersten Rednern gewesen ist, || (Zwischenrufe: Sehr gut!) || diesen Umständen, meine Herren, werden Sie es zuschreiben, wenn ich, ohne weiter auf die Sache einzugehen, wieder zurückkehre zu dem Gegenstande, der das hohe Haus heute beschäftigt. || Die Frage, die wir heute zu entscheiden haben, die wichtige, hohe Frage, sie ist von keinem der Redner irgendwie bezweifelt worden. Ich glaube, das Land kann die Beruhigung hinnehmen und gewinnen aus unseren Verhandlungen, dass unsere Entscheidung über die Zustimmung zur eingeführten und fortgesetzten Regentschaft auf Wahrheit beruht. Die Wahrheit wird siegreich bleiben gegenüber allen beunruhigenden Gerüchten, gegenüber allen aufregenden Gefühlen, die aber nicht auf der Grundlage der Wahrheit beruhen. || Und nun, meine Herren, empfehle ich Ihnen wiederholt die Annahme und zwar die einstimmige Annahme des Ausschussantrages. || Gestatten Sie mir zum Schlusse noch, zwei Gefühlen Ausdruck zu geben, welche zwar schon zum Theil Ausdruck gefunden haben, die ich aber nicht verschweigen kann, weil sie mich und, ich weiss es, Sie alle in diesem Augenblicke zu innig beseelen. Es ist dies das Gefühl des Dankes, dass unter so schwierigen Verhältnissen Seine Königliche Hoheit Prinz Luitpold von Bayern dem Vaterlande das grosse Opfer

gebracht hat, die Regentschaft zu übernehmen, und das Gefühl des festesten und zuversichtlichsten Vertrauens zu seiner Weisheit und Gerechtigkeit, und dass er die Zügel der Regierung zum Wohle und Gedeihen Bayerns führe. Das walte Gott! || (Allseitiges lebhaftes „Bravo!“)

In namentlicher Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen. 5 Abgeordnete sind entschuldigt, 3 fehlen.

Nr. 10193. DEUTSCHES REICH. — Schreiben des Prinzregenten an den Deutschen Kaiser. 20. Juni 1886.

Nr. 10193.
Bayern.
20. Juni 1886.

Durchlauchtigster Grossmächtigster Kaiser und König,
Hochverehrtester Herr Vetter!

Ich habe die Ehre gehabt, aus den Händen Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preussen das Schreiben entgegenzunehmen, mit welchem Euere Kaiserliche und Königliche Majestät mich der lebhaftesten Theilnahme versichern, welche Höchstdieselben an dem schweren Verlust nehmen, den das Königliche Haus von Bayern und mit ihm das ganze Land durch den Hingang meines vielgeliebten Herrn Neffen, des König Ludwigs II. Majestät, erlitten haben. Diese wahrhaft wohlthuende und erhebende Theilnahme hat noch einen besonders werthvollen Ausdruck dadurch erfahren, dass Euere Kaiserliche und Königliche Majestät Höchst Ihren Herrn Sohn, des Kronprinzen Kaiserliche und Königliche Hoheit, hierher entsendet haben, um Ueberbringer dieser beileidvollen Gesinnungen zu sein und um Höchstdieselben bei den Beisetzungsfeierlichkeiten zu vertreten.

Indem ich Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät gerührten Herzens den innigsten und aufrichtigsten Dank für diese Beweise hoher Aufmerksamkeit darzubringen mich beeile, fühle ich mich Höchstdenselben noch in besonderem Masse dafür dankbarst verbunden, dass Euere Kaiserliche und Königliche Majestät die dem verewigten Könige gewidmeten, auf die Geschichte und die nahe Verwandtschaft der Königlichen Häuser von Preussen und Bayern begründeten freundschaftlichen Gesinnungen auf mich übertragen wollen.

Mögen Euere Kaiserliche und Königliche Majestät Sich überzeugt halten, dass auch ich meinerseits nichts sehnlicher erstrebe, als die Aufrechterhaltung und Befestigung der so glücklich bestehenden innigen und vertrauensvollen Beziehungen, welche zum Heile Deutschlands die Kronen Preussens und Bayerns verbinden!

Mit der Beteuerung dieser Gesinnungen verbinde ich die Versicherung der hohen Verehrung und unwandelbaren Ergebenheit, worin ich verharre Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät dienstwilliger Vetter

(gez.) Luitpold, Prinz von Bayern.

München, den 20. Juni 1886.

An des Deutschen Kaisers und Königs von Preussen Majestät.

Feier des 70. Geburtstages des Prinzregenten Luitpold von Bayern. 12. März 1891.

Nr. 10194. **BAYERN.** — Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten.

Nr. 10194.
Bayern.
12. März 1891.

„Unter den Beweisen der Verehrung und Liebe des gesammten Bayerischen Volkes feierst Du heute den 70. Geburtstag. Empfange zu diesem seltenen Feste Meine aus vollem Herzen kommenden Glückwünsche und lass mich dabei aussprechen, wie froh und dankbar Ich es anerkenne, dass mit Deiner treuen Mitwirkung die Bande, welche Uns und Unsere Häuser und Regierungen verknüpfen, zum Heile des gemeinsamen Vaterlandes sich nur immer fester und inniger gestaltet haben. Möge die Liebe Deines Volkes und die Anerkennung der deutschen Bundesfürsten Dir auch im kommenden Leben eine feste Stütze in Deinen schwierigen Regentenpflichten sein! Die Kaiserin schliesst sich Meinen Glück- und Segenswünschen von ganzem Herzen an. Wilhelm.“

Nr. 10195. **BAYERN.** — Antwort.

Nr. 10195.
Bayern.
12. März 1891.

„Tiefgerührt durch Deine so herzlichen und treuen Glück- und Segenswünsche zu Meinem Jubelfeste, drängt es Mich, Dir Meinen innigsten Dank auszusprechen. Mit besonderer Freude erfüllt Mich Deine so warme Anerkennung der festen Bande, welche Uns, Unsere Häuser und Regierungen verbinden. Der Kaiserin küsse Ich dankend die Hände. Luitpold.“

Nr. 10196. **BAYERN.** — Adresse des Staatsministeriums an den Prinzregenten.

„Allerdurchlauchtigster Prinz und Regent,
Allergnädigster Regent und Herr!

Nr. 10196.
Bayern.
12. März 1891.

An die Aeusserungen der allgemeinen Freude, an die rührenden Kundgebungen der erprobten Liebe und Treue des bayerischen Volkes wagen auch die treuehorsamst Unterzeichneten in diesen festlichen Tagen ihre ehrfurchtsvollsten Huldigungen und heissen Segenswünsche zu reihen. || Dem Boden unwandelbarer monarchischer Ueberzeugungen entsprossen und besiegelt in schweren Tagen, konnten ihre Gefühle vollster Hingebung an die geheiligte Person Eurer Königlichcn Hoheit seitdem sich nur immer inniger gestalten. Jeder der treu-

gehorsamst Unterzeichneten darf sich heute dankbar einer reichen Fülle Allerhöchster Gnadenbeweise erinnern, jeder der ehrfurchtsvollst Unterzeichneten fand auch in dem beglückenden Vertrauen Euerer Königlichen Hoheit, wie den schönsten Lohn der erfüllten Pflicht, so die Kraft und Freudigkeit, die Schwierigkeiten der eigenen Aufgabe zu überwinden. || Seit Euere Hönigliche Hoheit die Zügel der Regierung in die Hände nahmen und mit weisem und mildem Geiste die Geschicke des Landes lenken, hat jede Aeusserung des keimenden geistigen Lebens, wie jede Regung der wirthschaftlichen Thätigkeit bei Euerer Königlichen Hoheit eine stets bereite Unterstützung gefunden, und keine Anforderung der Zeit, keine Noth des Volkes machte sich fühlbar, die nicht die unablässige Sorge des landesväterlichen Herzens Euerer Königlichen Hoheit bildete. || Im Deutschen Reiche erfreut sich die gewichtige Stimme Euerer Königlichen Hoheit des gebührenden Einflusses auf die Leitung der gemeinsamen Geschicke der verbündeten Staaten; die Mitarbeit Bayerns an den gesetzgeberischen Aufgaben des Reiches ist eine ebenso ausgedehnte als erfolgreiche. Die Beziehungen Bayerns zu den auswärtigen Souveränen und Regierungen sind die freundschaftlichsten und besten. || Die Verkehrsmittel haben während der Regentschaft Euerer Königlichen Hoheit eine stetige Ausdehnung und Vervollkommnung erfahren. In vielen Theilen des Königreiches haben neue Schienenwege dem Handel und Wandel die Bahnen geebnet und den Zutritt zu den unvergleichlichen Naturschönheiten der bayerischen Lande erleichtert. || Wie Euere Königliche Hoheit Selbst in der gewissenhaften Beobachtung der Staatsverfassung den felsenfesten Untergrund der Allerhöchsten Wirksamkeit erblicken, so hat die Regierung Euerer Königlichen Hoheit auch der Justizverwaltung den Ruf vollster Gesetzmässigkeit und Unparteilichkeit bewahrt. || Die Wohlfahrt im Innern hat unter der landesväterlichen Fürsorge Euerer Königlichen Hoheit sichtbaren Aufschwung genommen. Landwirthschaft, Industrie und Handel erstarken in dem Bewusstsein, dass die mächtige Hand Euerer Königlichen Hoheit über den friedlichen Bestrebungen des Bürgers schützend waltet. Das Gewerbe hat aus der innigen Verbindung mit der einheimischen Kunst neue Keime des Lebens gezogen. Die Besserung der Lage der arbeitenden Klassen hat während der segensvollen Regierung Euerer Königlichen Hoheit bedeutungsvolle Fortschritte gemacht. Spätere Generationen werden noch das Andenken der Fürsten segnen, welche gemeinsam das Werk in Angriff nahmen, bittere Noth vom Krankenbette und vom Lebensabend des Arbeiters zu verschrecken. || Wie auf socialem, so hat auch auf kirchlichem Gebiete der ebenso erleuchtete als tiefreligiöse Sinn Euerer Königlichen Hoheit die Gegensätze zu mildern und den Frieden zu fördern gewusst. Unterstützt durch die werktthätige Pflege, welche Euere Königliche Hoheit der Religion angedeihen lassen, vermag die Kirche in gesetzmässiger Freiheit ihres heiligen Amtes zu walten und ihre Wirksamkeit mit derjenigen des Staates zur Pflege der höchsten Interessen der Menschheit zu vereinigen. || An den wunderbaren Fortschritten der Wissenschaften hat Bayern unter Euerer Königlichen Hoheit, dem erhabenen Beschirmer geistiger

Nr. 10196.
Bayern.
12. März 1891.

Bestrebungen und Errungenschaften, wie bisher seinen stolzen Antheil behauptet. Dank dem regen Interesse, welches Euere Königliche Hoheit der Bildung der heranwachsenden Jugend zuwenden, ist die zweckmässigste Ausgestaltung des Unterrichtswesens ein Gegenstand sorgfältigster Prüfung und Erwägung. || In die Fussstapfen des höchstseligen Vaters, des grossen Erweckers deutscher Kunst, eintretend, haben Euere Königliche Hoheit mit hochsinniger Hingebung die besondere Pflege der bildenden Künste erfasst. Erwärmt durch die sonnigen Strahlen Allerhöchster Gunst, entfalten sich diese zu immer reicherer Blüthe und streuen, von der Hauptstadt ausgehend, ihren befruchtenden Samen auf die entferntesten Landestheile aus. || Der Stand der Finanzen ist ein blühender. Bei mässiger Belastung der Steuerkraft ist es möglich gewesen, beträchtliche Aufwendungen zur Hebung der allgemeinen Wohlfahrt zu machen, das Loos der Staatsdiener sorgenfreier zu gestalten und namhafte Mittel auch den Zwecken zuzuwenden, welche das Leben des Volkes wie des Einzelnen verschönern, indem sie es veredeln. || Obschon durchdrungen vom Geiste des Friedens, haben doch Euere Königliche Hoheit den Werth und die Bedeutung der Wehrkraft des Landes immer voll gewürdigt. Die Blicke gerichtet auf Euere Königliche Hoheit, als auf das erhabene Vorbild treuester Pflichterfüllung, ist die Armee in unablässiger Arbeit begriffen und hat den Vergleich mit keiner anderen zu scheuen. Wenn es gilt, wird sie in den Tagen der Gefahr, vor welchen uns Gottes gnädiger Wille behüte, unerschütterlich fest für das angestammte Herrscherhaus, für das Vaterland und für die Güter des Friedens einzustehen wissen. || Möchten Euerer Königlichen Hoheit noch viele Jahre gleich segensreicher Regierung beschieden sein, möchten Euere Königliche Hoheit noch viele Früchte zeitigen sehen von den Keimen, welche Allerhöchstdieselben gelegt haben! Möge es aber auch den treuehorsamst Unterzeichneten, solange dieselben sich die Diener Euerer Königlichen Hoheit nennen dürfen, vergönnt sein, den mächtigen Impulsen ihres Allergnädigsten Herrn gerecht zu werden und in treuer Pflichterfüllung Euerer Königlichen Hoheit die hohen Aufgaben zu erleichtern, welche die Vorsehung in die Hände des vielgeliebten Landesvaters gelegt hat!

Gott erhalte Euere Königliche Hoheit!

In allertiefster Ehrfurcht verharren

München, den 11. März 1891.

Euerer Königlichen Hoheit

allerunterthänigst treuehorsamste

Freiherr von Crailsheim. Dr. Freiherr von Riedel.

Freiherr von Feilitzsch. Freiherr von Leonrod.

Ritter von Safferling. Dr. von Möller.

Nr. 10197. BAYERN. — Antwort.

Nr. 10197.
Bayern.
12. März 1891.

Mein lieber Staatsminister Freiherr von Crailsheim! Die Adresse, welche Mir anlässlich Meines Geburtsfestes das Gesamtministerium überreichte, habe Ich

mit hoher Freude entgegengenommen und erwidere dieselbe mit dem Ausdrucke Meines lebhaften Dankes. Wie Ich fortgesetzt mit Befriedigung wahrnehme, sind die Rätthe der Krone unablässig bemüht, Meine landesväterlichen Absichten in vollem Masse zu verwirklichen. Gleich Mir liegt ihnen die Wahrung und Förderung aller ideellen und materiellen Güter des Volkes am Herzen. An den Aufgaben des Reiches nimmt Bayern in aufrichtiger Bundestreue stets den regsten Antheil. Fest begründet sind die freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten. Im Lande mehrt sich der innere Friede. Was zur Ausgleichung socialer Gegensätze geschehen kann, wird vom Staate gerne vorgekehrt und unterstützt. Unter dem Schutze der Verfassung waltet vor Allem die Kirche ihres heiligen Amtes. Nichts stört das gedeihliche Zusammenleben der Confessionen. Die Wissenschaften und Künste haben in Bayern eine längst bereitete Stätte erspriesslicher und befruchtender Wirksamkeit. Jeder Einwohner erfreut sich der Unparteilichkeit der Rechtsprechung. Das Verkehrswesen erfährt ununterbrochen eine den Anforderungen der Zeit gemässe Ergänzung und Vervollkommnung. Die Landwirthschaft, welche in allen Theilen Bayerns die Erwerbsquelle der weitesten Kreise ist, muss es empfinden, dass ihre Interessen nach Kräften gefördert, dass Erleichterungen und Verbesserungen ihrer Lage thunlichst geschaffen werden. Handel und Industrie stehen in erfreulicher Blüthe. Dem Handwerk und seiner Verbindung mit der Kunst wird die grösstmögliche Beachtung zugewendet. Ein sorgsam gepflegter Stand der Finanzen gestattet, eine Erhöhung der Steuerlast fernzuhalten und dem Volkswohl auf allen Gebieten Rechnung zu tragen. Die Armee des Landes steht achtunggebietend da. Die Grundsätze, die hienach seither Mich und Meine Regierung geleitet haben, wünsche Ich fort und fort verfolgt zu sehen. Ich weiss, dass die Männer, denen, an der Spitze der Staatsverwaltung stehend, der Vollzug dieses Meines Willens zunächst anvertraut ist, demselben aus innerer Ueberzeugung gerecht zu werden entschlossen sind. Gern versichere Ich daher die sämmtlichen Minister auch bei diesem Anlasse wiederholt Meines vollsten Vertrauens. Indem Ich Sie, Mein lieber Freiherr von Crailsheim, beauftrage, gegenwärtiges Schreiben den übrigen Ministern mitzuthemen und dasselbe auch öffentlich bekanntzugeben, verbleibe Ich mit huldvollsten Gesinnungen

München, den 11. März 1891.

Ihr

sehr geneigter

Luitpold,

Prinz-Regent von Bayern.

Nr. 10198. **BAYERN.** — Allerhöchstes Handschreiben an den Erzbischof von München-Freising.

Mein lieber Erzbischof Antonius v. Thoma! Mit besonderer Freude habe Ich aus Ihren Händen die Adresse empfangen, welche die Kirchenfürsten Bayerns und der Capitelvicar des Erzbisthums Bamberg gemeinsam an Mich richteten. Sie verbinden hierin mit der Darbringung der innigsten Glück- und

Nr. 10198.
Bayern.
12. März 1891.

Segenswünsche im eigenen Namen und im Namen des Klerus der acht Diöcesen den Ausdruck der Sie beseelenden Gefühle der Ehrfurcht, der Liebe und Treue, sowie des innigsten Dankes für den der katholischen Kirche und ihrem Wirken gewährten Schutz. Ich danke hiefür dem Episkopate Bayerns und dem gesammten, ihm unterstehenden Klerus von Herzen. Jahrhunderte bezeugen es, wie Bayerns Herrscherhaus stets die Pflege der Religion und die Förderung wahrer Religiosität als eine der wichtigsten Regentensorgen anerkannt hat; gern bin Ich auch in dieser Beziehung in die Fussstapfen Meiner Ahnen getreten. Ich werde jederzeit die verfassungsmässigen Rechte der Kirche schirmen, auf dass sie und ihre Diener im Rahmen der hiedurch gesicherten Freiheit ihres heiligen Amtes mit voller und ungestörter Hingebung an dasselbe walten können. Indem Ich dies ausspreche, freue Ich Mich besonders auch des in Bayern bestehenden Friedens der Confessionen, auf dessen Erhaltung Ich im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt und Moral das grösste Gewicht lege. Wollen Sie, Mein lieber Erzbischof, von gegenwärtigem Schreiben auch den übrigen Unterzeichneten der Adresse Kenntniss geben, sowie für dessen Bekanntgabe an den gesammten Klerus Sorge tragen und seien Sie hierbei zugleich erneut der huldvollsten Gesinnungen versichert, mit denen Ich den Erzbischöfen und Bischöfen Bayerns aufrichtig zugethan bin!

München, den 11. März 1891.

Ihr

sehr geneigter

Luitpold,

Prinz-Regent von Bayern.

Nr. 10199. BAYERN. — Allerhöchstes Dankschreiben an den Oberconsistorialpräsidenten Dr. v. Stählin.

Nr. 10199.
Bayern.
12. März 1891.

Mein lieber Oberconsistorialpräsident Dr. v. Stählin! Sie haben Mir heute unter warmen Worten eine Adresse des Oberconsistoriums überreicht, welche ich zugleich als den Ausdruck der Glück- und Segenswünsche der protestantischen Landeskirche freudig entgegengenommen habe. Die in Gott ruhenden Könige Bayerns haben der protestantischen Landeskirche jederzeit gern den vollen, durch die Landesgesetze garantirten Schutz gewährt und mit Wohlgefallen die treue Ergebenheit anerkannt, mit der das Oberconsistorium die religiösen Interessen der Landeskirche unter Wahrung des interconfessionellen Friedens pflegt. Diese Grundsätze und Anschauungen sind auch für Mich, entsprechend dem verfassungsmässigen Principe der Parität, massgebend; Ich werde daher der protestantischen Landeskirche die gleichen wohlwollenden Gesinnungen, wie Ich sie derselben seither schon bewies, fort und fort bewahren. Gross und umfangreich sind die Aufgaben, welche zumal in der Gegenwart an die kirchlichen Oberbehörden und die Geistlichkeit herantreten; sie sind nur durch die anopferndste Hingabe zu erfüllen. Ich halte Mich überzeugt, dass der in der Landeskirche herrschende Geist den sich immer steigenden Anforderungen der Zeit Rechnung tragen wird in dem Bewusstsein,

damit ebenso dem Wohle des Vaterlandes, als jenem der Kirche zu dienen. Indem Ich Sie, Mein lieber Oberconsistorialpräsident, beauftrage, gegenwärtiges Schreiben dem Collegium unter der Aussprache Meines innigsten Dankes bekanntzugeben und Ihnen anheimstelle, dasselbe auch allgemein zu veröffentlichen, verbleibe Ich mit huldvollsten Gesinnungen

München, den 11. März 1891.

Ihr

sehr geneigter

Luitpold,

Prinz-Regent von Bayern.

Nr. 10200. BAYERN. — Rede des Thronfolgers Prinzen Ludwig bei dem Festmahle im Rathhause.

„Das Fest der 70jährigen Wiederkehr des Geburtsfestes meines hohen Herrn Vaters ist ein seltenes Fest. Als Regent des eigentlichen Bayern ist das in der 700jährigen Geschichte des Hauses Wittelsbach der dritte Fall. Das ganze Land hat nicht nur hier, sondern in jeder Stadt, ich möchte sagen, in jedem Dorf, an diesem Feste theilgenommen und hat dies auch dadurch bewiesen, dass von überall her die Spitzen der Ortschaften, der Gemeinden, der verschiedenen Kreise, Vereine etc. hieher gekommen sind, um an einem Huldigungszug, wie er heute vor unser Aller Augen und zu unser Aller Freude stattgefunden hat, sich zu betheiligen. Ich weiss zwar, und mein Vater weiss es ebensogut wie ich, dass in Bayern es nicht nothwendig ist, dass grosse Festzüge stattfinden, um zu beweisen, wie fest die Anhänglichkeit des Volkes zu seinem Herrscherhause und des Herrscherhauses zu seinem Volke ist. Nichtsdestoweniger ist Er hoch erfreut gewesen über alle die Gaben und Stiftungen zu edlen und guten Zwecken, wie sie anlässlich dieses Tages gemacht worden sind. Der verehrte Herr Bürgermeister von München hat das Hoch auf Se. k. Hoheit den Prinz-Regenten ausgebracht und erwähnt, dass Er in hoch vorgerücktem Alter, in schwierigen Zeiten die Zügel der Regierung ergriffen hat; er hat erwähnt alles Das, was Er in dieser Zeit geschaffen hat. Ich möchte vor Allem hervorheben, dass mein Vater bestrebt ist, des ganzen Volkes und zwar von allen Seiten des Volkes Wohl zu fördern, dass Er bestrebt ist, den inneren Frieden, der in der letzten Zeit gestört war, dem Volk wiederzugeben. Er geht von dem Grundgedanken aus: Jedem das Seine! Herr Bürgermeister Freiherr von Stromer von Nürnberg hat auf das königliche Haus gesprochen. Es ist schwer zu sagen, worin die Anhänglichkeit des Hauses und des Landes gegen einander besteht; 700 Jahre, glaube ich, sind Beweis dafür! Es sind wenige Dynastien, die sich rühmen können, so lange bestanden und so lange ununterbrochen regiert zu haben. Wenn ich die Gründe hervorhebe, warum das so ist, so sind es zwei. Der eine ist, dass die Dynastie aus dem Volke hervorgegangen ist, und wahrhaftig, in der ganzen Welt giebt es wenige, die aus dem Volke hervorgegangen sind: die meisten sind hereinimportirt worden. Kein Mensch weiss den Ursprung der Dynastie. Es

Nr. 10200.
Bayern.
12. März 1891.

Nr. 10200.
Bayern.
12. März 1891.

giebt Leute, die sie zurückführen auf den Markgrafen Luitpold, Andere, die sie zurückführen auf die Agilolfinger. Das ist aber gewiss, dass Kaiser Friedrich Rothbart Otto von Wittelsbach wiedereinsetzte, weil er durch seltene Treue gegen den Kaiser sich ausgezeichnet und weil er das deutsche Heer allein in der Veroneser Klause vor dem Verderben gerettet hat. Er machte dabei altes Unrecht gut, das Einer aus dem sächsischen Hause verübt hatte. Damals hat in Bayern ein Haus regiert, welches aus dem Volke hervorgegangen ist; Karl der Grosse hat es abgesetzt. Nachdem die Karolinger ausgestorben waren, kamen die Luitpoldinger und Agilolfinger. Es kamen Kaiser aus dem sächsischen Hause, und nicht lange dauerte es, so setzten diese die Dynastie wieder ab. Dann kam Friedrich der Rothbart und mit ihm unser Haus, was wenigstens wahrscheinlich ist, und wenn Sie die weiteren 700 Jahre verfolgen, werden Sie sehen, dass wenig Häuser so treu zu Kaiser und Reich gestanden sind, als dieses Haus. Drei Kaiser sind daraus hervorgegangen, und wenn auch nicht immer das Haus geherrscht hat, hat es doch fest zum Kaiserhause gehalten. Ich erinnere an den 30jährigen Krieg. Damals hat Bayerns Kurfürst, wenn es auch nicht immer im Interesse des gesammten Landes war, zum Kaiser gehalten; ihm allein dankte der Kaiser die Erhaltung der Kaiserkrone und seines Erblandes. Andere Zeiten hat es freilich gegeben, wo Bayern in Widerspruch zum Kaiser stand; da waren aber, nicht immer, aber in den meisten Fällen, Gründe vorhanden: es war Begehrt nach bayerischem Gebiet, und es war der Landesherr genöthigt, gegen Kaiser und Reich Front zu machen; die Folgen waren aber in der Regel für Bayern und für das Reich von Uebel. Der Herr Bürgermeister von Stromer hat zum Schluss von meiner Person gesprochen; er hat erwähnt, dass ich ein guter Soldat bin; ich glaube, das ist ein Ruhm, den ich mit jedem Bayern, jedem Deutschen theilen kann. Er hat mich auch noch als Landwirth gefeiert und erwähnt, dass die Landwirthschaft zurückgewesen ist im Verhältniss zu den anderen Gewerben; ich glaube, Alles ist eine gewisse Zeit zurückgewesen, nicht nur hier, sondern überall. Gott sei Dank sind wir in dieser Beziehung Alle miteinander auf dem Wege des Fortschrittes. Ich glaube, Herr Bürgermeister von Stromer hat mich nicht ganz richtig verstanden, wenn er mich speciell als Landwirth bezeichnet; ich bin wohl ein grosser Freund derselben, übe sie selbst aus; mein Blick geht aber weiter: ich wünsche, dass die Landwirthschaft und ebenso das Gewerbe, die Industrie und der Handel gedeihen; ich wünsche, dass das ganze Volk vorwärts schreitet, und wenn diese verschiedenen Sparten ineinandergreifen, ohne sich gegenseitig zu schädigen, dann wird das Land gedeihen. Was glauben Sie wohl, auf was ich trinke? Auf nichts Anderes als auf das Land, mit dem ich mit jeder Faser meines ganzen Lebens verwoben bin, auf unser vielgeliebtes Bayern! Bayern hoch!

Handels-Verträge*).

Nr. 10201. DEUTSCHES REICH und OESTERREICH-UNGARN. —
Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen
Reiche und Oesterreich-Ungarn.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reiches einerseits, und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn, andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den beiderseitigen Gebieten inniger zu gestalten, haben beschlossen, den bestehenden Handelsvertrag vom 23. Mai 1881 durch einen neuen Handels- und Zollvertrag zu ersetzen, welcher auf längere Zeitdauer eine feste Grundlage für die Förderung des gegenseitigen Austausches von Boden- und Industrieerzeugnissen zu schaffen und zugleich geeignete Anknüpfungspunkte zu einer entsprechenden vertragsmässigen Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen zu anderen Staaten zu gewähren vermag, und haben zu diesem Zweck Verhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt:

Nr. 10201.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: Allerhöchstihren Generaladjutanten und General der Kavallerie, Heinrich VII. Prinzen Reuss, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und Apostolischem König von Ungarn;

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn: || Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, General der Kavallerie Gustav Grafen Kálnoky von Köröspatak, Minister des Kaiserlichen Hauses und des Aeussern,

*) Wir bringen nachstehend den Text der Handels-Verträge mit den Schlussprotokollen, Denkschriften etc., jedoch mit Weglassung der eigentlichen Tarife, für die wir auf das „Handelsarchiv“, resp. die vom Handelsarchiv zu veranstaltende und bald zu erwartende Ausarbeitung und Ausgabe der Gesamt-Tarife, wie sie sich auf Grund der Verträge jetzt thatsächlich neu gestalten, verweisen. D. Red.

Nr. 10201. welche unter Vorbehalt der beiderseitigen Ratifikation den nachstehenden
 Deutsches Handels- und Zollvertrag vereinbart haben:
 Reich und Oesterreich-
 Ungarn.
 6. Dec. 1891.

Artikel 1.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Landen durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen.

Ausnahmen hiervon dürfen nur stattfinden: || a) bei Taback, Salz, Schiesspulver und sonstigen Sprengstoffen sowie bei anderen Artikeln, welche in dem Gebiete eines der vertragschliessenden Theile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden; || b) aus Gesundheitspolizeirücksichten; || c) in Beziehung auf Kriegsbedürfnisse unter ausserordentlichen Umständen.

Artikel 2.

Hinsichtlich des Betrages, der Sicherung und der Erhebung der Eingangs- und Ausgangsabgaben, sowie hinsichtlich der Durchfuhr dürfen von keinem der vertragschliessenden Theile dritte Staaten günstiger als der andere vertragschliessende Theil behandelt werden. Jede dritten Staaten in diesen Beziehungen eingeräumte Begünstigung ist daher ohne Gegenleistung dem anderen vertragschliessenden Theile gleichzeitig einzuräumen.

Ausgenommen hiervon sind: || 1. jene Begünstigungen, welche von einem der vertragschliessenden Theile einem Nachbarlande zur Erleichterung des Verkehrs für gewisse Grenzstrecken und für die Bewohner einzelner Gebietstheile eingeräumt werden; || 2. die von einem der beiden vertragschliessenden Theile durch eine schon abgeschlossene oder etwa künftighin abzuschliessende Zoll-einigung zugestandenen Begünstigungen.

Artikel 3.

Die vertragschliessenden Theile sind übereingekommen, dass bei der Einfuhr aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen in das Gebiet des anderen Theils im deutschen Zollgebiete von den in der Anlage A, und im österreichisch-ungarischen Zollgebiete von den in der Anlage B bezeichneten Waaren keine, beziehungsweise keine höheren als die in diesen Anlagen bestimmten Eingangszölle erhoben werden sollen. || Wenn einer der vertragschliessenden Theile auf einen in der Anlage A, beziehungsweise B zu gegenwärtigem Verträge angeführten Gegenstand einheimischer Erzeugung oder Fabrikation eine neue innere Steuer oder einen Zuschlag zu der inneren Steuer legen sollte, so kann der gleichartige Gegenstand mit einer gleichen oder entsprechenden Abgabe bei der Einfuhr belegt werden.

Artikel 4.

Von Waaren, welche durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile aus- oder nach dem Gebiete des anderen Theiles durchgeführt werden, dürfen Durchgangsabgaben nicht erhoben werden. || Diese Verabredung findet sowohl auf die nach erfolgter Umladung oder Lagerung, als auf die unmittelbar durchgeführten Waaren Anwendung.

Artikel 5.

Zur weiteren Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs wird, sofern die Identität der aus- und wiedereingeführten Gegenstände ausser Zweifel ist, beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden: ||

a) für Waaren (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), welche aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile in das Gebiet des anderen auf Märkte oder Messen gebracht oder auf ungewissen Verkauf ausser dem Mess- und Marktverkehr versendet, sowie für Muster, welche von Handlungsreisenden eingebracht werden: alle diese Gegenstände, wenn sie binnen einer im voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt werden; || b) für Vieh, welches auf Märkte in das Gebiet des anderen vertragschliessenden Theiles gebracht und unverkauft von dort zurückgeführt wird.

Nr. 10201.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

Artikel 6.

Zur Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs in den Grenzbezirken sind unter den vertragschliessenden Theilen diejenigen besonderen Bestimmungen vereinbart, welche sich in der Anlage C verzeichnet finden.

Artikel 7.

Hinsichtlich der zollamtlichen Behandlung von Waaren, die dem Begleit-scheinverfahren unterliegen, wird eine Verkehrserleichterung dadurch gegenseitig gewährt, dass beim unmittelbaren Uebergange solcher Waaren aus dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile in das Gebiet des anderen die Verschlussabnahme, die Anlage eines anderweiten Verschlusses und die Auspackung der Waaren unterbleibt, sofern den dieserhalb vereinbarten Erfordernissen genügt ist.

Artikel 8.

Die vertragschliessenden Theile werden auch ferner darauf bedacht sein, ihre gegenüberliegenden Grenzzollämter, wo es die Verhältnisse gestatten, je an einen Ort zu verlegen, so dass die Amtshandlungen bei dem Uebertritt der Waaren aus einem Zollgebiet in das andere gleichzeitig stattfinden können.

Artikel 9.

Innere Abgaben, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Kommunen oder Korporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses gegenwärtig ruhen, oder künftig ruhen werden, dürfen Erzeugnisse des anderen Theils unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen, als die gleichnamigen Erzeugnisse des eigenen Landes.

Artikel 10.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, auch ferner zur Verhütung und Bestrafung des Schleichhandels nach oder aus ihren Gebieten durch angemessene Mittel mitzuwirken und die zu diesem Zwecke erlassenen Strafgesetze aufrechtzuerhalten, die Rechtshilfe zu gewähren, den Aufsichtsbeamten

Nr. 10201. des anderen Theiles die Verfolgung der Kontravenienten in ihr Gebiet zu gestatten und denselben durch Steuer-, Zoll- und Polizeibeamte, sowie durch die Ortsvorstände alle erforderliche Auskunft und Beihülfe zu Theil werden zu lassen.

Das nach Massgabe dieser allgemeinen Bestimmungen abgeschlossene Zollkartell enthält die Anlage D. || Für Grenzgewässer und für solche Grenzstrecken, wo die Gebiete der vertragschliessenden Theile mit fremden Staaten zusammenreffen, werden die zur gegenseitigen Unterstützung beim Ueberwachungsdienst verabredeten Massregeln aufrechterhalten.

Artikel 11.

Jeder der vertragschliessenden Theile wird die Seehandelsschiffe des anderen und deren Ladungen unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben, wie die eigenen Seehandelsschiffe, zulassen. || Dieses gilt auch für die Küstenschiffahrt. Die Staatsangehörigkeit der Schiffe jedes der vertragschliessenden Theile ist nach der Gesetzgebung ihrer Heimath zu beurtheilen. || Die beiderseitigen Schiffsmessbriefe finden nach Massgabe der zwischen den vertragschliessenden Theilen getroffenen besonderen Vereinbarungen Anerkennung.

Artikel 12.

Von Schiffen des einen der vertragschliessenden Theile, welche in Unglücks- oder Nothfällen in die Seehäfen des anderen einlaufen, sollen, wenn nicht der Aufenthalt unnöthig verlängert oder zum Handelsverkehr benutzt wird, Schiffahrts- oder Hafengebühren nicht erhoben werden. || Von Havarie- und Strandgütern, welche in das Schiff eines der vertragschliessenden Theile verladen waren, soll von dem anderen, unter Vorbehalt des etwaigen Bergelohns, eine Abgabe nur dann erhoben werden, wenn dieselben in den Verbrauch übergehen.

Artikel 13.

Zur Befahrung aller natürlichen und künstlichen Wasserstrassen in den Gebieten der vertragschliessenden Theile sollen Schiffsführer und Fahrzeuge, welche einem derselben angehören, unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben von Schiff oder Ladung zugelassen werden, wie Schiffsführer und Fahrzeuge des eigenen Landes.

Artikel 14.

Die Benutzung der Chausseen und sonstigen Strassen, Kanäle, Schleusen, Fähren, Brücken und Brückenöffnungen, der Häfen und Landungsplätze, der Bezeichnung und Belichtung des Fahrwassers, des Lootsenwesens, der Krahn- und Waageanstalten, der Niederlagen, der Anstalten zur Rettung und Bergung von Schiffsgütern und dergleichen mehr, insoweit die Anlagen oder Anstalten für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, soll, gleichviel ob dieselben vom Staate oder von Privatberechtigten verwaltet werden, den Angehörigen des anderen vertragschliessenden Theiles unter gleichen Bedingungen und gegen gleiche Gebühren, wie den Angehörigen des eigenen Staates.

gestattet werden. || Gebühren dürfen, vorbehaltlich der beim Seebeleuchtungs- und Seelootsenwesen zulässigen abweichenden Bestimmungen, nur bei wirklicher Benutzung solcher Anlagen oder Anstalten erhoben werden. || Wegegelder für einen die Landesgrenze überschreitenden Verkehr dürfen auf Strassen, welche zur Verbindung der Gebiete der vertragschliessenden Theile unter sich oder mit dem Auslande dienen, nach Verhältniss der Streckenlänge nicht höher sein, als für den auf das eigene Staatsgebiet beschränkten Verkehr.

Nr. 10201.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

Artikel 15.

Auf Eisenbahnen soll sowohl hinsichtlich der Beförderungspreise als der Zeit und Art der Abfertigung kein Unterschied zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschliessenden Theile gemacht werden. Namentlich sollen die aus den Gebieten des einen Theiles in das Gebiet des anderen Theiles übergehenden oder das letztere transitirenden Transporte weder in Bezug auf die Abfertigung, noch rücksichtlich der Beförderungspreise ungünstiger behandelt werden, als die aus dem Gebiete des betreffenden Theiles abgehenden oder darin verbleibenden Transporte. || Für den Personen- und Güterverkehr, welcher zwischen Eisenbahnstationen, die in den Gebieten des einen vertragschliessenden Theiles gelegen sind, innerhalb dieser Gebiete mittelst ununterbrochener Bahnverbindung stattfindet, sollen die Tarife in der gesetzlichen Landeswährung dieser Gebiete auch in dem Falle aufgestellt werden, wenn die für den Verkehr benutzte Bahnverbindung ganz oder theilweise im Betriebe einer Bahnanstalt steht, welche in den Gebieten des anderen Theiles ihren Sitz hat. || Auf Anschlussstrecken, und insoweit es sich lediglich um den Verkehr zwischen den zunächst der Grenze gelegenen beiderseitigen Stationen handelt, soll bei Einhebung der im Personen- und Güterverkehr zu entrichtenden Gebühren auch in dem Falle, wenn der Tarif nicht auf die gesetzliche Landeswährung der Einhebungsstelle lautet, die Annahme der nach den Gesetzen des Landes, in welchem die Einhebungsstelle gelegen ist, zulässigen Zahlungsmittel mit Berücksichtigung des jeweiligen Kurswerthes nicht verweigert werden. || Die hier geregelte Annahme von Zahlungsmitteln soll den Vereinbarungen der betheiligten Eisenbahnverwaltungen über die Abrechnung in keiner Weise vorgeifen.

Artikel 16.

Die vertragschliessenden Theile werden dahin wirken, dass der gegenseitige Eisenbahnverkehr in ihren Gebieten durch Herstellung unmittelbarer Schienenverbindungen zwischen den an einem Orte zusammentreffenden Bahnen und durch Ueberführung der Transportmittel von einer Bahn auf die andere möglichst erleichtert werde. || Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, dahin zu wirken, dass durch die beiderseitigen Bahnverwaltungen direkte Expeditionen oder direkte Tarife im Personen- und Güterverkehr, sobald und insoweit dieselben von beiden Theilen als wünschenswerth bezeichnet werden, zur Einführung gelangen. || Für den direkten Verkehr bleibt die Aufstellung einheitlicher Transportbestimmungen, insbesondere in Bezug auf Lieferungs-

Nr. 10201.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

fristen, durch unmittelbares Einvernehmen der beiderseitigen zuständigen obersten Aufsichtsbehörden vorbehalten.

Artikel 17.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den Eisenbahnverkehr zwischen den beiderseitigen Gebieten gegen Störungen und Behinderungen sicherzustellen.

Artikel 18.

Die vertragschliessenden Theile werden dort, wo an ihren Grenzen unmittelbare Schienenverbindungen vorhanden sind und ein Uebergang der Transportmittel stattfindet, Waaren, welche in vorschrittmässig verschliessbaren Wagen eingehen und in denselben Wagen nach einem Orte im Innern befördert werden, an welchem sich ein zur Abfertigung befugtes Zoll- oder Steueramt befindet, von der Deklaration, Abladung und Revision an der Grenze, sowie vom Kolloverschluss freilassen, insofern jene Waaren durch Uebergabe der Ladungsverzeichnisse und Frachtbriefe zum Eingang angemeldet sind. || Waaren, welche in vorschrittmässig verschliessbaren Eisenbahnwagen durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile ausgeführt oder nach den Gebieten des anderen ohne Umladung durchgeführt werden, sollen von der Deklaration, Abladung und Revision, sowie vom Kolloverschluss sowohl im Innern als an den Grenzen frei bleiben, insofern dieselben durch Uebergabe der Ladungsverzeichnisse und Frachtbriefe zum Durchgang angemeldet sind. || Die Verwirklichung der vorstehenden Bestimmungen ist jedoch dadurch bedingt, dass die beteiligten Eisenbahnverwaltungen für das rechtzeitige Eintreffen der Wagen mit unverletztem Verschlusse am Abfertigungsamte im Innern oder am Ausgangsamte verpflichtet seien. || Insoweit von einem der vertragschliessenden Theile mit dritten Staaten in Betreff der Zollabfertigung weitergehende, als die hier aufgeführten Erleichterungen vereinbart worden sind, finden diese Erleichterungen auch bei dem Verkehr mit dem anderen Theile, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit, Anwendung.

Artikel 19.

Die Angehörigen der vertragschliessenden Theile sollen gegenseitig in Bezug auf den Antritt, den Betrieb und die Abgaben von Handel und Gewerbe den Inländern völlig gleichgestellt sein. Beim Besuch der Märkte und Messen sollen die Angehörigen des anderen Theiles ebenso wie die eigenen Angehörigen behandelt werden. || Auf das Apothekergewerbe, das Handelsmäkler- (Sensalen-) Geschäft und den Gewerbebetrieb im Umherziehen, einschliesslich des Hausirhandels, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung. || Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, die gesetzlichen Abgaben für das von ihnen betriebene Geschäft entrichten, sollen, wenn sie persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende Ankäufe machen oder Bestellungen, nur unter Mitführung von Mustern, suchen, in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles keine weitere Abgabe hierfür zu entrichten

verpflichtet sein. || Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welche das Frachtfuhrgewerbe, die See- oder Flussschiffahrt zwischen Plätzen verschiedener Staaten betreiben, sollen für diesen Gewerbebetrieb in dem Gebiete des anderen Theiles einer Gewerbesteuer nicht unterworfen werden. || Die in dem Gebiete des einen vertragschliessenden Theiles rechtlich bestehenden Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Versicherungsgesellschaften jeder Art werden in dem Gebiete des anderen Theiles nach Massgabe der daselbst geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen zum Geschäftsbetriebe und zur Verfolgung ihrer Rechte vor Gericht zugelassen.

Nr. 10201.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

Artikel 20.

Die vertragschliessenden Theile bewilligen sich gegenseitig das Recht, Konsuln in allen denjenigen Häfen und Handelsplätzen des anderen Theiles zu ernennen, in denen Konsuln irgend eines dritten Staates zugelassen werden. || Diese Konsuln des einen der vertragschliessenden Theile sollen, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit, in dem Gebiete des anderen Theiles dieselben Vorrechte, Befugnisse und Befreiungen geniessen, deren sich diejenigen irgend eines dritten Staates erfreuen oder erfreuen werden.

Artikel 21.

Jeder der vertragschliessenden Theile wird seine Konsuln im Auslande verpflichtet, den Angehörigen des anderen Theiles, sofern letzterer an dem betreffenden Platze durch einen Konsul nicht vertreten ist, Schutz und Beistand in derselben Art und gegen nicht höhere Gebühren wie den eigenen Angehörigen zu gewähren.

Artikel 22.

Die vertragschliessenden Theile gestehen sich gegenseitig das Recht zu, an ihre Zollstellen Beamte zu dem Zweck zu senden, um von der Geschäftsbehandlung derselben in Beziehung auf das Zollwesen und die Grenzbewachung Kenntniss zu erlangen, wozu diesen Beamten alle Gelegenheit bereitwillig zu gewähren ist. || Ueber die Rechnungsführung und Statistik in beiden Zollgebieten werden gegenseitig alle gewünschten Aufklärungen ertheilt werden.

Artikel 23.

Der gegenwärtige Handels- und Zollvertrag erstreckt sich auch auf die mit den Gebieten der vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeinteten Länder oder Landestheile.

Artikel 24.

Der gegenwärtige Vertrag soll an Stelle des bestehenden Handelsvertrages am 1. Februar 1892, gleichzeitig mit dem am heutigen Tage abgeschlossenen Viehseuchen-Uebereinkommen, in Kraft treten und bis zum 31. Dezember 1903 in Wirksamkeit bleiben. Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile 12 Monate vor dem letztgedachten Zeitpunkte seine Absicht, die Wirksamkeit des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben wird, bleibt derselbe in

Nr. 10201. Geltung bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine
Deutsches Reich und Oesterreich-
Ungarn. oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird.
Artikel 25.

6. Dec. 1891. Die Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages sollen sobald als möglich
in Wien ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen
Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel
beigedrückt.

So geschehen zu Wien, den 6. Dezember 1891.

H. VII. P. Reuss.

Kálnoky.

Nr. 10202. DEUTSCHES REICH und OESTERREICH-UNGARN. —
Viehseuchen-Uebereinkommen zwischen dem Deut-
schen Reiche und Oesterreich-Ungarn.

Nr. 10202. Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des
Deutsches Reich und Oesterreich-
Ungarn. Deutschen Reiches einerseits und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich,
König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn andererseits, von
6. Dec. 1891. dem Wunsche geleitet, den Verkehr mit Thieren und thierischen Rohstoffen
zwischen den beiderseitigen Gebieten durch ein Uebereinkommen zu regeln,
haben zu diesem Zweck Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmäch-
tigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:
Allerhöchstihren Generaladjutanten und General der Kavallerie, Heinrich VII.
Prinzen Reuss, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner
Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und Apostolischem
König von Ungarn;

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen
etc. und Apostolischer König von Ungarn:
Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, General der Kavallerie Gustav
Grafen Kálnoky von Köröspatak, Minister des Kaiserlichen Hauses und des
Aeussern welche, unter Vorbehalt der beiderseitigen Ratifikation, das nachstehende
Uebereinkommen vereinbart haben:

Artikel 1.

Der Verkehr mit Thieren, mit thierischen Rohstoffen und mit Gegenständen,
welche Träger des Ansteckungsstoffes von Thierseuchen sein können, aus dem
Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile nach dem Gebiete des
anderen kann auf bestimmte Eintrittsstationen beschränkt und dort einer thier-
ärztlichen Kontrolle von Seite jenes Staates, in welchen der Uebertritt statt-
findet, unterworfen werden.

Artikel 2.

Bei der Einfuhr der im Artikel 1 bezeichneten Thiere und Gegenstände
aus dem Gebiete des einen in oder durch das Gebiet des anderen Theiles ist

ein Ursprungszeugniss (Pass) beizubringen. Dasselbe wird von der Ortsbehörde ausgestellt und ist, soferne es sich auf lebende Thiere bezieht, mit der Bescheinigung eines staatlich angestellten oder von der Staatsbehörde hierzu besonders ermächtigten Thierarztes über die Gesundheit der betreffenden Thiere zu versehen. Ist das Zeugniss nicht in deutscher Sprache ausgefertigt, so ist demselben eine amtlich beglaubigte deutsche Uebersetzung beizufügen. Das Zeugniss muss von solcher Beschaffenheit sein, dass die Herkunft der Thiere und Gegenstände und der bis zur Eintrittsstation zurückgelegte Weg mit Sicherheit verfolgt werden kann; die thierärztliche Bescheinigung muss sich ferner darauf erstrecken, dass am Herkunftsorte und in den Nachbargemeinden innerhalb der letzten 40 Tage vor der Absendung die Rinderpest oder eine andere Seuche, hinsichtlich deren die Anzeigepflicht besteht, und die auf die betreffende Thiergattung, für welche diese Zeugnisse ausgestellt sind, übertragbar ist, nicht geherrscht hat. || Für Pferde, Maulthiere, Esel und Rindvieh sind Einzelpässe auszustellen; für Schafe, Ziegen und Schweine sind Gesamtpässe zulässig. || Die Dauer der Giltigkeit der Zeugnisse beträgt acht Tage. Läuft diese Frist während des Transportes ab, so muss, damit die Zeugnisse weitere acht Tage gelten, das Vieh von einem staatlich angestellten oder von der Staatsbehörde hierzu besonders ermächtigten Thierarzte neuerdings untersucht werden, und ist von diesem der Befund auf dem Zeugnisse zu vermerken. || Bei Eisenbahn- und Schiffstransporten muss vor der Verladung eine besondere Untersuchung durch einen staatlich angestellten oder von der Staatsbehörde hierzu besonders ermächtigten Thierarzt vorgenommen und der Befund in das Zeugniss eingetragen werden. || Der Verkehr mit geschmolzenem Talg und Fett, mit fabrikmässig gewaschener und in geschlossenen Säcken verpackter Wolle, mit in geschlossenen Kisten oder Fässern eingelegten, trockenen oder gesalzenen Därmen ist auch ohne Beibringung von Ursprungszeugnissen gestattet.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

Artikel 3.

Sendungen, die den angeführten Bestimmungen nicht entsprechen, ferner Thiere, die vom Grenz-Thierarzte mit einer ansteckenden Krankheit behaftet oder einer solchen verdächtig befunden werden, endlich Thiere, die mit kranken oder verdächtigen Thieren zusammen befördert oder sonst in Berührung gekommen sind, können an der Eintrittsstation zurückgewiesen werden. Den Grund der Zurückweisung hat der Grenz-Thierarzt auf dem Zeugnisse anzugeben und mit seiner Unterschrift zu bestätigen. Die erfolgte Rückweisung und der Anlass hierzu wird von der Grenzzollbehörde ohne Verzug der politischen Behörde des Grenzbezirkes jenes vertragschliessenden Theiles, aus welchem die Ausfuhr stattfinden sollte, im kürzesten Wege angezeigt werden. || Wird eine solche Krankheit an eingeführten Thieren erst nach erfolgtem Grenzübertritte im Bestimmungslande wahrgenommen, so ist der Thatbestand unter Zuziehung eines beamteten Thierarztes (Staats-Thierarztes) protokollarisch

Nr. 10202. festzustellen und Abschrift des Protokolles der Regierung des anderen vertragsschliessenden Theiles unverweilt zuzusenden.

Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

Artikel 4.

Wenn die Rinderpest in dem Gebiete eines der vertragschliessenden Theile auftritt, so steht dem anderen Theile das Recht zu, die Einfuhr von Wiederkäuern, Schweinen und thierischen Rohstoffen, sowie von giftfangenden Gegenständen zeitweise zu verbieten oder zu beschränken.

Artikel 5.

Solange die Lungenseuche in den Viehbeständen des einen der vertragschliessenden Theile herrscht, ist der andere Theil berechtigt, die Einfuhr von Rindvieh aus den verseuchten Gebieten (im Deutschen Reiche: Bundesstaaten, Provinzen; in Oesterreich: Königreiche und Länder; in den Ländern der ungarischen Krone: Komitate) zu untersagen. In diesem Falle muss die Beförderung von Rindvieh, welches, aus nicht verseuchten Gebieten herstammend, gesperrte Gebiete zum Zweck des Transportes nach der Grenze passiren soll, auf der Eisenbahn in amtlich verschlossenen Waggons unter Vermeidung jeder Umladung, jeder Zuladung von anderem Vieh und jeder Transportverzögerung bewirkt werden.

Artikel 6.

Wenn aus dem Gebiete eines der vertragschliessenden Theile durch den Viehverkehr eine ansteckende Thierkrankheit, hinsichtlich deren die Verpflichtung zur Anzeige besteht, nach dem Gebiete des anderen Theiles eingeschleppt worden ist, so steht letzterem das Recht zu, die Einfuhr von Thieren aller derjenigen Gattungen zeitweilig zu beschränken oder zu verbieten, auf welche der Ansteckungsstoff übertragbar ist. || Die in den Seuchengesetzgebungen der vertragschliessenden Theile enthaltenen Vorschriften, welchen zu Folge im Falle des Ausbruches von ansteckenden Thierkrankheiten an oder in der Nähe der Grenze zur Abwehr und Unterdrückung derselben der Verkehr zwischen den beiderseitigen Grenzbezirken, sowie der einen gefährdeten Grenzbezirk transirende Verkehr besonderen Beschränkungen und Verboten unterworfen werden kann, werden durch das gegenwärtige Abkommen nicht berührt.

Artikel 7.

Die vertragschliessenden Theile räumen sich gegenseitig die Befugniss ein, durch Kommissäre in dem Gebiete des anderen Theiles Erkundigungen über den Gesundheitszustand der Viehbestände, über die Einrichtung von Viehhöfen, Schlachthäusern, Quarantäneanstalten und dergleichen und über die Durchführung der bestehenden veterinärpolizeilichen Vorschriften an Ort und Stelle einziehen zu lassen. Einer vorgängigen Anmeldung der Kommissäre bedarf es nicht. Die vertragschliessenden Theile werden die Behörden allgemein anweisen, den Kommissären des anderen Theiles, sobald sie sich als solche legitimiren, auf Wunsch Unterstützung zu gewähren und Auskunft zu ertheilen.

Artikel 8.

Jeder der vertragschliessenden Theile wird periodische Nachweisungen über den jeweiligen Stand der Thierseuchen erscheinen und dieselben dem anderen vertragschliessenden Theile direkt zukommen lassen. || Ueber die Seuchenausbrüche in den Grenzverwaltungsbezirken werden sich die Behörden gegenseitig sofort direkt verständigen. || Wenn im Gebiete eines der vertragschliessenden Theile die Rinderpest ausbricht, wird den Regierungen des anderen Theiles von dem Ausbruche und der Verbreitung derselben auf telegraphischem Wege direkt Nachricht gegeben werden.

Artikel 9.

Eisenbahnwagen, in welchen Pferde, Maulthiere, Esel, Rindvieh, Schafe, Ziegen oder Schweine befördert worden sind, müssen, wenn sie zum Transport aus dem Gebiete des einen Theiles in das des anderen verwendet werden sollen, zuvor einem durch besondere Uebereinkunft festzustellenden Reinigungs- (Desinfektions-) Verfahren unterworfen werden, welches geeignet ist, die den Wagen etwa anhaftenden Ansteckungsstoffe vollständig zu tilgen. || Die vertragschliessenden Theile werden die im Bereiche eines Theiles vorschriftsmässig vollzogene Desinfektion solcher Eisenbahnwagen als auch für den anderen Theil geltend anerkennen.

Artikel 10.

Der Weideverkehr aus dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile nach dem Gebiete des anderen ist unter nachstehenden Bedingungen gestattet: || a) Die Eigenthümer der Heerden werden beim Grenzübertritte ein Verzeichniss der Thiere, welche sie auf die Weide bringen wollen, mit der Angabe der Stückzahl und der charakteristischen äusseren Merkmale derselben zur Verifizirung (Prüfung und Beglaubigung) vorlegen. || b) Die Rückkehr der Thiere wird nur nach Feststellung ihrer Identität bewilligt.

Wenn jedoch während der Weidezeit eine für die betreffende Thiergattung ansteckende Krankheit unter einem Theile der Heerden, oder auch nur an einem weniger als 20 Kilometer von dem Weideplatz entfernten Orte oder auf jener Strasse, auf welcher die Rückkehr der Heerde zur Grenzstation erfolgen soll, ausbricht, so ist die Rückkehr des Viehes nach dem Gebiete des anderen Theiles untersagt, sofern nicht zwingende Verhältnisse (Futtermangel, schlechte Witterung u. s. w.) eine Ausnahme erheischen. In solchen Fällen darf die Rückkehr der von der Seuche noch nicht ergriffenen Thiere nur unter Anwendung von durch die zuständigen Behörden zur Verhinderung der Seuchenschleppung vereinbarten Sicherungsmassregeln erfolgen.

Artikel 11.

Die Bewohner von nicht mehr als 5 Kilometer von der Grenze entfernt liegenden Ortschaften können die Grenze in beiden Richtungen zu jeder Stunde mit ihren eigenen, an den Pflug oder an ein Fuhrwerk gespannten Thieren überschreiten, jedoch nur zum Zweck landwirthschaftlicher Arbeiten oder in

Nr. 10202. Deutsches Reich und Oesterreich-Ungarn. 6. Dec. 1891. Ausübung ihres Gewerbes und unter Beobachtung der bestehenden Zollvorschriften. || Diese Vergünstigung kann seitens der vertragschliessenden Theile von der Erfüllung folgender Bedingungen abhängig gemacht werden: || a) Jedes Gespann, welches die Grenze zu landwirthschaftlicher Arbeit oder im Gewerbebetrieb überschreitet, muss mit einem Zeugnisse des Ortsvorstandes der Gemeinde versehen sein, in welcher sich der Stall befindet. Dieses Zeugniß muss den Namen des Eigenthümers oder des Führers des Gespannes, die Beschreibung der Thiere und die Angabe des Umkreises (in Kilometern) des Grenzgebietes, in welchem das Gespann zu arbeiten bestimmt ist, enthalten. || b) Ueberdies ist beim Austritt wie bei der Rückkehr ein Zeugniß des Ortsvorstandes derjenigen Grenzgemeinde erforderlich, aus welcher das Gespann kommt, und im Falle des Durchzuges durch das Gebiet einer anderen Gemeinde auch eine Bescheinigung der letzteren, womit bestätigt wird, dass die betreffende Gemeinde vollkommen frei von jeder Thierseuche ist, und dass auch in einem Umkreise von 10 Kilometern die Rinderpest und Lungenseuche nicht vorkommt. Dieses Zeugniß muss alle 6 Tage erneuert werden.

Artikel 12.

Das gegenwärtige Uebereinkommen tritt gleichzeitig mit dem zwischen den vertragschliessenden Theilen vereinbarten Handels- und Zollvertrage in Kraft und bleibt für die Dauer desselben in Wirksamkeit. || Die vertragschliessenden Theile sind jedoch damit einverstanden, dass die beim Inkrafttreten des Uebereinkommens noch bestehenden, mit den Bestimmungen desselben nicht vereinbaren Beschränkungen und Verbote während eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Abkommens in Geltung bleiben können. || Die Ratifikationen des gegenwärtigen Uebereinkommens sollen gleichzeitig mit jenen des zwischen den vertragschliessenden Theilen vereinbarten Handels- und Zollvertrages in Wien ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Uebereinkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Wien, den 6. Dezember 1891.

H. VII. P. Reuss.

Kálnoky.

Schlussprotokoll.

Bei der am heutigen Tage stattgefundenen Unterzeichnung des Viehseuchen-Uebereinkommens zwischen dem Deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Erklärungen und Verabredungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt:

1. Die Bestimmungen des Viehseuchen-Uebereinkommens finden nur auf Provenienzen eines der vertragschliessenden Theile Anwendung. Die Zulassung von Thieren oder Gegenständen, welche, aus anderen Ländern stammend, durch das Gebiet des einen Theiles zur Ein- oder Durchfuhr in das Gebiet des anderen Theiles gelangen sollen, liegt ausserhalb des Rahmens des gegenwärtigen Uebereinkommens.

2. In den Ursprungszeugnissen ist neben dem Ursprungsorte auch der politische Bezirk und derjenige grössere Verwaltungsbezirk (im Deutschen Reich: Bundesstaaten, Provinzen; in Oesterreich: Königreiche und Länder; in den Ländern der ungarischen Krone: Komitate) zu bezeichnen, welchem der Ursprungsort angehört.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

3. Die amtliche Beglaubigung der Uebersetzung der nicht in deutscher Sprache ausgefertigten Ursprungszeugnisse ist durch eine zur Führung eines Dienstsiegels befugte Person oder Behörde zu bewirken. Diesen Personen oder Behörden wird bei Eisenbahntransporten der Vorstand der Verladestation zugerechnet.

4. Die im Artikel 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens getroffene Bestimmung ist an die Voraussetzung geknüpft, dass in beiden Ländergebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie die Seuchengesetze mit den im Deutschen Reich bestehenden Vorschriften dahin in Uebereinstimmung gebracht werden, dass die an der Lungenseuche erkrankten Thiere zu tödten sind und dass alle übrigen Thiere des Rindergeschlechtes, welche mit erkrankten Thieren in demselben Gehöfte stehen oder gestanden haben, vor Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des letzten Erkrankungsfalles aus dem Seuchengehöfte nicht entfernt werden dürfen, es sei denn zum Zweck der sofortigen Abschachtung innerhalb Oesterreich-Ungarns.

Insolange diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, sollen an Stelle des Artikels 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens folgende Bestimmungen treten:

„Solange die Lungenseuche in den Viehbeständen des einen der vertragsschliessenden Theile herrscht, ist der andere Theil berechtigt, die Einfuhr von Rindvieh aus den verseuchten Gebieten (im Deutschen Reiche: Bundesstaaten, Provinzen; in Oesterreich: Königreiche und Länder; in den Ländern der ungarischen Krone: Komitate) zu untersagen, aus anderen Gebieten aber dahin zu beschränken, dass die Thiere von der dem Ursprungsorte nächstliegenden Eisenbahnstation in amtlich verschlossenen Waggons unter Vermeidung jeder Umladung, jeder Zuladung von anderem Vieh und jeder Transportverzögerung an die Grenze und von hier aus in öffentliche, veterinärpolizeilich überwachte Schlachthäuser zur alsbaldigen Abschachtung überzuführen sind.“

5. Hinsichtlich der Anwendung der Bestimmung des Artikels 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens auf Provenienzen aus einzelnen deutschen Bundesstaaten einerseits, und den österreichischen Ländern Galizien, Böhmen, Mähren und Oesterreich unter der Enns andererseits, wird erklärt, dass die vertragsschliessenden Theile die ihnen zustehende Sperrbefugniss nicht auf den gesammten Umfang des Gebietes, in welchem die Lungenseuche herrscht, sondern jeweilig nur auf einen im Hinblick auf den Zweck der Verhütung der Seuchenverschleppung genügend grossen Theil desselben anzuwenden beabsichtigen. Zu diesem Zweck werden innerhalb der vorgedachten Gebiete engere Sperrgebiete bezeichnet werden, deren Festsetzung durch Notenwechsel vorbehaltlich späterer, im wechselseitigen Einverständnisse vorzunehmender Aenderungen erfolgen wird.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

Es liegt in der Absicht der vertragschliessenden Theile, von der durch Artikel 5 des Viehseuchen-Uebereinkommens eingeräumten Berechtigung der Absperrung ganzer Gebiete (im Deutschen Reiche: Bundesstaaten, Provinzen; in Oesterreich: Königreiche und Länder; in den Ländern der ungarischen Krone: Komitate) alsdann nicht Gebrauch zu machen, wenn in einem solchen, sonst der Regel nach seuchenreinen Gebiete vereinzelte Lungenseuchenfälle vorkommen. Diese Bestimmung findet jedoch auf Böhmen, Mähren, Galizien und Oesterreich unter der Enns keine Anwendung.

6. Die Bestimmung im Artikel 6 Absatz 2 des Viehseuchen-Uebereinkommens erstreckt sich nicht auf den durchgehenden Eisenbahnverkehr in amtlich verschlossenen Waggonen; hierbei soll jedoch jede Zuladung von lebendem Vieh, jede Umladung und jede Transportverzögerung im verseuchten Grenzbezirke untersagt sein.

7. Die auf Grund der Ziffer 3 des Schlussprotokolls zu Artikel 1 des Handelsvertrages vom 23. Mai 1881 derzeit in Uebung stehenden Begünstigungen der Wirthschaftsbesitzer in den deutschen Grenzbezirken hinsichtlich des Bezuges von Nutz- und Zuchtvieh aus Oesterreich-Ungarn werden während der im Artikel 12 des Viehseuchen-Uebereinkommens vorgesehenen Uebergangszeit keinesfalls eingeschränkt werden.

Das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation durch die blosse Thatsache der Auswechslung der Ratifikationen des Viehseuchen-Uebereinkommens, auf welches es sich bezieht, als von den vertragschliessenden Theilen gebilligt und bestätigt anzusehen ist, wurde in doppelter Ausfertigung am 6. Dezember in Wien unterzeichnet.

H. VII. P. Reuss.

Kálnoky.

Anlage C.

Erleichterungen im Grenzverkehr.

1. Auf Landgütern oder Grundbesitzungen, welche von der Zollgrenze der beiderseitigen Gebietstheile durchschnitten sind, dürfen das dazu gehörige Wirthschaftsvieh und Wirthschaftsgeräthe, die Aussaat zum dortigen Feldbau, dann die auf denselben gewonnenen Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht bei der Beförderung von den Orten ihrer Hervorbringung nach den zu ihrer Verwahrung bestimmten Gebäuden und Räumen von einem Zollgebiete auf das andere an den durch die Verwendung oder Bestimmung im Wirthschaftsbetriebe angezeigten natürlichen Uebergangspunkten zollfrei gebracht werden.

2. Die Grenzbewohner, welche im jenseitigen Grenzbezirke eigene oder gepachtete Aecker und Wiesen zu bestellen, oder dort, jedoch in der Nähe ihres Wohnortes, sonst eine Feldarbeit zu verrichten haben, geniessen Zollfreiheit in Betreff der Aussaat zum Anbau der erwähnten Grundstücke und der von denselben weggeführten Fehschung an Feldfrüchten und Getreide in

Garben, dann in Betreff des Arbeitsviehes und der Arbeitsgeräthschaften für die landwirthschaftlichen Verrichtungen.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.

6. Dec. 1891

Nach Massgabe der örtlichen Verhältnisse und der zu verrichtenden Arbeiten kann der Grenzübertritt auch auf Nebenwegen unter Beobachtung der diesfalls zu bestimmenden Vorsichtsmassregeln dann geschehen, wenn die Rückkehr noch an demselben Tage erfolgt.

3. Die nachbenannten Gegenstände dürfen im gegenseitigen Verkehr der Grenzbezirke, wo die örtlichen Verhältnisse dies wünschenswerth und zulässig erscheinen lassen, unter dienlichen Vorsichten auch auf Nebenwegen zollfrei ein- oder austreten: Ausgelaugte oder Auswurfsasche zum Düngen; Bausand (gemeiner) und Kieselsteine; Bienenstöcke mit lebenden Bienen; Dünger, thierischer; Feuerschwamm, roher; Flachs und Hanf in Wurzeln; Gras; Moos; Binsen; Futterkräuter; Waldstreu; Heu, Stroh und Häckerling; Milch; Schmirgel und Trippel in Stücken; Thon und Töpfererde, gemeine; Torf und Mooreerde.

4. Vieh, das auf Weiden getrieben wird oder von denselben zurückkehrt, ebenso Vieh, welches zur Stallfütterung ein- oder ausgeführt wird, kann, wenn die Identität sichergestellt ist, zollfrei über die Zolllinie ein- und austreten. Auch die Erzeugnisse von solchem Vieh, als: Milch, Butter, Käse, Wolle und das in der Zwischenzeit zugewachsene junge Vieh, dürfen in einer der Stückzahl des Viehes und der Weidezeit angemessenen Menge zollfrei zurückgeführt werden. || Soweit die örtlichen Verhältnisse es erfordern, ist die Ueberschreitung der Grenze auf Nebenwegen unter Beobachtung der diesfalls zu bestimmenden lokalen Vorsichtsmassregeln auch dann zulässig, wenn es sich um eine längere Weidezeit im jenseitigen Grenzbezirke handelt. || Die Zollfreiheit wird auch zugestanden für Salz, Mehl und Brot, welches von den Grenzbewohnern während der Alpenweidezeit auf ihre im jenseitigen Staatsgebiet befindlichen Alpenweideplätze zum nothwendigen Verbrauch beim Betriebe der Alpenwirthschaft verbracht wird. || Die zollfrei zu belassenden Mengen an Salz, Mehl und Brot werden nach Massgabe des Bedürfnisses von den beiderseitigen Zollverwaltungen festgesetzt.

5. Für Vieh, welches zur Arbeit aus dem einen Gebiete in das andere vorübergehend gebracht wird und von der Arbeit aus letzterem in das erstere zurückkommt, desgleichen für landwirthschaftliche Maschinen und Geräte, welche zur vorübergehenden Benützung aus dem einen in das andere Gebiet gebracht und nach erfolgter Benützung wieder in das erstere zurückgeführt werden, wird unter den für das Vormerkverfahren bestehenden Kontrollen die Zollfreiheit zugestanden.

6. Die beiderseitigen Grenzbewohner sind, wenn sie Getreide, Oelsamen, Hanf, Lein, Holz, Lohe und andere dergleichen landwirthschaftliche Gegenstände zum Vermahlen, Stampfen, Schneiden, Reiben u. s. w. auf Mühlen in den jenseitigen Grenzbezirk bringen und im verarbeiteten Zustande wieder zurückführen, von jeder Zollabgabe befreit.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

Auch wird hierbei gestattet, Ausnahmen von dem regelmässigen Zollverfahren, wenn berücksichtigungswerthe örtliche Verhältnisse dafür sprechen, unter Substituierung anderer, den Umständen angemessener Modalitäten zum Schutze gegen Zollumgehungen zu bewilligen. Die Mengen der Erzeugnisse, welche an Stelle der Rohstoffe wieder eingebracht werden dürfen, beziehungsweise wieder ausgeführt werden müssen, sind nach Erforderniss von den beiderseitigen Zollverwaltungen einvernehmlich angemessen festzusetzen.

7. Die gegenseitige Zollfreiheit soll sich ferner erstrecken auf alle Säcke und Gefässe, worin landwirthschaftliche Erzeugnisse, als z. B. Getreide und andere Feldfrüchte, Gips, Kalk, Getränke oder Flüssigkeiten anderer Gattung und sonst im Grenzverkehr vorkommende Gegenstände in das Nachbarland gebracht werden und die von dort leer auf dem nämlichen Wege wieder zurückgelangen.

8. Die bestehenden Erleichterungen in dem Verkehr zwischen den Bewohnern der beiderseitigen Grenzbezirke in Bezug auf Gegenstände ihres eigenen Bedarfs zur Reparatur oder sonst einer handwerksmässigen Bearbeitung, welcher die häusliche Lohnarbeit gleichzuhalten ist, werden aufrecht-erhalten.

9. Zubereitete Arzneiwaaren, welche Grenzbewohner gegen Rezepte von zur Ausübung der Praxis berechtigten Aerzten in, den Verhältnissen der Beziehenden entsprechenden, kleinen Mengen aus benachbarten Apotheken holen, dürfen auch ohne Bewilligung der politischen Behörde eingebracht und zollfrei abgefertigt werden. Bei einfachen, zu Medizinalzwecken dienenden Drogen und einfachen pharmazeutischen und chemischen Präparaten, deren pharmazeutische Bezeichnung auf der Umhüllung genau und deutlich ersichtlich gemacht ist und welche nach den in dem betreffenden Gebiete geltenden Bestimmungen im Handverkaufe verabreicht werden dürfen, wird überdies von dem Erforderniss der Beibringung von Rezepten abgesehen.

10. Bei den bestehenden sonstigen Erleichterungen, Förmlichkeiten und Kontrollen im Grenzverkehr behält es sein Bewenden.

Anlage D.

Zollkartell.

§ 1.

Jeder der vertragschliessenden Theile verpflichtet sich, zur Verhinderung, Entdeckung und Bestrafung von Uebertretungen (§§ 13 und 14) der Zollgesetze des anderen Theiles nach Massgabe der folgenden Bestimmungen mitzuwirken.

§ 2.

Jeder der vertragschliessenden Theile wird seinen Angestellten, welche zur Verhinderung oder zur Anzeige von Uebertretungen seiner eigenen Zollgesetze angewiesen sind, die Verpflichtung auflegen, sobald ihnen bekannt wird, dass eine Uebertretung derartiger Gesetze des anderen Theiles unternommen

werden soll oder stattgefunden hat, dieselbe im ersteren Falle durch alle ihnen gesetzlich zustehenden Mittel thunlichst zu verhindern und in beiden Fällen der inländischen Zoll- oder Steuerbehörde (im Deutschen Reiche: Hauptzollämter oder Hauptsteuerämter, in Oesterreich-Ungarn: Hauptzollämter oder Finanzwachkommissäre) schleunigst anzuzeigen.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

§ 3.

Die Zoll- oder Steuerbehörden des einen Theiles sollen über die zu ihrer Kenntniss gelangenden Uebertretungen von Zollgesetzen des anderen Theiles den im § 2 bezeichneten Zoll- oder Steuerbehörden des letzteren sofort Mittheilung machen und denselben dabei über die einschlagenden Thatsachen, soweit sie diese zu ermitteln vermögen, jede sachdienliche Auskunft ertheilen.

§ 4.

Die Einhebungsämter eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen den dazu von dem anderen Theile ermächtigten oberen Zoll- oder Steuerbeamten die Einsicht der Register und Registerabtheilungen, welche den Waarenverkehr aus und nach den Gebieten des letzteren und an der Grenze derselben nachweisen, nebst Belegen auf Begehren jederzeit an der Amtsstelle gestatten.

§ 5.

Die Zoll- und Steuerbeamten an der Grenze zwischen den beiderseitigen Zollgebieten sollen angewiesen werden, sich zur Verhütung und Entdeckung des Schleichhandels nach beiden Seiten hin bereitwilligst zu unterstützen und nicht allein zu jenem Zweck ihre Wahrnehmungen sich gegenseitig binnen der kürzesten Frist mitzutheilen, sondern auch ein freundschaftliches Vernehmen zu unterhalten und zur Verständigung über zweckmässiges Zusammenwirken von Zeit zu Zeit und bei besonderen Veranlassungen sich miteinander zu berathen.

§ 6.

Den Zoll- und Steuerbeamten der vertragschliessenden Theile soll gestattet sein, bei Verfolgung eines Schleichhändlers oder der Gegenstände oder Spuren einer Uebertretung der Zollgesetze ihres Staates sich in das Gebiet des anderen Theiles zu dem Zweck zu begeben, um bei den dortigen Ortsvorständen oder Behörden die zur Ermittlung des Thatbestandes und des Thäters und die zur Sicherung des Beweises erforderlichen Massregeln, das Sammeln aller Beweismittel bezüglich der vollbrachten oder versuchten Zollumgehung, sowie den Umständen nach die einstweilige Beschlagnahme der Waaren und die Festhaltung der Thäter zu beantragen. || Anträgen dieser Art sollen die Ortsvorstände und Behörden jedes der vertragschliessenden Theile in derselben Weise genügen, wie ihnen dies bei vermutheten oder entdeckten Uebertretungen der Zollgesetze des eigenen Staates zusteht und obliegt. Auch können die Zoli- und Steuerbeamten des einen Theiles durch Requisition ihrer vorgesetzten Behörde von Seiten der zuständigen Behörde des anderen Theiles aufgefördert werden, entweder vor letzterer selbst oder vor der kompetenten

No. 10202. Behörde ihres eigenen Landes die auf die Zollumgehung bezüglichen Umstände
Deutsches auszusagen.
Reich und

Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

§ 7.

Keiner der vertragschliessenden Theile wird in seinem Gebiete Vereinigungen zum Zweck des Schleichhandels nach dem Gebiete des anderen Theiles dulden oder Verträgen zur Sicherung gegen die möglichen Nachtheile schleichhändlerischer Unternehmungen Giltigkeit zugestehen.

§ 8.

Jeder der vertragschliessenden Theile ist verpflichtet, zu verhindern, dass Vorräthe von Waaren, welche als zum Schleichhandel nach dem Gebiete des anderen Theiles bestimmt anzusehen sind, in der Nähe der Grenze des letzteren angehäuft oder ohne genügende Sicherung gegen den zu besorgenden Missbrauch niedergelegt werden. || Innerhalb des Grenzbezirkes sollen Niederlagen fremder unverzollter Waaren in der Regel nur an solchen Orten, wo sich ein Zollamt befindet, gestattet und in diesem Falle unter Verschluss und Kontrolle der Zollbehörde gestellt werden. || Sollte in einzelnen Fällen der amtliche Verschluss nicht anwendbar sein, so sollen statt desselben anderweite möglichst sichernde Kontrollmassregeln angeordnet werden. Vorräthe von fremden verzollten und von inländischen Waaren innerhalb des Grenzbezirkes sollen das Bedürfniss des erlaubten, d. h. nach dem örtlichen Verbräuche im eigenen Lande bemessenen Verkehrs nicht überschreiten. Entsteht Verdacht, dass sich Vorräthe von Waaren der letztgedachten Art über das bezeichnete Bedürfniss und zum Zweck des Schleichhandels gebildet hätten, so sollen dergleichen Niederlagen, insoweit es gesetzlich zulässig ist, unter specielle, zur Verhinderung des Schleichhandels geeignete Kontrolle der Zollbehörde gestellt werden.

§ 9.

Jeder der vertragschliessenden Theile ist verpflichtet: || a) Waaren, deren Ein- oder Durchfuhr in dem Gebiete des anderen Theiles verboten ist, nach demselben nur beim Nachweise dortiger besonderer Erlaubniss zoll- oder steueramtlich abzufertigen; || b) Waaren, welche in dem Gebiete des anderen Theiles eingangsabgabepflichtig und dahin bestimmt sind, nach demselben || 1. nur in der Richtung nach einem dortigen mit ausreichenden Befugnissen versehenen Eingangsamte, || 2. von den Ausgangsämtern oder Legitimationsstellen nur zu solchen Tageszeiten, dass sie jenseits der Grenze zu dort erlaubter Zeit eintreffen können, und || 3. unter Verhinderung jedes vermeidlichen Aufenthalts zwischen dem Ausgangsamte oder der Legitimationsstelle und der Grenze, zoll- oder steueramtlich abzufertigen, oder mit Ausweisen zu versehen.

§ 10.

Auch wird jeder der vertragschliessenden Theile die Erledigung der für die Wiederausfuhr unverabgabter Waaren ihm geleisteten Sicherheiten, sowie die für Ausfuhren gebührenden Abgabenerlasse oder Erstattungen erst dann eintreten lassen, wenn ihm durch eine vom Eingangsamte auszustellende,

die Registerpost und das Datum der Abfertigung enthaltende Bescheinigung nachgewiesen wird, dass die nach dem vorbezeichneten Nachbarlande ausgeführte Waare in dem letzteren angemeldet worden ist.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

§ 11.

Vor Ausführung der im § 9 unter b und im § 10 enthaltenen Bestimmungen werden die vertragschliessenden Theile über die erforderliche Anzahl und die Befugnisse der zum Waarenübergange an der gemeinschaftlichen Grenze bestimmten Anmelde- und Erhebungsstellen, über die denselben, soweit sie zu einander unmittelbar in Beziehung stehen, übereinstimmend vorzuschreibenden Abfertigungsstunden und über nach Bedürfniss anzuordnende amtliche Begleitungen der ausgeführten Waaren bis zur jenseitigen Anmeldestelle, sowie über besondere Massregeln für den Eisenbahnverkehr sich bereitwilligst verständigen.

§ 12.

Jeder der vertragschliessenden Theile hat die in den §§ 13 und 14 erwähnten Uebertretungen der Zollgesetze des anderen Theiles nicht allein seinen Angehörigen, sondern auch allen denjenigen, welche in seinem Gebiete einen vorübergehenden Wohnsitz haben oder auch nur augenblicklich sich befinden, unter Androhung der zu jenen Paragraphen bezeichneten Strafen zu verbieten. Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich wechselseitig, die dem anderen vertragschliessenden Theile angehörigen Unterthanen, welche den Verdacht des Schleichhandels wider sich erregt haben, innerhalb ihrer Gebiete überwachen zu lassen.

Zu diesem Zweck steht jedem der vertragschliessenden Theile frei, zu den im Grenzbezirke des anderen Theiles abgehaltenen Messen und Märkten, auch Viehmärkten, geeignete Organe zur Beobachtung zu entsenden, sowie durch seine oberen Zoll- und Steuerbeamten von den Viehmarktsprotokollen, soweit solche geführt werden, Einsicht nehmen zu lassen und sich Abschrift derselben zu verschaffen.

§ 13.

Uebertretungen von Ein-, Aus- und Durchfahrverboten des anderen Theiles und Zoll- oder Steuerdefrauden, das heisst solche Handlungen oder gesetzwidrige Unterlassungen, durch welche dem letzteren eine ihm gesetzlich gebührende Ein- oder Ausgangsabgabe entzogen wird oder bei unentdecktem Gelingen entzogen werden würde, sind von jedem der vertragschliessenden Theile nach seiner Wahl entweder mit Konfiscation des Gegenstandes der Uebertretung, eventuell Erlegung des vollen Werthes, und daneben mit angemessener Geldstrafe oder mit denselben Geld- oder Vermögensstrafen zu bedrohen, welchen gleichartige oder ähnliche Uebertretungen seiner eigenen Abgabengesetze unterliegen. || Im letzteren Falle ist der Strafbetrag, soweit derselbe gesetzlich nach dem entzogenen Abgabebetrag sich richtet, nach dem Tarife des Staates zu bemessen, dessen Abgabengesetz übertreten worden ist.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

§ 14.

Für solche Uebertretungen der Zollgesetze des anderen Theiles, durch welche erweislich ein Ein-, Aus- oder Durchfuhrverbot nicht verletzt oder eine Abgabe widerrechtlich nicht entzogen werden konnte oder sollte, sind genügende, in bestimmten Grenzen vom strafrichterlichen Ermessen abhängige Geldstrafen anzudrohen.

§ 15.

Freiheits- oder Arbeitsstrafen (vorbehaltlich der nach seinen eigenen Abgabengesetzen eintretenden Abbüßung unvollstreckbarer Geldstrafen durch Haft oder Arbeit), sowie Ehrenstrafen, die Entziehung von Gewerbsberechtigungen oder, als Strafschärfung, die Bekanntmachung erfolgter Verurtheilungen anzudrohen, ist auf Grund dieses Kartells keiner der vertragschliessenden Theile verpflichtet.

§ 16.

Dagegen darf durch die nach den §§ 12 bis 15 zu erlassenden Strafbestimmungen die gesetzmässige Bestrafung der bei Verletzung der Zollgesetze des anderen Theiles etwa vorkommenden sonstigen Uebertretungen, Vergehen und Verbrechen, als: Beleidigungen, rechtswidrige Widersetzlichkeit, Drohungen oder Gewaltthätigkeiten, Fälschungen, Bestechungen oder Erpressungen u. dergl., nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden.

§ 17.

Uebertretungen der Zollgesetze des anderen Theiles hat auf Antrag einer zuständigen Behörde desselben jeder der vertragschliessenden Theile von denselben Gerichten und in denselben Formen, wie Uebertretungen seiner eigenen derartigen Gesetze, untersuchen und gesetzmässig bestrafen zu lassen, || 1. wenn der Angeschuldigte entweder ein Angehöriger des Staates ist, welcher ihn zur Untersuchung und Strafe ziehen soll, oder || 2. wenn jener nicht allein zur Zeit der Uebertretung in dem Gebiete dieses Staates einen, wenn auch nur vorübergehenden Wohnsitz hatte oder die Uebertretung von diesem Gebiete aus beging, sondern auch bei oder nach dem Eingange des Antrages auf Untersuchung sich in demselben Staate betreffen lässt; || in dem unter 2 erwähnten Falle jedoch nur dann, wenn der Angeschuldigte nicht Angehöriger des Staates ist, dessen Gesetze Gegenstand der angeschuldigten Uebertretung sind.

§ 18.

Zu den im § 17 bezeichneten Untersuchungen sollen das Gericht, von dessen Bezirke aus die Uebertretung begangen ist, und das Gericht, in dessen Bezirke der Angeschuldigte seinen Wohnsitz oder, als Ausländer, seinen einstweiligen Aufenthalt hat, insofern zuständig sein, als nicht wegen derselben Uebertretung gegen denselben Angeschuldigten ein Verfahren bei einem anderen Gerichte anhängig oder durch schliessliche Entscheidung beendet ist.

§ 19.

Bei den im § 17 bezeichneten Untersuchungen soll den amtlichen Angaben der Behörden oder Angestellten des anderen Theiles dieselbe Beweiskraft

beigelegt werden, welche den amtlichen Angaben der Behörden oder Angestellten des eigenen Staates in Fällen gleicher Art beigelegt ist.

§ 20.

Die Kosten eines nach Massgabe des § 17 eingeleiteten Strafverfahrens und der Strafvollstreckung sind nach denselben Grundsätzen zu bestimmen und aufzulegen, welche für Strafverfahren wegen gleichartiger Uebertretungen der Gesetze des eigenen Staates gelten.

Für die einstweilige Bestreitung derselben hat der Staat zu sorgen, in welchem die Untersuchung geführt wird.

Diejenigen Kosten des Verfahrens und der Strafvollstreckung, welche, wenn das Verfahren wegen Uebertretung der eigenen Abgabengesetze stattgefunden hätte, von jenem Staate schliesslich zu tragen sein würden, hat, insoweit sie nicht vom Angeschuldigten eingezogen oder durch eingegangene Strafbeträge gedeckt werden können, der Staat zu erstatten, dessen Behörde die Untersuchung beantragte.

§ 21.

Die Geldbeträge, welche in Folge eines nach Massgabe des § 17 eingeleiteten Strafverfahrens von dem Angeschuldigten oder für verkaufte Gegenstände der Uebertretung eingehen, sind dergestalt zu verwenden, dass davon zunächst die rückständigen Gerichtskosten, sodann die dem anderen Theile entzogenen Abgaben und zuletzt die Strafen berichtet werden.

Ueber die letzteren hat der Staat zu verfügen, in welchem das Verfahren stattfand.

§ 22.

Eine nach Massgabe des § 17 eingeleitete Untersuchung ist, solange ein rechtskräftiges Enderkenntniss noch nicht erfolgte, auf Antrag der Behörde desjenigen Staates, welcher dieselbe veranlasst hatte, sofort einzustellen.

§ 23.

Das Recht zum Erlasse und zur Milderung der Strafen, zu welchen der Angeschuldigte in Folge eines nach Massgabe des § 17 eingeleiteten Verfahrens verurtheilt wurde oder sich freiwillig erboten hat, steht dem Staate zu, bei dessen Gerichte die Verurtheilung oder Erbietung erfolgte. || Es soll jedoch vor derartigen Straferlassen oder Strafmilderungen der zuständigen Behörde des Staates, dessen Gesetze übertreten waren, Gelegenheit gegeben werden, sich darüber zu äussern.

§ 24.

Die Gerichte jedes der vertragschliessenden Theile sollen in Beziehung auf jedes in dem anderen Gebiete wegen Uebertretung der Zollgesetze dieses Gebietes oder in Gemässheit des § 17 eingeleitete Strafverfahren verpflichtet sein, auf Ersuchen des zuständigen Gerichtes: || 1. Zeugen und Sachverständige, welche sich in ihrem Gerichtsbezirke aufhalten, auf Erfordern eidlich zu vernehmen und erstere zur Ablegung des Zeugnisses, soweit dasselbe nicht nach

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

den Landesgesetzen verweigert werden darf, zum Beispiel die eigene Mitschuld der Zeugen betrifft, oder sich auf Umstände erstrecken soll, welche mit der Anschuldigung nicht in naher Verbindung stehen, nöthigenfalls anzuhalten; || 2. amtliche Besichtigungen vorzunehmen und den Befund zu beglaubigen; || 3. Angeschuldigten, welche sich im Bezirke des ersuchten Gerichtes aufhalten, ohne dem Staatsverbande des letzteren anzugehören, Vorladungen und Erkenntnisse behändigen zu lassen; || 4. Uebertreter und deren bewegliche Güter, welche im Bezirke des ersuchten Gerichtes angetroffen werden, anzuhalten und auszuliefern, oder die beschlagnahmten Gegenstände zu veräussern und den Erlös gegen Erstattung der erwachsenen Auslagen herauszugeben, insofern nicht jene Uebertreter dem Staatsverbande des ersuchten Gerichtes oder einem solchen dritten Staate angehören, welcher durch Verträge verpflichtet ist, die fragliche Uebertretung seinerseits gehörig untersuchen und bestrafen zu lassen.

§ 25.

Es sind in diesem Kartell unter „Zollgesetzen“ auch die Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote, und unter „Gerichten“ die in jedem der beiderseitigen Gebiete zur Untersuchung und Bestrafung von Uebertretungen der eigenen derartigen Gesetze bestellten Behörden verstanden.

§ 26.

Durch die vorstehenden Bestimmungen werden weitergehende Zugeständnisse zwischen den vertragschliessenden Theilen zum Zweck der Unterdrückung des Schleichhandels nicht aufgehoben oder geändert.

Schlussprotokoll*).

Bei der am heutigen Tage stattgefundenen Unterzeichnung des Handels- und Zollvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Bemerkungen, Erklärungen und Verabredungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt:

Zu Artikel 1 des Vertrages.

1. Die Durchfuhr deutschen Salzes durch die österreichisch-ungarische Monarchie auf der Donau kann unter den nachstehenden Bedingungen ohne weiteres Ansuchen der Partei stattfinden:

a) Die Abfertigung der bei dem Eingangszollamte anlangenden Sendungen erfolgt im Ansageverfahren, jedoch mit dem Vorbehalte, dass dieselben der inneren Beschau unterzogen werden können, und dass in Fällen besonderen Verdachtes oder einer vorgefundenen Verletzung des von den deutschen Salzsteuerbehörden angelegten Verschlusses auch die Ueberwage der Sendung stattfinden kann.

*) Ausgelassen sind die auf die Tarifsätze bezüglichen Paragraphen. D. Red.

b) Das Eintrittszollamt ist verpflichtet, eine mit Rücksicht auf den jeweiligen Wasserstand ausreichend bemessene Frist zur Bewerkstellung der Durchfuhr auf der Donau mittelst Dampfkraft jedesmal festzusetzen. || Nachgewiesen unverschuldeten und bei dem nächsten K. K., beziehungsweise K. ungarischen Finanzorgane unverweilt angemeldeten Verzögerungen wird billige Rechnung getragen.

c) Für die transitirende Sendung muss entweder in Barem oder in kautionsfähigen Werthpapieren bei dem Eintrittszollamte eine Kautions in der Höhe der tarifmässig entfallenden Einfuhrgebühren erlegt werden. || Die Entscheidung darüber, ob statt dieser Kautions eine Gutstehung angenommen werden könne, bleibt den beiden Finanzministerien vorbehalten, und ist die diesbezügliche Bewilligung daher von Fall zu Fall im Vorhinein einzuholen.

d) Die obige Kautions wird der Partei zurückgestellt, wenn der thatsächliche Eintritt in den zu benennenden ausländischen Staat mittelst zollamtlicher Certifikate nachgewiesen wird. Hinsichtlich des bei dem Orsova'er K. Zollamte austretenden Salzes genügt der Nachweis des vorschriftsmässig und anstandslos erfolgten Austrittes. || Die erwähnten zollamtlichen Certifikate sind im Wege des betreffenden inländischen Austrittszollamtes dem K. ungarischen Finanzministerium vorzulegen, welches sich — falls der Vorschrift Genüge geleistet wurde — wegen Rückstellung der Kautions allsogleich mit dem K. K. Finanzministerium ins Einvernehmen setzen wird.

2. Die Durchfuhr von Kreuznacher Mutterlauge und Stassfurter Abraumsalzen durch Oesterreich-Ungarn wird ohne besondere vorgängige Durchfuhrbewilligung ausnahmsweise unter nachstehenden Bedingungen gestattet:

a) Jede Sendung muss von dem Salzsteueramt zu Kreuznach, beziehungsweise Stassfurt, revidirt, unter steueramtlichen Verschluss gesetzt und mit Begleitschein I abgefertigt werden.

b) Bei dem österreichischen Grenz-Eingangsamt wird, wenn der steueramtliche Verschluss unverletzt gefunden wird und die Begleitpapiere zu dem Verdacht einer Defraude keinen Anlass geben, die Abfertigung zur Durchfuhr durch Oesterreich-Ungarn sofort vorgenommen.

c) Das österreichische oder ungarische Grenz-Ausgangsamt lässt die Sendung nach erfolgter Konstatirung der Unverletzttheit des steueramtlichen Verschlusses ohne Weiteres über die Grenze austreten und veranlasst unverweilt das Geeignete wegen Rückgabe der etwa hinterlegten Kautions.

d) Diese Erleichterungen finden auf Sendungen von Stassfurter Abraumsalzen, bei welchen im österreichisch-ungarischen Zollgebiet eine Zwischenabladung erfolgt, keine Anwendung.

3. Der im Artikel 1 unter b ausgesprochene Vorbehalt erstreckt sich auch auf jene Vorsichtsmassregeln, die zum Schutze der Landwirthschaft gegen die Einschleppung und Verbreitung schädlicher Insekten (wie z. B. der Reblaus und des Koloradokäfers) ergriffen werden.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

4. Die vertragschliessenden Theile werden sich alle aus Rücksichten der Gesundheitspolizei erlassenen Verkehrsbeschränkungen gegenseitig mittheilen.

Zu Artikel 3 des Vertrages.

1. Die Vergünstigungen der Tarife A und B greifen für die aus den beiderseitigen Zollausschlüssen (Freigebieten) kommenden Waaren dann Platz, wenn diese Waaren oder die Stoffe, unter deren Verwendung sie im Zollausschlusse gefertigt wurden, in dem Lande, zu welchem der betreffende Zollausschluss gehört, erzeugt sind oder in dieses Land zollfrei eingehen können und wenn sie mit einem zu vereinbarenden Ursprungszeugnisse versehen sind. || 2. Die vertragschliessenden Theile sind übereingekommen, dass weder für diejenigen Artikel, für welche mit dem Inkrafttreten des Vertrages in dem Gebiete des einen oder des anderen Theiles Zollnachlässe bei der Einfuhr zur See bestehen bleiben, im absoluten Betrage weitergehende, noch für andere Artikel neue, die Einfuhr zur See begünstigende Zollnachlässe ohne Zustimmung des anderen Theiles eingeführt werden dürfen. || Es soll indessen jedem der vertragschliessenden Theile freistehen, für diejenigen Artikel, für welche mit dem Inkrafttreten des Vertrages in dem Gebiete des anderen Theiles ein Zollnachlass bei der Einfuhr zur See bestehen bleibt, einen solchen, die Einfuhr zur See begünstigenden Zollnachlass in dem im Gebiete des anderen Theiles alsdann bestehenden prozentualen Verhältnisse ohne Weiteres auch in dem eigenen Gebiete einzuführen.

Zu Artikel 5 des Vertrages.

Bezüglich derjenigen Waaren, welche aus dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile nach dem Gebiete des anderen auf Märkte oder Messen gebracht oder dorthin auf ungewissen Verkauf, ausser dem Mess- und Marktverkehr, versendet, binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt, dann der Muster, welche von Handlungsreisenden eingeführt werden, bewendet es bei den zur Zeit in den beiderseitigen Vertragsgebieten in Anwendung stehenden Vorschriften. || Hinsichtlich des Viehes, welches auf Märkte in das Gebiet des anderen vertragschliessenden Theiles gebracht und unverkauft von dort zurückgeführt wird, findet beiderseits eine möglichst erleichterte Abfertigung statt. Zur Feststellung der Identität wird in der Regel die Bezeichnung des Viehes nach Gattung, Stückzahl und Farbe unter Angabe etwaiger besonderer Merkmale als genügend angesehen.

Zu Artikel 6 des Vertrages.

1. In Beziehung auf die Zollbegünstigungen, bei denen die Begriffe Grenzbezirk und Grenzbewohner in Frage kommen, werden die dermalen in beiden Staaten bestehenden Grenzbezirke als solche anerkannt, auf welche derlei Zollbegünstigungen sich zu erstrecken haben. Im Falle von Aenderungen in der Ausdehnung der Grenzbezirke gelten diese Zollbegünstigungen für eine Grenzzone von zehn Kilometer Entfernung von der Grenze. Es sind jedoch die Direktivbehörden der betreffenden Grenzstrecken, unter Zustimmung der Direk-

tivbehörde des anderen vertragschliessenden Theiles, befugt, auch über jene Bezirke hinaus Ausnahmen nach Massgabe des örtlichen Bedürfnisses zu bewilligen.

2. Für den beiderseitigen Einfuhrverkehr sind, vorbehaltlich der im Falle eines Missbrauchs örtlich anzuordnenden Aufhebung oder Beschränkung dieser Begünstigung, zollfrei zu lassen: || Butter, auch künstliche, in Mengen von nicht mehr als 2 kg, || Fleisch, ausgeschlachtetes, frisches und zubereitetes, in Mengen von nicht mehr als 2 kg, || Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, gewöhnliches Backwerk (Brot), in Mengen von nicht mehr als 3 kg, || insoweit diese Waaren für Bewohner des Grenzbezirks nicht mit der Post eingebracht werden. || Jeder der vertragschliessenden Theile behält sich jedoch vor, die in Ziffer 2 vereinbarten Begünstigungen jederzeit nach vorausgegangener sechsmonatlicher Kündigung ganz oder theilweise ausser Kraft zu setzen.

Zu Artikel 5, 6 und 7 des Vertrages.

Die in den Artikeln 5, 6 und 7 verabredeten Verkehrserleichterungen finden unter den in der Uebereinkunft zwischen Oesterreich, Bayern, Württemberg und Baden am 20. Februar 1854 festgesetzten Kontrollen auch auf den Verkehr über den Bodensee Anwendung. || Eine Revision der gedachten Uebereinkunft mit Rücksicht auf solche Bestimmungen derselben, welche in Folge thatsächlich veränderter Verhältnisse einer Modifikation bedürfen, bleibt vorbehalten.

Zu Artikel 7 des Vertrages.

1. Die im Artikel 7 bezeichnete Erleichterung ist durch nachstehende Umstände bedingt: || a) Die Waaren müssen beim Eingangsamte zur Weitersendung mit einem Begleitschein (nicht zur schliesslichen Abfertigung) angemeldet werden und von einer amtlichen Bezettelung begleitet sein, welche ergibt, dass und wie sie am Versendungsorte unter amtlichen Verschluss gesetzt worden sind. || b) Dieser Verschluss muss bei der Prüfung als unverletzt und sichernd befunden werden. || c) Die Deklaration muss vorschriftsmässig und dergestalt erfolgen, dass wegen mangelhafter Anmeldung die spezielle Revision nicht erforderlich wird, und es darf zum Verdacht eines beabsichtigten Unterschleifes überhaupt keine Veranlassung vorliegen. || Lässt sich ohne Abladung der Waaren die vollständige Ueberzeugung gewinnen, dass der in dem Gebiete des anderen Theiles angelegte Verschluss unverletzt und sichernd sei, so kann auch die Abladung und Verwiegung der Waaren unterbleiben. || 2. Soweit an einzelnen Orten in Deutschland ein Bedürfniss sich geltend macht, soll auf besonderes Ansuchen auch Waarenführern die Benutzung der öffentlichen Niederlage gestattet werden. Die gleiche Begünstigung wird österreichisch-ungarischerseits zugestanden.

Zu Artikel 8 des Vertrages.

1. Die bestehenden Zusammenlegungen von gegenüberliegenden Grenzzollämtern bleiben aufrecht. Doch steht jedem der beteiligten Staaten frei, eine solche Zusammenlegung gegen vorherige sechsmonatliche Kündigung zurück-

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

zuziehen. || Neue Zusammenlegungen bleiben der Verständigung zwischen Oesterreich und den betheiligten deutschen Staaten vorbehalten.

2. Es wird auch ferner auf thunlichste Uebereinstimmung in den Abfertigungsbefugnissen der gegenüberliegenden Grenzzollämter Bedacht genommen werden. || Eine ausnahmsweise Erweiterung der Kompetenz einzelner Aemter wird der besonderen Verständigung der betheiligten Regierungen vorbehalten.

3. Hinsichtlich der Stellung und der Amtsbefugnisse der auf das Gebiet des anderen Theiles verlegten Grenzzollämter hat man sich über folgende Grundsätze geeinigt: || a) Ein auf das jenseitige Gebiet verlegtes, früher auf dem Gebiete des Staates, welchem es angehört, aufgestellt gewesenes Zollamt behält den Namen des früheren Standortes, welchem jedoch sein neuer Standort beigefügt wird. Die auf jenseitigem Gebiete neu errichteten Aemter erhalten den Namen ihres Standortes. || b) Die Schlagbäume erhalten die Landesfarben des Territoriums, auf welchem sie stehen; das Amtsschild wird mit den Farben und Wappen des Landes, welchem das Amt angehört, versehen. || c) Die Aufrechthaltung der Hausordnung liegt dem Vorsteher des Territorialamtes ob. || d) Die Regierung des Territorialstaates hat dafür zu sorgen, dass die auf ihr Gebiet übersetzten Beamten in Betreibung ihrer zollamtlichen Geschäfte nicht gestört werden, und dass namentlich die Sicherheit ihrer Dienstpapiere und Gelder keinem Anstande unterliege. || e) Die beiderseitigen Zoll- und Steuerbeamten und Angestellten, welche sich aus irgend einer im Vertrage vorgesehenen Veranlassung in der vorschriftsmässigen Dienstuniform in den gegenüberliegenden Staat begeben, sind dort von dem für Rechnung des Staates zu erhebenden Wege-, Brücken- und Fährgelde ebenso wie die eigenen Beamten und Angestellten befreit. Dagegen haben sie die Befreiung von dergleichen Kommunikationsabgaben, deren Erhebung Gesellschaften, Korporationen, Gemeinden oder einzelnen Privatpersonen zusteht, nur insoweit zu beanspruchen, als sie nach dem bestehenden Tarife begründet erscheint. || f) Es wird ausdrücklich anerkannt, dass durch die Zusammenlegung der gegenüberliegenden Zollämter wohl eine thunliche Gleichzeitigkeit der beiderseitigen Amtshandlungen, nicht aber eine regelmässige Abfertigungsgemeinschaft beabsichtigt sei, dass demnach, abgesehen von Fällen aussergewöhnlichen Verkehrsandranges und den hierfür von den beiderseitigen Zollverwaltungen einvernehmlich zu erlassenden Instruktionen, jedes der beiden Aemter nur die ihm als Ein-, beziehungsweise Ausgangsamt seines Staates obliegenden Funktionen zu vollziehen, an den gleichen Funktionen des anderen Amtes aber sich nicht zu betheiligen habe. || g) Die gegenwärtig bestehenden Verabredungen: || zur Regelung der Verhältnisse der Beamten und Angestellten der auf das Gebiet des Nachbarstaates verlegten Zollämter, || über das Verhalten der Beamten und Angestellten der beiderseitigen Zollschutzwachen in ihrem Verkehr zu den Beamten und Angestellten der Wachanstalten des Nachbarstaates, || über die Unterbringung der auf das Gebiet des einen Staates verlegten Aemter des anderen Staates und die hierfür anzurechnenden Miethzinse, || über die Kosten der Reinigung und

Heizung der zusammengelegten Aemter, || über die Errichtung, Erhaltung, Beleuchtung, das Schliessen und Oeffnen der Schlagbäume bei den zusammengelegten Aemtern, || über die Rechte und Pflichten der Beamten der auf das Gebiet des Nachbarstaates verlegten Zollämter, denen Wohnungen in dem Staatsgebäude des letzteren eingeräumt worden, || über die Zollabfertigungen an Sonn- und Feiertagen, endlich über die gegenseitige Zollbefreiung für fertige Beamten-Uniform- und Armaturstücke || werden hierdurch aufrechterhalten.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

Der Grenzpassantendienst wird von jedem der vertragschliessenden Theile nach den in seinem Gebiete diesfalls bestehenden Vorschriften und mit Rücksicht auf die besonderen Vereinbarungen gehandhabt werden.

Zu Artikel 10 des Vertrages und zum Zollkartell.

1. Zu § 4 des Zollkartells.

Zu den oberen Zoll- und Steuerbeamten, welche befugt sind, bei den Einhebungsämtern des gegenüberliegenden Zollgebietes die Register oder Registerabtheilungen, welche den Waarenverkehr aus und nach demselben und an dessen Grenze nachweisen, nebst Belegen zur Notiznahme einzusehen, gehören, ausser den höheren Beamten, in Oesterreich-Ungarn: die Oberbeamten der Hauptzollämter, die Finanzwach-Oberkommissäre und Kommissäre, in Deutschland: die Hauptamtsglieder und die Oberkontrolleure.

2. Zu § 5 des Zollkartells.

Es wird als unbedenklich anerkannt, dass die Grenzaufseher (Finanzwachmannschaften) zur Verhütung und Entdeckung des Schleichhandels sich gegenseitig unterstützen und ihre darauf bezüglichen Wahrnehmungen einander unmittelbar mittheilen. Man war jedoch darüber einverstanden, dass die zur Verständigung über zweckmässiges Zusammenwirken von Zeit zu Zeit und bei besonderen Veranlassungen vorzunehmenden Berathungen zunächst nur unter den beiderseitigen oberen Zoll- und Steuerbeamten stattzufinden haben.

3. Zu § 6 des Zollkartells.

Es wird anerkannt, dass die beiderseitigen Zoll- und Steuerbeamten, wenn dieselben bei Verfolgung eines Schleichhändlers oder der Gegenstände oder Spuren einer Uebertretung der Zollgesetze des einen vertragschliessenden Theiles in das Gebiet des anderen sich begeben, sich lediglich darauf zu beschränken haben, bei den dortigen Ortsvorständen oder Behörden die zur Ermittlung des Thatbestandes und des Thäters und die zur Sicherung des Beweises erforderlichen Massregeln, das Sammeln aller Beweismittel bezüglich der vollbrachten oder versuchten Zollumgehung, sowie den Umständen nach die einstweilige Beschlagnahme der Waaren und die Festhaltung der Thäter zu beantragen, dass die genannten Beamten dagegen auf fremdem Gebiete weder die Person des Thäters, noch die Gegenstände der Uebertretung anhalten, noch auch von ihren Waffen Gebrauch machen dürfen. Sollten aber die Beamten bei der Verfolgung durch thätliche Angriffe auf ihre Person in die Nothwendigkeit versetzt werden, zu ihrer Selbstvertheidigung auf fremdem Territorium

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

von ihren Waffen Gebrauch zu machen, so haben in jedem einzelnen Falle die Behörden des Landes, in welchem dieser Fall vorgekommen, nach den daselbst geltenden Gesetzen darüber zu entscheiden, ob dieser Gebrauch überhaupt oder in dem stattgehabten Umfange zur Abwehr der thätlichen Angriffe erforderlich gewesen ist.

4. Zu §§ 6 und 11 des Zollkartells.

Die beiderseitigen Zoll- und Steuerbeamten können, wenn sie sich zu den in den §§ 6 und 11 des Zollkartells bezeichneten Zwecken in das Gebiet des anderen Theiles begeben, dabei ebenso bewaffnet sein, wie es für die Ausübung des Dienstes im eigenen Lande vorgeschrieben ist.

5. Zu § 8 des Zollkartells.

Man war darüber einverstanden, dass es, solange fremde unverzollte Waaren im Grenzbezirke nur an Orten, wo sich Zollämter befinden, und dort nur in zollamtlichen Niederlagen oder doch unter einer gegen missbräuchliche Verwendung hinreichend sichernden Kontrolle niedergelegt werden dürfen, zur Ausführung der im § 8 enthaltenen Verabredungen genüge, wenn die beiderseitigen Zollbehörden angewiesen werden, Niederlagen der gedachten Art, sowie Vorräthe von fremden verzollten und von inländischen Waaren innerhalb des Grenzbezirkes mit gehöriger Berücksichtigung auch der Zollinteressen des anderen Theiles in der gesetzlich zulässigen Weise zu kontrolliren.

6. Zu § 9 des Zollkartells.

Zur Ausführung der Verabredung unter lit. a des § 9 werden den beiderseitigen Aemtern die in dem gegenüberliegenden Zollgebiete in der Einfuhr und Durchfuhr verbotenen oder einer besonderen Erlaubniss bedürftigen Gegenstände besonders bezeichnet werden.

7. Zu § 10 des Zollkartells.

Nach § 10 des Zollkartells sollen die Erledigung der für die Wieder- ausfuhr unverabgabter Waaren geleisteten Sicherheiten, sowie die für Aus- fuhren gebührenden Abgabenerlasse oder Erstattungen erst dann gewährt werden, wenn durch eine vom Eingangsamte auszustellende Bescheinigung nachgewiesen wird, dass die aus dem deutschen Zollgebiete nach Oesterreich-Ungarn oder umgekehrt ausgeführte Waare in Oesterreich-Ungarn, beziehentlich dem deut- schen Zollgebiete, angemeldet worden ist.

In Bezug auf die Ausführung dieser Bestimmung war man darüber ein- verstanden, dass es bei dem bisherigen Verfahren nach Massgabe der nach- folgenden Vorschriften verbleiben soll:

a) Bei dem gewöhnlichen Frachtenverkehr, wo die beiderseitigen Grenz- zollämter die zollgesetzliche Ausgangs- beziehungsweise Eingangsabfertigung der Waaren vornehmen, erfolgt die Ueberweisung derselben behufs der An- meldungsbescheinigung auf den die Waaren begleitenden Abfertigungspapieren von dem Grenzzollamte des Ausgangsstaates an das Grenzzollamt des Eingangs-

staates. Das letztere giebt die Anmeldungsbescheinigung unter Beidrückung des Amtssiegels und unter amtlicher Unterschrift mit den Worten:

„Angemeldet und unter Nr. des Registers eingetragen.“

b) Bei dem Frachtverkehre mittelst der Eisenbahn findet dasselbe Verfahren statt, auch wenn die Ausgangsabfertigung bei einem Amte im Innern und die Eingangsabfertigung bei dem Grenzzollamte, oder die Ausgangsabfertigung bei dem Grenzzollamte und die Eingangsabfertigung bei einem Amte im Innern, oder die Ausgangs- und Eingangsabfertigung beiderseits bei einem Amte im Innern vorgenommen wird.

Damit aber in dem Falle, wo die Eingangsabfertigung bei einem Amte im Innern stattfindet, dieses weiss, welche der im Ansageverfahren überwiesenen Güter im gebundenen Verkehre übergegangen sind, so bemerkt das Grenzzollamt des Eingangsstaates auf Grund der ihm von dem Grenzzollamte des Ausgangsstaates mitgetheilten Abfertigungspapiere bei der betreffenden Post der Ladeliste, welches Amt des Ausgangsstaates die Ausgangsabfertigung vorgenommen hat, sowie in welchem Register und unter welcher Nummer desselben die Waare dort eingetragen ist. Es würde also zum Beispiel bei einer nach Wien bestimmten Waarenpost, welche mit Begleitschein nach Breslau gekommen und dort zum Ausgange über Oderberg abgefertigt ist, das österreichische Grenzzollamt zu Oderberg, welches die Waaren im Ansageverfahren nach Wien ablässt, auf Grund des ihm von dem preussischen Grenzzollamte zu Oderberg mitgetheilten Begleitscheines in der Ladeliste bei der betreffenden Post bemerken:

„Im gebundenen Verkehre von Breslau, Begleitschein. Empfangsregister Nr.“

Damit aber auch das Ausgangsabfertigungsamt sofort beim Rückempfang der von dem Grenzzollamte des Eingangsstaates für die Anmeldung bescheinigten Abfertigungspapiere erfährt, welches Amt des Eingangsstaates die zollgesetzliche Eingangsabfertigung vornimmt, so giebt das Grenzzollamt des Eingangsstaates die Anmeldungsbescheinigung über die von ihm im Ansageverfahren auf ein Amt im Innern abgelassenen Waaren dahin:

„Durch Ladungsliste Nr. angemeldet und mit Ansagezettel Nr. nach abgelassen.“

Bei zusammengelegten Zollämtern, welche einen erheblichen Eisenbahnverkehr abzufertigen haben, soll es jedoch genügen, dass die Eingangsämter die Uebernahme der unverabgabten Waaren durch den Abdruck des Amtsstempels in den Abfertigungspapieren des anderen Theiles bestätigen.

c) Bei dem Postverkehre, es mag die Beförderung der Güter mittelst der gewöhnlichen Postwagen oder mittelst der Eisenbahn erfolgen, besorgt das Grenzzollamt des Ausgangsstaates die Ausgangsabfertigung der im gebundenen Verkehre übergehenden Waaren. Der zu prüfende Verschluss bleibt an den einzelnen Poststücken, und bescheinigt das Grenzausgangsamt dies auf der für

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

das Grenzeingangsamt bestimmten Waarenerklärung unter Beidrückung des Amtssiegels mit den Worten:

„Blei- }
„Siegel- } Verschluss von N. N. belassen,“

so dass alle aus dem gebundenen Verkehre des Ausgangsstaates eingehenden Poststücke beim Grenzeingangsamte mit amtlichem Verschlusse und mit amtlich bescheinigter Eingangserklärung ankommen und, sofern dort nicht die zollgesetzliche Eingangsabfertigung stattfindet, damit auf das dazu berufene Amt im Innern abgelassen werden müssen. Die Zollabfertigungspapiere des Grenzausgangsamt lässt dieses ebenfalls mit an das Grenzeingangsamt gehen, welches sie zum Beweise der Eingangs anmeldung abstempelt und dann sofort zurücksendet.

Es herrscht Einverständniss darüber, dass bei zusammengelegten Zollämtern an der Eisenbahn und insbesondere dort, wo ein direkter Uebergang der Posten in den nämlichen Eisenbahnpostwagen ohne Ausladung der Poststücke stattfindet und die letzteren theils unter Einzel-, theils unter Raumverschluss einlangen, beziehungsweise weiter abgefertigt werden, von der Bescheinigung des Verschlusses seitens des Austrittsamt auf den für das Grenzeingangsamt bestimmten Waarenerklärungen abgesehen werden könne, und es genüge, dass das Ausgangsamt die Zollabfertigungspapiere dem Eingangsamte zur Einsicht und behufs Abstempelung sogleich nach Eintreffen der Post zustelle.

8. Zu § 11 des Zollkartells.

Die Verständigung über die im § 11 erwähnten Punkte bleibt der Verhandlung zwischen Oesterreich und den angrenzenden deutschen Staaten vorbehalten. || Die zollamtliche Abfertigung der über die beiderseitigen Grenzen auf Eisenbahnen verkehrenden Viehtransporte soll thunlichst beschleunigt und erleichtert werden. Dieselbe ist auf vorherige Anmeldung und bezüglichen Antrag der Eisenbahnverwaltungen, wenn sonst die übrigen Voraussetzungen zutreffen, auch zur Nachtzeit vorzunehmen, sofern dies mit einer vollkommen verlässlichen Vollziehung des Dienstes vereinbar ist.

9. Zu § 13 des Zollkartells.

Nach § 13 des Zollkartells sollen Uebertretungen von Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten des anderen Theiles mindestens mit denselben Strafen bedroht werden, welchen gleichartige oder ähnliche Uebertretungen der eigenen Abgabengesetze unterliegen. || Man war darüber einverstanden, dass in jenen Staaten, in welchen die Uebertretungen der aus polizeilichen Rücksichten ergangenen Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote nicht als eine Verletzung der Abgabengesetze erachtet werden, auch nicht die zum Schutze der letzteren angedrohten Strafen, sondern jene des einschlägigen Strafgesetzes Anwendung finden können, unbeschadet der Verfolgung nach dem Zollstrafgesetze, falls zugleich eine Zollübertretung vorliegt.

10. Zu § 17 des Zollkartells.

Die Anträge auf Einleitung der Untersuchung können in Oesterreich-Ungarn von den Finanzbezirksdirektionen, beziehungsweise Finanzdirektionen und den Finanzinspektoren (Grenzinspektoren), in Deutschland von den Hauptämtern ausgehen. || Die beiderseitigen Behörden haben dergleichen Anträge an einander zu richten, um das Weitere zu veranlassen.

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

11. Zu § 21 des Zollkartells.

Neben der Strafe sind auch die vom Uebertreter umgangenen Gefälle einschliesslich der Lizenzgebühren einzuziehen.

12. Zu § 22 des Zollkartells.

Die Bestimmung im Alinea 3 des § 20 wegen Tragung der Kosten findet auch in dem hier vorgesehenen Falle einer Einstellung der Untersuchung Anwendung.

Zu Artikel 11 des Vertrages.

Man ist darüber einverstanden, dass von den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages die Ausübung der nationalen Fischerei ausgeschlossen bleibt.

Die verabredete Gleichstellung der Seehandelschiffe und deren Ladungen in den beiderseitigen Seehäfen erstreckt sich nicht: || a) auf Prämien, welche für neuerbaute Seehandelschiffe ertheilt werden oder ertheilt werden möchten, sofern dieselben nicht in der Befreiung der Hafens- und Zollgebühren, oder in der Ermässigung solcher Gebühren bestehen; || b) auf die Privilegien für sogenannte Yachtclubs, welche dritten Staaten angehören.

Zu Artikel 15 des Vertrages.

Die vertragschliessenden Theile werden auf dem Gebiete des Eisenbahntarifwesens insbesondere auch durch Herstellung direkter Eisenbahnfrachttarife einander thunlichst unterstützen. || Dieselben sind darüber einig, dass die Frachttarife und alle Frachtermässigungen oder sonstigen Begünstigungen, welche, sei es durch die Tarife, sei es durch besondere Anordnungen oder Vereinbarungen, für Erzeugnisse der eigenen Landesgebiete gewährt werden, soweit es sich nicht um Transporte zu milden oder öffentlichen Zwecken handelt, den gleichartigen, aus dem Gebiete des einen Theiles in das Gebiet des anderen Theiles übergewandenden oder das letztere transitirenden Transporten bei der Beförderung auf derselben Bahnstrecke und in derselben Verkehrsrichtung in gleichem Umfange zu bewilligen sind. || Demgemäss sind insbesondere die auf der Beförderungsstrecke bei gebrochener Abfertigung auf Grund der Lokal-, beziehungsweise Verbandtarife sich ergebenden Frachtsätze auf Verlangen des anderen Theiles auch in die direkten Tarife einzurechnen.

Zu Artikel 16 und 18 des Vertrages.

1. Die in den Artikeln 16 und 18 enthaltenen Bestimmungen erstrecken sich auch auf den Fall, wo eine Umladung durch Verschiedenheit der Bahngeleise nöthig wird. Obgleich dieselben auf sonstige Umladungen von Eisenbahntransporten nicht ausgedehnt werden konnten, so wird doch anerkannt,

Nr. 10202.
Deutsches
Reich und
Oesterreich-
Ungarn.
6. Dec. 1891.

dass, wo durch sehr grosse Entfernung der Auf- und Abladungsorte eine Umladung nöthig wird, die Ausdehnung jener Begünstigungen auf Fälle, wo eine gehörig beaufsichtigte Umladung stattfindet, nicht auszuschliessen sei.

2. Postsendungen, welche auf Eisenbahnen durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile aus- oder nach dem Gebiete des anderen durchgeführt werden, sollen, wenn ihre Beförderung in gehörig verschliessbaren Behältnissen erfolgt und die Zahl, der Inhalt und das Rohgewicht der Poststücke aus den der Zollbehörde zugänglichen Postpapieren ersichtlich sind, von der Deklaration und Revision sowohl im Innern, als an der Grenze, sowie von dem zollamtlichen Verschluss der einzelnen Poststücke auch in dem Falle frei bleiben, wenn sie zum Zweck des Ueberganges von einer Eisenbahn auf eine andere umgeladen werden. || Die Angabe des Inhalts der Poststücke darf hinsichtlich der mit der Ueberlandspost beförderten Gegenstände unterbleiben.

3. Man ist darüber einverstanden, dass durch die im zweiten Alinea des Artikels 18 und die vorstehend unter 2 vereinbarte Befreiung der auf Eisenbahnen transitirenden Güter und Postsendungen von der zollamtlichen Revision die Ausführung einer solchen Revision nicht ausgeschlossen sein soll, wenn Anzeigen oder begründete Vermuthungen einer beabsichtigten Zollübertretung vorliegen.

4. Die Zollabfertigung des gegenseitigen Eisenbahnverkehrs soll, wie bisher, nach den in der Beilage C des Vollzugsprotokolls zum Verträge vom 11. April 1865 ersichtlichen Bestimmungen erfolgen. Dabei sollen die zwischen Oesterreich-Ungarn und den betreffenden deutschen Staaten bestehenden Erleichterungen des Eisenbahnverkehrs, sofern sie weiter gehen als die erwähnten Bestimmungen, noch ferner aufrechtbleiben. Ebenso sollen die in der Beilage D zum Vollzugsprotokoll von 1865 ersichtlichen Vorschriften über die Anwendung des Schiffsverschlusses bis zur einverständlichen Neuregelung auch ferner in Kraft bleiben.

[Zu Art. 19 Special-Bestimmungen über Legitimation für Gewerbetreibende.]

Zu Artikel 20 und 21 des Vertrages.

Unter Konsuln sind alle mit Konsulargeschäften Beauftragten verstanden. Jeder der vertragschliessenden Theile, dessen Angehörigen der Consul des anderen Theiles nach Massgabe des Artikels 21 Schutz und Beistand gewährt hat, ist verpflichtet, die dadurch erwachsenen Auslagen und Kosten nach denselben Grundsätzen zu erstatten, wie dies von dem Theile, welcher den Consul bestellt hat, rücksichtlich seiner eigenen Angehörigen geschehen würde.

Zu Artikel 22 des Vertrages.

Man war darüber einverstanden, dass unter den Zollstellen, an welche Beamte zu dem im Alinea 1 des Artikels 22 gedachten Zweck zu senden die vertragschliessenden Theile sich gegenseitig das Recht zugestanden haben, die Zolldirektivbehörden (in Oesterreich-Ungarn die Finanz-Landesdirektionen und Finanzdirektionen, in Deutschland die Zolldirektionen) nicht mitbegriffen sind, sondern dass darunter nur die Bezirksbehörden (in Oesterreich-Ungarn die

Finanz-Bezirksdirektionen, Finanzinspektoren, in Deutschland die Hauptämter mit den ihnen untergeordneten Lokal-Zollbehörden) verstanden werden. || Ebenso war man darüber einverstanden, dass zwar jeder Regierung die Auswahl der Zollstellen des anderen Zollgebietes, an welche sie Beamte zu dem vertragsmässig bezeichneten Zweck senden will, überlassen bleibe, dass es aber erforderlich sei, die betheiligte Regierung jedesmal vorher von der Person des zu entsendenden Beamten und von den Zollstellen zu benachrichtigen, an welche derselbe gesendet werden soll.

Zu Artikel 25 des Vertrages.

Die Bevollmächtigten sind übereingekommen, dass das gegenwärtige Protokoll zugleich mit dem Verträge den Hohen vertragschliessenden Theilen vorgelegt werden soll, und dass im Falle der Ratifikation des letzteren auch die in ersterem enthaltenen Erklärungen und Verabredungen ohne weitere förmliche Ratifikation derselben als genehmigt angesehen werden sollen. || Es wurde hierauf das gegenwärtige Protokoll in doppelter Ausfertigung vollzogen.

Wien, den 6. Dezember 1891.

H. VII. P. Reuss.

Kálnoky.

Nr. 10203. DEUTSCHES REICH und ITALIEN. — Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Italien.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reiches, einerseits, und Seine Majestät der König von Italien andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den beiderseitigen Gebieten inniger zu gestalten, haben beschlossen, den bestehenden Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 4. Mai 1883 durch einen neuen Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrag zu ersetzen, welcher auf längere Zeitdauer eine feste Grundlage für die Förderung des gegenseitigen Austausches von Boden- und Industrie-Erzeugnissen zu schaffen und zugleich geeignete Anknüpfungspunkte zu einer entsprechenden vertragsmässigen Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen zu anderen Staaten zu gewähren vermag, und haben zu diesem Zwecke Verhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt:

Nr. 10203.
Deutsches
Reich und
Italien.
6. Dec. 1891.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Seine Excellenz den Grafen Eberhard zu Solms-Sonnenwalde, Ritter des Königlich Preussischen Rothen Adler-Ordens 1. Klasse, des Kronen-Ordens 1. Klasse und des Eisernen Kreuzes 2. Klasse, Grosskreuz des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens, Allerhöchstseinen Wirklichen Geheimen Rath, Allerhöchstseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Könige von Italien;

Seine Majestät der König von Italien:

Seine Excellenz Antonio Starrabba Marquis di Rudini, Grosskreuz des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens und des Ordens der Italienischen Krone,

Nr. 10203.
Deutsches
Reich und
Italien.
6. Dec. 1891.

Inhaber der goldenen Tapferkeitsmedaille, Mitglied des Parlaments, Allerhöchst-seinen Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, || Giacomo Malvano, Grossoffizier des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens und des Ordens der Italienischen Krone, Ritter des Königlich Preussischen Kronen-Ordens 1. Klasse, Staatsrath, Generalsekretär des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten, || Nicola Miraglia, Grossoffizier des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens und des Ordens der Italienischen Krone, Generaldirektor für Ackerbau im Ministerium für Ackerbau, Gewerbe und Handel, || Bonaldo Stringher, Kommandeur des Ordens der Italienischen Krone, Offizier des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens, General-Inspektor im Finanzministerium, || Antonio Monzilli, Kommandeur des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens und des Ordens der Italienischen Krone, Direktor für Handel im Ministerium für Ackerbau, Gewerbe und Handel, welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, den folgenden Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag abgeschlossen haben:

Artikel 1.

Zwischen den vertragschliessenden Theilen soll volle und gänzliche Freiheit des Handels und der Schiffahrt bestehen.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theiles in Bezug auf Handel, Schiffahrt und Gewerbebetrieb dieselben Rechte, Privilegien und Begünstigungen aller Art geniessen, welche den Inländern oder den Angehörigen der meistbegünstigten Nation zustehen oder zustehen werden, und keinen anderen oder lästigeren, allgemeinen oder örtlichen Abgaben, Auflagen, Beschränkungen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterliegen, als denjenigen, welchen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder unterworfen sein werden.

Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf Apotheker, Handelsmakler, Hausirer und andere Personen, welche ein ausschliesslich im Umherwandern ausgeübtes Gewerbe betreiben; diese Gewerbetreibenden sollen ebenso behandelt werden, wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation, welche dasselbe Gewerbe betreiben.

Artikel 2.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theiles alle bürgerlichen Rechte (mit Ausschluss der politischen) geniessen, welche den Landesangehörigen ohne Beschränkung und ohne Unterscheidung gewährt werden.

Sie sollen demgemäss gleich den Inländern berechtigt sein, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu erwerben, zu besitzen und darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen, sowie Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben. || Auch sollen sie in keinem der gedachten Fälle anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterliegen, als die Inländer.

Artikel 3.

Die Deutschen in Italien und die Italiener in Deutschland sollen volle Freiheit haben, wie die Inländer ihre Geschäfte entweder in Person oder durch einen Unterhändler ihrer eigenen Wahl zu regeln, ohne verpflichtet zu sein, solchen Mittelspersonen eine Vergütung oder Schadloshaltung zu zahlen, falls sie sich derselben nicht bedienen wollen, und ohne in dieser Beziehung anderen Beschränkungen, als solchen zu unterliegen, welche durch die allgemeinen Landesgesetze festgestellt sind. || Sie sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben zur Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte und in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen der Inländer genießen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände zu bedienen.

Artikel 4.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile werden in dem Gebiete des anderen von jedem Militärdienste, sowohl in der regulären Armee und in der Marine als in der Miliz und Nationalgarde, befreit sein. || Ebenso werden sie von jedem zwangsweisen Amtsdienste gerichtlicher, administrativer oder munizipaler Art, von allen militärischen Requisitionen und Leistungen, sowie von Zwanganleihen und sonstigen Lasten, welche zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände aufgelegt werden, befreit sein; ausgenommen jedoch diejenigen Lasten, welche mit dem Besitz eines Grundstückes oder einer Pachtung verknüpft sind, und die militärischen Leistungen oder Requisitionen, zu welchen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation als Besitzer oder Miether unbeweglicher Güter herangezogen werden können.

Sie dürfen weder persönlich, noch in Bezug auf ihre beweglichen und unbeweglichen Güter zu anderen Verpflichtungen, Beschränkungen, Taxen oder Abgaben angehalten werden, als jenen, welchen die Inländer unterworfen sein werden.

Artikel 5.

Wenn Geschäftsleute des einen vertragschliessenden Theiles im Gebiete des anderen entweder selbst reisen oder ihre Kommiss, Agenten oder sonstigen Vertreter reisen lassen zu dem Zweck, um Einkäufe zu machen oder Bestellungen zu sammeln, sei es mit oder ohne Muster, sowie im allgemeinen Interesse ihrer Handels- und Industriegeschäfte, so dürfen diese Geschäftsleute oder ihre erwähnten Vertreter aus diesem Anlasse keiner weiteren Steuer oder Abgabe unterworfen werden, vorausgesetzt, dass ihre Eigenschaft als Handlungsreisende durch eine von den zuständigen Behörden ihres Landes ertheilte Legitimation dargethan wird.

Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Handlungsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden, unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen der durch die Landesgesetze bestimmten

Nr. 10203.
Deutsches
Reich und
Italien.
6. Dec. 1891.

Frist unverkauft wieder ausgeführt werden, und vorbehaltlich der Erfüllung der für die Wiederausfuhr oder für die Zurücklieferung in die Niederlage nothwendigen Zollförmlichkeiten.

Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern unmittelbar am ersten Einfuhrort durch Niederlegung des Betrages der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherheitsstellung gewährleistet werden.

Artikel 6.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot zu hemmen, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle, oder doch unter gleichen Voraussetzungen auch auf andere Nationen Anwendung finden würde. || Die Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen kann indessen unter ausserordentlichen Umständen ohne Rücksicht auf vorstehende Bestimmungen verboten werden.

Artikel 7.

Die in dem beiliegenden Tarif (A) bezeichneten italienischen Boden- und Gewerbezeugnisse werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen. || Die in dem beiliegenden Tarif (B) bezeichneten deutschen Boden- und Gewerbezeugnisse werden bei ihrer Einfuhr in Italien zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen.

Jeder der beiden vertragschliessenden Theile verpflichtet sich, den anderen bei der Ein- und Ausfuhr der im gegenwärtigen Vertrage genannten oder nicht genannten Waaren unverzüglich und ohne Weiteres an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht oder jeder Herabsetzung in den Eingangs- und Ausgangs-abgaben theilnehmen zu lassen, welche einer von ihnen einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird.

Artikel 8.

Die Ursprungszeugnisse, sowie alle anderen von der Zollbehörde im fiskalischen oder gesundheitlichen Interesse oder zu anderen Schutzzwecken geforderten Bescheinigungen sollen von den betreffenden Behörden kostenfrei ausgestellt und beglaubigt werden.

Artikel 9.

Hinsichtlich des Betrages, der Sicherstellung und der Erhebung der Einfuhr- und Ausfuhrzölle, sowie in Bezug auf die Durchfuhr, die zollamtlichen Niederlagen, die (örtlichen) Gebühren, die Zollformalitäten, die Zollbehandlung und Zollabfertigung, ferner in Bezug auf die für Rechnung des Staates, einer Gemeinde oder Korporation zur Hebung gelangenden inneren Verbrauchsabgaben und Akzisegebühren jeder Art verpflichtet sich jeder der vertragschliessenden Theile, den anderen an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht und jeder Herabsetzung in den Tarifen theilnehmen zu lassen, welche einer von ihnen einer dritten Macht gewährt haben sollte.

Ebenso soll jede späterhin einer dritten Macht zugestandene Begünstigung oder Befreiung sofort bedingungslos und ohne Weiteres dem anderen vertragsschliessenden Theile zu Statten kommen.

Nr. 10203.
Deutsches
Reich und
Italien.
6. Dec. 1891.

Artikel 10.

Innere Abgaben, welche in dem Gebiete des einen der vertragsschliessenden Theile, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Gemeinden oder Korporationen auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses gegenwärtig ruhen oder künftig ruhen werden, dürfen Erzeugnisse des anderen Theiles unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen, als die gleichartigen Erzeugnisse des eigenen Landes.

Artikel 11.

Als deutsche oder italienische Schiffe sollen alle diejenigen angesehen werden, welche nach den Gesetzen des Deutschen Reiches als deutsche oder nach den italienischen Gesetzen als italienische Schiffe anzuerkennen sind.

Artikel 12.

Waaren jeder Art und Herkunft, welche in dem Gebiete des einen der vertragsschliessenden Theile von nationalen Schiffen zur Ein-, Aus-, Durchfuhr oder auf Niederlagen gebracht werden dürfen, können auch von Schiffen des anderen Theiles ein-, aus-, durchgeführt oder auf Niederlagen gebracht werden, ohne andere oder höhere Zölle zu entrichten und anderen oder grösseren Beschränkungen zu unterliegen, und mit der Berechtigung auf dieselben Privilegien, Ermässigungen, Vergünstigungen und Rückerstattungen, welche den von nationalen Schiffen ein-, aus-, durchgeführten oder auf Niederlage gebrachten Waaren eingeräumt werden.

Artikel 13.

Die Schiffe eines der vertragsschliessenden Theile, welche mit Ballast oder beladen in die Häfen des anderen Theiles einlaufen oder dieselben verlassen, werden daselbst, welches auch immer der Ort ihres Einlaufens oder ihrer Bestimmung sein möge, in jeder Hinsicht auf demselben Fusse wie die einheimischen Schiffe behandelt werden. Sowohl bei ihrem Auslaufen, wie während ihres Aufenthalts und bei ihrem Auslaufen werden sie keine anderen oder höheren Leuchthurm-, Tonnen-, Lootsen-, Hafen-, Remorquirungs-, Quarantäne- oder sonstigen auf dem Schiffskörper lastenden, wie immer benannten Gebühren, dieselben mögen im Namen und zu Gunsten des Staates, der öffentlichen Beamten, der Gemeinden oder was immer für Korporationen eingehoben werden, zu entrichten haben, als diejenigen, zu welchen die einheimischen Schiffe daselbst verpflichtet sind oder sein werden.

In Bezug auf die Aufstellung, die Beladung und die Löschung der Schiffe in den Häfen, Rheden, Buchten und Bassins, sowie überhaupt in Ansehung aller Förmlichkeiten und sonstiger Bestimmungen, denen die Handelsfahrzeuge, ihre Mannschaften und ihre Ladung unterworfen werden können, ist man übereingekommen, dass den inländischen Schiffen kein Vorrecht und keine Be-

Nr. 10203.
Deutsches
Reich und
Italien.
6. Dec. 1891.

günstigung zugestanden werden sollen, welche nicht gleichmässig den Schiffen des anderen Theiles zukommen, indem es der Wille der vertragschliessenden Theile ist, dass auch in dieser Hinsicht ihre Schiffe auf dem Fusse einer vollständigen Gleichheit behandelt werden sollen.

Artikel 14.

Was die Küstenschifffahrt betrifft, so soll jeder der vertragschliessenden Theile für seine Schiffe alle Begünstigungen und Vorrechte, welche der andere Theil in dieser Hinsicht irgend einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird, unter der Bedingung in Anspruch nehmen können, dass er den Schiffen des anderen Theiles dieselben Begünstigungen und Vorrechte in seinem Gebiete zugesteht.

Es sollen die Schiffe eines jeden der vertragschliessenden Theile, welche in einen der Häfen des anderen Theiles einlaufen, um daselbst ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil derselben zu löschen, wenn sie sich den Gesetzen und Verordnungen des Landes fügen, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen letzteren Theil ihrer Ladung irgend eine Abgabe zu bezahlen, ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Artikel 15.

Der gegenwärtige Handelsvertrag erstreckt sich auf die mit einem der vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Landestheile.

Artikel 16.

Der gegenwärtige Vertrag tritt an die Stelle des Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Italien vom 4. Mai 1883.

Derselbe wird am 1. Februar 1892 in Wirksamkeit treten und bis zum 31. Dezember 1903 in Geltung bleiben.

Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor dem Ablaufe dieser Frist seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben wird, soll derselbe bis zum Ablauf eines Jahres, von dem Tage, an welchem einer oder der andere der beiden vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft bleiben.

Artikel 17.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen so bald als möglich in Rom ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Rom, den 6. Dezember 1891.

Graf Solms.
N. Miraglia.

Rudini.
B. Stringher.

G. Malvano.
A. Mozilli.

Schlussprotokoll.

Bei der am heutigen Tage erfolgten Unterzeichnung des Handels-, Zoll- und Schiffsvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Italien haben die Bevollmächtigten der beiden vertragschliessenden Theile Folgendes erklärt:

Nr. 10203.
Deutsches
Reich und
Italien.
6. Dec. 1891.

Zu Artikel 2 des Vertrages.

Die Vorschriften dieses Artikels beziehen sich nicht auf juristische Personen. Für Aktiengesellschaften und andere kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften bleibt die zwischen den vertragschliessenden Theilen zu Berlin am 8. August 1873 unterzeichnete Konvention unverändert in Geltung.

[1—45 sind Tarifbestimmungen.]

46.

Allgemeine Bemerkung: Die Bezeichnung der Waaren mit Fabrikmarken und Firmenstempeln bleibt auf die Zollbehandlung ohne Einfluss.

Zu Artikel 11 des Vertrages.

Die beiderseitigen Schiffsmessbriefe finden nach Massgabe der hierüber zwischen den vertragschliessenden Theilen getroffenen besonderen Vereinbarung gegenseitige Anerkennung.

Zu Artikel 17 des Vertrages.

Die Bevollmächtigten sind übereingekommen, dass das gegenwärtige Protokoll zugleich mit dem Vertrage den beiden vertragschliessenden Theilen vorgelegt werden soll, und dass im Falle der Ratifikation des letzteren auch die in dem ersteren enthaltenen Erklärungen und Verabredungen ohne weitere förmliche Ratifikation als genehmigt angesehen werden können.

So geschehen zu Rom, den 6. Dezember 1891.

Graf Solms. Rudini. G. Malvano. N. Miraglia. B. Stringher.
A. Monzilli.

Nr. 10204. DEUTSCHES REICH und BELGIEN. — Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Belgien.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reiches einerseits, und Seine Majestät der König der Belgier andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Belgien durch den Abschluss eines neuen Handels- und Zollvertrages zu fördern, haben zu diesem Zwecke Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt:

Nr. 10204.
Deutsches
Reich und
Belgien.
6. Dec. 1891.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn Adolf Freiherrn Marschall von Bieberstein, und

Seine Majestät der König der Belgier:

Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, Herrn Julius Baron Greindl,

Nr. 10204.
Deutsches
Reich und
Belgien.
6. Dec. 1891.

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die Angehörigen eines der vertragschliessenden Theile, welche in dem Gebiete des anderen Theiles dauernd oder vorübergehend sich aufhalten, sollen daselbst in Bezug auf den Betrieb des Handels und der Gewerbe die nämlichen Rechte geniessen und keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden, als die Angehörigen des in diesen Beziehungen am meisten begünstigten Landes.

Artikel 2.

Die belgischen Boden- und Gewerbeerzeugnisse, welche in Deutschland, und die deutschen Boden- und Gewerbeerzeugnisse, welche in Belgien eingeführt werden, sollen daselbst, sie mögen zum Verbrauch, zur Lagerung, zur Wiederausfuhr oder zur Durchfuhr bestimmt sein, der nämlichen Behandlung unterliegen und keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden, als die Erzeugnisse des in diesen Beziehungen am meisten begünstigten Landes. Insbesondere wird jede Begünstigung, jedes Vorrecht und jede Ermässigung in dem Tarife der Eingangsabgaben, welche einer der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht zugestehen möchte, gleichzeitig und ohne Bedingung den Boden- und Gewerbeerzeugnissen des anderen zu Theil werden.

Artikel 3.

Von den in dem beiliegenden Tarif A bezeichneten deutschen Boden- und Gewerbeerzeugnissen sollen bei ihrer Einfuhr in Belgien, und von den in dem beiliegenden Tarif B bezeichneten belgischen Boden- und Gewerbeerzeugnissen sollen bei ihrer Einfuhr in Deutschland keine anderen oder höheren als die in diesen Anlagen bestimmten Eingangszölle erhoben werden. || Wenn einer der vertragschliessenden Theile auf einen in der Anlage A, beziehungsweise B zu gegenwärtigem Vertrage angeführten Gegenstand einheimischer Erzeugung oder Fabrikation eine neue innere Steuer oder einen Zuschlag zu der inneren Steuer legen sollte, so kann der gleichartige Gegenstand mit einer gleichen oder entsprechenden Abgabe bei der Einfuhr belegt werden.

Artikel 4.

Innere Abgaben, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Gemeinden oder Korporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses gegenwärtig ruhen, oder künftig ruhen werden, dürfen Erzeugnisse des anderen Theiles unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen als die gleichartigen Erzeugnisse des eigenen Landes.

Artikel 5.

Bei der Ausfuhr nach Belgien dürfen in Deutschland und bei der Ausfuhr nach Deutschland dürfen in Belgien Ausgangsabgaben von keinen anderen Waaren und mit keinem höheren oder anderen Betrage erhoben werden als

bei der Ausfuhr nach dem in dieser Beziehung am meisten begünstigten Lande. Auch jede sonst von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht in Beziehung auf die Ausfuhr zugestandene Begünstigung wird gleichzeitig und ohne Bedingung dem anderen zu Theil werden.

Artikel 6.

Die Waarendurchfuhr von und nach Belgien soll in Deutschland und die Waarendurchfuhr von und nach Deutschland soll in Belgien von jeder Durchgangsabgabe frei sein, unbeschadet der besonderen Anordnungen in Beziehung auf Schiesspulver und Kriegswaffen.

Artikel 7.

Keiner der vertragschliessenden Theile wird ein Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot gegen den anderen in Kraft setzen, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle oder doch auf alle diejenigen Nationen Anwendung fände, bei welchen die gleichen Voraussetzungen zutreffen. Die Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen kann jedoch unter ausserordentlichen Umständen ohne Rücksicht auf die vorstehende Bestimmung verboten werden.

Artikel 8.

Die Bestimmungen der Artikel 2, 5 und 7 finden auf die von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht im grenznachbarlichen Verkehr eingeräumten Begünstigungen keine Anwendung.

Artikel 9.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch den Besitz einer von den Behörden des Heimathlandes ausgefertigten Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetrieb berechtigt sind, sollen befugt sein, persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles Waareneinkäufe zu machen oder Bestellungen auch unter Mitfuhrung von Mustern zu suchen. Solange solche Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende oder Handlungsreisende, welche in Belgien angesessen sind und in Deutschland für Rechnung eines belgischen Hauses reisen, von der Zahlung einer Gewerbe- oder Einkommensteuer befreit sind, soll auf Grund der Gegenseitigkeit dasselbe stattfinden bei Kaufleuten, Fabrikanten und anderen Gewerbetreibenden oder Handlungsreisenden, welche in Deutschland angesessen sind und in Belgien für Rechnung eines deutschen Hauses reisen, wobei übrigens das Meistbegünstigungsrecht beiderseits aufrechterhalten bleibt. || Die mit einer Gewerbelegitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen. || Die Ausfertigung der Gewerbelegitimationskarte soll nach dem in der Anlage C enthaltenen Muster erfolgen. || Die vertragschliessenden Theile werden sich gegenseitig Mittheilung darüber machen, welche Behörden zur Ertheilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen und welche Vorschriften bei Ausübung des Gewerbebetriebes zu beachten

sind. || Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von den vorbezeichneten Handlungsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden, unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft wieder ausgeführt werden und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel ist. || Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Niederlegung des Betrages der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden.

Artikel 10.

Auf Eisenbahnen soll sowohl hinsichtlich der Beförderungspreise als der Zeit und Art der Abfertigung kein Unterschied zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschliessenden Theile gemacht werden. Namentlich sollen die aus dem Gebiete des einen Theils in das Gebiet des anderen Theiles übergehenden oder das letztere transitirenden Transporte weder in Bezug auf die Abfertigung noch rücksichtlich der Beförderungspreise ungünstiger behandelt werden als die aus dem Gebiet des betreffenden Theiles abgehenden oder darin verbleibenden Transporte.

Artikel 11.

Die Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen, welche die Gebiete der vertragschliessenden Theile verbinden, richtet sich nach den Bestimmungen der Anlage D.

Artikel 12.

Der gegenwärtige Vertrag erstreckt sich auch auf die mit einem der vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Gebiete.

Artikel 13.

Der gegenwärtige Handels- und Zollvertrag soll am 1. Februar 1892 in Kraft treten und bis zum 31. Dezember 1903 in Kraft bleiben.

Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor dem Ablaufe dieses Termins seine Absicht, die Wirkung des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben wird, soll derselbe bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage ab in Geltung bleiben, an welchem der eine oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird.

Mit dem Beginn der Wirksamkeit des gegenwärtigen Vertrages tritt der zuletzt durch das Uebereinkommen vom 30. Mai 1881 verlängerte Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Zollverein und Belgien vom 22. Mai 1865 ausser Kraft. Gleichzeitig verlieren ihre Gültigkeit die Vereinbarungen vom 2. Januar 1855 wegen der Besteuerung der Handlungsreisenden und vom 10. September 1868, betreffend die Behandlung der von Handlungsreisenden eingeführten Muster, sowie ferner alle diejenigen in Verträgen oder Uebereinkommen zwischen einzelnen deutschen Staaten und Belgien enthaltenen Bestimmungen, welche Materien betreffen, die durch den gegenwärtigen Vertrag geregelt sind.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und es sollen die Ratifikationsurkunden sobald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Berlin, den 6. Dezember 1891.

Freiherr von Marschall.

Greindl.

Nr. 10204.
Deutsches
Reich und
Belgien.
6. Dec. 1891.

Anlage D.

Bestimmungen über die Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen.

I.

Bestimmungen über die Güterzüge.

Artikel 1.

Alle Waaren, welche sich in verschlussicher eingerichteten Wagen verpackt finden, sollen, bei gehörigem Verschlusse dieser Wagen mittelst Bleie oder Vorlegeschlösser, sowohl bei dem Eingange, als bei dem Ausgange, bei Nacht wie bei Tage, an Sonn- und Festtagen wie an jedem anderen Tage, der Revision bei den betreffenden Grenzzollämtern nicht unterliegen. || In Betreff der verschlussicheren Einrichtung der Wagen sind die auf der Berner Konferenz vom 15. Mai 1886 vereinbarten Vorschriften über die zoll sichere Einrichtung der Eisenbahnwagen im internationalen Verkehr, sowie die etwaigen Abänderungen und Ergänzungen derselben massgebend. || Füllen die, bei der Beladung der vorbezeichneten Wagen übrig gebliebenen, oder die überhaupt vorhandenen Kolli keinen solchen Wagen aus, so können sie, mit dem Anspruch auf die vorerwähnten Erleichterungen, in Wagenabtheilungen oder in abhebbare Kasten oder Körbe von mindestens 0,309 Kubikmeter Inhalt, deren Benutzung zuvor von der Zollverwaltung gestattet worden ist, verladen und unter Verschluss durch Vorlegeschlösser oder Bleie befördert werden. Für die von der Postbehörde benutzten Kasten, Körbe oder Felleisen findet eine Beschränkung hinsichtlich der Grösse nicht statt.

Artikel 2.

Die Bestimmungsorte, nach welchen die über die Zollgrenze zwischen dem deutschen Zollgebiet und Belgien eingehenden Güterzüge mit den im Artikel 1 erwähnten Erleichterungen befördert werden können, werden gegenseitig rechtzeitig mitgetheilt werden. || Jeder der vertragenden Theile behält sich die Aenderung des betreffenden Verzeichnisses und die Mittheilung hierüber an den anderen Theil vor.

Artikel 3.

Die beim Ausgange in dem einen Staate etwa beigegebenen Begleitungsbeamten haben die Züge auf das Gebiet des benachbarten Staates bis zur ersten Station, wo sich ein Zollamt befindet, zu begleiten. Sie dürfen den Zug nicht eher verlassen, als bis sie die in jedem Lande vorgeschriebenen Förmlichkeiten erfüllt haben.

Nr. 10204.
Deutsches
Reich und
Belgien.
6. Dec. 1891.

Artikel 4.

Jeder Zug muss von Ladungsverzeichnissen, getrennt nach den Bestimmungsorten, begleitet sein. Diese Ladungsverzeichnisse, denen alle erforderlichen Papiere beizufügen sind, werden durch die Eisenbahnverwaltungen nach den darüber für jedes Land bestehenden Vorschriften angefertigt.

Artikel 5.

Die Zollverwaltung jedes der vertragenden Staaten wird den Verschluss, welchen die Zollverwaltung des anderen Theiles angelegt hat, für genügend anerkennen, sobald sie sich vergewissert hat, dass derselbe auf die in ihrem Zollgebiet zulässige Art angelegt ist. Dieselbe ist aber befugt, soweit sie es für erforderlich erachtet, eine Vervollständigung des Verschlusses vorzunehmen.

Artikel 6.

Die im Artikel 1 bezeichneten Wagen müssen beim Uebergange aus einem Gebiete in das andere sich in einem solchen Zustande befinden, dass die Zollbehörde nur die Bleie oder Vorlegeschlösser anzulegen braucht, nachdem sie sich von der guten Beschaffenheit der Verschlusseinrichtungen überzeugt hat. || Auf den Bleien muss die Bezeichnung des Amtes ersichtlich sein, welches dieselben angelegt hat.

Artikel 7.

In wieweit die Züge unter Begleitung von Zollbeamten gestellt werden sollen, bleibt dem Ermessen der Zollverwaltung jedes der vertragenden Theile überlassen. Die Eisenbahnverwaltungen haben den Begleitungsbeamten sowohl bei der Hin-, als bei der Rückreise ihre Plätze unentgeltlich und so nahe wie möglich bei den Güterwagen einzuräumen.

II.

Bestimmungen über die Personenzüge.

Artikel 8.

Die im Artikel 1 für die Güterzüge zugestandene Befugniß, die Landesgrenze während der Nacht und an Sonn- und Festtagen zu überschreiten, wird auf die Personenzüge ausgedehnt.

Artikel 9.

Bei Ueberschreitung der Grenze dürfen in den Personenwagen oder sonst anderswo als in den Güterwagen sich keine Gegenstände befinden, welche zollpflichtig sind oder deren Einfuhr verboten ist. Eine Ausnahme findet nur hinsichtlich der unter dem Handgepäck der Reisenden befindlichen zollpflichtigen Kleinigkeiten, sowie des Gepäcks statt, welches sich auf den mittelst der Eisenbahn beförderten Wagen von Reisenden befindet.

Artikel 10.

Das Gepäck der Reisenden wird in der Regel bei dem Grenzzollamte revidirt. Jedoch kann eine Ausnahme da zugelassen werden, wo dies im Interesse des Reiseverkehrs erforderlich erscheint. Soweit dergleichen Ausnahmen angeordnet werden, werden darüber sogleich gegenseitige Mittheilungen erfolgen.

Die Revision des Handgepäcks der Reisenden kann, sofern dies ohne Gefährdung der Zollsicherheit thunlich ist, in den Wagen erfolgen, ohne dass die Reisenden darum zum Aussteigen genöthigt werden.

Nr. 10204.
Deutsches
Reich und
Belgien.
6. Dec. 1891.

Artikel 11.

Die bei dem Grenzzollamte nicht revidirten Reiseeffekten müssen auf Grund einer, dem Zollamte zu machenden Anmeldung von diesem mit einer Bezettelung versehen werden, welche die Effekten nach deren Stückzahl und getrennt nach den Orten, an welchen deren Abfertigung erfolgen soll, nachweist.

Artikel 12.

Alle nicht zu den Passagiereffekten zu rechnenden zollpflichtigen Gegenstände, welche mit Personenzügen befördert werden, sind denselben Bedingungen und Förmlichkeiten unterworfen, welche für die mit Güterzügen beförderten derartigen Gegenstände gelten.

III.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 13.

Die Waaren müssen, nach ihrem Eintreffen am Bestimmungsorte, in Räumen niedergelegt werden, welche von der Zollverwaltung gut befunden worden und verschlussfähig sind. Die Waaren verbleiben in diesen Räumen unter der ununterbrochenen Aufsicht der Zollbeamten und werden von dort, je nach ihrer Bestimmung — zum inneren Verbräuche, zur öffentlichen Niederlage oder zur weiteren Versendung in das Ausland — auf Grund einer speziellen, innerhalb der dafür vorgeschriebenen Frist abzugebenden Deklaration und nach Erfüllung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten entnommen. Das Abladen der Wagen muss, wenn möglich, unmittelbar nach dem Eintreffen der Züge stattfinden.

Artikel 14.

Auf den Stationen, wo Gebäude mit Räumen von der im vorhergehenden Artikel bezeichneten Beschaffenheit noch nicht vorhanden sind, soll das Abladen der Wagen, wenn möglich, spätestens innerhalb einer Frist von 36 Stunden nach dem Eintreffen des Zuges erfolgen.

Artikel 15.

Die Eisenbahnverwaltungen sind verpflichtet, die Zollverwaltungen von den Veränderungen, welche sie hinsichtlich der Stunden der Abfahrt, des Grenzüberganges oder der Ankunft der Züge, sei es der Tag- oder der Nachtzüge, vornehmen wollen, sobald als möglich und spätestens acht Tage vor dem Eintritt der Veränderungen in Kenntniss zu setzen, widrigenfalls die Eisenbahnverwaltungen gehalten sein sollen, auf der Grenze alle gewöhnlichen Zollförmlichkeiten zu erfüllen. || Diese achttägige Frist soll auf diejenigen Sonder-Güterzüge, welche jene Verwaltungen in Folge höherer Gewalt und in ausnahmsweisen Fällen einrichten möchten, keine Anwendung finden.

Nr. 10204.
Deutsches
Reich und
Belgien.
6. Dec 1891.

Die durch die gegenwärtigen Bestimmungen vorgeschriebenen Erleichterungen sollen bei diesen Sonderzügen eintreten, sobald deren Grenzübergang wenigstens zwölf Stunden zuvor dem betreffenden Grenz Zollamt angekündigt ist.

Artikel 16.

Als Grundsatz ist angenommen, dass eine Theilung der nach derselben Richtung zu befördernden Züge, wenn darum nachgesucht wird, von den Grenz Zollämtern, jedoch nicht unter zehn Wagen für jeden Theilzug, bewilligt werden darf. Eine noch weiter gehende Theilung der Züge kann von dem obersten Zollbeamten am Orte erlaubt werden, wenn ein Nothfall eintritt, der als solcher von dem gedachten Beamten, im Einvernehmen mit dem ersten Eisenbahn-Betriebsbeamten der Station, anerkannt wird.

Artikel 17.

Die im Artikel 1 bezeichneten Erleichterungen sollen der Regel nach nur auf diejenigen Güter Anwendung finden, welche, ohne Veränderung der Wagen und ohne Abnahme des angelegten Verschlusses, von der Grenze bis zum Bestimmungsorte befördert werden. || Ausnahmsweise ist jedoch eine Umladung dieser Güter, ohne dass damit die zollordnungsmässige Abfertigung verbunden zu werden braucht, zulässig an Orten: || 1. wo zwei Eisenbahnen zusammen treffen, deren Konstruktionen den Uebergang der Güterwagen der einen auf die andere nicht gestatten, || 2. wo das Durchlaufen der über die Zollgrenze eingegangenen Güterwagen bis zum Bestimmungsorte ihrer Ladung für unthunlich zu erachten ist. || Ueber die Orte, für welche nach Absatz 2 Ziffer 1 eine Ausnahme zugelassen wird, wird man sich gegenseitig rechtzeitig Mittheilung machen. Jeder der vertragenden Theile behält sich die Vermehrung dieser Orte je nach dem wohlerwogenen Bedürfniss des internationalen Verkehrs vor.

Artikel 18.

Soweit nicht äussere Hindernisse oder Landesgesetze entgegenstehen, sind die Begleitungsbeamten befugt, Sitzplätze auf einem der Wagen, und zwar unentgeltlich, einzunehmen. Jedenfalls müssen ihnen auf dem Hin- wie auf dem Rückwege Sitzplätze in einem der Personenwagen zweiter Klasse, oder bei Güterzügen in den für die Schaffner bestimmten Räumlichkeiten, unentgeltlich eingeräumt werden.

Artikel 19.

Man ist darüber einverstanden, dass durch die gegenwärtigen Bestimmungen den Gesetzen eines jeden Landes in Betreff der wegen Zolldefraudation oder Kontravention verwirkten Strafen, oder denen, in welchen Verbote oder Beschränkungen der Einfuhr, der Ausfuhr oder des Durchgangsverkehrs angeordnet sind, in keiner Weise Eintrag geschehen, sowie, dass es in jedem Lande der Zollverwaltung unbenommen bleiben soll, in Fällen, in denen erhebliche Gründe des Verdachts, dass eine Defraude versucht werde, obwalten, zur Revision der Waaren und zu den anderen Förmlichkeiten bei dem Grenz Zollamte sowohl, als auch nöthigenfalls bei anderen Aemtern schreiten zu lassen.

Artikel 20.

Die Zollverwaltungen der vertragenden Staaten werden sich die hinsichtlich der Ausführung der gegenwärtigen Bestimmungen an ihre Beamten ergehenden Instruktionen und Anweisungen gegenseitig mittheilen. || Dieselben werden in Uebereinstimmung dahin wirken, dass die Abfertigungsstunden für die Zollbeamten soviel als möglich im Einklange mit den richtig bemessenen Bedürfnissen des Eisenbahndienstes geregelt werden.

Nr. 10204.
Deutsches
Reich und
Belgien.
6. Dec. 1891.

Schlussprotokoll.

Im Begriff, zur Unterzeichnung des zu Berlin am heutigen Tage abgeschlossenen Handels- und Zollvertrages zwischen Deutschland und Belgien zu schreiten, sind die Unterzeichneten über folgende Punkte übereingekommen:

Zu Artikel 3.

Im Hinblick darauf, dass zur Zeit in Deutschland gewisse Waaren bei der Einfuhr auf dem Landwege höheren Zollsätzen unterliegen als bei der Einfuhr auf dem Seewege, besteht Einverständniss darüber, dass für keine dieser Waaren der Unterschied in den Zöllen vergrössert werden soll, und dass kein neuer, die Einfuhr auf dem Seewege begünstigender Unterscheidungszoll für neue Artikel ohne Zustimmung Belgiens eingeführt werden darf. Belgien andererseits, welches keine Unterscheidungszölle zu Gunsten der Einfuhr auf dem Seewege hat, wird auch in Zukunft solche nicht einführen. || Seitens des belgischen Bevollmächtigten ist ferner beantragt worden, dass deutscherseits, gegen Reziprozität von Seiten Belgiens, die Verpflichtung übernommen werde, Transitwaaren mit keiner surtaxe d'entrepôt zu belegen. Obgleich durch die obige Vereinbarung betreffs der Zollbegünstigungen für die Einfuhr auf dem Seewege dem Wunsche Belgiens in gewissem Masse schon entsprochen ist, wird deutscherseits kein Anstand genommen, ausdrücklich die nachfolgende Erklärung abzugeben: || Solange in Belgien Waaren jeder Herkunft, welche im Transit über Deutschland nach Belgien eingeführt werden, keinem anderen beziehungsweise höheren Zoll unterworfen werden, als wenn sie direkt aus dem Ursprungslande eingeführt worden wären, sollen auf Grund der Gegenseitigkeit Waaren jeder Herkunft, welche im Transit über Belgien nach Deutschland eingeführt werden, daselbst der gleichen Zollbehandlung unterliegen.

Zu Artikel 4.

Man ist darüber einig, dass dieser Artikel die Eingangszölle nicht berührt. Deutschland willigt ferner darein, dass dieser Artikel auf die in Belgien auf Wein und Rohzucker erhobene Verbrauchssteuer solange keine Anwendung findet, als diese Waaren von Eingangszöllen befreit sind.

Zu Artikel 7.

Es besteht Einverständniss darüber, dass jeder der vertragschliessenden Theile sich das Recht vorbehält, diejenigen Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverbote zu verfügen, welche er aus Gesundheitsrücksichten, insbesondere zur Verhütung der Verbreitung von Epidemien und Viehseuchen, oder zum Schutze

No. 10204.
Deutsches
Reich und
Belgien.
6. Dec. 1891.

der Landwirthschaft gegen die Einschleppung und Verbreitung schädlicher Insekten oder in Hinsicht auf etwaige Kriegereignisse für nothwendig hält.

Zu Artikel 10.

Die vertragschliessenden Theile werden auf dem Gebiete des Eisenbahntarifwesens, insbesondere auch durch Herstellung direkter Eisenbahn-Frachttarife, einander thunlichst unterstützen. || Dieselben sind darüber einig, dass die Frachttarife und alle Frachtermässigungen oder sonstigen Begünstigungen welche, sei es durch die Tarife, sei es durch besondere Anordnungen oder Vereinbarungen für Erzeugnisse der eigenen Landesgebiete gewährt werden, den gleichartigen, aus dem Gebiete des einen Theiles in das Gebiet des anderen Theiles übergehenden oder das letztere transitirenden Transporten bei der Beförderung auf derselben Bahnstrecke und in derselben Verkehrsrichtung in gleichem Umfange zu bewilligen sind. || Demgemäss sind insbesondere die auf der Beförderungsstrecke bei gebrochener Abfertigung auf Grund der Lokalbeziehungsweise Verbandtarife sich ergebenden Frachtsätze auf Verlangen des anderen Theiles auch in die direkten Tarife einzurechnen. || Eine Ausnahme von vorstehenden Bestimmungen soll nur stattfinden, soweit es sich um Transporte zu milden oder öffentlichen Zwecken handelt. || Endlich verpflichtet sich die belgische Regierung, den belgischen Kammern zugleich mit dem Handelsvertrage vom heutigen Tage einen Gesetz-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Bestimmung des Gesetzes vom 17. Juni 1887, wonach frisches Fleisch in Belgien nicht anders als in ganzen oder in halben Thieren oder in vorderen Vierteln und unter der Bedingung, dass sich an dem betreffenden Theil die Lungen befinden, eingeführt werden dürfen, mit Bezug auf frisches Schafffleisch ausser Kraft gesetzt wird. || Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation, auf Grund der blossen Thatsache des Austausches der Ratifikationen zu dem Vertrage, auf den es sich bezieht, als von den betreffenden Regierungen genehmigt und bestätigt gelten soll, aufgenommen und dasselbe mit ihren Unterschriften versehen.

So geschehen zu Berlin, den 6. Dezember 1891.

Freiherr von Marschall.

Greindl.

Nr. 10205. DEUTSCHES REICH. — Aus der dem Deutschen Reichstage bei der Einbringung der vorstehenden Verträge vorgelegten Denkschrift.

I. Einleitung.

Die europäische Handels- und Zollpolitik ist im letzten Jahrzehnt zu einem wesentlichen Theile durch ein umfassendes Konventionaltarifsystem bestimmt

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

worden, dessen Ausgangspunkt Handels- und Zollverträge bildeten, welche Frankreich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre mit einer grösseren Anzahl von Staaten — Belgien, Portugal, Schweden-Norwegen, Spanien, der Schweiz und den Niederlanden — vereinbart hatte, und an die sich eine Reihe anderer Tarifverträge der genannten Staaten — theils unter sich, theils mit dritten Mächten, wie Italien, Oesterreich-Ungarn u. s. w. — angeschlossen hatte. Durch diese Verträge waren die Zolltarife der meisten europäischen Staaten auf eine längere Reihe von Jahren in erheblichem Umfange und in einer Höhe vertragsmässig festgelegt, welche gegenüber den auf autonomer Grundlage beruhenden General-Zolltarifen dieser Länder nicht unerhebliche Vortheile boten. || Deutschland hatte sich an diesem System nur in verhältnissmässig geringem Umfange durch eigene Tarifverträge betheiligt. Handelsverträge, durch welche der deutsche Zolltarif — gegen entsprechende Tarifzugeständnisse des anderen vertragschliessenden Theiles — in einzelnen Positionen gebunden oder ermässigt war, sind nur mit Italien, Spanien, Griechenland und der Schweiz abgeschlossen worden. Den meisten übrigen europäischen, wie auch einer grösseren Anzahl aussereuropäischer Staaten, hatte Deutschland lediglich die Meistbegünstigung gewährt und sich dafür den Genuss des gleichen Rechts, beziehungsweise daneben, wie in Rumänien und Serbien, einseitige zolltarifarische Konzessionen des anderen Theiles, gesichert. Mit Frankreich war durch Artikel 11 des Frankfurter Friedensvertrages die Verpflichtung vereinbart, sich in den gegenseitigen Handelsbeziehungen auf dem gleichen Fusse mit Grossbritannien, Belgien, den Niederlanden, der Schweiz, Oesterreich-Ungarn und Russland zu behandeln. || Während somit Deutschland für seine eigene Zollpolitik im Wesentlichen freie Hand behalten hatte, nahm es doch in Folge des Meistbegünstigungsrechts in vollem Masse an den Vergünstigungen der europäischen Konventionaltarife Theil. || Eine Betrachtung der gegenwärtigen handelspolitischen Gesamtlage ergibt, dass dieser für Deutschland mit erheblichen Vortheilen verknüpfte Zustand am 1. Februar 1892, dem Termin, bis zu welchem die französischen und die Mehrzahl der übrigen europäischen Tarifverträge abgeschlossen, beziehungsweise kündbar waren, sein Ende finden wird und zugleich eine vollständige Umwälzung der europäischen Handelspolitik einzutreten droht. || In Frankreich, wo seit längerer Zeit die Entwicklung der wirthschaftlichen Verhältnisse in weiteren Kreisen Unzufriedenheit erregt hatte, erlangte eine stark schutzzöllnerische Strömung mehr und mehr die Oberhand und liess es kaum noch zweifelhaft erscheinen, dass eine Aufrechthaltung der französischen Tarifverträge über den 1. Februar 1892 hinaus nicht zu erwarten stand. Diese dem bestehenden Konventionaltarifsystem zunächst von Frankreich her drohende Gefahr übte ihren Einfluss auch auf die handelspolitische Stimmung der übrigen, durch Tarifverträge verbundenen europäischen Staaten mehr oder weniger aus und liess auch dort das Bestreben immer deutlicher hervortreten, der einheimischen Produktion in erster Linie den eigenen Markt durch hohe Zölle ausschliesslich zu sichern und zu diesem Zweck sich mit dem Ablauf der

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

französischen Verträge gleichzeitig auch von den mit anderen Staaten geschlossenen Tarifverträgen zu befreien, um nach allen Seiten hin völlig freie Hand für die Gestaltung der eigenen Zolltarife zu erlangen. || Hierzu trat die zunehmende Entwicklung der protektionistischen Zollgesetzgebung einerseits in Russland und andererseits in den Vereinigten Staaten von Amerika. In Russland schritt man von Zollerhöhung zu Zollerhöhung, derart, dass der dortige Absatzmarkt für die europäischen Industrieerzeugnisse sich mehr und mehr verschloss. So ist die deutsche Ausfuhr nach Russland von 228 Millionen Mark im Jahre 1880 stufenweise auf 131 Millionen Mark im Jahre 1887 zurückgegangen. Wenn sie in den letzten Jahren wieder etwas gestiegen ist, so lag der Grund hierfür lediglich in dem Steigen des Rubelkurses, ein Umstand, welcher der russischen Regierung sofort Anlass zu einer entsprechenden neuen Erhöhung der Zölle bot. In den Vereinigten Staaten von Amerika waren es die mehr und mehr hervortretenden Bestrebungen, die einheimische Produktion durch hohe Schutzzölle und sogar Prohibitivzölle gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen, welche zunächst in den später zu Gesetzen erhobenen sogenannten Mc. Kinley'schen Zollverwaltungs- und Zolltarifbills ihren beredten Ausdruck fanden und den europäischen Import, an welchem Deutschland erheblich betheilt ist, in weitem Masse zu schädigen drohten. || Je näher der kritische Zeitpunkt für den Ablauf der europäischen Tarifverträge heranrückte und je mehr es zur Gewissheit wurde, dass die bisherige günstige Lage, welche Deutschland im Wesentlichen die Autonomie seines Zolltarifs und gleichzeitig den Mitgenuss zahlreicher, von anderen Staaten verabredeter Zollbegünstigungen gewährte, mit jenem Zeitpunkte ein Ende nehmen werde, um so zwingender trat an die verbündeten Regierungen die Mahnung zur Entscheidung heran, ob sie gegenüber der auf wirtschaftlichem Gebiete mit zunehmender Bestimmtheit drohenden Abschliessungspolitik der europäischen Staaten, dem Beispiele anderer Staaten folgend, auch ihrerseits auf die festere Abschliessung des eigenen Marktes Bedacht nehmen und damit die auf gegenseitige Abschliessung gerichteten Tendenzen wesentlich steigern oder ob sie bei Zeiten dahin streben sollten, der weiteren Entwicklung jener Tendenzen und ihrer praktischen Folgen vorzubeugen und sich einen bestimmenden Einfluss auf die demnächstige Neugestaltung des europäischen Zolltarifsystems im Sinne internationaler Verständigungen zu sichern. || Die Entscheidung konnte nur im letzteren Sinne ausfallen. || Deutschland nahm nach der Begründung des Reiches den Anlauf zu einer mächtigen Entwicklung seiner wirtschaftlichen Kräfte. Dem raschen Aufschwunge aber folgte bald ein empfindlicher Rückschlag. Es brach sich die Erkenntniss Bahn, dass die auf das Reich übernommene Handels- und Tarifpolitik des Zollvereins nicht länger aufrechtzuerhalten sei, wenn der nutzbringende Absatz der wichtigsten Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft nicht durch die unter günstigeren Verhältnissen arbeitende Produktion fremder Länder unmöglich gemacht und wenn die aufstrebende heimische Industrie nicht unter dem Wettbewerb ausländischer, in langjährigem, prohi-

bitiv geschütztem Wachstum mächtig gewordener Konkurrenten erstickt werden sollte. Auch in finanzieller Beziehung hatte sich eine Reform des bestehenden Zollsystems als rätlich erwiesen. || Der deutsche Zolltarif von 1879 sowie die dazu erlassenen Novellen brachten nach beiden Richtungen Abhilfe. || Die deutsche Industrie hat unter dem verhältnissmässig niedrigeren, aber immerhin kräftigen Schutze des in einzelnen Punkten später noch ergänzten Tarifs von 1879 in allen Zweigen einen bemerkenswerthen Aufschwung genommen. Die Entwicklung Deutschlands zu einem Industriestaate ersten Ranges, die Zunahme seiner Bevölkerung und die den einheimischen Bedarf nicht in vollem Umfange deckende Bodenproduktion haben zur Folge, dass Rohstoffe und Nahrungsmittel vom Auslande in grossen Mengen eingeführt werden müssen. Um das hierdurch bedrohte wirthschaftliche Gleichgewicht in dem erforderlichen Masse wiederherzustellen, ist Deutschland in erster Linie darauf angewiesen, seinen Ueberschuss an Fabrikaten an das Ausland abzusetzen. Die Einfuhr von Rohstoffen hat im Durchschnitt der Jahre 1880 bis 1890 einen Werth von 2 206 Millionen Mark und nach Abzug der Ausfuhr an Rohstoffen einen solchen von 1 357 Millionen Mark, im Jahre 1889 dagegen bereits einen Werth von 2 818, beziehungsweise 2 033 Millionen Mark und im Jahre 1890 einen Werth von 2 966, beziehungsweise 2 120 Millionen Mark betragen. || Mit diesem starken Anwachsen der Einfuhr von Rohstoffen hat die Ausfuhr von Fabrikaten nicht gleichen Schritt gehalten. Sie hat im Durchschnitt der Jahre 1880 bis 1890 einen Werth von 2 260 Millionen Mark und nach Abzug der Einfuhr von Fabrikaten einen solchen von 1 211 Millionen Mark, im Jahre 1889 einen Werth von 2 382, beziehungsweise 1 185 Millionen Mark und im Jahre 1890 einen Werth von 2 482, beziehungsweise 1 286 Millionen Mark erreicht. || Immerhin zeigen die vorstehenden Zahlen zur Genüge, welche Menge von Arbeit sich in der deutschen Ausfuhr verkörpert, wie sehr die arbeitenden Klassen an dem Export interessirt sind und einen wie erheblichen Faktor hiernach die Ausfuhr für das Gedeihen des deutschen Gewerbefleisses und damit der gesammten deutschen Volkswirtschaft bildet. || Betrachtet man die Gesamtziffern der deutschen Ausfuhr, welche sich

	für 1887	auf 3 190	Millionen	Mark
	„ 1888	„ 3 352	„	„
	„ 1889	„ 3 256	„	„
	und „ 1890	„ 3 409	„	„

stellten, so ist es einleuchtend, dass unser Wirtschaftsgebiet trotz der gesteigerten Konsumfähigkeit sich weitaus nicht selbst genügt.

Der Abschluss neuer internationaler Verträge mit blosser Meistbegünstigung ohne Tariffestsetzungen würde Deutschland zwar die Möglichkeit belassen, der einheimischen Produktion den eigenen Markt durch beliebige Schutzzölle zu sichern, für die Offenhaltung der für unseren Export unentbehrlichen Auslandsmärkte aber nicht die geringste Garantie bieten. Angesichts des mit der zunehmenden Steigerung der Produktion und ihrer Hilfsmittel immer heftiger

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

gewordenen Wettkampfes aller wirthschaftlich vorgeschrittenen Staaten ist zwischen diesen ein dauernder Handelsverkehr nur denkbar in der Form eines rationellen Austausches von Gütern, und letzterer setzt wiederum eine gewisse gegenseitige Beschränkung der freien Verfügung auf zolltarifarischen Gebiete voraus. Deutschland würde, zumal bei den heute herrschenden handelspolitischen Strömungen, auf die Erhaltung seiner Ausfuhr nicht rechnen dürfen, wenn es nicht durch eine solche Beschränkung seinerseits anderen Ländern die Möglichkeit gewährt, die empfangene Waare ganz oder theilweise in eigenen Produkten zu bezahlen. || Von nicht geringerer Wichtigkeit, als die Herstellung eines günstigeren Verhältnisses zwischen dem Exportbedürfniss und den Absatzmärkten, ist die Gewährleistung einer grösseren Stabilität der Zollverhältnisse. Auch diese von der Geschäftswelt mit Recht als eine Grundbedingung für die gedeihliche Entwicklung des internationalen Waarenverkehrs bezeichnete und seit Jahren mit Nachdruck geforderte Stetigkeit in den Zollverhältnissen kann nicht anders als auf dem Wege von Tarifverträgen mit langer Dauer erreicht werden. || Unter diesen Gesichtspunkten schien es für Deutschland geboten, unter Festhaltung des für die einheimische Produktion — und zwar sowohl die Landwirthschaft wie die Industrie — unentbehrlichen Masses von Zollschutz den Abschluss von Tarifverträgen anzubahnen und hierdurch der bei dem Mangel aller vertragmässigen Schranken zu gewärtigenden gegenseitigen Ueberbietung der europäischen Staaten in der Erhöhung ihrer Zolltarife rechtzeitig vorzubeugen. Wenn die verbündeten Regierungen noch Zweifel über die von ihnen zu verfolgende Vertragspolitik hätten haben können, so hätten dieselben angesichts der seitens der berufenen Organe des Handels und der Industrie ausnahmslos zu Tage getretenen, auf den Abschluss möglichst umfassender Tarifverträge mit den europäischen Staaten gerichteten Wünsche schwinden müssen. || Es versteht sich von selbst, dass die auf tarifarischem Gebiete zu erstrebenden Vortheile nur durch entsprechende Opfer auf demselben Gebiete erkaufte werden können. Indessen war bei der mit dem Zolltarif von 1879 eingeleiteten Zollreform die Eventualität späterer Tarifverhandlungen mit dem Auslande bereits in das Auge gefasst und bei dem Ausmass der Zollsätze mit in Betracht gezogen worden. || Der Staat, mit welchem an erster Stelle eine Verständigung in der bezeichneten Richtung gesucht werden musste, war Oesterreich-Ungarn. Dieses Land, mit welchem wir durch mannigfache Beziehungen eng verknüpft sind, steht mit uns auch im regsten wirthschaftlichen Verkehr. Nächst Grossbritannien nimmt Oesterreich-Ungarn unter den europäischen Staaten den ersten Platz in der Statistik unseres Aussenhandels ein.

Beispielsweise betrug

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

	die Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn in das deutsche Zollgebiet		die Ausfuhr aus dem deutschen Zoll- gebiet nach Oesterreich-Ungarn	
	Werth in Mark	Prozente der Gesamt- einfuhr	Werth in Mark	Prozente der Gesamt- ausfuhr
1887	428 801 000 rund	13,3	303 821 000 rund	9,5
1888	454 573 000 „	14,2	320 731 000 „	9,5
1889	537 249 000 „	13,1	340 762 000 „	10,4
1890	598 505 000 „	14,0	351 040 000 „	10,3

Schon früher hatten die engen handelspolitischen Beziehungen des deutschen Zollvereins mit den Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Abschluss umfassender Tarifverträge zwischen beiden Theilen geführt. Der letzte dieser Verträge, derjenige vom 9. März 1868, bestand bis zum Ende des Jahres 1878 in Kraft. In dem an dessen Stelle getretenen Handelsvertrage vom 16. Dezember 1878 ist zum ersten Male von einer vertragsmässigen Regelung der Einfuhrzölle Abstand genommen worden, indem dieser Vertrag, abgesehen von gewissen Erleichterungen für den Grenzverkehr, sich im Wesentlichen darauf beschränkte, die beiderseitigen Handelsbeziehungen auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation zu regeln, während im Uebrigen jedem der vertragsschliessenden Theile die volle Freiheit hinsichtlich der Gestaltung der eigenen Zollgesetzgebung gewahrt blieb. || Nahezu auf der gleichen Grundlage beruht der nach Ablauf des letztgenannten Vertrages an dessen Stelle getretene Vertrag vom 23. Mai 1881, welcher in Folge der im Jahre 1887 eingetretenen Verlängerung zur Zeit noch mit einjähriger Kündigungsfrist in Kraft steht. || Bei dem Abschlusse des Vertrages von 1878 sowohl, wie desjenigen von 1881 hat man indessen nicht von vornherein auf die Fortsetzung, beziehungsweise Wiederanbahnung eines engeren wirthschaftlichen Anschlusses verzichtet. Beiden Vertragsabschlüssen sind vielmehr lange und eingehende Verhandlungen über einen Vertragstarif vorausgegangen, welche indessen erfolglos blieben. || Inzwischen hat sich bei dem Mangel vertragsmässiger Schranken die beiderseitige Zollgesetzgebung immer mehr in der Richtung der Absperrung des einheimischen Marktes bewegt. Wie in Deutschland die Schutzzollgesetzgebung sich entwickelte, ist bekannt. In Oesterreich-Ungarn ist durch die Zollgesetzgebung des Jahres 1878 zunächst ein mässiger Schutz für die einheimische Industrie geschaffen worden, welcher schon im Jahre 1882 eine erhebliche Verschärfung erfuhr. In noch höherem Masse wurde die deutsche Anfuhr durch die österreichisch-ungarische Zollnovelle von 1887 betroffen, welche für wichtige deutsche

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

Absatzartikel nahezu prohibitiv wirkte. || Unter diesen Verhältnissen hat die Fortentwicklung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen den beiden Nachbarreichen nicht überall den Erwartungen zu entsprechen vermocht, zu welchen die gesteigerte Produktions- und Konsumfähigkeit beider Theile an und für sich wohl hätte berechtigen dürfen. Es hat sich daher auf beiden Seiten immer mehr das Bedürfniss nach Wiederherstellung solcher vertragsmässiger Beziehungen geltend gemacht, unter welchen eine gedeihliche Fortentwicklung des gegenseitigen Güteraustausches zu erhoffen sein würde. So enthielten auch die Berichte der deutschen Handelskammern seit einer Reihe von Jahren fast ausnahmslos den Ruf nach Abschluss eines Tarifvertrages mit Oesterreich-Ungarn. || Nunmehr schien der Augenblick gekommen, diesen Wünschen Rechnung zu tragen und jenes engere wirtschaftliche Verhältniss beider Länder zu erneuern. Es war anzunehmen, dass Oesterreich-Ungarn ebenso wie Deutschland ein entscheidendes Interesse daran haben würde, den handelspolitischen Umwälzungen, welche das Jahr 1892 zu bringen drohte, entgegenzuwirken. Für den Fall, dass es gelingen würde, einen umfassenden Tarifvertrag zwischen beiden, ein grosses Wirtschaftsgebiet im Herzen Europas umfassenden Mächten zu Stande zu bringen, war zugleich die Erwartung berechtigt, dass derselbe zum Kristallisationspunkt für weitere Tarifverträge mit anderen Staaten und dieser untereinander sich gestalten würde, indem Deutschland und Oesterreich-Ungarn die einander gemachten Zugeständnisse auch dritten Staaten gegen entsprechende Gegenbewilligungen anbieten und diese Staaten dadurch bestimmen konnten, auch ihrerseits an dem System einer auf vertragsmässiger Grundlage beruhenden gemässigten Handelspolitik festzuhalten und von dem Uebergange zum extremen Protektionismus Abstand zu nehmen. || Schon der erste im Sommer 1890 erfolgte Gedankenaustausch mit Oesterreich-Ungarn zeigte sofort die vollständige Uebereinstimmung der beiderseitigen Auffassung über die handelspolitische Lage und über die zu verfolgenden, im Vorstehenden entwickelten Ziele. Die Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen zur Erreichung des gemeinsamen Zieles fiel daher nicht schwer. || Zu Anfang Dezember 1890 konnten die kommissarischen Verhandlungen wegen Abschlusses eines deutsch-österreichisch-ungarischen Handels- und Zollvertrages in Wien eröffnet werden. Bei den zu überwindenden, immerhin nicht unbeträchtlichen Schwierigkeiten zogen sich die Verhandlungen demnächst bis zum Frühjahr d. J. hin. || Inzwischen hatte der Verlauf der Dinge gezeigt, dass die Voraussetzungen, welche zur Einleitung der gesammten handelspolitischen Aktion geführt, vollberechtigt waren. || Einerseits erfüllten sich die Befürchtungen hinsichtlich des Fortbestandes des bestehenden vertragsmässigen Zolltarifsystems in vollem Umfange.

Frankreich war im Januar d. J. zur Kündigung seiner sämtlichen Tarifverträge auf den 1. Februar 1892 geschritten, nachdem die Regierung im Oktober 1890 der Deputirtenkammer den Entwurf eines neuen französischen Zolltarifs vorgelegt hatte, welcher einen als Aequivalent für die von anderen

Staaten zu verlangende Meistbegünstigung gedachten, äusserst hohen Minimaltarif und einen noch höheren, zur Anwendung auf die Nichtvertragsstaaten bestimmten Maximaltarif enthielt. Bei der bisherigen, zur Zeit noch nicht abgeschlossenen parlamentarischen Behandlung der Vorlage sind die Tarife noch wesentlich erhöht worden.

In Spanien waren im November 1890 die von der Kommission zur Vorberathung der aktuellen handelspolitischen Fragen ausgearbeiteten Vorschläge der Oeffentlichkeit übergeben worden. Dieselben befürworteten ganz wesentliche Tariferhöhungen. Aehnliche Anzeichen einer auf die Förderung der einheimischen Produktion durch hohe Schutzzölle gerichteten Bewegung traten allmähig auch in Portugal zu Tage. Beide Länder folgten sodann im Januar dieses Jahres dem Beispiele Frankreichs in der Lösung ihrer handelsvertragsmässigen Beziehungen und erstreckten die Kündigung sogar auf die blossen Meistbegünstigungsverträge. Demzufolge läuft auch die Mehrzahl der europäischen Handelsverträge Spaniens und Portugals zum Februar 1892 ab.

In Rumänien, welches seine Tarifverträge bereits im Juni 1890 zum 10. Juli 1891 gekündigt hatte, war ein demnächst am 11. Juli 1891 in Kraft getretener, neuer autonomer Zolltarif in Vorbereitung, welcher im Durchschnitt dem bisherigen vielfach prohibitiven Generaltarif nahe kam, ihn zum Theil sogar noch überstieg. Von den europäischen Handelsverträgen Rumäniens steht zur Zeit nur noch der Meistbegünstigungsvertrag mit den Niederlanden, welcher zolltarifarisches Bestimmungen nicht enthält, in Kraft.

Die Schweiz endlich hatte Anfangs Februar 1891 ihren Tarifvertrag mit Italien gekündigt. Dieselbe würde unzweifelhaft auch zur Kündigung der Verträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschritten sein, wenn nicht wir und Oesterreich-Ungarn mit jener Massregel vorausgegangen wären. Für die Kündigung unseres Vertrages mit der Schweiz ist namentlich die Erwägung massgebend gewesen, dass mit dem Wegfalle der seitens der Schweiz in ihrem Tarifvertrage mit Frankreich gemachten Tarifkonzessionen unser Vertrag ein genügendes Aequivalent für die in demselben von unserer Seite der Schweiz gemachten Tarifkonzessionen nicht mehr bieten würde. Hiernach erlangt auch die Schweiz mit dem Februar 1892 wiederum volle Autonomie hinsichtlich ihrer Zölle. Auch dort hatte die Regierung einen verhältnissmässig hohen Generalzolltarif vorbereitet, welcher ohne weitgreifende Aenderungen von der Bundesversammlung genehmigt und am 15. April 1891 vorläufig veröffentlicht worden ist. Seine definitive Annahme im Wege der Volksabstimmung ist im Oktober 1891 erfolgt.

Mit dem 1. Februar würden demnach, wenn neue Tarifabmachungen nicht zu Stande kämen, überall die in den europäischen Staaten in neuerer Zeit vorbereiteten, nahezu prohibitiven autonomen Zolltarife in Kraft treten. Nur einzelne, auf wenige Positionen beschränkte Tarifverträge, wie diejenigen Italiens mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sowie diejenigen Serbiens und Griechen-

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

lands würden etwas später ablaufen oder, zumeist mit kurzer Kündigungsfrist, vorläufig noch bestehen bleiben*).

Andererseits hatte sich aber auch die Voraussetzung als richtig erwiesen, dass, wenn es erst gelungen sein würde, einen Tarifvertrag mit Oesterreich-Ungarn zu Stande zu bringen, gleichsam naturgemäss andere umfassende Tarifverträge sich hieran anschliessen lassen würden. Zunächst waren die Bestrebungen deutscherseits darauf gerichtet, Italien und die Schweiz in den Kreis der wirtschaftlichen Annäherung hereinzuziehen, um mit Italien den bestehenden, nur wenige Tarifbestimmungen enthaltenden Vertrag zu revidiren und mit der Schweiz einen neuen und umfassenderen Tarifvertrag abzuschliessen. Beide Staaten zeigten sich von Anfang an bereit, der unsererseits in Gemeinschaft mit Oesterreich-Ungarn eingeleiteten handelspolitischen Aktion sich anzuschliessen. Während italienischerseits zunächst noch ein Aufschub der Verhandlungen gewünscht wurde, konnte alsbald nach dem im Mai d. J. erzielten Abschlusse der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn in die Verhandlungen mit der Schweiz, und zwar gleichzeitig und gemeinsam von deutscher und von

*) Die in Betracht kommenden, zum Februar 1892 ausser Kraft tretenden Tarifverträge sind folgende:

Vertragschliessende Staaten:	Tag des Abschlusses:	Tag des Ablaufs:
Deutschland-Schweiz	23. Mai 1881	1. Februar 1892
„ -Spanien	bezw. 11. November 1888 12. Juli 1883	desgl.
„ -Schweiz	bezw. 10. Mai 1885	desgl.
Frankreich-Belgien	31. Oktober 1881	desgl.
„ -Portugal	19. Dezember 1881	desgl.
„ -Schweden-Norwegen	bezw. 6. Mai 1882	desgl.
„ -Spanien.	30. Dezember 1881	desgl.
„ -Schweiz	6. Februar 1882	desgl.
„ -Niederlande	23. Februar 1882	desgl.
Spanien-Belgien	19. April 1884	desgl.
„ -Schweiz	4. Mai 1878	desgl.
„ -Schweden-Norwegen	14. März 1883	desgl.
„ -Italien	15. März 1883	desgl.
Portugal-Italien	26. Februar 1888	desgl.
Schweiz-Oesterreich-Ungarn	15. Juli 1872	24. Januar 1892
„ -Italien	23. November 1888	1. Februar 1892
„ -Italien	23. Januar 1889	14. Februar 1892

Bereits im Laufe des Jahres 1891 sind die Tarifverträge erloschen, welche Rumänien mit anderen Staaten, und zwar mit Deutschland, Italien, Grossbritannien, Belgien, Russland und der Türkei, abgeschlossen hatte.

Auf der Meistbegünstigung, wie sie Deutschland auf Grund der bestehenden Verträge und Vereinbarungen in Grossbritannien, Schweden-Norwegen, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Griechenland, Serbien, der Türkei und Bulgarien gegen Reziprozität geniess, ist nichts geändert worden.

österreichisch-ungarischer Seite, eingetreten werden. Ebenso fanden auch Erörterungen mit der belgischen Regierung wegen Erneuerung und beziehungsweise Erweiterung des deutsch-belgischen Meistbegünstigungsvertrages zu einem Tarifvertrage statt.

Die Verhandlungen mit der Schweiz wurden in der zweiten Hälfte des Mai in Wien, diejenigen mit Belgien in der zweiten Hälfte des Juli in Berlin eröffnet. Im August wurden die Verhandlungen mit der Schweiz vertagt, um Zeit für die Verhandlungen zu gewinnen, welche von da ab bis zu Anfang November mit Italien sowohl von Deutschland wie von Oesterreich-Ungarn in München geführt worden sind. Nach Abschluss der letzteren hat sodann die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Schweiz stattgefunden, welche ebenso wie die inzwischen fortgesetzten Verhandlungen mit Belgien zu einer Verständigung geführt haben.

Die vereinbarten Verträge bilden nach ihrer Entstehungsgeschichte und nach dem bei den Verhandlungen verfolgten Ziele ein zusammengehöriges Ganze und müssen auch bei Abwägung der in ihnen deutscherseits gemachten Zugeständnisse und der dafür eingetauschten Vortheile einheitlich betrachtet werden.

Bei Abschluss derselben ist unter Festhaltung an einem dem praktischen Bedürfniss Rechnung tragenden Schutze der nationalen Arbeit, die in ihrer Rückwirkung auf unsere gesammte Volkswirtschaft, wie oben dargethan, nicht zu unterschätzende Nothwendigkeit, der deutschen Industrie Absatzwege nach dem Auslande offenzuhalten, thunlichst berücksichtigt worden. || Die Zugeständnisse, welche deutscherseits in den Verträgen haben gemacht werden müssen, sind in ihrer Gesammtheit nicht unerheblich. Die verbündeten Regierungen sind sich der wirtschaftlichen und finanziellen Tragweite der gemachten Zugeständnisse in vollem Umfange bewusst. Sie sind bei den Verhandlungen mit Erfolg darauf bedacht gewesen, die erforderlichen Tarifzugeständnisse auf das thunlichst geringe Mass zu beschränken. Dies gilt insbesondere auch bezüglich der landwirtschaftlichen Zölle, hinsichtlich deren es der äussersten Festigkeit bedurfte, um den weitgehenden Anforderungen der an ihrer Ermässigung interessirten verhandelnden Staaten Widerstand zu leisten. Wenn die verbündeten Regierungen sich zu einer theilweisen Ermässigung derselben entschlossen haben, so ist dies in der Erwägung geschehen, dass einerseits ohne ein Entgegenkommen auf dem Gebiete der deutschen Agrarzölle die Einigung mit Oesterreich-Ungarn und damit auch die in Aussicht genommene weitere handelspolitische Aktion von vornherein aussichtslos gewesen wäre, und dass andererseits die bewilligten Reduktionen dasjenige Mass nicht überschreiten, dessen Einhaltung zur Sicherung des für das Gedeihen der deutschen Landwirtschaft erforderlichen Schutzes, selbst gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Konsumenten auf thunlichste Verbilligung der nothwendigen Lebensmittel, nach Lage der Verhältnisse unumgänglich erschien. Neben den landwirtschaftlichen Zöllen haben auch die deutschen Industriezölle mehrfache

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

Ermässigungen erfahren müssen. Gegen die deutschen Zugeständnisse haben sich zunächst die mitkontrahirenden Staaten zu Gegenbewilligungen verstanden, welche, nach der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen, der deutschen Volkswirtschaft ein volles Aequivalent gewähren. Diese Gegenbewilligungen enthalten zahlreiche und für die deutsche Ausfuhr werthvolle Ermässigungen der allenthalben sehr hohen autonomen Zolltarife dieser Länder, daneben die Bindung zahlreicher Zollbefreiungen, beziehungsweise die Bindung sehr niedriger oder doch den Mitbewerb des Auslandes nicht unbedingt ausschliessender Zölle, und damit den Verzicht auf etwaige künftige Zollerhöhungen. Es steht zu erwarten, dass die gemachten Konzessionen auch noch anderen Staaten gegenüber geeignete Verwerthung finden und zur Erlangung weiterer Vortheile in dem Verkehr mit diesen Staaten beitragen werden. Die erforderlichen Massnahmen zur Erreichung dieses Zieles sind, soweit die Verhältnisse dies gestattet haben, bereits angebahnt. || Es liegt in der Natur der Sache, dass mit Rücksicht auf die ihren Bedürfnissen entsprechenden Anforderungen der mitverhandelnden Staaten gewisse Ungleichheiten in dem Ausmasse der die einzelnen Zweige der wirtschaftlichen Produktion treffenden Vortheile und Nachteile unmöglich sich haben vermeiden lassen. Aber abgesehen davon, dass die Regierung nicht die Interessen einzelner wirtschaftlicher Faktoren, sondern die gesammten wirtschaftlichen Interessen des Reiches im Auge behalten musste und dass die Opfer der einen in der Förderung der anderen Interessensphäre ganz oder zum Theil ihren Ausgleich finden müssen, werden insbesondere die Vortheile, welche für die deutsche Industrie durch die Sicherung wesentlicher Grundlagen ihrer Existenz und ihres Gedeihens in Aussicht stehen, indirekt auch der Landwirthschaft zum Nutzen gereichen und für den verminderten Zollschutz Ersatz bieten. Denn indem die Verträge für die deutsche Industrie das Absatzgebiet zu einem wesentlichen Theile erhalten und nach gewissen Richtungen sogar erweitern werden, wird auch der deutschen Landwirthschaft der lohnende Vertrieb ihrer Produkte gesichert, da dieselbe in der industriellen Bevölkerung ihre beste Abnehmerin besitzt und auf das Gedeihen derselben und die Erhaltung ihrer Kaufkraft angewiesen ist. Besteht in diesem Sinne eine Interessengemeinschaft zwischen den verschiedenen Faktoren unserer Produktion und erscheint die Ermässigung der agrarischen Zölle als unumgängliche Voraussetzung für dauernde Sicherstellung vitaler Interessen der Industrie, so wird die Landwirthschaft trotz der Verringerung ihres Zollschutzes einen erheblichen Nachtheil nicht zu befürchten haben —; wohl aber würde andererseits nichts so sehr ihre Interessen gefährden als ein wesentlicher Rückgang der Industrie, für welchen die industrielle Bevölkerung ausschliesslich die agrarischen Zölle verantwortlich machen könnte. || Durch die für einen Zeitraum von 12 Jahren vereinbarte Gültigkeit der Verträge ist die von der Geschäftswelt so dringend gewünschte Stabilität auf lange Zeit hinaus nach Thunlichkeit gesichert. || Die verbündeten Regierungen geben sich der Ueberzeugung hin, dass die vorgelegten Verträge sich als geeignet erweisen werden, die Handelsbeziehungen des Reiches

mit den Vertragsstaaten nicht nur vor gefährlichen Schwankungen und Schädigungen zu bewahren, sondern vielmehr in ihrem bestehenden Umfange zu erhalten und zu erweitern, sowie dass dieselben den Ausgangspunkt für die wünschenswerthe vertragsmässige Sicherstellung unserer Handelsbeziehungen zu anderen Staaten bilden werden.

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

II. Handels- und Zollvertrag mit Oesterreich-Ungarn.

Dem Vertrage ist der im Jahre 1887 auf unbestimmte Zeit mit einjähriger Kündigungsfrist verlängerte, zur Zeit noch in Kraft stehende Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn vom 23. Mai 1881 zu Grunde gelegt, welcher, abgesehen von den neuen Zolltarifbestimmungen, nur wenige Aenderungen erfahren hat.

Artikel 1 hält im Prinzip daran fest, dass der gegenseitige Verkehr durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote gehemmt werden soll. Die zulässigen, im Vertrage aufgeführten Ausnahmen beruhen im Wesentlichen auf internationalem Gebrauche und haben gegenüber dem bestehenden Vertrage eine Erweiterung nur insofern erfahren, als die Zulässigkeit von Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten auch auf alle diejenigen Gegenstände erstreckt worden ist, welche in einem der vertragschliessenden Theile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden. Eine gleiche Bestimmung ist auch schon in anderen von Deutschland abgeschlossenen Handelsverträgen, sowie in zahlreichen Handelsverträgen des Auslandes enthalten und erscheint unbedenklich. || Ueber die Durchfuhr deutschen Salzes durch Oesterreich-Ungarn auf der Donau waren seitens der österreichisch-ungarischen Regierung, mit Rücksicht auf das dort bestehende Salzmonopol, seit Jahren gewisse Grundsätze aufgestellt worden, deren Fortdauer alljährlich durch besondere Anordnung der gedachten Regierung verfügt wurde. Durch die im Schlussprotokoll zu Artikel 1 des Vertrages unter Ziffer 1 enthaltenen Bestimmungen sind diese unseren Bedürfnissen im Wesentlichen entsprechenden Grundsätze vertragsmässig festgelegt worden. || Hinsichtlich der Durchfuhr von Krenznacher Mutterlauge und sogenannten Stassfurter Abraumsalzen durch Oesterreich-Ungarn ist unsererseits bereits seit längerer Zeit eine Erleichterung in der Richtung angestrebt worden, dass die österreichisch-ungarische Regierung auf das Verlangen besonderer vorgängiger Durchfuhrbewilligung für die erwähnten Erzeugnisse unter gewissen Voraussetzungen verzichten möge. Durch die im Schlussprotokoll zu Artikel 1 des Vertrages unter Ziffer 2 enthaltenen Bestimmungen ist eine entsprechende Regelung dieser Angelegenheit erfolgt. || Die unter Ziffer 3 und 4 des Schlussprotokolls zu Artikel 1 des Vertrages enthaltenen Bestimmungen sind aus dem bisherigen Vertrage übernommen. || Dagegen sind die im Schlussprotokoll zu dem bisherigen Vertrage enthaltenen Bestimmungen über gewisse Erleichterungen in den Grenzgebieten für den Verkehr mit Nutz- und Zuchtvieh mit Rücksicht auf den Abschluss einer besonderen Viehseuchenkonvention mit Oesterreich-Ungarn an dieser Stelle in Wegfall gekommen.

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

Artikel 2 enthält die gegenseitige Meistbegünstigung hinsichtlich der Eingangs- und Ausgangsabgaben und der Durchfuhr, sowie die hiervon zulässigen Ausnahmen, wie in dem bestehenden Verträge.

Artikel 3 ist neu und bezieht sich auf die beiderseits vereinbarten Zolltarife. || Der gleichzifferige Artikel des bisherigen Vertrages enthielt das Verbot von Ausfuhrprämien und ist nebst der dazu gehörigen Bestimmung des Schlussprotokolls gestrichen worden, weil die Aufrechterhaltung die zur Zeit nicht wünschenswerthe und beziehungsweise nicht erreichbare Aenderung der beiderseits bestehenden autonomen Zucker-, beziehungsweise Branntweinsteuergesetzgebung erfordert haben würde. || Der Inhalt der Vertragstarife ist an anderer Stelle näher erörtert. || Bei den in den beiderseitigen Vertragstarifen für gewisse Artikel vereinbarten Vertragszollsätzen haben die zur Zeit in den beiderseitigen Gebieten auf den betreffenden Waaren etwa lastenden inneren Steuern bereits entsprechende Berücksichtigung gefunden. Dagegen ist im Absatz 2 des Artikels 3, wie dies auch in anderen Verträgen geschehen, für den Fall der Einführung neuer innerer Steuern oder Steuerzuschläge auf solche Waaren die Zulässigkeit der Erhebung einer entsprechenden Abgabe neben dem Einfuhrzoll für die gleichartigen Waaren bei der Einfuhr aus dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles vorgesehen. || Im Schlussprotokoll zu Artikel 3 des Vertrages ist unter Ziffer 1 die Anwendbarkeit der Vertragszolltarife auf die aus den beiderseitigen Zollausschlüssen kommenden Waaren geregelt. Hierbei ist im Auge behalten worden, den Zollausschlüssen die Vortheile des Vertragstarifs zuzuwenden, soweit dies möglich ist, ohne sie der durch die Zollschranken in gewissem Grade ungünstiger gestellten zollinländischen Produktion gegenüber zu bevorzugen. || In den beiderseitigen Gebieten sind im Laufe der Zeit gewisse Zollnachlässe für die Einfuhr zur See zur Einführung gelangt. Während die in Deutschland bestehenden derartigen See-Einfuhrbegünstigungen lediglich den Zweck verfolgten, dem Küstengebiete den durch die geographische Lage erschwerten Bezug gewisser Waaren zu erleichtern, hatten die in Oesterreich-Ungarn bestehenden See-Einfuhrbegünstigungen den Zweck, die Einfuhr über die einheimischen Seehäfen zu bevorzugen. Es war nicht zu verkennen, dass hierdurch der deutsche Zwischenhandel und die deutschen Durchfuhrinteressen eine gewisse Beeinträchtigung erfahren haben. Es ist deshalb deutscherseits bei den Verhandlungen in erster Linie deren Beseitigung angestrebt worden. Hinsichtlich einzelner solcher Begünstigungen (für Palmkernöl, Indigo etc.) ist dies durch die auf den österreichisch-ungarischen Zolltarif bezüglichen Abmachungen gelungen. Im Uebrigen ist das erwünschte Ziel dagegen nicht zu erreichen gewesen. Es ist jedoch unter Ziffer 2 des Schlussprotokolls zu Artikel 3 des Vertrages eine Bestimmung vereinbart worden, durch welche wenigstens einer weiteren unerwünschten Ausdehnung der zur Zeit des Vertragsabschlusses bestehen bleibenden Vergünstigungen der in Rede stehenden Art vorgebeugt worden ist. || Die Bestimmungen unter Ziffer 3 und 4 des Schlussprotokolls zu Artikel 3 des

Vertrages beziehen sich auf die Vertragstarife und finden im Zusammenhange mit den letzteren ihre nähere Darlegung.

Artikel 4 entspricht dem gleichen Artikel des bestehenden Vertrages und sichert die gegenseitige Befreiung von Durchgangsabgaben zu.

Artikel 5 hält die bisherigen vertragsmässigen Erleichterungen für den Markt- und Messverkehr, für den Verkehr auf ungewissen Verkauf und für die Muster der Handlungsreisenden, sowie für das auf Märkte in das Gebiet des anderen vertragschliessenden Theiles gebrachte und unverkauft zurückgeführte Vieh aufrecht und weicht von dem Artikel 5 des bestehenden Vertrages nur insofern ab, als für Waaren, welche auf ungewissen Verkauf in das Gebiet des anderen vertragschliessenden Theiles versendet werden, die fraglichen Erleichterung nicht mehr von der Lagerung der betreffenden Waaren in öffentlichen von der Zollbehörde kontrolirten Niederlagen abhängig gemacht ist, eine Bestimmung, welche deshalb als eine überflüssige Beschränkung des betreffenden Verkehrs angesehen werden konnte, weil die auch auf andere Weise zu ermöglichende Festhaltung der Identität ohnedies die Voraussetzung für den Anspruch auf die fraglichen Begünstigungen bildet. Die Bestimmungen des Schlussprotokolls zu Artikel 5 haben eine Abänderung nicht erfahren.

Durch Artikel 6 und die zugehörige Anlage sind die in dem gleichen Artikel sowie in Anlage C des bisherigen Vertrages vereinbarten besonderen Erleichterungen des sogenannten kleinen Grenzverkehrs unverändert aufrechterhalten worden mit der einzigen Ausnahme, dass der freie Grenzverkehr mit Bäumen, Sträuchern und anderen lebenden Pflanzen oder Gewächsen zum Verpflanzen auch in Töpfen oder Kübeln deshalb in Wegfall gekommen ist, weil die genannten Gegenstände in Oesterreich-Ungarn inzwischen mit einem Zoll belegt worden sind. Dagegen sind neu hinzugekommen gewisse Erleichterungen für die Grenzbewohner hinsichtlich des Bezuges von Salz, Mehl und Brot während der Alpenweidezeit auf ihren im jenseitigen Staatsgebiete gelegenen Alpenweideplätzen, wodurch einem in den bayerischen Alpengegenden hervorgetretenen dringenden Bedürfnisse genügt wird, ferner eine den Grenzverkehr mit Arbeitsvieh sowie mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräthen erleichternde Bestimmung, welche sich bereits in dem bisherigen deutsch-schweizerischen Vertrage befindet, und endlich eine Erleichterung für den Grenzverkehr mit zubereiteten Arzneiwaaren. || Im Schlussprotokoll zu Artikel 6 des Vertrages ist die bisherige Bedeutung der Begriffe Grenzbezirk und Grenzbewohner aufrechterhalten. Ausserdem sind hinsichtlich des Bezuges der beiderseitigen Grenzbewohner an Butter, Fleisch, Mühlenfabrikaten und Backwerk gewisse im deutschen Zollgebiet bereits autonom bestehende Begünstigungen unter Ausbedingung der Gegenseitigkeit und unter Vorbehalt einer kurzen Kündigungsfrist vertragsmässig festgelegt worden.

Artikel 7, betreffend die zollamtliche Behandlung von Waaren, welche dem Begleitscheinverfahren unterliegen, ist aus dem bestehenden Vertrage unverändert übernommen. Ebenso entsprechen die Bestimmungen des Schluss-

protokolls zu Artikel 7 des neuen Vertrages genau denjenigen des bestehenden. || In Gemässheit der Bestimmungen des Schlussprotokolls zu Artikel 5, 6 und 7 des Vertrages finden die in den genannten Artikeln verabredeten Verkehrs-erleichterungen in demselben Umfange wie bisher auch auf den Verkehr über den Bodensee Anwendung.

Artikel 8, betreffend die thunliche Zusammenlegung der gegenüberliegenden Grenzzollämter,

Artikel 9, betreffend die Zulässigkeit der Ausdehnung innerer Abgaben für gewisse Erzeugnisse des eigenen Landes auf die gleichnamigen Erzeugnisse des anderen Theiles, und

Artikel 10, betreffend die gegenseitige Beihülfe zur Verhütung und Bestrafung des Schleichhandels, || sind sammt den dazu gehörigen Bestimmungen des Schlussprotokolls ebenfalls aus dem bestehenden Vertrage unverändert in den neuen Vertrag übergegangen. Ebenso ist das bisherige Zollkartell, welches dem Vertrage als Anlage zu Artikel 10 beigefügt ist, in seinem bisherigen Umfange fast unverändert aufrechterhalten worden. Die einzigen vorgenommenen Aenderungen bestehen darin, dass dem § 12 des Zollkartells ein Zusatz beigefügt worden ist, welcher die bessere Ueberwachung der im Grenzbezirk abgehaltenen Messen und Märkte, insbesondere der Viehmärkte bezweckt, sowie dass durch einen im § 24 Ziffer 4 gemachten Zusatz den eine Zollübertretung verfolgenden Gerichten des einen Theiles ausdrücklich die Berechtigung zuerkannt ist, von den Gerichten des anderen Theiles, da wo sie bisher nur die Beschlagnahme und Auslieferung von beweglichen Gütern der Defraudanten zu verlangen berechtigt waren, auch die Veräusserung dieser Güter und die Herausgabe des Erlöses gegen Erstattung der Kosten zu fordern.

Die Artikel 11 bis 14, welche für die Seeschifffahrt, für die Befahrung der natürlichen und künstlichen Wasserstrassen sowie für die Benutzung der sonstigen dem Verkehr dienenden Einrichtungen mit Ausnahme der besonders behandelten Eisenbahnen im Wesentlichen die Gleichstellung mit den Angehörigen des eigenen Staates feststellen, entsprechen, nebst den Bestimmungen des Schlussprotokolls zu Artikel 11 des Vertrages, durchweg den bisherigen Vereinbarungen. Lediglich hinsichtlich der gegenseitigen Anerkennung der Schiffsmessbriefe hat die im letzten Absatz des Artikels 11 des bisherigen Vertrages enthaltene Bestimmung eine Abänderung erfahren müssen, weil die im Jahre 1872 über diesen Gegenstand getroffenen Vereinbarungen inzwischen modifizirt worden sind. Um für etwaige, mit der Zeit erforderlich werdende Abänderungen der zur Zeit getroffenen Abmachungen freien Spielraum zu lassen, ist vereinbart worden, dass die beiderseitigen Schiffsmessbriefe nach Massgabe der zwischen den vertragsschliessenden Theilen getroffenen besonderen Vereinbarungen Anerkennung finden sollen.

Artikel 15 bis 18 regeln den Eisenbahnverkehr zwischen den beiderseitigen Staatsgebieten und die gegenseitige Zollbehandlung der Eisenbahntransporte. Sie sind aus dem bestehenden Vertrage übernommen mit der

Massgabe, dass der zweite Absatz des Artikels 17 des bestehenden Vertrages, welcher Bestimmungen über das Desinfektionsverfahren der zum Transport lebender Thiere verwendeten Eisenbahnwagen enthielt, mit Rücksicht auf die durch die Viehseuchenkonvention erfolgte Regelung des Gegenstandes an dieser Stelle in Wegfall gekommen ist. In das Schlussprotokoll hat zum ersten Absatz des Artikels 15 eine, die Tragweite der betreffenden auf die Eisenbahntarife bezüglichen Bestimmungen näher darlegende Deklaration Aufnahme gefunden, welche bestimmt ist, einem bei der praktischen Handhabung der unverändert gebliebenen Vertragsbestimmungen hervorgetretenen Bedürfnisse zu genügen und Missverständnissen oder Zweifeln über die Tragweite der beiderseits übernommenen Verpflichtungen thunlichst vorzubeugen. || Die Bestimmungen des Schlussprotokolls zu Artikel 16 und 18 des Vertrages sind aus dem bisherigen Verträge mit der einzigen Modifikation übernommen, dass hinsichtlich der über die Anwendung des Schiffsverschlusses auf den Wasserstrassen vertragsmässig bestehenden Bestimmungen die eventuell einverständliche Neuregelung vorbehalten worden ist, wodurch die Bereitwilligkeit beider Theile zum Ausdruck gebracht werden sollte, auf Antrag des anderen Theiles in Verhandlungen über den Gegenstand einzutreten.

Die im Artikel 19 und in dem Schlussprotokoll hierzu vereinbarten Bestimmungen über die Gleichstellung der Angehörigen, sowie der Handels- und Versicherungsgesellschaften der vertragschliessenden Theile mit den Inländern und beziehungsweise den inländischen Handels- und Versicherungsgesellschaften in Bezug auf Gewerbe- und Handelsbetrieb sind aus dem bisherigen Verträge übernommen; insbesondere ist auch die Steuerfreiheit der Handlungsreisenden aufrechterhalten worden. || Der letzte Absatz des Schlussprotokolls zu Artikel 19 des bestehenden Vertrages, welcher lediglich gewisse Uebergangsbestimmungen hinsichtlich der Befugnisse der Handlungsreisenden für die erste Zeit der Gültigkeit des Vertrages enthielt, musste selbstverständlich in Wegfall kommen. || Artikel 20 und 21 des Vertrages nebst Schlussprotokoll hierzu entsprechen den in Artikel 21 und 22 nebst Schlussprotokoll enthaltenen Bestimmungen des bisherigen Vertrages und regeln die auf die gegenseitige konsularische Vertretung bezüglichen Verhältnisse.

Artikel 20 des bisherigen Vertrages, sowie die zugehörigen Bemerkungen des Schlussprotokolls enthalten Bestimmungen, betreffend den Marken- und Musterschutz. Mit Rücksicht auf das zur Regelung dieser Materie, sowie des Patentschutzes in Aussicht genommene besondere Abkommen ist die Wiederaufnahme der betreffenden Bestimmungen in den neuen Vertrag unterblieben.

Artikel 22 nebst Schlussprotokoll hierzu erleichtert die gegenseitige Information über die Behandlung des Zollwesens und entspricht dem Artikel 23 des bisherigen Vertrages nebst Schlussprotokoll.

Artikel 23 erstreckt die Gültigkeit des Vertrages auch auf die mit den Gebieten der vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder in gleicher Weise, wie dies im Artikel 24 des bestehenden Vertrages

Nr. 10205. vorgesehen ist. Hierin beruht unter Anderem die Anwendbarkeit des Vertrages auch auf Luxemburg.
Deutsches Reich.

Artikel 24 setzt die Dauer des Vertrages auf die Zeit vom 1. Februar 1892 bis zum 31. Dezember 1903, also nahezu auf die Dauer von 12 Jahren fest.

Artikel 25 enthält die üblichen Bestimmungen, betreffend die Ratifikation des Vertrages.

III. Viehseuchen-Uebereinkommen mit Oesterreich-Ungarn.

Schon bei den Verhandlungen, welche dem Abschluss des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn vom 23. Mai 1881 (Reichs-Gesetzbl. S. 123) vorangingen, war von österreichisch-ungarischer Seite der Abschluss einer Viehseuchenkonvention angeregt worden, um den Ein- und Ausfuhrverkehr mit Vieh und thierischen Produkten zwischen den beiderseitigen Ländergebieten auch für Zeiten, in welchen ansteckende Thierkrankheiten herrschen, vorbehaltlich gewisser Abwehr- und Ueberwachungsmaassregeln zu regeln und sicherzustellen. Angesichts des damals sehr ungünstigen Seuchenstandes in Oesterreich-Ungarn wie in dessen Hinterländern und namentlich mit Rücksicht auf das häufigere Auftreten der Rinderpest musste Deutschland jenen Vorschlag ablehnen, um für die zur Verhinderung der Seucheneinschleppung erforderlichen Einfuhrverbote und sonstigen Massregeln freie Hand zu behalten. Dementsprechend ist in dem geltenden Handelsvertrage unter Artikel 1 beiden Theilen die Befugniss gewahrt, aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu erlassen; nur hinsichtlich des Verkehrs mit Nutz- und Zuchtvieh ist die den Wirthschaftsbesitzern in den deutschen Grenzbezirken bedingungsweise eingeräumte Befugniss zur Deckung ihres Bedarfs in Oesterreich-Ungarn vertragsmässig sichergestellt. Im Uebrigen sind die beiden Reiche hinsichtlich der internationalen Handhabung der Veterinärpolizei nur noch durch die Bestimmung im Artikel 17 des geltenden Vertrages gebunden, nach welcher die zum Viehtransport benutzten Eisenbahnwagen einem Desinfektionsverfahren zu unterziehen sind, bevor sie zur Beförderung von Vieh nach den Gebieten des anderen Theiles verwendet werden dürfen. || In den Jahren nach Abschluss des Handelsvertrages vom Jahre 1881 gestalteten sich die veterinären Verhältnisse in der österreichisch-ungarischen Monarchie und in einzelnen Hinterländern, welche eine rege Viehausfuhr nach Oesterreich-Ungarn haben, zeitweilig für uns so bedrohlich, dass nur von einer strengen Durchführung der Grenzsperr Schutz gegen die Seuchengefahr erwartet werden konnte. || Das im Jahre 1879 anlässlich wiederholter Einschleppung der Rinderpest in verschärfter Form erlassene Verbot der Einfuhr von lebendem Rindvieh, sowie des frischen Fleisches von Rindvieh, Schafen und Ziegen, musste, auch nachdem die Rinderpest in Oesterreich-Ungarn zurückgedrängt war, aufrechterhalten bleiben, weil eine zwar minder akute, aber ebenfalls gefährliche und durch den Handelsverkehr leicht verschleppte Krankheit, die Lungenseuche, dort grosse Ausbreitung gewann.

Wiederholte Ausbrüche der Rinderpest innerhalb Oesterreich-Ungarns veranlassten dann die Ausdehnung des Einfuhrverbots auf lebende Schafe. Neben dem Interesse an der Fernhaltung der Seuche war hierbei auch die durch Erklärungen der britischen und französischen Regierung begründete Besorgniss massgebend, dass dem Schafvieh deutschen Ursprungs der Markt in unseren westlichen Nachbarländern werde verschlossen werden, wenn nicht Deutschland nach Osten hin gegen die Einfuhr aller für das Kontagium der Rinderpest empfänglichen Thiergattungen sich absperrte.

Endlich musste im Jahre 1889 angesichts der zunehmenden Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche in Oesterreich-Ungarn das für gewisse Grenzstrecken landespolizeilich bereits vorher erlassene Verbot der Einfuhr von Schweinen auf die ganze Ausdehnung unserer Ostgrenze erstreckt werden. Dieses Verbot ist während des letzten Jahres theils in Würdigung der fortschreitenden Besserung in den Seuchenverhältnissen unseres Nachbarlandes, theils und vorwiegend aber mit Rücksicht auf den in Deutschland fühlbar gewordenen Mangel an Schlachtvieh dadurch abgeschwächt worden, dass im Wege des Dispenses Schweinetransporte von nachweislich unverdächtiger Beschaffenheit unter dem Vorbehalt sofortiger Abschachtung in öffentlichen Schlachthäusern zur Einfuhr nach einzelnen Städten zugelassen wurden. Unter ähnlichen Bedingungen ist es angängig erschienen, von dem Verbote der Einfuhr von Rindern weitgehende Ausnahmen eintreten zu lassen. || Die zur Zeit bestehenden Einfuhrverbote etc. sind in Anlage I zusammengestellt. || Die Anlage II enthält eine statistische Uebersicht über den gesammten Vieh-Ein- und Ausfuhrhandel Deutschlands während der Zeit vom Beginn des Jahres 1878 bis Ende September 1891 unter besonderer Berücksichtigung des Verkehrs mit Oesterreich-Ungarn*).

Als in den Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrages die österreichisch-ungarische Regierung auf die Frage des Abschlusses einer Viehseuchenkonvention zurückkam, musste deutscherseits anerkannt werden, dass diejenigen Gründe, welche früher zur Ablehnung eines gleichartigen Vorschlages geführt hatten, in der gleichen Stärke nicht mehr bestanden. Oesterreich und Ungarn haben in neuerer Zeit mittelst einer durchgreifenden Aenderung ihrer Veterinärgesetzgebung die Bestimmungen über die Bekämpfung der Viehseuchen den im Deutschen Reiche geltenden Vorschriften ähnlich gestaltet; die energische Handhabung der neuen Bestimmungen hat zweifellos zu einer wahrnehmbaren Besserung der Seuchenverhältnisse beigetragen; sie bietet gleichzeitig eine Gewähr für die Fortdauer günstigerer Gesundheitsverhältnisse in den Viehbeständen. Insbesondere aber fiel die Thatsache in das Gewicht, dass die Rinderpest seit dem Jahre 1884 in Oesterreich nicht mehr aufgetreten ist. Die Einfuhr von Rindvieh nach Oesterreich-Ungarn aus Russland, wo diese Seuche alljährlich noch zahlreiche Opfer fordert, sowie aus den Balkanstaaten ist verboten, und

*) Die beiden Anlagen sind hier fortgelassen. D. Red.

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

zur Verhinderung des Schmuggels in den Grenzbezirken Galiziens, der Bukowina und Ungarns ist eine registermässige Kontrolle der dort vorhandenen Viehstücke eingerichtet worden. Bei dieser Sachlage musste die Besorgniss, dass im Falle einer vertragmässigen Erleichterung des Viehverkehrs mit Oesterreich-Ungarn von dorthier die Rinderpest zu uns eingeschleppt werden könnte, zurücktreten. || Erschien nach alledem eine vertragmässige Erleichterung des Viehverkehrs auch vom Standpunkte der deutschen Interessen aus wohl als zulässig, so blieb es doch ein Gebot der Vorsicht, den betreffenden Vertrag derartig zu gestalten, dass — unbeschadet der von ihm erstrebten Verkehrserleichterungen — beiden Theilen für Anordnungen zur Verhütung von Seuchenverschleppungen ein möglichst weiter Spielraum gelassen wurde. || Unter diesem Gesichtspunkte konnte von dem Vorbehalte eines Einfuhrverbots nicht ganz abgesehen werden. Ein solches soll nach den neuen Vereinbarungen zunächst dann zulässig bleiben, wenn durch den Viehverkehr eine ansteckende Seuche aus den Gebieten des einen Theiles in die Gebiete des anderen Theiles thatsächlich eingeschleppt worden ist. Unabhängig von dieser Voraussetzung kann die Sperre als präventive Massregel angeordnet werden, wenn es sich um Schutz gegen das Eindringen der Rinderpest und der Lungenseuchè handelt. || Ueberhaupt aber soll der gesammte Inhalt der neuen Vereinbarungen nur auf eigene Provenienzen eines der vertragsschliessenden Länder Anwendung finden. Thieren oder anderen landwirthschaftlichen Erzeugnissen, welche aus dritten Ländern herkommen, auf dem Wege durch das Gebiet des einen Theiles die Zulassung in das Gebiet des anderen Theiles zu sichern, ist nicht der Zweck der Vereinbarungen. Jedem Zweifel in dieser Beziehung beugt eine besondere Bestimmung in dem Schlussprotokoll zu der Konvention vor, welche von den dargelegten allgemeinen Erwägungen aus deutscherseits angenommen wurde. || Zu den einzelnen Artikeln der Konvention ist Folgendes zu bemerken. || Artikel 1 gewährt jedem Theile die Befugniss, den Verkehr mit Thieren und mit Gegenständen, welche das Kontagium einer Seuche zu übertragen geeignet sind, veterinärpolizeilich zu überwachen und im Interesse der Erleichterung der Kontrolle auf bestimmte Eingangsstellen zu beschränken. || Die Untersuchung an der Grenze bietet jedoch auch bei schärfster Durchführung für sich allein keine ausreichende Gewähr gegen die Einschleppung von Seuchen. Es ist möglich und in der Praxis häufig festgestellt worden, dass Thiere, welche die Untersuchung unbeanstandet passiren, den äusserlich nicht erkennbaren Keim einer später zum Ausbruch gelangenden Krankheit in sich tragen. Es bedarf weiterer Kautelen, um infizierte Thiere fernzuhalten. Im Artikel 2 ist daher die Beibringung von Ursprungszeugnissen — für lebende Thiere in Verbindung mit Gesundheitsattesten — vorgeschrieben. Letztere sollen die Unverdächtigkeit des Thieres selbst, und daneben — was veterinärpolizeilich von gleicher Wichtigkeit ist — die Seuchenreinheit des Herkunftsortes und dessen nächster Umgebung bescheinigen. || Die Ausfertigung der Gesundheitsatteste fällt den zur Ausübung polizeilicher Funktionen berufenen beamteten

Thierärzten zu. Thierärzte, welche nicht in einem Beamtenverhältniss stehen, müssen schon wegen der Möglichkeit einer Interessenkollision thunlichst ausgeschlossen werden. Die Fassung „staatlich angestellte oder von der Staatsbehörde hierzu (d. h. zur Ausstellung der Atteste) besonders ermächtigte Thierärzte“ ist gewählt, um der Behörde die Befugniss zu wahren, bei Verhinderung des zuständigen beamteten Veterinärs mit dessen Vertretung einen privaten Thierarzt zu betrauen. Als „staatlich angestellt“ gelten nach Massgabe der Organisation des Veterinärdienstes in Oesterreich auch diejenigen Thierärzte, welche in den mit eigenen Statuten versehenen grösseren Städten seitens der Magistrate in ihrer Eigenschaft als politische Behörden ernannt worden sind. || Der Werth der Gesundheitszeugnisse ist zeitlich eng beschränkt; ihre Gültigkeitsdauer ist im Artikel 2 auf acht Tage festgesetzt. Namentlich wächst bei länger dauernden Transporten die Gefahr einer Seucheninfektion. Es ist daher nach Ablauf der achttägigen Gültigkeitsdauer der Zeugnisse eine erneute Untersuchung ausdrücklich vorgeschrieben. Ueberdies soll vor der Verladung in Eisenbahnwagen oder Schiffsgefässe regelmässig eine Untersuchung der Thiere stattfinden. || Die im Schlusssatz des Artikels 2 genannten Gegenstände sind als Träger des Infektionsstoffes von Viehseuchen weniger gefährlich, als andere, namentlich frische thierische Erzeugnisse, und können von der vorgeschriebenen Ursprungskontrolle unbedenklich befreit bleiben. || Artikel 3 giebt jedem Theil die Befugniss, Sendungen, welche den Bestimmungen der Artikel 1 und 2 nicht entsprechen, sowie erkrankte Thiere und solche Thiere, welche krankheits- oder ansteckungsverdächtig sind, an der Grenze zurückzuweisen. Die Bestimmungen in Absatz 2 und 3 sollen die Behörden des Herkunftslandes zu Ermittlungen über die Entstehung der Seucheninfektion und zu den erforderlichen Tilgungsmassregeln in den Stand setzen. || Die besondere Bestimmung des Artikels 4 zum Schutze gegen die Rinderpest rechtfertigt sich durch den ausserordentlich gefährlichen Charakter dieser Seuche. Das beim Auftreten derselben zulässige Einfuhrverbot soll auf Schweine erstreckt werden dürfen, weil diese Thiergattung, wenngleich selbst der Ansteckung nicht zugänglich, doch ein gefährlicher Zwischenträger des Kontagium ist. || Auch an das Auftreten der Lungenseuche knüpfen sich so grosse Gefahren, dass zum Schutz gegen diese Krankheit besondere Vorsichtsmassregeln vorbehalten werden mussten. Dies ist im Artikel 5 geschehen. Die allgemeine Bestimmung in dem nächstfolgenden Artikel, derzufolge die Zulässigkeit einer Grenzsperrre durch einen vorgängigen Fall der Seucheneinschleppung bedingt ist, erscheint um deswillen nicht ausreichend, weil die Lungenseuche am lebenden Thier erst in einem weitvorgesrittenen Stadium erkennbar wird. Danach würde es nur in seltenen Fällen möglich sein, durch Konstatirung eines Einschleppungsfalles die Voraussetzung für die nach Lage der Verhältnisse gebotene Beschränkung der Einfuhr zu erfüllen. Ausserdem kam in Betracht, dass es noch nicht in allen Gebietstheilen der österreichisch-ungarischen Monarchie gelungen ist, der Lungenseuche in dem wünschenswerthen Masse

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

Herr zu werden. Im Hinblick auf die günstigen Erfolge, welche in Deutschland durch die mit grossen Geldopfern streng durchgeführte Tödtung der infizirten und verdächtigen Bestände im Laufe des letzten Jahrzehnts erzielt worden sind, konnte von unserer Seite die Befugniss nicht aus der Hand gegeben werden, der Gefahr erneuter Seucheneinschleppung durch Einfuhrverbote vorzubeugen. Ein solches Verbot muss, um einen wirksamen Schutz zu gewähren, auf grössere Gebiete sich erstrecken; die Absperrung der als verseucht erkannten Gemeinden oder engeren Bezirke genügt nicht, weil erfahrungsmässig die Seuche von einem bestimmten Infektionsherde aus sich häufig auf andere, auch weiter entfernte Orte überträgt und hier grössere Verbreitung gewinnt, bevor äussere Symptome der Krankheit hervortreten. Es musste daher grundsätzlich an der Zulässigkeit der Sperre ganzer Kronländer und Komitate, sobald Theile derselben von der Lungenseuche heimgesucht sind, von uns festgehalten werden; nur für einzelne Kronländer ist mit Rücksicht auf deren grosse räumliche Ausdehnung im Schlussprotokoll Ziffer 5 die Bildung kleinerer Sperrbezirke zugestanden. Für Galizien sollen fünf, für Böhmen acht, für Mähren drei, für Niederösterreich zwei solcher Sperrbezirke gebildet werden, deren Abgrenzung der Verständigung im Wege des Notenwechsels vorbehalten bleibt. Dementsprechend ist auch innerhalb des Deutschen Reiches für die grösseren Bundesstaaten und deren Provinzen die Bildung besonderer Bezirke vorbereitet, auf welche ein von Oesterreich-Ungarn etwa zu erlassendes Einfuhrverbot sich zu beschränken hätte. || Die Bestimmung im Artikel 5 soll nicht in Anwendung treten, bevor die unter Ziffer 4 des Schlussprotokolls näher bezeichnete Ergänzung der österreichischen und ungarischen Seuchengesetze erfolgt ist. Zur Zeit ist in Oesterreich-Ungarn zwar die Tödtung der an der Lungenseuche erkrankten Thiere in Verbindung mit einer dreimonatlichen Sperre des Seuchenstalles vorgeschrieben. Es fehlt aber für das im Seuchengehöfte befindliche Rindvieh an einer zwangsweisen Quarantäne, und gerade eine solche hat in Deutschland zur Lokalisierung von Seuchenerscheinungen wirksam beigetragen. In Oesterreich-Ungarn sind die erforderlichen Einleitungen zu einer Verschärfung der bestehenden Vorschriften getroffen. Bis dahin, dass diese Verschärfung durchgeführt ist, mussten anderweite Sicherheitsmassnahmen vorgesehen werden. Demgemäss soll, auf Grund des letzten Absatzes unter Ziffer 4 des Schlussprotokolls, die Einfuhr von Rindern auch aus nichtverseuchten Bezirken gewissen veterinärpolizeilichen Beschränkungen, namentlich der Bedingung einer alsbaldigen Abschächtung der Thiere im Ankunftsorte unterworfen werden dürfen. || Artikel 6 regelt die Voraussetzungen näher, unter welchen, auch abgesehen von Rinderpest und Lungenseuche, Einfuhrbeschränkungen zulässig bleiben sollen. Nach Absatz 1 wird der Fall der Einschleppung einer Seuche schon alsdann gegeben sein, wenn an eingeführten Thieren eine Infektion festgestellt werden sollte. Absatz 2 will im Falle der Verseuchung von Grenzbezirken die in den gesetzlichen Vorschriften vorgesehenen Verkehrsbeschränkungen (vgl. § 7^o des deutschen

Seuchengesetzes vom 23. Juni 1880) — unabhängig von der Voraussetzung des Absatz 1 — aufrechterhalten. Doch soll nach Ziffer 6 des Schlussprotokolls der durchgehende Eisenbahnviehverkehr von derartigen Beschränkungen unberührt bleiben. || Artikel 7 wahrt jedem Theile die Befugniss, über die veterinären Verhältnisse in den Gebieten des anderen Theiles durch Entsendung von Sachverständigen an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen, um hierdurch jederzeit auf sicherstem Wege die Unterlagen für die Beurtheilung der Nothwendigkeit oder Entbehrlichkeit gewisser Schutzmassregeln zu beschaffen. || Auf Grund ähnlicher Erwägungen ist im Artikel 8 eine Regelung des gegenseitigen Nachrichtendienstes erfolgt. || Artikel 9 giebt im Absatz 1 den Inhalt der bisherigen vertragsmässigen Festsetzungen über die Reinhaltung der Transportfahrzeuge wieder. Die daraufhin getroffenen Einrichtungen haben sich bewährt. Auch die im Absatz 2 vorgesehene gegenseitige Anerkennung der erfolgten Desinfektion von Eisenbahnviehwagen entspricht dem bestehenden Rechtszustand. || Artikel 10 und 11 enthalten erleichternde Bestimmungen für den Weideverkehr und den Verkehr mit landwirthschaftlichen Gespannen in den Grenzbezirken. || Artikel 12 bestimmt über Beginn und Ende der Geltung des Uebereinkommens. Die Dauer der Geltung des Handelsvertrages soll dafür massgebend sein, in der Erwägung, dass es sich hier um die Regelung wirtschaftlicher Beziehungen handelt, welche mit den durch den Handelsvertrag zu regelnden Verkehrsverhältnissen in engstem Zusammenhang stehen. Wenn nach Absatz 1 die bestehenden, mit dem Inhalt der Konvention nicht vereinbaren Verkehrsbeschränkungen noch für die Dauer eines Jahres in Geltung bleiben können, so beruht dieser Vorbehalt auf einer besonderen Berücksichtigung des deutschen Interesses. Die Nachtheile, welche eine unvermittelte Aufhebung veterinärpolizeilicher Sperrmassregeln für die an dem Viehverkehr beteiligten wirtschaftlichen Kreise leicht mit sich bringen kann, werden sich auf dem vorbehaltenen Wege nach Möglichkeit abschwächen lassen. || Während der so sich ergebenden Uebergangszeit soll, wie der österreichisch-ungarischen Regierung auf ihren Wunsch unter Ziffer 7 des Schlussprotokolls ausdrücklich zugesagt ist, die den Wirtschaftsbesitzern in den deutschen Grenzbezirken hinsichtlich des Bezuges von Rindvieh zur Zeit eingeräumte Vergünstigung eine Einschränkung nicht erfahren.

IV. Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrag mit Italien.

Der neue Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Reiche und Italien ist bestimmt, an die Stelle des Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 4. Mai 1883 zu treten, welcher seit dem 1. Februar 1891 mit einjähriger Frist kündbar ist. || In den Text des neuen Vertrages sind im Allgemeinen die bewährten Bestimmungen des früheren Vertrages wieder aufgenommen worden. || Artikel 1 bringt den Grundsatz erneut zum Ausdruck, dass in Beziehung auf Handel, Schifffahrt und Gewerbebetrieb den beiderseitigen

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

Angehörigen sowohl die Rechte der Inländer, als auch die Rechte der Angehörigen der meistbegünstigten Nation zustehen sollen. Als Absatz 3 ist die dem bestehenden Rechtszustande entsprechende, in den Handelsverträgen des Reichs mit anderen Staaten enthaltene Ausnahmebestimmung hinzugefügt worden, wonach Apotheker, Handelsmakler, Hausirer und andere Personen, welche ein ausschliesslich im Umherwandern ausgeübtes Gewerbe betreiben, nicht die Rechte der Inländer, sondern nur diejenigen der Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen. || Artikel 2 und 3 gewähren für das Gebiet des bürgerlichen Rechts und des gerichtlichen Verfahrens den beiderseitigen Angehörigen die Gleichstellung mit den Inländern. Der Begriff der bürgerlichen Rechte hat im Artikel 2 Absatz 1 des neuen Vertrages eine nähere Umschreibung dahin erfahren, dass die rechtliche Gleichstellung der beiderseitigen Angehörigen ausdrücklich bezüglich der politischen Rechte ausgeschlossen und im Uebrigen auf diejenigen bürgerlichen Rechte beschränkt ist, welche den Inländern ohne Beschränkung und ohne Unterscheidung gewährt werden. Aufrechterhalten ist die Schlussprotokollbestimmung, wonach Artikel 2 auf juristische Personen keine Anwendung findet, und wonach für Aktiengesellschaften und andere kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften das besondere Abkommen vom 8. August 1873 bestehen bleibt. || Im Artikel 4 ist nicht allein, wie im bisherigen Verträge, die Befreiung der beiderseitigen Angehörigen von militärischen, sondern auch von anderen öffentlichen Leistungen, und zwar in Anlehnung an die Vereinbarungen im Artikel 5 des Handelsvertrages zwischen dem Reiche und Griechenland, geregelt worden. Auf den von italienischer Seite ausgesprochenen Wunsch ist in Absatz 2 nach Analogie einer Bestimmung in dem Handelsverträge zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn der Vorbehalt aufgenommen worden, dass eine Verpflichtung zur Erfüllung militärischer Leistungen und Requisitionen jedenfalls nur insoweit eintreten kann, als die Heranziehung auf Grund des Besitzes oder der Miete unbeweglicher Güter erfolgt. || Der bisherige Artikel 5, betreffend den Patent-, Marken- und Musterschutz, ist fortgefallen. Der Abschluss eines Abkommens hierüber bildet den Gegenstand besonderer Verhandlungen. || Als neuer Artikel 5 sind diejenigen Bestimmungen über die Rechte der Handlungsreisenden und über die zollfreie Zulassung von Waarenmustern aufgenommen worden, welche im Artikel 6 Absatz 1 bis 3 des Handelsvertrages zwischen dem Reiche und Griechenland enthalten sind. || Zu Artikel 6, betreffend Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverbote, ist der ausdrückliche Vorbehalt hinzugefügt worden, dass das Verbot der Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen unter ausserordentlichen Umständen zulässig bleibt. || Artikel 7, welcher sich auf die als Anlagen zu dem Verträge vereinbarten Tarife bezieht, sichert die vertragsmässigen Begünstigungen den beiderseitigen Boden- und Gewerbserzeugnissen. Unter nationalen Gewerbserzeugnissen sind alle Artikel, ohne Rücksicht auf den nationalen Ursprung des Stoffes, aus welchem sie hergestellt sind, verstanden, welche in dem betreffenden Lande einer gewerblichen Umwandlung unterzogen sind. Im Uebrigen

stipuliren Artikel 7 und beziehungsweise 9 gegenseitige bedingungslose Meistbegünstigung in Bezug auf die Eingangs- und Ausgangsabgaben, die Durchfuhr, die Zollbehandlung, sowie hinsichtlich der inneren Verbrauchsabgaben und Accisegebühren. || Der neue Artikel 8 sieht für die Ausstellung von Ursprungs- und ähnlichen Zeugnissen, wie dies von Italien auch in Verträgen mit anderen Staaten vereinbart ist, Kostenfreiheit vor. || Artikel 10 bringt den in anderen Verträgen des Reiches enthaltenen Grundsatz zum Ausdruck, dass die beiderseitigen Erzeugnisse in dem anderen Lande keinen höheren inneren Steuern unterworfen werden dürfen, als die gleichartigen inländischen Erzeugnisse. || Die Artikel 11 bis 14 regeln in gleicher Weise, wie dies in dem bisherigen Verträge geschehen, die beiderseitigen Schifffahrtsbeziehungen, und zwar im Allgemeinen nach dem Grundsatz der völligen Gleichberechtigung beider Flaggen und bezüglich der Küstenschifffahrt nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung, bedingt durch die Gewährung der Gegenseitigkeit. Die zwischen beiden Theilen getroffene Verständigung wegen gegenseitiger Anerkennung der Schiffsmessbriefe bleibt nach der Schlussprotokollbestimmung zu Artikel 11 auch ferner massgebend. || Artikel 15 entspricht dem Artikel 13 des bisherigen Vertrages. || Die Festsetzung der Vertragsdauer im Artikel 16 steht mit der bezüglichen Verabredung in dem neuen Verträge mit Oesterreich-Ungarn in Uebereinstimmung. Ein Vorbehalt der Zwischenkündigung während der Vertragsdauer, wie in dem bisherigen Verträge, ist in den neuen nicht aufgenommen.

VIII. Handels- und Zollvertrag mit Belgien.

1. Vertragstext.

Dem neuen Verträge ist der bestehende Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Belgien vom 22. Mai 1865 zu Grunde gelegt. Der letztere Vertrag hatte ursprünglich in Artikel 7 und 8 einige wenige gegenseitige Tarifvereinbarungen enthalten, auf welche sich aber die am 30. Mai 1881 auf unbestimmte Zeit erfolgte Verlängerung des Vertrages nicht erstreckt hat. Dagegen enthält nunmehr der neue Vertrag umfassende Tarifvereinbarungen.

Artikel 1 ist, abgesehen von einigen redaktionellen Abänderungen, aus dem bisherigen Verträge übernommen. || Artikel 2 und Artikel 5 sind aus dem Artikel 2 Absatz 1, Artikel 3 und Artikel 5 Absatz 1 des bestehenden Vertrages kombinirt und entsprechen dem bisherigen Vertragszustande. || Der zweite Absatz des Artikels 2 des bisherigen Vertrages ist als gegenstandslos in Wegfall gekommen, weil Salz in Belgien weder einer Accise, noch einem Eingangszoll mehr unterliegt. || Artikel 3 ist neu und bezieht sich auf die neu vereinbarten Vertragstarife, deren Inhalt an anderer Stelle näher beleuchtet ist. || Im Schlussprotokoll zu Artikel 3 ist auf Antrag Belgiens, ebenso wie dies in dem Verträge mit Oesterreich-Ungarn geschehen, deutscherseits die Verpflichtung übernommen worden, die bestehenden Zollbegünstigungen für die Einfuhr zur See nicht zu erweitern. Belgien, welches derartige Zollbegünstigungen für

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

die Seezufuhr nicht gewährt, hat sich ebenfalls verpflichtet, auch in Zukunft solche nicht einzuführen. Belgien hat überdies mit Rücksicht auf seine geographische Lage und seine daraus sich ergebenden erheblichen Durchfuhrinteressen entscheidendes Gewicht darauf gelegt, dagegen sichergestellt zu sein, dass sein Zwischenhandel nicht etwa durch Einführung einer surtaxe d'entrepôt gefährdet werde. Nachdem dem belgischen Wunsche durch die Vereinbarung betreffs der Zollbegünstigungen für die Einfuhr zur See im Wesentlichen bereits entsprochen war, schien es mit Rücksicht auf den grossen Werth, den Belgien auf die fragliche Zusicherung legte und den es durch das Angebot von Zugeständnissen seinerseits bekundete, unbedenklich, dem belgischen Antrage zu entsprechen. Es ist indessen eine Fassung gewählt worden, welche unsere Verpflichtung gegen Belgien zur Abstandnahme von jeder surtaxe d'entrepôt nicht als eine unbedingte darstellt, sondern dieselbe nur unter der Voraussetzung und insolange bestehen lässt, als auch in Belgien keine surtaxe d'entrepôt eingeführt wird. || Artikel 4 ist ebenfalls neu. Derselbe findet sich in allen neueren deutschen Handelsverträgen und trifft Vorsorge dahin, dass der durch die Zollgesetzgebung den einheimischen Boden- und Industricerzeugnissen gewährte Zollschutz nicht auf Grund der etwa bestehenden inneren Abgaben verschärft werden kann. Im Schlussprotokoll zu diesem Artikel ist Belgien eine Ausnahme dahin zugestanden worden, dass die Bestimmung dieses Artikels auf Rohzucker und Branntwein insolange nicht anwendbar sein soll, als diese beiden Gegenstände in Belgien mit keinem Zoll belegt sind. Nach der belgischen Gesetzgebung wird von Rohzucker und Branntwein zur Zeit an Stelle eines Zolles eine Accise erhoben, welche das einheimische Erzeugniss nicht gleichmässig belastet. Die Umwandlung der Accise in einen dem Betrage entsprechenden Zoll würde in Belgien nur auf dem Gesetzeswege erfolgen können und für die fremde Waare nicht nur keinen Vortheil bringen, sondern ihr gewisse zur Zeit bestehende Begünstigungen hinsichtlich der Entrichtung der Abgaben entziehen. Es erschien daher unbedenklich, dem belgischen Antrage auf Bewilligung der in Rede stehenden Ausnahmen vom Artikel 4 zu entsprechen. || Artikel 6 entspricht dem Artikel 4 des bisherigen Vertrages mit der Massgabe, dass der besondere, seinerzeit im Interesse Belgiens gemachte Vorbehalt hinsichtlich der Durchfuhr von Salz durch die beiderseitigen Gebiete in Wegfall gekommen ist. || Artikel 7 knüpft, entsprechend dem Absatz 2 des Artikels 5 des bisherigen Vertrages, die Zulässigkeit von Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten an die Voraussetzung der Ausdehnung solcher Verbote auf alle anderen Nationen, auf welche die gleichen Voraussetzungen zutreffen. Der letztere, in dem bisherigen Vertrage nicht enthaltene Zusatz entspricht dem durch das neuere Vertragsrecht anerkannten Prinzip. Hinsichtlich der Kriegsbedürfnisse ist für etwaige, unter ausserordentlichen Umständen erforderlich werdende Ausfuhrverbote volle Freiheit gewährt. Im Schlussprotokoll zu Artikel 7 sind diejenigen Fälle aufgeführt, für welche die Zulässigkeit von Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverboten ausdrücklich vorbehalten wird. ||

Der dritte Absatz des Artikels 5 des bisherigen Vertrages ist gegenstandslos geworden und daher in Wegfall gekommen. || Artikel 8 ist neu und enthält die auf internationalem Gebrauche beruhende Bestimmung, dass die einer dritten Macht im Grenzverkehr eingeräumten Begünstigungen von der allgemeinen Meistbegünstigung ausgenommen sind. || Artikel 9 nebst Anlage C regelt die Rechte und Befugnisse der Handlungsreisenden und tritt an Stelle der über diesen Gegenstand bestehenden besonderen Vereinbarungen mit Belgien. Die neuen Bestimmungen beruhen so ziemlich auf der gleichen Grundlage wie bisher, jedoch mit der Massgabe, dass die deutschen Handlungsreisenden künftighin auch in Belgien steuerfrei sein sollen, solange die belgischen Handlungsreisenden in Deutschland einer Gewerbe- oder Einkommensteuer nicht unterliegen. Da wir in einzelnen anderen Verträgen die Steuerfreiheit der Handlungsreisenden stipulirt haben (wie z. B. in dem neuen Vertrage mit Oesterreich-Ungarn) und daher die Steuerfreiheit auch den belgischen Handlungsreisenden nicht würden vorenthalten können, schien es angezeigt, die Steuerfreiheit auch den deutschen Handlungsreisenden in Belgien zu sichern. || Artikel 10 nebst der dazu gehörigen Bestimmung des Schlussprotokolls ist neu. Von belgischer Seite ist ganz besonderes Gewicht darauf gelegt worden, hinsichtlich des deutschen Eisenbahntarifwesens thunlichst weitgehende Vergünstigungen und Zusicherungen für die Ein- und Ausfuhr über belgische Häfen zu erlangen. Es schien unbedenklich, den belgischen Eisenbahntransporten gegen Reziprozität die Gleichstellung mit den einheimischen Eisenbahntransporten in demselben Umfange zuzugestehen, wie dies in Gemässheit des Artikels 15 Absatz 1 des neuen Vertrages mit Oesterreich-Ungarn und des Schlussprotokolls hierzu in Bezug auf die österreichisch-ungarischen Eisenbahntransporte, analog den bisherigen Vertragsbestimmungen, geschehen ist. Darüber hinaus musste die Festlegung prinzipieller Beschränkungen der deutschen Eisenbahntarifpolitik in dem vorliegenden Handelsvertrage unsererseits abgelehnt werden. || Artikel 11 und die dazu gehörige Anlage D sind an Stelle des Artikels 6 des bisherigen Vertrages getreten. Sachlich sind wesentliche Abänderungen der bisherigen Bestimmungen über die Zollabfertigung des Eisenbahnverkehrs zwischen Deutschland und Belgien nicht eingetreten. || Artikel 12 ist neu und entspricht der in den neueren Verträgen enthaltenen Form für die Erstreckung des Vertrages auf die mit einem der vertragschliessenden Theile zollgeeinten Länder und Gebiete. || Artikel 13 setzt die Dauer des Vertrages in derselben Weise fest wie in den übrigen Handelsverträgen. Da der bestehende Handelsvertrag mit Belgien nicht gekündigt ist, musste ferner ausdrücklich bestimmt werden, dass derselbe sowie gewisse anderweite Vereinbarungen, welche Materien betreffen, die durch den vorliegenden Vertrag neu geregelt sind, mit dem Beginne der Wirksamkeit des letzteren ausser Kraft treten. || Der vorletzte Absatz des Schlussprotokolls ist neu und bildet gewissermassen eine Ergänzung zu dem belgischen Vertragstarif, Anlage A des Vertrages. Dort ist aus Position 15 des belgischen Zolltarifs der Zoll für frisch geschlachtetes Fleisch in ganzen oder halben Thieren zum

Nr. 10205.
Deutsches
Reich.

Satze von 15 Centimes pro Kilogramm gebunden. Diese Bindung hat einen verhältnissmässig geringen Werth, solange die auf einem besonderen belgischen Gesetze beruhende Bestimmung bestehen bleibt, dass an den eingeführten Stücken sich die Lungentheile befinden müssen. Es ist gelungen, von belgischer Seite die Zusage zu erwirken, dass den belgischen Kammern zugleich mit dem neuen Vertrage ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll, um diese Bestimmung mit Bezug auf Schaffleisch zu beseitigen, weil man sich belgischerseits der Erwägung nicht verschliessen konnte, dass beim Schaffleisch der Befund der Lunge keinen sicheren Rückschluss auf den Gesundheitszustand des Thieres, von welchem das Fleisch herrührt, gestattet. Eine gleiche Zusage in Hinsicht auf Fleisch von Rindvieh ist nicht zu erreichen gewesen.



Systematisches Handbuch
der
Deutschen
Rechtswissenschaft.

Herausgegeben
von
Dr. Karl Binding,
Professor in Leipzig.

Von dem Handbuche sind bisher erschienen:

Deutsche Rechtsgeschichte. Von Prof.

Dr. Heinrich Brunner.

Erster Band. XII, 412 S. 1887. Preis 9 M. 60 Pf.;
geb. 12 M. 10 Pf.

Institutionen des Deutschen Privatrechts.

Von Prof. Dr. Andreas Heuser. Zwei Bände.

Erster Band. XI, 396 S. 1885. Preis 8 M. 80 Pf.;
geb. 11 M. 30 Pf.
Zweiter Band. XII, 670 S. 1886. Preis 12 M.;
geb. 14 M. 50 Pf.

Handbuch des Seerechts. Von Prof.

Dr. Rudolf Wagner.

Erster Band. XI, 456 S. 1884. Preis 10 M.;
geb. 12 M. 50 Pf.

Handbuch des Strafrechts. Von Prof.

Dr. Karl Binding.

Erster Band. XXII, 927 S. 1885. Preis 20 M.;
geb. 22 M. 50 Pf.

Handbuch des Deutschen Civilprozess-
rechts. Von Prof. Dr. Adolf Wach.

Erster Band. XVI, 690 S. 1885. Preis
15 M. 60 Pf.; geb. 18 M. 10 Pf.

Handbuch des Strafprozesses. Von

General-Procurator Dr. Julius Glaser. Erster und
zweiter Band.

Erster Band. XVI, 756 S. 1883. Preis 16 M.;
geb. 18 M. 50 Pf.
Zweiter Band. XII, 602 S. 1885. Preis
13 M. 60 Pf.; geb. 16 M. 10 Pf.

Geschichte der Litteratur und Quellen

des Römischen Rechts. Von Prof. Dr. Paul Krüger.
Ein Band.

VIII, 395 S. 1888. Preis 9 M.; geb. 11 M. 50 Pf.

Deutsches Staatsrecht. Von Professor

Dr. Albert Haenel.

Erster Band. Die Grundlagen des deutschen
Staates und die Reichsgewalt. XIV, 856 S.
1892. Preis 19 M.; geb. 21 M. 50 Pf.

Im Juli 1892 erscheinen:

R. Sohm, Kirchenrecht. I. Band.

Preis etwa 16 M.

H. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte.

2. Band. Preis etwa 16 M.

Encyclopädie der Rechtswissenschaft in

systematischer Bearbeitung. Herausgegeben von
F. v. Holtzendorff. Fünfte Auflage. Lex.-8.
Preis geh. 33 M.; geb. 36 M.

L. Schiffner, Der Vermächnißvertrag

nach österreichischem Recht mit Berücksichtigung
des gemeinen Rechts sowie der neueren Kodifika-
tionen und Entwürfe, insbesondere auch des deut-
schen Entwurfs. 1891. Preis 3 M.

R. Schmidt, Staatsanwalt und Privat-

kläger. Zur Gesetzgebungskritik. 1891. Preis
3 M. 20 Pf.

R. Schmidt, Die Klagänderung. 1888.

Preis 5 M. 40 Pf.

P. A. Altmann, Der Erlassvertrag und

der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für
das deutsche Reich. 1. Heft. 1891. Preis 2 M.

C. Henner, Beiträge zur Organisation

und Kompetenz der päpstlichen Ketzergerichte.
1890. Preis 8 M. 80 Pf.

M. Wlassak, Römische Prozessgesetze.

Ein Beitrag zur Geschichte des Formularverfahrens.
Zwei Abtheilungen. 1888. 1891. Preis 15 M.

H. H. Pflüger, Die sogenannten Besitz-

klagen des römischen Rechts. 1890. Preis
8 M. 80 Pf.

A. Franken, Lehrbuch des deutschen

Privatrechts. 1.—3. Lieferung. 1889—91. Preis
9 M.

G. Schultze, Rechtsfälle aus der Praxis

der Strafsenate des Reichsgerichts als Strafrechts-
aufgaben mitgetheilt. 1891. Preis 12 M.

A. Wach, Die Reform der Freiheitsstrafe.

Ein Beitrag zur Kritik der bedingten und der un-
bestimmten Verurtheilung. 1890. Preis 1 M. 80 Pf.

J. Weismann, Hauptintervention u. Streit-

genossenschaft. Ein Beitrag zu den Lehren des
Aktionen- und Prozessrechts. 1886. Preis 4 M.

H. Lammasch, Auslieferungspflicht und

Asylrecht. Eine Studie über Theorie und Praxis
des internationalen Strafrechts. 1887. Preis 18 M.

L. Oppenheim, Die Rechtsbeugungsver-

brechen (§ 336, 343, 344) des deutschen Reichs-
strafgesetzbuches. Mit einer Einleitung über das
Wesen der Amtsverbrechen. Eine kriminalistische
Monographie. 1886. Preis 4 M. 80 Pf.

E. Levi, Zur Lehre vom Zweikampf-

verbrechen. 1890. Preis 3 M. 20. Pf.

F. Meili, Geschichte und System des

internationalen Privatrechts im Grundriss. 1892.
Preis 4 M. 80 Pf.

P. Hirsch, Die Prinzipien des Sachbe-

sitzererbs und -verlustes nach römischem
Recht. 1892. Preis 15 M.

- A. Wach, Die Civilprozessordnung und die Praxis.** 1886. Preis 1 M. 20 Pf.
- A. Wach, Der Feststellungsanspruch.** Ein Beitrag zur Lehre vom Rechtsschutzanspruch. 1889. Preis 1 M. 60 Pf.
- F. Stein, Der Urkunden- und Wechselprozess.** 1887. Preis 6 M. 80 Pf.
- L. von Bar, Das deutsche Civilprozessrecht nach den Justizgesetzen des deutschen Reiches in den Grundzügen systematisch dargestellt.** S.-A. 1890. Preis 2 M. 40 Pf.
- K. Schneider, Ueber richterliche Ermittlung und Feststellung des Sachverhalts im Civilprozeße.** Eine Studie zur Reichscivilprozessordnung. 1888. Preis 4 M. 20 Pf.
- K. Binding, Grundriss des deutschen Strafprozessrechts.** Zweite, verbesserte Auflage. 1886. Preis gebunden 4 M. 80 Pf.
- K. Binding, Die Gründung des Norddeutschen Bundes.** Ein Beitrag zur Lehre von der Staatenschöpfung. 1889. Preis 1 M. 80 Pf.
- W. Lewis, Das deutsche Seerecht.** Ein Kommentar zum V. Buche des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches. 2. Auflage. Zwei Bände. 1884. Preis 18 M.
- C. E. Leuthold, Russische Rechtskunde.** Systematische Darstellung des in Russland geltenden Privat-, Handels- und Strafrechts, sowie des Prozesses. 1889. Preis 7 M. 20 Pf.
- F. Meili, Das Recht der modernen Verkehrs- und Transportanstalten.** Ein Grundriss. 1888. Preis 3 M. 20 Pf.
- F. Meili, Die Kodifikation des internationalen Civil- und Handelsrechts.** Eine Materialiensammlung. 1891. Preis 3 M. 20 Pf.
- F. Stoerk, Handbuch der deutschen Verfassungen.** Die Verfassungsgesetze des deutschen Reiches und seiner Bundesstaaten nach dem gegenwärtigen Gesetzesstande bearbeitet und herausgegeben. 1884. Preis 12 M.
- O. Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen.** Zwei Abtheilungen. 1860. 1864. Preis 16 M. 60 Pf.
- O. Stobbe, Beiträge zur Geschichte des deutschen Rechts.** 1865. Preis 2 M. 70 Pf.
- A. Schmidt, Echte Not.** Ein Beitrag zur deutschen Rechtsgeschichte. 1888. Preis 4 M. 80 Pf.
- G. Meyer, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts.** 3. Auflage. 1891. Preis 14 M., geb. 16 M.
- R. Sohm, Die Entstehung des deutschen Städtewesens.** 1870. Preis 2 M. 40 Pf.
- F. Dahn, Die Landnot der Germanen.** 1889. Preis 1 M. 20 Pf.
- E. Hermann, Noch ein Wort über Mithio.** Eine rechtsgeschichtliche Studie. 1890. Preis 2 M.
- P. Frauenstädt, Blutrache u. Todtschlagsühne im deutschen Mittelalter.** Studien zur deutschen Kultur- u. Rechtsgeschichte. 1881. Preis 5 M.
- G. Meyer, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts.** Zwei Bände. Preis 20 M.
I. Band: Allgemeine Lehren. Innere Verwaltung. 1883. Preis 12 M.
II. Band: Auswärtige Verwaltung, Militär- und Finanzverwaltung. 1885. Preis 8 M.
- G. Meyer, Die staatsrechtliche Stellung der deutschen Schutzgebiete.** 1888. Preis 5 M.
- R. Sohm, Institutionen des römischen Rechts.** Vierte, verb. Auflage, 2. Abdr. 1891. Preis gebunden 9 M. 50 Pf.
- R. Sohm, Die deutsche Genossenschaft.** 1889. Preis 1 M.
- H. Schott, Das Jus prohibendi und die Formula prohibitoria.** 1889. Preis 2 M.
- M. Wlassak, Die Litiscontestatio im Formularprozess.** 1889. Preis 2 M. 40 Pf.
- E. Brunnenmeister, Das Tödtungsverbrechen im altrömischen Recht.** 1887. Preis 5 M.
- J. Baron, Pandekten.** Siebente Auflage. 1890. Preis gebunden 15 M.
- E. Zitelmann, Irrtum u. Rechtsgeschäft.** Eine psychologisch-juristische Untersuchung. 1879. Preis 13 M.
- Leo Graf Pininski, Der Thatbestand des Sachbesitzererbs nach gemeinem Recht.** Eine civilistische Untersuchung. Zwei Bände. 1885. 1888. Preis 20 M.
- K. Hellwig, Die Verpfändung u. Pfändung von Forderungen nach gemeinem Recht und der Reichs-Civilprozessordnung, unter Berücksichtigung des preussischen Allgemeinen Landrechts und des Sächsischen bürgerl. Gesetzbuchs.** 1883. Preis 3 M.
- A. Grawein, Verjährung und gesetzliche Befristung.** Eine civilistische und wechsellrechtliche Untersuchung mit besonderer Rücksicht auf das österreichische Recht.
1. Theil: Civilrechtliche Grundlegung. 1888. Preis 5 M.
- O. Gierke, Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs und das deutsche Recht.** 1889. Preis 11 M. 20 Pf.
- L. Goldschmidt, Kritische Erörterungen zum Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich.**
1. Heft: Die formalen Mängel des Entwurfs. 1889. Preis 4 M.
- O. Bülow, Gesetz und Richteramt.** 1885. Preis 1 M.

UNIVERSITY OF FLORIDA



3 1262 08553 3320

327.08

5775

v. 52

